

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 19

**Chronik von September
bis Dezember 2022**



**Chronik von
September bis
Dezember 2022**

Inhaltsverzeichnis	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von September bis Dezember 2022	5-326
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	327-331

Danksagung und Widmung

Wer keinen Charakter hat, ist kein Mensch, sondern ein Gegenstand.
Nicolas de Chamfort, eigentlich Sebastien Roch (1741-1794, französischer Schriftsteller)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Richard Abelson, Karolin Ahrens, Hans Herbert von Arnim, James Bacque, Bruno Bandulet, Joachim Berbig, David Berger, Dieter Blumenwitz, Susan Bonath, Markus Brandstetter, Karlheinz Deschner, Holger Douglas, Wolfgang Effenberger, Wolfgang Eggert, Gerald Ehegartner, Matthew Ehret, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Jürgen Elsässer, Felix Feistel, George Friedman, Uli Gellermann, Friedrich Georg, Peter Haisenko, Yuval Harari, Georg Herwegh, Hannes Hofbauer, S. Hofer, Hakon von Holst, Oliver Janich, Thomas Jung, Robert Jungnischke, Stefan Kofner, Uwe G. Kranz, Christian Kreiß, John Laughland, Barnabas Leimeiszer, Michael Limburg, Hubertus Prinz zu Löwenstein, Herbert Ludwig, Hans-Georg Maaßen, Karel Meissner, Heinz Nawratil, Viktor Orban, Michael Paulwitz, Daniell Pführinger, John Pilger, Wolfgang Rauprich, Tom-Oliver Regenauer, Sven Reuth, Nicolas Riedl, Thomas Röper, Valentina Schacht, Sabine Escucha Schneider, Günter Scholdt, Hansjörg Stützle, Jury Tavrovsky, Marcel Waschek und Alfred M. de Zayas.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Verlorene Zeit wird nie wieder gefunden.

Benjamin Franklin (1706-1790, nordamerikanischer Politiker)

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der

planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Tausche betonierte Zukunft gegen blühende Vergangenheit.

Spottvers der 68er Bewegung

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von September bis Dezember 2022

01.09.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. September 2022: >>Der Heiße Herbst kommt!

Von Jürgen Elsässer

Auch wenn Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) auf dem Forum 2000 erklärte: "Es spielt keine Rolle, was meine deutschen Wähler wollen, ich liefere für die Ukraine ... die Sanktionen bleiben auch im Winter" - sie beziehungsweise die gesamte Regierung fürchten Volksaufstände wegen eines möglichen Gasausfalls im Winter. Die Warnungen kamen schon im Hochsommer, als noch kaum demonstriert wurde. Doch das kann sich schnell ändern.

Annalena Baerbock ist nicht die hellste Kerze auf der Torte. Aber sie ist ein guter Sensor für Stimmungen, die andere an sie herantragen und die sie dann mit ihrem naiven Pfannkuchengesicht weiterplappert. So war es auch an jenem 20. Juli, als sie bei einem Publikumsgespräch des Redaktionsnetzwerkes Deutschland in Hannover saß und sich unter Druck sah, den Weiterbezug von russischem Gas zu rechtfertigen.

"Wenn wir kein Gas mehr bekommen, sind wir mit Volksaufständen beschäftigt", erklärte sie treuherzig. Den Moderatorinnen fiel fast das Gebiß aus dem Gesicht. Gleich an zwei Punkten hatte die grüne Außenministerin die herrschende Propaganda schwer beschädigt. Das kleinere Problem war, daß sie überhaupt den Volksbegriff verwendet hatte; in ihrer Partei und im gesamten Establishment gehört dieser nämlich zu den Unwörtern, die angeblich aus einer dunklen Epoche der Weltgeschichte stammen und zwingend mit Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus, also mit Weltkrieg und Holocaust, zusammenhängen.

Das größere Problem: Vor Baerbocks Fauxpas hatten Systemparteien und Medien zwar auch vor Protesten im Zusammenhang mit Inflation und Kältewinter gewarnt - aber als Verursacher hatten sie nur sogenannte Extremisten ausgemacht und keineswegs das Volk. So hatte etwa Innenministerin Nancy Faeser (SPD) am 17. Juli formuliert:

"Natürlich besteht die Gefahr, daß diejenigen, die schon in der Coronazeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu mißbrauchen versuchen."

Der Unterschied: Es geht ums Ganze. Mit Radikalinskis kann der Staat fertig werden - aber nicht mit Massenaufständen. ...

Hinzu kam eine brisante Insa-Umfrage, die am Tag des Baerbock-Auftrittes veröffentlicht wurde: Demnach gaben 44 Prozent der Befragten an, "sicher oder mit großer Wahrscheinlichkeit" an Demonstrationen gegen die hohen Energiepreise teilzunehmen. Das ist fast eine Verdreifachung des Wertes auf dem Höhepunkt der Corona-Krise, als nur 16 Prozent Aktivitätsbereitschaft bekundeten. ...

Der Kältewinter kommt

Die Angst der Regierung vor dem Volk ist berechtigt, da sie die Energiekrise - die sie selbst durch ihren Sanktions- und Kriegskurs gegen Rußland ausgelöst hat - absehbar nicht in den Griff bekommt.

Die Hälfte der Wohnungen in der Bundesrepublik wird mit Gas versorgt. Auf dem Stand der aktuellen Preise zahlt eine vierköpfige Familie dafür bereits jetzt 3.200 Euro statt 1.200 im vergangenen Jahr, also beinahe das Dreifache, so das Vergleichsportal Verivox. Für den Herbst sind weitere Preissprünge der Versorgungsunternehmen angekündigt. Hinzu kommt

die sogenannte Gasumlage ab Oktober, die Scholz zunächst mit zwei Cent pro Kilowattstunde, Habeck wenig später mit "bis zu fünf Cent" bezifferte.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung forderte im Leitartikel vom 29. Juli unter Berufung auf die "Volkswirte des Landes" sogar glatte 20 Cent für die Gasumlage. Man bedenke: Die Kilowattstunde Gas kostete noch bis letztes Jahr um sechs Cent! Alles in allem müssen sich die Verbraucher also auf mindestens 600 Prozent Mehrkosten einstellen. ...

Das allergrößte Problem ist aber, daß in weiten Teilen des Bundesgebietes die Gasversorgung im Winter komplett ausfallen könnte. Der Anteil der russischen Importe liegt zwar immer noch bei 40 Prozent - aber das ist schon ein Drittel weniger als in den Vorjahren. Zwar war der Speicherstand mit etwa 70 Prozent Befüllung Anfang August besser als erwartet - aber die Speicher müssen während der kalten Jahreszeit mehrfach befüllt werden. ...

Querfront im Wartestand

Die aufflackernde Panik des Regimes steht bisher in keinem Verhältnis zu den Protesten. Zwar gibt es in Ostdeutschland einen kleinen Aufschwung bei den Montagsspaziergängen, Spitzenreiter war Lutherstadt Wittenberg mit etwa 4.000 Teilnehmern - aber die Zahlen sind noch weit unter dem Schnitt der Corona-Zeit. Bei der "Woche der Demokratie" in Berlin mobilisierten die eher linksorientierten Querdenker um die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand gleich zwei Mal etwa 10.000 Menschen - der größte Erfolg in der Hauptstadt seit zwei Jahren.

Doch die Demonstranten waren in der überwiegenden Mehrzahl alte Kämpen, die schon bei den legendären "Tagen der Freiheit" im August 2020 dabei waren. Menschen, die sich wegen des drohenden Kältewinters politisiert haben, waren kaum darunter.

Und doch könnte sich die Situation schlagartig ändern, wenn die Temperaturen fallen und die Preise weiter steigen. Vor allem ein Aspekt kann die Situation für das Regime explosiv machen: Niemand in Deutschland müßte im Winter frieren, wenn die Bundesregierung Nord Stream 2 öffnen würde - die Pipeline ist einsatzbereit. Putin hat dies mehrfach angeboten und keinerlei Vorbedingungen dafür gestellt. ... <<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. September 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Das Märchen von der Freiheit und Selbst-**

bestimmung der Deutschen

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der germanische Geist ist der Geist der Freiheit. <i>Georg Wilhelm F. Hegel (1770-1831, deutscher Philosoph)</i>

Das Deutsche Reich von 1871 bis 1918 war ein souveräner Staat: 47 Jahre Freiheit

Das am 18. Januar 1871 gegründete Deutsche Reich war bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 der letzte souveräne deutsche Staat bzw. das letzte gültige Völkerrechtssubjekt.

Das Deutsche Reich verfügte von 1871 bis zum Abschluß des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 über die 3 klassischen Merkmale eines Staates:

- Staatsgebiet (einen klar abgegrenzten oder definierten Landbesitz). Das Staatsgebiet oder Hoheitsgebiet ist der Raum, der der territorialen Oberhoheit eines Staates unterliegt.
- Staatsvolk. Das Staatsvolk wird von den Bewohnern eines Staates gebildet, die in dem Staatsgebiet alle bürgerlichen und politischen Rechte besitzen.
- Staatsgewalt. Ausübung der Macht innerhalb eines Staates durch staatliche Regierungsorganisationen, wie z.B. Verwaltung, Polizei, Gerichte etc.

Das rasante Wirtschaftswachstum und die großartigen Exporterfolge des Deutschen Reiches entschieden schließlich das Schicksal der Deutschen, denn die damaligen Großmächte Groß-

britannien, Frankreich und USA duldeten keinen weiteren Konkurrenten. Die "aufmüpfige" deutsche Industrie- und Wirtschaftsmacht sollte deshalb während eines Krieges entscheidend geschlagen werden, um den neuen lästigen Konkurrenten dauerhaft zu schwächen und auszuschalten.

Das Meinungskartell der Mainstream-Historiker behauptet zwar bis zum heutigen Tag, daß Deutschland die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten und Zweiten Weltkrieges würde. Wer die wesentlichen historischen Fakten kennt, die zum Ersten und später zum Zweiten Weltkrieg führten, stößt jedoch schon bald auf die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund.

Nicht Zufälle, sondern langfristige Planungen der maßgeblichen NWO-Strategen führten zur Zerschlagung der mächtigen europäischen Kaiserreiche Rußland, Deutsches Reich und Österreich-Ungarn sowie des Osmanischen Reiches und zur Entstehung beider Weltkriege.

US-Kardinal John Murphy Farley (1842-1918, seit 1902 Erzbischof von New York) erklärte während des Eucharistischen Weltkongresses vom 22. bis 26. Juli 1914 in Lourdes kurz vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges (x347/83): >>Der Krieg, der in Vorbereitung ist, wird ein Kampf zwischen dem internationalen Kapital und den regierenden Dynastien sein. Das Kapital wünscht niemanden über sich zu haben; kennt keinen Gott oder Herrn und möchte alle Staaten als große Bankgeschäfte regieren lassen. Ihr Gewinn soll zur alleinigen Richtschnur der Regierenden werden ... Business - einzig und allein ...<<

Nach dem Waffenstillstandsabkommen vom 11. November 1918 begann die jahrzehntelange Unfreiheit und eingeschränkte Selbstbestimmung für die Deutschen

Die deutschen Truppen waren zum Zeitpunkt der Friedensverhandlungen zwar schwer angeschlagen, aber bis zum Waffenstillstand konnten fast keine feindlichen Truppen in das Deutsche Reich eindringen. Nur einige Gebiete in Elsaß-Lothringen waren bereits von französischen Truppen besetzt.

Der Abschluß des Waffenstillstandes war völkerrechtlich keine bedingungslose Kapitulation, sondern ein rechtsverbindlicher Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Entente-mächten. Nach dem 11. November 1918 war das Deutsche Reich schließlich den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert.

Nachdem alle deutschen Truppen ihre Waffen niedergelegt hatten, verstärkten die Siegermächte am 6. Dezember 1918 die Seeblockade auch im Ostsee-Raum, um die Bevölkerung des Deutschen Reiches systematisch auszuhungern.

Als die wahren Absichten der Siegermächte bekannt wurden, mußten die Deutschen bestürzt und verzweifelt zur Kenntnis nehmen, daß man sie arglistig getäuscht hatte, denn fast alle Vereinbarungen und verbindlichen Zusagen des Waffenstillstandsvertrages blieben später unberücksichtigt. Nach nur 47 Jahren der Freiheit begann für die Deutschen eine endlose Zeit der Unfreiheit.

Die folgenden Waffenstillstandsbedingungen der Siegermächte waren ungewöhnlich brutal und gnadenlos. Auch die unmenschliche Hungerblockade blieb weiterhin in Kraft. Bei der von den alliierten Siegermächten durchgeführten "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 handelte es sich gemäß Haager Landkriegsordnung - "Ordnung der Gesetze und Gebräuche des Landkrieges" - vom 18.10.1907 um ein Kriegsverbrechen.

Der britische General John F. Fuller (1878-1966) schrieb später über das beschämende Verhalten der Sieger (x063/515): >>... daß der Bruch dieses Vertrages die entscheidende Niederlage für die europäische Ordnung war. Er war die unmittelbare Ursache für die weitere verhängnisvolle Entwicklung. Die Alliierten haben ihren Teil des Abkommens nicht erfüllt. Statt dessen haben sie es, als Deutschland hilflos war, im Gegensatz zu früheren Friedenskonferenzen abgelehnt, mit dem Gegner mündlich zu verhandeln; sie haben die Blockade aufrechterhalten; und sie haben die Bedingungen des Waffenstillstands gebrochen.<<

Die deutschen Autoren Dr. Thomas Jung und Friedrich Georg schrieben später (im Jahre 2019) in ihrem Buch "1918 - Die Tore zur Hölle. Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches", daß US-Präsident Wilsons "14-Punkte-Friedensplan" nicht der letzte große Betrug der globalen Kriegstreiber blieb (x340/216-217): >>... Die Kriegstreiber von heute sind wie 1914 und 1939 kühl kalkulierende, machtbesessene und menschenverachtende Hasardeure. Sie finden sich unter Spekulationsbankern und Inhabern von Rüstungs-großkonzernen, vor allem in den transnationalen Konzernen und dem transnationalen Kapital. Es gibt also erneut Warnungen, Wetterleuchten und Vorbeben vor einem Unglück, das sich wie schon einmal vor 1914 kaum jemand vorstellen kann. Das Ereignis ist nicht unvermeidlich, dennoch ist es wahrscheinlich.

Die endlosen Kriege der infrastrukturell und ökonomisch weitgehend verkommenen USA haben jetzt im 21. Jahrhundert nach den Worten von Willy Wimmer, einst Staatssekretär des bundesdeutschen Verteidigungsministerium, zu einer Flut von zurückkehrenden Särgen geführt, die Fragen aufwerfen. ...

Dabei deckte er eine interessante Parallele auf: Wie die Mittelmächte 1918 an einen gerechten Frieden nach den "Vierzehn Punkten" Wilsons vertrauten und die Waffen streckten, glaubte die sowjetische Führung 1990, auf die Feststellungen in den "Zwei-plus-Vier-Verträgen" zur Wiedervereinigung Deutschlands vertrauen zu dürfen, nach denen die NATO keinesfalls über die Oder als polnisch-deutsche Grenze nach Osten hinaus ausgedehnt werden sollte.

Die Russen zogen aus Osteuropa ab. Heute steht die NATO in den baltischen Staaten. Alles war Lüge.

Am Ende des Ersten Weltkrieges gingen am 11. November 1918 die Tore zur Hölle auf! Bis heute hat sie niemand wieder geschlossen.<<

Versailler Vertrag

Das Deutsche Reich zählte nach dem Versailler Friedensdiktat vom 28. Juni 1919 zu den wirtschaftlich und politisch entmündigten Staatsgebilden (Staaten ohne Selbstbestimmung). Die Deutschen wurden anschließend durch die Siegermächte bevormundet, entmündigt und planmäßig ausgeplündert. Die "betreuten Deutschen" mußten letzten Endes in Versailles nicht nur ein politisches und militärisches, sondern auch ein volkswirtschaftliches Todesurteil akzeptieren.

Der Versailler Vertrag war ein völkerrechtswidriges Unterdrückungsinstrument gegen das Deutsche Reich und verstieß eindeutig gegen die Grundsätze des schon damals geltenden Völkerrechts.

Das Deutsche Reich wurde nach der Ablehnung des Versailler Vertrages nachweislich durch Ultimaten unter Druck gesetzt (wie z.B. durch Gewaltanwendung: "Hungerblockade" vom 11.11.1918 bis zum 12.07.1919 und durch Gewaltandrohung: sofortige Besetzung des gesamten Deutschen Reiches).

Die gewaltsame Durchsetzung des Versailler Friedensvertrages verstieß zweifelsfrei gegen die damals geltenden Grundsätze des Völkergewohnheitsrechts, denn ein durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungener Vertrag stellte einen derart eklatanten und schwerwiegenden Bruch des Völkerrechts dar, daß er von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden mußte.

Der britische Politiker David Lloyd George (1863-1945, 1916-22 Ministerpräsident) schrieb später über die rücksichtslosen Versailler Friedensverhandlungen (x321/80): >>Die internationalen Bankiers diktierten die Reparationsübereinkommen. Die Besitzer unserer Nationalbanken schoben Diplomaten, Politiker, Juristen und Journalisten beiseite und erließen ihre Befehle mit dem gebieterischen Wesen absolutistischer Monarchen, die wußten, daß es gegen die grausamen Dekrete keinen Einspruch gab. ...<<

In einem "Spiegel-Interview" vom 25. Januar 1971 erklärte der damalige US-Gouverneur des US-Bundesstaates Alabama, George Wallace (1919-1998): >>... Amerika ist in gewisser Weise mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg. Denn dieser Krieg hätte sich vermeiden lassen ... Der Vertrag von Versailles war ein Racheakt. Man hat den Deutschen diesen Vertrag aufgezwungen, was wirklich unfair war. Hätte es diesen Vertrag nicht gegeben, dann hätte es auch keinen Hitler gegeben ...<<

Weimarer Republik von 1918-1933

Die Weimarer Republik von 1919 war kein souveräner Staat und verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates (Staatsgebiet, Staatsvolk, Staatsgewalt). Aufgrund der Versailler "Friedensbedingungen" (Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen, Teilauflösung des deutschen Heeres etc.) zählte die Weimarer Republik von 1919-1933 völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Die Weimarer Verfassung war keine frei gewählte Verfassung des deutschen Volkes, denn Deutschland wurde damals von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dominiert. So wurde z.B. Artikel 61 der Weimarer Verfassung, der den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich vorsah, von den Siegermächten verboten.

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Siegermächte besaß die Weimarer Republik nach dem Ende des Ersten Weltkrieges eigentlich nie eine realistische Überlebenschance.

Als Reichspräsident Hindenburg den NSDAP-Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannte, liquidierte Hindenburg gleichzeitig die Weimarer Republik. Nach ungemein schweren Jahren, in denen von 1919-33 insgesamt 20 deutsche Regierungen aufgegeben wurden und scheiterten, wurde das Schicksal der "Weimarer Republik" am 30. Januar 1933 entschieden (x051/627).

NS-Regime von 1933-1945

Erich Ludendorff (1865-1937, deutscher General des Ersten Weltkrieges und später aktiver Hitlerputsch-Teilnehmer) schrieb am 31. Januar 1933 an den Ex-General und amtierenden Reichspräsidenten Hindenburg (x034/635): >>... Ich prophezeie ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stürzen und unsere Nation in unfaßbares Elend bringen wird. Kommende Geschlechter werden sie wegen dieser Handlung in Ihrem Grabe verfluchen.<<

Am 23. März 1933 wurde das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sog. "Ermächtigungsgesetz", vom Reichstag mit der notwendigen 2/3-Mehrheit von 444:94 beschlossen.

Aufgrund des gewaltsamen Staatsstreiches (Verhaftung und Bedrohung von Reichstagsabgeordneten) begingen die Nationalsozialisten am 23. März 1933 verfassungsrechtlich eindeutig Hochverrat. Hitlers NS-Terroristen hielten das Deutsche Reich danach praktisch bis Mai 1945 besetzt. Nach Errichtung der NS-Diktatur bestimmten in Deutschland nur noch Gewalt und Terror das Leben der Menschen.

Prof. Dr. Karl Jaspers (1883-1969, Philosoph, erhielt von 1937-45 Lehrverbot und ab 1943 Publikationsverbot durch das NS-Regime) schrieb später, daß am 23. März 1933 unter Hitlers Führung erstmalig in der deutschen Geschichte ein **Verbrecherstaat** gebildet wurde, also ein "Staat", der systematische Verbrechen mittels seiner Institutionen, seiner Träger und Untergeordneten verübte (x154/14).

Adolf Hitler (1889-1945), der nachweislich jahrelang durch zahlreiche ausländische Förderer, wie z.B. durch das New Yorker Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., und durch zahlreiche US-Großindustrielle finanziell unterstützt wurde, enttäuschte seine NWO-Geldgeber nicht. Der

selbsternannte NS-Führer zählte von 1933-1945 zu den gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlangern der Neuen Weltordnung. Hitlers Revisionen, um nicht haltbare, vorsätzliche Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages zu beseitigen, führten schließlich zwangsläufig zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bzw. zur Fortsetzung des 2. Dreißigjährigen Krieges.

Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 8./9. Mai 1945

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

Aufgrund der bereits vor Beginn des Zweiten Weltkrieges geltenden Haager Landkriegsordnung (HLKO) von 1899 bzw. von 1907 sowie der Genfer Konvention von 1864 und 1929 wurden durch die bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 9. Mai 1945 völkerrechtlich lediglich die Kampfhandlungen eingestellt.

Da später kein Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschlossen wurde, galten weiterhin die Vereinbarungen und Gesetze der Haager Landkriegsordnung.

Verhaftung der Dönitz-Regierung am 23. Mai 1945

Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert. Generaladmiral von Friedeburg beging noch am selben Tag in seiner Zelle Selbstmord (Giftkapsel).

Das Deutsche Reich wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 nicht aufgelöst

Da die Siegermächte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keinen Gebrauch von ihrem Recht der vollständigen Unterwerfung des Deutschen Reiches machten, wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - gemäß Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 durch die Siegermächte nachweislich völkerrechtlich nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Berliner Deklaration vom 5. Juni 1945 stellte damals eindeutig fest, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergehen sollte (x151/67). Das Deutsche Reich blieb deshalb als Rechtssubjekt bestehen, war aber nach der Verhaftung der "Dönitz-Regierung" desorganisiert bzw. nicht mehr geschäftsfähig.

Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht und Verhaftung der "Dönitz-Regierung" übernahm der Alliierte Kontrollrat die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden. In der berichtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung, die bis Mitte 1947 die Basis der US-Besatzungspolitik bildete, hieß es damals z.B., daß Deutschland nicht zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat besetzt werden sollte.

Konferenz von Potsdam

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beab-

sichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber die hilflosen Ost- und Volksdeutschen hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt. Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.

Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Grenzen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten deshalb keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren. Bei der Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, wobei mindestens zwei Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149):
>>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt.

Obwohl das deutsche Volk völkerrechtlich als Staatsvolk erhalten geblieben war, erfolgte damals keine Volksabstimmung über die Annahme des Grundgesetzes, so daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 ohne die direkte demokratische Beteiligung des deutschen Volkes in Kraft trat.

Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim berichtete 2008 in seinem Buch "Die Deutschlandakte", Seite 16 (x357/9): >>Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlaß des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung.<<

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt bereits wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.

Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die völkerrechtliche Bedeutung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (x063/605):

>>... Unbestritten ist heute, daß durch die militärische Kapitulation und durch die Besetzung des gesamten Staatsgebietes das Deutsche Reich als Staat, als Subjekt des Völkerrechts, nicht zu bestehen aufgehört hat. Es trat nur eine zeitweilige Handlungsunfähigkeit ein.

Diese Handlungsfähigkeit wurde wieder hergestellt, als am 8. Mai 1949 das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat verabschiedet und am 23. Mai in Kraft gesetzt wurde.

Es kann demnach das Wort von Gerhard Anschütz, verwandt für das Deutsche Reich von 1871 und 1919, ... erneut zitiert werden: "Das neue und das alte Reich stehen nicht im Verhältnis der Rechtsnachfolge, sondern dem der Identität."<<

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland blieb trotz der Verabschiedung des Grundgesetzes zunächst das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Erst nachdem am 5. Mai 1955 die Pariser Verträge in Kraft traten, entfiel zwar offiziell das Besatzungsstatut, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Der Parlamentarische Rat stellte am 23. Mai 1949 in einer öffentlichen Sitzung fest, daß die Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 144 GG als parlamentarischer Staat gegründet worden sei.

Aufgrund der Potsdamer Vereinbarungen (völkerrechtswidrige Gebietsabtretungen, hohe Wiedergutmachungsleistungen, Stationierung von Besatzungstruppen etc.) zählte die BRD völkerrechtlich nicht zu den politisch und ökonomisch unabhängigen Staaten, die die Fähigkeit besaßen, mit anderen Staaten souverän in politischen Kontakt zu treten.

Es handelte sich lediglich um ein Besatzungs-konstrukt der westalliierten Siegermächte, aber um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn, denn die Bundesrepublik Deutschland verfügte nicht über die klassischen Merkmale eines Staates: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland war völkerrechtlich politisch und ökonomisch kein unabhängiger oder souveräner Staat.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten.

Infolge der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes und der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) lediglich bedeutungslose Pseudowahlen.

Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>... Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<

Die Bundesrepublik Deutschland war bis zum Abschluß des Plus-Vier-Vertrages" am 12. September 1990 nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Entrüstung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

Egon Bahr schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT":

>>"**Lebenslüge der Bundesrepublik**"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Der "Deutsche Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden", der im Auftrag der SED handelte, gründete am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik.

Die Ausrufung der "DDR" erfolgte aus taktischen Gründen erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, scheinbar als Antwort auf einen Schritt des Westens. Tatsächlich war dieser Schritt nur die formelle Bestätigung einer Spaltungspolitik, die man bereits seit Juli 1945 eingeleitet hatte.

Mit der Proklamation der SBZ zur sog. DDR ging die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) in der "Provisorischen Regierung der DDR" auf. Die leitenden Persönlichkeiten der DWK wurden Minister und Staatssekretäre.

Dr. Hans Joachim Berbig schrieb später über die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik (x287/193): >>Die staatliche Organisation des zweiten deutschen Teilstaates beginnt bereits im Dezember 1947 mit dem Deutschen Volkskongreß, der aus gewählten Delegierten vor allem aus der SBZ, aber auch den Westzonen bestand.

Am 7. Oktober 1949 trat die erste der Serienverfassungen der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft. ...<<

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb später über die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (x063/635): >>... Eine Verfassung haben die Parteiinstanzen der Sowjetzone am 19. März 1949 verkündet. Auf dem Papier durchaus demokratisch, mit zahlreichen Bestimmungen, die nahezu wörtlich aus der Weimarer Verfassung übernommen wurden, bildeten sie in Wirklichkeit nur den Deckmantel für eine totale

Willkürherrschaft. Die Einrichtung einer Geheimpolizei, des Staatssicherheitsdienstes, eine politisierte Justiz, Säuberungsaktionen, Gleichschaltung der Jugend, in steigendem Maße eine atheistische, religionsfeindliche Propaganda und die nahezu völlige Absperrung nach außen sollten der SED-Regierung die Kontrolle über die Bevölkerung sichern. ...<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Am 12. September 1990 wurde in Moskau das Abschlußdokument der "Zwei-plus-Vier-Verhandlungen" von den Außenministern der beteiligten Länder unterzeichnet.

Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 handelte es sich lediglich um die von den alliierten Siegermächten planmäßig angeordnete Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren unsouveräne, abhängige Staatsgebilde. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben. Gemäß Bundesgesetzblatt Teil II, Seite 1.386 ff. vom 8. Oktober 1990 wurden durch den Abschluß des "Zwei-Plus-Vier-Vertrages" zahlreiche Punkte des Überleitungsvertrages von 1954 nicht verändert. Die diskriminierenden Feindstaatenklauseln (Artikel 53 und 107) der UN-Charta wurden ebenfalls ignoriert und nicht gestrichen.

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/-151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011 über eine Rede des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) im November 2011: >>EU am Scheideweg

... Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. ...

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt? ...

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker ... gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus." ...

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Egon Bahr erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/9): >>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus

der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Der gegenwärtige völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig ungeklärt, weil zwischen den alliierten Siegermächten und dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches bisher lediglich ein Waffenstillstand, aber kein Friedensvertrag geschlossen wurde. Der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, stellt völkerrechtlich jedenfalls keinen Friedensvertrag dar.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Die zerstörerische Destabilisierungspolitik der westalliierten Siegermächte

Der systematisch vorbereitete Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den Siegermächten des Ersten und Zweiten Weltkrieges seit Jahrzehnten im Rahmen einer neuen Weltordnung geplant und realisiert. Die seit dem 11. November 1918 politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden danach jahrein und jahraus konsequent ausgeplündert, umerzogen und schließlich völlig ruiniert, um die kulturellen, militärischen und wirtschaftlichen Fundamente Deutschlands vollständig zu zerstören.

Aufgrund der radikalen Destabilisierungspolitik der westalliierten Siegermächte ähnelt die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln z.B. wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die betreuten Deutschen gegenüber den westalliierten Betreuern bei entscheidenden Fragen nach wie vor keine Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte besitzen.

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die westalliierten Siegermächte zwangsläufig auch für die zerstörerische Destabilisierungspolitik der betreuten deutschen Politiker und Parteien verantwortlich.

Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung

Obgleich die Deutschen seit über 100 Jahren planmäßig bevormundet, versklavt und ausgeplündert werden, berichtete bisher fast kein deutscher Historiker und kein deutscher Journalist über diesen unfaßbaren Zustand.

Nach über 100 Jahren der Unfreiheit wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung zurückzugeben.

Vorübergehende Einschränkungen der Souveränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.<<

Völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland anzuwenden. Die Haager Landkriegsordnung ist nach wie vor ein anerkannter Teil des humanitären Völkerrechts. Die Haager Landkriegsordnung gilt vom Kriegsbeginn bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz.

Von diesem humanitären Völkerrecht können sich auch die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...

Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.

Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...

Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, damit sie ihre politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte eigenverantwortlich wahrnehmen können. Man hat die Deutschen schon lange genug versklavt, hiermit muß irgendwann Schluß sein, denn die Abschaffung der Sklaverei wurde schließlich im Jahre 1948 durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte völkerrechtlich bestätigt.

Die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich müssen sich endlich daran erinnern, daß sie gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

Zu diesem Zweck muß sofort die Zwangsbetreuung durch die westlichen alliierten Siegermächte eingestellt werden. Ferner ist die derzeitige völkerrechtswidrige Besatzungssituation zu klären, damit ein gerechter Friedensvertrag zwischen dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und den damaligen Siegermächten geschlossen werden kann, um den Zweiten Weltkrieg zu beenden.

Die Rückgewinnung der Freiheit und Selbstbestimmung wird es nicht umsonst geben! Trotz alledem dürfen wir nicht länger tatenlos zusehen, wie die planmäßig angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen unser Land allmählich vernichten, sondern wir müssen uns endlich weh-

ren.

Georg Herwegh (1817-1875, deutscher Dichter) forderte im Jahre 1845 das deutsche Volk mit folgenden Worten zum Kampf um die Freiheit auf (x145/95):

>>... Wach auf! Wach auf!

Die Morgenluft schlägt mahrend an dein Ohr.

Aus deiner 1.000jähr'gen Gruft

Empor mein Volk, empor!

Laß kommen, was da kommen mag:

Blitz' auf, ein Wetterschein!

Und wag's und wär's nur einen Tag,

Ein freies Volk zu sein! ...<<

Bei diesem "letzten Gefecht" gegen das globale Terrorimperium geht es nicht nur um die Wiedergewinnung unserer Freiheit und um Sein oder Nichtsein, sondern es geht auch um die traditionelle Verpflichtung, das mehr als tausendjährige materielle und immaterielle Erbe unserer Vorfahren für unsere Nachkommen zu bewahren. Wir sind es nicht nur unserer eigenen Selbstachtung, sondern auch unseren Vorfahren und vor allem unseren nachfolgenden Generationen schuldig.

GOTT MIT UNS ...<<

02.09.2022

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 2. September 2022:

>>**Reparationen: Polen will 1,3 Billionen Euro von Deutschland**

Von *Sven Reuth*

Da macht man erstmal dicke Backen: Die Regierung in Warschau beziffert in einem Bericht die von Deutschland im Zweiten Weltkrieg angerichteten Schäden auf 1,3 Billionen Euro. ... Mehr als 77 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs holt man in Warschau zum ganz, ganz großen Keulenschlag gegen Deutschland aus. Gestern - am Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs - kündigte Jarosław Kaczyński, der Vorsitzende der nationalkonservativen Partei "Recht und Gerechtigkeit" (PiS), an. Die geradezu unvorstellbare Summe liegt deutlich höher als der gesamte deutsche Staatshaushalt.

"Polen wird Kriegsreparationen beantragen"

Grundlage ist ein Gutachten, in dem die während des Zweiten Weltkriegs von Deutschland in Polen angerichteten Schäden beziffert wurden. Kaczyński äußerte schon klipp und klar, "daß Polen Kriegsreparationen beantragen wird." Außerdem schlug Kaczyński der israelischen Regierung vor, sich an der Reparationskampagne gegen Deutschland zu beteiligen.

Die Bundesregierung erkennt die Sanktionsforderungen auf juristischer Ebene nicht an. Sie verweist darauf, daß alle diesbezüglichen Fragen im Verhältnis zu Polen schon 1953 abschließend geklärt worden wären. Allerdings ist die Lage nicht eindeutig, denn der Staatsrat im sozialistischen Polen hat eine entsprechende Erklärung nie unterzeichnet. Außerdem verjähren Kriegsverbrechen nicht, was allerdings gleich die Frage nach den an den Deutschen begangenen Verbrechen aufwirft, die in der Endphase und den Monaten nach dem Zweiten Weltkrieg an den Deutschen während der Vertreibung begangen wurden.

Ostgebiete wurden "vergessen"

Überhaupt fällt auf, daß in dem "Gutachten" der polnischen Regierung keine Rede von den ostdeutschen Provinzen Pommern, Schlesien, Ostbrandenburg und dem westlichen Ostpreußen ist, die Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg an Polen abtreten mußte. Es handelte sich hier immerhin um große Teile des deutschen Reichsgebietes, aus denen die deutsche Bevölkerung, die dort schon seit Jahrhunderten siedelte, auf grausamste Art und Weise vertrieben wurde.

Diese Schäden, die gegenüber Deutschland angerichtet wurden, kommen in dem "Gutachten" der polnischen Regierung nicht mit einer Silbe vor. Das allseitige Einhacken auf Deutschland und die Deutschen hat damit einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Im Juli dieses Jahres hatte auch die griechische Regierung bei einem Athen-Besuch von Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) erklärt, an ihren Reparationsforderungen gegenüber Deutschland festzuhalten. Auch Griechenland dürfte am Ende nicht gerade mäßige Forderungen an Deutschland stellen.

Vorbildliches Rußland

Bemerkenswert ist jedenfalls, daß aus Moskau keine Reparationsforderungen gestellt werden - und das, obwohl Deutschland derzeit Waffen an die Ukraine liefert, die sich im Kriegszustand mit Rußland befindet. Derartige Forderungen wurden selbst zu sowjetischen Zeiten nie gestellt. Die Bundesregierung sollte jedenfalls jetzt schon beginnen, eine Strategie gegen die Reparationsforderungen aus Warschau zu entwickeln. Es dürfte unerlässlich sein, an dieser Stelle auch auf die enormen deutschen Gebietsverluste und das von der ganzen Welt vergessene Leid deutscher Opfer hinzuweisen. ...<<

03.09.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. September 2022: >>E.ON-Chef: AKW-Streckbetrieb hätte "große Auswirkung"****

Von *Sven Reuth*

Leo Birnbaum, der Chef des Energiekonzerns E.ON, sprach nun das Offensichtliche aus, das insbesondere von den Grünen immer noch hartnäckig geleugnet wird: Deutschland hat nicht nur ein Gas-, sondern auch ein Stromproblem. ...

"Wir haben ein Wärme-, kein Stromproblem", krächte Grünen-Chefin Ricarda Lang noch Ende Juli dieses Jahres. Schon damals hätte diese Einschätzung nicht falscher sein können. Schon seit Monaten - zwischenzeitlich wurde eine glatte Verdreifachung des Strompreises registriert - strangulieren die hohen Strompreise die privaten Verbraucher und zwingen erste Betriebe zur Kapitulation oder zur Verlagerung ihrer Produktion ins Ausland.

"Signifikanter Effekt"

Dies stellte nun auch Leo Birnbaum, Chef des größten deutschen Energieversorgers E.ON, klar. Er rechnet damit, daß ein Weiterbetrieb der drei letzten deutschen Atomkraftwerke den Strommarkt auch über 2022 hinaus entlasten könnte. Gegenüber dem Nachrichtenmagazin Spiegel äußerte er nun:

"Wenn die Preise so hoch sind und die Preiskurven so steil, dann hat schon eine relativ kleine gesicherte Leistung große Auswirkungen. Es hätte also wahrscheinlich schon einen signifikanten Effekt."

"Uns fehlen Kraftwerke"

Birnbaum machte auch darauf aufmerksam, daß die derzeitige Stromkrise, die sich im Grunde genommen schon zu einer regelrechten Stromkatastrophe ausgewachsen hat, keineswegs nur eine Folge des Ukraine-Krieges ist. Sie ist vielmehr das Ergebnis einer komplett illusorischen und verfehlten "Energiewende", die nicht nur von linksgrünen Fanatikern vorangetrieben, sondern auch von Politikern aus dem bürgerlichen Spektrum unterstützt wurde. Birnbaum bemerkte dazu:

"Es fehlt uns gesicherte Grundlastleistung, es fehlen uns Kraftwerke"

Der E.ON-Chef bezieht sich mit seinen Aussagen auf sogenannte grundlastfähige Kraftwerke, die kontinuierlich unabhängig von Wind und Wetter Strom produzieren und damit das Netz in dem notwendigen Gleichgewicht halten. Birnbaum betonte, daß der Weiterbetrieb des von der E.ON-Tochter PreussenElektra betriebenen Atomkraftwerks Isar 2 technisch möglich und sein Konzern offen für Gespräche über dieses Thema sei.

Daran hat natürlich auch das Unternehmen selbst - gerade vor dem Hintergrund der gestiegenen Strompreise - ein vitales Interesse. Dennoch zählt Birnbaum nicht zu den Leisetretern der Branche, schon zu Beginn des Ukraine-Krieges erklärte er, daß Deutschland nicht ohne russisches Gas auskomme. Allerdings ist es gut möglich, daß sich die deutsche Politik auch gegenüber seinem neuen Zwischenruf verschließt. ...<<

07.09.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. September 2022:

>>**Amateure im Tiefflug**

Scharfmacherin: Truss schlägt im Johnson-Kabinet die härtesten Töne gegen Moskau an. Die neue britische Premierministerin Liz Truss ist eine in der Wolle gefärbte Rußland-Gegnerin. Anlässlich ihrer Amtseinführung dokumentieren wir den Artikel "Amateure im Tiefflug" von John Laughland aus COMPACT 6/2022 Grüne im Krieg.

_ von *John Laughland*

In der Geschichte der Diplomatie gibt es Hochs und Tiefs. Der Tiefpunkt der langen und teilweise ruhmreichen Rolle Großbritanniens in internationalen Angelegenheiten wurde sicherlich im Februar 2022 erreicht, als sich die derzeitige Außenministerin, die Nachfolgerin von George Canning (1770-1827) und Lord Palmerston (1784-1865), in Moskau in einem angespannten Gespräch mit dem erfahrensten Diplomaten unserer Generation wiederfand.

Liz Truss protestierte im Namen der Regierung Ihrer Majestät gegen den Aufmarsch russischer Truppen an der ukrainischen Grenze. Der alte Fuchs, der ihr gegenüber saß, Sergej Lawrow, fragte trocken, ob Großbritannien die russische Souveränität über Woronesch und Rostow anerkenne und ob Rußland daher das Recht habe, dort Truppen zu stationieren.

Ihr abgekürzter Vorname Liz steht für genau die trashige Popkultur, die in der Politik herrscht. Ihre Antwort kam sofort: Großbritannien würde die Kontrolle Rußlands über diese Regionen niemals anerkennen. Sie war geradewegs in die Falle getappt: Die arme Dame kannte den Unterschied zwischen diesen beiden russischen Städten und der an Rußland angeschlossenen Krim oder dem Donbass nicht - eine Peinlichkeit, die die russische Regierung nach dem Treffen genüßlich an die Medien weitergab.

Diese Ignorantin hat eines der ranghöchsten Ministerämter in der derzeitigen Regierung inne. Ihr abgekürzter Vorname spricht Bände über genau die trashige Popkultur, die in Großbritannien im Allgemeinen und im Außenministerium im Besonderen herrscht, wo sich alle wichtigen Männer gern Nick oder Dave nennen.

Wölfin im Fuchspelz

Kurz vor ihrem Treffen mit Lawrow zeigte Truss ihre Unwissenheit auf eine weniger eklatante, aber noch tiefer gehende und besorgniserregendere Weise. Sie ließ sich fotografieren, wie sie in einem für Engländerinnen ungewöhnlich langen Mantel und einer Pelzmütze durch die Straßen Moskaus lief. Diese Kleidungsstücke wurden weithin als Anspielung auf Margaret Thatchers sensationellen Besuch in Moskau im Jahr 1987 verstanden: Maggie ist Truss' Heldin. Aber hier hört nicht nur die Ähnlichkeit auf - der Kontrast wird geradezu gigantisch.

Der Besuch von Frau Thatcher in Moskau war ein episches Symbol für das Ende des Kalten Krieges. Sie war die erste westliche Staatschefin, die Michail Gorbatschow entdeckte. "Ich mag Herrn Gorbatschow. Er ist ein Mann, mit dem wir Geschäfte machen können", erklärte sie damals.

Während ihres Moskau-Besuchs führte sie mit ihm sehr intensive Gespräche, in denen sie versuchte, ihn davon zu überzeugen, daß der Kommunismus die falsche Ideologie sei - und bei diesem Versuch scheiterte. Aber die Tatsache, daß sie wie Ronald Reagan in der Lage war, ihre starken ideologischen Überzeugungen im Namen des übergeordneten Gebots der Ent-

spannungspolitik und des Weltfriedens bei Seite zu schieben, zeigte, daß sie eine große Staatsfrau war.

Den Brexit-Eliten war die EU nicht zu groß, sondern zu klein. Das kann man von Truss nicht behaupten. Im Gegenteil, 30 Jahre später setzt die derzeitige Außenministerin alles daran, angesichts der starken Konkurrenz durch ihre ebenso verbissenen Regierungskollegen, alle Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau zu sabotieren und dafür zu sorgen, daß der Westen bis zum letzten Ukrainer kämpft.

Indem sie in diesem Wettlauf kriegerischer ist als ihre Kollegen, die wiederum noch kriegerischer sind als ihre EU-Kollegen, wenn das überhaupt möglich ist, veranschaulicht Truss eine zutiefst paradoxe Tatsache über das Brexit-Britannien: Es ist nämlich jetzt globalistischer als zuvor in der EU.

Das Brexit-Paradoxon

Als 2016 das Brexit-Referendum mit der Wahl von Donald Trump zusammenfiel, sagten viele Kommentatoren voraus, daß eine Welle des Populismus über den Planeten hereinbrechen würde. Diese Welle ebte bekanntlich mit der Wahl von Emmanuel Macron im darauffolgenden Jahr wieder ab, aber das lag auch daran, daß es sie nie wirklich gegeben hatte. Denn das Pro-Brexit-Votum in Großbritannien war nicht, wie viele meinten, ein Aufschrei der Wut einer marginalisierten Bevölkerung gegen eine arrogante politische Elite, wie es der Trumpismus war.

Es war vielmehr eine Gelegenheit für einen Teil des politischen Establishments und insbesondere einen Teil der Konservativen Partei, die populistische Bedrohung zu neutralisieren, indem sie auf dieser Welle surften, um sie besser kontrollieren zu können. Sie machten den Brexit einfach zu einer anderen, noch größeren Form des Globalismus - ein Superglobalismus quasi, der die Kleinstaaterei der Europäischen Union ersetzen soll.

Es wird oft übersehen, daß die britischen Eliten die EU nicht deshalb ablehnten, weil sie so groß war, daß sie die britische Souveränität verschlang, sondern weil sie für Großbritanniens weltweite Ambitionen zu klein war. Großbritannien sieht sich selbst als maritime und daher universale Weltmacht, deren Aufgabe es ist, ewige Werte zu verteidigen, nicht aber die engen, konkreten Interessen des britischen Staates.

Dean Acheson, der anglophobe US-Außenminister, bemerkte in den 1950er Jahren, daß Großbritannien zwar sein Kolonialreich verloren, aber seine Rolle noch nicht gefunden habe. Er hatte recht. Doch nach dem Brexit und vor allem nach dem Rückzug der USA aus Afghanistan im Sommer 2021 glauben viele in London, daß das Land nun seinen rechtmäßigen Platz in der Welt wiedererlangt habe. Leute wie Boris Johnson denken ernsthaft, daß Großbritannien nun eine führende Rolle, wenn nicht sogar die führende Rolle in der freien Welt spielen könne.

Befreit von den Fesseln der kontinentalen Landmasse und auf den Zwillingswellen des internationalen Handels und der universellen Sprache surfend, hofft die britische politische Elite, daß die Rolle des Fackelträgers der entarteten Werte des Globalismus Großbritannien nicht nur die Identität zurückgeben wird, die es drei Jahrhunderte lang hatte (das Empire war schließlich nur ein Sprungbrett auf dem unaufhaltsamen Marsch der Menschheit in Richtung Weltregierung), sondern daß dies auch eine radikale Opposition zu dem Land, das ein entgegengesetztes Wertesystem verkörpert, implizierte.

Alle echten James-Bond-Bösewichte sind Russen, und das aus gutem Grund: Wo Großbritannien maritim ist, ist Rußland eine Landmacht; wo Großbritannien "frei und liberal" ist, ist Rußland "autoritär"; wo Großbritannien posthistorisch, postchristlich und postnational (weil globalistisch) ist, handelt Putins Rußland in den Augen der britischen Minister und eines Großteils der Medien noch in der Tradition Iwan des Schrecklichen.

Im Peloponnesischen Krieg

Liz Truss weiß nicht viel, aber sie spürt all diese Dinge in ihren Knochen. Prosaischer ausgedrückt: Sie ist fest entschlossen, sich als das aggressivste Mitglied der Regierung zu profilieren. Und die Konkurrenz ist groß, vor allem im Verteidigungsministerium, das eigentlich für die Militärhilfe sowie für den Militärpartnerschaftsvertrag Großbritanniens mit der Ukraine zuständig ist - ein Vertrag, der schon im Juni 2021 auf einem Schiff der Royal Navy im Schwarzen Meer unterzeichnet worden ist. Wie alle hochrangigen konservativen Kabinettsminister ist sie hinter dem Job ihres Chefs her.

Boris Johnson hat sich schnell in seinen Lügen verfangen, und jeder weiß, daß das britische parlamentarische System zugleich stabil und instabil ist, da zahlreiche konservative Premierminister von ihren eigenen Kollegen gestürzt wurden: Theresa May und David Cameron sind nur die jüngsten Beispiele in dieser Tradition. Weil die Tories in einem permanenten Delirium, der nostalgischen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, leben und sich in einem ewigen München von 1938 beim Nachgeben gegenüber Hitler wähen, spinnt sich ganz Großbritannien die Unvermeidlichkeit des Sieges über jeden zusammen, der je nach Konjunktur der aktuelle Hitler ist.

Imperialismus statt Nationalismus

Carl Schmitt verstand genau, wie sich die britische Weltsicht von jener der Kontinentaleuropäer unterschied, als er bemerkte, daß ein britischer Kartograph Spanien mit einem gestrandeten Wal verglichen hatte. Nur eine Seefahrernation könne eine solche Perspektive haben, sagte er. Er hatte recht. Kaum waren die Kronen von England und Schottland 1603 in der Person von Jakob V. von Schottland (gleichzeitig Jakob I. von England) vereinigt, begann das imperiale Abenteuer des Vereinigten Königreichs: 1607 wurde in Virginia die erste Kolonie, Jamestown, gegründet.

Die Vereinigung auf der Insel führte also unmittelbar zu einer Ausdehnung der Macht über die Ozeane. Sir Walter Raleigh formulierte 1615 die neue Doktrin: "Wer das Meer beherrscht, beherrscht den Handel; wer den Handel der Welt beherrscht, beherrscht die Reichtümer der Welt und damit die Welt selbst."

Als die Briten die riesige Landmasse Indiens und große Teile Afrikas erobert hatten, fantasierte Premier Benjamin Disraeli in seinem Roman Tancred (1847), wie Königin Victoria ihren Hof in Delhi errichten könnte. Der Mythos eines universalistischen Weltreichs ohne territoriale oder gar ethnische Bindungen war geboren.

Die Ukraine ist zu einem Schlachtfeld für die Tory-Politik geworden. Angesichts der Herausforderung, seine Bedeutung gegenüber den europäischen Ländern zu beweisen, deren Union es gerade verlassen hat, muß Großbritannien nach dem Brexit seine militärischen und geheimdienstlichen Muskeln spielen lassen, um die Nichtteilnahme an den EU-Gipfeltreffen in Brüssel zu kompensieren. Einzelne Minister müssen Kriegstreiber sein, um sich in den Augen der Abgeordneten für den Spitzenjob des Premierministers zu qualifizieren.

Das erinnert an die Bemerkungen, die der griechische Geschichtsschreiber Thukydides über den Peloponnesischen Krieg im 5. Jahrhundert vor Christus machte: "Rücksichtslosigkeit wurde als Mut angesehen, Umsichtigkeit als Feigheit; Mäßigung galt als Deckmantel für Unmännlichkeit; die Fähigkeit, alle Seiten einer Frage zu sehen, als Unfähigkeit zu handeln. Der Befürworter extremer Maßnahmen war immer vertrauenswürdig, sein Gegner ein Mann, dem man mißtrauen mußte."

Es ist ein höchst gefährliches Spiel, das um so gefährlicher ist, wenn es von Amateuren - mit Liz Truss als ihre schlimmste Verkörperung - rücksichtslos gespielt wird.

*_ John Laughland (*1963) ist ein britischer Publizist und schrieb unter anderem für den "Spectator", das "Wall Street Journal" und den "Guardian". Außerdem war er Teilnehmer mehrerer COMPACT-Souveränitätskonferenzen.*

Dieser Artikel erschien im COMPACT-Magazin 06/2022. ...<<

08.09.2022

Philippinen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. September 2022: >>Freiheit für Oliver Janich! Hier ist sein letzter Artikel

Von Jürgen Elsässer

Seit 17. August ist Oliver Janich in Haft auf den Philippinen - festgenommen nach einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München, die ihm "Haßverbrechen" im Internet vorwirft, also Gedankenverbrechen in der Orwell-Diktion. Er kann nicht kommunizieren, alle Nachrichten über seine Situation stammen aus seinem Umfeld. Demnach wird er korrekt behandelt, aber er sitzt in einer Massenzelle mit einigen Schwerverbrechern ...

Sein Schicksal ist ungewiß. Das Interesse in Deutschland an diesem Journalisten hat dramatisch abgenommen. DAS WOLLEN WIR NICHT ZULASSEN. Es kann nicht angehen, daß wir zuschauen (vielmehr: wegschauen!), wie einer der wichtigsten deutschen Dissidenten, seit vielen Jahren ein unerschrockener Kämpfer für die Wahrheit, in einem feuchten Loch in den Tropen verschimmelt.

COMPACT kämpft für die Freilassung von Oliver Janich. Hier zur Erinnerung der letzte Artikel, den er in Freiheit geschrieben hat, und zwar für die aktuelle Septemбераusgabe von COMPACT-Magazin. Der Text macht deutlich, mit welchen Leuten sich Janich immer wieder kritisch angelegt hat - und warum ihn der Tiefe Staat so sehr haßt. Oliver, wir bleiben dran!

Auf den Spuren von Pedo-Peter (aus: COMPACT-Magazin 9/2022)

_ von Oliver Janich

Anfang August überfiel das FBI das Anwesen von Donald Trump in Florida. Der historisch einmalige Vorgang wird noch skandalöser, weil die US-Behörden die Familie des amtierenden US-Präsidenten schonen - obwohl es schwerwiegende Hinweise auf Straftaten gibt.

Hunter Biden mag sich. Er filmte sich bei jeder Gelegenheit. Der Sohn von US-Präsident Joe Biden scheint eine Art Video-Tagebuch über sein ganzes verko(r)kstes Leben geführt zu haben. Einer der Clips, die im Juli geleakt wurden, zeigt ihn - oder einen Kerl, der ihm verdammt ähnlich sieht - mit Fluppe im Mundwinkel, wie er mit einer Frau darüber streitet, wieviel Kokain sie gekauft haben. Die Kamera zeigt erst auf ihn und dann auf die Waage, auf der die Drogen liegen.

Das Filmchen ist Teil neuer Enthüllungen, die im Juli Furore machten. Unglaublich, aber wahr: Auf Twitter wird Hunter Biden teils sogar gefeiert für die Videos. Er sei eine "Legende", heißt es dort mehrfach. Das ist besonders interessant, weil man getrost davon ausgehen kann, daß es sich dabei um Linke handelt, die ansonsten einen Nervenzusammenbruch kriegen, wenn jemand das falsche Pronomen benutzt.

Das liegt aber auch daran, daß die wirklich brisanten Videos nicht auf Twitter laufen. Anonyme Nutzer des Message-Boards \$4chan\$ hatten behauptet, Hunter Bidens iCloud Konto gehackt zu haben. Das Board erlangte Berühmtheit, weil dort der angebliche Geheimnisträger Qanon seine ersten Posts verfaßte. Aber selbst den Betreibern von 4chan wurde die Sache zu heiß, und sie löschten die meisten Inhalte.

Grund: Es sollen auch Aufnahmen dabei sein, die Hunter Junior beim Sex mit Minderjährigen zeigen. Jeder, der solche Aufnahmen verbreitet oder herunterlädt, verstößt gegen die Gesetze zur Kinderpornographie. In der Tat wäre es Aufgabe der Justiz, solche Aufnahmen zu sichern und strafrechtlich zu verfolgen.

Neues zum Laptop aus der Hölle

Diese Nachsichtigkeit gegenüber den Bidens wäre nichts Neues: Wie wir heute wissen, ist das FBI bereits seit Dezember 2019 im Besitz von Hunter Bidens "Laptop aus der Hölle" (NTV), ohne daß irgendeine Anklage erhoben worden wäre. Auch die Schweizer "Weltwoche" bekam eine Kopie der Daten des Rechners.

Es sind "217 Gigabyte an Firmendokumenten, E-Mails und privaten Foto- und Filmaufnahmen, viele davon pornografischen Inhalts", so die "Weltwoche" am 26. April 2022. "Sie dokumentieren einen schwer drogenabhängigen Sohn des damaligen Vizepräsidenten, der auch dank der Macht und dem Einfluß seines Vaters millionenschwere Deals abschloß."

Auch der Hinweis der Russen, daß Hunter Biden in die Finanzierung von Biowaffenlabors in der Ukraine involviert ist, wird durch die Laptop-Auswertung erhärtet. Keine geringere als die "New York Post" schrieb im März, daß die entsprechenden Vorwürfe von US-Geheimdienstlern als Kriegspropaganda abgetan würden, räumt aber ein:

"Die neue Behauptung Rußlands, daß der Investmentfonds des ersten Sohnes an der Beschaffung von Geld für Biolaborprojekte in der Ukraine beteiligt war, ist jedoch korrekt. Dies geht aus E-Mails hervor, die Hunter Bidens Geschäfte in der Ukraine betreffen und die zuerst von der "Post" erhalten wurden ..."

Weiter heißt es: "Rosemont Seneca Technology Partners investierte 500.000 Dollar in das Erregerforschungsunternehmen Metabiota in San Francisco und sammelte weitere Millionen über Firmen wie Goldman Sachs ein. Dies geht aus den E-Mails hervor, die auf dem Computer gefunden wurden, der im April 2019 in einer Reparaturwerkstatt in Delaware aufgegeben wurde, als Joe Biden für das Präsidentenamt kandidierte. Metabiota stellte Hunter Mitarbeiter für ein ‚wissenschaftliches Projekt‘ mit Biolaboren in der Ukraine vor, von Burisma, dem ukrainischen Gasunternehmen, bei dem er Vorstandsmitglied war, wie aus den E-Mails hervorgeht." ...<<

09.09.2022

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. September 2022: >>"**Ein neuer Wahn und Unsinn" - Putin zum EU-Gasdeckel**

Auf dem 7. Östlichen Wirtschaftsforum, das vom 5. bis zum 7. September in Wladiwostok stattfand, trat auch der russische Präsident Wladimir Putin auf. In einem Gespräch auf dem Podium erklärte er die Grundzüge der russischen Energiepolitik. COMPACT bringt die Kriesreden Putins im Original. ...

Doronow: Und schlägt uns die Gaspreisgrenze stark auf?

Putin: Sie verstehen, das ist eine abermalige Dummheit, eine nochmalige nicht marktgerechte Entscheidung, die keinerlei Aussichten hat. Jedwede administrative Begrenzung im Bereich des Welthandels führt nur zu Mißverhältnissen und zu einer Steigerung von Preisen. Doch das, was gerade auf den europäischen Märkten geschieht, ist das Resultat der Arbeit europäischer Fachleute und der Europäischen Kommission.

Wir haben stets darauf gedrängt, daß sich die Preise auf Grundlage langfristiger Verträge formierten und auch an solche Marktkategorien geknüpft seien wie Preise auf Öl oder Ölprodukte. Die Preise auf Öl und Ölprodukte formieren sich durch den Markt, und der Gaspreis ist in langfristigen Verträgen an diesen Preis geknüpft.

Warum? Weil diese Förderung große Investitionen erfordert, und jener, der in die Förderung Investitionen einbringt, muß darin sichergehen, daß das Produkt realisiert werden wird. Deswegen ist Gazprom pauschal daran interessiert, daß man langfristige Verträge hat.

"Stabilität war in Brüssel nicht erwünscht"

Uns wurde gesagt: "Nein, das ist nicht vollkommen marktgerecht. Man muß sich auf den Spot orientieren, auf den Spot-Markt." Wir haben ihnen zugeredet, ich war persönlich in Brüssel beteiligt und sagte: "Man darf das nicht machen, weil der Handel mit Gas gleichwohl ein Grundsegment des Weltmarktes ist. Sowohl jener, der fördert und verkauft, als auch jener, der kauft, müssen der Stabilität der Verhältnisse sicher sein." - "Nein", sagte man uns in der Annahme, daß der Preis damals zu hoch war - 100 Dollar für tausend Kubik beziehungsweise 300 Dollar später war damals sehr hoch, wie es ihnen schien. Da gab es solche Preise.

Energie-Krise: Ohne Gas bleibt nicht nur die Küche kalt.

Jetzt ist es bereits wieviel? Auf dreitausend Euro hob der Preis ab. Wir sagten: "Man darf es nicht, macht es nicht". Nein, sie verdonnerten praktisch ihre Firmen und zwangen uns - sie zwangen uns! - zur Anbindung an den Spot. Jetzt ist in der Preisstruktur ein bedeutender Anteil des Preises vom Spot.

Dies ist nicht unsere Forderung, dies ist jenes, was uns von den Europäern aufgezwungen worden ist. Nachdem sie uns diese wirklich närrischen Entscheidungen aufgezwungen haben, überlegen sie jetzt, nachdem sie damit konfrontiert sind, was jetzt geschieht, wie sie davon wegkommen.

"Weiterer Preisanstieg zu erwarten"

Wie? Durch administrative Entscheidungen, den Preis zu begrenzen. Ein neuer Wahn und Unsinn, der zu einem weiteren Anstieg der Preise auf dem Weltmarkt führen wird, darunter auch in Europa. Man kann nichts auf dem administrativen Weg in der Sphäre der Ökonomie und des Welthandels lösen.

Doronow: Baute man Nord-Stream-2 umsonst?

Putin: Nein, wir bauen nichts umsonst. Wir erhielten entsprechende Technologien und feilten sie aus. Wenn es nötig sein wird - bitteschön -, dann öffnen wir Nord-Stream-2. Falls Sie diese Angelegenheit interessiert, kann ich auch etwas detaillierter sprechen, nur ist mir die Zeit zu schade.

Doronow: Nein, wir haben darüber viel gesprochen, daß wir bereit sind, daß die Röhre aufgebaut ist.

Putin: Nord-Stream-1 ist jetzt praktisch geschlossen und alle sagen: "Rußland nutzt diese Energie als Waffe". Ein abermaliger Unsinn und Wahn. Was für eine Waffe benutzen wir? Wir liefern so viel wie unsere Partner brauchen, soviel sie anfordern - so viel wickeln wir ab. Wir liefern doch nicht irgendwohin in die Luft, sondern nach Bestellung. Die Bestellung ist ausgeliefert - wir erfüllen sie.

Was ist geschehen? Es gehen zwei Adern einer Gasleitung durch die Ukraine. Die Ukraine hat auf ihre Initiative eine Ader unter dem erfundenen Vorwand der Abwesenheit von Kontrolle für sich genommen und abgesperrt. Sie haben sie selbst geschlossen. Nicht wir haben sie geschlossen, die Ukraine hat sie geschlossen.

"Polen schloß Jamal-Pipeline"

Das zweite Rohrleitungssystem "Jamal - Europa" verläuft über Polen. Polen nahm diese Gasleitung und stellte sie unter Sanktion, und sie schlossen sie. Haben wir das wohl getan? Die Polen haben sie abgesperrt. Die Ukrainer haben abgesperrt, die Polen haben abgesperrt.

Zu Nord-Stream-1: Unsere deutschen Partner unterstellten die ganze technologische Seite von Nord-Stream-1 sowie die Bedienung der Anlagen der gasbefördernden Turbinen dem britischen Recht, weil, wie sich herausstellte - auch ich wußte das nicht, Aleksej Borisowitsch hat mir darüber Bericht erstattet -, Gazprom genötigt worden war, den Vertrag für die Bedienung dieser Produktionsanlagen der Firma Siemens nicht mit dem Zentralkontor von Siemens, sondern mit der Tochter in Großbritannien abzuschließen, die Gazprom unter Sanktionen stellte, und sie haben vereinbart, diese Turbinen im Siemenswerk in Kanada instandzusetzen.

"Sie haben es doch selbst verbockt"

Und haben wir hier etwas damit zu tun? Kanada hatte sie genommen und schließlich übergab sie Kanada nach vielseitigen Bitten Deutschlands an Deutschland, aber nach Vereinbarung mit der Tochter von Siemens in Großbritannien müssen Turbinen unmittelbar nach Petersburg entsendet werden. Die Logistik hat sich geändert - es ist nötig, Änderungen am Vertrag vorzunehmen. Die britische Tochter von Siemens reagierte sogar auf Anfragen von Gazprom gar nicht.

Hier kann man sich vor dem Hintergrund dieser Turbine so angenehm fotografieren lassen. Aber gebt uns am Ende die Dokumente! Das ist unser Besitz. Wir müssen den Rechtsstatus

dieses Besitzes und den technischen Zustand erfassen. Man gibt uns nichts außer allgemeines Reden.

Die letzte Turbine fiel aus, auch Vertreter von Siemens kamen und begutachteten es, dort kommt es zum Austritt von Öl, ein explosionskritische und feuergefährliche Lage. Freilich kann eine Turbine so nicht arbeiten. Gebt uns die Turbine, wir öffnen morgen Nord-Stream-1. Man gibt uns doch nichts.

"Wir sind auf Seite der deutschen Demonstranten"

Sie sagen, wir benutzen sie als Waffe. Was für eine Waffe? Sie haben es selbst verbockt, jetzt wissen sie nicht, was sie damit tun sollen. Sie stießen sich selbst in die sogenannte Sanktions-sackgasse.

Es gibt nur einen Ausweg. In Deutschland sehen wir jetzt, daß Demonstrationen vor sich gehen, mit der Forderung, Nord-Stream-2 zu öffnen.

Wir teilen diese Forderungen der Verbraucher in Deutschland, wir sind bereit, das morgen zu tun. Es genügt, nur einen Knopf zu drücken. Aber wir haben doch die Sanktionen auf Nord-Stream-2 nicht eingeführt. Sie machten dies auf Druck der Amerikaner, aber warum machten jene Druck? Weil sie selbst verkaufen wollen, uns zwar überteuert. Wir kennen auch die Position der vorherigen Administration. Sie sagten: "Ja, wir verkaufen teurer. Sollen sie es doch kaufen, denn wir beschützen sie." Sollen sie es dann kaufen, wenn sie wollen. Wir werden unser Handelsgut verkaufen.<<

USA: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 9. September 2022 (x1.176):
>>**Die Abschaffung des Menschen**

Vor zwei Jahren begann nicht nur ein Generalangriff auf unsere Freiheit - es geht darum, ob Menschsein auf diesem Planeten überhaupt noch eine Zukunft hat.

Von *Gerald Ehegartner*

Isolierung, Ausgrenzung, Abstand halten, die Maskierung des Gesichts, die Verhinderung des freien Atmens und des kreativen Ausdrucks, die Verbote von Feiern, Berührung und Geselligkeit - all diese Maßnahmen waren Katalysatoren für die Reduktion des lebendigen Menschen auf einen Funktionsroboter. Diese Abwärtsspirale mündete in der Corona-Impfung, einer aktualisierten Form der Taufe in einen neuen Kult.

Die Corona-Impfung läutete als Initiationsritus den Übergang vom alten Religionskult in einen modernen Wissenschaftskult ein, der nun die Straße zum Transhumanismus ebnet. Bedrohungsszenarien und die damit verbundene Angst machten und machen dies möglich. Wieder sind es die Wärme und die Würde des menschlichen Herzens, die auf dem Altar eines neuen Toteskultes geopfert werden sollen.

Freie und unabhängige Gedankensamen

Nur, wie konnte es so weit kommen? Ein kurzer Blick auf lebendige Kräfte der Erde mag dies veranschaulichen: Mehr als 90 Prozent der Samenvielfalt gingen bis heute auf unserem Planeten verloren. Die Schönheit und Fruchtbarkeit lichtgetränkter und freier Samen wurden von künstlich geschaffenen Hybridsamen abgelöst, die den natürlichen Kreislauf für wenige Saatgutkonzerne unterbrechen. Die Bauern mußten und müssen nun die Samen der Saatgutfabriken erwerben, da diese nur einmal pro Saison Frucht tragen.

Dem nicht genug, manipulieren diese Konzerne die Genetik der Samen und melden den Besitz auf jene an. Lebendige Biodiversität macht seit Jahrzehnten einer künstlich geschaffenen Monokultur Platz. Dieselben Konzerne, die das Feuer der Samen zähmen, liefern auch die synthetischen Düngemittel, Pestizide, Fungizide und Insektizide, die die Böden in ein Burnout treiben und jene Lebewesen töten, die in einer geheimnisvollen Symbiose mit Boden und Pflanzen leben. Die Böden sind mittlerweile nur noch leblose Unterlage, die manipulierten Pflanzen Halt versprechen.

Jeder Gedanke steht metaphorisch auch für einen Samen, vom Licht des Herzens fruchtbar gemacht. Seine Individualität in Verbundenheit mit allem Leben ist ein großes Versprechen für die Zukunft, ein wahres Beispiel freier Potentialentfaltung.

Freiheit der Gedanken versus Denkfabriken

Mit dem Blick auf unsere Samenwelt stellt sich unweigerlich die Frage, ob unsere Gedanken noch frei zirkulieren und sich über den Körper unbefangen auszudrücken vermögen. Oder denken wir mittlerweile angeliefertes Gedankengut, hybride Gedanken, hergestellt in Fabriken - in sogenannten Denkfabriken? Und wenn ja, greifen diese Fabriken auch in die Genetik angelieferter Gedanken ein?

Alte und neue Medien transportieren die Gedankenbilder, die wir denken. Wir bezahlen entweder in Form von Geld - oder sollten wir Informationen gratis erhalten, dann mit unseren Daten. So werden wir selbst zum Produkt. Informationen sollen uns in Formation bringen. Nachrichten richten uns nach und betreutes Denken führt weg von uns selbst - direkt in Platons Höhle.

Wenige Informationspipelines, sogenannte Nachrichtenagenturen, speisen das weitverzweigte Informationsnetz. Finanziell hochpotente Organisationen wie Project Syndicate monopolisieren die Informationen. Denkfabriken in Zusammenarbeit mit Geheimdienstagenten liefern die gewünschten Inhalte, deren letztendliches Ziel meist Kontrolle bedeutet.

Um den Verteilungsprozeß des Gedankensaatgutes besonders effektiv zu fördern, wurden und werden Stiftungen und Lobbyorganisationen wie das Weltwirtschaftsforum gegründet. Diese funktionieren als Drehscheiben, um den Informationskreislauf auszuweiten.

Das Diktat des Narrativs

Die Davos-Gruppe, augenscheinlich gegründet vom Council on Foreign Relations, ist ein Paradebeispiel dafür. Klaus Schwab, rekrutiert von Personen wie Henry Kissinger im Rahmen eines CIA-gesponserten Harvardprogramms, liefert die große Erzählung. Kissinger war und ist ein Falke, dessen Flugbild einer Friedenstaube manchmal täuschend ähnlich sieht.

Nach Schwabs Buch "The Great Reset" folgte ein weiteres bescheidenes "Great" mit der Veröffentlichung von "The Great Narrative". Schwab, der rührige Transhumanist, möchte Geschichte schreiben und so diktiert er seine Geschichte. Ein Narrativ jedoch ist eine Haupterzählung, eine Denkautobahn, die nicht die frei fahrende Erzählung, die dezentrale, biodiverse Poesie fördert, sondern einem klaren Denk- und Erzähldiktat gleichkommt. Sie ist jenes genmanipulierte Hybridsamengut, das auf allen Böden dieser Erde ausgesät werden soll und freie, unabhängige Samen verdrängt.

Yuval Harari, der gewiefte und nicht gerade warmherzig wirkende Militärgeschichtler, liefert dazu den Kontext mittels einer Menschheitserzählung, die direkt in den Transhumanismus führt. Er ist weniger Mahner, denn Sprachrohr und Gatekeeper, der die angeblich alternative Vision des transhumanen Homo Deus liefert.

Die Rettung der Welt?

Bill Gates ist ebenso ein Meister dieser Gate-Erzählung. Seine mit der Rockefeller-Stiftung initiierte Grüne Revolution in Afrika lieferte manipuliertes Saatgut und parallel die erforderliche Chemie. An beiden verdiente seine Stiftung kräftig, (den Preis) ... hatten die Kleinbauern vor Ort zu zahlen, deren klein strukturierte Landwirtschaft zerstört wurde. Dies hat mit Grün etwa so viel zu tun, wie das von Gates gegründete Atomkraftunternehmen Terra Power mit wahrer Erdkraft zu tun hat. Gates, im samtweichen Gewand des Philanthropen und Weltenretters sich selbst zelebrierend, hat zu Mutter Erde ungefähr so viel Verbundenheit wie ein Fünfsternegeneral zum Pazifismus.

Jede Frage, die nicht mit Monopol, Geld, Macht und Technik inklusive Impfung beantwortet werden kann, wirkt falsch gestellt. Nichts scheint heilig. So wundert es nicht, daß die Rettung der Umwelt auf die technokratische Rettung des Klimas reduziert wird.

Gates Einfluß auf Medien ist enorm, allein Der Spiegel erhielt in den vergangenen Jahren von seiner Stiftung 4,8 Millionen Euro. Wer kann (sich) hier noch in den Spiegel schauen? Ist Bill Gates etwa der falsche Prophet und falsche Messias unserer Zeit?

Und ist er auch der erste Papst einer geistentleerten, transhumanistischen Kirche, die erstmals keine höhere, lebendige Intelligenz anbetet, sondern eine künstliche eines sinnentleerten Materialismus? Wenn Menschen ihre Anbindung an das Leben und somit an ihren Sinn verloren haben, sind sie als scheinbar totes Material für jeden Totenkult im Totenreich bereit. Dort hängen die Mäuse von den Felsvorsprüngen, die Schatten sind auf den Kopf gestellt. Jeder einzelne Wert scheint verdreht und der Mensch erlebt sich in der Verblendung nicht mehr als lebendiges Subjekt, sondern vielmehr als totes Objekt.

Das Zerwürfnis zwischen Verpackung und Inhalt

Das kriegerische, spaltende und ausgrenzende Feindesdenken wird uns als friedlich, nachhaltig, gesund, solidarisch und grün verkauft. Noch nie waren Verpackung und Inhalt so offensichtlich im Widerstreit. Der Ausschluß einer gesamten Bevölkerungsgruppe aus dem öffentlichen Leben aufgrund des Impfstatus und dies innerhalb einer westlichen Wertegemeinschaft, die auf Demokratie, Pluralität, Diskriminierungsverbote und Toleranz setzt, war nicht nur ein Sündenfall, sondern ein Doublebind, der sich mit allen argumentativen Feinheiten nicht lösen läßt.

Man kann nicht Toleranz predigen, Regenbogenfarben schwingen und zugleich Ausgrenzung im Namen von Inklusion betreiben. Der Hype einer Minderheit und die Dämonisierung einer anderen widerspiegelt keineswegs eine integrative Gesellschaft. Diese Vorgehensweise ist spaltend, auch wenn sie das Gegenteil behauptet.

Propagandamaschine der Einfalt versus intelligente Vielfalt

Die Propagandamaschine jedenfalls läuft so hervorragend, daß die meisten von uns in der Gewißheit darben, Propaganda wäre ein russisches Phänomen, das Wort selbst eine russische Vokabel.

Dieselbe Denke, die wir seit dem Beginn der Corona-Pandemie erlernten, liefert aktuell die Matrix für den Ukraine Konflikt. Das Böseste, das man sich derzeit nur vorstellen kann, ist wohl der ungeimpfte Russe.

Vielen von uns ist nicht bewußt, wie mittels Psycho-Operationen, Social Engineering, Agenda-Settings und so weiter in unsere Gedankenwelt eingegriffen wird. Gerade sogenannte Demokratien bedienen sich ausgefeilter Steuerungsmethoden, deren Diktaturen nicht bedürfen, da diese die Menschen mit offener und oftmals roher Gewalt in die gewünschte Richtung drängen.

Die Methoden der Manipulation sind vielfältig. Framing, Verdrehung, Dauerwiederholung, Ästhetisierung, Dämonisierung, Gaslighting, Nudging, Kontaktschuld, Gut-Böse-Schablonisierung unsichtbare Zensur - um nur einige zu nennen - berauben uns der Vielfalt der Denkvarianten. Letztendlich sind nur einer Minderheit diese Propagandamittel bekannt.

Die Mehrzahl jener, die für sich Intellektualität, Reflexionsfähigkeit und selbstständiges Denken in Anspruch nehmen, besitzen kaum Wissen darum. Nicht wenige erliegen hier einer selbstgefälligen Täuschung. Intelligenz und Lebendigkeit jedoch gedeihen in der Vielfalt. Einfalt und Monokultur kann nicht unser Ziel sein, auch wenn sie schnellen Ertrag für wenige versprechen.

Künstliche Intelligenz (KI) - der leblose Gott der Transhumanisten?

Die Steuerung des Menschen läuft in eine Richtung, bei der dieser - wie von Harari mit durchdringendem Blick verkündet - zukünftig als hackbares Tier ohne freien Willen betrachtet werden kann. Mit Hilfe technischer Innovationen schwindelt der Mensch sich hoch in einen Götterhimmel, in dem er digitalisiert und mit Maschinen und Technik verschmolzen, dem Tod als Automat zu entrinnen vermeint, während er die KI als neuen Gott anbetet - ein restlos

isoliertes und geistloses Datenpaket, das völlig vermessen in den Datenstrom für einige wenige eingespeist werden soll.

Die Kirche trennte uns noch mit Angst und Schuld von Gott, indem sie ihm die erbärmlichsten aller menschlichen Eigenschaften, die man sich nur vorstellen konnte, unterjubelte - wie zum Beispiel die ewige Rachelust mittels Höllenfeuer aufgrund eines kurzen menschlichen Daseins. Und das wohlgernekt im Namen der Liebe. Kein noch so fehlerhafter Vater beziehungsweise Mutter wären dazu in der Lage.

Der Transhumanismus, im Kern die Kirche des reinen, bewußtlosen Materialismus, entledigt sich jedoch sogleich von Gott und setzt dafür das Ego, jenen Teil, der an die Trennung glaubt, auf seinen Thron.

Aufgrund der Trennung übt dieser abgespaltene Teil mittels seines Gehilfen - des Verstandes - andauernde Kontrolle aus. So mutiert das Geschenk des Verstandes zu einem diktatorischen, leblos-künstlichen Instrument der Informationsverwertung. Die Auslagerung dieser innewohnenden, künstlichen Intelligenz in Form einer KI und die anschließende Verschmelzung mit derjenigen ist somit nur folgerichtig.

Der Krieg gegen das Leben und das Menschsein

Nur, ist das unsere Vision des Menschseins auf diesem wunderschönen Planeten? Wenn wir etwas in den vergangenen Jahren gelernt haben, dann ist es, daß Zentralisierung, Vermessung, Kontrolle, Taktung und ziviler Gehorsam in einen mit Wissenschaft bemäntelten Toteskult münden.

Wir brauchen keine Kontrolle über freies Saatgut, so wie wir keine Kontrolle über unser Gedankengut benötigen. Die vollmundigen Versprechungen der Saatgut- beziehungsweise Chemiekonzerne konnten bis heute nicht erfüllt werden. Ganz im Gegenteil: Die augenscheinliche Eroberung unseres Denkens, Fühlens und unserer Körper kann als Krieg, als Invasion und Kolonialisierung empfunden werden.

Wir leben inmitten eines großen Krieges, der sich als Psycho-, Informations-, Umwelt-, Wirtschafts-, Cyber-, Gesellschaftskrieg und so weiter offen oder versteckt widerspiegelt. Seine Waffen sind nicht nur modernste Waffensysteme, sondern alles und jedes, das zu einer Waffe gedreht werden kann.

Vor kurzem planten die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Akteure wie Bill Gates, bei welchem alle Fäden internationaler Gesundheitspolitik zusammenzulaufen scheinen, einen neuen Pandemievertrag, der die Entrechtung der Nationalstaaten und die Aushebelung aller Mitsprachestrukturen vorsah. Weitere Anläufe in diese Richtung werden aller Voraussicht nach noch folgen. Gesundheit dient hier wieder als Feigenblatt für ein transnationales Diktat, das in eine internationale Diktatur führen könnte. Letztendlich stellt dies alles einen Krieg gegen das Menschsein, gegen das Leben selbst dar. Die Freiheit des Menschseins, unsere Würde stehen somit auf dem Spiel.

Lebendige Gedankengutbanken

So plädiere ich für schützende Gedankengutbanken, für freien Austausch der Gedanken. Die von Vandana Shiva beschriebene Idee einer lokal und regional verankerten Erddemokratie mit zentral-universellen Grundwerten würde zu einer Selbstbestimmung über die natürlichen Grundlagen führen und wahre Meinungsfreiheit fördern. Sie würde die Selbstgestaltungskraft in einer non-hierarchischen Gesellschaft zum Gelingen bringen.

Doch wir müssen zuerst in uns selbst beginnen, unsere wahre Größe und Würde wiederentdecken. Es ist an der Zeit aufzustehen und unsere wahre Größe zu ehren. Unser Wert ist unermesslich, alleine schon, weil es uns gibt. Niemand kann unseren Wert bemessen und mit uns handeln. Wir sind keine ängstlichen Personen, wir sind kraftvoll liebende Menschen, die in der Gegenwart gemeinsam an einer lichten Zukunft bauen.

Vom Nein zum Ja

Viele von uns haben in den vergangenen Jahren ihre Bedürfnisse hintangestellt, um für Freiheit und Würde einzutreten. Unsere Empathie ließ uns ein klares Nein gegen die aktuelle Massenpsychose, gegen Kontrolle und Lügen sprechen. Jetzt ist es an der Zeit, immer wieder auch innezuhalten und ein klares Ja uns selbst gegenüber auszusprechen. Wir sind mächtig, viel mächtiger, als wir glauben. Unsere Macht gründet sich auf Empathie allem Leben und uns selbst gegenüber.

Liebe spricht Unrecht an, sie ist keine Licht-Liebe-Zwangsjacke, von jenen übergestülpt, die an unserer Handlungsunfähigkeit arbeiten. Und Liebe entwirft zugleich eine Vision. Dort, wo die Not der Zeit und die eigene Herzensvision sich überschneiden - an diesem Punkt hebeln wir die Welt aus. Es geht nicht so sehr um politisch links oder rechts, derzeit benötigen wir viel mehr die Verbindung von unten und oben. Geerdet und gehimmelt sind wir mit allem Leben verbunden. Spiritualität in ihren unterschiedlichsten Ausdrucksformen ist für viele aktuell das Gefährt, das sie durch diese Zeit der Umwälzung geleitet.

Während scheinbar mächtige Kreise den gescheiterten Materialismus mittels Transhumanismus retten wollen, reiten wir nicht mehr dieses tote Pferd.

Die lebendige Humanschicht

Es ist an der Zeit abzusteigen und aufzubrechen, dorthin, wo unsere Träume, Visionen, unsere Bestimmung liegen. Die genmanipulierten Samen der Angst und Ohnmacht können uns nichts mehr anhaben. Wir lassen uns nicht mehr einreden, wer oder was als Unkraut gilt, und wir lassen uns in unsere Gehirne nichts Fremdes mehr pflanzen. Wir denken unsere eigenen Gedanken. Wir lieben unser Menschsein, die Wärme des menschlichen Ausdrucks. Wir sind groß, viel größer, als wir denken.

Und wir leben unsere Fülle, die wir teilen. Nicht BlackRock, Vanguard und Co verwalten mit Billionen Dollar unsere Welt, wir verwalten selbstbestimmt unser inneres Vermögen und treten unser Erbe an.

Eine neue, lebendige Humanschicht bildet sich aus, auf der freie Samen gedeihen. In dieser findet sich eine Humorschicht, die uns zum Lachen bringt, dieser einzigartige Ausdruck des menschlichen Daseins.

Die Erde ist kein Spielball für einige wenige Global Players, die Menschheit wird nicht von irrlichternden Global- und Young Global Leaders geführt. Wir brauchen keine gesteuerte Bewegung, die uns in die Ohnmacht führt und nach orchestriertem Zeitgeist einige Gruppen hypt und andere dämonisiert.

"Der Fuchs sorgt für sich selbst, doch Gott sorgt für den Löwen", formulierte William Blake. So haben wir selbst zu entscheiden, ob wir Schafe, Füchse oder Löwen sein wollen.

Graswurzelbewegungen beginnen bei einem selbst und nicht auf TikTok, Instagram und Co. In ihrer Lebendigkeit wachsen sie von unten nach oben und sollten nicht mit täuschend ähnlich wirkenden Kunstrasen verwechselt werden, die von oben aufgelegt werden.

Die Entwurzelung des Menschen

Jedem mit einem Rest an Unterscheidungsvermögen wird auch bewußt sein, daß die aktuelle Transgenderagenda keine lebendige Bewegung darstellt und nicht auf Mitgefühl für Transgenderpersonen fußt, sondern eine Entwurzelung des Menschen vorantreibt. Wieder einmal wurde eine notwendige Aufwertung manipulativ gedreht.

Der Widerspruch von Sex und Gender hat übrigens nichts mit echter Vermählung von weiblich und männlich zu tun. Jede wahre Verschmelzung erschafft das Feuer der Ekstase, welche den Hauptangriffspunkt des religiösen und nun wissenschaftlich eingefärbten Kultes darstellte und darstellt.

Die Transgenderagenda beziehungsweise jene der Genderideologie könnten vielmehr eine Vorbereitung darauf zu sein, in Zukunft nicht mehr zwischen lebendig und unlebendig

unterscheiden zu können. Dies ist eine wesentliche Voraussetzung für die Verschmelzung von Mensch und Maschine. Wenn Menschen das Gefühl für das Lebendige und ihre Wurzeln verlieren, dann verlassen sie ihr Zuhause und sind in ihrer Verwirrtheit verführbar. Eine Verdinglichung des Lebens würde unser Feuer auf eine Restsparflamme reduzieren. Ein unwürdiges Schauspiel.

Besonders unsere Kinder sind Samen, die es zu schützen gilt. Sie reifen zu Pflanzen, die im Schutz vor Einflußnahme ihr großes Versprechen für die Zukunft entfalten. Nicht umsonst wird das Immunsystem unserer Gesellschaft, die Familie, welche im Idealfall in eine größere Gemeinschaft eingebettet ist, massiv in Frage gestellt.

Die verrückte Rettung der Seele

Machen wir uns nichts vor:

Es ist die Abschaffung der Seele, mit der der Transhumanismus winkt.

Nur, es ist die Seele, die den Menschen zum Menschen macht, ihm Leben, Größe und Schönheit verleiht. Seit Jahrtausenden lauschen wir einer grundlegenden Geschichte, die uns Warnung sein sollte: der Geschichte vom Verkauf der Seele an den Teufel, der mit großartigen Versprechungen lockt.

Nun erleben wir ein Update dieser Erzählung in Form eines sich manifestierenden Science-Fiction-Movies. Aber was gewinnen wir mit dem Verlust unserer Seele? Werden wir nicht zu einem brachliegenden Stück Land, das ausgebeutet den Abfall von Angst, Schuld und Minderwert ertragen muß? Werden wir nicht zu seelenlosen Hüllen im Reich des Totenkultes?

Kämpfen wir um unsere Seele! Sie ist es, die uns Wärme schenkt, uns unseren einzigartigen Duft und Klang verleiht. Sie, die Botin aus fernen Gestaden mit dem Versprechen einer Ewigkeit, läßt uns tanzen, singen und lachen.

Sie stoppt die Funktionstaste und läßt das Eis der Trennung schmelzen. Sie haucht uns Leben ein und taucht unser Leben in Licht. Lauschen wir am Lagerfeuer des Herzens den Geschichten und Liedern unserer Seele, dann öffnet sich jener unwiderstehliche Raum, den die fürchten, die uns als leblose Objekte behandeln wollen.

"Die Tanzenden wurden von denjenigen für verrückt gehalten, die die Musik nicht hören konnten", soll Friedrich Nietzsche formuliert haben.

Georg Bernard Shaw schrieb: "Was wir brauchen, sind ein paar verrückte Leute; seht euch an, wohin uns die Normalen gebracht haben."

Reißen wir uns die Masken der Konformität vom Gesicht, tanzen wir nackt in der Sonne. Verlassen wir den vorgefertigten Meinungskorridor, die ausgelegten Schienen der Schmalspurbahn. Der zivile Ungehorsam ist Ausdruck der eigenen Größe. Jesus hätte als liebender Rebell wohl keine Masken getragen.

Ja, tanzen wir, statt im Gleichschritt zu marschieren, lachen wir über all den Irrwitz unserer Zeit. Lassen wir uns wieder von unserer Seele führen. Während die Welt im Außen immer kälter zu werden droht, sitzen wir an unserem inneren Lagerfeuer und lauschen. Auf Kälte antworten wir mit Wärme, auf Erstarrung mit Bewegung, auf Angst mit Mut. Ja, das Menschsein selbst ist in Gefahr.

Wir aber beginnen mit der Rettung unserer Seele, die uns mit allem Leben verbindet und erst zu Menschen macht. Das ist das Versprechen der Unsterblichkeit inmitten einer vergänglichen Welt. Nicht die lineare Verlängerung der Materie mit allen technischen Mitteln wird die Sehnsucht nach Transzendenz erfüllen. Dieser Versuch wird Schiffbruch erleiden und dem Gelächter der Götter preisgegeben.

Transzendenz kann niemals technisch erreicht und mittels eines immer noch ausgereifteren Materialismus erkämpft werden. Sie öffnet in Wahrheit den Deckel in eine neue, geheimnisvolle Dimension jenseits der fünf Sinne.

Eine Menschheitsfamilie

So verlassen wir den dreckigen Hafen der Ressourcenausbeutung und segeln mit dem wahren Narrenschiff Richtung Utopia, dort wo die Potentiale der freien Samen sich in ihrer wahren Größe entfalten und der Sonne der Freiheit entgegenwachsen dürfen.

Wir sind Löwen, wir sind Kinder der Unsterblichkeit, heilige Narren Gottes. Angesichts des sich auftürmenden Wahnsinns lachen wir, denn nichts und niemand kann uns im Kern bedrohen. Statt des großen Narrativs ist nun der große Narr aktiv.

Unsere Größe ist unverhandelbar. Wir sind eine Menschheitsfamilie, die nun gemeinsam aufsteht, um ihr Erbe anzutreten. Dies ist das Ende der Isolation und der Beginn einer neuen Verbundenheit.

Auf die Seele, das Menschsein und die Freiheit der Gedanken.

Auf das Leben, das wir sind!

Gerald Ehegartner ist Lehrer, Vision-Quest-Guide, Wildnispädagoge, Theaterpädagoge und Autor der beiden Trickster-Romane "Kopfsprung ins Herz - Als Old Man Coyote das Schulsystem sprengte" und "Feuer ins Herz - Wie ich lernte mit der Angst zu tanzen" sowie des neuen Buches "Gedanken in einer (w)irren Zeit - tiefsinnige und humorvolle Texte zu brisanten Themen unserer Zeit". ... <<

10.09.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 10. September 2022:

>>Politische Verfolgung: Opposition in Handschellen

Von *Daniell Pföhringer*

Auf dem Papier herrschen in Deutschland Demokratie und Meinungsfreiheit. Gerade am Umgang mit Dissidenten kann man jedoch ablesen, daß dies in der Realität oft ganz anders aussieht. In unserer neuen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen" zeigen wir, wie Oppositionelle unter fadenscheinigen Gründen vom BRD-Regime verfolgt und zur Strecke gebracht werden sollen.

Wieder ein politisches Urteil: Am vergangenen Mittwoch ist der bekannte Islam-Kritiker Michael Stürzenberger vom Amtsgericht Hamburg zu einer Haftstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verdonnert worden. Das Urteil bezieht sich auf eine Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa am 8. Oktober 2020 in Hamburg. Stürzenberger kritisierte damals in einer Rede den politischen Islam und seine Greuelthaten.

Obwohl der 57-Jährige in seiner Ansprache klar zwischen brutalen islamistischen Gewalttättern und friedlichen Muslimen differenzierte, sahen die Hamburger Richter den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB erfüllt - eine Art Gummiparagraph, der ausschließlich "gegen Rechts" Anwendung findet und deswegen laut dem früheren Vorsitzenden Richter am Landgericht Hamburg, Günter Bertram, sogar als verfassungswidrig bezeichnet werden kann. Das Urteil gegen Stürzenberger ist in erster Instanz gefällt worden, der Islam-Kritiker wird Berufung einlegen.

Querdenker hinter Gittern

Der Fall Stürzenberger ist nur das jüngste Beispiel einer gewaltigen Repressionswelle, die derzeit über Oppositionelle und Meinungsdissidenten hereinbricht. In unserer druckfrischen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen" haben wir die wichtigsten und erschreckendsten Fälle dokumentiert - und zeigen, wie politisch Andersdenkende in der angeblich so demokratischen und freiheitlichen Bundesrepublik kriminalisiert, aus der Öffentlichkeit verbannt oder ins Gefängnis gesteckt werden.

Ein weiterer Fall, den wir in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachzeichnen: Ende Juni 2022 wurde Michael Ballweg, der Gründer von Querdenken-711 und Organisator der großen Berliner Corona-Demos vom August 2020, inhaftiert. Wohnung und Geschäftsräume

des IT-Unternehmers wurden durchsucht, Arbeitsmittel, Vermögenswerte und sogar das Auto beschlagnahmt.

Zuvor war sein Versuch, ein neues Konto zu eröffnen, bei Dutzenden von Banken fehlgeschlagen. Ballweg hatte Anfang Juli vor, seine Weggefährten im ganzen Bundesgebiet aufzusuchen, um mit ihnen das weitere Vorgehen zu koordinieren. Dank des Verfassungsschutzes, der Querdenken-711, die Keimzelle der Bewegung, seit 2021 beobachtet, muß das Regime Wind davon bekommen haben. Also schlug es zu, zog den Stuttgarter unter einem Vorwand aus dem Verkehr.

Investigativ-Journalist in Haft

Ein weiteres Beispiel, ebenfalls in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachzulesen: Oliver Janich. Der Investigativjournalist, der für Focus Money und andere große Publikationen arbeitete, wanderte schon vor Jahren auf die Philippinen aus, baute sich dort mit seiner Lebensgefährtin eine neue Existenz auf, betrieb unablässig Aufklärungsarbeit, zuletzt hauptsächlich über Telegram, denn seine anderen Social-Media-Kanäle wurden gelöscht oder permanent zensiert.

Doch auch das Exil schützte den bekannten Truther am Ende nicht. Philippinische Behörden exekutierten im August 2020 einen deutschen Haftbefehl, nach dem Janich verschiedene Vergehen vorgeworfen werden - unter anderem eine nachweislich satirisch gemeinte Aussage. Auch hier muß man davon ausgehen, daß dies lediglich ein Vorwand ist, um eine reichweitenstarke und innerhalb der Opposition einflußreiche Stimme mundtot zu machen.

Die Liste verfolgter Dissidenten läßt sich beliebig fortsetzen: Das reicht von kritischen Medizinern wie Sucharit Bhakdi, Bodo Schiffmann oder Stefan Hockertz über mißliebige Journalisten, Verlage und Medienunternehmen wie Ken Jebsen oder COMPACT, politische Organisationen wie die Identitäre Bewegung bis zu Künstlern wie Michael Wendler, Lisa Eckhardt, Nena oder Uwe Steimle. Letztere bekommen oftmals (noch) nicht die volle Knute des Systems zu spüren, sondern werden mit subtileren Methoden (Stichwort: Cancel Culture) aus der Öffentlichkeit verbannt. Im Resultat nimmt sich das kaum etwas. Mit welchen miesen Tricks dabei gearbeitet wird, können Sie in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachlesen.

Ausweitung der Kampfzone

Die Repressionen werden weiter zunehmen: Mit dem Vorwurf der "Delegitimierung des Staates" hat das Regime die Kampfzone erheblich erweitert. Die Folgen könnte bald jeder zu spüren bekommen, der gegen die Herrschenden auch nur ein bißchen aufmuckt.

"Delegitimierung des Staates" - das atmet den Ungeist des berüchtigten Boykottetze-Paragrafen der DDR-Verfassung von 1949: "Boykottetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militärischer Propaganda sowie Kriegshetze ... sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches." Der heuchlerische Nachsatz: "Die Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykottetze."

Wer Demokrat war und wer nicht, und wo die Grenze zwischen angeblicher "Haßrede" (so die heutige Bezeichnung) und legitimer Meinungsäußerung verlief, entschied das SED-Regime - so wie heute das BRD-Regime. In beiden Fällen nannten oder nennen sie sich die Herrschenden Demokraten, während Kritiker kurzerhand zu Antidemokraten erklärt werden.

In unserer druckfrischen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen" geben wir den drangsalierten, gecancelten und inhaftierten Oppositionellen eine Stimme und zeigen auf, unter welchen Vorwänden und mit welchen Methoden alternative Journalisten, Protestler, Wissenschaftler, politische Aktivisten und Künstler in der Bundesrepublik mundtot gemacht und aus dem Verkehr gezogen werden.

COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" ist ein flammendes Plädoyer für die Meinungsfreiheit - und eine scharfe Anklageschrift gegen die Schergen des Regimes und ihre politischen Hintermänner.<<

11.09.2022

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. September 2022: >>Zivilisation und Nation: Dugins multipolare Weltordnung****

Von *Valentina Schacht*

Der russische Philosoph und Geopolitik-Experte Alexander Dugin, dessen Tochter Darja unlängst bei einem nach wie vor ungeklärten Anschlag getötet wurde, strebt eine vollkommen neue Weltordnung an. Ist der Krieg in der Ukraine der Auftakt? In seinem aktuellen Buch "Eurasische Mission" schreibt Alexander Dugin, wie eine neue multipolare Weltordnung ohne US-Dominanz ermöglicht werden kann.

Alexander Dugins Werk "Grundlagen der Geopolitik" (1997) gilt an russischen Militärakademien als Standardlektüre. Der Philosoph und Politologe, der einen Lehrstuhl für Soziologie der Internationalen Beziehungen an der Moskauer Lomonossow-Universität innehatte, unterteilt darin die Erde geopolitisch in drei große Hauptregionen: die Weltinsel (USA und Großbritannien), Eurasien (Mitteleuropa, Rußland und Asien) und das Randland (die Staaten zwischen den beiden zuvor genannten Großräumen).

Seine Überlegungen gründen auf dem Eurasismus, einer philosophisch-geopolitischen Denkschule, die in den 1920er Jahren von russischen Exilanten um Nikolai Trubetzkoy entwickelt wurde und in deren Zentrum die Vorstellung von einem fundamentalen Gegensatz zwischen der Kontinentalmacht Rußland und den angelsächsischen Seemächten steht.

Nach Dugin, der den Eurasismus aktualisiert hat, bestand und besteht ein fortdauernder Konflikt zwischen beiden Polen in geostrategischer, aber auch ideologischer Hinsicht: Globalisierung und Universalismus versus multipolare Weltordnung und Bewahrung der jeweils kulturellen Eigenarten.

Abschied vom Nationalstaat?

Im Zentrum von Dugins Kritik steht der globale Führungsanspruch des westlichen Liberalismus (und Kapitalismus), den er - hier ist er sich mit seinem zeitweiligen Weggefährten Alain de Benoist einig - als größte Bedrohung für die Völker bzw. "Hauptfeind" ansieht.

Washington sei bestrebt, diesen Führungsanspruch entweder mit Verlockungen, subversiven Methoden wie "Farbenrevolution" oder mit offener militärischer Gewalt weltweit durchzusetzen. Wer sich dem Diktat des Finanzkapitals, der Freihandelsdoktrin oder Vorstellungen wie Gender Mainstreaming nicht freiwillig unterwerfe, werde mit inszenierten Volksaufständen und Krieg überzogen, so Dugin ...

Als Alternative zur Globalisierung skizziert Dugin seine ethnopluralistische, nicht auf den russisch-asiatischen Raum beschränkte "Eurasische Idee", die erklärtermaßen vom Großraumkonzept Carl Schmitts inspiriert ist. Hierzu schreibt er:

"Die Eurasische Idee verbindet in sich alle globalisierungskritischen Ansätze. Der Eurasismus lehnt das westliche Weltbild, wonach der Planet in ein Zentrum (Angelsächsische Welt und Europa) und abgelegene Außengebiete (Südamerika, Afrika, Asien) gegliedert ist, strikt ab. Statt dessen sieht die Eurasische Idee die Welt als eine Sammlung gänzlich verschiedener politisch-kultureller und wirtschaftlicher Lebensräume, die miteinander korrespondieren."

Dugin hält die internationale Ordnung mit den Nationalstaaten als souveränen politischen Akteuren, das "System des Westfälischen Friedens", für obsolet. Faktisch läge die wirkliche Macht schon längst bei ganz anderen - überstaatlichen oder auch ökonomischen - Strukturen.

Da er diese Ordnung auch für nicht mehr reinstallierbar hält, plädiert er für ein System der internationalen Beziehungen mit "Zivilisationen" (den Begriff übernimmt er von Samuel Huntington, deutet ihn jedoch gemäß seiner Sicht um) als neuen Akteuren.

Oft als "großrussischer Nationalist" verschrien, hat sich Dugin schon vor Jahren vom Nationalismus abgegrenzt:

"Ich selbst bin kein Nationalist, sondern Traditionalist."

Und weiter: "Es gibt eine geopolitische Notwendigkeit für eine wie auch immer zu gestaltende europäische Föderation oder Allianz, wenn der Kontinent in Zukunft eine Rolle spielen will."

In seinen "Grundlagen der Geopolitik" schreibt er sogar:

"Die multipolare Welt betrachtet die Souveränität der existierenden Nationalstaaten nicht als heilige Kuh, weil diese Souveränität auf rein juristischer Grundlage basiert und durch kein ausreichend starkes militärisches und politisches Potential gestützt wird."

Wirkliche Souveränität könne unter den gegebenen Umständen "einzig und allein ein Block oder eine Koalition von Staaten beanspruchen".

Miteinander statt gegeneinander

Neben der westlichen "Zivilisation" (Nordamerika und Westeuropa) identifiziert Dugin sechs weitere, nämlich die orthodoxe bzw. eurasische (die Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie Teile Ost- und Südeuropas), die islamische (Nordafrika, West- und Zentralasien sowie Teile der Pazifikregion), die chinesische (China, Taiwan und die ASEAN-Staaten), die indische (Indien, Nepal und Mauritius), die lateinamerikanische (Süd- und Mittelamerika) und die japanische (Japan).

Nicht berücksichtigt ist in diesem Modell Afrika, das Dugin als "potentielle Zivilisation" ansieht, die noch Zeit brauche, um sich voll zu entwickeln und die weltpolitische Bühne zu betreten.

Für die "Zivilisationen", die neuen "Pole der multipolaren Welt", hält er dabei fest, daß sie souverän und "von formalem juristischem Standpunkt aus" mit einem legalen Machtzentrum versehen sein müßten. Und er schreibt:

"Die Zone, in der eine Zivilisation ihre Herrschaftsgewalt ausübt und die geltenden Spielregeln festhält, muß differenziert sein und die ethnische und konfessionelle Zusammensetzung ihrer Bevölkerung angemessen berücksichtigen."

Neben den konfessionellen Gruppen müßten auch die sozialen Schichten in der jeweiligen "Zivilisation" angemessen repräsentiert und "legal vertreten" sein. Sein Ziel ist letztendlich ein Neben- und Miteinander statt eines Gegeneinanders der Zivilisationen und auch der Bevölkerungsgruppen innerhalb einer Zivilisation.

Einen idealen Einstieg in das Denken Alexander Dugins bietet sein neues Buch "Eurasische Mission". Der russische Geopolitik-Experte geht darin von der politischen Theorie in die politische Praxis - und zeigt auf, wie Eurasien und eine neue multipolare Weltordnung konkret aussehen können.<<

14.09.2022

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 14. September 2022 (x1.214/...): >>Wie alte Eugenik-Programme über die UNO in neuen Genthherapie-Technologien wieder auferstehen

Eugenik, die Anwendung der Lehre von vermeintlich guten Erbanlagen auf die Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik, war nicht nur im Nazi-Reich, sondern auch in den USA und England weit verbreitet. Sie ist mit der Vernichtung der Nazi-Variante aus dem Denken einflußreicher Männer des Westens nicht verschwunden, die hinter den Gründungen von UNESCO, WHO und WFMH als Vorstufe zu einer angestrebten Welt-Regierung stehen.

Ihr Ziel: "eine 'geistig gesunde' Welt-Gesellschaft herzustellen, die von ihrem Verhaftetsein an Christentum, Glauben an Wahrhaftigkeit, nationalen Patriotismus oder Familie 'gesäubert' ist".

- Wir übernehmen mit freundlicher Erlaubnis, auch des Autors, einen Artikel des Kanadiers Matthew Ehret von der Schweizer Zeitschrift "Kernpunkte". (Herbert Ludwig)

Eugenik 2022: Wie das Udenkbare denkbar wurde: Eric Lander, Julian Huxley und das Erwachen schlafender Ungeheuer

Von *Matthew Ehret*

Auch wenn es Unmut oder gar Magenschmerzen bereiten mag, über den Einfluß der Eugenik in unserem heutigen beunruhigenden Zeitalter nachzudenken, so glaube ich doch, daß es auf lange Sicht niemandem helfen wird ein solches Thema zu ignorieren.

Dies um so mehr, da führende Lieblinge des Weltwirtschaftsforums wie Yuval Harari sich mit Konzepten wie der "neuen globalen nutzlosen Klasse" hervortun, welche durch künstliche Intelligenz, Gentechnik, Automatisierung und die vierte industrielle Revolution scheinbar entstehen muß.

Andere Davos-Kreaturen wie Klaus Schwab fordern offen eine mikrogechipte Weltbevölkerung, die in der Lage ist, sich mit einem einzigen Gedanken in ein globales Netz einzuklinken, während Elon Musk und Mark Zuckerberg für "Neuralinks" werben, um die Menschheit durch die Verschmelzung mit Computern in einer neuen Epoche der Evolutionsbiologie "relevant zu halten".

Führende darwinistische Genetiker wie Sir James Watson und Sir Richard Dawkins verteidigen offen die Eugenik, während sich gleichzeitig eine Technokratie auf einem regierungsähnlichen Posten einrichtet und einen "Great Reset" als Vorwand nutzt, um eine neue, post-nationalstaatliche Ära einzuläuten.

Wenn hinter diesen Prozessen etwas grundsätzlich Böses lauert, das in irgendeiner Weise mit dem angloamerikanischen Aufstieg des Faschismus und der Eugenik vor beinahe hundert Jahren zusammenhängt, dann sollten wir wenigstens den Mut aufbringen, dies unter die Lupe zu nehmen.

Denn letztendlich war es auch nur den Patrioten vor 80 Jahren - um das Jahr 1933 - und nochmals während des Zweiten Weltkriegs - durch das Ins-Auge-Sehen der damals geschehenen Unmenschlichkeiten möglich, Maßnahmen zu ergreifen, um eine Bankiers-Technokratie-Diktatur zu verhindern. Es ist also vielleicht auch heute der Mühe wert, die Anstrengung auf sich zu nehmen, und es zu wagen, das Udenkbare zu denken.

Was ist in Nürnberg nicht geschehen?

Vor siebenundsiebzig Jahren, als die Alliierten ihren Sieg über die Nazi-Maschinerie besiegelten und die "Nürnberger Tribunale" eilig einrichteten, wurde - als "Wunderlösung" für das wirtschaftliche Chaos, das sich nach dem Ersten Weltkrieg, in Europa und den USA ausgebreitet hatte - eine neue Strategie in die Wege geleitet, von denselben Kräften, die immense Energie, Geld und Ressourcen in den Aufstieg des Faschismus investiert hatten.

Es gehört zu den größten Skandalen unserer Zeit, daß die Wall-Street- / City-of-London-Maschinerie, die Hitler und Mussolini als Rammböcke für eine neue Weltordnung finanzierte, nie wirklich vor Gericht gestellt wurde.

Während es Franklin Roosevelt gelang, die Wall Street zwischen 1933 und 1945 in Schranken zu weisen und gleichzeitig die Weltbühne für eine schöne Nachkriegsvision einer Win-Win-Cooperation zu bereiten, entgingen die finsternen Kräfte der Finanz-Oligarchie, die nur danach trachteten, ein globales unipolares Regierungssystem zu errichten, nicht nur einer Bestrafung, sondern verschwendeten auch keine Zeit um - noch bevor der Krieg ganz zu Ende war - ihre verlorene Vorherrschaft zurückzugewinnen.

Die Rolle des Sir Julian Huxley

Einer der konzeptionellen Strategen dieses Prozesses war ein Mann namens Julian Sorrel Huxley (1887-1975). Der als Biologe und Sozialreformer gefeierte Julian war lebenslang ein treues Mitglied der "British Eugenics Society" und diente neben John Maynard Keynes als Sekretär und später als Präsident dieser Gesellschaft.

Julian war ein geschäftiger Mann, der zusammen mit seinem Bruder Aldous unermüdlich be-

müht war, die großen Fußstapfen ihres Großvaters Thomas (auch bekannt als Darwins Bulldogge) auszufüllen.

Während Julian sich nach dem Zweiten Weltkrieg um die Eugenik-Bewegung kümmerte, wurde er gleichzeitig - als Gründer der "Internationale Union zur Bewahrung der Natur" in 1948 - zum Ausgangspunkt für die neue Umwelt-Bewegung, war Mitbegründer des "World Wildlife Fund" (WWF) in 1961, prägte den Begriff "Transhumanismus" und gründete 1946 eine äußerst einflußreiche Einrichtung der Vereinten Nationen namens UNESCO (die Abkürzung steht für Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur), die er von 1946 bis 1948 als dessen Generaldirektor leitete.

Der Auftrag dieser neuen Organisation wurde 1946 in Huxleys "UNESCO: Its Purpose and Its Philosophy": unmißverständlich formuliert:

"Die Werte der UNESCO sind klar. Die ihr gestellte Aufgabe, Frieden und Sicherheit zu fördern, kann sie jedoch mit den ihr zugewiesenen Ressorts allein - Bildung, Wissenschaft und Kultur - niemals vollständig erfüllen. Sie muß - als einziges sicheres Mittel zur Vermeidung von Krieg - irgendeine Form von weltpolitischer Einheit anstreben, sei es durch eine alleinige Weltregierung oder auf andere Weise.

In ihrem Bildungsprogramm kann sie die letztendliche Notwendigkeit einer weltpolitischen Einheit betonen und dadurch alle Völker an den Gedanken der Notwendigkeit gewöhnen, einer Weltorganisation die Souveränität der einzelnen Nationen restlos zu übertragen."

Welches Ziel sollte mit dieser "weltpolitischen Einheit" verfolgt werden? Einige Seiten später wird Huxleys Vision mit all ihren üblen Details dargelegt:

"Es ist davon auszugehen, daß die indirekte Folge der heutigen Zivilisation eher dysgenetisch als eugenisch ist und sehr wahrscheinlich, daß das tote Gewicht der genetischen Dummheit, der körperlichen Schwäche, der geistigen Instabilität und der Krankheitsanfälligkeit, die bereits in der menschlichen Spezies vorhanden ist, sich als zu große Last erweisen wird, um einen wirklichen Fortschritt zu erreichen.

Obwohl es stimmt, daß eine radikale eugenische Politik in naher Zukunft politisch und psychologisch unmöglich sein wird, ist es wichtig, daß die UNESCO dafür sorgt, daß die eugenische Problematik mit größter Sorgfalt untersucht wird und daß die Öffentlichkeit über die auf dem Spiel stehenden Fragen informiert wird, damit vieles, was heute undenkbar ist, zumindest denkbar wird."

Nachdem die Welt die Gelegenheit hatte, zu sehen, wie ein Eugenik-Programm mit der vollen Unterstützung eines faschistischen Sozialingenieurs aussah, wäre es nicht übertrieben zu sagen, daß Eugenik - in den Augen einer Weltbevölkerung, die immer noch sehr stark mit traditionellen kulturellen Werten wie Christentum, Patriotismus und der Achtung vor der Heiligkeit des Lebens verbunden ist, - gänzlich unpopulär geworden war.

Und obwohl dreißig US-Bundesstaaten und zwei kanadische Provinzen zwischen 1907 und 1945 eugenische Maßnahmen (einschließlich Zwangssterilisation der Schwachen) legalisiert hatten, wurde die statistische Wissenschaft - und Anwendung - der Eugenik am Ende des 2. Weltkriegs zum Stillstand gebracht, und wie Huxley in seinem Manifest betonte, mußte nun etwas Neues her.

Ein Wort zu Tavistock

Huxley arbeitete auch sehr eng mit der Londoner Tavistock-Klinik zusammen, die in den 1930er bis 1950er Jahren von der Rockefeller- und der Macy-Stiftung finanziert wurde. Die Tavistock-Klinik, 1921 gegründet und von dem Psychiater und Brigadegeneral John Rawlings Rees geleitet, entwickelte psychiatrische Techniken, bei denen eine Mischung aus Pavlov-schem Behaviorismus und freudschen Theorien zur Beeinflussung von Gruppenverhalten auf vielfältige Weise eingesetzt wurde. Sie kann am ehesten als "psychiatrischer Zweig des britischen Imperiums" angesehen werden.

Schon in den Anfangszeiten untersuchte die Klinik die extremen psychischen Zustände von Menschen, die während der Schrecken des Grabenkriegs Granateneinschläge erlebt hatten, wodurch die Betroffenen unter psychischer Dekonstruktion litten, und erkannte den hohen Grad an Formbarkeit dieser Personen.

Wie in einem brillanten EIR-Bericht von L. Wolfe aus dem Jahr 1996 17 dargelegt, war Tavistock stets von dem Ziel geleitet, herauszufinden, wie das Gehirn "destrukturiert" und dekonstruiert werden könne, um wie ein unbeschriebenes Blatt neu konstruiert werden zu können, in der Hoffnung, daß sich diese Erkenntnisse über Einzelpersonen später auf breitere Massen und sogar ganze Nationen übertragen ließen. Viele dieser Forschungsergebnisse wurden in Form von MK-Ultra in den USA angewandt.

Brock Chisholm: Tavistockscher Zar der Weltgesundheit

Ein prominenter Psychiater, der jahrelang mit Rees in Tavistock tätig war, war der Kanadier G. Brock Chisholm. 1948 gründete Chisholm eine der UNO angegliederte Organisation namens Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit dem Ziel, die geistige und körperliche Gesundheit der Welt zu fördern.

Ein nobles Unterfangen, das viel Verantwortung und Macht mit sich bringt und eine Führungspersönlichkeit mit außergewöhnlichen Kenntnissen über das Wesen von Krankheit und Gesundheit erfordert. Leider war Chisholm aufgrund seiner eigenen kranken Ansichten von Natur, Menschheit und Gesellschaft zweifelsohne der falsche Mann für diese Aufgabe.

Zu den Hauptursachen für Krieg und psychische Krankheit zählte Chisholm nicht Imperialismus oder wirtschaftliche Ungerechtigkeit, sondern den Glauben der Gesellschaft an richtig und falsch. In einem Schreiben aus dem Jahr 1946 legte Chisholm das Ziel einer "guten" Psychotherapie und Erziehung dar:

"Die Umdeutung und letztendlich Abschaffung des Konzepts von was richtig und was falsch ist, das bisher Grundlage der Kindeserziehung gewesen ist, die Ersetzung des Glaubens an die Lebensweisheit der alten Menschen durch intelligentes und rationales Denken - das sind die Ziele praktisch aller wirksamen Psychotherapie".

Aber nicht nur das "Konzept von Richtig und Falsch" oder der "Glaube an die Lebensweisheit der Alten" sollte ausgerottet werden, sondern auch monotheistische Religion, Familie und Patriotismus. In einer Rede acht Jahre später sagte Chisholm:

"Um eine Weltregierung zu erreichen, ist es notwendig, den Individualismus, die Treue zur Familientradition, den nationalen Patriotismus und die religiösen Dogmen aus dem Bewußtsein der Menschen zu löschen".

Die Welt spielt verrückt

Nachdem die UNESCO und die WHO fest etabliert waren, wurde eine dritte Organisation gegründet, um die Finanzierung und die Praktizierung der Agenda der psychischen Gesundheit auf globaler Ebene voranzutreiben.

Wie der Historiker Anton Chaitkin darlegt, wurde 1948 die "World Federation of Mental Health" (WFMH) gegründet, die hauptsächlich von der "Macy-Foundation" finanziert wurde. Die "Macy-Foundation" selbst wurde 1930 unter der Leitung von General Marlborough Churchill (Cousin von Winston) gegründet, der im Sinne des "Black Chamber", von 1919 bis 1929 für den verdeckten militärischen Nachrichtendienst zuständig war.

Seine neue Stiftung war Teil der Rockefeller-Maschinerie und diente als Kanal, um Geld in die "Gesundheitswissenschaften", mit dem Schwerpunkt Eugenik, zu leiten.

Der US-amerikanische technische Koordinator der Konferenz, auf der die "World Federation for Mental Health" (WFMH) gegründet wurde, gab den Ursprung der neuen Organisation unmißverständlich bekannt. Nina Ridnour schrieb:

"Die World Federation for Mental Health ... wurde auf Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation der Vereinten Nationen und der UNESCO gegründet, weil diese eine nichtstaatli-

che Organisation für psychische Gesundheit brauchten, mit der sie zusammenarbeiten konnten."

Und wer sollte wohl der erste Generaldirektor der WFMH werden? Noch als Leiter der Londoner Tavistock-Klinik wurde Brigadegeneral John Rawlings Rees von keinem Geringeren als dem Erz-Rassisten Montagu Norman (Chef der "Bank of England") mit der Leitung der neuen Einrichtung betraut, die er aus seiner "National Association for Mental Health" heraus gegründet hatte und die von seinem Londoner Thorpe Lodge Wohnsitz aus geleitet wurde.

Diesen strategischen Schlachtplan zur Reform der Gesellschaft beschreibend, sagte Rees:

"Wenn wir uns darauf vorbereiten, in der Öffentlichkeit aufzutreten und die sozialen und nationalen Probleme unserer Zeit anzugehen, dann brauchen wir Stoßtrupps, und diese können nicht auf einer ausschließlich institutionellen Psychiatrie basieren. Wir brauchen mobile Teams von Psychiatern, die sich frei bewegen und Kontakte mit dem lokalen Umfeld knüpfen können."

Die Idee mobiler Teams psychiatrischer Stoßtrupps geht auf den führenden Groß-Strategen Lord Bertrand Russell zurück, der 1952 in seinem Buch "Impact of Science on Society" schrieb:

"Ich denke, daß das Thema, das politisch am wichtigsten sein wird, die Massenpsychologie ist... Ihre Bedeutung hat durch die Entwicklung moderner Propagandamethoden enorm zugenommen. Die einflußreichste davon ist das was man "Erziehung" nennt. Die Religion spielt eine Rolle, wenn auch eine abnehmende; die Presse, das Kino und das Radio spielen eine zunehmende Rolle. ... Es ist zu hoffen, daß mit der Zeit jeder jeden von allem überzeugen kann, wenn er den Patienten nur jung genug unter die Finger kriegt und vom Staat mit ausreichend Geld und Ausrüstung versorgt wird."

Der bipolare Kalte Krieg und ein neues globales Paradigma

In den darauffolgenden Jahren arbeiteten die UNESCO, die WHO und die WFMH als Dreieckspann zusammen, um Hunderte von einflußreichen Unterorganisationen, Universitäten, Forschungslabors und "covert science" (verdeckte Wissenschaft), einschließlich CIA's MK-Ultra, zu koordinieren, um die gewünschte "geistig gesunde" Gesellschaft herzustellen, die von ihrem Verhaftetsein an Christentum, Glauben an Wahrhaftigkeit, nationalen Patriotismus oder Familie "gesäubert" ist.

Im Jahr 1971 war die Welt dann schließlich reif für eine große Veränderung. Die Babyboomer - Zielscheibe dieses riesigen SocialEngineering-Experiments - wurden mit einem riesigen Arsenal an kultureller Kriegsführung auf allen Ebenen überflutet. Während LSD an den amerikanischen Universitäten verbreitet und Attentate auf westliche Führer, die sich dem neuen Zeitalter der Kriege in Südwestasien widersetzen, zur Norm wurde, schauten die Babyboomer zu, wie ihre Angehörigen in Leichensäcken aus Vietnam zurückkehrten.

"Trau keinem über 30" wurde zur neuen Weisheit, während die Liebe zum Land unter der unnatürlichen Ausbreitung des anglo-amerikanischen Imperialismus im Ausland und den "Counterintelligence Program" (COINTELPRO)-Operationen im Inland erstickt wurde.

Als der "Council on Foreign Relations" (CFR) und die "Trilaterale Kommission" den US-Dollar aus der Goldbindung lösten, wurde ein neues Zeitalter der Deregulierung, des Konsumismus und des radikalen Materialismus eingeläutet, was dazu führte, daß sich die Generation der Babyboomer schnell in die hyper-materialistische "Ich-Generation" der 1980er Jahre verwandelte.

Auf ökologischer Ebene hatte eine neue Ethik des "Naturschutzes" begonnen, sich vom Rand in den Mainstream zu bewegen und die pro-industrielle Ethik der Produzenten-Hersteller-Gesellschaft zu ersetzen, die historisch gesehen den besten Teil der westlichen Zivilisation beherrscht hatte.

Führend unter den Schöpfern dieser neuen Naturschutzethik - die die Idee des "Schutzes der

Menschheit vor dem Imperium" durch den "Schutz der Natur vor der Menschheit" ersetzt - war kein Geringerer als Julian Huxley selbst.

In demselben Jahr, in dem er die "World Wildlife Foundation" (WWF) mitbegründete, verfaßte Huxley das "Morges Manifest" (1961), das den Grundstein für die moderne Ökologiebewegung legte und die menschliche Zivilisation in krassen Gegensatz zu dem vermeintlich geschlossenen, mathematischen Gleichgewicht der Natur setzte. Huxley gründete den WWF gemeinsam mit den Erz-Malthusianern: Prinz Philip "Ich möchte als tödlicher Virus reinkarniert werden", Mountbatten und Prinz Bernhard der Niederlande.

Holdrens Planetarisches Regime

Mitte der 1970er Jahre betreute einer der führenden Neo-Malthusianer jener Zeit - Paul Ehrlich - einen jungen Schützling namens John Holdren; gemeinsam verfaßten sie 1977 ein verstörendes Handbuch mit dem Titel Ecoscience, in dem sie schrieben:

"Vielleicht könnten diese Agenturen zusammen mit dem "Umweltprogramm der Vereinten Nationen" (UNEP) und den "Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen" schließlich zu einem Planetarisches Regime ausgebaut werden - einer Art internationaler Superagentur für Bevölkerung, Ressourcen und Umwelt.

Ein solches umfassendes Planetarisches Regime könnte die Entwicklung, die Verwaltung, die Erhaltung und die Verteilung aller natürlichen Ressourcen, erneuerbare und nicht erneuerbare, steuern, zumindest auf internationaler Ebene. So könnte das Regime die Macht haben, Verschmutzung nicht nur in der Atmosphäre und den Ozeanen zu kontrollieren, sondern auch in Süßwassereinheiten wie Flüssen und Seen, die internationale Grenzen überschreiten oder in die Ozeane münden.

Das Regime könnte auch eine Zentral-Agentur für die Regulierung des gesamten internationalen Handels sein, vielleicht einschließlich der Hilfe von den entwickelten Ländern zu den Entwicklungsländern sowie alle Lebensmittel des internationalen Marktes betreffend. Dem Planetarisches Regime könnte die Verantwortung übertragen werden für die Festlegung der optimalen Bevölkerungsmenge für die Welt und für die einzelnen Regionen, sowie für die Festlegung der Anteile in den einzelnen Ländern innerhalb ihrer Grenzen.

Die Kontrolle der Bevölkerungsgröße an sich könnte in der Verantwortung der einzelnen Regierungen verbleiben, aber das Regime hätte eine gewisse Macht, wenn nötig die vereinbarten Begrenzungen durchzusetzen."

Wenn man bedenkt, daß diese Worte nur drei Jahre nach Henry Kissingers "National Security Study Memorandum-200-Bericht (NSSM-200) geschrieben wurde, der die außenpolitische Doktrin der USA von einer entwicklungsfreundlichen zu einer bevölkerungsreduzierenden Politik veränderte, sollten Holdrens Worte von 1977 nicht auf die leichte Schulter genommen werden.

Das Humangenomprojekt weckt schlafende Ungeheuer

In den folgenden Jahrzehnten schloß Holdren eine enge Freundschaft mit dem in Harvard ansässigen Rhodes-Stipendiaten und Mathematiker Eric Lander, der von 1995 bis 2002 das Humangenomprojekt leitete. Lander verkündete die gelungene Enthüllung des vollständig sequenzierten menschlichen Genoms im Jahr 2003 mit den Worten:

"Das Humangenomprojekt ist eine der bemerkenswertesten Errungenschaften in der Geschichte der Wissenschaft. Sein Abschluß in diesem Monat signalisiert den Beginn einer neuen Ära in der biomedizinischen Forschung. Die Biologie verwandelt sich in eine Informatikwissenschaft".

Sir Richard Dawkins schrieb im Jahr 2006 über das Potential zur Steuerung der menschlichen Evolution, welches durch Landers Humangenomprojekt und die derzeitigen neuen Entwicklungen der mRNA-CRISPR-Technologie möglich geworden ist:

"In den 1920er und 1930er Jahren hätten Wissenschaftler sowohl der politischen Linken wie

der Rechten die Idee der Designer-Babys nicht für besonders bedrohlich gehalten - obwohl sie diesen Ausdruck natürlich nicht verwendet hätten. Heute scheint die Idee vermutlich zu bedrohlich, um sie in Ruhe auch nur anschauen zu können, und ich denke, daß Adolf Hitler schuld an diesem Wandel ist. ...

Ich frage mich, ob wir es 60 Jahre nach Hitlers Tod nicht allmählich wagen sollten, uns zu fragen, worin der moralische Unterschied zwischen der Züchtung auf musikalische Fähigkeiten und dem Zwang eines Kindes zum Musikunterricht besteht. Oder warum es akzeptabel ist, Schnellläufer und Hochspringer zu trainieren, aber nicht, sie zu züchten. Ich kann mir einige gute Einwände denken, die mich wahrscheinlich überzeugen würden. Aber ist nicht jetzt die Zeit gekommen, wo wir nicht mehr davor zurückschrecken sollten, diese Fragen wenigstens zu bewegen?"

Kurz darauf genoß Holdren, als Wissenschafts- und Architekt von Obamas "evidenzbasiertem" Regierungsprogramm - welches die Maximierung der Mittel für grüne Technologien zur Dekarbonisierung der Menschheit im Rahmen neuer globaler Regierungssysteme vorsah, - mehr Macht, als er sich je hätte vorstellen können. Lander arbeitete als Ko-Vorsitzender von Obamas Wissenschaftsrat eng mit Holdren zusammen sowie auch mit dem Präsidenten des "Whitehead-Institute", David Baltimore, bei der Gründung des "Broad Institute" von "Massachusetts Institute of Technology" (MIT) und Harvard.

Gemeinsam leiteten Lander und Baltimore 2015 eine große Konferenz über die "neue Ära der biomedizinischen Forschung", auf der eine neue Genveränderungs-Technologie namens CRISPR vorgestellt wurde, bei der Enzyme und RNA aus E.coli zum Einsatz kommen, die nachweislich in der Lage sind, DNA-Sequenzen gezielt zu verändern und verschiedene Mutationen hervorzurufen.

Es mag sein, daß diese leistungsstarke Technologie der Menschheit als Instrument zur Beseitigung von Erbkrankheiten beim Menschen und bei Nutzpflanzen potentiell Gutes bringen könnte, aber die unglaubliche Macht von CRISPR, die menschliche DNA für immer grundlegend zu verändern, kann unvorstellbaren Schaden anrichten, wenn sie in die falschen Hände kommt.

Auf dem "historischen" internationalen Gipfel zum Thema Gen-Editierung beim Menschen im Dezember 2015 knüpfte der Konferenzvorsitzende David Baltimore in seiner Grundsatzrede an die skurrilen Worte von Julian Huxley an:

"Im Laufe der Jahre ist das Udenkbare denkbar geworden. Wir stehen an der Schwelle zu einer neuen Ära in der Menschheitsgeschichte".

Im Januar 2021 beglückwünschte John Holdren Erik Lander zu seiner Ernennung zum Wissenschafts- und Technologiepolitiker im Weißen Haus von Joe Biden - dem Posten, den zuvor Holdren selbst innehatte. In dieser Position hat Lander die Reaktivierung der gesamten Wissenschaftspolitik der Obama-Ära als Teil einer technokratischen Erneuerung der US-Regierung im Einklang mit der Great Reset-Agenda des Weltwirtschaftsforums beaufsichtigt.

Unter Ausnutzung der weitreichenden Befugnisse des "Emergency Authorization Act" zur Umgehung der FDA, um Gentherapie-Technologien einzuführen, die sich als "Impfstoffe" tarnen, hat ein neues soziales Experiment begonnen. Die CRISPR-Technologie wird bereits als Lösung gegen die neuen mutierenden Stämme von COVID-19 angepriesen und als "Impfstoff" gegen bestimmte tropische Krankheiten eingesetzt.

Die offensichtliche Verbindung, die zwischen den Eugenik-Organisationen von gestern und dem Aufstieg der modernen mRNA-Einsätze im Zusammenhang mit GAVI und dem Oxford-Unternehmen Astra Zeneca bestehen, die von der investigativen Journalistin Whitney Webb Ende 2020 aufgedeckt wurde, sollte man sich ganz bewußt machen.

Wird diese Technologie von den modernen Erben der nazi-sponsorierenden Eugeniker genutzt

werden, um dort weiterzumachen, wo Dr. Mengele aufgehört hat, oder wird diese Biotechnologie den Interessen der Menschheit unter einem multipolaren Paradigma dienen, das den Wert der nationalen Souveränität, das menschliche Leben, die Familie und den Glauben schätzt?

Matthew Ehret ist Chefredakteur der "Canadian Patriot Review" und Senior Fellow an der "American University in Moskau." Er ist Autor der Buchreihen: "Untold History of Canada" und "Clash of the Two Americas-trilogy" sowie Mitbegründer der in Montreal ansässigen "Rising Tide Foundation".<<

16.09.2022

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 16. September 2022: >>Keine Panik, wir sinken

Deindustrialisierung: Wohlstand und Lebensniveau breiter Schichten sind in Gefahr / Wo bleibt der Aufschrei?

Von Markus Brandstetter

Wirtschaftsminister Habeck weiß nicht, was eine Insolvenz ist. Das ist verzeihlich, denn Habeck ist im Hauptberuf Germanist, Schriftsteller und Theaterautor. Die Geschäftsführer des Toilettenpapierherstellers Hakle, der Schuhhandelskette Görtz und des Automobilzulieferers Dr. Schneider wissen allerdings sehr gut, was eine Insolvenz ist, denn sie alle haben kürzlich für ihre Unternehmen eine solche anmelden müssen.

In Presseerklärungen haben die Chefs tapfer verkünden lassen, daß sie ihre Unternehmen in Eigenverwaltung mit Unterstützung des Insolvenzverwalters sanieren und selbstverständlich alle Arbeitsplätze erhalten wollten, aber das wird nicht so kommen. Eine Sanierung in Eigenverwaltung gelingt nur selten und praktisch nie mit der gesamten Belegschaft an Bord.

Wenn der Winter kommt, die drei Unternehmen Löhne und Gehälter wieder selbst zahlen müssen, die explodierenden Energiepreise richtig zuschlagen und die Inflation zweistellig ist, dann wird von diesen drei Vorzeigenamen aus Handel und Industrie nicht mehr viel übrig sein - auf keinen Fall die florierenden Betriebe, die sie einmal waren.

Schuld an diesem Niedergang sind nicht Managementfehler, sondern die rasant steigenden Energiepreise, die Herstellungskosten bis ins Absurde steigern, und die galoppierende Inflation, die den Menschen Einkaufen und Geldausgeben verleidet. Die Gründe für Energiekrise und Inflation sind nicht Klimawandel, Naturkatastrophen, Ukrainekrieg und auch nicht die gegrillten Fledermäuse auf dem Wuhaner Wochenmarkt, sondern von Politikern über Jahre und Jahrzehnte getroffene Fehlentscheidungen.

In dieser Situation würde man ein energisches Intervenieren der deutschen Industrie- und Wirtschaftsverbände erwarten. Jetzt könnten die Vereinigungen, die sonst stets mit gestylten Internetauftritten, wirtschaftlichen Schönwettermeldungen und branchenspezifischen Siegesmeldungen glänzen, einmal nachdrücklich auf den Ernst der Lage hinweisen und laut sagen, daß Deutschlands industrielle Basis gefährdet ist wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg.

Daß Arbeitslosigkeit, Pleiten, Betriebsschließungen und die Abwanderung ganzer Industrien drohen. Sie könnten auf Frankreich hinweisen, wo die von der Politik verursachte Deindustrialisierung ganzer Landesteile zu Armut, kaputten Städten und sozialen Problemen geführt hat, die seit Jahrzehnten andauern.

Sie könnten mit dem Finger auf England zeigen, wo es, wie der Economist kürzlich festgestellt hat, seit 15 Jahren kaum noch Wachstum gibt und der vielgepriesene Umstieg von der Produktions- auf die Informationsindustrie zum sozialen Abstieg breiter Bevölkerungsschichten, einem maroden Gesundheitssystem und einer tief gespaltenen Bevölkerung geführt hat.

Aber die großen Vorsitzenden unserer Wirtschaftsverbände haben nichts dergleichen gesagt. Die haben durch die Bank den Burgfrieden mit der Regierung gewahrt und, wie beispielsweise der Bundesverband der Deutschen Industrie, lediglich höflich angemerkt, daß das Entla-

stungspaket der Bundesregierung "erhebliche Mängel und Lücken" aufweise, insgesamt "enttäuschend und unkonkret" sei, man dafür aber "unkomplizierten Zugang zu angemessenen Hilfsleistungen erwarte" - so als seien schuldenfinanzierte Almosen neben hohen Steuern das Einzige, was Unternehmer noch vom Staat erwarten könnten.

Kaum anders äußerte sich der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), dessen Präsident der Regierung dafür dankt, daß sie "mit dem Entlastungspaket soziale Härten vermeiden will", und den Finanzminister schon einmal vorsorglich vor einer "Schieflage der öffentlichen Haushalte durch Milliardenschulden" warnt - anstatt zu sagen, daß die vom VDMA vertretenen 3.400 Unternehmen das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bilden und wir ohne sie die ganzen Hilfspakete gleich ganz vergessen können.

Den Vogel der Demut abgeschossen haben jedoch Präsident und Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall, die schon im voraus für hohe und komfortabel zu beantragende Kurzarbeitergelder dankten und dann untertänigst mitteilten, daß die Metaller, "um Strom zu sparen", auch "von zu Hause aus arbeiten würden" - vermutlich am eigenen Miniatur-Hochofen.

Der einzige, der von Anfang dieser Krise an laut und deutlich gesagt hat, was auf uns zukommt, ist Martin Brudermüller, der Chef der BASF. Der hat bereits im April vor "historisch beispiellosen Gefahren für die Chemieindustrie" gewarnt und gefragt, ob wir "sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören wollen?", wofür er im Kommentar einer einst wirtschaftskompetenten Frankfurter Zeitung verlacht wurde.

Deutschland ist eine korporatistische Konsensgesellschaft, in der Arbeitgebervertreter, Gewerkschaften und die Politik sich in Jahrzehnten daran gewöhnt haben, weitgehend einvernehmlich zusammenzuarbeiten, um Arbeitskämpfe, bei denen Arbeitgeber- und -nehmer gleichermaßen verlieren, zu vermeiden. In guten Zeiten funktioniert das gut, in schlechten aber nicht. Und wir steuern gerade auf extrem schlechte Zeiten zu.

Da brauchen wir keine Wirtschaftsverbände, die aus falsch verstandenem Harmoniebedürfnis mit den Vertretern einer verheerenden Wirtschafts- und Energiepolitik kuscheln, weil sie im Hinterkopf haben, daß der Staat mit endlosem "Deficit-Spending" sich auch aus dieser Krise herausmogeln wird. Nein, da brauchen wir Leute, die diesen ruinösen Pakt aus Politik und Wirtschaft aufkündigen und laut sagen, daß ohne eine jederzeit belastbare Energieversorgung und international wettbewerbsfähige Energiepreise Wohlstand und Lebensniveau breiter Schichten in Gefahr sind.

Wer denkt, daß so etwas in Deutschland nicht geht, der muß in die Geschichte schauen. Da wird er sehen, daß fast auf den Tag genau vor 40 Jahren, am 9. September 1982, der damalige Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) sein berühmtes "Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit" vorlegte. Dieses Papier war eine Reaktion auf Inflation, Nullwachstum, Arbeitslosigkeit und die explodierende Staatsverschuldung der 1980er Jahre.

Einen solch mutigen Vorstoß, mit dem eine neue, industriefreundliche Energiepolitik gefordert wird, bräuchten wir in veränderter Form auch heute. Früher war nicht alles besser, aber manches schon: So verstanden frühere Wirtschaftsminister tatsächlich öfter was von Wirtschaft. Otto Graf Lambsdorff zum Beispiel war zwar kein Autor weltberühmter Romane und Theaterstücke, aber Volljurist, Banker, Rechtsanwalt und Mitglied in Vorständen und Aufsichtsräten.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. September 2022:
>>**Germanisches Parlament: Die Wurzeln unserer Demokratie**

Irgendwo an der Weser liegt, begraben unter dem Staub von Jahrhunderten, ein verborgener Ort, Marklo genannt. Hier sind die Wurzeln unserer Demokratie.

_ von *Marcel Waschek*

Daß diese Stätte so ganz aus dem kollektiven Bewußtsein der Deutschen verschwunden ist, ist um so erstaunlicher, da sie eine große Bedeutung für unsere Geschichte hat. Hier trafen sich ein Mal im Jahr oder auch bei dringendem Bedarf gewählte Vertreter des sächsischen Stammes und beratschlagten darüber, was als gerecht angesehen werden sollte und was zu verurteilen sei. Zudem wurden hier Entscheidungen über Kriegszüge getroffen. Es war sozusagen unser erstes Parlament.

Ein mächtiger Stamm

Die Sachsen wurden erstmals um 150 nach Christi von dem Geographen Claudius Ptolemäus in seiner Geographie Hyphegesis (Geographische Anleitung) namentlich erwähnt und von ihm im Raum zwischen IJsselmeer und Elbe sowie zwischen Eider, Weser und Harz verortet. Ende des 3. Jahrhunderts waren sie den Römern als Seeräuber und Unruhestifter bekannt. Im 5. Jahrhundert fielen sie unter ihren mythischen Anführern Horsa und Hengest gemeinsam mit anderen Germanenstämmen in Britannien ein und gründeten dort Königreiche.

Zwischen dem Jahr 500 und dem beginnenden 8. Jahrhundert eroberten die Festlandsachsen Gebiete zwischen Rhein und Lippe, später bis zur Ruhr. Dabei behielten sie im Gegensatz zu ihren Stammesbrüdern in Britannien (Angelsachsen), die ab 597 nach und nach christianisiert wurden, ihre heidnischen Glaubensvorstellungen bei. Auch ihre Lebensweise blieb germanisch, obwohl es über die Zeit Veränderungen gab.

Alles gehörte dem Dorfkollektiv, Privatbesitz gab es nicht.

Die meisten Germanen, so auch die Sachsen, lebten in Großgemeinschaften, die sich in Familien, die fara (wörtlich Geschlecht), aufgliederten und jeweils ein Dorf bewohnten. Diesem stand ein gewählter Alterman oder auch Hunno vor, der kommunale Tätigkeiten organisierte, kleinere Streitigkeiten schlichtete und im Krieg für die Ordnung der Truppe sorgte (vergleichbar mit einem Feldwebel). Die Siedlungen waren locker bebaut, so daß jeder sein Haus errichten konnte, wie und an welchem Ort er wollte.

Männer mußten Kriegsdienst leisten, wenn es zum Waffengang kam. Vor dem 20. Lebensjahr war den Germanen Keuschheit geboten. Hausgemeinschaften waren dazu verpflichtet, ihren Beitrag zur Versorgung der Familie zu leisten. Alles gehörte dem Dorfkollektiv, Privatbesitz gab es nicht. Die Landwirtschaft, die hauptsächlich Milch-, Käse- und Fleischproduktion umfaßte, wurde gemeinschaftlich betrieben. Die Götter waren zu verehren, die Beschlüsse der Versammlungen zu achten.

Versammlungsorte lagen höchstens einen Tagesmarsch (zu Fuß) von dem entferntesten Dorf des Volkes weg. Deswegen muß auch die Marklo noch von allen Sachsen zu erreichen gewesen sein. Der Name läßt sich in zwei altsächsische Wörter zerlegen: Mark(a/e), was so viel wie Grenze oder auch Zusammenführung (von Dingen/Menschen an der Grenze) heißt, und Lo(h/he), was eine freie Fläche im nicht von Menschen bewohnten Gebiet bezeichnet.

Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß die Marklo ein natürlicherweise fester, bewaldeter Ort an den Flußarmen der Weser gewesen ist. Gefunden wurde er bisher nicht.

Ein mythischer Ort

An einer Marklo-Versammlung nahmen als Vertreter der angesehenen Familien je ein Fürst, zwölf gewählte Frielinge und ebenso viele gewählte Lassen teil. Die Fürsten waren von edler Abstammung, fähig in der Leitung und Rechtsprechung in ihren Gauen, tüchtige Krieger oder erfolgreiche Feldherren. Zudem besaßen sie nicht mehr als jeder andere Freie. Frielinge standen in keinem Abhängigkeitsverhältnis, weder zu anderen Freien noch zu Edlen.

Sie waren nicht an ihre Scholle gebunden und konnten jederzeit ihre Gemeinschaft verlassen. Die Lassen oder Laten/Lazen galten als Halbfreie, was bedeutet, daß sie zwar über Güter verfügen durften und in einem eigenen Haus lebten, jedoch an das Land ihrer Familie gebunden waren und weder die Gemeinschaft noch die Scholle ohne Erlaubnis verlassen durften.

Dauerhafte Könige kamen in dieser Gesellschaftsordnung erst sehr spät vor - sie wurden nur für kurzzeitige Unternehmungen wie etwa Kriegszüge oder diplomatische Missionen gewählt.

...

Die Versammlungen in der Marklo dürften sich von den Zusammenkünften auf gewöhnlichen Thing-/Thaiding-Plätzen insofern unterscheiden haben, als nur gewählte Vertreter und nicht alle erwachsenen Männer teilnahmen. Darüber hinaus trafen sich die meisten Mitglieder anderer Things deutlich häufiger als einmal jährlich. Politische Entscheidungen wurden mittels Mehrheitsrecht bestimmt. Jeder Teilnehmer hatte unabhängig von seinem gesellschaftlichen Stand eine Stimme. Mittels eines deutlichen Geräusches (etwa Klatschen oder Stampfen) wurde der Wille kundgetan. ...<<

18.09.2022

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 18. September 2022 (x1.213/...): >>WEF-Berater: Die meisten Menschen bald "nutzlos" und nicht mehr "zu brauchen".

Von *Herbert Ludwig*

Der israelische Historiker und Berater des Weltwirtschaftsforums (WEF) Yuval Noah Harari sagte in einem Interview, die große Mehrheit der Bevölkerung werde im frühen 21. Jahrhundert überflüssig werden. Die Zukunft bestehe darin, immer ausgefeiltere Technologien zu entwickeln, wie künstliche Intelligenz und Biotechnik, welche es ermöglichen, die Menschen zunehmend in ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu ersetzen, so daß die meisten Menschen dadurch nutzlos und überflüssig würden.

Spule man ins frühe 21. Jahrhundert vor, sei man in der Zeit, wo "wir die große Mehrheit der Bevölkerung einfach nicht mehr brauchen." - Dies soll nachfolgend widerlegt und seinen untermenschlichen Prämissen nachgegangen werden.

Mehrheit nutzlos

In dem Interview faßte Harari die rasante Entwicklung der modernen Technologien ins Auge und die Sorgen und Ängste, die viele "einfache Leute" damit verbinden. Diese befürchteten, in einer von "intelligenten Menschen" geführten Zukunft "zurückgelassen" zu werden. Diese Befürchtungen, so Harari, seien gerechtfertigt, wenn man bedenke, daß die neuen Technologien in vielen Kategorien der Wirtschaft die bestehenden Arbeitsplätze verdrängen:

"Viele Menschen haben das Gefühl, daß sie zurückbleiben und aus der Geschichte ausgeschlossen werden, selbst wenn ihre materiellen Bedingungen noch relativ gut sind. Im 20. Jahrhundert hatten alle Geschichten - die liberale, die faschistische und die kommunistische - gemeinsam, daß die großen Helden der Geschichte das gemeine Volk waren, nicht unbedingt alle Menschen, aber wenn man z.B. in den 1930er Jahren in der Sowjetunion lebte, war das Leben sehr düster, aber wenn man sich die Propagandaplakate an den Wänden ansah, auf denen die glorreiche Zukunft dargestellt war, war man dabei. Man sah sich die Plakate an, die Stahlarbeiter und Bauern in heroischen Posen zeigten, und es war klar, daß dies die Zukunft war.

Wenn die Leute jetzt die Plakate an den Wänden betrachten oder den TED-Talks zuhören, hören sie viele dieser großen Ideen und großen Worte über maschinelles Lernen und Gentechnik und Blockchain und Globalisierung, und sie sind nicht dabei.

Sie sind nicht mehr Teil der Geschichte der Zukunft, und ich denke, daß - auch das ist eine Hypothese - wenn ich versuche, den tiefen Groll der Menschen an vielen Orten auf der Welt zu verstehen und eine Verbindung zu ihnen herzustellen, ein Teil dessen, was dort vor sich geht, darin besteht, daß die Menschen erkennen - und sie haben Recht, wenn sie das denken - daß 'die Zukunft mich nicht braucht. Es gibt all diese klugen Leute in Kalifornien, New York und Peking, die diese fantastische Zukunft mit künstlicher Intelligenz und Biotechnik und globaler Vernetzung und so weiter planen, und die brauchen mich nicht.

Wenn sie nett sind, werden sie mir vielleicht ein paar Brosamen zuwerfen, wie ein universelles Grundeinkommen', aber es ist psychologisch viel schlimmer, sich nutzlos zu fühlen, als ausgebeutet zu werden."

"Spulen wir nun ins frühe 21. Jahrhundert vor, wenn wir die große Mehrheit der Bevölkerung einfach nicht mehr brauchen, weil die Zukunft darin besteht, immer ausgefeiltere Technologien zu entwickeln, wie künstliche Intelligenz (und) Biotechnik ..."

Was hier so kalt und scheinbar objektiv und logisch zwingend auftritt, muß in seiner schillernden Oberflächlichkeit und seinen unausgesprochenen Prämissen durchschaut werden. Harari behauptet, wer in der Wirtschaft durch die fortschreitende Automatisierung keinen Arbeitsplatz mehr finde, bringe der Gesellschaft keinen Nutzen mehr, er werde nicht mehr gebraucht, sei nicht mehr Teil der Zukunft.

Der Wert eines Menschen besteht für ihn also in seinem wirtschaftlichen Nutzen. Arbeitet er nicht in der Wirtschaft, ist er nutzlos und damit wertlos.

Bevölkerungsreduktionen durch Krankheits-Pandemien könnten da ja nur von Vorteil sein.

Harari setzt die Gesellschaft mit dem kapitalistischen Wirtschaftsleben gleich, das in der Tat heute aus egoistischem Gewinnstreben oder existentieller Not das Bewußtsein des Menschen völlig besetzt hält. Es befriedigt jedoch nur einen Teil der Bedürfnisse des Menschen, überwiegend die aus der körperlichen Existenz hervorgehenden nach Nahrung, Kleidung, Wohnung, Fortbewegung, Kommunikation usw.

Arbeit aber als eine zielgerichtete körperliche oder seelisch-geistige Tätigkeit dient der Befriedigung nicht nur materieller, sondern auch seelischer und geistiger Bedürfnisse des Menschen. Buchhandlungen, Theater, Schulen, Hochschulen z.B. erfüllen seelisch-geistige Bedürfnisse. Und es gibt unzählige soziale und kulturelle Arbeiten, die heute ohne Einkommen geleistet werden, oder eben deswegen zum Schaden der Menschen unterbleiben.

Arbeitslosigkeit

Der Begriff der Arbeitslosigkeit, der als selbstverständlich behauptet wird, wenn Arbeitsplätze in der Wirtschaft durch Maschinen wegfallen, stimmt also so nicht. Er wird unausgesprochen nur für Arbeiten vornehmlich in der Wirtschaft verwendet, die dort mit Einkommen verbunden sind. Genau genommen bezieht er sich aber auf jede Arbeit zur Befriedigung von materiellen oder geistig-seelischen Bedürfnissen, die nicht ausgeführt werden können.

Arbeit bedarf immer bestimmter Fähigkeiten, die je nach Art der Arbeit besonders geschult und entwickelt sein müssen. Fähigkeiten gehen aus Anlagen und Begabungen hervor, die der Mensch mitbringt und die er strebend weiter entwickelt. Sie sind Bestandteil und Ausdruck seiner Persönlichkeit, seines Wesens, das sich in ihnen manifestiert und in der Gesellschaft entfalten will. Ist der Mensch arbeitslos, wird er in der Entfaltung seiner menschlichen Persönlichkeit gehindert. Das kann oberflächlich das Gefühl der Nutzlosigkeit erzeugen, es handelt sich aber im Grunde um das tiefere Gefühl der Sinnlosigkeit seines Lebens, das sich nicht entfalten kann.

Arbeit bewegt sich also stets zwischen Fähigkeiten und Bedürfnissen. Der Mensch steht daher bei der Wahl seiner Arbeit in der Gesellschaft ständig zwischen dem individuellen Pol der eigenen Fähigkeitsintention, die seine Selbstverwirklichung ausmacht, und dem gesellschaftlichen Pol der Bedürfnisse anderer, deren Befriedigung das Gesamtwohl bedeutet.

In einer menschlichen Gemeinschaft sind also Bedürfnisse und Fähigkeiten aufeinander bezogen. Und man kann davon ausgehen, daß für jedes menschliche Bedürfnis auch irgendwo eine tatsächliche oder latente menschliche Fähigkeit vorhanden ist, es zu befriedigen, und daß umgekehrt jeder Fähigkeit ein Bedürfnis gegenübersteht. Danach dürfte es prinzipiell keine Arbeitslosigkeit geben. Tritt sie auf, bedeutet das, daß einerseits Arbeit irgendwo fehlen muß, also Bedürfnisse nicht befriedigt werden, und andererseits Fähigkeiten da sind, die sich nicht entfalten können. Auf diesen Zusammenhang hat bereits Rudolf Steiner 1920 in einem Auf-

satz knapp hingewiesen:

"Arbeitslosigkeit! Menschen können nicht Arbeit finden! Sie muß aber doch da sein, denn die Menschen sind da. Und es kann im gesunden sozialen Organismus die Arbeit, die nicht getan werden kann, nicht eine überflüssige sein, sondern sie muß irgendwo fehlen, muß irgendwo fehlen! So viel Arbeitslosigkeit, soviel Mangel."

Können Menschen ihre Fähigkeiten nicht in einer Arbeit einsetzen, sind sie also arbeitslos, so deshalb, weil ihre Fähigkeiten nicht zu den entsprechenden Bedürfnissen geleitet werden, sei es, weil diese aus individuellen Gründen nicht wahrgenommen werden, oder ihre Wahrnehmung verhindert wird, z.B. dadurch, daß nur diejenigen ein Einkommen erhalten, die für bestimmte Bedürfnisse arbeiten. "Arbeitslosigkeit kann nur die Folge ungesunder Wirtschaftsverwaltung sein", schreibt Rudolf Steiner lapidar.

Der Gesamtzusammenhang

Die anschwellende Automatisierung menschlicher Handarbeit durch Maschinen ist grundsätzlich kein Unglück für die Menschen, soweit sie die neuen Technologien in der Hand behalten und beherrschen. Die Menschen werden dadurch vielfach von der Fron körperlicher Arbeit frei für die Entfaltung ihrer Fähigkeiten zur Befriedigung höherer, kultureller Bedürfnisse, die sie bisher unterdrücken mußten oder die sich noch gar nicht in ihnen regen konnten. Wir stehen eigentlich in einem gewaltigen historischen Umbruch der Verlagerung menschlicher Arbeit auf eine höhere menschliche Ebene.

Dazu müssen vom Wirtschaftsleben entsprechende Finanzmittel in das soziale und geistig-kulturelle Leben fließen, mit denen neue Arbeitsplätze, die mit Einkommen verbunden sind, geschaffen und bestehende mit Einkommen verbunden werden können. Die Wirtschaft muß an der Entwicklung des Geisteslebens, insbesondere des Bildungssystems ein existentielles Interesse haben, weil es ihm die Fähigkeiten der in ihm arbeitenden Menschen verdankt. Dieser Finanzfluß darf aber nicht wie heute über die Steuern des Staates laufen, der dadurch wieder bestimmenden Einfluß ausübt, sondern muß direkt der Selbstverwaltungsorganisation eines unabhängigen Geisteslebens zufließen.

Durch den Wegfall hoher Personalkosten infolge der Automatisierung haben die Unternehmen ja auch ungeheure Ersparnisse und entsprechende Gewinnsteigerungen im Gefolge, die heute in die privaten Taschen der Eigentümer fließen und in der Hauptsache der Spaltung der Menschheit zugrunde liegen: wenige Superreiche und Mächtige auf der einen Seite und immer mehr Verarmende auf der anderen Seite, die von "Brosamen" des Staates, also von der politischen Kaste abhängig sind, die selbst wiederum an den Zügeln der Reichen hängt.

Der Gewinnüberschuß der Unternehmen darf also nicht mehr länger in unsozialer Weise als arbeitsloses Einkommen in die Taschen zumeist fernstehender Eigentümer, insbesondere der Aktionäre fließen. Das Eigentum an den Produktionsmitteln, am Unternehmen, das gesellschaftliche Aufgaben hat, und der hier von der gesamten Belegschaft erarbeitete Gewinn dürfen nicht als Privateigentum dem Eigennutz dienen, sondern müssen - rechtlich umgewandelt - als sozialgebundenes treuhänderisches Eigentum der Gesellschaft dienen.

Ohne diese grundlegende Veränderung ist die Entstehung einer arbeitslosen, verarmten und von staatlichen Almosen abhängigen Masse, die von einer kleinen reichen Elite gelenkt wird, nicht zu verhindern.

Die Reduktion auf das Tier

Indem sich der Mensch um die Sicherung und den Komfort seiner physischen Existenz bemüht, unterscheidet er sich in der Tat prinzipiell nicht vom Tier, nur daß er dafür durch eine ungeheure gedankliche Raffinesse sorgen kann. Während sich das Leben des Tieres aber in der Sicherung seiner irdischen Existenz erschöpft, bildet das Wirtschaftsleben des Menschen erst die Grundlage, um darauf sein eigentliches Menschsein, seine seelisch-geistige Entwicklung, entfalten zu können.

Die kulturelle Höhe eines Volkes hängt davon ab, wie stark dieses seelisch-geistige Leben als das Wesentliche im Bewußtsein der Menschen lebendig ist. Wird ihr Bewußtsein weitgehend vom äußeren wirtschaftlichen und dem ihm dienenden politischen Leben beherrscht, wird es an die materielle Außenseite des Lebens gefesselt und von seinen inneren Quellen abgeschnitten. Der Mensch führt dann im Grunde auch nur das Dasein eines mit Verstand begabten höheren Tieres.

Das heutige kapitalistische Wirtschaftsleben, das die beiden anderen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, das politisch-rechtliche und das Geistesleben mit seinem Kern, dem Bildungswesen, dominiert und sich weitgehend dienstbar gemacht hat, reduziert den Menschen auf die Stufe eines Tieres, das nur in der Sorge für seine leibliche Existenz aufgeht.

Diese Entwicklung ist bereits unbewußt aus einem materialistischen Bild des Menschen hervorgegangen, dem das Bewußtsein vom primär geistigen Wesen des Menschen verloren gegangen ist, das sich in einem materiellen Leibe inkarniert, um darin seine Entwicklung zu vollziehen.

Yuval Harari argumentiert aus der Ideologie, daß der Mensch nur ein höheres, mit Verstand begabtes Tier sei. Er hebt die materialistische Vorstellung vom rein biologisch-leiblichen Menschen ohne Geist, die heute bei sehr vielen Menschen mehr oder weniger bewußt oder unbewußt lebt, ins Bewußtsein und arbeitet sie zu einer "wissenschaftlichen" Theorie aus, mit der er in mehreren Büchern die Welt überflutet.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/23465" berichtet am 18. September 2022 (x1.165/...): >>WHO unter der Lupe: Unregelmäßigkeiten und Interessenkonflikte

Die "Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie" hat am 29. Mai 2022 eine Pressekonferenz mit dem Titel "Demokratie bedroht durch die Zentralisierung der Macht der WHO" veranstaltet. Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen erklären auf spannende Art und Weise die Entwicklung der WHO in ihren Ländern. Ergänzen sich die Ziele der WHO mit der individuellen Souveränität der Völker? Welchen Einfluß haben die Pharmaindustrie, Banken sowie Stiftungen auf die WHO? Gibt es da eine Schlüsselperson?

Am Samstag, den 29. Mai hat die neu gegründete "Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie" im Genfer Presseklub eine Pressekonferenz mit dem Titel "Demokratie bedroht durch die Zentralisierung der Macht der WHO" veranstaltet.

Die "Internationale Allianz für Gerechtigkeit und Demokratie" ist eine Gruppe von internationalen Rechtsexperten, die aufgrund von Bedenken über die Verschlechterung der Menschenrechte und der demokratischen Verfahren zusammengekommen sind. Das Ziel ist, die Bemühungen der WHO, die ihre eigene Machtmonopolisierung vorantreibt, zu stoppen.

Die Untersuchung soll in allen Rechtsfragen vollständige Transparenz schaffen. Denn die Ziele der WHO stehen im Widerspruch zu der nationalen und individuellen Souveränität der Völker.

Im Folgenden erklären Rechtsanwälte und Rechtsanwältinnen die Entwicklung der WHO in ihren Ländern und die momentanen Unklarheiten im Bereich der Rechtssicherheit, was die "Gesundheit" unter den von der WHO ausgerufenen Maßnahmen anbetrifft.

Diane Protat, Rechtsanwältin aus Frankreich berichtet in ihrem Statement über Frankreich: Obwohl die WHO nur Empfehlungen herausgibt, werden diese so übernommen und umgesetzt. Dies ist widerrechtlich, weil sie nicht unter Mitwirkung der demokratischen Organe beschlossen wurden. Da die Empfehlungen der WHO sich auf Expertenberichte stützen und diese Expertenberichte vor Gericht nicht anfechtbar sind, gibt es dazu keinen gerichtlichen Rechtsweg in Frankreich.

In Frankreich gibt es eine Frauenbewegung, die sich nach der vollzogenen Covid-19- Impfung fragt: "Wo ist meine Periode?" Circa 15.000 Frauen sind davon betroffen und haben ihre Peri-

ode über längere Zeit nicht mehr bekommen. Auf diese Meldungen gibt es bis jetzt keine Reaktion von Seiten der WHO. Auch die Europäische Arzneimittel-Agentur der Europäischen Union EMA, die für die Beurteilung und Überwachung von Arzneimitteln zuständig ist, reagiert nicht.

Shabnam Palesa Mohamed, die Rechtsvertreterin der afroasiatischen Souveränitätskoalition, spricht für Asien und Afrika:

Sie sieht Interessenkonflikte innerhalb der Architektur der WHO. Die umstrittenen Änderungsvorschläge zu den Gesundheitsregeln 2005 wurden gemacht, ohne daß eine öffentliche Beteiligung der Länder stattgefunden hat; das sei inakzeptabel.

Es gibt Änderungen in der Definition einer Pandemie sowie der Beobachtungen und Analysen. Es geht um eine Zentralisierung der WHO, die Partnerschaften mit dem WEF und einflußreichen Investoren bei den Zentralisierungsmaßnahmen und bei der Umsetzung der Agenda 2030. Die WHO und die UNO sind nicht demokratisch aufgebaut, sondern auf einem Korruptionsmonopol. Die Länder wenden sich nun gegen die WHO wegen deren Interessenkonflikten.

Shabnam Palesa Mohamed zeigt die wichtigsten Interessenskonflikte auf:

1. Die WHO wird überwiegend von privaten Geldern und Akteuren finanziert: der GAVI, der Bill & Melinda Gates Foundation und dem Wellcome Trust. Diese Organisationen sind eng mit BlackRock, dem weltweit größten amerikanischen Vermögensverwalter verbunden.
2. Die WHO erhält direkte Beitragszahlungen von den großen Pharmaunternehmen wie Johnson & Johnson oder Pfizer.
3. Die Impfstoffhersteller wurden durch die WHO von Schadenersatzzahlungen bei Impfschäden durch mangelhafte Impfstoffe freigestellt.
4. Die WHO ist langfristige Partnerschaften eingegangen mit der Impfstoffindustrie und den Großbanken wie J. P. Morgan, die sich als Geldgeber für die Pharmaindustrie verpflichtet haben.
5. Die WHO hat für den globalen Impfstoffplan ein Führungsgremium eingesetzt, das aus der Bill & Melinda Gates Foundation, GAVI, der Impfstoff-Allianz und der WHO selbst besteht. All diese Organisationen haben in die Impfstoffindustrie investiert und profitieren davon.
6. Zu den Geldgebern der WHO gehören auch Investoren, die Patente oder Anteile an Produkten der Impfstoffherstellungstechnologie besitzen.
7. Tedros Ghebreyesus, der Generaldirektor der WHO, wurde von den Menschen seines Heimatlandes Äthiopien des Mißmanagements bei Ebola, des Amtsmißbrauches und der Unterstützung des Bürgerkrieges beschuldigt. Die Anklage brachte allerdings kein Ergebnis und es geschah nichts.

Der Schweizer Rechtsanwalt Philipp Kruse geht der Frage nach:

Welche weiteren Kompetenzen würde sich die WHO zusätzlich verschaffen?

Diese Änderungen würden es der WHO ermöglichen, ohne Mitsprache der Regierungen der Nationalstaaten, einen Notfall im Bereich der öffentlichen Gesundheit auszurufen. Die WHO würde die Befugnis erhalten, Überwachungssysteme, Fügsamkeits- und Einverständnismaßnahmen und die Umsetzung medizinischer Reaktionen weltweit einzuführen, was die unveräußerlichen Rechte des Einzelnen und die Souveränität der Nationen verletzt. Es würde sowohl die Transparenz als auch die Rechenschaftspflicht beseitigen, da die WHO immun gegen jede Form des Gerichtsverfahrens ist.

Phillip Kruse fordert echte Untersuchungen über die Effektivität der im Jahre 2020 und 2021 erlassenen Maßnahmen der WHO, um zu überprüfen, ob sich diese gelohnt haben. Daraus müssen die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden. Wie wichtig die Rechenschaftspflicht und die Einklagbarkeit zweifelhafter Maßnahmen sind, zeigt sich am Beispiel Indiens. Dipali Ojha, Rechtsanwältin in Indien berichtet:

Das höchste Gericht Indiens "Supreme Court India" hat alle Impfvorschriften für ungültig erklärt und das Grundrecht für jedermann eingeführt, eine Impfung verweigern zu dürfen. Das Gericht hat die Regierung angewiesen, Impfschäden registrieren zu lassen und für alle Menschen in Indien zugänglich zu machen. Das Gericht hat die Regierung aufgefordert, die Daten über die Impfversuche an Kindern in Indien herauszugeben und damit zu dokumentieren, wie die Regierung illegal gehandelt hat, in dem sie sich nicht an das Gesetz hielt.

Am Schluß der Pressekonferenz faßte der Schweizer Rechtsanwalt Philipp Kruse das bereits Gehörte zusammen. Es sei ein Handlungsauftrag in erster Linie an Rechtsanwälte, die Rechte und Gesundheit der Menschen sowie die Demokratie zu schützen. Die Verantwortlichen bei der WHO und die politisch Verantwortlichen sollen zur Verantwortung gezogen werden.<<

21.09.2022

Rußland: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. September 2022: >>Putin warnt vor Atomkrieg: "Das ist kein Bluff"

Von Jürgen Elsässer

Putin verkündet Teilmobilisierung für 300.000 Soldaten ab sofort und warnt den Westen vor atomaren Provokationen und Angriffen auf Rußland selbst.

In einer strategischen Rede heute früh um 8.00 Uhr MEZ hat Putin die lange erwartete Teilmobilisierung der russischen Streitkräfte sowie die Referenden zum Beitritt der Donbass-Republiken an die Russische Föderation verkündet und den Westen vor atomaren Provokationen und Angriffen auf Rußland selbst gewarnt. Dagegen würden "alle Mittel" eingesetzt. ...

Hier eine Zusammenfassung der heutigen Ansprache Putins an die Nation von DruschbaFM:
Putin: Das Ziel des Westens ist es, Rußland zu schwächen, zu spalten und zu zerstören: Sie sagen direkt, daß (man) 1991 die UdSSR spalten konnte, und jetzt ist die Zeit für Rußland gekommen.

Die Hauptziele der Spezialoperation bleiben unverändert, die LVR (Volksrepublik Lugansk) wurde vollständig befreit, die DVR (Volksrepublik Donezk) teilweise.

Die Regierung und das Verteidigungsministerium wurden angewiesen, den rechtlichen Status von Freiwilligen und Milizen des Donbass so schnell wie möglich festzulegen - er sollte der gleiche sein wie der des regulären russischen Militärpersonals.

Putin fordert, besondere Aufmerksamkeit auf die Lieferung von Ausrüstung und Ausrüstung für Freiwillige und Milizen des Donbass zu legen.

Putin: Bereits nach Beginn der Sonderoperation hat Kiew positiv auf die Vorschläge Rußlands reagiert - aber der Frieden paßte dem Westen nicht, und die Ukraine wurde direkt angewiesen, die Vereinbarungen zu stören.

Putin über Referenden im Donbass: Rußland kann ihm nahestehende Menschen nicht ausliefern, damit sie vom Henker in Stücke gerissen werden, und nicht auf ihren Wunsch reagieren, ihr eigenes Schicksal zu bestimmen.

Putin: Rußland wird die Entscheidung der Bewohner der Regionen Donbass, Zaporozhye und Cherson unterstützen.

Putin: Um Rußland, seine Souveränität und Integrität zu schützen, halte ich es für notwendig, den Vorschlag zur Durchführung einer Teilmobilisierung zu unterstützen.

Putin: Das Dekret über die Teilmobilisierung wurde unterzeichnet.

Putin: Nur Bürger, die sich in der Reserve befinden, werden eingezogen, sie werden unter Berücksichtigung der Erfahrung des Sondereinsatzes einer zusätzlichen Ausbildung unterzogen.

Putin: Die Mobilisierungsaktivitäten beginnen heute. Mobilisierte Personen, die an der Sonderoperation teilnehmen, erhalten Zahlungen und den Status von Militärangehörigen, die im Rahmen des Vertrags dienen. Das Dekret zur Teilmobilisierung sieht zusätzliche Maßnahmen auf Anordnung der Staatsverteidigung vor.

Putin: Der Westen hat alle Grenzen überschritten, verantwortungslose Politiker sprechen von Offensivwaffenlieferungen an die Ukraine, Ausrüstungsschläge gegen Rußland. (Ergänzung COMPACT: Putin warnte an dieser Stelle auch vor atomaren Provokationen, etwa durch Beschuß des AKW Saporischja, und vor Angriffen auf Rußland selbst.)

Putin: Westliche Länder drängen Kiew, die Feindseligkeiten nach Rußland zu verlagern.

Putin: Wenn seine territoriale Integrität bedroht ist, wird Rußland alle verfügbaren Mittel einsetzen, das ist kein Bluff.

Putin warnte diejenigen, die versuchten, Rußland mit Atomwaffen zu erpressen: Der Wind könnte sich in ihre Richtung drehen.<<

Philippinen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. September 2022: >>**Janichs Anwalt fordert: Haftbefehl aufheben!**

Von S. Hofer

Vor einem Monat wurde der Investigativ-Journalist Oliver Janich überfallartig und brutal verhaftet. Jetzt hat sein Rechtsanwalt eine Haftbeschwerde eingelegt. Darin beweist er: die Anklage ist unhaltbar.

Ballweg, Janich, Bhakdi und kein Ende. Im COMPACT-Spezial Politische Verfolgung zeigen wir, wie das Regime Oppositionelle kriminalisiert, wegsperert, totschweigt und cancelt. Unsere große Anklageschrift gegen das Regime!

Die Endstation globalistischer Cancel-Culture ist das Gefängnis: Oppositionelle, darunter die führenden Köpfe des Widerstands, die durch sozialen Tod (Rufmord, Jobverlust) nicht erpreßbar sind, landen unter fadenscheinigsten Gründen im Knast. Wie konstruiert die Vorwürfe dabei sind, demonstriert der Anwalt des Investigativ-Vloggers Oliver Janich in seiner Haftbeschwerde.

Kurze Rückblende: Am 17. August wurde Janich in seiner Wohnung auf der Insel Tablas (Philippinen) von einem Polizeitrupp brutal überfallen und verhaftet. Seitdem sitzt er in Abschiebehaft. Grund für die Quälerei: Deutsche Behörden ermitteln gegen den kritischen Journalisten wegen zwei Äußerungen, die er auf seinem Telegram-Kanal getätigt hatte: angebliche Beleidigung eines Linksaktivisten und Aufforderung zu einer Straftat.

Am Dienstag publizierte Janichs Rechtsanwalt eine Nachricht auf Twitter:

In Roschers Haftbeschwerde, die Oliver Flesch jetzt veröffentlicht hat, referiert der Anwalt beide Vorwürfe im Detail - um sie anschließend zu widerlegen. Urteilen Sie selbst. COMPACT-Online gibt das Schreiben unten ungekürzt wieder. Wir laden aber nicht nur Janichs Freunde und Anhänger zur Lektüre. Auch Gegner des Vloggers sollten überlegen, ob sie eine solche Korruption des Rechtsstaates hinnehmen wollen, nur um eine "lästige Stimme" loszuwerden:

Die Haftbeschwerde

Rechtsanwalt Markus Roscher fordert in seiner Haftbeschwerde:

Den Haftbefehl des Amtsgerichts München vom 22. April 2022 aufzuheben oder ihn unter Auflagen außer Vollzug zu setzen.

Begründung: Die Staatsanwaltschaft legt dem Beschuldigten laut Haftbefehl folgendes zur Last:

1) Beleidigung: In einer Audionachricht soll der Beschuldigte Herrn Josef Holnburger mittels einer Telegram-Audionachricht als "Spast" bezeichnet haben.

2) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten: Der Beschuldigte habe bei Telegram eine Nachricht gepostet mit dem Inhalt "Hängt Biden. Hängt Soros. Hängt sie alle, verdammt nochmal."

3) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten: Wiederum auf Telegram habe der Beschuldigte folgenden Text gepostet: "+++ Eilmeldung: Ein Gutachten, das für das Bundesinnenministerium erstellt wurde, kommt zu dem Schluß, daß es nicht nur zulässig, sondern in der aktuellen

Situation sogar geboten sei, sämtliche Regierungsmitglieder im Bund und in den Ländern standrechtlich hinzurichten. Die Gutachter begründen dies mit der 'Schutzpflicht' des Staates für seine Bürger. +++"

Im Haftbefehl wird zu Punkt 2) und 3) festgestellt: Der Beschuldigte tat dies, um dritte Personen dahingehend zu motivieren, eine Exekution des Präsidenten Biden, des amerikanischen Investors Soros sowie der aktuellen Regierungsmitglieder von Bund und Ländern in der Bundesrepublik durchzuführen.

Mangels dringenden Tatverdachts ist der Haftbefehl aufzuheben.

Zu 1) Beleidigung als "Spast"

Bei dem angeblichen Geschädigten Josef Holnburger handelt es sich um einen linken Szene-Aktivisten (Referent des DGB-Bundesvorstandes), der vor allem auf Twitter durch polemische Beiträge auffällt, in denen er ganze Gruppen von Menschen (die er als Verschwörungstheoretiker und rechte Hetzer bezeichnet) beleidigt und verleumdet.

Der Ausdruck "Spast" für Herrn Holnburger war eine direkte Reaktion auf die konstanten und wiederholten Verleumdungen, die er auch gegenüber Herrn Janich ausgestoßen hatte und die allesamt als Beleidigung einzustufen waren. Da diese Beleidigungen sozusagen der ganz normale Umgangston dieses stark linksorientierten Aktivisten darstellten, ging es naturgemäß bei der Auseinandersetzung mit Herrn Holnburger auch nicht sonderlich freundlich zu.

Herr Holnburger unterstellte dem Beschuldigten permanent eine Nähe zu Rechtsextremisten, obwohl mein Mandant zahlreiche Bücher zum Libertarismus geschrieben - und sogar eine libertäre Partei gegründet hatte. Herr Janich lehnt rechte und linke Politik ab, erst recht deren Extreme.

Herr Holnburger unterstellt aber Herrn Janich darüber hinaus, antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten und von einer jüdischen Weltverschwörung zu reden, ohne diese Vorwürfe mit einem einzigen Zitat zu belegen. Dies ist für Herrn Janich um so ärgerlicher, als er gleichzeitig von echten Rechtsextremen permanent dafür angefeindet wird, sich wiederholt gegen Rassismus und Antisemitismus gewandt zu haben.

In seinem Buch "New World Order exposed" schreibt mein Mandant beispielsweise: "Die Ehe zwischen Juden und Deutschen wurde im Himmel geschlossen und in der Hölle geschieden. Es wird Zeit für eine echte Versöhnung."

Der angeblich geschädigte Herr Holnburger wußte bei seinen Beleidigungen gegenüber Herrn Janich genau, daß es in Deutschland keinen schlimmeren Vorwurf als "Antisemit" oder "rechtsextrem" gibt, so daß er mit einer heftigen Gegenreaktion rechnen mußte.

Die verleumderischen Beleidigungen gegen ihn konnte der Beschuldigte nicht auf sich sitzen lassen und hat sich nachvollziehbarerweise verbal pointiert gewehrt. Hierbei hat er sich einer eher als flapsig einzustufenden Jugendsprache bedient, in dem er den Begriff "Spast" verwandte. Insbesondere unter Berücksichtigung des bei Twitter inzwischen (gerichtsbekannt) allgemein in der politischen Auseinandersetzung verwendeten barschen Tons (den Herr Holnburger unter seinem allseits einzusehenden Account @holnburger selber verwendet) dürfte ein Beleidigungstatbestand (rechtswidriger Angriff) nicht erfüllt sein.

Hieraus, unter Berücksichtigung dieses Kontextes, eine (einseitige) Beleidigung zu konstruieren, dürfte weder angemessen, noch vom Schutzbereich des § 185 StGB umfaßt sein.

Sollte Herr Holnburger nunmehr diesbezüglich empfindlich geworden sein und sich neuerdings auch selbst einer freundlicheren Sprache, ohne Verleumdungen und Beleidigungen, bemächtigen, nimmt der Beschuldigte dies zur Kenntnis und entschuldigt sich hiermit für die Verwendung des Begriffs als "Spast".

Zu 2) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (Biden, Soros, "alle")

Die betreffende Äußerung stammt nicht von meinem Mandanten. Auf Herrn Janichs Kanal haben mehrere Redakteure in der ganzen Welt Zugriff. Auch auf seinen Rechner im Ressort

könnten dritte Personen Zugriff genommen haben. Trotz eigener Recherche läßt sich nicht mehr ermitteln, welcher Redakteur diesen - auch aus Sicht von Herrn Janich geschmacklosen - Post versendet hat.

Herr Janich hat im Übrigen daher unverzüglich nach Kenntnisnahme des Posts veranlaßt, daß dieser gelöscht wurde. Die betreffende Äußerung kann somit höchstens 20 Minuten online gewesen sein. Herr Janich hat sich also definitiv nicht mit dem Inhalt dieses Posts identifiziert, was bereits auch deshalb erkennbar ist, weil andere Posts, die ihm hier vorgeworfen wurden, nicht entfernt wurden.

Im Übrigen sanktioniert § 111 Abs. 1 StGB nur die Aufforderung zu Taten, die im Inland begangen werden sollen, was bei Präsident Biden und Soros, die beide bekanntlich nicht in Deutschland leben oder sich dort nur selten aufhalten, nicht der Fall sein. Schon tatbestandlich kommt daher hier § 111 StGB nicht in Betracht.

Zu 3) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (Regierungsmitglieder hinrichten)

Bei dem dritten Vorwurf hat mein Mandant in satirisch-übersteigerter Weise auf eine Eilmeldung des Focus reagiert, in dem er dessen Wortwahl nutzte, um auf die großen - aus seiner Sicht lebensbedrohenden - Konsequenzen von (Pflicht)-Impfungen hinzuweisen.

In der Focus-Meldung hieß es wie folgt:

"Die juristischen Gutachter werten eine allgemeine Impfpflicht nicht nur als zulässig - sie sei in der aktuellen Situation sogar geboten. Zwar seien mit ihm Eingriffe in Freiheitsgrundrechte verbunden ... Dieses beinhalte eine Schutzpflicht des Staates für seine Bürger."

Es handelt sich somit um die satirische "Verballhornung" des betreffenden Focus-Artikels durch meinen Mandanten, als er die durch Gutachten gerechtfertigten Impf-Maßnahmen gleichsetzte mit "Todesurteilen", die ebenfalls durch Gutachten als gut befunden werden könnten.

Die Meinungsfreiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes umfaßt eine derartige (drastisch überzogene) Einschätzung. Es ist schon fast boshaft von der Staatsanwaltschaft, die als direkte Reaktion auf die Focus-Meldung erkennbare Äußerung meines Mandanten, als ernstgemeinte Aufforderung an Dritte zu verstehen, Exekutionen durchzuführen, und dies derart aus dem Kontext zu reißen, um einen entsprechenden Vorwurf zu konstruieren.

Auf Telegram kann man auf eigene Posts antworten. Es war also eindeutig ersichtlich, daß sich Herr Janich auf den Focus-Artikel bezog. Es war erkennbar, daß mein Mandant die Tatsache, daß es ein Expertengutachten gab, noch lange nicht als Indiz dafür ansehen wollte, daß hier dadurch Unrecht zu Recht wird.

Mithin handelt es sich bei der Äußerung von Herrn Janich denklogisch auch um eine Kritik, sowohl an Expertengutachten, als auch an standrechtlichen Erschießungen. Der Post sagt also das exakte Gegenteil dessen, was ihm unterstellt wird.

Die drei Vorwürfe gegen meinen Mandanten sind daher zum Teil lächerlich (Beleidigung eines Szene-Journalisten, als Reaktion auf Beleidigungen durch einen Journalisten) oder aber "an den Haaren herbeigezogen". Die Vorwürfe zwei und drei behandeln Zitate die entweder gar nicht von Herrn Janich stammen oder aber aus dem Kontext gerissen wurden.

Der Haftbefehl ist daher aufzuheben.

2. Ein Haftgrund im Sinne des § 112 StPO liegt nicht vor.

Der Haftbefehl vom 22. April 2022 dürfte auch schon deswegen rechtswidrig sein, da zu keinem Zeitpunkt eine Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 StPO), auf die sich der Haftbefehl stützt, bestanden hat.

Insbesondere besteht und bestand deshalb keine Fluchtgefahr, da mein Mandant zu keinem Zeitpunkt flüchtig war und auch keinen Anlaß hatte wegen des hiesigen Vorwurfs "unterzutauchen". Er ist in den Philippinen ordentlich gemeldet und er ist dort familiär gebunden. Herr Janich lebt mit seiner Verlobten, die inzwischen auch ein Kind von ihm erwartet, in seinem

oben erwähnten Ressort zusammen. Er möchte die Geburt des gemeinsamen Kindes in Freiheit erleben.

Es wäre für die Staatsanwaltschaft und den Ermittlungsbehörden jederzeit ein leichtes gewesen, Herrn Janich in den Philippinen zu erreichen. Da die Ermittlungsbehörden über die Telegramm-Kanäle des Beschuldigten auch ihre Informationen zu den Vorwürfen bezogen, hätten sie eigentlich genau wissen müssen, daß wirklich jedermann, der dort aktiv ist, genau wußte, wo sich das Ressort von Herrn Janich auf den Philippinen befand.

Als Staatsanwaltschaft so zu tun, als ob mein Mandant untergetaucht sei oder sich der Strafverfolgung entziehen wollte, ist daher grob fahrlässig und auch eines Rechtsstaates nicht würdig, wenn hier Vorwände geschaffen werden, um die rechtswidrige Festsetzung eines kritischen Staatsbürgers zu erwirken.

In diesem Zusammenhang wird auf folgenden, meines Erachtens skandalösen, Umstand hingewiesen, mit dem hier die Verhaftung meines Mandanten durch philippinische Behörden erschlichen wurde: Wie oben bereits ausführlich erklärt, lagen die formellen Voraussetzungen für den Erlaß des Haftbefehls gegen meinen Mandanten (hier: Fluchtgefahr) niemals vor. Hinzukam, daß es mit den Philippinen kein Auslieferungsabkommen gibt.

Wie sich aus der Strafkarte entnehmen ließ, bediente man sich daher eines konstruierten Paßvergehens (Benutzung des Passes, um sich der Strafverfolgung zu entziehen), um die philippinischen Behörden dazu zu bewegen, Herrn Janich in Abschiebehaft zu nehmen. Denn der deutsche Haftbefehl ist zunächst einmal (nur) ein Dokument, das aufgrund eines fehlenden Auslieferungsabkommen mit den Philippinen dort nur als Nullum betrachtet wird.

Auslieferungen werden erfahrungsgemäß von den Philippinen in seltenen Ausnahmefällen (Mordvorwurf z.B.) vorgenommen, niemals jedoch wegen Meinungsdelikten. Und natürlich war der Staatsanwaltschaft auch bewußt, daß die drei Vorwürfe gegen meinen Mandanten zum Teil lächerlich oder wie beschrieben zum Teil an den Haaren herbeigezogen sind. Es geht insoweit offenbar nur darum, Herrn Janich als Teil einer immer größer werden Opposition gegen massive Übergriffe des Staates Bundesrepublik Deutschland, festzusetzen.

Hierbei sollte die deutsche Botschaft in Manila mitwirken, denn aufgrund des fehlenden Auslieferungsabkommen sollte mit Hilfe des BKA und diverser Ansprechpartner auf den Philippinen "eine Abschiebungslösung" angestrebt werden, wie es sehr "treffend" in der E-Mail von Oberstaatsanwalt Felix Hofmeier (Leiter der Abteilung I des Staatsschutzes bei der Staatsanwaltschaft I) an den BKA-Mitarbeiter Gundlach heißt.

Die Staatsanwaltschaft bedient sich also des BKA, das in den Philippinen aktiv tätig ist(!), sowie der deutschen Botschaft in den Philippinen, um einen anderen souveränen Staat dazu zu bewegen, auch ohne Auslieferungsabkommen, einen deutschen Staatsbürger aus politischen Gründen mit Hilfe eines aus der hohlen Hand herbeigestümperten, offensichtlich rechtswidrigen Haftbefehls, aus dem Land nach Deutschland zurück zu entführen, um ihn dort einem politischen Schauprozeß auszusetzen.

Im Haftbefehl wurde bewußt falsch vorgetragen, daß sich der Beschuldigte in die Philippinen "abgesetzt" habe und sich dort "verborgen" hält. Er ist nicht unbekanntes Aufenthalts, weshalb der fehlerhafte und rechtswidrige Haftbefehl aufzuheben ist.

3. Die Anordnung ist auch unverhältnismäßig.

Der Strafvorwurf (Beleidigung bzw. eine als Aufforderung zu Straftaten undefiniertes "Meinungsdelikt") ist nicht so schwerwiegend, daß dies eine Haft begründet (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne) oder zu befürchten ist, daß sich Herr Janich einer Verfolgung entziehen würde.

4. Zum Hilfsantrag:

Der Haftbefehl kann gegen geeignete Auflagen und Weisungen gem. § 116 StPO außer Vollzug gesetzt werden. Der Beschuldigte ist bereit sich in den Philippinen wöchentlich polizeilich zu melden. Auch wäre es möglich, eine angemessene Sicherheit zu leisten.<<

22.09.2022

BRD: Die politische Webseite "Apolut" berichtet am 22. September 2022 (x1.169/...):

>>Verrat an der Nation

Der kalte Kriegswinter 2022

Ein Meinungsbeitrag von *Uli Gellermann*.

Die Inflation steigt, und es steigen die Preise. Es steigen die Nebenkosten, und es steigt die Gefahr im ukrainischen NATO-Krieg mehr zu werden als ein Waffenlieferant: Deutschland wird zum Kombattanten. Eine verantwortungslose Regierung führt einen Wirtschaftskrieg gegen Rußland auf Kosten der deutschen Bevölkerung. Laut aktuellem paritätischen Armutsbericht hat die Armutsquote in Deutschland mit 15,9 Prozent einen neuen Rekord und den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung erreicht. Damit fallen 13,2 Millionen Menschen unter die Armutsgrenze.

Rubel steigt und steigt

Die Lage wird sich weiter verschlimmern: Die deutschen Hersteller haben ihre Preise im August wegen enorm hoher Öl-, Gas- und Stromkosten überraschend und in einer nie dagewesenen Stärke angehoben. Die Erzeugerpreise stiegen um durchschnittlich 45,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Der Rubel steigt und steigt. Und es steigen auch die Gewinne der russischen Firma Gazprom - des wesentlichen Gaslieferanten. Unter den von den USA gewollten und von der deutschen Regierung exekutierten Sanktionen gegen Rußland leiden die Deutschen.

Begriff der Nation wurde von den Nazis mißbraucht

Der Begriff der Nation ist von den Nazis unerträglich mißbraucht worden. So sehr, daß er in Deutschland nur selten in positiven Zusammenhängen genutzt wird. Immerhin leistet sich das Wikipedia-Kinderlexikon eine einfache und neutrale Definition: "Eine Nation ist eine große Gruppe von Menschen, die ein bestimmtes Gebiet bewohnt. Diese Menschen haben etwas gemeinsam. Das Gemeinsame kann die Sprache sein, die Geschichte, Traditionen, die Wirtschaft, die Kultur, die Religion, die Herkunft der Menschen und manches andere".

Gemeinsam unter den Sanktionen leiden

Diese "große Gruppe von Menschen" leidet zur Zeit gemeinsam unter den Sanktionen, die eigentlich den Russen schaden sollten: Kleine Unternehmer gehen Pleite, Arbeiter und Angestellte verlieren ihren Job, Mieter können sich ihre Nebenkosten nicht mehr leisten, Autofahrer müssen wegen der hohen Spritpreise ihre Autos stehen lassen. Das Gemeinsame all dieser Deutschen ist auch eine Regierung, die gegen das Wohl des Landes handelt.

Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro

Währenden die Zahl der deutschen Obdachlosen wächst, hat die Bundesregierung Waffen und andere Rüstungsgüter im Wert von mindestens 191,9 Millionen Euro in die Ukraine geliefert. Darunter auch die Panzerhaubitze 2000. Was wird sein, wenn die russische Armee diese Waffe nicht mehr nur im Kampf in der Ukraine zerstört? Wenn man lieber gleich die Firma Rheinmetall, den Produzenten und Lieferanten dieser Waffe außer Gefecht setzte? Denn Deutschland und seine Rüstungsfirmen sind längst zu Kombattanten im ukrainischen NATO-Krieg geworden.

Eine andauernden NATO-Aggression

Die russische Hyperschallrakete Avangard bewältigt die Entfernung von 2.000 Kilometern (Moskau - Düsseldorf) mühelos. Sollen die Rheinmetall-Arbeiter für die NATO sterben?

Denn anders als in den üblichen Medien behauptet, hatte der Krieg schon lange zuvor begonnen: Mit der Einkreisung Rußlands durch NATO-Stützpunkte.

Mit der einseitigen Kündigung des wichtigen IMF-Abrüstungsabkommen durch die USA. Durch den Aufbau von US-Biowaffenlaboren in der Ukraine. Durch die Drohung der Ukraine, ihren Atomwaffenverzicht rückgängig zu machen. Was die Welt zur Zeit in der Ukraine erlebt, ist die Antwort Rußlands auf diese Schritte einer andauernden NATO-Aggression.

In einem Atom-Krieg verglühen?

Soll die deutsche Nation in einem denkbaren Atom-Krieg verglühen? Denn der konventionelle Krieg in der Ukraine kann sich atomar steigern. Immer noch sind auf deutschem Boden US-Atomwaffen stationiert. Diese ständige atomare Bedrohung Rußlands - die Waffen lagern im Fliegerhorst Büchel in Rheinland-Pfalz - macht Deutschland zum strategischen Ziel in einem Krieg zwischen den USA und Rußland. Doch statt der Gefahr einer Ausweitung des Ukraine-Kriegs auf Deutschland zu begegnen, heizt die Regierung Scholz-Habeck-Baerbock die Gefahr durch Waffenlieferungen und Großsprecherei weiter an.

"Nationalkomitee Freies Deutschland"

Das letzte Mal, daß der Begriff der deutschen Nation in einem historisch progressiven Zusammenhang benutzt wurde, war bei der Gründung des "Nationalkomitee Freies Deutschland". Das Komitee wurde 1943 in Krasnogorsk von deutschen Antifaschisten gegründet. Die Gründer - "Arbeiter und Schriftsteller, Soldaten und Offiziere, Gewerkschafter und Politiker, Menschen aller politischen und weltanschaulichen Richtungen, die noch vor einem Jahre einen solchen Zusammenschluß nicht für möglich gehalten hätten" - wollten Hitlers Krieg damals unbedingt beenden. Heute stehen wir vor einem neuen Krieg gegen Rußland.

Verrat an deutschen Interessen

Es sind die USA, die den Ukraine-Krieg wollen und sie wollen auch, daß sich die Deutschen an ihm beteiligen; daß Deutschland in einem Krieg gegen Rußland erneut besiegt würde. Wer das Land auch nur in die Nähe eines Krieges mit Rußland führt, der dient einer fremden Macht; der begeht Verrat an den deutschen Interessen. Es ist an der Zeit für ein neues "Nationalkomitee". Damit ein eisiger Winter und ein heißer Krieg verhindert werden. ...<<

Dieser Beitrag wurde vorab am 21.9.2022 auf dem Portal Rationalgalerie veröffentlicht.

Das deutsche Schiller-Institut schrieb am 22. September 2022 folgenden Offenen Brief an die Vereinten Nationen (x1.179/...): >>**Offener Brief an die Vereinten Nationen Nr. 2 des Schiller-Instituts und der Foundation to Battle Injustice**

Die Foundation to Battle Injustice hat sich mit einem Offenen Brief an die UNO gewandt, um die Myrotvorets-Liste zu schließen, die 4.000 internationale Journalisten und andere institutionelle Personen zur Ermordung (Liquidierung) vorsieht, und fordert eine strafrechtliche Untersuchung der Hintergründe dieser Operation. Viele dieser Journalisten stehen auf dieser Liste, weil ihre Berichterstattung nicht dem 'erlaubten offiziellen Narrativ' der NATO über die Lage in der Ukraine entsprach. Andere wiederum stehen auf dieser Liste, weil sie eine diplomatische Lösung fordern, bevor der Krieg unkontrollierbar eskaliert.

Wir erreichen diesen Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt, sehr schnell. Das jüngste Treffen der Ukraine Defense Contac's Group in Ramstein hat den Krieg in einen höheren Gang geschaltet, da die NATO-Mitgliedsstaaten immer ausgefeiltere Präzisionswaffen und Waffen mit größerer Reichweite in die Ukraine schicken, und es wird offensichtlich, daß dies bereits ein Krieg zwischen der NATO und Rußland ist.

Der ukrainische Verteidigungsminister Valery Zaluzhnyi behauptet, Rußland stehe kurz davor, taktische Atomwaffen einzusetzen, und fordert, daß der Westen präventiv das 'gesamte ihm zur Verfügung stehende Arsenal an Mitteln gegen Rußland einsetzen müsse. Und der "Kiewer Sicherheitspakt" der ukrainischen Regierung fordert de facto eine NATO- und EU-Mitgliedschaft mit Schutz nach Artikel 5, was der stellvertretende Chef des russischen Sicher-

heitsrates Medwedew als 'Prolog zum Dritten Weltkrieg bezeichnet hat.

Der eigentliche Grund für die Kriegsgefahr und diese Eskalation liegt darin, daß das transatlantische neoliberale Finanzsystem auf eine hyperinflationäre Zusammenbruchskrise zusteuert, wie sie 1923 in Weimar-Deutschland auftrat, verursacht durch die jahrzehntelange monetaristische Politik der Profitmaximierung und des Liquiditätspumpens. Die Krise dieses Systems betrifft bereits die ganze Welt, besonders aber die Entwicklungsländer mit explodierenden Lebensmittel- und Energiepreisen.

Die einzige Möglichkeit, die Gefahr eines Dritten Weltkriegs, der die Auslöschung der gesamten menschlichen Spezies bedroht, zu beseitigen, besteht darin, das derzeitige hoffnungslos bankrotte System durch ein neues Kreditsystem, ein Neues Bretton Woods, zu ersetzen, das die Weltwirtschaft wieder in Gang bringt und vor allem billige, langfristige Kreditlinien für die reale wirtschaftliche Entwicklung des globalen Südens bereitstellt. Da sowohl die Kriegsgefahr als auch der drohende Zusammenbruch des Finanzsystems die ganze Welt betreffen, ist die UNGA der geeignete Ort, um die Schaffung einer Neuen Gerechten Weltwirtschaftsordnung in die Wege zu leiten und muß dafür jetzt aktiv werden.

"Wir appellieren an die Generalversammlung der Vereinten Nationen, eine offene und freie Debatte über die Notwendigkeit einer neuen internationalen Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur zu gewährleisten, die die Interessen jedes einzelnen Landes auf dem Planeten berücksichtigt, nicht nur für alle Journalisten und Einzelpersonen, die auf der Myrotvoretts-Liste stehen, sondern für alle Menschen, die mit ihren Konzepten dazu beitragen, die Welt zu einem sicheren und besseren Ort zu machen.

Wir appellieren daher an die Generalversammlung der Vereinten Nationen, eine Sonderkonferenz zur Umsetzung einer solchen neuen Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur einzuberufen und diese Absicht durch die Verabschiedung einer Resolution zum Ausdruck zu bringen." ...<<

23.09.2022

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 23. September 2022: >>"**Eine Katastrophe epischen Ausmaßes**"

Blackout: Droht Deutschland tatsächlich ein totaler Zusammenbruch? Die Experten sind sich uneinig. Der Wirtschaftsingenieur Robert Jungnischke ist sich dagegen sicher - seit zwei Jahren berät er Firmen und Privatleute, wie sie sich am besten darauf vorbereiten.

Moritz Schwarz: *Herr Jungnischke, wie wahrscheinlich ist ein Blackout?*

Robert Jungnischke: Höchst wahrscheinlich.

Moritz Schwarz: *Bei "Bild-TV" haben Sie von "99,9 Prozent" gesprochen.*

Jungnischke: Ja, denn das Problem ist, daß die meisten Leute die Gefahr trotz Warnungen nicht ernst nehmen. Warum? Weil Medien und Politik die Möglichkeit eines Blackouts zwar einräumen, meist aber auch relativieren, Motto: Es wird schon nicht so weit kommen. Das führt dazu, daß die Leute auf diese Hoffnung setzen - und sich folglich nicht vorbereiten. Stellen Sie sich mal vor, wir würden so etwa mit dem Thema Feuer- oder Unfallversicherung umgehen! Tatsache ist, man bekommt die Menschen nur dann dazu, sich auf ein Ereignis vorzubereiten, wenn sie auch glauben, daß es eintreten wird.

Moritz Schwarz: *Dann ist Ihre 99,9 Prozent-Prognose also gar keine valide Schätzung, sondern der Versuch, Angst zu schüren?*

Jungnischke: Nein, nicht Angst zu schüren, sondern Bewußtsein zu schaffen. Verstehen Sie, die Gefahr ist real! Das hindert die Leute aber leider nicht daran, sie zu ignorieren. Sie nehmen sie nun mal erst dann zur Kenntnis, wenn sie an sie glauben. Blackout-Vorsorge ist wie eine Versicherung: Natürlich hofft man, daß man sie nie braucht, aber dennoch ist es eine wichtige, sinnvolle Absicherung.

Moritz Schwarz: *Ganz nüchtern betrachtet und ohne erzieherische Überlegungen: Für wie*

hoch halten Sie die Gefahr?

Jungnischke: Eine exakte Wahrscheinlichkeit kann niemand ermitteln. Aber Fakt ist, die Gefahr wächst stetig.

Moritz Schwarz: *Dominik Möst, Professor für Energiewirtschaft der TU Dresden, gab im ARD-Fernsehen unlängst Entwarnung: "Das Risiko eines Blackouts schätze ich als gering ein." Und die Bundesnetzagentur sieht das ähnlich.*

Jungnischke: Daß das Gegenteil stimmt, sieht man an den steigenden "Redispatch-Maßnahmen": So nennen sich die Eingriffe der Netzbetreiber zur Stabilisierung des Stromnetzes. Was schätzen Sie, wie hoch war deren Anzahl im Jahr 2000?

Moritz Schwarz: *Keine Ahnung.*

Jungnischke: Fast null. Und heute? Ich helfe Ihnen: 2015 waren es 6.382 Eingriffe, 2020: 6.797, 2021: 8.635 und in diesem Jahr 9.388 - dabei haben wir erst September! Geht das so weiter, werden es bis Ende 2022 um die 15.000 Eingriffe sein! Das sind nackte Zahlen, keine Verschwörungsschwurbelegen. Und mit jedem Anstieg der Eingriffe steigt die Gefahr, daß die Betreiber es irgendwann nicht mehr schaffen, das Netz zu stabilisieren: Blackout!

Moritz Schwarz: *Experten halten den allerdings auch deshalb für unwahrscheinlich, weil die Netzbetreiber in einer Notlage mit "Brownouts" gegensteuern: Zeitweise Stromsperrern für Städte oder Regionen, die den Verbrauch senken und so verhindern, daß das Netz zusammenbricht.*

Jungnischke: Ja, aber wissen Sie auch, daß das nur möglich ist, wenn ein Problem sich langsam aufbaut, so daß darauf reagiert werden kann? Das aber ist keineswegs immer gegeben. Beispiel: Die Stromproduktion der Erneuerbaren wird prognostiziert, damit man weiß, wie viele herkömmliche Kraftwerke sich bereithalten müssen.

Was aber, wenn sich das Wetter unvorhergesehen dramatisch ändert? Etwa wenn statt einer prognostizierten Starkwindlage überraschend eine Flaute eintritt und auf einmal vierzig, fünfzig Gigawatt Leistung fehlen! Wenn die Frequenz des Stromnetzes plötzlich 1,5 Hertz über oder 2,5 Hertz unter Normal liegt, sich deshalb die großen Kraftwerke sicherheitshalber vom Netz trennen und dieses dann kollabiert.

Moritz Schwarz: *Dann könnte doch das Ausland mit Strom aushelfen.*

Jungnischke: Erstens haben wir da das gleiche Problem: Gelingt das schnell genug? Zweitens, Sie haben schon mitbekommen, daß im Sommer über die Hälfte der französischen Kernkraftwerke wegen Kühlwassermangel aufgrund von Niedrigwasser abgeschaltet werden mußte?

Moritz Schwarz: *Sicher, aber wir haben ja noch mehr Nachbarn.*

Jungnischke: Natürlich, das kann funktionieren - oder auch nicht. 2021 hatten wir bereits zwei große Störungen im europäischen Stromnetz, eine mit dem Auslöser in Kroatien und eine zwischen Spanien und Frankreich. Wir können uns also auch darauf nicht verlassen - und frei nach Murphy: Manchmal geht einfach alles schief, was schiefgehen kann. Doch verstehen Sie mich nicht falsch, ich will den Blackout nicht herbeireden. Aber ich will klarmachen, daß es ein großer, vielleicht tödlicher Irrtum ist, zu glauben, wir seien schon mehr oder weniger vor ihm sicher.

Moritz Schwarz: *Selbst wenn er eintritt, heißt das aber doch nicht, daß er zur Katastrophe wird.*

Jungnischke: Auch da irren Sie sich gewaltig. Und genau das ist ebenfalls Teil des Problems: Denn nicht nur, daß die Leute die Wahrscheinlichkeit nicht ernst genug nehmen - sich machen sich auch die Dramatik nicht klar: Je nachdem wo Sie sich im Moment eines Blackouts befinden und wie Sie darauf vorbereitet sind, wird dieser binnen Minuten, Stunden oder Tagen für viele zur tödlichen Gefahr - und allgemein zu einer Katastrophe epischen Ausmaßes. Denn ein Blackout ist kein einfacher Stromausfall, wie viele Leute glauben, und was leider immer wieder durcheinandergebracht wird.

Moritz Schwarz: *Sondern, was ist der Unterschied?*

Jungnischke: Unter Stromausfall versteht man eine lokale Angelegenheit aufgrund einer Störung auf einer der niederen Spannungsebenen, etwa weil ein Strommast umgekippt, eine Leitung beschädigt oder eine Trafostation abgebrannt ist. Das heißt, das Netz funktioniert, nur die Weiterleitung des Stroms bis zum Verbraucher ist durch einen Schaden blockiert. Ein Blackout dagegen ist keine Störung der Stromausgabe, sondern der Einspeisung - nämlich ein Zusammenbruch des Netzes an sich.

Und im Gegensatz zu einem Stromausfall fällt bei einem Blackout auch die gesamte Infrastruktur aus, die ja völlig auf Elektrizität und digitale Steuerung angewiesen ist: Kommunikation, Transportwesen, Energie, Lebensmittelversorgung, Bank- und digitales Bezahlwesen, Verwaltung, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienste, medizinische Versorgung etc. alles bricht sofort zusammen - nicht einmal Ihre Exkremate können Sie wegspülen und vor allem haben Sie kein Trinkwasser mehr, weil auch die Wasserwerke nicht mehr funktionieren.

Drei Tage ohne Trinkwasser ... dabei wird dieser Zustand wahrscheinlich länger, vielleicht sogar nicht nur Tage, sondern Wochen anhalten, da es viel Zeit braucht, bis alle Schäden am Netz repariert sind und es neu hochgefahren ist. Solange wird Ihnen niemand zur Hilfe kommen - weil die meisten anderen Menschen ebenso mittel- und hilflos sind wie Sie.

Und abgesehen davon, daß man ohne Strom Polizei, Feuerwehr und Rettungswagen nicht rufen kann, werden bei einem Blackout die Helfer selbst zu Hilfsbedürftigen, denn da sie nicht mehr kommunizieren können, können sie sich auch nicht mehr koordinieren. Aber wahrscheinlich sind sie sowieso nicht mehr da, denn auch die Helfer haben Familien, um die sie sich zuerst kümmern werden.

Moritz Schwarz: *Angenommen sie wären noch einsatzfähig, wäre die Zahl der Hilfskräfte in Deutschland ausreichend?*

Jungnischke: Nicht im geringsten! Denn das Ausmaß der Hilfsbedürftigkeit wäre bei einem Blackout unvorstellbar groß.

Moritz Schwarz: *Aber es muß doch Pläne und Vorbereitungen für einen solchen Fall geben.*

Jungnischke: Den größten Fehler überhaupt, den Sie in Hinsicht auf einen Blackout machen können, ist sich auf den Staat zu verlassen - das garantiere ich Ihnen! 2021 habe ich eine Weiterbildung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz besucht und nachgefragt, wie man auf einen bundesweiten Blackout vorbereitet ist. Antwort: Daran glaube man nicht, maximal gebe es einen Blackout in einem Bundesland, so daß Hilfe von außen garantiert sei.

Nein, für das womit wir rechnen müssen, gibt es keine Planung, Vorbereitung oder Übungen. Die Politik weigert sich einfach, die Gefahr ernst zu nehmen - was bedeutet, daß die Katastrophe noch katastrophaler werden wird! 2010 hat der Bundestag eine Studie zum Thema, was bei einem Blackout in Deutschland passiert, in Auftrag gegeben, die sogenannte TAB-Studie. Aber auch darin ist man nicht von einem landesweiten Ereignis ausgegangen, sondern nur von einem Blackout in einigen Bundesländern.

Moritz Schwarz: *Warum nicht? Warum sollte ein Blackout denn zwangsläufig ganz Deutschland erfassen?*

Jungnischke: Weil sich bei einem Blackout alle Kraftwerke vom Stromnetz abkoppeln. Es ist eher unwahrscheinlich, daß es den Netzbetreibern gelingt, das Ereignis lokal zu begrenzen. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß es ganz Europa betrifft.

Moritz Schwarz: *Und zu welchem Ergebnis kam die Studie?*

Jungnischke: Daß der Bund weder in der Lage wäre, die Bevölkerung zu schützen, noch zu ernähren.

Moritz Schwarz: *Folglich sind doch sicher Maßnahmen ergriffen worden?*

Jungnischke: Nein, genausowenig wie aus der bekannten Pandemie-Studie des RKI von 2013 Konsequenzen gezogen wurden, obwohl diese in vielem genau das vorausgesagt hat, was wir

dann mit Corona erlebt haben - und als Bundestagsdrucksache der Politik übrigens lange bestens bekannt war!

Moritz Schwarz: *Das wirkt alles äußerst bedrohlich - allerdings leben Sie als Berater für Stromabschaltungen und Blackout-Vorsorge ja davon, daß es genau so klingt.*

Jungnischke: So wie Versicherungen, Unternehmensberater, Sicherheitsfirmen etc. - sie alle leben von einer drohenden Gefahr. Dennoch kommt niemand auf die Idee, ihnen zu unterstellen, sie würden diese nur herbeireden. Tatsächlich leben sie davon, Menschen Vorsorge und Schutz vor realen Gefahren zu bieten - worüber ihre Kunden in der Regel auch froh sind. Ich habe vor zwei Jahren entdeckt, daß in Sachen Blackout eine erhebliche Gefahr besteht, um die sich in Deutschland niemand kümmert.

Natürlich habe ich darin auch eine Nische für mich gesehen. Aber das ist nichts Ehrenrühri- ges, sondern man nennt das Unternehmertum. Im übrigen genießen meine Unternehmenskun- den ein hundertprozentiges Rückgaberecht, sollten sie unzufrieden sein.

Moritz Schwarz: *Sie beraten nur Unternehmen, keine Privatleute?*

Jungnischke: Doch, inzwischen biete ich auch Beratung für Privatleute an, aber als Diplom- Ingenieur und jemand, der aus der Industrie kommt, habe ich mich auf die Beratung von Fir- men spezialisiert. Da sich aber immer mehr Private dafür interessieren, habe ich das Angebot hier ausgebaut. Ich biete sogar Blackout-Vorsorge für Haustierbesitzer und Aquarianer an - denn auch in diesem Bereich wissen die Leute nicht, was bei einem Blackout auf sie zu- kommt. Über mein Angebot kann sich übrigens jeder auf meiner Homepage sowie auf mei- nem Youtube-Kanal zur Blackout-Vorsorgeberatung für Unternehmen informieren.

Moritz Schwarz: *Wenn der Strom weg ist, läuft nichts mehr. Wie also können Sie einem Un- ternehmen überhaupt helfen?*

Jungnischke: Das eigentliche Problem kann ich natürlich nicht abwenden. Aber ich kann hel- fen, mit der Krise besser umzugehen und die Chancen eines Unternehmens, sie ökonomisch zu überleben, deutlich erhöhen. Etwa ist den wenigsten Firmen bewußt, daß nach dem Ende des Blackouts für sie eine zweite Krise beginnt: Denn dann müssen erstmal alle Daten wie- dergefunden werden - wenn sie noch da sind. Es müssen Rechner und Maschinen neu einge- stellt werden etc.

Das aber ist ohne Vorsorge nach einem Blackout erst mal kaum möglich, weil dazu Fachleute und Internetvolumen nötig sind, was erst mal gar nicht zur Verfügung steht, da das ja alle gleichzeitig brauchen. Ohne Internet können sie heute kaum noch ein Programm auf einen Rechner laden, da die ja nicht einmal mehr ein CD-Laufwerk haben. Es wird womöglich Jahre dauern, bis das alles erledigt ist, wenn eine gesamte Volkswirtschaft auf einmal wieder starten will. Und dem kann nur entgehen, wer sich vorbereitet hat!

Moritz Schwarz: *Was raten Sie Privatleuten, außer den üblichen Tips Lebensmittel, Wasser, Medikamente etc. zu bunkern?*

Jungnischke: Ein wichtiger Rat ist etwa, Vorräte für eine längere Zeit als üblicherweise emp- fohlen anzulegen. Denn auch nach einem Blackout kann es lange dauern, bis wieder Waren in den Supermärkten sind, da die Lieferketten zerstört sind, viele Produkte auch erst einmal wie- der produziert werden müssen. Ebenfalls sehr wichtig:

Halten Sie Ihre Vorsorge unbedingt geheim - denn im Fall des Falles bekommen Sie sonst eventuell unfreundliche Besucher. Dazu gehört etwa auch, während des Blackouts aufs Ko- chen zu verzichten, da Gerüche Sie leicht verraten. Lieber kalt essen, als seine Vorräte los zu sein! Das klingt sehr hart - aber das ist die Realität. Ich sage auch ganz klar, ein Blackout wird viele Menschen das Leben kosten. Und für mich wird deren Blut dann an den Händen der Po- litiker kleben, die uns in diese Situation geführt haben.

Robert Jungnischke, der Wirtschaftsingenieur und Unternehmer, geboren 1965 in Bonn, ist Berater für Blackout-Vorsorge und Autor des Buchs "Strom-Abschaltung und Blackout-

Risiko. Warum Versorgungssicherheit und Risikovorsorge überlebenswichtig sind. <<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. September 2022:

>>**Habeck: Mit dem Burnout-Minister in den Abgrund**

Von *Sven Reuth*

Der Bundeswirtschaftsminister wirkt immer überforderter, gereizter und nervöser. Jetzt beklagte er sich über das zu hohe Arbeitspensum seiner Mitarbeiter und legte einen merkwürdigen Auftritt im Bundestag hin. Die Informationen in der COMPACT-Ausgabe "Habeck, der Kaltmacher") öffnen jedem die Augen - auf daß unser Volk sich erhebt, bevor es im Winter kaltgemacht wird...

Deutschland durchlebt die schwerste ökonomische Krise seit 1945. Die schlechte Lage wird nur noch durch die apokalyptischen Prognosen übertroffen. Erst gestern prognostizierte Gerhard Schenk, der Präsident des Deutschen Konditorenbundes (BIV), daß 30 Prozent der Betriebe seines Verbandes wegen der astronomischen Energiepreise nicht einmal mehr bis zum Dezember durchhalten könnten. In anderen Branchen sieht es nicht besser aus. Millionen von Menschen zittern derzeit in Deutschland um ihre Existenz.

"Das ist jetzt kein Scheiß"

Was aber macht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne)? Der beklagt sich vor allem über seine eigene, angeblich schlechte Situation oder die angeblich miserable Lage seiner Mitarbeiter. So geschehen wieder gestern bei einem Kongreß des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI). Hier äußerte der grüne Vizekanzler zur Lage der Beamten in seinem Ministerium:

"Die Leute, irgendwann müssen die auch schlafen und essen. Es ist jetzt kein Scheiß, den ich erzähle: Die Leute werden krank. Die haben Burnout, die kriegen Tinnitus. Die können nicht mehr."

Das alles ist natürlich nicht schön. Aber was soll da die Mittelsstandsfamilie mit zwei Kindern und einem noch nicht abbezahlten Haus sagen, die vor einem Jahr noch ein sorgenfreies Leben führen könnte, die jetzt aber wegen einer Verzehnfachung der monatlichen Abschläge für ihren Gasversorger und explodierender Strompreise vor dem wirtschaftlichen Aus steht? Was der prekär Beschäftigte im Niedriglohnsektor, der zuvor schon kaum den Kopf über Wasser halten konnte und für den die Situation nun vollends aussichtslos wird?

"Sind wir hier im Fußballstadion?"

Die Beamten in Habecks Ministerium können sich derzeit sicherlich nicht über mangelnde Arbeit beklagen - alles andere wäre auch nicht nachvollziehbar - sie haben aber etwas, was der großen Mehrheit der Deutschen derzeit komplett abgeht, nämlich wirtschaftliche Sicherheit.

Endkampf um die neue Weltordnung: Der Ukraine-Krieg ist nur die Ouvertüre für eine Auseinandersetzung zweier Großmächte, die unsere Welt grundlegend verändern wird. In COMPACT-Spezial "USA gegen China" erfahren Sie die historischen Hintergründe dieses Konflikts - und lesen, auf welchen Feldern er heutzutage geführt wird. ...

Die nervliche Schwäche des Vizekanzlers wurde auch in der gestrigen Bundestagsdebatte deutlich. Erst öffte er während einer Aktuellen Debatte zur Energiekrise den CDU-Politiker Andreas Jung nach, der ihn zuvor wegen der dilettantisch ausgearbeiteten Gasumlage kritisiert hatte, dann rief er mit Donnerstimme in den Plenarsaal:

"Sind wir hier im Fußballstadion oder was? Ist das hier ne' Demo?"

Habeck scheint den Belastungen seines Amtes auf psychischer Ebene nicht mehr gewachsen zu sein. Die Kritik an Habecks Gasumlage wird ja nicht nur von zahlreichen Ökonomen, sondern sogar vom Koalitionspartner FDP geteilt. Habeck reagierte darauf in der Plenardebatte des Bundestages mit einem Ausraster, der am Ende nur seine eigene Dünnhäutigkeit zeigt.

Wann handelt Scholz?

Schon in dem denkwürdigen Maischberger-Talk zu Beginn dieses Monats, in dem Habeck unfreiwillig offenbarte, daß er nicht weiß, was eine Insolvenz ist, fiel er unangenehm dadurch auf, daß er sich über sein hohes Arbeitspensum beklagte. Das ist bei einem Bundesminister aber nun mal so. Es wird jedenfalls höchste Zeit, daß Olaf Scholz seinem nervlich und fachlich völlig überforderten Wirtschaftsminister den Stecker zieht, bevor noch mehr Unheil angerichtet wird.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 23. September 2022: >>**Der verschleierte Ansturm**

Migrationswelle: Fast unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit steigen die Asylzahlen wieder dramatisch

Von *Michael Paulwitz*

Die Asylzahlen galoppieren wieder. In Bayern hat sich die Zahl der Neuankömmlinge binnen kurzem verfünffacht, Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) sieht bereits wieder eine Situation wie im Krisenjahr 2016 heraufziehen. Bis zum Jahresende könnten 2022 wieder mehr als zweihunderttausend illegale Asyl-Migranten aus außereuropäischen Ländern nach Deutschland strömen - zusätzlich zu den vielen hunderttausend Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine wohlgermerkt.

Seit Merkels Willkommensputsch von 2015 ist nichts gelöst oder besser geworden. Asylforderer aus Syrien, Afghanistan, Irak und der Türkei führen wie in den Jahren zuvor die Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge an. 115.402 Erstanträge wurden zwischen Januar und August gestellt, 35 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach wie vor bleibt der Bundespolizei nur, die illegalen Einreisen zu protokollieren und zu kanalisieren; von Zurückweisungen in nennenswerter Größenordnung kann keine Rede sein. Deutschlands Grenzen und Sozialsysteme stehen offen wie eh und je.

Lediglich das Fehlen endloser kamerawirksamer Wandererkarawanen ist anders als im Asylchaos-Jahr 2015. Auch das könnte sich bald genug ändern. In der Türkei bereiten sich Zehntausende Syrer darauf vor, in Konvois von Gruppen in Kompaniestärke auf EU-Gebiet vorzudringen. Die Telegram-Gruppe "Karawane des Lichts" hat binnen einer Woche mehr als 70.000 Wanderwillige virtuell versammelt.

Sie könnten die Vorhut eines gewaltigen Ansturms sein: 3,7 Millionen Syrer leben noch immer in der Türkei und sind dort zunehmend unbeliebt. Die Hälfte von ihnen will Machthaber Erdogan bis zur Präsidentenwahl 2023 loswerden. Die wenigsten davon werden in seinem Ansiedlungsprojekt in den besetzten syrischen Kurdengebieten unterkommen; für die Masse dürfte die Weiterreise ins gelobte deutsche Sozialleistungsland die attraktivere Option darstellen.

Der Migrationsdruck auf die EU-Außengrenzen steigt seit längerem drastisch an. 188.200 illegale Grenzübertritte hat Frontex in den ersten acht Monaten des Jahres 2022 registriert, 75 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Es ist der höchste Wert seit 2016. Die meisten kommen über die Mittelmeer- und Balkanrouten; auf der Westbalkanroute stieg die Zahl der illegalen Einreisen um 141 Prozent.

Deutschland war und bleibt das Hauptziel für illegale Migration nach Europa. Doch die Aufnahmekapazitäten sind am Limit. Die Auslastung der bayerischen Erstaufnahmezentren liege bereits bei "106 Prozent", schlägt der Innenminister des Freistaats Joachim Herrmann (CSU) Alarm. Weil sich zwölf von sechzehn Bundesländern wegen Überforderung aus dem länderübergreifenden Erstaufnahmesystem abgemeldet haben, tragen Bayern und Sachsen derzeit die Hauptlast. Es sei nur eine Frage der Zeit, bis man wieder auf Zeltstädte und Turnhallen zurückgreifen müsse, warnt Herrmanns sächsischer Amtskollege Schuster.

Nicht nur räumlich, auch finanziell sind Deutschlands Möglichkeiten längst am Limit. 2015 traf die Parole "Wir schaffen das" noch auf ein Land, das sich in der trügerischen Illusion ei-

nes Wohlstands wiegen konnte, dessen Substanzverzehr noch weit weniger vorangeschritten war. Etliche bleierne Merkeljahre später, nach zweieinhalb Jahren mutwilligen und desaströsen Corona-Stillstands, unter dem Eindruck einer auf die Spitze getriebenen grün-ideologischen Energiepolitik und eines selbstzerstörerischen Sanktionsregimes, ist auch von dieser Illusion nicht mehr viel übriggeblieben.

In einem Land, dessen Bürger von einer irrlichternden Regierung zum Sparen, Frieren und Überwintern in Wärmestuben aufgefordert werden, muß die ungebremst fortgeführte "Wir haben Platz-Mentalität" wie Hohn erscheinen, wenn zugleich das Gespenst von Verarmung, Deindustrialisierung und Insolvenz-Kahlschlag die bürgerliche Mittelschicht und den unternehmerischen Mittelstand an den Rand des Ruins drängt.

Unbegreifliche Sorglosigkeit im Umgang mit knappen Ressourcen hat die Ampel-Koalition bereits bei der Aufnahme ukrainischer Kriegsflüchtlinge praktiziert. Der Verzicht auf ordentliche Registrierung der Ankommenden und die umgehende pauschale Öffnung des Hartz-IV-Fürsorgesystems für in Deutschland aufgenommene Ukrainer setzt Anreize für Mißbrauch und Mitnahmeeffekte, die die humanitären Absichtserklärungen konterkarieren.

Merkels Willkommensputsch hat dem Hartz-IV-System bereits neue Kostgänger in Millionenhöhe beschert. Durch die Maßnahmen der Ampel ist die Zahl der Ukrainer im Grundsicherungsbezug von nur 17.000 vor Kriegsbeginn um mehr als eine halbe Million angewachsen. Der Anreiz zur Arbeitsaufnahme ist trotz günstiger Alters- und Ausbildungsstruktur gering. Der Präsident des Landkreistags Baden-Württemberg Joachim Walter spricht von einer "starken Anziehungskraft" in die "soziale Hängematte".

Er wisse von Ukrainern, die seit Jahren in Polen lebten und arbeiteten, nach Kriegsausbruch ihre Familien nachgeholt hätten und jetzt nach Deutschland kämen, weil sie dort "ohne Gegenleistung mehr Geld in die Hand bekommen als in Polen mit Arbeit". Täglich ausgebuhte Busrouten aus vom Krieg verschonten ukrainischen Städten nach Deutschland und zurück nähren den Verdacht des verbreiteten Sozialhilfetourismus.

Die Bundesregierung denkt nicht daran, gegenzusteuern. Die Ausweitung der Hartz-IV-Leistungen auf weitere Migrantengruppen bei gleichzeitigem Ausbau zum deutlich erhöhten "Bürgergeld" wird sich als unwiderstehlicher Magnet erweisen. Erleichterte Einbürgerung und vereinfachte Aufenthaltsgewährung schaffen weitere Anreize.

Trotz der angespannten Lage im eigenen Land stockt die Bundesregierung auch die Beteiligung am EU-Ansiedlungsprogramm für "Schutzbedürftige" aus der Türkei und die direkte Aufnahme von Afghanen sogar noch auf. Die Asyllobby, der kein Programm je genug ist, trommelt derweil für die weitere Schleifung von Migrationshindernissen und mißbraucht den "Weltkindertag" am 20. September, um Familiennachzug für jedermann und ohne jede Einschränkung zu fordern.

Diese bedenkenlose Großzügigkeit ohne Rücksicht auf die Lage der eigenen Bürger kann Deutschland sich schon lange nicht mehr leisten. Nach Dänemark ziehen nun auch die Schweden die Notbremse und entscheiden sich in Wahlen für Kräfte, die mit der Wende zu einer restriktiven Migrationspolitik den Weg in den Abgrund in letzter Minute aufhalten wollen. In Italien steht eine vergleichbare Revolution an der Wahlurne bevor. Noch ist es auch in Deutschland nicht zu spät, die Geisterfahrt zu beenden. Doch mit jedem Zögern steigt die Crashgefahr.<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 23. September 2022 (x1.198/...): >>**Das Sterben geht los - Dramatische Übersterblichkeit in Impfländern**

Dramatische Übersterblichkeit in Impfländern in Mainstream-Medien angekommen

Und einmal mehr sollen die "Verschwörungs-Theoretiker", "Covidioten" und "Corona-Leugner" recht behalten: Das von ihnen vorhergesagte Sterben aufgrund der experimentellen "Schutzimpfungen" geht los. Von den in Sachen "Pandemie" gleichgeschalteten Mainstream-

Medien, die als erste einsahen, daß das Leugnen der Übersterblichkeit nicht mehr möglich ist, preschte die BILD-Zeitung vor. Anfang Mai des heurigen Jahres erschien dort eine Artikel unter der Überschrift:

"Corona-Zeugnis der WHO - So schlecht ist Deutschland durch die Pandemie gekommen"

Damals noch mit vergleichbar zu jetzt noch "harmlosen Daten" zu der sich abzeichnenden Übersterblichkeit in Europa. Wir zitieren daraus einige Sätze. So konnte man dort lesen:

"Deutschlands Pandemie-Politik war im weltweiten Vergleich zwar streng, aber nicht besonders erfolgreich."

"Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Übersterblichkeit. Demnach sind in Deutschland pro 100 000 Einwohner 116 Menschen mehr gestorben als erwartet (im Vergleich zur statistisch erwarteten Sterblichkeit)."

"Unsere Nachbarn Dänemark (32), Schweiz (47), Frankreich (63), Österreich (66), Belgien (77) und die Niederlanden (85) - sie alle hatten 2020 und 2021 eine deutlich geringere Übersterblichkeit."

Schweden, das Land, das von Anfang an den Corona-Disziplinierungswahn nicht mitgemacht hat schneidet hervorragend ab, anders als die Parade-Impländer Spanien und Portugal! Bild dazu:

"Ebenso das Anti-Lockdown-Land Schweden (56). Selbst Portugal (100), Großbritannien (109) und Spanien (111) schneiden besser als Deutschland ab."

Lauterbach als Lügner entlarvt

Bild dazu:

"Das ist das Gegenteil von dem, was Gesundheitsminister Karl Lauterbach (59, SPD) wieder und wieder behauptet hatte: Nämlich, daß Deutschland im Vergleich mit unseren Nachbarländern beim Thema Sterblichkeit besonders gut durch die Pandemie gekommen sei - zuletzt beim Ludwig-Erhard-Gipfel Ende April."

Eine BILD-Anfrage an das Bundesgesundheitsministerium, auf welchen Daten oder Studien sich der Minister bei seiner Behauptung stützt, blieb damals unbeantwortet.

Aktuelle Lage katastrophal

Jetzt, Monate später, schaut es noch weit dramatischer aus. Wir befinden uns in einer Situation, wo die Justiz eingreifen müßte, um noch Schlimmeres zu verhindern. Aktuelle Zahlen belegen eine geradezu erschütternde Bilanz der Folgen dieses Jahrhundertverbrechens.

Unzensuriert.de schreibt dazu:

"Die jüngsten Daten des Europäischen Statistikamts Eurostat zeigen, daß seit einigen Monaten viel mehr Menschen sterben, als zu erwarten gewesen wäre. Und zwar auch deutlich mehr als im ersten Corona-Jahr, als das Coronavirus in seiner stärksten Variante grassierte, aber eine Übersterblichkeit von "nur" drei Prozent erreichte.

"Ungewöhnlich hoher Wert" für einen Juli

Das ist heuer ganz anders. Seit dem Frühjahr liegt die Übersterblichkeit bei sieben Prozent. Im heurigen Juli erreichte die Sterblichkeit schließlich einen "ungewöhnlich hohen Wert für einen Juli" und lag im europäischen Durchschnitt bei plus 15,8 Prozent im Vergleich zu den Jahren 2016 bis 2019, also vor Corona.

Österreich lag darüber, hier betrug die Übersterblichkeit 17,5 Prozent, auf Island sogar plus 55,8 Prozent, in Spanien 36,9 Prozent, auf Zypern 32,9, in Griechenland 31,2 und in Portugal 28,8 Prozent!

Erklärung hält Überprüfung nicht stand

Brav erklärten Eurostat und alle Mainstream-Medien, daß die sommerliche Hitze im Juli dafür verantwortlich gewesen sei.

Auf Island? Dort erreicht die Temperatur im Juli keine 20 Grad Celsius! Oder in Irland? Dort

zeigte das Thermometer im Juli nur an einem einzigen Tag eine Temperatur von 25 Grad Celsius, sonst nur darunter, meist unter 20 Grad. Und dennoch lag die Übersterblichkeit bei 55,8 bzw. 16,3 Prozent.

Nachbarländer mit extremen Temperaturunterschieden?

Mit der sommerlichen Hitze läßt sich auch schwer erklären, daß Griechenland eine der höchsten Übersterblichkeiten aufweist, das benachbarte Bulgarien aber so gut wie keine (1,4 Prozent). An den Temperaturen im Juli kann es also nicht gelegen haben.

Doch was haben diese Länder denn sonst gemeinsam? Strenge Corona-Maßnahmen und hohe bis sehr hohe Corona-Impfquoten - aber das Offensichtliche gilt weiterhin als Tabu." (soweit unzensuriert.de)

Inzwischen steht fest, daß Bulgarien (das Land mit der geringsten Übersterblichkeit) die geringste Impfquote in Europa aufweist!<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](http://Fassadenkratzer.wordpress.com) berichtet am 23. September 2022 (x1.212/...): >>>**Der Welt-Ideologe des Tieres**

Zur Frage nach dem Wesen des Menschen und wie seine Zukunft aussieht, dominiert derzeit der israelische Historiker Yuval Noah Harari den Weltmarkt der Ideen. Er gilt heute als einer der einflußreichsten Intellektuellen weltweit. Mächtige Politiker der Welt konsultieren ihn als Ratgeber, und beim "Welt-Wirtschaftsforum" erklärt er, wohin die Zukunft des Menschen steuert, bzw. gesteuert wird.

Er betrachtet die Geschichte der Menschheit vollkommen materialistisch als einen rein biologisch-psychologischen Prozeß höherer Tiere, deren Götter ausschließlich in ihrer Vorstellung existierten. Doch durch die Verschmelzung mit künstlicher Intelligenz und Gentechnik steige eine Elite zu einem "Homo Deus" auf, während die große Masse nutzlos und überflüssig werde.

Yuval Harari

Wir haben uns bereits im vorigen Artikel mit der These Hararis befaßt, die Zukunft der Menschheit bestehe darin, immer ausgefeiltere Technologien zu entwickeln, wie künstliche Intelligenz und Biotechnik, die es ermöglichen, die Menschen zunehmend in ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu ersetzen, so daß die meisten Menschen dadurch nutzlos und überflüssig würden. Spule man ins frühe 21. Jahrhundert vor, sei man in der Zeit, wo "wir die große Mehrheit der Bevölkerung einfach nicht mehr brauchen."

Wer ist Yuval Harari und wie ist sein Denken geartet, das global einen so starken Einfluß ausübt?

Entwicklung aus dem Menschenaffen

Harari ist zuerst mit einer historischen Darstellung "Eine kurze Geschichte der Menschheit" international bekannt geworden, von der nach eigenen Angaben bisher weltweit mehr als 23 Millionen Exemplare verkauft wurden. Er beschreibt auf rein äußere, materialistisch-darwinistische Weise die Entwicklung der Menschheit von ihren Anfängen bis zum heutigen "Beherrscher der Erde". Menschenähnliche Wesen habe es, wie Wikipedia in einer Zusammenfassung des Buches schreibt, in sechs verschiedenen Ausprägungen bereits vor 2,5 Millionen Jahren gegeben, von denen nur eine überlebt hätte.

Aus der Familie der Menschenaffen habe sich vor ca. 150.000 Jahren in Ostafrika die heutige Art des Homo sapiens entwickelt, dessen Geschichte aber erst vor 70.000 Jahren mit der Entwicklung kognitiver Fähigkeiten begonnen habe. - Diese Entwicklung wird aus der rein materiellen Perspektive mit oft neuen, eigenwilligen Interpretationen und Deutungen beschrieben.

Man muß sich klarmachen, daß sowohl die Zeitangaben, die Abstammungstheorie vom Affen, als auch die Interpretationen keine Erkenntnisse sind, sondern Annahmen, Vermutungen, Glaubensvorstellungen.

Niemand hat eine sukzessive Höherentwicklung der Tiere und schließlich einen Übergang

vom Affen zum Menschen real beobachten können. Man schließt nur aus gewissen körperlichen Ähnlichkeiten zwischen dem Affen und dem Menschen, daß da irgendwann eine Weiterentwicklung des Affen zum Menschen stattgefunden habe. -

Es kann aber ebenso sein, daß die Tiere auf den verschiedenen Stufen der durchgehenden Entwicklungsströmung des Menschen jeweils als seelische Einseitigkeiten ausgeschieden wurden und zurückgeblieben sind, als letzte eben die Affen.

Dies ist natürlich zunächst auch nur eine Behauptung, die aber zeigt, daß von einer feststehenden Erkenntnis der Affenabstammung nicht die Rede sein kann, auch wenn dies manchem bei dem Verhalten vieler Menschen naheliegend erscheint.

Harari ignoriert die fundamentale wissenschaftstheoretische Tatsache, daß zwar in der unorganischen Natur die sinnlich wahrnehmbaren Vorgänge ausschließlich durch Verhältnisse bedingt werden, die ebenfalls der Sinneswelt angehören, dies aber in der organischen Welt nicht der Fall ist. Lebendige Organismen können aus sinnlich wahrnehmbaren materiellen Vorgängen nicht verstanden und erklärt werden.

Beim Organismus sind die für die Sinne wahrnehmbaren Verhältnisse wie Form, Größe, Wachstum, Bewegung, Verhalten nicht durch in der Sinneswelt wahrnehmbare Ursachen bedingt. Sie erscheinen als Folge einer über den sinnlichen Vorgängen schwebenden höheren Einheit.

Die Organismen werden von Lebenskräften sowie seelischen und geistigen Kräften beherrscht, die sinnlich direkt nicht wahrnehmbar sind, deren Wirkungen jedoch in die sinnliche Erscheinung treten.

Die Lebenskräfte in einer Pflanze z.B. zwingen die Materie aus der Umgebung in eine Gestalt, die der Schwerkraft, der alle Materie unterliegt, gerade entgegenwächst. Diese Form könnte die Materie von sich aus niemals annehmen.

Das Tier wird zusätzlich von realen Seelenkräften durchdrungen, die äußere Bewegungsorgane heraustreiben und einen Innenraum seelischen Erlebens bilden, der durch Sinnesorgane mit der Außenwelt in Beziehung tritt und auf die äußeren Eindrücke reagiert. Daß sich die Materie von selbst dazu aufgeschwungen habe, ist unmöglich und nie beobachtet worden, ist reiner Aberglaube.

Beim Menschen kommt eine noch höhere Kraft hinzu, die seines geistigen Ich-Wesens, die den Körper aus der Horizontalen in die Vertikale, die Aufrechte, erhebt, ihn dadurch weitestgehend den irdischen Schwerekräften entzieht und das Haupt mit seinem Denkorgan sozusagen frei schwebend tragen und benutzen kann. Wie sollen sich tote Stoffe in dieser Weise aufrichten und bewegen?

So wie der heutige tierische und menschliche Organismus nur aus den ihn aufbauenden und in ihm wirkenden übersinnlichen Kräften erklärbar ist, so kann auch die Evolution von Mensch und Tier nur aus dem Wirken dieser übersinnlichen Kräfte in den physisch wahrnehmbaren Organismen verstanden werden.

Die vom Menschen entwickelte Fähigkeit des Denkens charakterisiert Harari in dem sprachlich effektiv formulierten Satz:

"Wir beherrschen die Welt, weil wir das einzige Tier sind, das an Dinge glauben kann, die ausschließlich in unserer Vorstellung existieren, zum Beispiel Götter, Staaten, Geld und Menschenrechte."

Damit wird das Denken des "Tieres Mensch" als etwas rein Subjektives behauptet. Das verführerisch Falsche liegt darin, daß Harari zwei ganz verschiedene Begriffsarten gleich setzt. Der Begriff Götter ist ein Erkenntnisbegriff, der sich auf etwas außerhalb des Menschen Wahrzunehmendes bezieht, die Begriffe Staaten, Geld, Menschenrechte sind moralische oder Handlungsbegriffe, die etwas bezeichnen, was durch den Menschen erst entsteht, also als Wahrzunehmendes erst geschaffen wird.

Letztere suggerieren, daß sie zunächst nur in der subjektiven Vorstellung des Menschen existierten, also rein subjektive Konstrukte seien, was mit der Gleichsetzung des Begriffes der Götter auch auf diesen übertragen wird.

Das Urteil, Götter bestünden nur in der Vorstellung des Menschen, nicht in der Wirklichkeit, setzt die Erkenntnis darüber voraus, daß die Menschen früherer Zeiten ebenso wie in der Regel die Menschen heute keine Götter wahrgenommen hätten. Woher weiß er das? Den Nachweis bleibt Harari schuldig. Es ist völlig unhistorisch, den gegenwärtigen Bewußtseinszustand der Menschen einfach unreflektiert in die Zustände der Vergangenheit zurück zu projizieren, aus denen sich der gegenwärtige ja erst herausentwickelt hat.

Aber auch die Subjektivität der moralischen oder Handlungsbegriffe ist eine unbelegte Behauptung.

Der Mensch erfindet sie nicht (woher soll er sie haben?), sondern erfährt sie intuitiv aus einer gemeinsamen Ideenwelt, zu deren objektiven Bedeutung und frucht- bzw. unfruchtbarem Wirklichkeitsbezug sich jeder Mensch erheben und mit anderen darin übereinstimmen kann. Die Inhalte des Denkens sind objektiv, die Tätigkeit, sie hervorzubringen, ist subjektiv.

Begriffe und Vorstellungen als subjektiv zu bezeichnen, ist im Grunde auch völlig absurd. Denn Harari beansprucht ja, daß eben sein Denkergebnis objektive Geltung habe. Den Inhalt seiner aus Begriffen bestehenden Theorie auf diese selbst angewendet, hebt sie auf.

Homo Deus

Yuval Harari erregte mit einem weiteren Buch mit 10 Millionen Verkauften Exemplaren internationales Aufsehen: Homo Deus: Eine Geschichte von Morgen, in dem er seine materialistische Vision der Zukunft des Tieres "Mensch" entwirft. Die Menschheit werde schon bald nicht nur ihre Dominanz verlieren, auch der Begriff Menschheit selbst werde seine Bedeutung einbüßen. Das sei unausweichlich.

"Während in unseren bevorzugten Science-Fiction-Geschichten Menschen im Namen von Freiheit und Individualismus gegen Maschinen kämpfen, werden diese menschlichen Mythen in der Realität dann längst ebenso obsolet geworden sein wie Kassettenrekorder oder Regentänze. Dies mag alarmierend klingen, aber Veränderungen sind immer beängstigend."

Freiheit und Individualität, der Mensch als geistiges Wesen, als sich selbst bestimmende freie Individualität, seien also Mythen im Sinne von subjektiven Vorstellungen, denen keine Realität entspreche. Der "Mensch" ist nach Harari eben trotz seiner Intelligenz ein gesteuertes Tier, was er u.a. so näher begründet:

"Die heutigen Neurowissenschaften zeigen uns, daß menschliche Gedanken und Handlungen das Ergebnis von elektro-chemischen Prozessen im Gehirn sind. Diese Erkenntnisse führen zu der Schlußfolgerung, daß das Bild von der freien Entscheidung des Individuums ein Trugschluß ist."

Diese Behauptung auf die Theorie der Neurowissenschaftler und Hararis selbst angewendet bedeutet: Die Gedanken dieser Theorie sind das Ergebnis von elektro-chemischen Prozessen im Gehirn und insofern zwangsweise erzeugte subjektive Vorstellungen, denen außerhalb des Bewußtseins keine Realität entspricht. Die Theorie hebt ihre Geltung selber auf.

Danach kann Harari eigentlich sein ganzes Reden und Schreiben einstellen, es hat keine Bedeutung.

Abgesehen davon ist diese Theorie natürlich auch in sich grundfalsch. Aus der Tatsache, daß in zeitlicher Parallelität zum Denken elektro-chemische Prozesse im Gehirn stattfinden, kann nicht unbesehen geschlossen werden, daß die Prozesse im Gehirn ursächlich das Denken hervorbrächten. Niemand kann die Wahrnehmung nachweisen, daß ein bestimmter kleiner Gehirnprozeß diesen Begriff, ein anderer jenen Begriff, ein dritter die kausale Verknüpfung beider verursache. Das ist von vorneherein eine Unmöglichkeit.

Wie kommt auch die Gehirnmaterie dazu, über sich und anderes zu denken? Was jeder an

seinem Denken beobachten kann, ist, daß es durch seine eigene Tätigkeit hervorgebracht wird, und daß er den Begriff der Ursache mit dem der Wirkung z.B. aus ihren Inhalten in ein ganz bestimmtes Verhältnis bringt. Das tut er völlig unabhängig davon, welche Prozesse sich im Gehirn abspielen. Das Denken ist ein seelisch-geistiger Prozeß, der logischen, also seelisch-geistigen Gesetzen folgt, die nicht in elektro-chemischen Prozessen im Gehirn begründet sind, sondern in den seelisch-geistigen Inhalten selbst.

Die materiellen Vorgänge im Gehirn zur Ursache für das Denken zu erklären, ist der gleiche Unsinn, wie wenn man die Fußspuren auf der Erde aus Kräften begründete, die aus dem Boden von unten aufsteigen und die Fußabdrücke bewirken würden.

Der seelisch-geistige Prozeß des Denkens hinterläßt Spuren im Gehirn, die mit den Inhalten des Denkens nichts zu tun haben, diese aber dem Menschen wie durch einen Spiegel bewußt machen. Und da das Denken durch die seelisch-geistige Tätigkeit des Ich hervorgebracht wird, entsteht zugleich das Ich-Bewußtsein. Das geistige Wesen des "Ich" ist innerhalb des Denkens als dessen tätiger Hervorbringer zu finden; das "Ich-Bewußtsein" tritt jedoch erst dadurch auf, daß sich die Spuren der Denktätigkeit in das Gehirn eingraben.

Wer seine materialistischen Vorurteile nicht überwinden und sich nicht auf die unbefangene Beobachtung des Denkens einlassen kann, wird daher auch das Ich des Menschen nicht finden können und von der materiellen Steuerung eines Tieres phantasieren.

Das hat aber, wie wir bei Harari sehen können, verheerende gesellschaftliche Auswirkungen. Er prognostiziert, ja propagiert geradezu eine Zukunft, in der die "elektro-chemischen Prozesse" im Gehirn, die er in Anlehnung an die moderne Computer-Technologie "organische Algorithmen" nennt, von "nicht-organischen Algorithmen" ergänzt oder ersetzt werden und eine Führungsschicht dadurch "optimiert" werde.

Maschinen-Tier

"Wir sind heute dabei, Maschinen mit neuen Formen der Intelligenz zu entwickeln, die anders als der Mensch nicht durch ein Bewußtsein beeinflusst sind. Die Maschinen werden in der Lage sein, uns zu übertreffen. Der Mensch wird dadurch ersetzbar. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, daß organische Algorithmen Dinge tun können, die nicht-organische Algorithmen niemals besser könnten. Schließlich können die neuen Technologien des 21. Jahrhunderts das Individuum seiner Macht berauben und statt dessen nicht-menschliche Algorithmen damit betrauen. Die Folge wäre eine Masse nutzloser Menschen und eine kleine Elite optimierter Übermenschen."

So unsinnig das ist, so kann dieser Prozeß natürlich doch durchgeführt, der Mensch also entmenschlicht und zur biologischen Maschine gemacht werden, wo er "neuen Formen der Intelligenz" folgt, "die nicht durch ein Bewußtsein beeinflusst sind". Denn Maschinen, deren rein technische, funktionale Algorithmen ihn steuern, haben kein Bewußtsein, das sie moralisch überprüfen und verwerfen könnte. Darüber hinaus sind sie, auch wenn sie von Menschen programmiert werden, im Zustandekommen ihrer Ergebnisse nicht voll durchschaubar.

Selbst für die Hersteller von Mikroprozessoren ist es heute "buchstäblich unmöglich geworden, in allen Einzelheiten zu wissen, wie ihre Mikroprozessoren funktionieren. Der moderne Computer liegt jenseits des menschlichen Verständnisses, ganz zu schweigen vom Internet, das tausend Millionen solcher Geräte miteinander verbindet."

Der Mensch darf also nicht einfach unbesehen Impulsen folgen, die außermenschlich, seelenlos sind. Er muß sie unbedingt zuvor der Kontrolle seines Denkens und der Instanz seiner moralischen Verantwortung unterziehen.

Harari schildert die gesellschaftlichen Auswirkungen seines Szenarios folgendermaßen:

"... daß erstens Menschen ihren Wert vollständig verlieren werden und daß zweitens Menschen zwar als Kollektiv weiterhin von Wert sind, sie aber ihre individuelle Macht verlieren und statt dessen von externen Algorithmen gelenkt werden. Das System wird Sie immer noch

brauchen, um Symphonien zu komponieren, Geschichte zu unterrichten oder Computerprogramme zu schreiben, aber das System wird Sie besser kennen als Sie sich selbst und deshalb die meisten wichtigen Entscheidungen für Sie treffen - und Sie werden damit vollkommen zufrieden sein. Das wird nicht zwangsläufig eine schlechte Welt sein; aber es wird eine postliberale Welt sein. ..."

Der Wert des Menschen kommt nach dem Grundgesetz, das in der abendländisch-christlichen Geistesentwicklung wurzelt, in seiner unantastbaren Würde zum Ausdruck, die darin besteht, daß er als geistig-sittliches Wesen von Natur darauf angelegt ist, in Selbstbewußtsein und Freiheit aus eigener Erkenntnis sein Handeln selbst zu bestimmen und darin seine Persönlichkeit zu entfalten. -

Diese Würde, diesen Wert als sich selbst bestimmende Individualität soll der Mensch vollständig verlieren, da er nach Harari ja kein geistig-sittliches Wesen sei, sondern ein Tier, das nur als Kollektiv, als Herde einen Wert habe, in dem er nur noch für dem System zuarbeitende Funktionen zu gebrauchen sei. Es habe nur die Entscheidungen des Systems, das durch Überwachung ihn besser kennt, als er selbst, zu befolgen. Wer ist das System?

"... einige Menschen (werden) sowohl unentbehrlich als auch unentschlüsselbar bleiben, aber sie werden eine kleine und privilegierte Elite optimierter Menschen bilden. Diese Übermenschen werden über unerhörte Fähigkeiten und beispiellose Kreativität verfügen, was sie in die Lage versetzen wird, viele der wichtigsten Entscheidungen auf der Welt zu treffen. Sie werden zentrale Dienste für das System leisten, während das System sie nicht verstehen und lenken kann.

Die meisten Menschen jedoch werden eine solche 'Aufwertung' nicht erleben und folglich zu einer niederen Kaste werden, die von den Computeralgorithmen ebenso beherrscht wird wie von den neuen Übermenschen. Eine Aufspaltung der Menschheit in biologische Kästen wird die Grundpfeiler der liberalen Ideologie zerstören."

Eine durch maschinelle Algorithmen "optimierte" kleine Elite von "Übermenschen" mit unerhörten Fähigkeiten werde das System beherrschen und von den Anderen nicht zu verstehen, zu entschlüsseln sein. Die große Mehrheit dagegen werde niedere "biologische" Kästen bilden, die von Maschinen und maschinell optimierte Übermenschen beherrscht werden. -

Doch wenn diese ihre unerhörten Fähigkeiten den maschinellen Algorithmen verdanken, die sie auch nicht voll durchschauen, sind sie dann nicht ebenfalls fremdgesteuert? Wer steuert letztlich auch sie?

Ausblick

Harari entwirft ein Zukunftsbild von Ich-losen Tier-Menschen, die maschinell gesteuert im Grunde völlig automatisch handeln und in ihrer Gesamtheit die Gesellschaft einer großen Maschine bilden, deren Gesamtsteuerung im Dunkeln bleibt.

Es gibt keinen radikaleren, so offen ausgesprochenen Angriff auf die Menschheit. Er übertrifft in der brutalen antimenschlichen Systematik im Prinzip noch die bisherigen kollektivistischen Zwangssysteme des Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus.

Der größte Förderer des Menschen als ein geistiges Ich-Wesen, das sich allmählich aus den Entwicklungsbedingten Bestimmungen der Blutsbande und sonstiger Kollektive herauslösen und in Freiheit selbst bestimmen soll, ist der Christus, den der Evangelist Johannes als den Schöpfer alles dessen bezeichnet, was entstanden ist, also auch des Menschen. Weil je ein lebendiges Abbild des göttlichen Ich-Wesens des Christus in jeden Menschen übergegangen ist, erinnert Christus die Juden daran:

"Steht nicht geschrieben in eurem Gesetz (Psalm 82, 6): "Ich habe gesagt: Ihr seid Götter"? (Johannes 10) Ja, er stellt die Menschen prinzipiell mit sich auf eine Stufe:

"Ich sage hinfort nicht, daß ihr Knechte seid; denn ein Knecht weiß nicht, was sein Herr tut. Euch aber habe ich gesagt, daß ihr Freunde seid; denn alles, was ich habe von meinem Vater

gehört, habe ich euch kundgetan." (Johannes 15)

Christus eröffnet den Menschen die Möglichkeit, zu eigenen Erkenntnissen und damit zur vollen inneren Unabhängigkeit zu kommen:

"Ihr werdet die Wahrheit erkennen, und die Wahrheit wird euch frei machen." (Johannes 8)

Demgegenüber schildert Johannes in seiner prophetischen "Apokalypse" die satanische, anti-christliche Wesenheit des "Tieres", das aus dem Abgrund aufsteigt (Apokalypse 13). Johannes nennt sie "Tier", weil sie das göttliche Geschöpf des Menschen zum Tier machen und dadurch die von dem Schöpfer vorgesehene Entwicklung in seine Gewalt bringen will.

Sein Werk gelingt natürlich in dem Maße am besten, wie er die Menschen in materialistischer Scheinlogik suggestiv inspirierend glauben machen kann, daß sie in Wahrheit nur Tiere seien. Was Yuval Harari als anzustrebenden "Übermenschen" oder "Homo Deus" bezeichnet, ist kein "Gott-Mensch", sondern in Wahrheit der tierische Untermensch, der perfekte Tier-Mensch - das satanische Gegenbild dessen, was Christus mit dem Menschen intendiert hat.

Während das "Tier aus dem Abgrund" den Menschen als Tier in eine kalte, seelenlose Gesellschaftsmaschine zwingt, in der er als ein Rädchen zu funktionieren hat, will Christus den seiner selbst bewußten Geist-Menschen zum Ergreifen seiner Selbstbestimmung und Freiheit führen, die aber erst durch die Liebe, die alle Schöpfung durchdringt, ihre im sozialen Zusammenleben heilsame Wirksamkeit entfaltet.

Die Menschen werden immer mehr vor die ernste, schicksalhafte Entscheidung gestellt, welche Entwicklung sie selber anstreben und wem sie folgen wollen.<<

24.09.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 24. September 2022 (x1.172):

>>**Die Lämmer zum Schweigen bringen**

Immer präziser werden die Propaganda-Methoden, mit welchen die Massen taub und die kritischen Stimmen stumm gehalten werden.

Von *John Pilger*

Die Rezepte für wirksame Propaganda haben sich über die Jahre und Jahrzehnte bewährt. Was zu Beginn des 20. Jahrhunderts funktionierte, entfaltet heute eine noch immensere Wirkkraft. Exemplarisch zeigt sich dies daran, daß Kriege immer leichter verkauft und ihre wahren Intentionen besser verschleiert werden können. Gleichzeitig verschwinden die letzten Freiräume für herrschaftskritische Journalisten. Der renommierte und preisgekrönte Journalist John Pilger referierte hierzu beim Trondheim World Festival in Norwegen.

In den 1970er-Jahren traf ich eine der führenden Propagandistinnen Hitlers, Leni Riefenstahl, deren epische Filme die Nazis verherrlichten. Wir wohnten zufällig in der gleichen Lodge in Kenia, wo sie einen Fotoauftrag hatte im Gegensatz zu anderen Freunden des Führers.

Sie sagte mir, daß die "patriotischen Botschaften" ihrer Filme nicht von "Befehlen von oben" abhingen, sondern von dem, was sie die "unterwürfige Leere" des deutschen Publikums nannte. Gehörte dazu auch das liberale Bildungsbürgertum?, fragte ich. "Ja, vor allem die", antwortete sie.

Daran denke ich, wenn ich mir die Propaganda ansehe, die heute die westlichen Gesellschaften überschwemmt. Natürlich sind wir ganz anders als Deutschland in den 1930er-Jahren. Wir leben in Informationsgesellschaften. Wir sind Globalisten. Wir waren noch nie so informiert, mehr in Kontakt, besser vernetzt. Oder leben wir im Westen in einer Mediengesellschaft, in der die Gehirnwäsche heimtückisch und unerbittlich funktioniert und die Wahrnehmung nach den Bedürfnissen und Lügen der Staats- und Konzernmacht gefiltert wird?

Die Vereinigten Staaten dominieren die Medien der westlichen Welt. Bis auf eine Ausnahme haben alle Top-Ten-Medienunternehmen ihren Sitz in Nordamerika. Das Internet und die sozialen Medien - Google, Twitter, Facebook - sind größtenteils in amerikanischem Besitz und werden von ihnen kontrolliert.

Zu meinen Lebzeiten haben die Vereinigten Staaten mehr als 50 Regierungen, meist Demokratien, gestürzt oder versuchten, sie zu stürzen. Sie haben sich in demokratische Wahlen von 30 Ländern eingemischt. Sie haben Bomben auf Menschen in 30 Ländern abgeworfen, die meisten von ihnen arm und wehrlos. Sie haben versucht, die Führer von 50 Ländern zu ermorden. Sie haben gekämpft, die von Befreiungsbewegung in 20 Ländern zu unterdrücken. Über das Ausmaß und den Umfang dieses Gemetzels wird weitgehend nicht berichtet, es wird nicht anerkannt und die Verantwortlichen beherrschen weiterhin das angloamerikanische Politikgeschehen.

Harold Pinter brach das Schweigen

In den Jahren vor seinem Tod im Jahr 2008 hielt der Dramatiker Harold Pinter zwei außergewöhnliche Reden, die das Schweigen brachen.

"Die Außenpolitik der USA", sagte er, "läßt sich am besten wie folgt definieren: Küß meinen Arsch oder ich schlag dir den Schädel ein. So einfach und so plump ist das. Das Interessante an ihr ist, daß sie so unglaublich erfolgreich ist. Sie verfügt über die Strukturen der Desinformation, der Rhetorik, der Sprachverdrehung, die sehr überzeugend sind, aber in Wirklichkeit ein Haufen Lügen sind. Diese Propaganda ist sehr erfolgreich. Sie haben das Geld, sie haben die Technologie, sie haben alle Mittel, um damit durchzukommen, und sie tun es."

Bei der Entgegennahme des Nobelpreises für Literatur sagte Pinter Folgendes:

"Die Verbrechen der Vereinigten Staaten waren systematisch, konstant, infam, unbarmherzig, aber nur sehr wenige Menschen haben wirklich darüber gesprochen. Das muß man Amerika lassen. Es hat weltweit eine ziemlich kühl operierende Machtmanipulation betrieben und sich dabei als Streiter für das universelle Gute gebärdet. Das ist ein brillanter, sogar geistreicher, äußerst erfolgreicher Hypnoseakt."

Pinter war ein Freund von mir und möglicherweise der letzte große politische Weise - das heißt, bevor abweichende Politik gentrifiziert wurde. Ich fragte ihn, ob die "Hypnose", auf die er sich bezog, die von Leni Riefenstahl beschriebene "unterwürfige Leere" sei.

"Das ist dasselbe", antwortete er. "Es bedeutet, daß die Gehirnwäsche so gründlich ist, daß wir darauf programmiert sind, ein Haufen Lügen zu schlucken. Wenn wir die Propaganda nicht erkennen, akzeptieren wir sie vielleicht als normal und glauben ihr. Das ist die unterwürfige Leere."

In unseren Systemen der Unternehmensdemokratie ist der Krieg eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die perfekte Verbindung von öffentlicher Subvention und privatem Profit: Sozialismus für die Reichen, Kapitalismus für die Armen. Am Tag nach 9/11 schnellten die Aktienkurse der Kriegsindustrie in die Höhe. Mehr Blutvergießen war absehbar, und das ist gut fürs Geschäft.

Heute haben die profitabelsten Kriege ihr eigenes Markenzeichen. Sie heißen "ewige Kriege" - Afghanistan, Palästina, Irak, Libyen, Jemen und jetzt die Ukraine. Sie alle beruhen auf einem Haufen Lügen. Die berüchtigtste Lüge ist die über die Massenvernichtungswaffen im Irak, die es nicht gab. Die Zerstörung Libyens durch die NATO im Jahr 2011 wurde mit einem Massaker in Bengasi gerechtfertigt, das nicht stattgefunden hat. Afghanistan war ein bequemer Raufeldzug für 9/11, der nichts mit den Menschen in Afghanistan zu tun hatte.

Die Nachrichten aus Afghanistan drehen sich heute darum, wie böse die Taliban sind - und nicht darum, daß der Diebstahl von 7 Milliarden Dollar aus den Bankreserven des Landes durch US-Präsident Joe Biden großes Leid verursacht. Das National Public Radio mit Sitz in Washington widmete kürzlich Afghanistan zwei Stunden - und 30 Sekunden dem hungernden Volk des Landes.

Auf ihrem Gipfeltreffen im Juni in Madrid verabschiedete die von den Vereinigten Staaten kontrollierte NATO ein Strategiepapier, das den europäischen Kontinent militarisiert und die Aussicht auf einen Krieg mit Rußland und China verschärft. Vorgeschlagen wird eine "dimen-

sionsübergreifende Kriegsführung gegen nuklear bewaffnete Konkurrenten". Mit einem Wort: Atomkrieg.

Dort heißt es: "Die NATO-Erweiterung ist ein historischer Erfolg." Das habe ich ungläubig gelesen.

Die Nachrichten über den Krieg in der Ukraine sind meist keine Nachrichten, sondern eine einseitige Litanei aus Chauvinismus, Verzerrung und Auslassung. Ich habe schon über eine Reihe von Kriegen berichtet und noch nie eine so pauschale Propaganda erlebt. Im Februar marschierte Rußland in die Ukraine ein und reagierte damit auf fast acht Jahre des Tötens und der kriminellen Zerstörung in der russischsprachigen Region Donbass an ihrer Grenze.

Im Jahr 2014 hatten die Vereinigten Staaten einen Putsch in Kiew gesponsert, der den demokratisch gewählten, Rußlandfreundlichen Präsidenten der Ukraine absetzte und einen Nachfolger einsetzte, dem die Amerikaner klar machten, daß er ihr Mann war. In den vergangenen Jahren wurden amerikanische "Abwehrraketen" in Osteuropa, Polen, Slowenien und der Tschechischen Republik installiert, die mit ziemlicher Sicherheit auf Rußland gerichtet sind, begleitet von falschen Zusicherungen, die bis zu James Bakers "Versprechen" an den sowjetischen Führer Michail Gorbatschow im Februar 1990 zurückreichen, daß die NATO niemals über Deutschland hinaus expandieren würde.

Die NATO an Hitlers Frontlinie

Die Ukraine ist die Grenzlinie. Die NATO hat faktisch genau das Frontgebiet erreicht, durch das Hitlers Armee 1941 stürmte und mehr als 23 Millionen Tote in der Sowjetunion hinterließ. Im vergangenen Dezember schlug Rußland einen weitreichenden Sicherheitsplan für Europa vor. Dieser wurde in den westlichen Medien abgetan, verspottet oder unterdrückt. Wer hat seine Schritt-für-Schritt-Vorschläge gelesen?

Am 24. Februar drohte Präsident Wolodymyr Selenskyj mit der Entwicklung von Atomwaffen, falls Amerika die Ukraine nicht bewaffne und schütze. Am selben Tag marschierte Rußland ein - ein unprovokeder Akt von angeborener Infamie, so die westlichen Medien. Die Geschichte, die Lügen, die Friedensvorschläge und die feierlichen Vereinbarungen zum Donbass in Minsk zählten nicht.

Am 25. April flog US-Verteidigungsminister Lloyd Austin nach Kiew und bestätigte, daß es Amerikas Ziel sei, die Russische Föderation zu zerstören - das Wort, das er benutzte, war "schwächen". Amerika hatte den Krieg bekommen, den es wollte, geführt von einem US-finanzierten und -bewaffneten Stellvertreter, einer entbehrlichen Schachfigur. Fast nichts davon wurde der westlichen Öffentlichkeit erklärt.

Der Einmarsch Rußlands in die Ukraine ist mutwillig und unentschuldigbar. Es ist ein Verbrechen, in ein souveränes Land einzufallen. Ein Aber gibt es nicht - außer einem.

Die entscheidende Frage ist: Wann hat der gegenwärtige Krieg in der Ukraine begonnen und wer hat ihn angefangen? Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden zwischen 2014 und diesem Jahr etwa 14.000 Menschen infolge des Bürgerkrieges des Kiewer Regimes im Donbass getötet. Viele der Angriffe wurden von Neonazis verübt. Sehen Sie sich einen Bericht von ITV News vom Mai 2014 an, bei dem der erfahrene Reporter James Mates zusammen mit Zivilisten in der Stadt Mariupol vom ukrainischen Asow-Bataillon (Neonazis) beschossen wird.

Im selben Monat wurden Dutzende russischsprachige Menschen in einem von faschistischen Schlägern belagerten Gewerkschaftshaus in Odessa lebendig verbrannt oder erschlagen, das von Anhängern des Nazi-Kollaborateurs und antisemitischen Fanatikers Stepan Bandera belagert wurde. Die New York Times bezeichnete die Schläger als "Nationalisten".

"Die historische Mission unserer Nation in diesem kritischen Moment", so Andrij Bilezkyj, Mitbegründer des Asow-Bataillons, "ist es, die weißen Rassen der Welt in einen finalen

Kreuzzug für ihr Überleben zu führen, einen Kreuzzug gegen die von Semiten geführten Untermenschen."

Seit Februar versucht eine Kampagne selbst ernannter "Nachrichtenwächter", - zumeist von den Amerikanern und Briten in Verbindungen mit den Regierungen finanziert -, die Absurdität aufrechtzuerhalten, daß es in der Ukraine keine Neonazis gibt. Airbrush-Bearbeitung, die einst mit Stalins Reinwaschung in Verbindung gebracht wurde, ist zu einem Instrument des Mainstream-Journalismus geworden. In weniger als einem Jahrzehnt wurde ein "gutes" China wegetuschiert und ein "schlechtes" China an seine Stelle gesetzt: von der Werkstatt der Welt zu einem neuen Satan.

Ein Großteil dieser Propaganda stammt aus den USA und wird über Stellvertreter und "Denkfabriken" wie das berühmte Australian Strategic Policy Institute, das Sprachrohr der Rüstungsindustrie, und von Journalisten wie Peter Hartcher vom Sydney Morning Herald weitergegeben, der diejenigen, die chinesischen Einfluß verbreiten, als "Ratten, Fliegen, Moskitos und Spatzen" bezeichnet und vorgeschlagen hat, diese "Schädlinge" "auszurotten".

Die Nachrichten über China im Westen drehen sich fast ausschließlich um die Bedrohung durch Peking. Ausgeblendet sind die 400 amerikanischen Militärstützpunkte, die den größten Teil Chinas umgeben, eine bewaffnete Kette, die sich von Australien über den Pazifik bis nach Südostasien, Japan und Korea erstreckt. Die japanische Insel Okinawa und die koreanische Insel Jejudo sind wie geladene Kanonen, direkt auf das industrielle Herz Chinas gerichtet. Ein Beamter des Pentagons bezeichnete dies als eine "Schlinge".

Seit ich denken kann, wird über Palästina falsch berichtet. Für die BBC gibt es den "Konflikt" der "zwei Narrative". Die längste, brutalste und gesetzloseste Militärbesatzung der Neuzeit ist unerwähnt.

Die geplagten Menschen im Jemen existieren kaum. Sie sind ein mediales Niemandsvolk. Während die Saudis ihre amerikanischen Streubomben abwerfen und britische Berater an der Seite der saudischen Zieloffiziere arbeiten, droht mehr als einer halben Million Kindern der Hungertod.

Diese Gehirnwäsche durch Weglassen ist nicht neu. Das Gemetzel des Ersten Weltkriegs wurde von Reportern unterdrückt, die für ihr Entgegenkommen zum Ritter geschlagen wurden. Im Jahr 1917 vertraute der Herausgeber des Manchester Guardian C. P. Scott dem Premierminister Lloyd George an: "Wenn die Menschen (die Wahrheit) wirklich wüßten, würde der Krieg morgen beendet werden. Aber natürlich sie wissen es nicht und können es nicht wissen."

Die Verweigerung, Menschen und Ereignisse so zu sehen, wie die Menschen in anderen Ländern sie sehen, ist ein Medienvirus des Westens, so lähmend wie Covid. Es ist, als ob wir die Welt durch einen einseitigen Spiegel sehen, in dem "wir" moralisch und gutartig sind und "sie" nicht. Diese Sichtweise ist zutiefst imperial.

Die Geschichte, die in China und Rußland gegenwärtig ist, wird selten erklärt und selten verstanden. Wladimir Putin ist Adolf Hitler. Xi Jinping ist Fu Manchu. Epische Errungenschaften, wie die Beseitigung der bitteren Armut in China, sind kaum bekannt. Wie pervers und erbärmlich das ist.

Wann werden wir es uns erlauben, das zu verstehen? Die Ausbildung von Journalisten im Fabrikstil ist nicht die Antwort. Genauso wenig wie das wundersame digitale Werkzeug, das ein Mittel und kein Zweck ist, wie die Einfinger-Schreibmaschine und die Linotype-Setzmaschine.

In den zurückliegenden Jahren wurden einige der besten Journalisten aus dem Mainstream verbannt. "Defenestrieren" ist das Wort, das dafür verwendet wird. Die Spielräume, die einst für Außenseiter, für Journalisten, die gegen den Strom schwimmen, für Wahrheitsverkünder, vorhanden waren, haben sich geschlossen.

Der Fall von Julian Assange ist der schockierendste. Solange Julian und WikiLeaks für den Guardian, die New York Times und andere selbstgefällige "Zeitungen von Rang" Leser und Preise gewinnen konnten, wurde er gefeiert. Als der dunkle Staat sich dagegen wehrte und die Vernichtung von Festplatten und die Zerstörung von Julians Glaubwürdigkeit forderte, wurde er zum Staatsfeind erklärt. Vizepräsident Joe Biden nannte ihn einen "Hi-Tech-Terroristen". Hillary Clinton fragte: "Können wir diesen Kerl nicht einfach mit einer Drohne töten?"

Die darauf folgende Kampagne der Beschimpfung und Verunglimpfung von Julian Assange - der UN-Berichterstatter über Folter bezeichnete sie als "Mobbing" - brachte die liberale Presse auf ihren Tiefpunkt. Wir wissen, wer sie sind. Ich betrachte sie als Kollaborateure, als Vichy-Journalisten.

Wann werden echte Journalisten aufstehen?

Ein inspirierender Samisdat existiert bereits im Internet: Consortium News, gegründet von dem großartigen Reporter Robert Parry, Max Blumenthals The Grayzone, Mint Press News, Media Lens, Declassified UK, Alborada, Electronic Intifada, WSWS, ZNet, ICH, Counter-Punch, Independent Australia, die Arbeit von Chris Hedges, Patrick Lawrence, Jonathan Cook, Diana Johnstone, Caitlin Johnstone und anderen, die mir verzeihen werden, wenn ich sie hier nicht erwähne.

Und wann werden die Schriftsteller aufstehen, wie sie es gegen den aufkommenden Faschismus in den 1930er-Jahren taten? Wann werden die Filmemacher aufstehen, wie sie es in den 1940er-Jahren gegen den Kalten Krieg taten? Wann werden die Satiriker aufstehen, wie sie es vor einer Generation taten?

Ist es nicht an der Zeit, daß diejenigen, die 82 Jahre lang in der offiziellen Version des letzten Weltkriegs gebadet haben, ihre Unabhängigkeit erklären und die Propaganda entschlüsseln? Die Dringlichkeit ist größer denn je.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung einer Ansprache beim diesjährigen Trondheim World Festival, Norwegen, und erschien zuerst am 7. September 2022 unter dem Titel "Silencing the Lambs - How Propaganda Works" bei Consortiums News. Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektorat lektoriert.

John Pilger, gebürtiger Australier, war viele Jahre Auslandskorrespondent und Kriegsreporter und ist heute Autor und Dokumentarfilmer. Er hat zahlreiche internationale Preise gewonnen, darunter die Goldmedaille der United Nations Association. Er ist einer von nur zwei Journalisten, die zweimal zum "Journalist of the Year", der höchsten Auszeichnung im britischen Journalismus, ernannt wurden. Seinen Dokumentarfilm "Cambodia Year Zero" aus dem Jahr 1979 zählt das British Film Institute zu den zehn wichtigsten Dokumentationen des 20. Jahrhunderts. Sein aktueller Film ist "The Coming War on China".<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 24. September 2022 (x1.173): >>>**Der Mensch im Ausverkauf**

Der Staat vernachlässigt die Daseinsvorsorge und liefert seine Bürger einigen Privatunternehmen zur Verwertung aus - Zeit, daß er sich auf seine Kernaufgaben besinnt.

Von *Karolin Ahrens*

Immanuel Kant wollte, daß der Mensch als Zweck, "niemals bloß als Mittel" gebraucht werde. Auch unsere Politiker schwören bei Amtsantritt, sich "dem Wohle des deutschen Volkes" zu widmen. Das sind hehre Ideale. Die politische Praxis hierzulande sieht schon lange ganz anders aus. Der Bürger ist eher Batterie oder eine Art Geldautomat, aus dem man beliebig Cash ziehen kann, als Endzweck demokratischen Handelns.

Von der Wiege bis zur Bahre wird der Mensch ökonomischen Zwecken unterworfen. Gerade die Coronakrise hat gezeigt, wie der Staat seine Bürger durch Druck und Propaganda wie Vieh in die Impfzentren getrieben hat, damit diese ihre Körper für die Profite der Herstellerfirmen

zur Verfügung stellen. Volkseigentum wird an die Privatwirtschaft verscherbelt - die Menschen sind den neuen Besitzern der vormals öffentlichen Einrichtungen dann tributpflichtig. Durch die massive Unterstützung des Militärapparats werden Steuergelder faktisch veruntreut. Es wird Zeit, daß wir den Staat mahnen, sich auf seine Kernaufgaben zu besinnen und uns Bürgern anstatt illegitimen Drittinteressen zu dienen.

Ein wesentliches Merkmal des Sozialstaatsprinzips ist die Tatsache, daß der Staat zur Daseinsvorsorge verpflichtet ist, sprich zur Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Dienstleistungen - die Grundversorgung. Aus dem Sozialstaatsprinzip dürfte sich grundsätzlich das Recht herleiten lassen, daß jedem Bürger diese Ressource kostenfrei beziehungsweise nur gegen Entgelt der notwendigen Aufwendungen zur Verfügung gestellt wird.

Eine Privatisierung und Kommerzialisierung der lebensnotwendigen Grundgüter und Übertragung der Geschäftsrisiken der entsprechenden Energieversorger auf die Verbraucher ist somit nicht die Regel, sondern eine Ausnahme. Eine legitime Ausnahme bestätigt die Regel nur insoweit, als daß ihr Wesensgehalt nicht verändert wird, geschützt in unserer Gesellschaft durch die sogenannte Ewigkeitsgarantie. Die gönnerhaften politischen Entlastungspakete dieser Tage, insbesondere für Strom und Gas, sind daher keine aufrichtige Hilfe, sondern eine bewußte Irreführung, eine politische "Nebelkerze".

Die wesentliche Frage dürfte daher nicht sein: "Wie können wir die stetig steigenden Energiekosten noch bezahlen?", sondern: "Warum kommt der Staat nicht seiner Pflicht zur Daseinsfürsorge gegenüber seinen Bürgern verantwortlich nach?"

Staat im Ausverkauf

Neben die Verpflichtung des Staates zur Daseinsvorsorge tritt die persönliche Freiheit, insbesondere auch im Bereich der Daseinsvorsorge privatwirtschaftlich tätig zu werden. Daß diese Privatisierung der Daseinsvorsorge jedoch bereits mehr als besorgniserregende, schädigende Ausmaße angenommen hat, hat sich spätestens in der Coronakrise und nun auch in der Energiekrise manifestiert. Sicher zu Recht kann daher mittlerweile von Deutschland als dem Staat im Ausverkauf gesprochen werden.

Auch in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge sieht es nicht besser aus: Durch die wohl bewußte gesetzgeberische Verknappung der den Krankenhäusern zur Verfügung gestellten Finanzmittel und der dadurch ausgelösten finanziellen Schwierigkeiten haben Städte und Landkreise, aber auch Bundesländer ihre Krankenhäuser an private Träger übergeben, um eine Entlastung der Haushalte zu erreichen.

Zwischen dem ebenfalls verfassungsrechtlich geforderten Schutz der persönlichen Freiheit des Einzelnen und der Forderung nach einer sozialstaatlichen Ordnung besteht daher eine unaufhebbare und grundsätzliche Spannungslage. Leidtragende dieser Spannungslage sind vor allem die Bürger und ihr Anspruch auf Daseins- beziehungsweise Gesundheitsfürsorge: Denn es ist ein ungesundes Mißverhältnis entstanden, die privatwirtschaftliche Gewinnerzielungsabsicht - verkörpert in der menschlichen Gier - hat mittlerweile in nicht wenigen Bereichen in eine todbringende Unmenschlichkeit geführt.

Der Mensch als Ressource

Denn nicht erst seit Corona wurde deutlich, daß es im Gesundheitswesen weniger um ganzheitliche Medizin, schnelle Heilung und Prävention geht, sondern zielgerichtet um Schaffung von Märkten, Gewinnoptimierung um jeden Preis und ethisch fragwürdige Behandlungsmethoden. Der Mensch als Ressource, als Gewinnobjekt. Dies beginnt im Übrigen bereits bei der Geburt. So wurde bis zur Marktentnahme 2021 in jedem zweiten Krankenhaus in Deutschland zur Geburtseinleitung ein Magenmedikament verwendet.

Es ist weder für die Geburtseinleitung zugelassen, noch liegen die Voraussetzungen einer sogenannten Off-Label-Medikation vor. Es wirkt jedoch aggressiver, und so können Kranken-

häuser mehr Geburten durchpeitschen. Hierbei kommt es nachweislich immer wieder zu gefährlichen Herztönveränderungen der Kinder, so daß ein Akutkaiserschnitt durchgeführt werden muß; es gibt das Risiko des Gebärmutterrisses - die Frau muß dann notoperiert werden. Sowohl Mütter als auch Kinder sind von der Gabe des Medikaments bereits verstorben, es werden irreparable Schäden bei den betroffenen Familien angerichtet.

Selbst der Hersteller und das Bundesinstitut für Arzneimittel rieten von der Gabe des Magenmittels zur Geburtseinleitung ab. Verbände, Ärzte und Einrichtungen bestritten trotz erdrückender Beweislage lange die schweren Nebenwirkungen und Folgen. Auf ein so billiges Medikament möchte man halt nicht verzichten. Das Leben einer Mutter und das eines Neugeborenen spielen da offenkundig keine wesentliche Rolle mehr.

Auch der Markt des Todes wurde mittlerweile profitabel erschlossen. Mit der Erzeugung von Schuldgefühlen soll die identifizierte Zielgruppe von Organtransplantationen zur freiwilligen Hergabe ihrer Organe bewegt werden.

Was die allerwenigsten wissen ist, daß erst seit der sogenannten Harvard-Definition 1968 im Zusammenhang mit Organtransplantation ein neuer "Tod" definiert wurde. Schon beim Versagen des Gehirns soll der Mensch tot sein, obwohl alle anderen Körperfunktionen noch erhalten sind. Transplantationsfähige Organe müssen mithin lebensfrisch sein, also von einem Menschen stammen, der noch maschinell beatmet wird.

Er wird gepflegt, sein Herz schlägt, er ist warm und kann Fieber haben. Er bewegt sich spontan und reagiert auf Berührung. Beim Einschnitt des Chirurgen in den Körper des Organspenders steigt in vielen Fällen der Blutdruck rasant an. Deshalb bekommen Spender bei der Organentnahme immer muskelentspannende Mittel und Opiate. Oft sogar eine Vollnarkose.

Es stellt sich also die Frage: Wie tot sind "Hirntote", denen ihre Organe entnommen werden? Ist nicht wesentliches Merkmal eines Menschen auch sein Geist? Ist er dann ganz tot, halb tot, scheintot, sterbend oder noch lebend? Bedeutet ein Sterben in Würde nicht auch "bis zum letzten Herzschlag"?

Ein Bereich, der nicht in die Entscheidungsbefugnis eines mit Gewinnerzielungsabsicht handelnden Arztes gehört? Und würden tatsächlich so viele Menschen einer Transplantation zustimmen, wenn sie ordnungsgemäß hierüber aufgeklärt und die genauen Umstände kennen würden?

Folgt man der Argumentation - die abschließend sicher von einem aufrichtigem und fachkundigem Wissenschaftler beurteilt werden muß -, daß die sogenannte Coronaschutzimpfung durch die Einfügung des jeweiligen "Genomsequenzbausteins" zu irreparablen Schäden am Immunsystem eines Menschen führen kann, wäre nun auch der Zeitraum zwischen Geburt und Tod lukrativ erschlossen worden.

Insbesondere stellt man sich bei diesen Sachverhalten die dringende Frage, warum die Strafverfolgungsbehörden nicht ermitteln, wenn Medikamente ohne Zulassung flächendeckend eingesetzt werden, gerade weil bei der Beurteilung des Todeseintritts eines Menschen eine nicht unerhebliche Mißbrauchsgefahr besteht?

Nach einem uns bekannten Schreiben einer Generalstaatsanwaltschaft, die mit der politischen Aufforderung verbunden ist, corona-kritische Personen besonders zu verfolgen, muß wohl von einer umfassenden politischen Steuerung der Strafverfolgungsbehörden ausgegangen werden. Jedenfalls kann diese nicht ausgeschlossen werden, verbietet auch der EuGH das Ausstellen europäischer Haftbefehle wegen der Gefahr des politischen Mißbrauchs. Und es würde die Identität des Wortlauts als auch den Verfolgungseifer und das oftmals ausgesprochen hohe Strafmaß erklären.

In Deutschland gilt mithin im Rahmen der Strafverfolgung leider nicht selten: Die Täter werden geschützt, während die Opfer durch fehlende Aufklärung erneut entwürdigt und vom Rechtsstaat verhöhnt werden. Jedenfalls sollten diese systemischen Mißstände beseitigt wer-

den, damit der Rechtsstaat mit den erforderlichen Verbesserungen wieder aufleben und erstarren kann. Ein Rechtsstaat, der nur auf dem Papier besteht, in dem Gerichte mehr Unrecht als Recht sprechen und nicht in der Lage sind, die individuelle Menschenwürde entgegen ihrer Verpflichtung aus Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG zu schützen, schafft sich selbst ab.

Privatisierung versus Ewigkeitsgarantie

Die Hürden für eine Privatisierung von staatlichen Kernaufgaben sind im Grundgesetz und in der Rechtsprechung - entgegen der Praxis - eigentlich hoch gesteckt:

"... die dauernde Ausübung hoheitsrechtlicher Befugnisse soll in der Regel Beamten und nicht Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes übertragen werden. Soweit von dieser Regel abgewichen wird, ist die Tätigkeit des mit Hoheitsfunktionen betrauten Angestellten allerdings der des Beamten gleich zu achten. Es darf sich hier aber nach Art. 33 Abs. 4 GG nur um Ausnahmefälle handeln. Würde die ständige Ausübung hoheitlicher Befugnisse in größerem Umfang auf Nichtbeamte übertragen, so wäre dies mit dem Grundgesetz nicht vereinbar".

Wird sich die Energiekrise weiter zuspitzen, und sollten die privatwirtschaftlich handelnden Energieversorger sogar eine Abschaltung oder Unterbrechung der Grundversorgung in Erwägung ziehen, greift dies rechtswidrig in die entsprechenden Grundrechtspositionen von Millionen von Bürgern ein, denn dies könnte eine Form des unmittelbaren Zwangs bedeuten. Das Gewaltmonopol ist jedoch - aus guten Gründen - ausschließlich dem Staat zugewiesen.

Denn nur in den Fällen, in denen die Vollstreckung in Ausübung staatlicher Gewalt unter Anwendung unmittelbaren Zwangs stattfindet, ist der Amtsträger an die unverletzlichen Grundrechte der Betroffenen als unmittelbar geltendes Recht gemäß Art. 1 Abs. 3 GG gebunden.

Das angegriffene und ausgehöhlt Sozialstaatsprinzip ist aber auch kritisch im Lichte der Ewigkeitsgarantie gemäß Art. 79 Abs. 3 GG unterfallenden absoluten Regelungen in den Artikeln 1 und 20 Abs. 2 und 3 GG zu sehen. Denn diese schließt eine Privatisierung der Daseinsvorsorge durch den garantierten Schutz des Sozialstaatsprinzips aus.

Es wird daher dringend Zeit für eine Renaissance des Staates, der zu seinen Kernaufgaben zurückkehrt, keine Gelder mehr für Aufrüstung entfremdet oder eine Ausbeutung durch sonstige bürgerferne Drittinteressen gesetzgeberisch ermöglicht, sowie für eine Beendigung der Transformation des staatlichen Fürsorgeauftrags in eine privatwirtschaftliche Gewinnerzielungsabsicht, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge.

Denn ein Sozialstaat, in dem der Mensch zur Ressource geworden ist, in dem mehr Gier als Liebe regiert, hat sich selbst abgeschafft und ebenso die Politiker, die diese Unmenschlichkeit zu verantworten haben.

Karolin Ahrens, Jahrgang 1980, studierte Rechtswissenschaften und schloß ihr Zweites Juristisches Staatsexamen mit der Befähigung zum Richteramt ab. Sie ist als Rechtsanwältin im Bereich Wirtschaftsrecht und Grundrechtsschutz tätig und publiziert insbesondere zu gesellschaftspolitischen Themen aus dem juristischen Blickwinkel. Ihr Engagement erstreckt sich auf die Mitgestaltung einer freien, verantwortungsvollen und menschlicheren Gesellschaft. Im März 2022 gründete sie unter anderem die "Initiative Rechtspatenschaft" - juristische Unterstützung für (sozial) Schwache. ...<<

26.09.2022

BRD: Die politische Webseite "Apolut" berichtet am 26. September 2022 (x1.170/...):

>>Wenn Demokraten Volksabstimmungen delegitimieren

Ein Standpunkt von *Peter Haisenko*.

Eine schlagwortartige Beschreibung für Demokratie in der Moderne liefert die Gettysburg-Formel: "Herrschaft über das Volk, durch das Volk, für das Volk". Sie ist aus dem Jahr 1863 und stammt von Abraham Lincoln. In anderen Worten gesagt, sollte das Volk selbst durch

Willensbekundung über sein Wohl und Wehe entscheiden. In letzter Konsequenz also auch über Form und Bestand des Staats, in dem sie leben. Das Volk ist der Souverän und seine Entscheidungen sind zu befolgen.

Referenden, also Volksabstimmungen, sind immer heikel für Machthaber. Schließlich wird so darüber abgestimmt, inwieweit der Volkswille mit der Regierungsarbeit einverstanden ist. Wird Demokratie ernst genommen, könnte sie auch durch einen Volksentscheid abgeschafft, also in eine andere Staatsform überführt werden.

Gerade jetzt, nach dem Tod der englischen Königin, könnte Großbritannien ein Referendum darüber abhalten, die Monarchie ganz zu beenden. Solange der Volkswille wirklich die oberste Instanz ist, sind unliebsame Überraschungen durch Abstimmungsergebnisse niemals ausgeschlossen. Aber genau darum geht es, bei jeder Form von Demokratie. Der Wille des Volks ist zu respektieren, zu befolgen, egal was.

"Scheinreferenden" gibt es nicht

So muß die Frage aufkommen, ob es überhaupt illegitime Volksabstimmungen geben kann, in einer demokratischen Welt. Ist es zulässig, Referenden als Scheinreferenden zu bezeichnen, nur weil sie der eigenen Zielsetzung zuwider laufen könnten? Wiederum: Nimmt man Demokratie ernst, kann es die nicht geben. Man kann nur an Form und Ablauf herumäkeln. Aber betrachten wir zunächst, inwieweit die EU eine makellose Demokratie vorlebt.

Es beginnt damit, daß die EU-Präsidentin von der Leyen nicht demokratisch auf ihren Thron gewählt worden ist. Sie wurde installiert, von der Frau, die vor nicht langer Zeit gefordert hat, die Wahl des demokratisch gewählten Ministerpräsidenten von Thüringen rückgängig zu machen. Also von der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Merkel. Das also ist deren Verständnis von Demokratie. Wenn ihr das Ergebnis einer Wahl nicht paßt, dann muß diese revidiert werden und das hat sie schließlich auch erreicht. Frau von der Leyen steht ihr da offensichtlich in nichts nach.

Der Umgang mit dem wiedergewählten Präsident Orbán in Ungarn ist beispielhaft für das Demokratieverständnis der EU-Spitze. Weil es der nicht paßt, was Ungarns Regierung im Auftrag der Wähler macht, wird Budapest erpreßt mit der Drohung, EU-Gelder zu verweigern, wenn es sich nicht den Diktaten aus Brüssel unterwirft. In diesem Sinn erinnere ich auch an den Umgang mit Polen.

Jetzt aber, zur Wahl in Italien, hat Frau von der Leyen die demokratische Maske gänzlich fallen lassen. Sie warnte Italien vor den Konsequenzen, wenn es "von demokratischen Grundsätzen abweicht", und sprach damit eine kaum verhüllte Drohung vor den Wahlen am Sonntag aus, bei denen der von Giorgia Meloni geführte Rechtsblock gute Chancen hat. Mir stellt sich dazu die Frage, wie eine ordentlich durchgeführte Wahl jemals von demokratischen Grundsätzen abweichen kann. Noch dazu in einem EU-Land.

Nur links-grüne Regierungen sind Demokratien

Von der Leyen geht noch weiter. "Mein Ansatz ist, daß wenn jede demokratische Regierung bereit ist, mit uns zusammenzuarbeiten, arbeiten wir zusammen", sagte sie am Donnerstag an der Princeton University in den USA auf die Frage, ob es irgendwelche Bedenken hinsichtlich der bevorstehenden Wahlen in Italien gebe. Und sie fährt fort mit ihrer offenen Drohung:

"Wenn sich die Dinge in eine schwierige Richtung entwickeln - ich spreche von Ungarn und Polen - haben wir die Mittel dazu".

Wie war das im Mittelalter? Vor der Folter werden die Geräte vorgezeigt. Es wäre nicht das erste mal, daß die EU Länder "bestraft", die "falsch" gewählt haben. Als vor etlichen Jahren in Palästina "falsch" gewählt worden ist, hat die EU Hilfgelder in Höhe von einer Milliarde einfach gestrichen. Aber wie definiert die EU-Chefin eine "falsche Wahl"? Wenn keine links-grüne Mehrheit zustande kommt, dann wird diesem Land der Status einer Demokratie aber-

kannt, wie es gerade mit Ungarn gemacht worden ist. Das ist also das Demokratieverständnis innerhalb der EU-Spitze.

Menschen in der Ostukraine haben keine demokratischen Rechte

Es sind jetzt dieselben Figuren, die einer Volksabstimmung im Osten der Ukraine die Anerkennung verweigern, bevor diese stattgefunden hat. Und nein, man muß da nicht einmal abwarten, ob man diesen Abstimmungen Unregelmäßigkeiten vorwerfen kann. Man macht sich nicht einmal die Mühe, Wahlbeobachter zu entsenden, obwohl Einladungen dazu vorliegen. Im Klartext heißt das, man spricht den Menschen in der Ostukraine jedes Recht zu einer demokratischen Willensbekundung von vornherein ab, die über ihre Zukunft bestimmen soll. Dazu wird angeführt, der Ausgang der Wahl stünde sowieso schon fest.

80 oder mehr Prozent der Wähler würden sich pro-russisch entscheiden, also "falsch". Damit sind wir im selben Verfahren, wie innerhalb der EU. Wahlergebnisse werden nur akzeptiert, wenn das Ergebnis dem entspricht, was unsere Musterdemokraten wünschen. Alles andere wird sanktioniert.

Das Perfide an dem Vorgang ist, daß die Häuptlinge in der EU offensichtlich genau wissen, daß die Einwohner der Ostukraine den Terror aus Kiew nicht mehr ertragen wollen. Dennoch unterstützen sie Kiew, den Terror fortzuführen. Die Angst ist jetzt, daß das in einem Referendum unübersehbar dokumentiert wird. Sichtbar für jeden, der einigermaßen neutral hinsieht. Und es ist die Angst, daß immer mehr Menschen erkennen werden, das es Rußland ist, das sich an demokratische Verfahren hält, im Gegensatz zur EU und dem Rest des Wertewestens. Vergessen wir nicht: Im Kosovo gab es kein Referendum.

Zur sogenannten Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten gab es auch kein Referendum. Ich gehe so weit in den Raum zu stellen, daß die BRD die DDR faktisch annektiert hat. Die Bürger der DDR haben bei diesem Vorgang sogar ihre rechtmäßige Verfassung eintauschen müssen gegen das Provisorium des Grundgesetzes. Das damalige Versprechen, über eine gemeinsame Verfassung abstimmen zu dürfen, ist bis heute nicht eingelöst worden.

Nur mit den "richtigen" Ergebnissen können Referenden legal sein

Es gibt aber auch Referenden, die anerkannt, ja sogar gelobt werden. Aber nur dann, wenn "richtig" abgestimmt wurde. Siehe Schottland. Als eine hauchdünne Mehrheit die Abspaltung von London abgelehnt hat, wurde jeder Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Abstimmung ausgeschlossen und man feierte den Sieg der Demokratie. Man darf gespannt sein, wie die Reaktionen auf ein neuerlich anstehendes Referendum aussehen werden, wenn es diesmal anders ausgehen sollte. Der Punkt ist nämlich, daß man dann seine Position zu den Referenden auf der Krim nur noch schwerlich halten kann.

Überhaupt die Krim. Die Menschen dort haben für ein besseres Leben gestimmt, jenseits der Korruption und des Terrors aus Kiew, und sie haben es bekommen. Die Krim ist der einzige Teil der Ukraine, ehemalige Teil, in dem niemand erschossen worden ist und die Wirtschaft ist aufgeblüht in einem Maß, von dem der Rest der Ukraine nur träumen kann. Haben die EU-Demokraten genau davor Angst, daß in den Gebieten der Ostukraine, wo jetzt die Referenden stattfinden, eine analog positive Entwicklung zu beobachten sein wird?

Müssen sie nicht dann zugeben, daß sie die falsche Sau gemästet haben? Daß sie total versagt haben, mit ihrer angeblichen Friedenspolitik zu Gunsten Kiews? Wie falsch sie liegen, mit ihrem Rußlandhaß? Ja, daß es gar Rußland ist, daß den Menschen hilft und Frieden bringt, mit den Mitteln der Demokratie.

Ein Referendum für die ganze Ukraine wäre das Ende des Kiew-Regimes

Ließe man alle Ukrainer abstimmen, zu welchem Staat sie gehören wollen, wäre anschließend nur eine Restukraine übrig, rund um Kiew. Da gibt es Gebiete, wo die Menschen lieber zu Rumänien, Ungarn, Weißrußland, der Slowakei oder Polen gehören wollen. Zu Rußland so-

wieso. Es würde offensichtlich, daß der Staat Ukraine in diesen Grenzen niemals hätte entstehen dürfen.

Man hatte damals einfach die Grenzen der sowjetischen Teilrepublik übernommen, ohne Rücksicht auf ethnische Zugehörigkeiten oder tief verwurzelten Haß, der Seitens der ukrainischen Nationalisten gegen alles Russische oder Polnische seit hundert Jahren existiert. Der wurde nur durch den "Deckel" Sowjetunion unterdrückt, ähnlich wie in Jugoslawien unter Tito. Würde man aber die jetzige Ukraine wie beschrieben neu aufteilen, würde der Westen einen ewigen Konfliktherd verlieren, der gegen Rußland instrumentalisiert werden kann.

Die russische Sonderoperation in der Ukraine ist der einzig mögliche Weg, den Fehler von 1991 zu korrigieren und durch eine überfällige Korrektur der Grenzen dauerhaften Frieden zu schaffen. Gleichsam nach dem Modell Jugoslawien, das auch erst nach schrecklichem Mord und Totschlag einigermaßen zur Ruhe gekommen ist.

Betrachtet man die Wahlergebnisse früherer Zeiten in der Ukraine fällt die Prognose nicht schwer, daß dann innerhalb den neuen Teilrepubliken oder neuen Staatszugehörigkeiten stabile politische Verhältnisse zu erwarten sind. Siehe Bild unten. Genau das will der Wertewesten aber nicht, denn stabile Verhältnisse erschweren Manipulationen und Intrigen. Siehe Rußland, Weißrußland und Ungarn.

Referenden sind urdemokratisch

Nur durch Referenden, Volksabstimmungen, die dann auch respektiert werden, kann in solchen Regionen Frieden geschaffen werden. Wer sich in den neuen Verhältnissen nicht zurechtfindet, muß und wird die Freiheit haben, in den Teil der Ukraine umzuziehen, wo er seine Heimat sieht. Das ist dann die nächste Volksabstimmung, diesmal mit den Füßen. Anschließend gibt es keine Ursache mehr für feindselige Handlungen.

So komme ich zu dem Schluß, daß jeder, der solche Referenden, wie sie jetzt stattfinden, von vornherein delegitimiert, keinen Frieden will. Er folgt weiterhin dem Irrsinn, den die Briten nach dem Ersten Weltkrieg gesetzt haben. Nämlich, daß die Grenzen, die von ihnen mehr oder weniger willkürlich bestimmt worden sind, für immer unveränderlich sein müssen, auch wenn sie die Quelle steten Konflikts und Mordens sind.

Siehe hier der Nahe und Mittlere Osten, Kaschmir, Korea oder auch das geteilte Berlin. Wenn sich Staatsgrenzen als untauglich erwiesen haben, müssen diese revidiert werden und das geht eben nur auf demokratischem Weg durch Volksabstimmungen. So, wie es jetzt Rußland dem Wertewesten vorführt.

Nachtrag:

Ich erinnere hier noch kurz daran, wie nach dem Ersten Weltkrieg eine Volksabstimmung in der Region Breslau stattgefunden hat, wie es in den Verträgen von Versailles festgeschrieben war. Es sollte festgestellt werden, ob Kattowitz und Umgebung zu Polen oder Deutschland gehören will. Das Ergebnis war eindeutig zugunsten Deutschlands.

Schon damals hat sich London einen Dreck um dieses Ergebnis geschert und Kattowitz blieb auf ihre Anordnung bei Polen. Ja, das sind die, die sich das Mutterland der Demokratie nennen und selbst einen König haben, während sie den Deutschen ihren Kaiser verboten haben. Das sind dieselben, die jetzt die Referenden, die ihnen nicht zupaß kommen, von vornherein delegitimieren.

Wollen Sie mehr über diese Volksabstimmung in Kattowitz erfahren, empfehle ich die Lektüre meines Werks "England, die Deutschen, die Juden und das 20. Jahrhundert". ...<<

27.09.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 27. September 2022 (x1.244/...):

>>**Die Nebenkriegsschauplätze**

Ob Coronaregeln oder Heizkosten - hinter den Krisen unserer Zeit stehen Umverteilungsinteressen, die nicht im Sinne der Bevölkerung sind.

Von *Felix Feistel*

Während die globalistische Oligarchie die Welt nach ihrem Gusto umgestaltet, werden die Menschen mit Nebensächlichkeiten von dem wahren Schrecken des längst etablierten, globalen totalitären Faschismus abgelenkt. Medien und Politik inszenieren Scheingefechte, lebhaft Diskussionen, die sich auf Randthemen beschränken, jedoch mit großer Empörung geführt werden. Auf diese Weise ist die Aufmerksamkeit der Menschen fokussiert, während abseits des Blickfeldes die neue, totalitäre Ordnung immer schärfere Konturen gewinnt.

Sicherlich hat jeder in Deutschland es mitbekommen: Karl Lauterbach und Marco Buschmann haben sich auf ein Corona-Gesetzespaket für den Herbst geeinigt, das nun auch vom Bundesrat durchgewinkt worden ist. Wie zu erwarten, sind Masken in Innenräumen wieder von Bedeutung, ebenso soll zur "Impfung" ermuntert werden.

Nach langem Ringen wurde ein fauler Kompromiß geschlossen, und so manch einer mag erleichtert gewesen sein, daß zumindest die Worte "Lockdown" und "Schulschließungen" in diesem Entwurf nicht vorkamen. Doch schon diese Erleichterung ist ein Fehler. Denn durch die jahrelangen Schreckensszenarien, die unter anderem mit der Impfpflicht drohten, haben viele Menschen sich zu sehr an das vollkommen Abnorme gewöhnen lassen.

Für keine der sogenannten Maßnahmen gibt es eine irgendwie geartete logische Grundlage, die über reine Ideologie hinausgeht. Die der Ideologie zugrunde liegende angebliche Notlage von nationaler Tragweite hat es schlicht und ergreifend nie gegeben. Wie sollen dann Maßnahmen, die als Antwort auf eine für die breite Bevölkerung nicht vorhandene Bedrohung verkauft werden, in irgendeiner Form berechtigt sein?

Auch der Kompromiß, der dabei herauskam, ist vollkommen rechts- und faktenwidrig. Er ist, genau wie die Diskussion darum, nichts als eine Ablenkung, ein Nebenkriegsschauplatz, der von der wahren Bedrohung ablenken soll. Denn so wichtig der Corona-Schwachsinn für die globalistische Oligarchie am Anfang gewesen sein mag: Das Narrativ ist längst überflüssig geworden.

Ablenkung

Trotzdem wird es noch lebhaft diskutiert. Schützen Masken nun vor dem Virus oder nicht? Geht von den sogenannten Impfstoffen eine Wirkung gegen eine Krankheit aus oder nicht? Beide Fragen sind schon seit langer Zeit beantwortet. Nein, die Masken haben keinerlei relevanten Nutzen, stellen aber eine Gefahr für den Träger dar.

Nein, die "Impfstoffe" schützen nicht einmal vor schweren Erkrankungen, sondern bewirken das genaue Gegenteil und bringen zusätzlich eine ganze Reihe von Vergiftungserscheinungen, bis hin zum Tod. Es handelt sich um eine Giftspritze, nichts weiter. Und auch wenn immer mehr Studien und Daten belegen, was die "Verschwörungstheoretiker" von Anfang an gesagt haben, so ist das von keinerlei Relevanz mehr.

Denn die Kriegsführung der Oligarchie gegen die Menschen hat längst das nächste Schlachtfeld erreicht. Darum bringt es keinerlei Mehrwert, abgesehen von der Bestätigung des eigenen Egos, auf dem Corona-Schlachtfeld noch die Leichen zu fleddern.

Natürlich, die Verbrechen, die mit der Genspritze und den Maßnahmen begangen worden sind, müssen geahndet, die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden. Doch handelt es sich auch bei denen nur um Verfügungsmasse der Oligarchie, die längst den nächsten Angriff gegen die Menschen gestartet hat.

Dieser findet derzeit im Bereich der Lebensmittel- und Energieversorgung statt. Diese wird bewußt zerstört, die Menschen werden gewollt in die Armut getrieben, um sie dann in die Umklammerung eines technokratischen Überwachungsstaates und letztlich in einen neuen Feudalismus zu zwingen, in dem die Oligarchen die Herrschaft über alles, einschließlich der Nahrungsmittel und des digitalen Zentralbankengeldes, innehaben und auf diese Weise die totale Kontrolle über alle Menschen ausüben können.

Auf dem Weg dahin wird das Volk mit stumpfen und vollkommen unwichtigen Diskussionen abgespeist. Hat Putin die Ukraine völkerrechtswidrig angegriffen? Müssen wir 15 Prozent an Gas einsparen, um den Winter zu überstehen, oder sind es doch eher 20 Prozent? Hat Robert Habeck Fehler gemacht, oder ist er schlicht inkompetent? Kauft Elon Musk Twitter, um die Meinungsfreiheit zu retten? Ist die Zerstörung der Energieversorgung ein bedeutender Schritt im Kampf gegen den Klimawandel oder eine apokalyptische Katastrophe?

Unsinnige Diskussionen wie diese lenken die Masse von der Umverteilung von unten nach oben sowie der Machtergreifung durch die Oligarchen ab.

Dazu gehören auch irreführende Dichotomien, die an der Wirklichkeit vorbeigehen. Sind Sie pro Ukraine oder pro Rußland? China oder Taiwan? USA oder China? EU oder Nationalstaat? Eine Entscheidung wird hier auf nur zwei Wahlmöglichkeiten verengt, ein enger Diskussionskorridor, in dem aber eine lebhaftige Debatte geführt wird. Warum sich für einen Staat entscheiden, wenn die Institution Staat an sich das Problem ist? Dann ist es kein Entweder oder, sondern ein weder noch. Zudem werden diese Wahlmöglichkeiten verabsolutiert.

Die Frage nach dem Bezugspunkt wird ausgeblendet. So könnte man durchaus dafür plädieren, daß Rußland nachvollziehbare Gründe für den Einmarsch in die Ukraine hatte, ohne jedoch die russische Regierung zum globalen Heilsbringer zu erklären oder Krieg in irgendeiner Form gutzuheißen. Genauso könnte man Chinas Reaktion auf den Besuch von Nancy Pelosi in Taiwan verstehen, ohne gleich nach China auswandern zu wollen.

Denn alle Staaten, ob China, Rußland, Taiwan, die USA oder irgendein sonstiger Staat, sind totalitäre und teilweise mittlerweile faschistische Institutionen, die ihre Bürger unterdrücken und als Umverteilungsinstrument der globalen Oligarchie dienen.

So sind dann auch ihre Politiker nichts weiter als korrupte Erfüllungsgehilfen in diesem Krieg gegen die Menschen, die mit teilweise absurden Begründungen die Umverteilung forcieren. Bekanntestes Beispiel ist hierzulande der Gesundheitsminister, der wie von der Tarantel gestochen Milliarden an Euro für Impfdosen ausgibt, die dann ohnehin zum größten Teil wieder entsorgt werden müssen. Das Gleiche gilt für Bundeskanzler Olaf "Cum-Ex" Scholz, der auch als Kanzler das tut, was er zuvor als Finanzminister getan hat: reiche Menschen reicher machen und dabei die Allgemeinheit abzocken.

100 Milliarden Euro "Sondervermögen", das aus Steuergeldern finanziert im Rachen der Rüstungsindustrie verschwindet, sind dabei wahrscheinlich nur der sichtbarste Teil der Umverteilung. Die exorbitant gewachsenen Schulden der Bundesrepublik werden nie zurückgezahlt werden können, und das ist auch überhaupt nicht gewollt.

Denn die Bevölkerungen aller Länder der Welt sollen in die Geiselhaft der Finanzknechtschaft genommen werden, um den Ausverkauf der Allgemeingüter weiter vorantreiben zu können. Die Länder werden abgewickelt und durch internationale Institutionen ersetzt, in denen die Oligarchie nach ihren eigenen Regeln das Sagen hat.

Tatsächlich ist die Frage, um die es hier geht, eine sehr simple: Wollen wir in Zukunft in Freiheit und selbstbestimmt leben oder in Abhängigkeit von der Willkürherrschaft machtbesessener Oligarchen, die kein Problem damit hatten, die Weltbevölkerung mittels einer Giftspritze in Richtung Auslöschung zu treiben? Das ist es, was hier in Rede steht: Erstreiten wir unsere Freiheit, oder geben wir sie für das trügerische Gefühl von Sicherheit auf?

Um unsere Freiheit zu erstreiten, müssen wir erst einmal verstehen, daß wir nie wirklich frei waren. Solange es totalitäre Institutionen auf nationaler oder supranationaler Ebene gibt, sind wir fremden Interessen, fremder Herrschaft unterworfen, sind das Nutzvieh eines totalitären Finanzkapitalismus, das dazu dient, Werte in die Hände der Oligarchen umzuverteilen. Und genau so werden wir auch von ihnen gesehen.

Daher ist die Frage nicht, ob die Affenpocken zur nächsten großen Pandemie erklärt werden. Wenn schon Corona eine reine Erfindung war, wie könnte es bei den Affenpocken anders

sein? Warum sollte man Politikern, sogenannten Wissenschaftlern und Medien glauben, die in Bezug auf den Vietnamkrieg, die Golfkriege, den Syrienkrieg, den Ukrainekrieg, den Afghaneinsatz, Hartz IV, Schweinegrippe und Corona gelogen haben?

Warum jenen vertrauen, die schon einmal prophylaktisch jeden zukünftigen Protest zum Ergebnis der finsternen Machenschaften von Nazis erklären?

Warum jenen vertrauen, die uns diktatorischen Zwangsmaßnahmen unterworfen haben und uns einen Giftstoff injizieren wollten, die Oppositionelle überwachen, verfolgen und einsperren, die die Bundeswehr auf Einsätze im Inneren vorbereiten und trotz alledem noch immer etwas von Demokratie heucheln?

Wer die hingeworfenen Stöckchen der Debatte aufnimmt, läßt sich bereits auf ein durch und durch verlogenes Narrativ ein, gibt die tatsächliche Normalität ein Stück weit auf, um jenen entgegenzukommen, die genau das zu unserem Schaden planen. Stück für Stück wird die tatsächliche Normalität so zugunsten einer "neuen Normalität" verschoben, die in keiner Weise normal ist, sondern ein ewiger Ausnahmezustand unter totalitärer Kontrolle und Machtergreifung, ein Zustand der Unfreiheit und Fremdbestimmung, noch mehr als es das in den letzten Jahrzehnten gewesen ist, in denen die Menschen nie frei waren.

Jeder Millimeter, den wir dem Faschismus überlassen, führt uns weiter von uns selbst und einem lebenswerten Leben fort und in eine Welt, in der wir ausgebeutete, unterdrückte, überwachte und im Zweifelsfall zu entsorgende Sklaven sind.

Die Toleranzschwelle für den Bullshit, mit dem wir seit so langer Zeit zugemüllt werden, steigt mit jeder Scheindiskussion, mit jeder Scheindebatte, die diese Meßlatte des Normalen verschiebt.

Jede Scheindiskussion ist ein Angriff auf die Menschen, auf die Freiheit und auf die Selbstbestimmung. Pandemie, Krieg, Klimawandel, all diese ideologischen Rechtfertigungsstrategien für weitere Einschnitte, weitere gravierende Veränderungen sind nichts weiter als eine schrittweise Gewöhnung, eine schrittweise Beschneidung der Freiheit.

Und sie verdecken mit Hilfe lebhafter Debatten, die in ihrem engen Rahmen geführt werden, das große Ganze. Denn jedes dieser Themen ist lediglich ein Teilaspekt des fortschreitenden Krieges gegen die Menschen. Nun, da Corona abgegrast ist und das Narrativ nicht mehr hält, wird der Krieg herangezogen; bald schon werden es Versorgungsengpässe sein, dann vielleicht Aufstände und Bürgerkriege und immer wieder der Klimawandel.

Dann begehren Menschen vielleicht gegen Maßnahmen auf, gegen steigende Preise und gegen die Abschaltung der Heizungen, nicht aber gegen das dahinterstehende System der verbrecherischen und korrupten Oligarchie.

Deren Machtkonsolidierung geht unveränderter Dinge weiter. Entgleitet eines der Narrative und nutzt sich ab, dann wird das nächste ins Feld geführt, um die Gesellschaften zu zerrütten und zu zerstören. So sieht alles danach aus, daß uns die jetzige Bundesregierung nur vor die Nase gesetzt wurde, um sie letztendlich zu opfern.

Eine neue Bundesregierung, vielleicht unter der Kanzlerschaft von Friedrich "BlackRock" Merz, wird nur dazu führen, daß das private Finanzkapital vollends Zugriff auf alle Gemeinschaftsgüter erhält. Auch Wahlen irgendwelcher vorgeblicher "Vertreter" sind daher nur ein Scheingefecht, da sie an dem zugrunde liegenden System nichts ändern.

Auf keines dieser Scheingefechte dürfen wir uns einlassen. Natürlich, die alternativen Medien dienen dazu, konsequent die Wahrheit aufzudecken und daher auch die Narrative zu entlarven. Aber diese dürfen nicht das beherrschende Thema bei Protesten sein. Hier muß es vielmehr um ein Ende der globalistischen Oligarchie gehen, um einen konsequenten Widerstand gegen die Machtergreifung durch macht- und geldgierige selbsternannte Herrscher, die ihren Traum von totaler digitaler Kontrolle allen anderen Menschen aufzwingen wollen.

Bleiben wir in unserer Normalität und lassen uns keine andere Normalität aufzwingen. Blei-

ben wir in einer Normalität, in der niemandem unsinnige Maßnahmen aufgezwungen werden dürfen, in der Normalität, in der Freiheit und Selbstbestimmung die höchsten Güter sind, in einer Normalität, in der jeder Einzelne über sich bestimmt, und wehren wir uns gegen jeden Angriff auf diese Normalität.

Denn nur wer in der Wahrheit lebt, kann sich gegen jeden totalitären Angriff zur Wehr setzen, kann die Methoden der Manipulation durchschauen, und fällt nicht auf sie herein.

Felix Feistel, Jahrgang 1992, schreibt in vielfältiger Weise über die Idiotie dieser Welt und auch gegen diese an. In einer auf Zahlen und Daten reduzierten Welt, die ihm schon immer fremd war, sucht er nach Menschlichkeit und der Bedeutung des Lebens. ... Er ist Mitglied der Rubikon-Jugendredaktion und schreibt für die Kolumne "Junge Federn".<<

USA: Die politische Webseite "Apolut" berichtet am 27. September 2022 (x1.171/...):

>>Kampfansage von Außenminister Lawrow an den Westen in der UNO-Vollversammlung

Von *Thomas Röper*

In der UNO-Vollversammlung hat der russische Außenminister Lawrow eine Rede gehalten, die man mit Fug und Recht als historisch bezeichnen muß.

Ein Kommentar von *Thomas Röper*.

Daß Rußland, nachdem der Westen die russischen Vorschläge für gegenseitige Sicherheitsgarantien abgelehnt und Rußland damit zum Vorgehen in der Ukraine gezwungen hat, keine Rücksicht mehr auf die Befindlichkeiten des Westens nimmt, ist Lesern des Anti-Spiegel bekannt. Nun hat der russische Außenminister Lawrow die Position Rußlands in der UNO-Vollversammlung dargelegt. Ich habe seine Rede, in der er wirklich Klartext gesprochen hat, übersetzt.

Bevor wir zu der Übersetzung kommen, noch ein Hinweis: Im Westen ist immer von der "regelbasierten Weltordnung" die Rede, wobei allerdings kaum jemand weiß, was mit diesen schönen Worten gemeint ist. Daher empfehle ich zum besseren Verständnis des Themas diesen Artikel als Hintergrundinformation.

Hier nun die Übersetzung der Rede des russischen Außenministers Lawrow in der UNO-Vollversammlung.

Beginn der Übersetzung:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Wir treffen uns in einem schwierigen und dramatischen Moment. Die Krisenphänomene eskalieren und die internationale Sicherheitslage verschlechtert sich rapide.

Statt einen ehrlichen Dialog zu führen und nach Kompromissen zu suchen, werden wir mit Desinformationen, plumpen Inszenierungen und Provokationen konfrontiert. Die Linie des Westens untergräbt das Vertrauen in internationale Institutionen als Organe des Interessenausgleichs und in das Völkerrecht als Garant für Gerechtigkeit und für den Schutz der Schwachen vor Willkür.

Wir beobachten die negativen Tendenzen in konzentrierter Form innerhalb der Mauern der UNO, die aus den Trümmern des deutschen Faschismus und des japanischen Militarismus hervorgegangen ist und die gegründet wurde, um freundschaftliche Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern zu fördern und Konflikte zwischen ihnen zu verhindern.

Heute entscheidet sich die Frage der zukünftigen Weltordnung - das ist für jeden unvoreingenommenen Beobachter klar. Die Frage ist, ob es eine Ordnung mit einem Hegemon sein wird, der alle zwingt, nach seinen berüchtigten "Regeln" zu leben, die nur ihm zugute kommen, oder ob es eine demokratische, gerechte Welt sein wird - ohne Erpressung und Einschüchterung der Ungehorsamen, ohne Neonazismus und Neokolonialismus. Rußland entscheidet sich

entschieden für die zweite Option. Gemeinsam mit unseren Verbündeten, Partnern und Gleichgesinnten fordern wir dazu auf, auf ihre Umsetzung hinzuwirken.

Das unipolare Modell der Weltentwicklung, das den Interessen der "goldenen Milliarde" diene, deren Superkonsum jahrhundertlang durch die Ressourcen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas gesichert wurde, gehört der Vergangenheit an. Das Entstehen souveräner Staaten, die bereit sind, ihre nationalen Interessen zu verteidigen, führt heute zur Bildung einer gerechten, sozial orientierten und nachhaltigen multipolaren Architektur.

Allerdings werden diese objektiven geopolitischen Prozesse von Washington und den ihm gegenüber vollkommen unterwürfigen herrschenden Eliten der westlichen Länder als Bedrohung für ihre Vorherrschaft wahrgenommen.

Die USA und ihre Verbündeten wollen das Rad der Geschichte aufhalten. Einst, als Washington den Sieg im Kalten Krieg verkündete, erhob es sich in den Rang eines Boten Gottes auf Erden, der keine Pflichten, sondern nur das "heilige" Recht hat, ungestraft zu handeln - wie und wo es ihm beliebt. Jeder Staat kann zu einem Gebiet solcher Aktionen erklärt werden - vor allem, wenn er den selbsternannten "Herren der Welt" aus irgendeinem Grund nicht gefällt.

Wir alle erinnern uns, wie unter erfundenen Vorwänden Angriffskriege gegen von den USA weit entfernte Länder wie Jugoslawien, den Irak und Libyen entfesselt wurden, die Hunderttausende von Zivilisten das Leben gekostet haben. Hat auch nur eines dieser Länder legitime westliche Interessen beeinflusst? Wurden Englisch oder Sprachen anderer NATO-Mitgliedsstaaten, oder westliche Medien und die westliche Kultur dort verboten?

Wurden die Angelsachsen etwa zu "Untermenschen" erklärt und schwere Waffen gegen sie eingesetzt? Was sind die Ergebnisse der US-Abenteuer im Nahen Osten? Eine Verbesserung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit? Eine Stabilisierung der sozialpolitischen Lage? Eine Steigerung des Wohlstands der Bevölkerung? Nennen Sie ein Land, in dem Washington gewaltsam interveniert hat und in dem sich das Leben infolgedessen verbessert hat.

Bei dem Versuch, das unipolare Modell unter dem Slogan der "regelbasierten Ordnung" wiederzubeleben, zieht der Westen überall "Trennlinien" im Geiste der Blockkonfrontation: "entweder mit uns oder gegen uns." Es gibt keinen dritten Weg, keinen Kompromiß.

Während sie den rücksichtslosen Kurs der NATO-Osterweiterung fortsetzen und die militärische Infrastruktur des Blocks näher an die Grenzen Rußlands heranführen, haben sich die USA nun die Aufgabe gestellt, den asiatischen Raum zu unterwerfen. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid im Juni verkündete das "defensive" Bündnis, wie es sich selbst nennt, die "Untrennbarkeit der Sicherheit der euro-atlantischen und der indo-pazifischen Region."

Unter dem Slogan indo-pazifischer Strategien werden geschlossene Formate geschaffen, die die gesamte offene und integrative regionale Architektur untergraben, die sich seit Jahrzehnten um ASEAN herum entwickelt hat. Darüber hinaus spielen sie rund um Taiwan mit dem Feuer und versprechen ihm auch militärische Unterstützung.

Es ist offensichtlich, daß die berühmte "Monroe-Doktrin" eine globale Dimension annimmt. Washington versucht, den gesamten Globus in seinen "Hinterhof" zu verwandeln. Das Mittel zur Unterwerfung Andersdenkender sind illegale einseitige Sanktionen, die seit Jahren unter Verletzung der UN-Charta verhängt und als politisches Erpressungsinstrument eingesetzt werden. Der Zynismus dieser Praxis ist offensichtlich.

Die Beschränkungen treffen die Zivilbevölkerung, da sie den Zugang zu lebenswichtigen Gütern wie Medikamenten, Impfstoffen und Lebensmitteln verhindern. Ein ungeheuerliches Beispiel ist das US-Embargo gegen Kuba, das seit mehr als 60 Jahren andauert. Die UN-Generalversammlung fordert seit langem mit überwältigender Mehrheit die sofortige Aufhebung des Embargos.

Der Generalsekretär, dessen Aufgabe es ist, die Einhaltung der Beschlüsse der Generalversammlung zu fördern, muß diesem Problem besondere Aufmerksamkeit widmen. Eine besondere Rolle kommt ihm auch bei der Mobilisierung von Anstrengungen zur Bewältigung der Lebensmittel- und Energiekrisen zu, die durch die unkontrollierte Geldemission in den USA und der EU während der Pandemie und das unverantwortliche, unprofessionelle Vorgehen der EU auf den Brennstoffmärkten ausgelöst wurden. Entgegen dem gesunden Menschenverstand verschärften Washington und Brüssel die Krisensituation, indem sie einen Wirtschaftskrieg gegen Rußland erklärt haben.

Die Folge war ein Anstieg der Weltmarktpreise für Lebensmittel, Düngemittel, Öl und Gas. Wir begrüßen die Bemühungen des Generalsekretärs, die zum Abschluß des Abkommens von Istanbul am 22. Juli dieses Jahres beigetragen haben. Allerdings gehen die Schiffe mit ukrainischem Getreide nicht in erster Linie in die ärmsten Länder, und die von den USA und der EU geschaffenen finanziellen und logistischen Hindernisse für russische Getreide- und Düngemittelausfuhren sind noch nicht vollständig beseitigt.

Wir erinnern seit Wochen daran, daß 300.000 Tonnen russischer Düngemittel in europäischen Häfen festgehalten werden. Seit langem bieten wir an, sie kostenlos in die bedürftigen Länder Afrikas zu bringen, aber die Europäische Union reagiert nicht.

Die offizielle Russophobie hat im Westen ein noch nie dagewesenes, groteskes Ausmaß angenommen. Sie zögern nicht mehr, offen ihre Absicht zu erklären, unserem Land nicht nur eine militärische Niederlage zuzufügen, sondern auch Rußland zu zerstören und zu zerlegen. Mit anderen Worten: Rußland soll als zu unabhängiges geopolitisches Gebilde von der politischen Landkarte der Welt verschwinden.

Wie hat Rußland in den letzten Jahrzehnten die Interessen seiner Gegner verletzt? Kann es sein, daß sie uns nicht verzeihen können, daß die militärische und strategische "Entspannung" der 80er und 90er Jahre dank der Position unseres Landes möglich war? Daß wir den Warschauer Pakt freiwillig aufgelöst und damit der NATO ihre Daseinsberechtigung genommen haben? Daß wir die Wiedervereinigung Deutschlands bedingungslos und gegen die Position von London und Paris unterstützt haben? Wir haben unsere Streitkräfte aus Europa, Asien und Lateinamerika abgezogen.

Wir haben die Unabhängigkeit der ehemaligen Sowjetrepubliken anerkannt. Wir haben auf die Versprechen der westlichen Staats- und Regierungschefs vertraut, die NATO nicht "auch nur einen Zoll" nach Osten zu erweitern, und als die NATO-Osterweiterung kam, stimmten wir ihr zu, indem wir diesen Prozeß durch die Unterzeichnung der NATO-Rußland-Grundakte legitimiert haben. Könnte es sein, daß wir gegen westliche Interessen verstoßen haben, indem wir den Westen vor der Unannehmbarkeit der bedrohlichen militärischen Infrastruktur in der Nähe unserer Grenzen gewarnt haben?

Die Arroganz des Westens, der amerikanische Exzeptionalismus, ist seit dem Ende des Kalten Krieges besonders zerstörerisch geworden. 1991 gab der stellvertretende Chef des Pentagon, Paul Wolfowitz, in einem Gespräch mit dem Befehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, William Clark, offen zu, daß sie nach dem Ende des Kalten Krieges ihr Militär einsetzen könnten, ohne Strafen befürchten zu müssen. ...

Und daß sie fünf, vielleicht zehn Jahre Zeit hätten, um die sowjet-ähnlichen Regime wie den Irak und Syrien auszumerzen, bevor eine neue Supermacht entstehe, die sie herausfordern könne. Ich bin sicher, daß wir eines Tages aus den Memoiren von irgend jemandem erfahren werden, wie die amerikanische Strategie auch in Bezug auf die Ukraine gestaltet wurde. Allerdings sind die Pläne Washingtons bereits offensichtlich.

Vielleicht können sie uns nicht verzeihen, daß wir auf Wunsch der USA und der EU die Vereinbarungen zwischen dem damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch und der Opposition zur Beilegung der Krise im Februar 2014 unterstützt haben? Die Vereinbarungen,

für die Deutschland, Frankreich und Polen gebürtig haben, wurden am nächsten Morgen von den Rädelsführern des blutigen Staatsstreichs - eine Demütigung der europäischen Vermittler - mit Füßen getreten.

Der Westen legte einfach die Hände in den Schoß und sah schweigend zu, wie die Putschisten die Ostukraine bombardierten, wo man sich weigerte, die Ergebnisse des Putsches anzuerkennen, und wo man dagegen war, daß die Organisatoren des Putsches Nazi-Schergen, die an der brutalen ethnischen Säuberung von Russen, Polen und Juden während des Zweiten Weltkriegs beteiligt waren, in den Rang von Nationalhelden erhoben werden.

Hätten wir etwa Kiews Politik des totalen Verbots der russischen Sprache, des Bildungswesens, der russischen Medien und der russischen Kultur, die Forderung nach Ausweisung der Russen von der Krim, die Kriegserklärung an den Donbass, dessen Bewohner von der damaligen und heutigen Kiewer Regierung nicht zu Menschen, sondern zu "Kreaturen" erklärt wurden, hinnehmen sollen?

Könnte es sein, daß Rußland gegen westliche Interessen verstoßen hat, indem es eine Schlüsselrolle bei der Beendigung der von Kiews Neonazis entfesselten Feindseligkeiten in der Ostukraine spielte und dann die Umsetzung des Minsker Abkommens forderte, das vom UN-Sicherheitsrat im Februar 2015 einstimmig angenommen, aber von Kiew unter direkter Beteiligung der USA und der EU begraben wurde?

Wir haben im Laufe der Jahre immer wieder ein Abkommen über die Regeln des Zusammenlebens in Europa vorgeschlagen, das auf dem Prinzip der gleichen und unteilbaren Sicherheit beruht und das auf höchster Ebene in den OSZE-Dokumenten bestätigt wurde. Diesem Grundsatz zufolge würde niemand seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken. Der letzte Vorschlag, den wir im Dezember 2021 gemacht haben, um diese Vereinbarungen rechtsverbindlich zu machen, wurde mit Arroganz zurückgewiesen.

Der Unwille der westlichen Länder, Abkommen einzuhalten, und der anhaltende Krieg des Kiewer Regimes gegen die eigene Bevölkerung haben uns keine andere Wahl gelassen, als die Unabhängigkeit der Volksrepubliken Donezk und Lugansk anzuerkennen und eine Militäroperation einzuleiten, um die Russen und andere Bewohner des Donbass zu schützen und die Bedrohungen für unsere Sicherheit zu beseitigen, die die NATO zielstrebig auf ukrainischem Territorium, genauer gesagt an unseren Grenzen, geschaffen hat.

Die Operation wird im Rahmen von Verträgen über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen Rußland und diesen Republiken durchgeführt, die auf Artikel 51 der UN-Charta beruhen. Ich bin sicher, daß jeder souveräne Staat, der sich seiner Verantwortung gegenüber seinem Volk bewußt ist, an unserer Stelle dasselbe tun würde.

Jetzt ist der Westen wegen der Referenden in den ukrainischen Regionen Lugansk, Donezk, Cherson und Saporoschje in Hysterie, aber die dort lebenden Menschen reagieren nur auf das, was ihnen der Chef des Kiewer Regimes, Wladimir Selenskyj, in einem seiner Interviews im August 2021 empfohlen hat. Damals hat er allen, die sich als Russen fühlen, zum Wohle ihrer Kinder und Enkelkinder geraten, nach Rußland zu "verschwinden". Die Bewohner der genannten Regionen tun nun genau das, wobei sie ihr Land, auf dem ihre Vorfahren seit Jahrhunderten gelebt haben, mitnehmen.

Jedem unvoreingenommenen Beobachter ist absolut klar: Für die Angelsachsen, die sich Europa völlig unterworfen haben, ist die Ukraine nur Verbrauchsmaterial im Kampf gegen Rußland. Die NATO hat unser Land zu einer unmittelbaren Bedrohung auf dem Weg zur totalen Vorherrschaft der USA erklärt und China als langfristige strategische Herausforderung definiert. Gleichzeitig sendet der "kollektive Westen" unter der Führung Washingtons ein einschüchterndes Signal an alle anderen Länder: Jeder, der es wagt, nicht zu gehorchen, kann der Nächste sein.

Eine der Folgen des vom Westen ausgerufenen "Kreuzzuges" gegen die Unerwünschten ist der fortschreitende Verfall der multilateralen Institutionen, die von den USA und ihren Verbündeten in Werkzeuge zur Durchsetzung ihrer egoistischen Interessen verwandelt werden. Diese Linie wird in der UNO, dem Menschenrechtsrat der Organisation, der UNESCO und anderen multilateralen Strukturen durchgesetzt.

Die OPCW wurde de facto privatisiert. Es werden heftige Versuche unternommen, die Schaffung eines Transparenzmechanismus im Rahmen der Biowaffenkonvention für Hunderte von Biowaffenprogrammen des Pentagons in der ganzen Welt zu verhindern, auch an den Grenzen Rußlands und in ganz Eurasien. Daß diese Programme keineswegs harmlos sind, zeigen die unerbittlichen Fakten in der Ukraine.

Wir sehen eine sture Linie zur Privatisierung des Sekretariats der Vereinten Nationen und zur Einführung eines neoliberalen Diskurses in dessen Arbeit, der die kulturelle und zivilisatorische Vielfalt der modernen Welt ignoriert. In diesem Zusammenhang rufen wir dazu auf, wie in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehen, auf eine ausgewogene geographische Vertretung der Mitgliedstaaten in den Strukturen des Sekretariats zu achten und die Dominanz einer Gruppe von Ländern zu verhindern.

Eine unerträgliche Situation ist dadurch entstanden, daß Washington seinen Verpflichtungen aus dem Abkommen zwischen dem Sekretariat und der US-Regierung über die Verpflichtungen des "Gastgeberlandes" des UN-Hauptquartiers zur Gewährleistung normaler Bedingungen für die Teilnahme aller Mitgliedstaaten an der Arbeit der Vereinten Nationen nicht nachkommt. Das Abkommen überträgt dem Generalsekretär auch die Verantwortung für diese Aufgabe. Die Trägheit ist nicht akzeptabel.

Die Bemühungen einiger Länder, die Vorrechte des Sicherheitsrates zu untergraben, sind besorgniserregend. Zweifellos müssen sowohl der Rat als auch die UNO als Ganzes an die modernen Realitäten angepaßt werden. Wir sehen Perspektiven für eine Demokratisierung der Arbeit des Sicherheitsrates ausschließlich - das möchte ich betonen - durch eine stärkere Vertretung von Ländern aus Afrika, Asien und Lateinamerika.

Wir weisen insbesondere auf Indien und Brasilien als wichtige internationale Akteure und würdige Kandidaten - während einer gleichzeitigen Stärkung des Profils Afrikas - für eine ständige Mitgliedschaft im Rat hin.

Heute ist es wichtiger denn je, daß sich alle Mitgliedstaaten unmißverständlich und ohne Ausreden zu den Zielen und Grundsätzen der UN-Charta bekennen - als ersten notwendigen Schritt zur Wiederherstellung der kollektiven Verantwortung für das Schicksal der Menschheit.

Genau zu diesem Zweck wurde im Juli 2021 die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta gegründet, die von Rußland mitbegründet wurde und der bereits rund zwei Dutzend Länder angehören. Die Gruppe ist bestrebt, die strikte Einhaltung der universellen Normen des Völkerrechts als Gegengewicht zu schädlichen einseitigen Ansätzen zu gewährleisten. Wir rufen alle, die diese Position teilen, auf, sich ihr anzuschließen. In diesem Zusammenhang haben die Bewegung der Blockfreien, die BRICS, die SCO und die ASEAN ein erhebliches positives Potential.

Während die westlichen Kollegen allen Ländern aggressiv ihr Verständnis von Demokratie als Modell für die Organisation des gesellschaftlichen Lebens aufzwingen, sind sie kategorisch nicht bereit, sich in internationalen Angelegenheiten von demokratischen Normen leiten zu lassen.

Ein aktuelles Beispiel ist die Situation in der Ukraine. Rußland hat seine Position ausführlich begründet, und das schon seit mehreren Jahren. Der Westen hat erklärt, daß er damit nicht einverstanden ist. Es scheint, daß der Rest der Weltgemeinschaft selbst entscheiden sollte, welche Position er einnehmen will: für die einen, für die anderen oder für die Neutralität.

So sollte es in Demokratien sein, wenn Politiker, die sich bekämpfen, ihren Standpunkt verteidigen und in der Bevölkerung agitieren, aber die USA und ihre Verbündeten geben niemandem die Wahlfreiheit. Sie drohen und drehen jedem die Arme auf den Rücken, der es wagt, selbstständig zu denken. Sie fordern mit Drohungen, sich den anti-russischen Sanktionen anzuschließen. Das funktioniert schlecht, aber es ist offensichtlich, daß diese Art des Vorgehens der USA und ihrer Satelliten überhaupt keine Demokratie ist, sondern reine Diktatur, zumindest der Versuch, eine Diktatur durchzusetzen.

Es entsteht der Eindruck, daß Washington und das unterjochte Europa versuchen, ihre entrinnende Hegemonie ausschließlich mit verbotenen Methoden zu erhalten. An die Stelle der Diplomatie treten immer wieder illegitime Sanktionen gegen starke Konkurrenten in Wirtschaft, Sport, Medien und Information, kulturellem Austausch und menschlichen Kontakten insgesamt. Nehmen wir das Problem der Visa für Delegierte zu internationalen Veranstaltungen in New York, Genf, Wien und Paris - auch dies ist ein Versuch, Konkurrenten auszuschalten, um alternative Ansichten in multilateralen Diskussionen zu verhindern.

Ich bin von der Notwendigkeit überzeugt, die UNO zu verteidigen, die Weltorganisation von allem Konfrontativen und Aufgezwungenen zu säubern und ihren Ruf als Plattform für ehrliche Diskussionen wiederherzustellen, um ein Gleichgewicht zwischen den Interessen aller Mitgliedsstaaten zu finden. Das ist der Ansatz, der die Förderung unserer nationalen Initiativen bei der UNO leitet.

Es ist von entscheidender Bedeutung, ein umfassendes Verbot der Stationierung von Waffen im Weltraum zu erreichen, was das Ziel des russisch-chinesischen Entwurfs des internationalen Vertrags ist, der derzeit von der UN-Abrüstungskonferenz geprüft wird.

Besondere Aufmerksamkeit sollte der Aufgabe des Schutzes des Cyberspace gewidmet werden, einschließlich einer Einigung in der Offenen Arbeitsgruppe der Generalversammlung über Möglichkeiten zur Gewährleistung der internationalen Informationssicherheit sowie der Ausarbeitung eines universellen Übereinkommens zur Bekämpfung der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien zu kriminellen Zwecken im Rahmen des Ad-hoc-Ausschusses.

Wir werden das Büro für Terrorismusbekämpfung und andere Antiterror-Organe der Vereinten Nationen weiterhin unterstützen.

Wir werden die dynamische Entwicklung der Beziehungen der Vereinten Nationen zur OVKS, zur GUS und zur Eurasischen Wirtschaftsunion weiter fördern, um die Bemühungen im eurasischen Großraum zu koordinieren.

Rußland ruft dazu auf, die Bemühungen zur Beilegung regionaler Konflikte zu verstärken. Wir halten es für vorrangig, den Stillstand bei der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates zu überwinden, die durch die NATO-Aggression zerstörte Staatlichkeit Iraks und Libyens wiederherzustellen, die Bedrohung der Souveränität Syriens zu neutralisieren, einen nachhaltigen nationalen Aussöhnungsprozeß in Jemen einzuleiten und das schwere Erbe der NATO in Afghanistan zu überwinden. Wir bemühen uns, das ursprüngliche iranische Atomprogramm wiederzubeleben und um eine faire und um eine umfassende Lösung der Probleme auf der koreanischen Halbinsel.

Die zahlreichen Konfliktsituationen in Afrika erfordern es, der Versuchung zu widerstehen, sie zum Gegenstand geopolitischer "Nullsummenspiele" zu machen, und externe Akteure zur Unterstützung der Initiativen der Afrikanischen Union zu gewinnen. Die Lage im Kosovo und in Bosnien und Herzegowina, wo die USA und die EU hartnäckig daran arbeiten, den in der Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats und dem Friedensabkommen von Dayton verankerten internationalen Rechtsrahmen zu zerstören, gibt Anlaß zur Sorge.

Frau Präsidentin!

In Zeiten des Wandels liegt es in der Natur des Menschen, Unterstützung und Trost in der Weisheit der Vorfahren zu suchen, die ebenfalls auf die Probe gestellt worden sind. Mit den treffenden Worten des ehemaligen UN-Generalsekretärs James Hammarskjöld, der sich an die Schrecken des Zweiten Weltkriegs erinnerte: "Die UNO wurde nicht geschaffen, um die Menschheit in den Himmel zu führen, sondern um sie vor der Hölle zu retten."

Diese Worte sind aktueller denn je. Sie fordern uns alle auf, unsere individuelle und kollektive Verantwortung für die Schaffung der Voraussetzungen für eine sichere und harmonische Entwicklung künftiger Generationen wahrzunehmen. Dies erfordert den politischen Willen aller Beteiligten.

Wir sind zu dieser ehrlichen Arbeit bereit und davon überzeugt, daß der Fortbestand der Weltordnung nur durch eine Rückkehr zu den Wurzeln der Diplomatie der Vereinten Nationen gewährleistet werden kann, die auf dem wichtigsten Grundsatz der Charta beruhen, nämlich der Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten.<<

28.09.2022

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. September 2022: >>"Europa wird zugrunde gerichtet"

Von Gast Autor *Viktor Orban*

Anläßlich der aktuellen Herbstsitzung des ungarischen Parlaments hielt der ungarische Ministerpräsident eine bemerkenswerte Rede. Es folgt ein Auszug. ...

"Die verhängten Sanktionen fügen auch Europa enormen Schaden zu. Dem gegenüber hat Rußland seit dem Krieg, also in einem halben Jahr, 158 Milliarden Euro durch erhöhte Energieexporte verdient. Das ist mehr als die gesamten jährlichen Exporterlöse Rußlands für 2021 in einem halben Jahr.

Davon wurde die Hälfte dieses Betrages, 85 Milliarden Euro, von den EU-Ländern bezahlt. Mit Sicherheit also haben die Sanktionen die Menschen in Europa ärmer gemacht haben und Rußland nicht in die Knie gezwungen. Diese Waffe ging nach hinten los: Mit den Sanktionen hat sich Europa selbst in den Fuß geschossen.

"Europa wird zugrunde gerichtet"

In Brüssel versprochen Bürokraten im Juni auch das Ende des Krieges durch Sanktionen. Trotzdem ist dieser aber immer noch nicht zu Ende, doch die Energiekosten sind in die Höhe geschossen. Die europäischen Unternehmen sind nicht oder nur mehr schwer in der Lage, die sanktionierten Energiepreise zu zahlen.

Wir warten auf eine Antwort, ganz Europa wartet auf eine Antwort aus Brüssel auf die Frage, wie lange wir das noch durchstehen. Wenn das so weitergeht, wird ganz Europa zugrunde gerichtet. Es ist an der Zeit, mit unseren amerikanischen Freunden offen darüber zu sprechen. Solange es noch nicht zu spät ist.

"Wütende Menschen in Europa wählen Regierungen ab"

Es gibt immer mehr wütende Menschen in Europa. Wir sind es auch. Die Brüsseler Bürokraten müssen verstehen, daß sie nicht das Schicksal ganzer Volkswirtschaften und Millionen von Menschen bedrohen dürfen. Das ist unverantwortlich!

Und auf hohe Energierechnungen so zu reagieren, daß man diese doch nach Moskau schicken soll, ist verletzend und beleidigend (Anmerkung: Von der Leyen hatte dies einmal gefordert). So ist es kein Wunder, daß wütende und getäuschte Menschen die Regierungen von Ländern, die Sanktionen unterstützen, nacheinander absetzen." ...<<

29.09.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 29. September 2022: >>"Pipeline-Terror: Indizien sprechen gegen die USA"

Von *Jürgen Elsässer*

Die Spuren, die die USA am Anschlagort Nähe der Insel Bornholm hinterlassen haben, sind verräterisch. ... Im Folgenden eine Übersicht. Aber nicht erst seit den jüngsten Anschlägen auf Nord Stream 2 sind die USA verantwortlich für aggressive Aktionen gegen die BRD, die sie ganz offensichtlich als ihre Kolonie betrachten. Wir müssen endlich souverän werden, die Amis müssen abziehen! Alle Argumente für "Ami go home!" sind hier zusammengefaßt.

Immer dreister versuchen Politik und Lügenmedien, Rußland als Schuldigen bei der Zerstörung seiner eigenen Pipelines darzustellen. Doch die Indizien, daß die USA die beiden Röhren gesprengt haben, sind erdrückend. Die folgende Zusammenstellung übernahmen wir vom Telegram-Kanal "Übersicht Ukraine" und ergänzten sie mit eigenen Recherchen.

Verräterische Spuren

07.2.2022: Biden äußert sich zu den Nord-Stream-Pipelines und sagt, daß er bereit wäre, alles zu tun, um diese zu verhindern. Im englischen Originalton: Biden: "There will be no longer a Nord Stream 2. We will bring an end to it."

Journalistin: "How will you do that, exactly? Since the project and control of the project is within Germany's control?"

Biden: "I promise you we'll be able to do it."

Ab dem 5.6.2022 startete das Marinemanöver Baltops 2022, eine US Navy- und NATO-Großübung in der Ostsee: "Zur Unterstützung von BALTOPS hat sich die 6. Flotte der US-Marine mit Forschungs- und Kriegsführungszentren der US-Marine zusammengetan, um die neuesten Fortschritte in der Minenjagdtechnologie für unbemannte Unterwasserfahrzeuge in die Ostsee zu bringen und die Wirksamkeit der Fahrzeuge in Einsatzszenarien zu demonstrieren." - Quelle: seapowermagazine.org

Am 1.6.2022 tauchten polnische Greenpeace-Aktivisten zu den Pipelines runter, um gegen sie zu demonstrieren.

Am 23.8.2022 forderte Polens Präsident Duda den Abriß von Nord Stream 2.

Am 2.9.2022 wurden über den jetzt aufgerissenen Stellen von Nord Stream 1 und 2 US-Flugzeuge und Hubschrauber beobachtet.

Am 21.9.2022 tauchten im russischen Seehafen Sewastopol (Krim) unbekannte Über- bzw. Unterwasserdrohnen auf.

Am 22.9.2022 teilte der russische Geheimdienst FSB mit, am Vortag einen Anschlag seitens des ukrainischen Geheimdienstes SBU auf die russisch-türkische Pipeline Turkstream vereitelt zu haben.

Am 24./25.9.2022 passierte ein großer US-Flottenverband das Seegebiet Bornholm, wo später die Explosionen stattfanden.

Am 19. und 26.9.2022 patrouillierten US-Luftstreitkräfte in der Nähe von Bornholm.

In der Nacht zum 26.9.2022 wurden in den Gewässern rund um die dänische Insel Bornholm zunächst drei Lecks, später noch ein viertes, in den Röhren von Nord Stream 1 und 2 festgestellt.

Am 27.9.2022 wurde die Baltic Pipe eingeweiht, die Gas von Skandinavien nach Polen bringt.

Am 27.9.2022 bedankte sich der ehemalige polnische Außenminister Radek Sikorsky für die Sprengung der Pipeline: "Thank you, USA!"

Die USA - aggressive Besatzungsmacht in Deutschland

Daß die USA aggressiv als Besatzungsmacht gegen deutsche Interessen auftreten, haben wir in der COMPACT-Spezialausgabe "Ami go home. Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten" dokumentiert. In einer dreiseitigen Zitateübersicht hat die Ausgabe auch einige hellsichtige Auslassungen etablierter Politiker und Medien dokumentiert, die in der heutigen Kriegshysterie wie Zitate aus einem anderen Universum wirken.

"Die USA wird von 200 Familien regiert, und zu denen wollen wir gute Kontakte haben" (Arend Oetker, Ex-Vorstand der Atlantikbrücke e.V., Berliner Zeitung, 17.5.2002)

"Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil." (Oskar Lafontaine, Kolumne der Bild Zeitung, 6.1.2003)

"Deutschland ist kein souveränes Land befindet sich immer noch eigentlich im Nachkriegszustand. ... Wir haben eine staatliche Ordnung, das ist keine Frage und die funktioniert recht und schlecht, aber ... wir sind kein Land wie Frankreich." (Ulrich Maurer, MdB, Die Linke, 21.3.2011)

"Washington behält sich schließlich auch das Recht vor, in Staaten gezielt Menschen zu töten, die nicht dazu fähig oder in der Lage sind, die mutmaßlichen Terroristen selbst zu verfolgen oder ihr Einverständnis zu einer Vollstreckung durch die Amerikaner zu geben. Dann wären theoretisch gezielte Drohnenangriffe auch in verbündeten Staaten wie Deutschland möglich." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8.2.2013)

"Es sprengt jede Vorstellung, daß unsere Freunde in den USA die Europäer als Feinde ansehen." (Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger zum NSA-Skandal, bild.de, 30.6.2013)

"Es gibt ja diese Vorstellung, daß die Vorbehaltsrechte ... der Alliierten im Bereich des Notstandes und der Überwachung Ende der 60er Jahre ... beseitigt worden seien. Dieses ist formal richtig, faktisch aber nicht. Inhaltlich waren sie schon längst in einem ergänzenden Vertrag zum NATO-Truppenstatut fortgeschrieben worden durch weitere Geheimvereinbarungen ... Und darin legten beide Seiten fest, daß auch nach Aufhebung der Vorbehaltsrechte alle Überwachungsrechte der Alliierten weiterhin erhalten bleiben." (Der Historiker Josef Foscaphoth, ARD-Tagesthemen, 15.7.2013)

"2011 räumte die Bundesregierung unter Angela Merkel auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke ein, daß in den Jahren 2004 bis 2011 207 US-Firmen Sonderrechte für geheimdienstliche Tätigkeiten in Deutschland gewährt wurden. Rechtliche Grundlage der Sonderrechte ist Artikel 72 Absatz 4 des Zusatzabkommens zum Nato-Truppenstatut." (presseportal.de zur ZDF-Sendung Frontal 21, 30.7.2013)

"Das deutsche Volk kann verlangen, was es will, das ändert nichts an der Tatsache, daß die deutschen Geheimdienste und Militärs nur eine Filiale der CIA und des US-Verteidigungsministeriums sind. Nicht mehr. ... Deutschland ist doch nur eine ganz gewöhnliche Kolonie der USA." (Jewgenij Fedorow, Abgeordneter der russischen Staatsduma, 20.8.2013)

"Deutschland wurde bedrängt, sein G-10-Gesetz zu ändern, um die NSA zu befriedigen, und hat die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Bürger untergraben." (Edward Snowden, tageschau.de, 7.3.2014)

"Immer fließen die Daten über Ramstein. Ohne Deutschland wäre der gesamte Drohnenkrieg des US-Militärs nicht möglich." (Der ehemalige US-Drohnenpilot Brandon Bryant, Süddeutsche Zeitung, 4.4.2014)

"Hat Deutschland eine Verfassung? ... Tut die NSA gar nichts Verbotenes, sondern darf das eigentlich sogar, weil die Deutschen es ihr per Gesetz erlauben? Weil wir eigentlich gar kein richtiges Land sind. Weil wir immer noch besetzt sind." (Xavier Naidoo bei einem Spontankonzert in Mannheim, 15.8.2014)

"Warum müssen amerikanische Atombomben in Deutschland bleiben?" - Der Sprecher des Auswärtigen Amts, Dr. Martin Schäfer: "Ich glaube nicht, daß ich dazu etwas sagen sollte. Das entscheiden in erster Linie die Amerikaner." (Bundespressekonferenz, 6.3.2015)<<

30.09.2022

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 30. September 2022: >>Die Lebensader abschneiden

Drohender Wirtschaftskollaps: Eine Industrienation zerstört sich selbst - mit fatalen

Folgen für den Einzelnen

Von Holger Douglas

Was Deutschland droht, hat Detroit bereits hinter sich. Einst galt die blühende Stadt im US-Bundesstaat Michigan aufgrund der großen Autohersteller als "Motor City". Kaum eine andere Stadt erlebte jedoch nach dem Niedergang ihrer Autoindustrie eine solch starke Deindustrialisierung. Der Abstieg der Metropole führt uns vor Augen, was der Begriff tatsächlich bedeutet. Hunderttausende Arbeitslose, geschlossene Geschäfte, leerstehende Häuser - wer konnte, verließ die Stadt. Kriminalität, Brandstiftung und eine korrupte Verwaltung taten ein Übriges, um Detroit zur Geisterstadt werden zu lassen.

Auch hierzulande werden erste Industriegebiete zu Geisterstädten. Heute stehen riesige Fabrikanlagen leer in Deutz bei Köln wie in vielen anderen Städten des Ruhrgebietes, zerfallen die Backsteinmauern der Industriebauten, pfeift der Wind durch eingeworfene Fenster. Ein ähnliches Bild bietet sich auch in anderen Regionen Deutschlands.

Nein, es ist kein wirtschaftliches Versagen wie in Detroit, es ist auch kein äußerer Feind, der vor den Landesgrenzen steht und die Energieversorgung zerstört. Der Feind steht im eigenen Lande und vernichtet mit voller Absicht die Infrastruktur. Eine Phalanx aus NGOs, Grünen, SPD und CDU schaltet mit lautem Beifall ein funktionierendes Kraftwerk nach dem anderen ab, eins in Hamburg-Moorburg ist gerade erst fünf Jahre alt gewesen. Milliardenwerte werden vernichtet und die gesicherte Stromversorgung ausgemerzt.

Gleichzeitig versucht eine Ampelkoalition verzweifelt, die dadurch entstehenden gigantischen Kosten vor dem Wahlvolk zu verstecken. Mal soll das Täuschungsmanöver Gasumlage heißen, dann wieder nicht, nachdem die dramatischen Beträge für die Haushalte klar wurden. Beliebt ist zur Zeit ein Gaspreisdeckel, wobei offen ist, wer die Luft zwischen Deckel und Realität bezahlen soll.

Stromleitungen aber sind die Lebensadern einer modernen Industriegesellschaft. Das hat dramatische Folgen, die langsam spürbarer werden. Über Blackouts wird mittlerweile so geredet wie über die Ausgestaltung des kommenden Urlaubs. Eine Regierende Bürgermeisterin in Berlin wagt zu behaupten, Stromausfälle seien vertretbar - für ein Industrieland eine Katastrophe.

Die Autoindustrie verlagert bereits ihre Produktion ins Ausland. Schleichend, still und heimlich. Volkswagen prüft laut Bloomberg Möglichkeiten einer Erdgasknappheit entgegenzuwirken. Dazu gehört auch die Verlagerung innerhalb des weltweiten Werksnetzes. Das Unternehmen verfügt über große Fabriken in Deutschland, der Tschechischen Republik und der Slowakei. Eine weitere Option ist die Produktion in China.

"Als mittelfristige Alternativen konzentrieren wir uns auf die Verlagerung von Produktionskapazitäten", ähnlich wie dies bei "Halbleiterknappheit" und "anderen jüngsten Störungen der Lieferkette" bereits "gängige Praxis" sei, lautet die nüchterne Erkenntnis von Geng Wu, Leiter der Volkswagen-Abteilung Beschaffung.

Der Mittelstand kann kaum verlagern. Er muß schließen, wenn Strom und Gas die Produktion zu teuer machen. Das trifft mittlerweile fast alle Betriebe, die viel Energie benötigen: Hüttenwerke, Gießereien, Papierfabriken. Ein Übriges tragen jene unseligen CO₂-Preise bei, die beständig steigen. Sie bereiteten vor einem Jahr bereits dem alteingesessenen Papierhersteller Zanders das Aus. Ausgerechnet am Tag der Arbeit, am 1. Mai 2021, war für das Unternehmen Schluß. Es sollte sieben Millionen Euro für jene grotesken CO₂-Steuern bezahlen, ansonsten hätte ein Bußgeld in Höhe von drei Millionen Euro gedroht. Grund genug für den skandinavischen Investor, dichtzumachen.

Weitere Folge knapper und teurer Energie: der Kollaps der Versorgung mit Lebensmitteln. Die wird bisher wesentlich durch mittelständische Betriebe und das Handwerk geleistet. Doch Metzger und vor allem Bäcker können die hohen Energiekosten nicht mehr bezahlen; ein

Bäcker kann nicht mit halber Wärme seine Brötchen backen. Notwendige Preissteigerungen kann das Handwerk nicht mehr an seine Kunden weitergeben. Eine Insolvenzwelle ungeheuren Ausmaßes kündigt sich an.

Dieser Prozeß geht schleichend vonstatten. Erst verschwindet der Bäcker an der Ecke, dann läßt der Metzger seinen Rolladen für immer herunter, es macht der kleine Betrieb dicht, der all die Jahre Kunststoffteile geliefert hat. In ganzen Straßenzügen sammeln sich Blätter, Papiere und Unrat, die der Wind in die Ecken treibt. Es ist niemand mehr da, der saubermacht. Detroit ist überall.

Noch sind die Schreckensszenarien für viele Bürger vermeintlich weit weg - außer für die betroffenen Betriebsangehörigen. Doch Haushalte werden bereits jetzt durch unmäßig gestiegene Strom- und Gaspreise so geschröpft, daß am Monatsende nichts mehr übrigbleibt. Nicht einmal mehr die kaputte Waschmaschine kann ersetzt werden. Sparkassenverbände rechnen damit, daß bald 60 Prozent der Haushalte gerade noch die Lebenshaltungskosten bezahlen können.

Diejenigen, die vom Sozialamt leben, haben mit höheren Öl- oder Gaspreisen hingegen wenig Probleme: Das Amt zahlt. Also letztlich der, der noch arbeitet. Das führt dazu, daß der Arbeitende selbst in Bedrängnis gerät, weil er aus eigener Arbeitskraft nicht mehr die ins Wahwitzige gestiegenen Preise bezahlen kann und womöglich frierend in seiner Wohnung sitzt.

Unterdessen sind die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte bereits im April so stark gestiegen wie noch nie seit Beginn der Erhebung im Jahr 1961. Laut Statistischem Bundesamt lagen sie um 39,9 Prozent höher als im April 2021 Ganz zur Freude einiger Politiker: Die "Zeit billiger Lebensmittel" sei vorbei, verkündete jüngst die ehemalige Landwirtschaftsministerin Renate Künast (Grüne). Aufgrund des Klimawandels sei eine Transformation notwendig. Kein Fleisch, sondern Hülsenfrüchte stehen also künftig auf dem Speiseplan.

Deindustrialisierung - das ist eben nicht nur einmal eine kurze Stromunterbrechung, teurer Sprit und hohe Gaspreise. Das ist der Rückfall in die Steinzeit. Nachts soll die Straßenbeleuchtung ausgeschaltet werden, schlagen erste klamme Städte und Gemeinden vor. Doch erst durch das Fehlen des Lichts merkt man, was eine Beleuchtung ausmacht. Auch in Detroit waren bis zu 40 Prozent der 88.000 Straßenleuchten defekt.

Es war so dunkel, daß die Stadt ein Erneuerungsprogramm beschloß, um der Kriminalität Herr zu werden. Für 185 Millionen Dollar wurde schließlich die Straßenbeleuchtung saniert. Es ist schwer und teuer, eine Industriestadt auch nach einer Krise wieder zu beleben und neu aufzubauen. Um wieviel schwieriger fällt dies wohl bei einem mutwillig abgewürgten Industrieland wie Deutschland?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. September 2022:

>>**Hans-Georg Maaßen: Die BRD schafft sich ab**

Von *Karel Meissner*

Ex-Verfassungsschutz-Chef Maaßen warnt: Die ideologisierte Ampel-Regierung ist eine Gefahr für die Demokratie. ...

Hans-Georg Maaßen war Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz zu einer Zeit, als die Schlapphüte - bei aller Problematik ihres Vorgehens - die Verfassung und nicht die Regierung schützen sollten. Zumal Letztere inzwischen zum Feind der Demokratie geworden ist.

Abgestritten wird diese Demokratiezerstörung fast nur noch von Propagandamedien und ahnungslosen Fans, während Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) ganz ungeniert zugeibt, was sie von der Meinung ihrer Wähler hält. Folglich warnt Maaßen im Interview mit dem unabhängigen Journalisten Alexander Wallasch vor dem Mißverständnis, die heutige Regierung wäre bloß unfähig:

"Aber die Unfähigkeit ist nur die eine Seite. Ich bin der festen Überzeugung, daß diese Leute auch viel kaputtmachen wollen, weil es deren Motivation ist, eine grüne Transformation

durchzuführen, die nur möglich ist, wenn das bestehende Gesellschaftssystem zerstört und ein neues aufgebaut wird."

Diese gewollte Entdemokratisierung zugunsten einer Ideologisierung hat historische Vorbilder. Maaßen benennt sie:

"Einen solchen gesellschaftlichen Konstruktivismus gab es im klassischen Sozialismus, im Nationalsozialismus und im Maoismus, und jeder gesellschaftliche Konstruktivismus führte zu Tod und Elend. Diese Leute lehnen unsere freiheitliche Demokratie ab, weil sie der Auffassung sind, daß ihre ideologischen Ziele, wie zum Beispiel der Schutz des Weltklimas, wichtiger sind als der demokratische Rechtsstaat.

Demokratie hat für diese Leute nur eine dienende Funktion, nämlich sie dient der Durchsetzung ihrer ideologischen Ziele. Sieht der Volkswille so aus, daß die Ideologie abgelehnt wird, wird dies von diesen Leuten nicht akzeptiert, weil es rechts, konterrevolutionär oder verschwörungstheoretisch ist."

Der ehemalige VS-Chef führt die Assoziation zum Nationalsozialismus weiter aus:

"Diese Leute verhalten sich wie Nazis, die andere Menschen ausgrenzen, diffamieren, sie zum Schweigen bringen wollen, die ihnen die wirtschaftliche Existenzgrundlage entziehen, die einfach nicht ertragen können, daß es Andersdenkende gibt, die selbst über ihr Leben entscheiden wollen, daß es Menschen gibt, die die Wahrheit aussprechen, die der Lügenideologie widerspricht, und die schlicht eine andere Meinung haben.

Ich spüre diesen tiefen Haß dieser Leute, die es einfach nicht ertragen können, mit der Wahrheit konfrontiert zu werden. Ich frage mich inzwischen, wie weit diese Leute noch gehen wollen."

Ein solches Demokratieverständnis gleiche auch dem der DDR, sei "verfassungsfeindlich und müsse bekämpft werden. Dennoch ist für Maaßen die Lage nicht hoffnungslos. Auch viele Grünen-Wähler würden zunehmend aufwachen und die Gefahr erkennen.

Das darf allerdings bezweifelt werden.<<

Die politische Webseite "anti-spiegel" berichtet am 30. September 2022 (x1.177/...): >>**Nord Stream gesprengt: Die wohl dümmste Propaganda aller Zeiten**

Von *Thomas Röper*

Die Nord-Stream-Pipelines wurden gesprengt und die westlichen Medien veranstalten die wohl dümmste Propaganda-Aktion aller Zeiten.

Nachdem die Nord-Stream-Pipelines offensichtlich gesprengt wurden, beginnt die Suche nach dem Schuldigen. Die westlichen Medien beginnen die dümmste Propaganda-Aktion aller Zeiten, indem sie zunächst einige Tage so tun, als sei man bei der Suche nach dem Schuldigen ergebnislos. In Wahrheit sieht man bereits deutlich, daß sie Rußland die Schuld geben wollen. Die USA werden als möglicher Schuldiger nicht einmal erwähnt. Wie dumm das ist, versteht sogar ein Grundschüler.

Und um es gleich klar zu sagen: Eine Reparatur der Pipelines dürfte unmöglich sein, denn die Röhren werden sich nun mit Salzwasser füllen und sie werden beginnen, zu rosten. Eine Reparatur wäre nur dann zumindest theoretisch möglich, wenn sie sofort beginnen würde. Das jedoch ist nicht zu erwarten. Die Pipelines sind damit tot.

Die USS Kearsarge

Die Medien tun so, als habe Rußland den Anschlag auf die Pipelines organisiert. Die USA werden von den Medien bei ihrer "Suche nach Schuldigen" als mögliche Verursacher der Explosionen nicht einmal genannt, dabei ist es ausgesprochen interessant, daß die USS Kearsarge, ein amphibisches Angriffsschiff der Wasp-Klasse der US-Navy, schon seit Monaten in dem Gebiet operiert. Ungewöhnlich ist, daß das englische Wikipedia darüber mit sehr vielen Quellen sehr ausführlich berichtet:

"Am 13. Mai 2022 nahm die Kearsarge an einem PASSEX-Training mit der finnischen und der schwedischen Marine in der nördlichen Ostsee teil. Vom 17. bis 23. Mai nahm die Kearsarge mit ihrer amphibischen Bereitschaftsgruppe an der NATO-Wachaktivität Neptune Shield 2022 teil. Am 27. Mai dockte die Kearsarge vor der Übung BALTOPS 22 in Tallinn, Estland, an. Am 2. Juni traf sie in Stockholm, Schweden, ein. Am 20. August traf sie in Klaipeda, Litauen, ein."

Außerdem brachte die Kearsarge am 23. September US-Marines der 2nd Marine Logistics Group nach Finnland, wo sie an dem Manöver Freezing Winds 22 teilgenommen haben. Die Kearsarge ist unter anderem auf Operationen mit Kampfschwimmern und andere Unterwasser-Operationen spezialisiert. Und dieses Schiff fährt seit Monaten unbemerkt von den deutschen Medien in der Ostsee herum, auch in der Nähe der Nord-Stream-Pipelines.

Daß die NATO vor Portugal erst vor wenigen Wochen den Einsatz von "unbemannten maritimen Systemen" geprobt hat, die "über dem Wasser, auf dem Wasser und unter Wasser" eingesetzt werden können, ist sicherlich ein Zufall. Das Manöver endete am 22. September.

Ob die Systeme danach mit dem Flugzeug nach Finnland gebracht und auf die Kearsarge verladen wurden, die dort am 23. September festgemacht hat? Die Frage würde ich der NATO stellen, wenn ich ein Journalist bei deutschen Medien wäre, aber die "Qualitätsmedien" finden diese Frage nicht interessant genug, um ihre Leser darüber zu informieren, oder gar bei der NATO nachzufragen.

Russische Schiffe?

Die Explosionen bei den Nord-Stream-Pipelines haben sich nur drei Tage nach dem Besuch der Kearsarge in Helsinki ereignet. Wo war die Kearsarge zu dem Zeitpunkt? Auch die Frage ist interessant.

Es muß allerdings nicht zwangsläufig die Kearsarge sein, die mit den Explosionen zu tun hat. Die Systeme, die in Portugal erprobt wurden, könnten sich schon seit Monaten auf NATO-Schiffen in der Ostsee befinden und könnten mit den vor Portugal gewonnenen Erfahrungen eingesetzt worden sein.

In der Ostsee sind viele US-Kriegsschiffe unterwegs, warum fragt kein Journalist nach, welche NATO-Schiffe (einschließlich U-Boote) sich zum Zeitpunkt der Explosionen, oder in den Tagen davor, dort aufgehalten haben?

Die Frage ist nämlich auch im Hinblick auf eine mögliche russische Täterschaft interessant, denn wenn sich herausstellen sollte (und davon ist auszugehen), daß sich in dem Gebiet viele NATO-Schiffe aufgehalten haben, dann hätten sie etwaige russische Kriegsschiffe (auch U-Boote) in dem Gebiet geortet.

Daher wiederhole ich die Frage: Wie viele und welche NATO-Schiffe haben sich zum Zeitpunkt der Explosionen, oder in den Tagen davor, dort aufgehalten? Und um eine mögliche russische Täterschaft zu klären, muß man auch eine zweite Frage stellen: Welche russischen Schiffe (und U-Boote) haben die NATO-Schiffe zum Zeitpunkt der Explosionen, oder in den Tagen davor, dort geortet?

Diese Fragen werden von den deutschen "Qualitätsmedien" jedoch nicht gestellt.

Rußlands Interesse

Die deutschen Medien und Politiker unterstellen Rußland ein Interesse an der Zerstörung der Pipelines. Aber warum sollte Rußland die Milliarden-teuren Pipelines zerstören, die Rußland eigentlich noch mehr Milliarden einbringen sollen? Zumal Rußland einfach den Gashahn zudrehen könnte und den Gasfluß auch ohne Sprengung der Milliarden teuren Pipelines unterbrechen könnte?

Als Grund wird vom Westen genannt, daß Rußland sein Gas als politische Waffe und Druckmittel einsetzt. Das hat Rußland zwar nie getan, aber nehmen wir einmal an, Rußland würde das tun wollen. Dann wäre es doch ziemlich dumm, die Pipelines zu zerstören. Intelligenter

wäre es, den Hahn zuzudrehen und darauf zu warten, daß die EU (oder Deutschland) auf Knien angerutscht kommt und um Gaslieferungen bittet. Dann könnte Rußland Bedingungen für die Gaslieferungen stellen. Aber wenn Rußland die Pipelines zerstört, hätte es sich das Druckmittel, das es angeblich einsetzen möchte, selbst genommen. Ist das logisch?

Die norwegisch-polnische Pipeline

Wie es der Zufall will, wurde just an dem Tag, an dem die Pipelines gesprengt wurden, die neue Pipeline in Betrieb genommen, die Polen über Dänemark mit Gas aus Norwegen beliefern soll.

Polen hat die Jamal-Europa-Pipeline, die russisches Gas über Weißrußland nach Polen und Europa gebracht hat, schon zum Jahreswechsel faktisch geschlossen und später die Pipelines von Gazprom in Polen verstaatlicht. Seitdem fließt natürlich kein russisches Gas mehr nach Polen. Wenn Rußland Druck ausüben wollte, hätte Rußland die norwegisch-polnische Pipeline sprengen müssen, um Polen unter Druck zu setzen, den Gastransit durch Weißrußland wieder aufzunehmen. Nun aber kann Polen Gas aus Norwegen beziehen und es sogar nach Deutschland weiterverkaufen, weil Deutschland keinen eigenen Zugang zu Pipelinegas mehr hat.

Man kann Putin natürlich für die Ausgeburt des Bösen in Person halten, aber für dumm hält ihn niemand. Warum sollte Rußland die Nord-Stream-Pipelines sprengen, und so Polen in die Hände spielen, und gleichzeitig seine eigenen Möglichkeiten, Gas zu verkaufen (oder von mir aus auch als Druckmittel zu benutzen) zerstören?

Hinzu kommt, daß der ehemalige polnische Außenminister und Europaabgeordnete Radosław Sikorski am 27. September, einen Tag nach den Explosionen, einen Tweet abgesetzt hat, in dem er den USA für die Zerstörung der Pipelines gedankt hat. Dazu hat er den Tweet mit einem Foto der Unfallstelle, mit dem Hashtag #Nordstream und einem Zitat von US-Präsident Joe Biden vom 7. Februar versehen, als Biden sagte, die USA würden Nord Stream 2 stoppen, sollten russische Truppen die ukrainische Grenze überschreiten. Den Tweet hat Sikorski am 29. September wieder gelöscht.

Am 7. Februar gab es folgenden Dialog zwischen Biden und einem Journalisten, auf den Sikorski sich dabei bezogen hat:

Die Interessen der USA

Daß die USA gegen russische Gaspipelines nach Europa generell und gegen Nord Stream 2 im Besonderen sind, war nie ein Geheimnis. Das haben die USA offen gesagt und auch Sanktionen gegen den Bau von Nord Stream 2 verhängt. Noch zu Sowjetzeiten haben die USA versucht, alle Pipelineprojekte zwischen der Sowjetunion und Europa, vor allem zwischen der Sowjetunion und Deutschland, zu verhindern. Die Älteren unter uns erinnern sich noch daran, wie Präsident Reagan die damaligen Pipelineprojekte bekämpft hat.

Die USA wollen außerdem schon seit fast zehn Jahren, als sie im großen Stil mit Fracking begonnen haben, ihr Fracking-Gas nach Europa verkaufen und Rußland aus dem europäischen Gasmarkt drängen. Das US-Fracking-Gas, das als Flüssiggas verschifft wird, ist unter normalen Marktbedingungen um etwa 30 Prozent teurer als russisches, auf herkömmlichem Wege gefördertes und mit Pipelines nach Europa transportiertes Gas.

Daher haben die USA all die Jahre kaum einen Fuß in die Tür des europäischen Marktes bekommen, wenn man von politischen Entscheidungen in Ländern wie Polen absieht, die trotzdem auf amerikanisches Gas gesetzt haben, es aber in Europa aufgrund des hohen Preises nicht verkaufen konnten. Vor der aktuellen, von der EU selbstverschuldeten Gaskrise waren die Flüssiggasterminals in Europa zu kaum 25 Prozent ausgelastet.

Unter dem Druck der USA haben sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten nun entschieden, so weit wie nur möglich auf russisches Gas zu verzichten. Die Folgen sind bekannt: Die Preise

explodieren, weil das nun gelieferte Flüssiggas nicht nur ohnehin teurer ist, sondern auch, weil weltweit schlicht zu wenig davon verfügbar ist, um den europäischen Bedarf zu decken.

Bekanntlich gab es Stimmen in der EU - und vor allem in Deutschland -, Nord Stream 2 als Notlösung zumindest vorübergehend in Betrieb zu nehmen, wenn die Gaskrise im Winter allzu verheerende Folgen haben sollte.

Das wurde durch die Zerstörung der Pipelines nun unmöglich gemacht, was weder im Interesse Rußlands ist, das sein Gas gerne verkaufen würde, noch im Interesse Deutschlands, dessen Wirtschaft nun unweigerlich vor die Hunde gehen wird. Aber es war im Interesse der USA, denn nach der Zerstörung der Pipelines ist nicht nur der lästige Konkurrent Rußland faktisch aus dem europäischen Gasmarkt verdrängt, sondern die Staaten der EU sind bei den Lieferungen von Gas nun plötzlich von den USA abhängig.

Die USA haben damit ein starkes Druckmittel gegen die EU in die Hand bekommen, denn im Gegensatz zu russischem Pipelinegas, das nicht einfach umgeleitet werden kann, können die USA ihr Flüssiggas erstens meistbietend verkaufen und die Tanker flexibel dahin schicken, wo der beste Preis zu erzielen ist, und zweitens können sie der EU jederzeit den Gashahn zudrehen, wenn sie politisch ungehorsam wird, ohne dabei auf Einnahmen aus dem Gasverkauf verzichten zu müssen. Schließlich können die USA es auch nach Asien transportieren.

Und das Beste an all dem ist, daß die USA die EU bei der Untersuchung der Explosionen unterstützen wollen, wie Bidens Sprecherin verkündet hat. Da dürfen wir alle ganz gespannt sein, was bei der Untersuchung wohl herauskommt.

Daß EU-Chefdiplomat Joseph Borrell den Schuldigen an der Zerstörung der Pipelines eine "robuste und vereinte Reaktion" angedroht hat, ist Realsatire. Oder will die EU allen Ernstes die USA bestrafen? Natürlich nicht, denn am Ende wird - mit freundlicher Unterstützung der USA - bei den "Untersuchungen" der Explosionen herauskommen, daß Rußland der Verursacher ist.

Die Auswirkungen auf Deutschland

Die deutsche Wirtschaft wird mit Vollgas an die Wand gefahren, denn erstens wird der Gas-mangel dafür sorgen, daß im Winter ganze Industrien eine Zwangspause machen müssen. Ob diese Unternehmen die Produktion danach wieder aufnehmen können, oder ob sie dann finanziell ruiniert sind, steht in den Sternen.

Hinzu kommt, daß Gas - und damit Strom - in Deutschland und Europa nie wieder so billig werden wie früher, denn selbst wenn es ab morgen genug Flüssiggas in Europa geben würde, wird es wesentlich teurer sein, als das russische Gas. Ob die Unternehmen zu den erhöhten Energiepreisen in Europa auch weiterhin zu Preisen produzieren können, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sind, ist unwahrscheinlich, zumal Konkurrenten, zum Beispiel in China, ihre Energiekosten aufgrund des russischen Gases, das durch die neuen Pipelines nach China fließt, senken können.

Dabei muß ich wieder an das Papier der in den USA sehr einflußreichen RAND-Corporation denken, in dem geschrieben steht, daß es im Interesse der USA ist, die deutsche Wirtschaft zu schwächen, um die US-Wirtschaft durch einen Abzug von Kapital und Produktionskapazitäten aus Deutschland in die USA zu stärken. Die Übersetzung des Papiers finden Sie hier, das Original finden Sie hier. Ob das Papier authentisch ist, ist nicht garantiert, aber Fakt ist, daß alles, was darin geschrieben wurde, gerade eintritt.

Wäre die deutsche Bundesregierung wirklich dem Wohl der in Deutschland lebenden Menschen verpflichtet, würde sie nun massiv auf Aufklärung drängen. Aber die deutsche Regierung ist erstaunlich still und beschuldigt ebenfalls mehr oder weniger direkt Rußland. Dabei dürften sich viele in der deutschen Regierung heimlich über die Zerstörung von Nord Stream freuen, denn vor allem die Grünen waren schon immer gegen das angeblich schmutzige russische Gas.

Mit Fracking-Gas aus den USA haben die prinzipientreuen Grünen hingegen nie ein Problem gehabt, denn das Prinzip der Grünen ist nicht der Umwelt- oder Klimaschutz, ihr Prinzip ist es, den USA zu dienen, wie Wirtschaftsminister Habeck bei seinem Antrittsbesuch in den USA selbst gesagt hat. Darüber hat der Focus damals in einem sehr kurzen Artikel berichtet: "Je stärker Deutschland dient, um so größer ist seine Rolle": Diese Worte sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck bei seinem zweitägigen Besuch in Amerika. In den USA sei man erfreut, daß Deutschland bereit sei, "eine dienende Führungsrolle auszuüben."

Aber von all den Zusammenhängen erfahren die Leser und Zuschauer der deutschen "Qualitätsmedien" nichts, ihnen wird statt dessen vermittelt, daß Rußland die Pipelines gesprengt hat, weil es Gas als Druckmittel einsetzen will. Nur von welchem Druckmittel kann die Rede sein, wenn Rußland gar kein Gas mehr über die Pipelines liefern kann? Und daß die USA ein Interesse an der Zerstörung der Pipelines haben könnten, wird von den deutschen "Qualitätsmedien" nicht einmal erwähnt.

Proteste gegen hohe Preise - gegen wen protestieren?

Ein weiterer Effekt der Sprengung der Pipelines ist, daß die Deutschen sich im Winter zwar über steigende Preise ärgern werden, aber ihre Proteste nicht mehr die Bundesregierung treffen. Bisher war zu befürchten, daß die Deutschen im Winter in Massen für eine Inbetriebnahme von Nord Stream 2 demonstrieren könnten. Das ist nun vorbei, denn eine faktisch nicht mehr existente Pipeline kann man nicht in Betrieb nehmen.

Wenn es Politik und Medien gelingt, die Geschichte von Rußlands angeblicher Schuld an der Zerstörung der Pipelines in die Köpfe der Menschen in Deutschland zu hämmern, dann wäre das ganz im Interesse der deutschen Regierung. Für das Versagen der Bundesregierung und ihrer Vorgängerregierungen in der Energiepolitik würden die Menschen dann Rußland verantwortlich machen, was die ohnehin gewollte anti-russische Stimmung weiter anheizen würde.

In meinem neuen Buch "Inside Corona - Die Pandemie, das Netzwerk und die Hintermänner - Die wahren Ziele hinter Covid-19" zeige ich anhand von umfangreichen zugespilten Datenanalysen, wie die Pandemie durch diverse Organisationen in mehreren Phasen vorbereitet wurde, wobei die aktive Vorbereitungsphase etwa 2016/2017 begann. Darüber hinaus zeigen die Daten auch, welche übergeordneten Ziele diese Organisatoren verfolgen und wie die Pandemie ihnen den Weg zur Erreichung dieser Ziele ebnet.

Das Buch ist aktuell erschienen und ausschließlich hier direkt über den J. K. Fischer Verlag bestellbar.

Thomas Röper, geboren 1971, hat als Experte für Osteuropa in Finanzdienstleistungsunternehmen in Osteuropa und Rußland Vorstands- und Aufsichtsratspositionen bekleidet. Heute lebt er in seiner Wahlheimat St. Petersburg. Er lebt über 15 Jahre in Rußland und spricht fließend Russisch. Die Schwerpunkte seiner medienkritischen Arbeit sind das (mediale) Rußlandbild in Deutschland, Kritik an der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen und die Themen (Geo-)Politik und Wirtschaft.<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. September 2022: >>"Der Westen ist für den Krieg"

Von Gast Autor Viktor Orban

Anläßlich der aktuellen Herbstsitzung des ungarischen Parlaments hielt der ungarische Ministerpräsident eine bemerkenswerte Rede. Es folgt ein weiterer Auszug. Alles über die wahren Hintergründe des neuen Ost-West-Konflikts lesen Sie in COMPACT-Spezial "Feindbild Rußland: Die NATO marschiert".

"Wir stehen vor einem lokalen Krieg und einem globalen Wirtschaftskrieg. Es ist ein langwieriger Krieg zu erwarten. Der Ukraine wird von den USA und der EU mit Waffen und Geld

unterstützt, doch Rußland hat endlos Reserven. Ungarns Position unterscheidet sich von der westlichen Mehrheits-Position: Der Westen ist für den Krieg, Ungarn für den Frieden."

Schutz der nationalen Souveränität

Ungarn müsse nun mehr für seine Armee und seine nationalen Sicherheitsdienste ausgeben, um so "die eigene Souveränität in allen Bereichen zu verteidigen", so Orban weiter. Er verwies auch auf die Bildung von sogenannten Grenzjägertruppen zum Schutz der Südgrenze vor illegalen Migranten. Außerdem "gibt und wird es Versuche von außen geben, um nach und innen Einfluß auf Ungarn zu nehmen: Es ist auch ein Desinformationskrieg im Gange."

"Brüssel kann etwas gegen hohe Inflation tun"

Gerade Familien seien von den wirtschaftlichen Auswirkungen des Krieges hart betroffen, so Orban weiter. Und er führte aus:

"Der Anstieg der Energiepreise in allen Ländern erhöht die Inflation. Diese hohen Energiepreise werden jedoch nicht durch wirtschaftliche Prozesse ausgelöst, sondern durch Sanktionen. Nicht die Wirtschaft, sondern die politischen Entscheidungen in Brüssel sind für die hohe Inflation verantwortlich."

"Brüssel will immer schlauer sein als alle anderen"

Ungarn habe immer seine Gegenargumente zu den Sanktionen angezeigt, aber sie wurden in der EU nicht gehört. Der Ministerpräsident weiter:

"In Brüssel ist es Mode, schlauer zu sein als alle anderen. Wenn ihnen dann die Argumente ausgehen, beschuldigen sie andere, europäische Werte zu verletzen. Daß ist, was mit Ungarn passiert ist. Intellektuell ist alles nicht sehr inspirierend."

Volksbefragung zu Rußland-Sanktionen

Die Einführung von Sanktionen gegen Rußland war laut Orban undemokratisch, wurde von der Brüsseler Elite beschlossen, die Europäer seien von niemandem gefragt worden. "Den Preis für die Sanktionen hingegen zahlen die Menschen in Europa", fügte er hinzu. Ungarn sei das erste EU-Land, das seine Bürger nun nach ihrer Meinung zu den Rußland-Sanktionen befrage.

Ungarn, so Orban weiter, werde den Erdgasverbrauch senken, habe aber genug Erdgas, Strom und Öl: Weil sich das Land "mit den Russen auf neue Gaslieferungen geeinigt hat. Wir haben eine Ausnahme vom allgemeinen russischen Ölembargo erkämpft, auch für unsere slowakischen und tschechischen Freunde. Obwohl sie nicht geholfen und sich nicht bedankt haben." Aber: "Es geht in Ordnung. Ihr seid willkommen."

Ausbau des AKW-Programms

Die Laufzeit des Atomkraftwerk-Blocks Paks 1 werde verlängert und Paks 2 werde mit russischer Hilfe ausgebaut. Die Hälfte des inländischen Stromverbrauchs werde durch Atomkraft bereitgestellt. Deshalb rief Orban auch "die linken Parteien auf, die Entwicklung der ungarischen Atomindustrie nicht zu behindern".

Zudem sei in mehreren Sektoren eine zusätzliche Gewinnsteuer erhoben worden, um diese Mittel für die Unterstützung von Familien bereit zu stellen. Aus sechs Punkten besteht das Programm: Reduktion der Allgemeinkosten, Brennholz-, Braunkohleprogramm, Benzinpreis-, Lebensmittel-Preisobergrenze und Zinsstopp. ...<<

01.10.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 1. Oktober 2022 (x1,242/...):

>>Aus allen Rohren

Der Anschlag auf Nord Stream 1 und 2 zielte darauf ab, die EU existenzbedrohend zu schwächen.

Von *Hannes Hofbauer*

Drastischer Druckabfall in beiden Pipelines von Nord Stream 1 und 2. Nahe der dänischen Ostseeinsel Bornholm beobachteten Flugzeugbesatzungen eine quadratkilometergroße Gas-

blase. In der Nacht vom 25. auf den 26. September 2022 hat der Krieg, der von Rußland gegen Kiew und vom Westen gegen Moskau geführt wird, eine neue Eskalationsstufe erreicht. Er ist in EU-Europa angekommen. Der Angriff auf die Pipelines ist mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auf die USA zurückzuführen.

Es waren Anschläge ungeheuren Ausmaßes, die die beiden für die Gasversorgung Deutschlands gebauten Röhren zerfetzten. Meßstationen in Schweden und Dänemark verzeichneten kräftige unterirdische Detonationen. Um sich vorstellen zu können, welche Wucht für die Zerstörung nötig war, hier ein paar technische Daten: Ein einzelnes Metallrohr der 1.200 Kilometer langen Stränge wiegt 50 Tonnen, ist mit Beton und Bitumen verkleidet und liegt an der Anschlagstelle in 40 Meter Tiefe auf dem Meeresboden.

"Die Zerstörung, die innerhalb eines Tages an drei Röhren des Nord-Stream-Pipelinesystems erfolgte, ist etwas noch nie Dagewesenes. Derzeit ist es unmöglich, den Zeitraum für Reparaturarbeiten an der Gasleitungsstruktur anzugeben", äußerte sich ein Sprecher des Betreiberunternehmens von Nord Stream 1. Eine Wiederherstellung unter den Bedingungen des herrschenden EU-Sanktionsregimes gegen Rußland ist schier undenkbar, fehlen doch sowohl die dafür nötigen personellen als auch finanziellen Ressourcen und Bedingungen.

Zu den Hintergründen des Anschlages waren bereits unmittelbar danach skurrile Wortspenden aus dem EU-Raum zu vernehmen, die sich an Irrationalität geradezu überboten. Demgegenüber: Schweigen in den USA und Alarmstimmung in Rußland. Dort hatte bereits vier Tage vor der Sabotage in der Ostsee der Inlandsgeheimdienst FSB einen Anschlag auf Turkstream verhindert, eine Pipeline, die vom südrussischen Anapa über das Schwarze Meer die Türkei, Serbien und Ungarn mit Erdgas versorgt.

Den ersten Vogel schoß der polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki ab, der hinter dem Anschlag in der Ostsee sogleich eine russische Sonderoperation ausmachte.

Was Moskau dazu veranlassen sollte, seine eigene Pipeline, die ihm eine gewisse Verhandlungsmacht gegenüber der Europäischen Union und insbesondere Deutschland beließ, zu sprengen, darüber kamen die seltsamsten Theorien zum Vorschein.

Im Wochenblatt Spiegel wird EU-Außenbeauftragter Josep Borrell zitiert, der "robuste und gemeinsame Reaktionen" Brüssels auf die "vorsätzliche Handlung" ankündigt und damit, ohne es zu sagen, weitere Sanktionen gegen Rußland fordert. Auch der Berliner Tagesspiegel mutmaßt eine "False-Flag-Operation" Moskaus, die angeblich zum Ziel hätte, "Verunsicherung zu schüren" und "den Gaspreis noch mehr in die Höhe zu treiben".

Die Logik dahinter erschließt sich freilich nicht, denn der höhere Gaspreis kann ja nun mangels funktionierender Pipeline für Moskau nicht mehr realisiert werden. Ähnlich grenzwertig argumentiert Springers Welt. Auch sie hat den Täter in Moskau ausgemacht, weil dieser damit verhindern will, daß Deutschland die Restmenge an Gas, die in den Leitungen vorhanden ist, abzapfen kann.

Schon das Einmaleins eines Volksschülers hätte ausgereicht, diese Theorie ins Eck einer Verschwörung zu stellen; denn die Gasmenge, die zwecks Aufrechterhaltung des Drucks in den Leitungen lagert, beträgt nur einen geringen Bruchteil dessen, was Tag für Tag ohne Leck durchfließen könnte.

Staatsterror

Einig ist man sich in der Einschätzung des Urhebers darin, daß es sich dabei nur um einen staatlichen Akteur - und damit staatlichen Terrorakt - handeln kann. Denn für die Aktion der Sprengung in 40 Meter Tiefe benötigt man ein U-Boot und Kampftaucher, die entsprechendes militärisches Know-how mit sich bringen. Nur wenige Staaten auf der Welt besitzen beides.

Rußland hätte so eine Marine, allerdings fehlt - wie gerade argumentiert - das politische Motiv und das wirtschaftliche Interesse. Auch Deutschland - auf der anderen Seite der Röhre liegend - kann man aus ähnlichen Gründen getrost als Täter ausschließen. Polen wiederum, das immer

wieder lautstark gegen Nord Stream verbal zu Felde zog, wäre für eine solche Aktion kaum in der Lage.

Einem einzigen U-Boot aus sowjetischer Bauart fehlen dem Vernehmen nach die Kampftaucher. Kiew paßt ein solcher Anschlag ins politische Konzept, technisch dazu in der Lage ist es aber nicht.

Bleibt als einzige logische Erklärung für den Anschlag eine Tat, die das Weiße Haus in Washington zu verantworten hat. Die zur Explosion gebrachten Sprengladungen besiegelten das Ende der deutsch-russischen Energiekooperation. Diese war den USA schon immer ein Dorn im Auge. Und US-Präsident Joe Biden war sogar so ehrlich, den Anschlag anzukündigen. Auf der letzten Pressekonferenz, die er zusammen mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz am 7. Februar 2022 in Washington abhielt, meinte er vorausschauend:

"Wenn Rußland die Ukraine überfällt, dann wird es Nord Stream 2 nicht mehr geben. Wir werden sie zu einem Ende bringen". Auf Nachfrage einer Journalistin, wie dies denn von staten gehen soll, lächelte Biden süffisant und setzte nach: "Ich verspreche, wir werden dazu in der Lage sein."

Daß es Monate gedauert hat, bis Biden sein Versprechen einlösen konnte, hängt vielleicht nicht nur mit den technischen Möglichkeiten zusammen, sondern auch damit, daß sich die Stimmung für eine Öffnung von Nord Stream 2 in Deutschland drehen könnte, wenn es einmal so richtig kalt wird. Dem wurde nun mit Sprengladungen vorgebeugt.

Letztlich war es ein prominenter Pole, der klar aussprach, wen er für den Staatsterror in der Ostsee verantwortlich macht. Niemand geringerer als der langjährige Verteidigungs- und Außenminister sowie Parlamentspräsident und derzeitiger EU-Abgeordneter, Radosław Sikorski, einst einer der Verhandlungsführer zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch und dem rechten Maidan im Februar 2014, twitterte zwei Tage nach dem Anschlag: "Danke USA".

Die Konsequenzen

Mit dem aller Wahrscheinlichkeit nach von den USA durchgeführtem Anschlag auf die beiden Pipelines hat das Weiße Haus den von Rußland durch seinen Einmarsch in die Ukraine internationalisierten Krieg auf eine neue Eskalationsstufe gehoben. Bislang beschränkte sich die Einmischung der USA und mit ihr fast aller anderen NATO-Länder auf Waffenlieferungen sowie logistische Unterstützung für die Ukraine sowie einen immer mehr Bereiche umfassenden Wirtschaftskrieg gegen Rußland.

In diesem sind die Möglichkeiten so gut wie ausgeschöpft. Staatsterror gegen russische Einrichtungen wie die Gazprom-Leitungen sollen nun offensichtlich die bereits bestehenden Kampfmittel ergänzen.

Im Konkreten folgt Washington damit der altbekannten geopolitischen Weisung des vielfachen US-Präsidentenberaters Zbigniew Brzezinski, der die US-amerikanische Strategie für Eurasien vorgab. Der zufolge geht es zwecks Aufrechterhaltung der USA als Weltmacht in diesem Raum vor allem darum, eine deutsch-russische Achse um jeden Preis zu verhindern. Diesmal um den Preis der Zerstörung einer energetischen eurasischen Schlagader.

Damit ist es gelungen, neben dem auf ukrainischem Territorium stattfindenden Stellvertreterkrieg der USA gegen Rußland, auch einen möglichen deutschen Konkurrenten am Weltmarkt, der zuletzt, zum Beispiel beim Zerfallsprozeß Jugoslawiens, auch geopolitisch immer mehr Präsenz zeigte, zurückzudrängen und klein zu halten.

Mit dem Anschlag auf Nord Stream 1 und 2 verlieren zudem die Forderungen nach Aufhebung der antirussischen Sanktionen, wie sie auch in Deutschland immer populärer werden, an Wirkungskraft.

Denn die damit implizit verbundene Hoffnung, einem Energiekrisenwinter zu entkommen, indem Rußland das Gas wieder verstärkt fließen läßt, ist durch den Terrorakt - zumindest vor-

erst - erloschen. Dies um so mehr, als daß bis zuletzt Gaslieferungen aus Rußland offiziell nicht unter EU-Sanktionen standen.

Die schiere Macht der Sprengung schwächt die Möglichkeit einer Alternative zum "Frieren für die (ukrainische) Freiheit", spricht: Frieren für den Krieg. Desgleichen büßte auch Rußland an Verhandlungsmacht ein und kann nun die Energiekarte für oder gegen den Westen nur mehr sehr beschränkt ausspielen.

Die Gewinner des Anschlags sitzen allesamt in den USA. Das sind zuerst die Frackingunternehmen, die Gas aus den Tiefen der Erde holen, um es in Flüssiggas transportern zu teuren Preisen über den Ozean zu schippern. Auch der von Washington seit mehr als einem Jahrzehnt betriebene Herstellung eines Gasweltmarktes ist man mit der Sprengung von Nord Stream ein gutes Stück nähergekommen.

Bis vor Kurzem war Gasverkauf ausschließlich an Pipelines gebunden, was langfristige Investitionen und Kooperationen erforderlich macht. Dem steht nun die Volatilität und Unsicherheit des Weltmarktes entgegen.

Zum wirtschaftlichen Profiteur mächtiger US-Konzerne gesellt sich ein geopolitischer Sieg Washingtons. Mit den drei Sprengungen in der Ostsee traf man nicht nur Rußland, sondern auch die Europäische Union, insbesondere deren führende Wirtschaftsmacht Deutschland. ... *Hannes Hofbauer, Jahrgang 1955, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Wien. Er arbeitet als Publizist und Verleger. Im Promedia-Verlag sind von ihm unter anderem erschienen "EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen", "Diktatur des Kapitals. Souveränitätsverlust im postdemokratischen Zeitalter" und "Feindbild Rußland. Geschichte einer Dämonisierung".<<*

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Oktober 2022: >>**Krieg gegen Deutschland**

Liebe Leser,

als Colin Powell 2003 die Welt belog, begann der Irak-Krieg. Stecken die USA hinter dem Pipeline-Anschlag, um mit der Rußland-Lüge den Krieg nach Europa zu holen?

Es gibt im Westen immer noch Politiker, die von unseren amerikanischen Freunden sprechen. Dabei geht es in der Politik nicht um Freundschaft, sondern nur um Interessen. Daß den USA Nord Stream ein Dorn im Auge ist, haben sie nie verhehlt. Soll doch nicht nur das eigene Fracking-Gas an Europa verscherbelt, sondern gleichzeitig Europa, insbesondere Deutschland in Sachen Energie von den USA abhängig gemacht werden.

Krieg gegen Deutschland

Als Verlierer des letzten großen Krieges müssen wir eine gewaltige Zeche zahlen. Weder sind wir bis heute souverän noch gibt es einen Friedensvertrag. Wir sind in unseren Entscheidungen nicht unabhängig. Bis heute! Daß es auch keinen Friedensvertrag mit Rußland gibt, könnte die Sache besonders gefährlich machen. Erst zündeln Baerbock und ihre grünen Atlantiker gegen Rußland wo sie nur können. Und dann werden die verbliebenen wirtschaftlichen Stränge nach Rußland endgültig gekappt. Wie die Pipelines. Um anschließend den Russen die Schuld zu geben. Wirtschaftskrieg haben wir schon. Kommt bald auch ein heißer, einer mit Waffengewalt hinzu?

Ukraine-Krieg könnte sich ausweiten

Spätestens mit dem Anschluß von Gebieten der Ostukraine fordert Rußland die Welt heraus. Jeder Angriff auf diese Gebiete ist zukünftig einer auf Rußland selbst. Mit allen Konsequenzen. Die zweitstärkste Atommacht wird angegriffen und sich zu wehren wissen. Spätestens jetzt müssen Verhandlungen her. Deutschland sollte statt Waffen jetzt starke Argumente liefern, um im Osten für dauerhaften Frieden zu sorgen. Frieden mit Rußland! Das könnte am Ende wichtiger sein als gute Beziehungen zu den USA. ...<<

Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Oktober 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Das Märchen von der Volksherrschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Teil 1

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wer lügt, der betrügt und stiehlt auch.

Sprichwort aus Deutschland

Demokratie

Die Demokratie ist eine Alternative zur Monarchie und Aristokratie. Sie ist eine Staatsform, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und daß nach dem Willen des Volkes regiert wird. Die Bezeichnung Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet Volksherrschaft.

Die staatliche Gesetzgebung (Legislative), die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative) müssen in einer rechtsstaatlichen Demokratie voneinander unabhängig sein (Gewaltentrennung), um die Grundrechte der Bürger zu gewährleisten und das allgemeine, gleiche, freie und geheime Wahlrecht zu sichern.

In einer Demokratie kann nur die Gewalttrennung einen Machtmißbrauch des Staates verhindern und die rechtsstaatliche Sicherung der bürgerlichen Freiheiten gewährleisten. Ein Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist, um die bürgerlichen Freiheiten des Einzelnen (Leben, Freiheit und Eigentum) gesetzlich zu verbürgen, ist demnach kein demokratischer Rechtsstaat.

Direkte Demokratie: In der direkten Demokratie ist das Volk als eigentlicher Träger der Staatsgewalt berufen, seine Volkssouveränität in Mehrheitsentscheidungen unmittelbar kundzutun.

Repräsentative Demokratie: Mittelbare Wahl der Abgeordneten durch das Volk (heute gebräuchlichste Form der Demokratie). In der parlamentarischen Demokratie beschließen politische Parteien die Gesetze und sind in den meisten Staaten auch an der Bildung der Regierung beteiligt. Während in vielen Staaten auch Volksentscheide durchgeführt werden, sind für die Bundesrepublik Deutschland keine Volksentscheide vorgesehen.

Die Scheindemokratie der Bundesrepublik Deutschland

Im Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 hieß es (x859/...): >>(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.

(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt. ...<<

Im realen Leben der Bundesrepublik Deutschland ging die Staatsgewalt leider nie vom Volk aus, denn das Volk durfte keine Volksvertreter, sondern lediglich in regelmäßigen Abständen die Vertreter der politischen Parteien wählen.

Spätestens nach der sogenannten Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Jahre 1990 richtete man in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine verdeckte Form der Parteiendiktatur ohne demokratische Gewaltenteilung ein.

Die Staatsgewalt des Bürgers beschränkte sich danach eigentlich nur darauf, regelmäßig einen Wahlzettel auszufüllen und abzugeben. Nach der Stimmenabgabe war die politische Mitwirkung des Bürgers beendet und er durfte anschließend ohnmächtig verfolgen, wie die privilegierten Politiker der etablierten Parteienkaste nach der Wahl alle angeordneten Maßnahmen und Interessen der internationalen Hochfinanz eigenmächtig zu kollektiven Problemen machten und gesetzlich durchsetzten.

In der Bundesrepublik Deutschland existiert gegenwärtig keine mittelbare, repräsentative De-

mokratie in der die gewählten Volksvertreter eigenverantwortlich für das Volk handeln. Es handelt sich tatsächlich um eine fremdbestimmte Parteiherrschaft in der die Regierungsparteien das Denken und Handeln für das Volk übernehmen, ohne jedoch daran zu denken, den Wählerwillen des Volkes zu berücksichtigen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist kein demokratischer Rechtsstaat

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland durfte bekanntlich noch nie per Volksentscheid über wichtige Themen, wie z.B. Änderungen der Verfassung, Abgabe nationaler Souveränität an die EU, UN-Migrationspakt etc., abstimmen.

In der Bundesrepublik Deutschland beherrschen die allmächtigen Regierungsparteien derzeit die staatliche Gesetzgebung (Legislative), die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative). Volksentscheide sind nicht vorgesehen. Es handelt sich demnach zweifelsfrei um einen Staat, der keine unabhängige Gewalten besitzt und nicht auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist.

In dieser Scheinrepublik sind die gewählten Abgeordneten der allmächtigen Regierungsparteien lediglich Marionetten und willige Befehlsempfänger der internationalen Hochfinanz. Da diese globale Clique des Geldadels und der Weltkonzerne aufgrund ihres gigantischen Machtapparates weltweit fast alle politischen und gesellschaftlichen Machtpositionen beherrscht und lenkt, ist die gegenwärtige Herrschaftsform der Demokratie totalitärer und rücksichtsloser als es der Feudalismus des späten Mittelalters jemals war.

Herbert Ludwig berichtete am 17. Mai 2013 über die parlamentarische "Scheindemokratie" (x966/...): >>Fassade "Demokratie"

... Schon 1910 listete der Franzose Francis Delaisi 55 Männer auf, die in Wirklichkeit Frankreich beherrschten und ausbeuteten (*La Democratie et les Financiers*). Dem Großkapital sei es gelungen, aus der Demokratie das wunderbarste und wirksamste Werkzeug zur Ausbeutung der Gesamtheit zu machen.

Man denke gewöhnlich, die Finanzleute seien Gegner der Demokratie. Das sei ein Irrtum, sie seien deren Leiter und bewußte Förderer. Die Demokratie bilde die spanische Wand, hinter der sie ihre Ausbeutungsmethode verbergen, und in ihr fänden sie das beste Verteidigungsmittel gegen die etwaige Empörung des Volkes. Es gibt keine Anzeichen, daß das heute anders wäre.

Graf Coudenhove-Kalergi, der große Vorantreiber eines europäischen Superstaates, schrieb als Kenner der Szene hinter den Kulissen 1925 in seinem Buch "Praktischer Idealismus":

"Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie. Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: Sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister. ... Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist." ...<<

Fehlende Gewaltenteilung

Legislative, Exekutive und Judikative müssen in einer Demokratie unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht in "einer Hand" gebündelt werden kann. In der Bundesrepublik Deutschland sieht das Grundgesetz jedoch keine spezielle Gewaltenteilung vor. Tatsächlich wird alles von den deutschen Regierungsparteien kontrolliert. Nicht der Wähler, sondern die allmächtigen deutschen Regierungsparteien bestimmen seit jeher die Legislative, die Exekutive und entscheiden außerdem, wer z.B. die höchsten Positionen der Judikative übernimmt.

Legislative (Gesetzgebung, Bundestag und Bundesrat)

Die allmächtigen Regierungsparteien bestimmen die gesetzgebende Macht. Parteien, die den grundsätzlichen Konsens nicht teilen, werden systematisch ausgegrenzt. Gesetzentwürfe und sonstige Vorschläge, die von speziellen Oppositionsparteien eingebracht werden, haben grundsätzlich keine Aussicht auf Erfolg.

Exekutive (ausführende Gewalt, Bundesregierung)

Die Exekutive wird von den Koalitionsverhandlungen der allmächtigen Regierungsparteien bestimmt.

Judikative (Rechtsprechung, Richter und Gerichte)

Gemäß Grundgesetz werden die Verfassungsrichter je zur Hälfte durch den Bundestag und den Bundesrat gewählt. Das höchste aller Gerichte, das Bundesverfassungsgericht, steht dadurch nachweislich unter dem Einfluß der allmächtigen deutschen Regierungsparteien. Kein Richter des Bundesverfassungsgerichts bekommt jemals ein Amt, wenn er nicht die richtige politische Einstellung oder die richtige Parteimitgliedschaft besitzt.

Da für die Justiz kein System der Selbstverwaltung existiert, können die allmächtigen deutschen Regierungsparteien den Richtern sogar Weisungen erteilen und damit die richterliche Unabhängigkeit beeinträchtigen oder sogar aushebeln.

Die deutschen Regierungsparteien suchen sich ihre Richter sehr sorgfältig aus, deshalb mußte sich in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch kein Regierungsmitglied vor einem Gericht verantworten.

Die systematisch geplanten Destabilisierungsmaßnahmen, wie z.B. die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise, Corona-Plandemie und der Wirtschaftskrieg gegen Rußland, erfolgten nachweislich durch staatliche Anordnungen. Durch diese langfristig inszenierten ideologischen Destabilisierungsmaßnahmen wurde der Bestand der Bundesrepublik Deutschland nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich gefährdet.

Obleich zahlreiche staatliche Anordnungen zweifelsfrei den Straftatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllen, wurde bis zum heutigen Tag noch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung, die nicht dem Wohle des deutschen Volkes dienten, blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre asozialen Tätigkeiten in aller Ruhe fortsetzen.

Vierte Gewalt

Die öffentlich-rechtlichen Medien stehen ebenfalls unter der Kontrolle der allmächtigen deutschen Regierungsparteien, so daß naturgemäß keine unabhängige Berichterstattung stattfinden kann.

Pflichten der gewählten Vertreter des Volkes

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden gemäß Artikel 38 des deutschen Grundgesetzes in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des gesamten Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen. Die Abgeordneten sind demnach in erster Linie Vertreter des Volkes und nicht Vertreter von politischen Parteien oder Vertreter von geheim agierenden Lobbyorganisationen.

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierte Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern Repräsentanten des gesamten Volkes. Das Leben und die Gesundheit des Volkes zu schützen, zählt zu den wesentlichsten Aufgaben der gewählten Repräsentanten des Volkes.

Fremdbestimmte Abgeordnete

Die Abgeordneten einer politischen Partei sind gewöhnlich nicht unabhängig, weil sie im all-

gemeinen einem Fraktionszwang unterliegen, um eine einheitliche Stimmabgabe im Sinne der Fraktionsbeschlüsse zu gewährleisten.

Ogleich die Abgeordneten relativ hohe Vergütungen erhalten, nutzen viele Abgeordnete die Politik nicht selten dazu, um besser bezahlte Posten in der Privatwirtschaft zu ergattern oder übernehmen außerdem gesetzlich nicht erlaubte Nebentätigkeiten. Nicht wenige Abgeordnete erliegen den geheim agierenden Lobbyorganisationen und werden später für ihre Dienste von privaten Unternehmen übernommen.

Viele Abgeordnete des Deutschen Bundestages sowie Landtags- und Kreistagsabgeordnete sind deshalb schon längst keine Vertreter des Volkes mehr, denn in den letzten Jahrzehnten bildete sich still und heimlich eine spezielle Klasse von fremdbestimmten Berufspolitikern. Die allmächtigen Regierungsparteien behaupten zwar unentwegt gebetsmühlenartig, die Interessen des Volkes vorbildlich zu vertreten, aber diesem politischen Kartell geht es in erster Linie um die Sicherung von besetzten Machtpositionen und die Durchsetzung von verdeckten internationalen Wirtschaftsinteressen.

Die heutigen fremdbestimmten Politiker bzw. die Nachwuchskräfte der transatlantischen Netzwerke (wie z.B. Olaf Scholz, Annalena Baerbock, Robert Habeck, Christian Lindner, Cem Özdemir, Jens Spahn, Peter Altmeier, Julia Klöckner, Karl-Theodor zu Guttenberg und viele andere Politiker), die zur Gruppe der "Young Global Leaders" gehören, durchliefen vor ihrer politischen Karriere jahrelange Ausbildungs-, Erziehungs- und Auswahlprozesse.

Diese Teilnehmer der "Young-Leader-Programme" erinnern heute eher an Mitglieder einer gemeingefährlichen Sekte, die mit Hilfe der gleichgeschalteten Propagandamedien weltweit die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft zerstören will, um einen globalen totalitären Weltstaat mit "neuen besitz- und willenlosen Menschen" oder steuerbaren transhumanen Wesen zu gründen.

Schlußbemerkungen

Die eigentlich unabhängige demokratische Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative existiert nicht, da die gesamte Staatsgewalt durch die allmächtigen deutschen Regierungsparteien ausgeübt wird.

Das deutsche Grundgesetz schreibt vor, daß die Verfassungsrichter nicht vom Volk, sondern von den Parteien (je zur Hälfte von Bundestag und Bundesrat) gewählt werden, deshalb ist die Justiz offensichtlich keine unabhängige Staatsgewalt. Die potentiellen Angeklagten suchen sich ihre Richter praktisch selbst aus.

Da die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig von den Justizministern sind, kann die Justiz den Bürger auch nicht vor der Willkür der Regierung schützen, denn die von den allmächtigen deutschen Regierungsparteien ernannten Justizminister bestimmen, was die Richter und Staatsanwälte zu tun und zu lassen haben.

Die absolute Herrschaft der allmächtigen Regierungsparteien gewährleistet gegenwärtig jedenfalls nachweislich nicht die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger, sondern festigt eher die Fremdbestimmung und Fremdbetreuung bzw. die Bevormundung der Menschen.

Wir haben nur noch sehr wenig Zeit, um die systematisch geplante Vernichtungsaktion der weltweit vernetzten gemeingefährlichen NWO-Psychopathen und ihrer willigen Marionetten gegen die Deutschen zu beenden.

Alle verantwortungslosen und fremdbestimmten Politiker, die gegen Gesetze und alle Prinzipien der Vernunft verstoßen, sind unverzüglich aus ihren Ämtern zu entfernen, denn ohne radikale Reformen werden die bisher eingeleiteten arglistigen Destabilisierungsmaßnahmen höchstwahrscheinlich zu einer noch nie dagewesenen Katastrophe führen.

Die Deutschen müssen sich endlich von ihren naiven Lebenslügen verabschieden und der Wahrheit stellen. Wenn wir jetzt nicht aufwachen und sofort Widerstand leisten, um unsere staatsbürgerlichen Pflichten gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes zu erfül-

len, werden wir unsere von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte niemals zurückbekommen.

Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat bereits verloren. Ohne Widerstand werden wir sang- und klanglos untergehen.

GOTT MIT UNS ...<<

04.10.2022

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 4. Oktober 2022 (x1.216/...): >>

Ärzte für Aufklärung fordern sofortiges Impf-Moratorium!

Die "Ärzte für Aufklärung", eine interdisziplinäre Arbeitsgemeinschaft von Ärzten und anderen Wissenschaftlern, fordern die sofortige Aussetzung der Impfungen gegen das Corona-Virus. Ein massiver Geburtenrückgang, deutliche Übersterblichkeit und immer mehr schwere und schwerste Nebenwirkungen ließen dies dringend notwendig erscheinen, um die Ursachen von unabhängigen Wissenschaftlern klären zu lassen. –

Wir veröffentlichen nachfolgend den Aufruf wegen der fundierten Begründungen zur Information für die Leser. Er schließt sich an bereits vorangegangene Aufrufe anderer internationaler Ärzte- und Wissenschaftlergruppen an. Es ist zu hoffen, daß der wachsende Druck der Wahrheit auf die korrupten Behörden endlich Wirkung zeigt. (*Herbert Ludwig*)

ÄRZTE für AUFKLÄRUNG <https://www.aerzte-fuer-aufklaerung.de/>

Für ein sofortiges Impfmoratorium

Aufgrund

- 1.) des dringenden Verdachtes, daß die Impfungen Ursache des seit Beginn des Jahres aufgetretenen massiven Geburtenrückgangs sind,
- 2.) des festzustellenden über weite Strecken nahezu parallelen Verlaufs der Sterbekurve über dem Mittelwert mit der Anzahl der verabreichten Impfungen, was auch für die zur Zeit propagierte zweite Auffrischungsimpfung (4. Impfung) gilt und
- 3.) von immer mehr bekannt gewordenen schweren und schwersten Nebenwirkungen wird als ein Gebot der Vorsicht und der Vernunft eine sofortige Aussetzung der Impfungen gegen das Corona-Virus gefordert, zumindest solange bis die Ursachen der ersten zwei genannten Punkte von unabhängigen Wissenschaftlern geklärt sind und sicher ausgeschlossen werden kann, daß es die Impfungen sind. Die Forderung beinhaltet eine sofortige Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht.

Dazu kommt, daß

- 4.) die Impfungen ganz und gar nicht das halten, was bei ihrer Einführung versprochen wurde (95 % Wirksamkeit, Eindämmung der Ausbreitung der Corona-Infektionen, Rückkehr zum "normalen" Leben),
- 5.) es bewährte Alternativen der Schul- und der alternativen Medizin gibt, die mindestens genauso gut gegen eine Covid-Erkrankung schützen bzw. genauso hilfreich gegen die Erkrankung sind wie die Impfungen und keine oder nur sehr geringe Nebenwirkungen haben.

Im Einzelnen:

Zu 1.) In den ersten sechs Monaten 2022 (weitere Daten liegen noch nicht vor) wurde ein beispielloser Geburtenrückgang von über 8 % festgestellt in Deutschland, ähnlich hoch in vielen anderen Ländern. Dieser Geburtenrückgang setzte etwa 9 Monate nach Beginn der Impfungen an Menschen im fortpflanzungsfähigen Alter ein. Der Höhepunkt des Rückgangs (15 %) liegt 9 Monate nach dem Höhepunkt der verabreichten Impfdosen.

Dazu kommt eine Vielzahl von Berichten über Fehlgeburten, Menstruationsstörungen, Todesfällen bei Neugeborenen, Komplikationen während der Schwangerschaft etc., so daß ein dringender Verdacht besteht, daß die Impfungen Ursache oder zumindest Mitursache des alarmie-

renden Geburtenrückgangs sind. Eine sofortige Untersuchung der Ursache(n) durch eine oder mehrere Kommissionen unabhängiger Ärzte und Wissenschaftler, in denen kritische Ärzte und Wissenschaftler gleichberechtigt vertreten sind, ist erforderlich.

Zu 2.) Der Verlauf der Sterbekurve über dem Mittelwert geht seit kurz nach Anstieg der Anzahl der verabreichten 2. Auffrischungsimpfungen etwa Anfang März 2022 bei höheren Impfbzahlen fast parallel mit der Anzahl dieser Impfungen. In der Summe geht es dabei bisher um rund 10.000 zusätzliche Todesfälle. Ein ähnlicher Anstieg wurde auch bei der 1. bis 3. Impfung festgestellt, dem von offizieller Seite leider nie ernsthaft nachgegangen wurde. Die Statistik kann selbstverständlich auch hierbei keinen kausalen Zusammenhang nachweisen, doch liefert sie ein sehr ernstes Alarmsignal, welches umgehend von unabhängigen Wissenschaftlern (siehe zu 1.)) untersucht werden muß.

Zu 3.) Mehr oder weniger seit Beginn der Impfungen wird im Internet über schwere Nebenwirkungen berichtet. In der letzten Zeit kommt das auch zumindest etwas in den mainstream-Medien an. Die vom Paul-Ehrlich-Institut (PEI), welches zuständig für die Erfassung der Impfschäden ist, veröffentlichten Fallzahlen sind offenkundig deutlich zu niedrig. Hierfür nur wenige Beispiele, die Liste ließe sich lange fortsetzen:

a) Von den Krankenkassen wurden etwa 2,5 Millionen Impfschäden abgerechnet.

b) Die schweren Impfnebenwirkungen, die unter dem Begriff Postvac geführt werden, betreffen nach Experteneinschätzung 0,02 bis 0,2 Prozent der Geimpften. Bei 66 Millionen Geimpften sind das 13.200 bis 132.000 Betroffene. Beim PEI waren zu dem Zeitpunkt 136 Fälle bekannt (Stand etwa 01.06.22)!! Das wirft ein bezeichnendes Licht darauf, daß bei der zuständigen Stelle nur ein Bruchteil der Impfnebenwirkungen bekannt sind oder von ihr zugegeben werden.

c) Darüber hinaus liegen zahlreiche Meldungen über Myokarditis und über plötzliche Todesfälle bei jüngeren Menschen, vor allem Sportlern, nach Impfungen vor.

Zu 4.) Und was steht den massiven Schäden als Nutzen der Impfungen gegenüber?

Wurde die Wirksamkeit von 95 % erreicht, die zu Beginn der Impfkampagne versprochen wurde? Konnte die Übertragung der Krankheit effektiv vermindert werden? Haben die Impfungen die Rückkehr zum normalen Leben ohne Masken, Tests und Einschränkungen ermöglicht?

Gemessen an den Versprechungen kann man, sofern man die Augen nicht völlig verschließt, die Impfungen nur als krassen Mißerfolg bezeichnen.

Weiterhin liegt auch nach mehr als 20 Monaten Durchführung von Impfungen an einem Großteil der Bevölkerung mit nach wie vor nur vorläufig zugelassenen Substanzen keinerlei Nachweis dafür vor, daß der Nutzen höher ist als der angerichtete Schaden.

Auch hier gilt, daß dringend eine Kosten-/Nutzen-Analyse durch eine Kommission unabhängiger Ärzte und Wissenschaftler erforderlich ist. Die Analyse hat nach Altersgruppen getrennt zu erfolgen. Bereits jetzt ist bekannt, daß in der Altersgruppe der 12- bis 17-jährigen die Nebenwirkungen zu deutlich mehr Intensivstationsfällen führen, als durch die Impfung vermieden werden.

Zu 5.) Alternativen zur Impfung - Hier ist zuerst die wichtigste Präventionsmaßnahme zu nennen, nämlich die Stärkung unseres eigenen natürlichen Immunsystems. Dies bewirkt z.B. die tägliche Einnahme von Vitamin C, Zink und Vitamin D. Bei Durchführung dieser Prävention in Alten- und Pflegeheimen kam es gerade bei den Ungeimpften äußerst selten zu einer schwerwiegenden Infektion.

Bei eingetretener COVID-Erkrankung bestehen medizinische Behandlungsoptionen mit bekannten, weltweit verfügbaren, günstigen Substanzen. Bitte informieren Sie sich und sprechen Sie bei Bedarf mit einem Arzt Ihres Vertrauens.<<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Oktober 2022: >>**Vasallenstaat der USA**

Liebe Leser,

jetzt schlägt's dreizehn! Zwar piffen es die Spatzen von den Dächern. Doch, was Darren Beattie in War Room behauptet, sollte die Welt erschüttern. Eigentlich!

Deutschland sei nichts weiter als ein Vasallenstaat der USA, so der konservative US-Journalist Darren Beattie in Steve Bannons Sendung War Room. Trotzdem hält unsere Ampel fest zur Treue mit den USA. Oder muß sie es sogar, weil jegliche Souveränität fehlt?

Daß die USA auch gegenüber Rußland schalten und walten können wie sie wollen, ist die eigentliche Enthüllung: "Die Nord-Stream-Pipelines liefern Energie aus Rußland nach Deutschland. Sie war den Transatlantikern, die alles tun würden, um die Zusammenarbeit zwischen Rußland und Deutschland zu verhindern, seit jeher ein Dorn im Auge", so Beattie in Bannons Sendung weiter. Bannon war einst Trumps Chefberater.

Völliges Versagen des Mainstreams

Erst versuchten die USA es mit verschiedenen Sanktionen. Doch damit ist jetzt Schluß. "Diese Soft-Power-Maßnahmen sind jetzt vorbei, wir sind auf der Stufe einer direkten physischen Auseinandersetzung angekommen.", so Beatties eindeutiges Fazit.

Warum liest man von solchen Enthüllungen nichts im deutschen Mainstream? Oder auch nicht in den GEZ-Medien? Offensichtlich sitzen auch dort amerikanische Lakaien oder aber solche, die es nicht besser wissen. Journalisten, die nicht mal die einfachste Frage nach den Interessen stellen können: Cui bono? Wem nützt es? Solche braucht keiner.<<

07.10.2022

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 7. Oktober 2022: >>Ein Anschlag mit Folgen****

Wer sprengte die Nord-Stream-Pipelines? Deutschland schaut in die Röhre

Von *Bruno Bandulet*

Um den Nebel zu lichten, der über dem wirtschaftlichen und militärischen Kriegsgeschehen in Europa liegt, lohnt es sich, zwei Autoritäten zu zitieren: den israelischen Militärexperten Martin van Creveld und den Meister der schweizerischen Finanzanalytiker Felix Zulauf. Letzterer nennt die Verwicklung der Ukraine in einen amerikanischen Stellvertreterkrieg gegen Rußland ein Vorgeplänkel des Krieges mit China, den Washington für die Jahre 2026/27 einkalkuliere. "Noch haben die Europäer nicht gemerkt", fährt er fort, "daß sie Spielball der Amerikaner sind, was sich aber in einem kalten und dunklen Winter ändern könnte."

Martin van Creveld wiederum wies in dieser Zeitung darauf hin, daß praktisch alles, was wir über den Konflikt in der Ukraine erfahren, durch eine Reihe von Linsen gehen muß: die der eigenen Geheimdienste, die des ukrainischen Propagandaapparats und die der westlichen Nachrichtenagenturen.

Das gilt auch für die Zerstörung der Erdgasleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 am 26. September. Eine unabhängige Untersuchung wird es nicht geben, weil die Nato und damit die USA das fragliche Gebiet kontrollieren. Jedenfalls wurde mit dem schockierenden Anschlag eine neue Eskalationsstufe des Konflikts erreicht.

Geschädigt ist vor allem Deutschland, weil damit die Option entfällt, doch wieder auf das reichlich verfügbare, preiswerte russische Erdgas zurückzugreifen - sei es im kommenden Winter bei einem Gasnotstand, sei es irgendwann nach Ende des Krieges oder nach einem Machtwechsel im Kreml. Zulauf hat nicht unrecht, wenn er sagt, daß die USA immer verhindern wollten, daß die aus geographischen Gründen natürliche Kooperation zwischen Westeuropa und Rußland zustande kommt.

Die Lage der viertgrößten Volkswirtschaft der Welt könnte prekärer nicht sein. Die Rechnung für den Energiekrieg, die auf Deutschland zukommt, wird sich auf einen hohen dreistelligen

Milliardenbetrag belaufen. Zu den 200 Milliarden Euro, mit denen die Bundesregierung Strom und Gas verbilligen will, müssen die Kosten der bevorstehenden Insolvenzen und der Abwanderung energieintensiver Betriebe ins Ausland addiert werden.

Bereits für das Auffüllen der Erdgasspeicher in diesem Sommer mußte zehnmal soviel bezahlt werden wie früher für das russische Gas. Laut einer Studie der renommierten norwegischen Firma Rystad Energy könnte die Gaskrise bis 2025 andauern, selbst wenn das niederländische Feld Groningen wieder mit voller Kapazität fördert. Die USA können Rußland erst langfristig ersetzen.

Wer aber könnte Motiv und Gelegenheit für den Terroranschlag gehabt haben? Dazu muß man wissen, daß die aus dem Spezialstahl L485/X70 hergestellten Rohre von Nord Stream 2 mit einem Betonmantel geschützt sind und eingegraben oder zugeschüttet wurden. Die Täter mußten die Rohre freilegen oder aber sehr große Sprengladungen verwenden, am besten hochbrisante aus militärischen Beständen. Und sie mußten entweder professionelle Taucher oder Unterwasserdrohnen einsetzen, die von U-Booten oder Überwasserschiffen abgesetzt werden. Damit scheidet private Organisationen wie Greenpeace aus.

Dazu kommt, daß eine so anspruchsvolle Operation nicht innerhalb kurzer Zeit und schwerlich unbemerkt durchgeführt werden konnte. Die Explosionen in einer Tiefe von 70 bis 90 Metern lagen in der Nähe der Übungsgelände der dänischen Marine und in einem Seegebiet, das ständig überwacht wird, auch mit Hilfe von Sensoren an der Küste und an Bord von Kriegsschiffen.

In der Nacht vor dem Anschlag war ein amerikanischer Seeaufklärer des Typs P-8A Poseidon in der Region unterwegs. Außerdem wurde zur Zeit der ersten Explosion ein unidentifiziertes Flugzeug im Nordosten Polens von einer amerikanischen Maschine des Typs KC-135 betankt. Um 3.05 Uhr verschwand es vor Bornholm, es hatte offenbar den Transponder ausgeschaltet. Belegt ist auch, daß die Task Force 68 der 6. US-Flotte im Juni vor Bornholm die Übung BALTOPS 22 durchführte, bei der unbemannte Unterwasserfahrzeuge getestet wurden.

Irgendwelche Beweise für eine amerikanische oder gar polnische oder ukrainische Beteiligung (auch darüber wird schon spekuliert) liegen nicht vor. Es wird sie wohl nie geben. Fest steht nur, daß die Amerikaner die Fähigkeiten zu einer solchen Operation hatten und haben. Auch die russische Marine beherrscht die "Seabed Warfare", die Kriegsführung auf dem Meeresgrund.

Wie aber hätte sie in quasi feindlichem Gebiet ungestört operieren können? Warum blieb die Nord Stream kreuzende neue Baltic Pipe, die den Erzfeind Polen mit norwegischem Gas versorgt, unbeschädigt? Warum sollte Moskau russisches Eigentum zerstören?

Bereits am 7. Februar hatte der US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus in Anwesenheit von Bundeskanzler Olaf Scholz erklärt: "Wenn Rußland einmarschiert, wird es kein Nord Stream 2 mehr geben." Eine Reporterin fragte: "Wie wollen Sie das genau tun, wo das Projekt doch von Deutschland kontrolliert wird?" Bidens Antwort: "Ich verspreche Ihnen, wir werden fähig sein, es zu tun." Scholz hörte zu - und schwieg.

Wenig verwunderlich, daß nun auch US-Außenminister Blinken eine "ungeheure Chance" für Europa sieht, die Abhängigkeit von Rußland endgültig zu lösen. Einen Tag nach dem Anschlag, am 27. September, meldete sich auch Radek Sikorski, der frühere polnische Verteidigungs- und Außenminister, auf Twitter mit der Botschaft: "Thank you, USA." Da waren die Nord-Stream-Pipelines, verhaßtes Symbol deutsch-russischer Energiepartnerschaft, schon zerstört.

Wenn das Seewasser die Rohre erst einmal korrodiert hat, werden sie zu einer 20 Milliarden teuren Investitionsruine, so wie es sich die Grünen immer gewünscht haben. Die Deutsche Marine hätte dieses Stück Infrastruktur nicht schützen können. Sie ist in Nord- und Ostsee so gut wie wehrlos.

Mit nur zwei einsatzfähigen U-Booten ist für sie "Seabed Warfare" ein Fremdwort. Deutschland, gestraft mit einer auf "feministische" Außenpolitik fixierten Dilettantin, einer ideologisch getriebenen Energiepolitik und ohne den Willen zur Souveränität, droht zerrieben zu werden im Showdown der Großmächte.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 7. Oktober 2022 (x1.212/...): >>>**FDP-Rüstungs-Lobbyistin die lauteste Kriegstrommel in Berlin**

Von *Herbert Ludwig*

Eine Frau, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, "treibt die Bundesregierung mit männlicher Entschlossenheit in den Krieg", wie der Politologe und Publizist Hermann Ploppa formuliert. Der Hintergrund dieser strammen FDP-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Bundestages paßt ins Bild dieser korrupten Berliner Parteien-Oligarchie. Kaum jemand ist so vielfältig mit Rüstungskonzernen und deren Interessendienenden Vereinigungen verbunden wie die forsche Beisitzerin im Bundes- und Fraktionsvorstand der FDP. - Eine Seelenverwandte des "Impflamisten" Karl Lauterbach auf parallelem kriegerischem Felde.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (GMX)

Der Ukraine-Krieg habe Frau Marie-Agnes Strack-Zimmermann mit einem Schlag berühmt gemacht, schreibt Hermann Ploppa. "Shootingstar und Nervensäge" - so habe die Tagesschau einen Kommentar über die FDP-Politikerin und ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin von Düsseldorf überschrieben. Strack-Zimmermann, so H. Ploppa, sei mit ihrem virilen Outfit allgemein präsent, das entfernt an preußische Monarchen erinnere. Ihre Sprache sei stählern und lasse Assoziationen wach werden an Frontberichte der Ufa-Tonwoche im letzten Weltkrieg:

"Deutschland muß hier die von seinen westlichen Partnern geforderte Führungsrolle in Europa übernehmen und entschieden und mutig ohne Zweifel vorangehen."

Mutig ohne Zweifel lade Strack-Zimmermann Bundeskanzler Scholz vor ihr Gremium, den Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages. Dieser Ausschuß sei ihre Machtbasis. Hier wolle sie jenen Schlappschwanz Scholz vorführen. Schon im Vorfeld dieser Zwanganhörung habe sie, ohne Namen zu nennen, den Kanzler als Fehlbesetzung qualifiziert:

"Wir haben zu führen. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch. Und für die, die diese Rolle nicht annehmen wollen, sage ich, dann sitzen Sie möglicherweise im falschen Moment am falschen Platz."

Zuvor sei, erinnert H. Ploppa, Strack-Zimmermann bereits mit dem Grünen Anton Hofreiter und dem SPD-Abgeordneten Michael Roth in die Ukraine gereist, um zu eruieren, was man in der Ukraine so an schwerem Geschütz benötigt. Schließlich, so wisse Strack-Zimmermann zu berichten, vergewaltigten die Russen die ukrainischen Frauen. Zum Glück habe aber die Ukraine bereits 5.000 wehrhafte Kriegerinnen rekrutiert. Das reiche aber natürlich nicht aus. Dieser Krieg werde noch lange dauern, wisse die Düsseldorferin. Und wenn die wackeren Ukrainer die zunehmenden Attacken der Russen parieren sollen, dann müsse Deutschland sich bewegen.

Kaum sei Strack-Zimmermann wieder aus der Ukraine zurück gewesen, da habe sie bereits in ihrer forschen Art ein nationales Ukraine-Gremium mit eigenem Aufpasser im Kanzleramt gefordert. Hier sollten neben Bundesregierung, Parlamentariern, Rüstungsindustriellen, Gewerkschaftlern auch Angehörige der Bundeswehr den deutschen Krieg gegen Rußland mutig und ohne Zweifel in Angriff nehmen.

So richtig in die deutsche Interessenlage passe das nun eigentlich nicht, sich in eine unfruchtbare Konfrontation mit der Nuklearsupermacht Rußland zu begeben, gibt H. Ploppa zu bedenken. Über die vernichtenden wirtschaftlichen Rückschläge einer Anti-Rußlandpolitik sei ja in der einschlägigen Presse bereits ausführlich berichtet worden.

Die Rüstungs-Lobbyistin

"Doch kriegerische Scharfmacher können Karriere machen und den delikaten Tanz auf rohen Eiern massiv stören. Denn hinter Frau Strack-Zimmermann agiert eine starke Gemeinschaft. Die Presse in diesem Lande kooperiert eng mit der Rüstungsindustrie. Die Süddeutsche Zeitung zum Beispiel unterstützt die Münchner Sicherheitskonferenz und viele Leittiere der deutschen Journalistenszene sind Mitglieder in Rüstungslobbyvereinen. Diese Leute sind immer bereit, eine Persönlichkeit massiv zu unterstützen, die laut und frech genug ist, den Friedenskonsens in der Öffentlichkeit aufzumischen.

Und Strack-Zimmermann kommt keineswegs aus dem Nichts. Ihr fehlte nur der Anlaß, in das Scheinwerferlicht geschubst zu werden. Schon in ihrer Düsseldorfer Zeit pflegte sie gute Kontakte zum dort ansässigen Rüstungskonzern Rheinmetall. Nachdem Strack-Zimmermann zuvor zwanzig Jahre als Vertreterin eines Jugendbuchverlages von Buchladen zu Buchladen tinglein mußte, kann sie sich jetzt als Vertreterin ganz harter Kriegsware so richtig verwirklichen. Das Harte liegt ihr eher als das Weiche."

So nehme es nicht Wunder, daß man die stählerne Dame im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik erblicke. Chef sei dort Claus Günther, zuvor lange Jahre Direktor des Rüstungskonzerns Diehl Defense. Hier handele es sich nicht um einen Kaninchenzüchterverein aus Posemuckel. Bei den so genannten Parlamentarischen Abenden trafen sich Persönlichkeiten aus Politik und Rüstungsindustrie zum netten Gespräch. Derselbe Personenkreis treffe sich auch ganz zwanglos in Brüssel. Richtig wichtig werde es dann bei Gesprächsrunden im Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) oder sogar zweckmäßigerweise gleich im eigentlichen NATO-Hauptquartier, im belgischen Mons.

"Im Präsidium ist unsere Freundin auch beim Förderkreis Deutsches Heer, einem ungeschminkt als 'Lobbyverein der deutschen Rüstungsindustrie' marschierenden Club. Dort ist Frank Haun Vizepräsident. Haun war lange Zeit CEO bei Krauss-Maffei Wegmann und Haun hat auch die Fusion von Krauss-Maffei mit dem französischen Rüstungskonzern Nexter auf den Weg gebracht. Und auch hier sehen wir wieder, wie Personen als Scharniernetzwerker aktiv sind. Denn Haun agiert auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz und im Board of Directors beim Atlantic Council.

Doch unsere Heldin ist zudem noch Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Es handelt sich hier um ein Organ der Öffentlichkeitsarbeit der NATO, einer Filiale der Atlantic Treaty Association. Zudem finden wir Strack-Zimmermann im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Hier erhalten Politiker von Bund und Ländern, die vorankommen wollen, ihre transatlantische "Weiterbildung". Die BAKS ist dem Bundessicherheitsrat untergeordnet, der unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers über Rüstungsexporte in Länder wie zum Beispiel Saudi-Arabien meistens positiv entscheidet."

Die Repräsentanten der Rüstungslobby, die diesem Stall entstammten, seien allerdings meistens farblose Langweiler. Da jubelten alle auf, "wenn dann eine derart tabubrechende Großschnauze wie Strack-Zimmermann kein Fettnäpfchen ausläßt, um allgemeine Aufregung und damit verbunden optimale Klickzahlen zu generieren." Sie sei sozusagen eine Wiedergeburt von Maggie Thatcher ohne Damentasche.

Und so trommele Strack-Zimmermann für die heldenhafte Panzerhaubitze 2.000 aus dem Hause Krauss-Maffei Wegmann im Einsatz für die Ukraine. Hundert Haubitzen sollen dem Iwan das Fürchten lehren. Bis jetzt hätten es sieben dieser Knalltüten zum Einsatz in der Ukraine gebracht - mit zweifelhaftem Erfolg.

Denn die ukrainischen Haubitzen-Schützen hätten sich bitter beklagt, daß die Panzerhaubitze 2.000 schon nach hundert Schüssen schlappmache. Dabei habe sich Strack-Zimmermann zunächst "überrascht" gezeigt, daß die Ukrainer sich so gut in die Haubitze hätten einarbeiten können. Doch nun wollten die deutschen Ausrüster eine Werkstatt in Polen einrichten, um den

Haubitzen-Rohrkrepiere schnell wieder flott zu machen.

Die westliche Wertegemeinschaft pirsche sich tatsächlich eher zaghaft an den Krieg gegen Rußland heran. Im ersten Schritt zur Aufrüstung der Ukraine habe ein so genannter "Ringtausch" stattgefunden: die ehemaligen Mitgliedsstaaten des Sowjetblocks wie Polen hätten ihre alten T-72-Kampfpanzer den ukrainischen Waffenbrüdern geschenkt und sollten selber dafür neuere Panzer aus deutscher Fertigung erhalten. Nun seien die Polen sauer, weil sich die deutschen Ausrüster mit der Lieferung Zeit ließen.

Genervt habe Strack-Zimmermann getwittert, man könne sich doch die Ersatzpanzer nicht mal eben so "aus den Rippen schneiden". Kritik an der kümmerlichen Performance des Westens könne die wehrhafte Dame nicht gut aushalten. Vom Handelsblatt gefragt, ob das so eine gute Idee sei, wenn die Bundeswehr ihren "Schrott" nach Osten weiterreiche, habe Strack-Zimmermann geantwortet:

"Von 'Schrott' zu sprechen ist zynisch. Alles was wir in die Ukraine liefern, ist einsatzbereit und sehr wirkungsvoll. Diese ganze Diskussion ist nicht hilfreich und lenkt von unserer eigentlichen Aufgabe ab, nämlich unbedingt an der Seite der Ukraine zu stehen."

Und H. Ploppa bemerkt: Typisch Politikerin und Staubsaugervertreterin zugleich: möglichst schnell von der Sache ablenken und den Frager moralisch zur Raison rufen. Darum heiße ihr Morgenappell: "Die Amerikaner erwarten, daß Deutschland in Europa seine Rolle findet!"

Darum: die Rüstungsindustrie müsse mit Hilfe des 100-Milliarden-Sondervermögens ihre Kapazitäten, die nach dem Ende des Kalten Krieges leider runtergefahren worden seien, wieder hochfahren. Wir müßten uns "schleunigst Gedanken machen" für die weitere Aufrüstung im Herbst. Denn der russische Außenminister Lawrow habe ja erst vor kurzem gesagt, man wolle das Staatsgebiet der Ukraine "vernichten" und einen Regimewechsel erzwingen.

Hermann Ploppa: "Wie schön, daß uns Agnes Marie Strack-Zimmermann so gut auf Trab bringt. Rohre frei!"

Dieser Fall zeigt wieder, wie das korrupte Parteiensystem die Schlechtesten an die Macht spült. Es müssen sich immer mehr parteiunabhängige Kandidaten, von alternativen Medien unterstützt, für die Parlamente aufstellen, so die Parteien zurückdrängen und allmählich für eine saubere Trennung von wirtschaftlichem, staatlichem und freiem Geistesleben sorgen.<<

12.10.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 12. Oktober 2022 (x1.240/...):
>>**Der Sklavenstaat**

Das Ausbleiben von echter Empörung sowie einer angemessenen Notfallreaktion Europas auf die Zerstörung von Nord Stream 2 offenbart, daß dieser Kontinent nicht souverän ist.

Von Rubikons Weltredaktion

Stell dir vor, es ist Wirtschaftskrieg und keiner schaut hin. Das geschieht gerade in Europa im Zuge der Sprengung der beiden Nord-Stream-Pipelines. Dieser Akt ist einer der größten Angriffe auf die europäische Infrastruktur seit Jahrzehnten. Dennoch wird dies in Deutschland und anderen betroffenen Ländern beinahe mit einem Achselzucken hingenommen. Ganz so, als könnte man eine Pipeline mal eben schnell austauschen.

Ein wirklich souveräner Kontinent mit souveränen Staaten würde auf so eine Bedrohungslage gänzlich anders reagieren. Das Schweigen Europas ist somit entlarvend und zeigt der Welt auf der politischen Bühne, was Europa samt seiner Staaten dort für eine Rolle spielt - die eines Vasallen.

Von *Richard Abelson*

In Steve Bannons War Room am Freitag, dem 30. September, warnte der investigative Reporter Darren Beattie von Revolver News vor einem "riesigen Sprung in Richtung Armageddon" nach der Sabotage der Nord Stream-Pipelines und der Annexion der Donbass-Republiken durch Wladimir Putin. Beattie bezeichnete die Sabotage der Nord Stream-Pipelines als "einen

der bedeutendsten Angriffe auf die europäische Infrastruktur seit mehreren Jahrzehnten", die er als "dramatische Eskalation" beschrieb.

"Die Europäer sind sich alle im Klaren darüber, daß dies wahrscheinlich von den NATO-Verbündeten selbst ausgeht. Deshalb sind sie gute kleine Vasallenstaaten und machen nicht viel Lärm darum."

Bannon fragte Beattie, ob er Beweise für seine "explosiven" Anschuldigungen habe: Beattie bezeichnete seine Schlußfolgerung als "informierte Meinung, die auf vernünftigen Schlußfolgerungen aus dem Verhalten der betroffenen Länder beruht".

Unter normalen Umständen wäre der Angriff auf die Pipeline "eine Kriegshandlung" gegen die Deutschen, sagte Beattie, "und unter jedem anderen Umstand würden die Deutschen eine sehr große Sache daraus machen".

"Sie sagen, die Passivität der deutschen Eliten und des deutschen Militärs, die nicht sagen, 'Rußland hat das getan, ihr habt das Ding in die Luft gejagt', ... Sie sagen, die 'Grillen', die von dort kommen, implizieren, daß ein NATO-Verbündeter das tun würde ... die Vereinigten Staaten oder jemand, der mit ihnen zusammenarbeitet?", fragte Bannon.

"Die Vereinigten Staaten oder mit der NATO verbündete Stellvertreter", antwortete Beattie.

"Ich sage nicht, daß es die Marine direkt war, die es getan hat. Aber ich würde sagen, daß es eine vernünftige Schlußfolgerung ist, wenn man die Motivation bedenkt, wenn man bedenkt, wer davon profitiert, und wenn man die Reaktion auf die Sabotage durch die europäischen Länder selbst bedenkt, einschließlich eines polnischen politischen Beamten, der anscheinend so aufgeregt war und das Memo nicht bekommen hat, daß er sich sofort auf Twitter bei den Vereinigten Staaten bedankt hat."

Beattie bezog sich auf den polnischen Europaabgeordneten Radek Sikorski, Ehemann der The Atlantic-Redakteurin Anne Applebaum, der am 27. September, einen Tag nach den Explosionen, ein Foto der Nord Stream-Blase mit der Aufschrift "Thank you, USA" gepostet hatte, bevor er den Tweet später löschte.

"Nord Stream 2 Energie ist ein unverzichtbarer Bestandteil, um zu verstehen, worum es geht", sagte Beattie.

"Es geht nur darum, wer Europa kontrolliert. Europa, so haben wir inzwischen gelernt, ist sogar noch mehr ein Vasallenstaat der Vereinigten Staaten, als wir uns vorstellen konnten, und ein möglicher ausgleichender Faktor dafür war die extreme Komplementarität zwischen Deutschland und Rußland.

Deutschland hat eine große Wirtschaft und braucht Energie, Rußland hat billige Energie und muß sie verkaufen. Für die Russen war es selbstverständlich, Deutschland in Form von Nord Stream mit Energie zu versorgen. Aber das untergräbt den Einfluß der Vereinigten Staaten, sowohl geopolitisch als auch wirtschaftlich, weil wir unser viel teureres LNG-Gas an Europa verkaufen wollen und einen totalen Einfluß auf Europa haben."

Nord Stream 2 "war dem militärischen Establishment der Vereinigten Staaten immer ein Dorn im Auge", so Beattie, "insbesondere der atlantischen Fraktion des Establishments, die davon besessen ist, Rußland zu zerstören, und die davon besessen ist, die vollständige Hegemonie über Europa zu erhalten."

Die Vereinigten Staaten hätten "viele Maßnahmen ergriffen, um zu versuchen, die Pipeline zu sanktionieren, um zu versuchen, die Grünen in Deutschland zu unterstützen, damit sie gegen die Pipeline sind. All diese Maßnahmen haben nicht wirklich funktioniert. In den Tagen vor der Sabotage der Pipeline gab es in Deutschland große Demonstrationen, die die Energieprobleme dieses Winters vorwegnahmen und sagten:

Seht her, wir haben dieses enorm teure Stück Infrastruktur, diese Pipeline aus Rußland, die uns mit billiger Energie versorgen kann, wir stehen vor einer sehr schwierigen Energiesituation im Winter. Das einzige, was die Aktivierung dieser Pipeline verhindert, ist das politische

Zögern des deutschen Bundeskanzlers, der als Oberhaupt eines Vasallenstaates den US-Interessen völlig verpflichtet ist, und die Tatsache, daß die Nord-Stream-Pipeline sabotiert wurde, nimmt diese Option vom Tisch. Jetzt ist dieses Druckmittel, das die Russen und, offen gesagt, die Europäer hatten, weg, und sie sind den Vereinigten Staaten völlig ausgeliefert".

Beattie merkte an:

"Wenn man sich die Reaktionen ansieht, sieht man nicht die Art von Reaktionen, die ein vernünftiger souveräner Staat auf einen Angriff auf seine Infrastruktur dieses Ausmaßes zeigen würde, weil er sich in der mißlichen Lage befindet, zu wissen, daß der Angriff von den USA oder NATO-Vertretern ausgeht. Ihre einzige Option besteht darin, den Schwanz einzuziehen, den Kopf einzuziehen und den Mund zu halten, was sie auch mehr oder weniger getan haben."

"Bei all dem Gerede darüber, wie mutig Putin ist .. Putin ist überhaupt nicht mutig", sagte Beattie. "Die USA und ihre NATO-Verbündeten haben Rußland im Grunde den Krieg erklärt, indem sie Nord Stream zerstörten, und Putin hat nichts dagegen unternommen. ... Die Vereinigten Staaten haben durchgesetzt, was sie die ganze Zeit wollten: die Zerstörung von Nord Stream 2. Rußland unternimmt nichts dagegen, und Europa unternimmt nichts dagegen."

"Wenn es so etwas wie eine unausgesprochene, stillschweigende Übereinkunft war, dann ist es jetzt für jeden klar, daß es in Europa keine wirklich souveränen Länder gibt. Europa ist ein Vasallenstaat. Europa ist ein Sklavenstaat der Vereinigten Staaten. Putin hat in seiner Rede im Grunde versucht, sie dafür zu beschämen.

Das Problem ist nur, daß die Deutschen kein Schamgefühl haben, sie haben keinen Stolz, sie haben nicht das Gefühl, daß sie es verdienen, eine souveräne Nation zu sein. Und deshalb werden sie den Schwanz einziehen und so tun, als wäre nichts passiert."

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel "Darren Beattie: 'Europe is Slave State of the United States - US Basically Declared War on Russia' (VIDEO) bei The Gateway Pundit. Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektoratsteam lektoriert.<<

14.10.2022

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 14. Oktober 2022: >>Verschwörungstheorien mit gewisser Substanz

Wolfgang Effenberger über Einflüsse US-amerikanischer Superreicher auf die Kriegs- und Außenpolitik in den vergangenen hundert Jahren

Von Jörg M. Schierholz

Kriege müssen finanziert werden - und sie lohnen sich immer für eine kleine Elite. In welchem Maße dies seit Jahrhunderten geschieht und welche Mechanismen in Politik, Gesellschaft und Medien wirken, ist Gegenstand des neuesten Buches von Wolfgang Effenberger.

Von der ersten globalen militärischen Auseinandersetzung, dem Siebenjährigen Krieg in Europa und Nordamerika bis zur Agenda 2030 wird der Einfluß unterschiedlicher, meist demokratisch nicht legitimierter Seilschaften auf die Transformation von Gesellschaft, Frieden und Freiheit analysiert. Wer wissen will, wie die mündige "Zivilgesellschaft" zum Nutzen superreicher Cliques manipuliert wird, findet viele, durch akribisch herausgearbeitete Quellen belegte Zusammenhänge, fernab simpler Verschwörungstheorien.

Wolfgang Effenberger war Bundeswehroffizier im Bereich des von den USA vorbereiteten "atomaren Gefechtsfeldes" in Europa und ist studierter Politikwissenschaftler. Seit mehr als zwanzig Jahren publiziert er Bücher und Artikel zur jüngeren deutschen Geschichte.

Wie mit Hilfe angelsächsischer Zahlungen Friedrich II. von Preußen in die Lage versetzt wurde, den Siebenjährigen Krieg zu beginnen, um damit die kontinentaleuropäischen Militärkräfte Frankreichs, Rußlands und Österreichs zu binden und die britische Expansion in Asien, Amerika und im Orient abzusichern, ist ein interessantes, kaum bekanntes Detail der Geschichte.

Als England seine kolonialen Ziele fast erreicht hatte, wurden die Zahlungen an Preußen eingestellt. Nur durch glückliche Umstände entkam Preußen der vollständigen Vernichtung. Vom amerikanischen Bürgerkrieg, der gezielten Eliminierung der amerikanischen Urbevölkerung und dem Aufstieg superreicher Magnaten wie du Pont, Morgan, Rockefeller, Carnegie und Vanderbilt und deren enge Verbindung zu Politik, Geheimdiensten, Militär und Medien wird die Geschichte des modernen, beweglichen Kapitals neu erzählt.

Unheilvolle Rolle des US-Großkapitals im Ersten Weltkrieg

Aufschlußreich ist die Darstellung der von einer kleinen Gruppe geplanten kriegerischen Auseinandersetzung gegen die europäischen Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn, deren Finanzierung über US-Kapital, der dadurch notwendigen Gründung der US-Zentralbank Fed und die Torpedierung deutscher Friedensangebote Mitte des Ersten Weltkriegs. Die traumhaften Gewinne großer US-Konzerne durch den Krieg und die Aufarbeitung der Verstrickung dieser Konzerne in das Kriegstreiben wurden später vom amerikanischen Kongreß untersucht (Nye-Committee).

Es wurde belegt, wie die Außenpolitik manipuliert wurde und die USA in den Krieg getrickt wurden. Trotz eindeutig belastender Fakten wurde in den USA niemand der "Merchants of Death" - so der Titel einer 1934 von den US-Journalisten Helmuth C. Engelbrecht und Frank C. Hanighen veröffentlichten Studie - zur Rechenschaft gezogen; dem Untersuchungsausschuß wurden letztlich die Mittel gestrichen.

Geschickt wurden von den "Kaufleuten des Todes" nach 1918 mit den Kriegsverlierern Deutschland und der Sowjetunion gute Geschäfte gemacht und die durch US-Kredite abgesicherten deutschen Reparationszahlungen führten aufgrund der sofortigen Rückzahlung aller Kredite nach dem Finanzcrash 1929 zu dem katastrophalen Wirtschaftseinbruch in Deutschland.

Sowohl mit dem Dritten Reich als auch dessen Klassenfeind Sowjetunion wurden von den US-Multis gute Geschäfte gemacht, noch bis in die Mitte des Zweiten Weltkrieges mit "Hitlerdeutschland". Es störte ebenfalls kaum, daß die industriellen Großprojekte in der Sowjetunion nicht mit enthusiastisch jubelnden Kommunisten, sondern durch die Perfektionierung des Gulag-Systems mit mehr als vier Millionen Toten realisiert wurden.

Die Verbindungen der Bush-Dynastie mit dem angelsächsischen Geldadel, dem NS-Geldadel, die Verbindungen und Bedeutung wichtiger Gremien wie die Trilaterale Kommission und das Council of Foreign Relations sowie die Arbeit in der CIA werden im Zusammenhang als Transmissionsriemen für die US-Eliten erklärt.

Hintergründe zum Marshall Plan, dem National Security Act, des "Krieges gegen den Terror", ferner typisch imperiale "Arbeitsweisen" gegenüber Entwicklungsländern, berichtet vom Bestseller-Autor John Perkins ("Economic Hit Man", 2004), sowie zu globalen Ölinteressen werden von Effenberger transparent erläutert.

Der Autor versucht zudem, Einblicke in die Vernetzung der Nachrichtenagenturen mit dem Großkapital zu bieten und die Rolle dieser Finanziers auf global agierende NGOs wie zum Beispiel Campact zu beleuchten. Zudem geht er auf die Rolle von "Philanthropen" wie Bill Gates und George Soros in diesem Gespinnst ein. Auch neuere Entwicklungen wie die Coronapandemie und der Ukraine-Krieg werden unter dem Gesichtspunkt des Nutzens für die Machteliten analysiert.

Wolfgang Effenberger: Die unterschätzte Macht. Von Geo- bis Biopolitik - Plutokraten transformieren die Welt. ... Stuttgart 2022 ...<<

18.10.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 18. Oktober 2022 (x1.238/...):

>>Des einen Leid

Es sind in erster Linie die USA, die von der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines profitieren.

Von *Christian Kreiß*

Bei der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines gab es gleich zweimal einen Knall. Als Erstes den Knall während der Unterwasserdetonation und als Zweites den der Sektkorken in den USA. Dort sitzen jene Profiteure, denen die Zerstörung der Unterwasserröhren neue Gewinne in die Kassen spült. Deutschlands wirtschaftliches Rückgrat in Gestalt des bisher breiten Mittelstands ist nun gebrochen. Profitierte die ehemalige Wirtschaftsmacht zuvor von den günstigen Energielieferungen aus Rußland, so ist das Land nun von dieser günstigen Energiezufuhr unwiederbringlich abgeschnitten. Damit ist nun ein Großteil des Mittelstands dem wirtschaftlichen Tod geweiht.

Die Finanzmarkt-Aasgeier amerikanischer US-Fonds kreisen bereits über die im Siechtum befindlichen Familienunternehmen, bereit, diese nach ihrer Zahlungsunfähigkeit aufzukaufen. An dieser Beute besteht ein besonderes Interesse, denn unter den mittelständischen Unternehmen befinden sich Betriebe, die in Nischenbereichen "Hidden Champions" sind und die bislang außerhalb der Reichweite des globalen Finanzmarktes lagen. Angesichts dieser enormen Gewinnchancen wird unter manchen US-Ökonomen gar kein Hehl daraus gemacht, daß die USA die Sprengung in der Ostsee vollzogen haben.

Anfang Oktober sagte der bekannte US-Ökonom Jeffrey Sachs auf Bloomberg TV zu den Sprengungen der Nord-Stream-Pipelines: "Ich würde wetten, daß dies eine Aktion der USA war - vielleicht der USA und Polens".

Als Gründe dafür nennt er Radarbeweise zu US-Militärhubschraubern, die über diesem Gebiet kreisten, und daß US-Außenminister Blinken die Sprengungen als eine "enorme Chance" ("a tremendous opportunity") für die USA bezeichnete. Außerdem hätten führende US-Politiker im Voraus vor der Zerstörung der Pipelines gewarnt. So sagte Präsident Biden laut ZDF am 8. Februar 2022:

"Sollte Rußland in die Ukraine einmarschieren, habe die Pipeline Nord Stream 2 keine Zukunft. ... Auf die Frage, wie er das bei einem Projekt unter deutscher Kontrolle bewerkstelligen wolle, sagte Biden: Ich verspreche Ihnen, daß wir es schaffen werden".

Darüber hinaus führt Jeffrey Sachs zur Begründung der vermuteten US-Täterschaft aus, die USA verfügten auch über die erforderlichen technischen Mittel, solch eine Zerstörung durchzuführen.

"Wahrscheinlich war es eine Boeing P-8 Poseidon, die auch von Überwachungsmonitoren gesehen wurde. ... Der mit Abstand wahrscheinlichste Täter hinter der Aktion sind also die USA", so der renommierte Ökonom. Schließlich bemerkte er:

"Ich weiß, daß dies unserem Narrativ zuwiderläuft und daß es im Westen nicht erlaubt ist, solche Dinge zu sagen, aber Tatsache ist, daß die Menschen überall auf der Welt, wenn ich mit ihnen spreche, glauben, daß es die USA waren."

Auch US-Journalisten würden dies sagen - aber nur privat, nicht öffentlich.

Was die Motive Rußlands angehe, argumentiert Jeffrey Sachs, habe Rußland im Gegensatz zu den USA "keinerlei Interesse daran, die Pipelines zu zerstören. Das widerspricht den Interessen Rußlands. Rußland verliert Einkommen, finanzielles Vermögen und Verhandlungsmacht", so Sachs.

Das sind bemerkenswerte Aussagen eines führenden US-Ökonomen in einem sehr renommierten Nachrichtenkanal. Im Folgenden soll auf die Hintergründe dazu eingegangen werden.

Wessen Nutzen? Wessen Schaden?

Warum bezeichnete US-Außenminister Antony Blinken die Nord-Stream-Sprengungen als eine "tremendous opportunity", als "gewaltige Chance"? Durch die Zerstörungen ist für lange Zeit sichergestellt, daß Deutschland von günstiger Energiezufuhr abgeschnitten ist, unabhängig von etwaigen politischen Entscheidungen. Dadurch werden die Gaspreise in Deutschland für längere Zeit garantiert sehr viel höher sein als früher. Das ist zum einen eine enorme

Chance für direkte Flüssiggasexporte der USA nach Deutschland und Europa, was ein sehr profitables Geschäft für die US-Fracking-Industrie ist.

Zum anderen - und, ökonomisch betrachtet, vermutlich sehr viel gravierender - ist die dadurch stark geschwächte Wettbewerbsposition der mitteleuropäischen, insbesondere der deutschen Konkurrenz. Laut Handelsblatt zahlen deutsche Unternehmen derzeit etwa acht- bis neunmal so hohe Preise für Erdgas wie die US-Konkurrenz.

Das dürften viele, vor allem mittelständische Unternehmen, die energieintensive Produkte herstellen, nicht lange überleben können. Daher sprechen führende Vertreter der deutschen Industrie von der Gefahr einer De-Industrialisierung Deutschlands.

So titelte das Handelsblatt am 29. August 2022:

"Deutschland steckt in einer Energiepreisfalle – 'In Schlüsselindustrien werden Betriebe reihenweise schließen'. Die Preise für Strom und Gas sind um ein Vielfaches teurer als in den USA und Asien - und der große Kostenschub kommt erst noch. Die deutschen Konzerne fürchten eine Deindustrialisierung".

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Siegfried Russwurm, sagte Anfang September 2022: "Die Substanz der Industrie ist bedroht". Diese Aussage sollte man sich noch einmal vor Augen führen: Die Substanz der Industrie ist bedroht, sagt der deutsche BDI-Präsident.

Was dies für Auswirkungen haben könnte, machte Martin Wansleben, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) am 20. Juli 2022 deutlich. Er sagte auf einer Journalistentagung:

"Wir werden einfach ärmer. Für Deutschland male ich Ihnen ein Bild: Ich würde mich nicht wundern, wenn wir am Ende 20 bis 30 Prozent ärmer sind".

20 bis 30 Prozent, so der DIHK-Hauptgeschäftsführer. Was dies für die Menschen in unserem Land, insbesondere geringverdienende, bedeuten könnte, ist nur schwer vorstellbar. Allein die Zahl der Menschen, die zu den Tafeln gehen, hat sich in den letzten beiden Jahren von 1,1 Millionen auf über 2 Millionen in etwa verdoppelt. Wie sollen diese Menschen einen Einkommensrückgang von 20 bis 30 Prozent überstehen?

Des einen Leid, des andern Freud

Allerdings sind nicht alle unglücklich, wenn mittelständische Unternehmen in Zentraleuropa in großem Umfang Pleite gehen. Wie erwähnt, erfreut ein schwacher deutscher Mittelstand die ausländische Konkurrenz. Aber es bedeutet auch sehr gute und vor allem billige Einstiegschancen für Unternehmenskäufer.

Bereits 2018 besaßen die großen US-amerikanischen Investmentgesellschaften wie BlackRock oder Vanguard 34,6 Prozent der Anteile aller DAX-Unternehmen. Weitere 20 Prozent gehörten britischen und irischen Vermögensverwaltern. Das ist ein lukratives Geschäft. Man zahlt einmalig einen Geldbetrag und erhält in alle Ewigkeit, das heißt, solange der DAX existiert, leistungslose Einkommen. Ökonomisch ausgedrückt sind das ewige Renten.

Das Problem: Bei Mittelständlern funktioniert dieses Geschäftsmodell nicht, weil sie nicht börsennotiert, sondern in Familienhand sind und die Familien nur in Notfällen verkaufen wollen. Daher können Krieg, Abschwung und Pleiten für US-Fonds eine ausgezeichnete Gelegenheit darstellen, preiswert an deutsche Mittelständler zu kommen.

Durch die Billiggeldpolitik der USA in den letzten 15 Jahren ist sehr viel Anlage suchendes Geld entstanden, das jetzt dringend nach lukrativer Verwertung strebt. Insbesondere die Finanzbranche sitzt auf sehr hohen liquiden Mitteln. Seit der Zeit vor den Lockdowns, also von Februar 2020 bis heute sind die Geldeinlagen bei US-Banken um über ein Drittel von 13.300 auf 17.900 Milliarden Dollar, also um über ein Drittel, gestiegen.

Auch die liquiden Mittel der Großkonzerne sind extrem hoch. Allein 2020 "explodierten" die flüssigen Mittel der 3.000 weltweit größten Konzerne laut Economist um ein Drittel von

5.700 auf 7.600 Milliarden Dollar.

Das ist viel Geld, um auf Einkaufstour zu gehen. Ebenso ist das trockene Pulver der auf Unternehmenskäufe spezialisierten Private-Equity-Fonds erheblich. Laut Wall Street Journal dürften von den US-amerikanischen Private-Equity-Gesellschaften allein 2022 1.000 Milliarden Dollar frisches Kapital eingesammelt werden. Zum Vergleich: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt belief sich 2021 auf 3.600 Milliarden Euro, das entspricht beim derzeitigen Wechselkurs etwa 3.500 US-Dollar.

Falls es tatsächlich zu einem Ausbluten des deutschen Mittelstandes kommen sollte, bietet das eine "tremendous opportunity", eine großartige Gelegenheit für das viele im Überfluß vorhandene, dringend nach rentierlicher Anlage suchende US-Kapital. Denn zum einen bekommt man dann die Unternehmen recht günstig, da Notverkäufe den Preis stark drücken. Aber vermutlich noch viel wichtiger:

Durch einen starken Abschwung eröffnet sich überhaupt erst die Möglichkeit, endlich auch deutsche mittelständische Produktionsunternehmen in großem Stil zu kaufen. Darunter befinden sich viele Perlen, die bislang außer Reichweite der US-Fonds waren.

Aus dem deutschen Mittelstand kommen über 1.300 sogenannte "Hidden Champions", Weltmarktführer in Nischenbereichen. Das ist fast jeder zweite Hidden Champion der Erde. In dem Moment, in dem Unternehmen in existentielle Krisen kommen, müssen die Eigentümerfamilien oft externe Finanzquellen suchen und sich Kapitalquellen von außen öffnen, ob sie wollen oder nicht. Eine großartige Gelegenheit für US-Käufer. Durch die Nord-Stream-Sprengungen wird diese günstige Gelegenheit zementiert.

Hintergrund

Dazu kommt: Die USA haben seit einigen Jahren ein großes Problem mit Überkapazitäten. Produktionskapazitäten und Massenproduktion sind in den letzten vier Jahrzehnten ungleich schneller gestiegen als die Masseneinkommen. Grund dafür war die ständig steigende Ungleichverteilung. Um dennoch die ganze Produktion absetzen zu können, wurde die Massennachfrage über immer höhere Schulden und große Mengen frisch gedruckten Notenbankgeldes aufrechterhalten.

Eine mögliche Lösung des heimischen Überkapazitäten- und Schuldenproblems wäre daher die Schwächung oder Eliminierung von Konkurrenzkapazität im Ausland, insbesondere in Deutschland, das die viertgrößte Wirtschaftsnation der Welt und ein harter Konkurrent der USA ist.

Dauerhaft hohe Energiepreise in Deutschland wären daher aus Sicht der USA hoch willkommen. Und daher meint Jeffrey Sachs sicherlich mit Recht: "Solange der Krieg andauert, wird die Wirtschaftskrise in Europa andauern".

Explodierende Nord-Stream-Pipelines und eine damit einhergehende Eskalierung des Ukrainekriegs - wenn es medial gelingt, die Sprengungen den Russen in die Schuhe zu schieben - sind also sehr erfreuliche Nachrichten für eine von Überkapazitäten geplagte, auf hohen Geldbergen sitzende US-(Finanz-)Industrie, eine "tremendous opportunity", wie Antony Blinken meinte.

Fazit

Meiner Einschätzung nach trifft der renommierte US-Ökonom Jeffrey Sachs den Nagel auf den Kopf mit seiner Vermutung, die USA hätten die Nord-Stream-Pipelines gesprengt. Denn die USA sind auf den verschiedensten Ebenen einer der größten Nutznießer dieser umweltverachtenden Zerstörung.

Christian Kreiß, Jahrgang 1962, ist Bundestagskandidat für die Basis. Er studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in München über die Große Depression 1929 bis 1932. Nach sieben Jahren Berufstätigkeit als Investmentbanker in verschiedenen Geschäftsbanken unterrichtet er seit 2002 als Professor für Finanzierung und Wirtschaftspolitik an der Hochschule

Aalen. Er ist Autor mehrerer Bücher.<<

21.10.2022

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 21. Oktober 2022: >>**Das böse Erwachen kommt**

Gaspreisbremse: Nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein / Rettung mit Vernunft?

Von *Stefan Kofner*

Die von der Gas-Wärme-Kommission vorgeschlagene "Gaspreisbremse" ist der Kern des schuldenfinanzierten 200 Milliarden Euro schweren "Doppelwumms" der Bundesregierung. Die kurzfristigen Energiepreissubventionen entsprechen 44 Prozent des Bundeshaushalts für 2022.

Die bereits getroffenen Maßnahmen gegen die steil angestiegenen Energiepreise - Aussetzung der EEG-Umlage, Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Erdgas, die Wohngeldreform mit Heizkostenzuschuß I und II sowie die Energiepauschale - sind dagegen bloß Peanuts. Vorgehen ist ein zweistufiges Modell zur Entlastung von Gas- und Fernwärmekunden.

Die erste Stufe ("Winterbrücke") sieht vor, daß der Staat für Privatpersonen und Kleinbetriebe (Bäckereien, Einzelhändler) einmalig die Heizkostenvorauszahlungen im Dezember übernimmt: Die Versorger sollen auf die im Dezember fällige Abschlagszahlung verzichten und erhalten das Geld anschließend erstattet. Mieter erhalten eine Gutschrift auf ihr Betriebskostenkonto. Den beachtlichen administrativen Aufwand haben die Versorgungsunternehmen und die Vermieter zu tragen.

2021 begann der Kostenanstieg in wahrhaft sphärische Höhen

In der zweiten Stufe soll im Zeitraum vom 1. März 2023 bis 30. April 2024 eine Grundbezugsmenge an Gas (80 Prozent des Verbrauchs, der der Abschlagszahlung im September 2022 zugrunde gelegt wurde) auf einen Preis von zwölf Cent pro Kilowattstunde (kWh) heruntersubventioniert werden. Für Verbräuche oberhalb dieses Grundkontingents gilt der volle Marktpreis. Der erhaltene Rabatt soll als geldwerter Vorteil "mit möglichst hohen Freibeträgen" versteuert werden. Für die Großindustrie (rund 25.000 Betriebe) gibt es keine Dezemberzahlung. Dafür setzt für sie die Preisbremse bereits zum 1. Januar ein.

Für viele kommen diese Entlastungen zu spät, denn die Gaspreise sind bereits seit Oktober 2021 steil angestiegen: Laut den Daten des Vergleichsportals Verivox kostet eine kWh Gas derzeit für Neukunden im Mittel schon 28,3 Cent. Vor einem Jahr lag der Gaspreis nur bei 6,8 Cent, im Dezember bei 11,3 Cent. Der Anstieg in wahrhaft sphärische Höhen bis zu 40 Cent setzte allerdings erst nach dem 20. Juni ein.

Seit Anfang September sind die Preise jedoch wieder rückläufig, laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) waren es unter Berücksichtigung der Altverträge für Privathaushalte im Schnitt "nur" 15,29 Cent. Die individuelle Belastung hängt von verschiedenen Faktoren, nicht zuletzt aber von der jeweiligen vertraglichen Situation ab. Insofern ist die vorgesehene Einmalzahlung alles andere als treffsicher.

Vor allem aber kompensiert sie die bereits eingetretenen Belastungen nicht: Die zweite Stufe der Gaspreisbremse greift erst ab 1. März. Das bedeutet, daß für einen Zeitraum von 17 Monaten, der zwei Winter mit hohen Gaspreisen umfaßt, die Dezember-Einmalzahlung die einzige Kompensation bildet. Das ist in vielen Fällen nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein: Wenn sich etwa der Abschlag für ein Reihenhäuschen im Januar von 200 auf 600 Euro verdreifacht hat, dann ist der betreffende Haushalt bis Ende Februar 2023 mit 5.600 Euro zusätzlich belastet, wovon ihm nur 600 Euro (rund zehn Prozent) erlassen werden.

Bei den Mietern sind die gerade angepaßten Vorauszahlungen in den meisten Fällen noch viel zu niedrig, weil sich die Gaspreissteigerungen im Abrechnungsjahr 2021 noch nicht wesentlich niedergeschlagen haben. Das böse Erwachen kommt im nächsten Jahr in Form von gewaltigen Nachzahlungen für 2022, die viele Mieter finanziell überfordern werden.

Das ausgeklügelte Kommissionsmodell ändert daran nichts. Auf der anderen Seite bringen die Vermieter die Mehrkosten für die im Verlauf dieses Jahres steil angestiegenen Brennstoffkosten zunächst zu Lasten ihrer Liquidität und Investitionsfähigkeit allein auf. Die Kommission will ihnen in Härtefällen mit zinslosen Liquiditätshilfen über die Zeit helfen.

Die Verteilungswirkungen der Gaspreisbremse sind trotz der Besteuerung des Rabatts als geldwerter Vorteil eindeutig regressiv, denn die Bemessungsgrundlage ist der aktuelle Verbrauch. Je größer und je weniger energieeffizient die Wohnung oder die Gewerbefläche, desto höher fällt der Rabatt aus.

Die Argumentation für eine Ex-post-Versicherung (Rudi Bachmann; University of Notre Dame/Indiana) ist zwar bis weit in die Mittelschicht hinein nachvollziehbar, aber eben nicht darüber hinaus. Wir dürfen mitten in einem Wirtschaftskrieg nicht 80 Prozent des Heizenergieverbrauchs der Millionärvilla oder des Penthouse einschließlich Sauna, Pool und Wintergarten subventionieren.

Auf der anderen Seite ist die Entlastung für Haushalte mit geringen Einkommen nicht ausreichend. Wer keinen Spielraum im Budget und keine Ersparnisse (mehr) hat und von steigenden Lebenshaltungskosten hart betroffen ist, der kann sich eine Verdoppelung der Vorauszahlung auf die Heizkosten oder eine vierstellige Nachzahlung einfach nicht erlauben. Die betroffenen Menschen müssen dann frieren oder Schulden anhäufen.

Keine praktikablen Alternativen für Industrie und Kleingewerbe

Davon abgesehen belohnt die Gaspreisbremse die Energieverschwendung nach dem Motto, wer vernünftig geheizt oder sein Eigenheim energetisch modernisiert hat, ist eben der Dumme. Im Unternehmenssektor wird der Wettbewerb verzerrt. Eigenverantwortung und Resilienz von Privathaushalten und Unternehmen dürfen nicht völlig aus dem Blick geraten. Außerdem braucht es sowohl eine gewisse Einkommensabhängigkeit als auch eine stärkere Pauschalierung der Entlastungen.

Zu den Kommissionsplänen für Industrie und Kleingewerbe gibt es keine praktikablen Alternativen. Es wäre zu aufwendig, die Verbrauchsmengen nach Branchen zu pauschalieren. Aber die Idee der Kostenneutralität bei 20 Prozent Einsparung treibt die Subventionskosten. Hier muß abgerüstet werden, vielleicht indem man nur zwei Drittel des derzeitigen Verbrauchs subventioniert.

Für die wohngebundenen Energiekosten sollte nach einer anderen Lösung - vielleicht innerhalb des Wohngeldsystems - gesucht werden, die bedürftige Haushalte bis weit in die Mittelschicht hinein zielgenau entlastet. Davon abgesehen ist es jetzt wichtig, den Mietern die Vorauszahlungen sofort an die aktuell von den Vermietern verauslagten Beschaffungspreise anzupassen. Sie würden mit ausreichenden Vorauszahlungen besser dastehen als mit einer unberechenbaren Nachzahlung und die Vermieter bräuchten nicht mehr vorzufinanzieren. ...<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtet am 21. Oktober 2022 ([x1.211/...](#)): >>**Erneut nachgewiesen: "mRNA-Impfstoffe" gegen COVID ursächlich für viele Todesfälle**

Von *Herbert Ludwig*

Nach den renommierten Pathologen Prof. Arne Burkhardt, Prof. Walter Lang und dem Chef-Pathologen der Uni Heidelberg, Prof. Peter Schirmacher hat nun auch Dr. Michael Mörz, Oberarzt am Institut für Pathologie des Städtischen Klinikums Dresden, in einer am 1. Oktober 2022 veröffentlichten wissenschaftlichen Studie nachgewiesen, daß nicht Covid-19, sondern die genbasierten COVID-Impfstoffe Herzmuskel- und Gehirnentzündungen verursachen, die zum Tod führen. - Man weiß nicht, was noch passieren muß, bis das für die Impfsicherheit zuständige Paul-Ehrlich-Institut endlich sein kriminelles Schweigen bricht, diese Todesimpfungen sofort untersagt und breite Untersuchungen anordnet.

Bisherige Erkenntnisse

Bereits am 1. August 2021 war schon ein dpa-Artikel durch einige Medien gegangen, der Chef-Pathologe der Uni Heidelberg, Prof. Peter Schirmacher, dränge auf viel mehr Obduktionen von Menschen, die im zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung gestorben seien. Er warnte danach gar vor einer hohen Dunkelziffer an Impftoten und beklagte:

Von den meisten Patienten, die nach und möglicherweise an einer Impfung sterben, bekämen die Pathologen gar nichts mit. Mehr als 40 Menschen habe man bereits obduziert, die binnen zwei Wochen nach einer Impfung gestorben seien. Schirmacher ging davon aus, daß 30 bis 40 Prozent davon an der Impfung gestorben sind. Die Häufigkeit tödlicher Impffolgen werde aus seiner Sicht unterschätzt. - Doch nichts passierte.

Am 20. September 2021 traten nach monatelangen Untersuchungen die beiden renommierten Pathologen Prof. Arne Burkhardt und Prof. Walter Lang in einer 1. Pathologie-Konferenz in Reutlingen an die Öffentlichkeit, weil sie ihre Zwischenergebnisse als sehr besorgniserregend ansahen. Sie hatten alarmierende Veränderungen in menschlichen Organen gefunden, die Verstorbenen nach einer Gen-basierten Impfung entnommen wurden.

Es seien Erscheinungen selbstzerstörerischer Prozesse, die zu schwerer Krankheit bis hin zum Tode führten und in den allermeisten der untersuchten Fälle mit hoher Wahrscheinlichkeit auf die Impfung zurückzuführen seien. Sie kündigten die Präsentation ihrer Endergebnisse auf noch vor Weihnachten an.

Am 4. Dezember 2021 präsentierten sie in einer 2. Pathologie-Konferenz in Berlin ihre schockierenden Endergebnisse. Am 10. Dezember 2021 fand darüber ein internationales Symposium in englischer Sprache statt, an dem auch der weltweit renommierte Prof. Sucharit Bhakdi, bis zu seiner Emeritierung 2012 Leiter des Instituts für Medizinische Mikrobiologie und Hygiene an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, teilnahm. Prof. Bhakdi und Prof. Burkhardt legten wissenschaftliche Beweise vor, die einen sofortigen Stopp der Verwendung von COVID-19-Impfstoffe auf Genbasis verlangen.

Sie legten auch dar, warum diese Impfstoffe nicht vor einer Virusinfektion schützen können. Es könne keinerlei positiver Effekt erwartet werden. Sie zeigten, daß die Vakzine vielmehr selbstzerstörerische Prozesse auslösen können, die zu schwerer Krankheit bis hin zum Tod führen.

Prof. Burkhardt lieferte eine Zusammenfassung seiner neuesten histopathologischen Erkenntnisse nach der Untersuchung von 15 Patienten, die innerhalb weniger Tage bis Monate nach der Impfung starben. Er beschrieb eine auffällige und einzigartige lymphozytäre Infiltration, die in den Blutgefäßen zentriert ist, aber viele Organe befällt, allen voran Herz und Lunge. Für Bhakdi und Burkhardt sind diese Befunde "eindeutige Beweise für eine vakzininduzierte autoimmunähnliche Pathologie". Es sei zu erwarten, daß solche selbstzerstörerischen Prozesse Myriaden von Nebenwirkungen bei allen Geimpften, insbesondere nach Booster-Impfungen, haben werden. - Doch nichts passierte. -

Am 16. März 2022 forderten Prof. Burkhardt und seine Forschungsgruppe in einem ersten Schreiben das Paul-Ehrlich-Institut auf, sämtliche betroffenen Arzneimittel unverzüglich zurückzurufen und die bedingten Zulassungen auszusetzen. Das Handlungsermessen sei auf Null reduziert, da eine dringende Gefahr für Leib und Leben, ein unmittelbares Todesrisiko sämtlicher Menschen bestehe, die eine mRNA-basierte Injektion erhalten.

Sie forderten die verantwortlichen Leiter des PEI, Herrn Prof. Dr. Cichutek und Frau Dr. Keller-Stanislawski, auf, ihnen aufgrund der immensen Gefahr für die öffentliche Gesundheit, Leib und Leben der Menschen kurzfristig bis 18. März 2022 Kopien der erlassenen Bescheide zuzusenden.

Zur Erklärung schrieben sie u.a.:

"In allen Organgeweben u.a. Gefäßsystem, Herz und Gehirn von Menschen, die in zeitlichem

Zusammenhang mit der "Impfung" gegen SARS-CoV-2 plötzlich, überwiegend nicht im Krankenhaus und ohne Therapie verstorben sind, zeigen sich übereinstimmend Schäden, wie sie sonst bei toxischen Einwirkungen beobachtet werden und von ungewöhnlichen Entzündungsreaktionen als Beweis eines intravitalen Schadens begleitet werden. ...

In diesen Läsionen (Funktionsstörungen) und den begleitenden entzündlichen Bereichen, vor allem an Blutgefäßen, ist mit Hilfe der hochspezifischen Immunhistochemie eine deutliche Expression von Spike-Protein nachweisbar (das für die Entzündungen und Läsionen von Gefäßen verantwortlich ist). Dieses stammt nachweislich von der "Impfung" und nicht von einer Infektion durch das Virus SARS-CoV-2.

Zur sicheren Zuordnung der Herkunft des gefundenen Spike-Proteins wurde ein Antikörper verwendet, der spezifisch gegen die Untereinheit 1 des Spike SARS-CoV-2 Wuhan-Variante hergestellt wurde, die Basis der Impfungen ist. Parallel dazu wurde eine Färbung für das Nukleokapsid von SARS-CoV-2 durchgeführt, welche im positiven Fall das komplette Virus anzeigen würde. Dieses wurde in den beschriebenen Geweben jedoch nicht gefunden.

Wenn die Läsionen im Gewebe von einer Infektion mit einem SARS-CoV-2 Virus stammen würden, müßten alle Komponenten des Virus nachweisbar sein, hier entsprechend neben dem Spike-Protein auch das Nukleokapsid-Protein.

Wenn ausschließlich das Spike-Protein ohne Nukleokapsid nachweisbar ist, kann dieses nur von der Injektion mit den betreffenden Arzneimitteln stammen, welche körpereigene Zellen mittels mRNA zur massiven Produktion der Spike-Proteine anregt."

Wie ernst es Prof. Burkhardt und seinen Kollegen war und ist, zeigt, daß er am 24.3.2022 erneut an das PEI schrieb und eindringlich ihnen mitzuteilen bat, welche Maßnahmen sie ergreifen hätten, um die Gefahr für Leib und Leben, die von dem mRNA- und Vektor-basierten COVID-19- Impfstoffen ausgehe, abzuwenden. - Doch wieder folgte keinerlei Reaktion.

Die Ergebnisse von Dr. Michael Mörz

In seiner auf Englisch erschienen Arbeit kommt der Pathologe Dr. Michael Mörz zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

"Der aktuelle Bericht stellt den Fall eines 77-jährigen Mannes mit Parkinson-Krankheit dar, der drei Wochen nach seiner dritten COVID-19-Impfung im Januar 2022 starb. Der Patient wurde erstmals im Mai 2021 mit dem ChAdOx1 nCov-19-Vektorimpfstoff geimpft, gefolgt von zwei weiteren Dosen mit dem BNT162b2-mRNA-Impfstoff im Juli und Dezember 2021. Die Familie des Verstorbenen beantragte eine Autopsie aufgrund der ambivalenten klinischen Merkmale, die vor dem Tod festgestellt wurden.

Die Grunderkrankung (Parkinson-Krankheit) wurde durch Autopsie bestätigt. Es wurden jedoch keine Anzeichen für ein blumiges COVID-19 entdeckt. In der Zwischenzeit zeigte die immunhistochemische Färbung des Gehirns und des Herzens zuvor nicht diagnostizierte Zustände. Das Gehirn zeigte eine multifokale nekrotisierende Enzephalitis (Gehirnentzündung mit mehreren Krankheitsherden und lokalem Gewebstod einhergehend) mit massiven entzündlichen Lymphozyteninfiltraten.

Darüber hinaus zeigte das Herz Anzeichen einer schweren Myokarditis. Schließlich zeigte die immunhistochemische Färbung, daß das SARS-CoV-2-Spike-Protein in den untersuchten Geweben nachgewiesen war. Basierend auf diesen immunhistochemischen Befunden scheint es, daß die entzündlichen Veränderungen im Hirngewebe des Patienten höchstwahrscheinlich das Ergebnis immunologischer Prozesse sind. Gleichzeitig wurde das Fehlen des SARS-CoV-2-Nukleokapsid-Proteins nachgewiesen, was darauf hindeutet, daß das nachgewiesene Spike-Protein nicht mit einer SARS-CoV-2-Infektion zusammenhängt.

Wäre eine solche Infektion die Ursache des Spike-Proteins, wäre auch das SARS-CoV-2-Nukleokapsidprotein nachweisbar. Folglich mußte das bestätigte Vorhandensein des Spike-Proteins auf die vorherige Impfung mit dem BNT162b2-mRNA-Impfstoff zurückgeführt wer-

den, die der verstorbene Patient erhalten hatte."

In einer Rund-Mail des "Neue Medien Portals" der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie e.V." (MWGFD e.V.) vom 8. Oktober 2022 heißt es dazu: "Das Wunder ist geschehen. Wir sind erleichtert und überglücklich", kommentieren Prof. Susharit Bhakdi und Dr. Karina Reis die bahnbrechende Entdeckung, die Dr. Michael Mörz gemacht hat. Es besteht keine Möglichkeit mehr, den Tod nach Impfung einer Infektion zuzuschreiben!

Sowohl eine Erkrankung durch SarsCov-2 als auch Covid-Injektionen verursachen Spike-Protein im Körper. Doch entsteht im Falle einer natürlichen Infektion auch das sogenannte Nukleokapsid-Protein. Bei einem 77-jährigen Verstorbenen konnte im Herz, im Gehirn und in den Endothelzellen (Zellen, welche die kleinen Blutgefäße auskleiden) das Spike-Protein, jedoch kein Nukleokapsid-Protein nachgewiesen werden. So steht die "Impfung" als Ursache für die toxischen Proteine fest.

Die Autopsie an dem 77-jährigen Mann zeigte unter Anderem nekrotisierende Enzephalitis und Myokarditis - die bekannten "Klassiker" nach der Gen-basierten Injektion - und bestätigte somit die Befunde der Pathologen um Prof. Arne Burkhardt. ..."

Was macht Lauterbach?

Trotz dieser klaren wissenschaftlichen Beweislage initiierte der Pharma-Lobbyist und Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach am 14. Oktober 2022 eine neue Impfkampagne mit dem Titel "Ich schütze mich". Dabei behauptete er, wie tagesschau.de eifrig berichtet, durch eine Corona-Infektion steige für ein Jahr auch die Wahrscheinlichkeit an einer Herz-Kreislauf-Erkrankung zu sterben. "Derjenige, der jetzt Corona gehabt hat und sechs Monate später an einem Herzinfarkt stirbt, der kommt nie in die Corona-Statistik", erklärte Lauterbach. "Die müßten aber eigentlich auch gezählt werden, weil der Mensch ohne die Infektion nicht gestorben wäre."

Es gebe zudem eine "erhebliche Dunkelziffer" bei Corona-Infektionen. Viele Menschen ließen einen positiven Schnelltest nicht durch einen PCR-Test bestätigen. Daher müsse man damit rechnen, daß die Gesamtzahl der Corona-Infektionen drei bis vier Mal so hoch sei, wie zur Zeit mit 100.000 gemeldet.

Es ist offensichtlich, daß er damit von den schweren Impf-Nebenwirkungen ablenken und diese zu Nachwirkungen einer Corona-Infektion, zu Long-COVID, erklären will. Der angebliche Wissenschaftler Lauterbach ignoriert bewußt die ihm mit Sicherheit bekannten vielfachen wissenschaftlichen Nachweise, daß die mRNA-Injektionsstoffe die Ursache für die vielen tödlichen Herz- und Gehirnentzündungen sind, und behauptet einen kausalen Zusammenhang mit den Corona-Infektionen, ohne ihn aber wissenschaftlich nachzuweisen.

Der Epidemiologe und frühere Amtsarzt Dr. Friedrich Pürner sagte zu den Äußerungen Lauterbachs, er habe erhebliche Zweifel an seinem medizinischen Sachverstand. "Jemanden in die Statistik aufzunehmen als Corona-Toten, nur weil er ein halbes Jahr vor einem Herzinfarkt eine Corona-Infektion hatte, ohne jeden Beleg für einen Zusammenhang, das entbehrt jeder statistischen und wissenschaftlichen Grundlage. Da fallen mir Wörter ein, aber meine Höflichkeit verbietet mir, diese auszusprechen."

Doch deutet alles neben einem sicher auch berechtigten Zweifel am fehlenden medizinischen Sachverstand auf eine gezielte Absicht hin. Die schweren bis tödlichen Wirkungen der "Impfungen" sollen offensichtlich weiterhin mit allen Mitteln vor der Bevölkerung verborgen gehalten werden, und die Impfungen werden, geschehe, was da wolle, noch weiter vorangetrieben. -

Wenn das so ist: Um was für eine gigantische Kriminalität handelt es sich hier eigentlich?<<

22.10.2022

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/23941" berichtet am 22. Oktober 2022 (x1.165/...): >>**Was haben Corona und der Ukraine-Krieg gemeinsam?**

In den letzten zweieinhalb Jahren haben sich mit der sog. Corona-Pandemie und dem Ukraine-Krieg zwei Krisen ereignet, die anscheinend keine Gemeinsamkeiten haben. Der international renommierte Propaganda-Spezialist und Psychologe Dr. Roman Braun erkannte im Ablauf beider Ereignisse die Anwendung weltweit koordinierter Manipulationstechniken. Er schloß daraus, daß beide Krisen gezielt inszeniert wurden.

Wie er zu dieser Einschätzung kam und mit welchen Fakten er seine These untermauern konnte, hat er am 21.3.2022 in einem Interview auf dem YouTube-Kanal FPÖ TV dargelegt. Seine Erkenntnisse werfen ein völlig neues Licht auf die Ereignisse der letzten Jahre - und sie beantworten die unweigerlich aufkommende Frage, warum derartige Krisen herbeigeführt werden. Hier ist die Zusammenfassung seiner Interpretation der jüngsten Geschichte:

Mitte 2019 habe die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) erkannt, daß das Finanzsystem infolge ausufernder Spekulationen und ständiger Erhöhungen der Geldmenge kurz vor dem Zusammenbruch stand. Der BIZ sei klar geworden, daß das aktuelle Problem deutlich gravierender war als das der letzten Weltfinanzkrise. Während 2008 einige hundert Milliarden zur Rettung einzelner Banken erforderlich waren, müßten nun Billionen zur Stützung des gesamten Systems eingesetzt werden.

Die am 25.8.2019 in Jackson Hole in Wyoming in den USA eilig versammelten Zentralbanker aus aller Welt teilten die Einschätzung, daß das globale Finanzsystem damals an einem Wendepunkt stand und daß die beginnende Finanzkrise nicht mehr mit herkömmlichen Instrumenten der Geldpolitik gelöst werden könne.

Deshalb hätten die Zentralbanker den Vermögensverwalter BlackRock mit der Entwicklung einer Lösung beauftragt, die dieser dann auch in seinen sog. "Working Papers" vom August 2019 lieferte. Laut Dr. Roman Braun handelte es sich hierbei um folgenden Plan: Bei der Einspeisung von Billionen in das Finanzsystem müsse zur Vermeidung einer Hyperinflation gleichzeitig der Weltwirtschaftsmotor gedrosselt werden.

Am 18. Oktober 2019 fand in New York eine Pandemie-Simulation mit dem Namen "Event 201" statt. Die von der Bill & Melinda Gates-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Weltwirtschaftsforum (World Economic Forum - WEF) und dem Johns Hopkins Center for Health Security initiierte Übung behandelte den fiktiven Fall einer von China ausgehenden weltweiten Pandemie.

Im Dezember 2019 kam es dann in China, in der Millionenmetropole Wuhan, zu mehreren Fällen einer unbekanntes Lungenkrankheit, die auf ein neuartiges Coronavirus zurückgeführt wurde. Bis zum 3. Januar 2020 wurden der WHO aus China 44 Erkrankte gemeldet. Der erste Corona-Tote wurde in China am 11. Januar 2020 verzeichnet.

Anfang Januar 2020 stellte Prof. Dr. Christian Drosten auf Grundlage eines Computermodells des neuartigen Virus das erste PCR-Nachweisverfahren fertig, welches danach weltweit in den von der Firma TIB MOLBIOL hergestellten Diagnostiktests zur Erkennung von Infektionen eingesetzt wurde.

Die Fallzahlen explodierten, die Medien begannen ihre Angst-Propaganda, die WHO rief am 11. März 2020 die Pandemie aus, die Corona-Krise nahm ihren Lauf - und die US-Notenbank (Fed) stellte im März 2020 mehrere Billionen Dollar an Liquidität für die Banken zur Verfügung, während in den Industrieländern Lockdowns verhängt wurden.

An diesem Punkt erkannte der Psychologe Dr. Roman Braun zum ersten Mal die Umsetzung des BlackRock-Plans, da hier nach seiner Auffassung die geplante Einspeisung der Rettungsgelder bei gleichzeitig gebremstem Wirtschaftsmotor geschah. Die gleiche Störung der Weltwirtschaft konnte er später auch beim Lockdown des international wichtigen Wirtschafts-

standortes Shanghai im Frühjahr 2022 oder der Sperrung des für den globalen Schiffsverkehr bedeutsamen Suezkanals durch den Tanker Ever Given im März 2021 sehen.

Aus Sicht des Propaganda-Spezialisten wurde das zur Angstmache verwendete Narrativ mit dem Beginn des Ukraine-Konfliktes am 24. Februar 2022 ausgewechselt, nachdem sich die Corona-Angst bei den Menschen infolge der ausbleibenden Gefährlichkeit der Covid-19-Erkrankung nicht länger aufrechterhalten ließ.

Für ihn waren die hohen Militärausgaben zur Unterstützung der Ukraine die Fortführung der hohen Ausgaben zur Anschaffung von Impfstoffen: Beides schuldenfinanzierte Finanzspritzen, die zunächst über die Pharmaindustrie und dann über die Waffenindustrie in das Wirtschaftssystem gepumpt wurden. Und auch hier erkannte er durch die kriegsbedingte Trennung der Warenströme und den durch Sanktionen ausgelösten Versorgungsnotstand eine künstlich herbeigeführte Störung im Sinne eines gedrosselten Wirtschaftsmotors.

Der Psychologe Dr. Roman Braun beschreibt im genannten Interview beide Krisen als Ereignisse, die durch den internationalen Konzernkapitalismus bewußt geplant und zielgerichtet umgesetzt wurden. Auf den Einwand, daß die Akteure dann ja den Tod vieler Menschen in Kauf genommen hätten, antwortete er, daß die Leute, die angeblich unsere Gesundheit schützen und fremde Kriegsopfer retten, z.B. täglich 15.000 Kinder an Hunger sterben lassen. Das sei aber nichts Neues, da sich die gleichen Kräfte in diversen vergangenen Kriegen und Konflikten nie für den Tod der einfachen Menschen interessiert hätten.

Auf die Frage, wem denn die aktuellen Entwicklungen nützen würden, antwortete der Propaganda-Experte, daß für ihn die Corona-Krise und der Ukrainekrieg ein gemeinsames Ziel hätten:

Durch das Aufstauen eines Finanz-Tsunamis solle der nicht zu verhindernde Crash in eine langsame Zerstörung der Weltwirtschaft umgewandelt werden. In deren Verlauf geschehe die Umverteilung von Land und Produktionsmitteln zu den Akteuren im Hintergrund. Diese bezeichnet er als Machtelite.

Das Ende des alten kapitalistischen Systems würde letztlich in die Einführung eines Neofeudalismus münden, in dem die mittellosen Menschen komplett von der alles besitzenden Machtelite abhängig wären. Diese Abhängigkeit würde durch die Einführung eines globalen digitalen Zentralbankgeldes (Central Bank Digital Currency, CBDC) realisiert. Über dieses digitale Geld käme die geplante zentralistische Weltregierung dann zur lückenlosen Überwachung und Kontrolle der gesamten Menschheit.

Handelt es sich bei der Corona-Krise und dem Ukraine-Krieg also nur um zwei aktuelle Propagandamaßnahmen in einer langen Reihe von Menschheitsmanipulationen? Für diese Sichtweise könnte Folgendes sprechen: Obwohl die Ereignisse scheinbar sehr verschieden sind, sind die Reaktionen darauf sehr ähnlich. Zur Lösung der jeweils medial dargestellten Probleme wurden vorrangig neue schuldenfinanzierte Ausgaben herangezogen, während die Beseitigung der Ursachen ignoriert wurde.<<

25.10.2022

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 25. Oktober 2022 (x1.211/...): >>53 schwere Erkrankungen werden von 160 Studien als COVID-19-Impfschäden nachgewiesen

Von *Herbert Ludwig*

Der Wissenschaftsblog ScienceFiles stellt seit Monaten wissenschaftliche Studien zusammen, die eine Kausalität zwischen schweren Erkrankungen und der vorausgehenden COVID-19 Genterapie-Impfung nachweisen. Er hat jetzt eine ausführliche Liste von 53 schweren Krankheiten veröffentlicht, die von bisher insgesamt 160 wissenschaftlichen Studien als Covid-19-Impfschäden belegt werden.

Darin wird zugleich die erschütternde Geschichte der Menschen erzählt, "deren Leben durch

die COVID-19 Impfung / Gentherapie komplett verändert, wenn nicht beendet wurde." - Mit dieser verdienstvollen Veröffentlichung werden die in unserem vorigen Artikel aufgeführten Beweise zu "mRNA-Impfstoff" verursachten Herz- und Gehirnentzündungen gewaltig erweitert.

ScienceFiles weist darauf hin, daß allein die Datenbank der WHO, VigiAcces, die unglaubliche Menge von mehr als 4,5 Millionen Nebenwirkungen verzeichnet, diese aber nur ein Bruchteil der Nebenwirkungen sind, die überhaupt bekannt werden.

Daneben gibt es noch weitere große Datenbanken, die unter anderem bei der US-Amerikanischen CDC, der europäischen EMA oder der britischen MHRA unabhängig voneinander und mit anderen "Fällen" geführt werden und ebenfalls nur Bruchteile der tatsächlichen Fälle enthalten.

Wenn man dies alles bedenkt, "dann kann man nicht anders, als den derzeit laufenden Versuch am lebenden Menschen als eine der größten Gesundheitskatastrophen der Menschheitsgeschichte anzusehen. Das will etwas heißen. Im Mittelalter gab es die Pest."

Dieser gigantische gentechnische Menschenversuch ist ja nicht nur eine Katastrophe, die wie ein Naturereignis hereingebrochen wäre; er ist global gezielt und hartnäckig herbeigeführt, so daß ihn Prof. Andreas Sönnichsen in Wien als "den größten Medizinskandal aller Zeiten" bezeichnet.

"Seit Monaten", schreibt ScienceFiles, "lesen wir Studien, die eine Kausalität zwischen einer schweren Erkrankung und der vorausgehenden COVID-19 Impfung / Gentherapie herstellen. Seit Monaten sammeln wir die schweren Erkrankungen, für die belegt ist, daß sie sich als Folge von COVID-19 Impfung / Gentherapie einstellen.

Seit Monaten stellen wir unseren Lesern eine ständig auf den neuesten Stand gebrachte Datei zur Verfügung, die voller Einzelfälle, voller menschlicher Schicksale ist, voller menschlichem Leid, das von den Herstellern der COVID-19 Spritzbrühen verursacht wurde. Es schert sie nicht die Bohne. Sie kassieren und versuchen, noch mehr zu kassieren, die Kuh zu melken, solange sie Milch gibt."

Aber das wäre alles nicht möglich, wenn es nicht von den Regierungen und willfährigen Medizinern mit Hilfe einer gewaltigen Medienmacht suggestiv als lebensrettend propagiert und durchgeführt würde.

"Wir sammeln in diesem Post", betont ScienceFiles, den wir regelmäßig auf den neuesten Stand bringen, nicht nur wissenschaftliche Belege für schwere, lebensverändernde, lebensbeendende Nebenwirkungen, deren URSACHE eine COVID-19 Impfung / Gentherapie ist.

Wir wollen mit dieser Sammlung die medizinische Geschichte derer, deren Leben durch die COVID-19 Impfung / Gentherapie komplett verändert, wenn nicht beendet wurde, erzählen, sie darstellen, wie sie sich in wissenschaftlichen Beiträgen findet, in Beiträgen geschrieben von Medizinern und Wissenschaftlern, die bekanntmachen wollen, daß der Mensch, über den sie schreiben, als Folge seiner COVID-19 Impfung / Gentherapie verstorben ist, daß er - ohne COVID-19 Impfung / Gentherapie noch leben würde, zumindest noch länger gelebt hätte, daß er schwer erkrankt ist, daß sein Leben eine Veränderung erfahren hat, eine Wendung zum Schlechten genommen hat, die ohne die COVID-19 Impfung / Gentherapie nicht erfolgt wäre. Es sind dies nüchterne, medizinisch gehaltene Fallbeschreibungen, die gerade weil sie sachlich gehalten sind, eine ungeheure Wirkung auf denjenigen, der sie liest, ausüben. Deshalb benötigen Sie ein dickes Fell."

Der allgemeine öffentliche Druck auf kritische Wissenschaftler ist so groß, daß ScienceFiles zu den in Fachzeitschriften veröffentlichten wissenschaftlichen Beiträgen konstatieren muß:

"KEINER, wirklich KEINER dieser Beiträge kommt ohne den Kniefall vor dem Idioten, der zum herrschenden Zeitgeist geworden ist, aus. In jedem dieser Texte findet sich dieser Kniefall als Hinweis darauf, daß die Nebenwirkungen nach COVID-19 Impfung / Gentherapie ja

wirklich so selten, so ganz furchtbar selten sind und die Wirkung, der Schutz, das Heil, das diese Spritzbrühen bringen, um ein Vielfaches diese Kosten übersteigt.

Und wenn die Autoren den politisch korrekten Teil, den sie offenkundig schreiben müssen, um überhaupt gedruckt zu werden, hinter sich gebracht haben, dann berichten sie von den haarigsten Formen schwerer Nebenwirkung, von menschlichen Leidensgeschichten, die von der COVID-19 Spritzbrühe verursacht wurden, die oft genug mit dem Tod des Betroffenen geendet haben.

Ganz so, als wären sie nun auf einer anderen Baustelle aktiv."

Es gibt ja Politik-Darsteller, die nicht nur die wissenschaftlichen Beweise für die verheerenden Impf-Nebenwirkungen ignorieren oder verleugnen, sondern sogar diese selbst mehrfach abgestritten haben, als gäbe es Medikamente ohne Nebenwirkungen.

Dabei stellen sich selbst bei den harmlosen unter den Medikamenten unerwünschte Nebenwirkungen ein.

"Bei COVID-19 Impfstoffen / Gentherapien ist das nicht anders, nur sind COVID-19 Impfstoffe / Gentherapien keine harmlosen Medikamente. Sie bringen selbst in den Fällen, in denen die Nebenwirkung als "mild" bezeichnet wird, mindestens Kopfschmerzen und Übelkeit, häufig begleitet von Erbrechen, in vielen Fällen Fieber und Durchfall mit sich. Neben diesen millionenfach auftretenden "milden" Nebenwirkungen, gibt es eine Vielzahl schwerer, lebensverändernder, zuweilen auch lebensbeendender Nebenwirkungen."

Allein in der Datenbank der WHO sind rund 4,5 Millionen Nebenwirkungen erfaßt, 340.000 davon schwer (ohne Dunkelziffern).

"Derzeit ist für 53 schwere Erkrankungen belegt, daß sie sich als Folge einer COVID-19 Impfung / Gentherapie einstellen.

Die Belege finden sich in 160 Studien, die Grundlage dieses Posts sind.

Die Studien basieren auf den Fallstudien von 224 Menschen, die entweder nach COVID-19 Impfung / Gentherapie schwer erkrankt oder verstorben sind."

Dann folgt auf ScienceFiles die Auflistung der 53 Erkrankungen, die jeweils einzeln zu den entsprechenden Studien und Fallbeschreibungen verlinkt sind. Ein Studium lohnt sich.

Siehe: 160 Studien, 53 schwere Erkrankungen: Die Liste der nachweislichen COVID-19-Impfschäden wird länger - SciFi (sciencefiles.org)<<

26.10.2022

Großbritannien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 26. bis zum 29. Oktober 2022: >>Staatsstreich in London: Gründe, Drahtzieher (Folge 1-3)

Von *Wolfgang Eggert*

Was die Öffentlichkeit über die Inthronisierung des neuen Regierungschefs Rishi Sunak wissen soll, steht in den Mainstream-Medien. Viel interessanter ist allerdings das, was nicht in der Zeitung steht. Wie einflußreiche Kreise schon seit über 200 Jahren hinter den Kulissen die Strippen ziehen, liest man in COMPACT-Spezial "Geheime Mächte - Great Reset und Neue Weltordnung". ...

Man könnte diesen Artikel auch mit den Worten "Was wir wissen und was wir nicht wissen" überschreiben - oder, vielleicht noch besser: "Was wir sehen und was wir nicht sehen". Die Systemmedien bedienen sich dieser Headline, wenn es bei einer recht dunklen Angelegenheit darum geht ... nein, nicht Licht in die Sache zu bringen, sondern, im Gegenteil, die Chose noch mehr zu verdunkeln.

Hier wollen wir den umgekehrten Weg beschreiten und das Augenmerk gerade dorthin richten, von wo es die Journaille gern weglenkt, weil sie gerade im Dienst beziehungsweise im Wort gewisser Kreise im Hintergrund steht. Aus diesem Grund kommt es immer wieder zu den bekannt mangelhaften Ausleuchtungen der Politik durch eine Kraft, die nominell dazu antritt, als Vierte Gewalt die drei vor ihr befindlichen zu kontrollieren, diesen Auftrag aber

nicht beherzigt, weil sie als Büttel einer Reihe tabuisierter "Fünfter Gewalten" allzu oft in Komplizenschaft zur Politik steht.

Einige dieser mächtigen Player (die mit Macht eigenem Bekunden so gar nichts zu tun haben wollen) werden wir nun ins Auge fassen - mit Blick auf die aktuellen Geschehnisse in Großbritannien, wo man mittlerweile in der sechsten Woche den dritten Premierminister in Downing Street No. 10 einziehen sieht.

Der erst gestern gekrönte Rishi Sunak ist dabei der zweite in Reihe, dessen demokratische Legitimation höchst eingeschränkt ist: Ein von ihm vorgestelltes Wahlprogramm gibt es nicht. Warum auch, er mußte nicht für sich werben, denn die Ernennung erfolgte nicht durch das britische Wahlvolk, sondern in parlamentarischen Hinterzimmern.

Der Coup der Globalisten

"A Globalist Coup", einen "NWO-Putsch", nennt dies der Ex-Konservative Nigel Farage, der seiner Partei vor vielen Jahren den Rücken kehrte, um unabhängig den Ausstieg Britanniens aus der EU auf den Weg zu bringen. Läßt man die Eigentore, die sich die Europa-Equipe in Brüssel selbst ins Netz setzte, außer Acht, dann war es Farages wirksame Öffentlichkeitsarbeit, die dazu führte, daß das Anti-EU-Virus bald in die Reihen der etablierten Insel-Parteien eindrang und bei den Konservativen den Brexiteer Boris Johnson an die Macht spülte.

Alexander Boris de Pfeffel Johnson, so der vollständige Name des ebenso unterhaltsamen wie beliebten Polit-Punks, schaffte es bei den letzten demokratischen Parlamentswahlen mit kongenial runtergebrochenen Slogans einen Erdrutschsieg einzufahren. Mit querfrontigen Aussagen, die nach Art Donald Trumps "echtes Volksempfinden" gegen den abgehobenen Parlamentarismus setzten, holten sich die Tories Sitze in den Regionen des Nordens, die vorher als sichere Bank für Labour galten.

Trotzdem wurde Johnson von den eigenen Leuten gegangen, er wurde abgesetzt - er ist raus. Vorgeblich, weil er gelogen hatte, oder genauer, weil er die Wahrheit so gedreht hatte, wie er sie brauchte. Das war nichts Neues, er hatte das 1.000 Mal zuvor getan, als Journalist und als Politiker, wahrscheinlich erst recht privat, in den Dutzenden von Affären, durch die er vermutlich nicht einmal selbst mehr durchblicken konnte.

Mehr noch, das Genaunehmen mit der Wahrheit, bei Johnson (und 99 Prozent aller Politiker weltweit) nie wirklich definierbar, kann man in diesem Fall, im Fall der Hinrichtung dieses speziellen Mannes, als Treppenwitz der Geschichte bezeichnen. Denn der eigentliche Hebel, durch den man Johnson hoch zum Galgen beförderte war geradezu lächerlich.

Daß die landläufigen Briten, von jeher auch außerhalb Mallorcas und der Kanarischen Inseln als feierlauniges Volk bekannt, die seit 2020 auch bei ihnen verhängten Covid-Einschränkungen nicht für voll nehmen würden, war von Beginn an klar. Homeoffice mit Abstand wurde daher nirgendwo Ernst genommen. Daß die führende Klasse, vom gleichen Blut durchpulst, kaum anders tickt, liegt auf der Hand.

Von daher sah das Homeofficing in den Büros in Downing Street auch nicht anders aus: Selbstverständlich saß der Volkdieners an seinem Schreibtisch. Und an eben diesem Schreibtisch gab es Drinks mit Schirmchen, die man natürlich ungern alleine runterspült. Alle 10 Minuten kommt also ein mitfühlender Kollege, prostet, prustet, die Hand am Hintern der Sekretärin, einen anzüglichen Witz. In dieses schöne, pralle Leben platzt dann auch der Premier höchstpersönlich, bewaffnet mit einer Sektflöte und, tappt er in eine Falle, so filmt irgendwer seine launige Begrüßung mit.

Wenige Tage später schreit ein um 100.000 Pfund Sterling erleichtertes und um eine Bombenschlagzeile reicheres Boulevardblatt: "How shocking!" Und die Karriere ist im Eimer. So geschehen im Fall Johnson. Auch seiner Nachfolgerin ging es nicht besser.

So weit so gut. Aber wer sind nun die Fallensteller? ...<<

>>... Über die Wachablösung in Großbritannien ist viel geschrieben worden - nur nicht, wer

erst Boris Johnson und nun Liz Truss in Hintergrund ein Bein gestellt hat. Es wird Zeit, Ross und Reiter zu nennen. Wer seit hunderten von Jahren hinter den Kulissen die Strippen zieht, lesen Sie in "Geheime Gesellschaften" von Charles William Heckethorn. Ein Standardwerk zu einem unglaublich günstigen Preis.

Die Systempresse nennt durchsichtigerweise nicht einen einzigen der Fallensteller, die hinter dem Staatsstreich von London stehen. Dabei wäre eine Recherche nicht besonders aufwendig. In den meisten Fällen müßten die Journalisten, wenn sie denn ihren Beruf ernst nähmen, vermutlich nur die Hauptfinanziers ihrer Arbeitgeber unter die Lupe nehmen.

Beginnen wir 1.) mit den offensichtlichsten "Playern", die sich quasi von selbst aus der Politik der Konservativen Partei seit Johnson ergeben: den Gegnern und den Verlierern des Brexits, soweit es suprapolitische Macht anbelangt. Letztere stellen wir erst einmal zurück, denn sie sollten sich erst im Lauf der Zeit entwickeln. Aber Erstere, die 1.a) Stunde-Null-Gegner der Abspaltung waren immer schon da.

Teilweise, weil sie als Idealisten Anhänger des Gedankens waren, daß Großbritannien Teil einer europäischen Interessensgemeinschaft sein sollte, teilweise folgten sie aber auch schlicht finanziell unterlegten Einflüsterungen aus Brüssel und Washington ("Bleibt dort, als unsere 5. Kolonne"). Wir finden diese sogenannten Remainer vor allem in Politik und Medien. Diesen Kreisen war das Basisvotum, in dem die Briten sich für einen EU-Ausstieg entschieden, völlig egal - ihre Lobbyarbeit blieb die gleiche wie vorher.

Dazu kamen nun später, wie bereits erwähnt, die 1.b) Verlierer des Brexits, mit denen wir in erster Linie die "Ordner des britischen Herrschaftsgebiets" meinen - eine unsichtbare Nebenregierung, wie es sie in den meisten Staaten gibt. Diese bekam den Gegenwind der Superpower Brüssel sehr schnell zu spüren, und zwar in Form der Überleitungsverträge, mit denen Johnson die EU-bezogenen Wirtschaftsbeziehungen seines Landes fortzuführen hatte. Diese Dokumente, von Brüssel inspiriert und diktiert, setzten von Anfang an darauf, London zu schwächen und zu destabilisieren - als abschreckendes Beispiel für weitere Kandidaten, denen es möglicherweise einfallen sollte, das Bruderband der Europäer wieder zu trennen.

In diesem Sinne war dem "perfiden Albion" die sukzessive Abtrennung Nordirlands in die vergifteten Scheidungspapiere geschrieben worden. Natürlich nicht *expressis verbis* - alles lag unter einem Wust handelspolitischer Maßnahmen, aber in der Konsequenz lief alles auf einen wirklichen Territorialverlust hinaus - der selbstverständlich auf Applaus aus einer zweiten britischen Region rechnen konnte, nämlich aus Schottland.

Inzwischen ist die irisch-republikanische Partei Sinn Fein - einst als legaler Arm der Befreiungsbewegung IRA gegründet - stärkste politische Kraft in Ulster. Die Uhren stehen auf Übergang von Great zu Little Britain. Das ständige nationale Establishment, das es als Sachwalter geopolitischer Interessen selbstverständlich auch in Britannien gibt - in den Geheimdiensten, im finanziellen Establishment, in patriotisch-royal-okkulten Kreisen - konnte diesen Prozeß nicht zulassen. Und es arbeitete deshalb - untergründig - gegen Johnson. Und gegen Truss, die, bei allen Pragmatismen danach, Brexiteer war und blieb. ...<<

>>... Die sichtbaren Königsmörder sind nur ein Teil der Kräfte, die hinter dem Regierungswechsel in Großbritannien stehen. Viel wichtiger ist der Teil, der im Schatten bleibt. Wie einflußreiche Kreise nicht nur in England hinter den Kulissen die Strippen ziehen, liest man in COMPACT-Spezial "Geheime Mächte - Great Reset und Neue Weltordnung". ...

"Viele Jäger sind des Hasen Tod" - dieses Bonmot gilt auch für das Schicksal der Brexiteers um Boris Johnson. Denn: Die sichtbaren Remainer auf der politischen Bühne waren nur ein Teil der Meuchelmörderschaft, die sich in Shakespeare'scher Nacht an den Königshof in Downing Street heranmachte.

Auch völlig ungewählte Zeitgenossen legten ihre Hände ans Zentrum der scheindemokratischen Macht, ließen ihre Muskeln spielen, zeigten, daß sie - und nicht die Wähler - zu bestim-

men haben, wo es langzugehen hat. "Nebenregierungen" nennen Systemkritiker - im Wissen darum, daß jeder Journalist genauso gut käuflich ist wie jeder Politiker - diese Chef-Influencer.

Ganz vorneweg in diesem illustren Reigen mischte sich ins Geschehen ein:

Die Globalisierungs-Lobby

Natürlich befanden diese in mannigfaltigen Thinktanks organisierten Player, daß allein schon der Brexit, um es mit den Worten Angela Merkels zu sagen, "gar nicht ging" (und natürlich waren sie eine unter mehreren Antriebskräften, die die vom Stimmvieh in entgegengesetzte Richtung - weg von Großeuropa - delegierten Parlamentarier mittels üblicher Zuwendungen umzudrehen" verstanden).

Allerdings ist dieser Macht EU-Europa nur ein Interessensfeld unter vielen - es ist vielleicht nicht einmal das wichtigste. In der Rolle eines seelisch verkommenen Dentisten betrachtet sie die Frage der staatlichen Souveränität lediglich als das Äußere eines gesunden Zahns in einem größeren Gebiß, welches im Ganzen und dabei von unten her entsorgt gehört.

Nun läßt sich diese Vollbehandlung mittels eines gut gesetzten Fausthiebs besorgen, indes unter dem Risiko, daß sich der schmerzgeplagte Patient einem anderen Kurpfuscher zuwendet. Also greift man besser zur medialen Betäubungsspritze mittels der man, ist sie nur tief genug gesetzt, zur multiplen Wurzelresektion schreiten kann. Die Wurzeln, um die es unserem lediglich scheinbar irren Arzt geht, heißen Volk, Identität, Kultur, Nation, Gesellschaft.

Hier liegt nun der Hase im Pfeffer, soweit es die gewählte Brexit-Administration Johnson und Nachfolger anbelangt. Diese brauchte, um zum Ziel zu kommen, die Unterstützung der übergriffigen Eliten, sie mußte deren Wünsche bedienen - und niemand kann sagen, daß Downing Street den Spagat zwischen Zahnerhalt (Rettung der Nation im Brexit) und Resektion (Verabschiedung von nationalen Werten) nicht wenigstens versuchte.

Die von Johnson und Truss vorgestellten neoliberalen Wirtschaftsprogramme etwa zeigten die Bereitschaft, die heimischen Unternehmen, den Warenverkehr und die Arbeiterschaft im Weltmarkt zu prostituieren. Auch der Ausländerimport, wichtigstes Instrument der globalen Umvolkung, sollte entgegen dem Willen der Briten (die genau deshalb für den EU-Austritt Großbritanniens gestimmt hatten) weitergehen; das jedenfalls verkündete Truss noch vor ihrem Abschied.

Umsonst: Die gelben und anderweitig gestrichenen U-Boote der Globalisierer glaubten diesen Bekundungen nicht. Wie auch, wo doch der nationale Heilsweg unberührt weiterverfolgt werden sollte, und, schlimmer noch, amtierende Minister den Wurzelresektionen direkt entgegenarbeiteten.

Exponent dieser Kreise: die in eine indische Familie geborene und später mit dem jüdischen Mercedes-Manager Rael Braverman verheiratete, das heißt sehr schwer angreifbare, Innenministerin Suella Braverman. Gegen LGBTQ, gegen Kulturmarxismus, gegen Umvolkung: NWO-Kritiker bekamen von dieser außergewöhnlichen Dame alles geliefert, was das gehetzte Herz bewegte.

Und: Es war klar, daß Bravermans Worte nicht einfach in den Wind gesprochen waren. Sie plante, im Gegenteil, praktisch-politische Tatsachen zu schaffen:

Ein Handelsabkommen mit Indien, dem Land ihrer Ahnen, wollte sie von Zugeständnissen in der Einwanderungspolitik befreit haben; die Britannien in der Migrationsfrage EU-rechtlich verordneten Fesselungen sollten derweil ein für allemal fallen - durch Verlassen des European Court of Human Rights.

In unmittelbarer Reaktion drohten globalistische Powerbroker und ebensolche Mainstream-Medien den Tories unverblümt, daß sie sich zwischen Globalisierung und der Spaltung ihrer Partei zu entscheiden hätten. Im gleichen Zeitfenster unterzogen sogenannte Qualitätsmedien und einflußreiche Lobbygruppen den Begriff "Globalisierung" einer tabuisierenden Neube-

wertung. Braverman wurde durch eine skandalisierte Nichtigkeit (sie schrieb einen Brief auf dem falschen Server) kaltgestellt. Ein Sargnagel für Truss' Karriere.

Die Bankenmacht

Auf der sichtbaren Ebene waren es die Medien, die die populäre Braverman als gesetzte Spielerin vom Feld auf die Bank beförderten. Wer die Redaktionen mit den entsprechenden Hintergründen versorgte beziehungsweise welche der Nebenregierungen hier federführend war, ist unbekannt. Entscheidend ist die Form, in der es gemacht wurde. Der Vorgang ist eine für den Apparat typische, klassische Erziehungsmaßnahme. Die Nachricht, die nicht nur an den Betroffenen geht, sagt: Beherzigt die roten Linien. Unsere roten Linien. Sonst...

Bereits fünf Tage zuvor hatte die Auf-Zeit-Kaltstellungs-Lektion mit Kwasi Kwarteng ein anderes hochrangiges Regierungsmitglied erwischt. In diesem Fall ist hingegen bekannt, welche überstaatlichen Mächte den Sturz im Kern orchestrierten.

Kwartengs Position war vielleicht noch gewichtiger als jene Bravermans. Als Finanzminister oblag ihm die Aufgabe, das durch unsinnige Anti-Klimawandel-, Anti-Covid- und Anti-Rußland-Maßnahmen gebeutelte Königreich wieder aus dem ökonomischen Tief herauszuholen. Der Absturz war mit dem Brexit, der seitens des Johnson-Teams als große Chance verkauft worden war, noch verstärkt worden, hauptsächlich durch Schritte, die Brüssel als Revanche in Gang setzte.

Bestärkt durch wirtschaftsliberale Kräfte in der Regierung setzte Kwarteng nun, belastende Neuverschuldungen in Kauf nehmend, auf erhebliche Steuersenkungen - die größten der letzten 50 Jahre. Der Internationale Währungsfonds kritisierte die Pläne ebenso umgehend wie in ungewöhnlich offener Form, wobei die finanzkapitale Versklavungsgesellschaft prognostizierte, die Maßnahmen würden zu spürbaren Preissteigerungen führen. Der Wechselkurs des britischen Pfunds fiel nach dieser Erklärung so deutlich, daß sich mit der Bank of England - Kronjuwel der autonomen City of London - gleich der zweite Blutegel-Verband ins Geschehen mischte.

Zwar schritt die Bank of England, wie man es von einer Zentralbank erwarten durfte (per Anleihenkäufe und Erhöhung des Leitzinses) zugunsten des britischen Pfunds ein, tat das aber so halbherzig und verkürzt, daß der einmal angerichtete Schaden spürbar blieb. Der Finanzminister wurde daraufhin - als Bauernopfer - entlassen, und als Nachfolger rückte, auf "Empfehlung des Marktes", der Brexit- und Truss Gegner Jeremy Hunt nach.

Der Wind, der der eingeschüchterten Regierungschefin von vorn kam, blies dem mit allen Vollmachten und Vorschußlorbeeren ausgestatteten Hunt in den Rücken. Immer neue, vorgeblich authentische Umfragen verstärkten den Eindruck daß Truss bedeutungsseitig an den Rand gedrängt wurde und selbst dort noch als Belastung für Downing Street zu gelten hatte. Sehr zur Freude ihrer Gegner in den Reihen des permanenten Establishments. ...<<

01.11.2022

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. November 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Das Märchen von der Volksherrschaft in der Bundesrepublik Deutschland, Teil 2**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Auflösung der gegenwärtigen Parteiendiktatur

Noch sitzt Ihr da oben, Ihr feigen Gestalten. Vom Feinde bezahlt, und dem Volke zum Spott! Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk, dann gnade Euch Gott!
--

Theodor Körner (1791-1813, deutscher Dichter)

Politische Parteien

Bei einer politischen Partei handelt es sich um den Zusammenschluß von Menschen, die aufgrund gleicher politischer Anschauungen oder Vorstellungen eine gewisse staatliche Willensbildung anstreben.

Die ersten modernen Parteien entstanden im 17. Jahrhundert in Großbritannien, danach in den USA und in Frankreich. In Deutschland gründete man die ersten Parteien nach 1815. Während sich in den westlichen Demokratien das **Mehrparteiensystem** durchsetzte, herrschte in totalitären Staaten in der Regel das **Einparteiensystem** oder das bewährte **Blockparteiensystem** (Zusammenschluß aller bestehenden Parteien unter Führung der herrschenden Partei).

Die politischen Parteien wurden seit jeher bevorzugt durch die Freimaurer genutzt, um eine vermeintliche demokratische Wahlmöglichkeiten vorzutäuschen und um die Regierung des jeweiligen Landes zu übernehmen und geheime Staaten ("Tiefe Staaten") in den offiziellen Staaten zu bilden. Heute sind fast alle maßgeblichen Persönlichkeiten der Politik, der Armee, der Wissenschaft, der Bildung, der Wirtschaft und des Handels Logenbrüder der Freimaurerei.

Die Partei wird durch den Parteivorstand geleitet. Die Parteipolitik richtet sich nach dem Partei- und Grundsatzprogramm. Die Parteien finanzieren sich durch Mitgliedsbeiträge, staatliche Zuschüssen und Spenden. Die Abgeordneten einer Partei unterliegen meistens einem Fraktionszwang, um eine einheitliche Stimmabgabe im Sinne der Fraktionsbeschlüsse zu gewährleisten. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Gründung von Parteien grundsätzlich frei. Verfassungswidrige Parteien können jedoch z.B. wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung jederzeit durch das Bundesverfassungsgericht verboten werden.

In der Bundesrepublik Deutschland beherrschen die allmächtigen Regierungsparteien derzeit die staatliche Gesetzgebung (Legislative), die vollziehende Gewalt (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative). Volksentscheide sind nicht vorgesehen. Es handelt sich zweifelsfrei nicht um einen demokratischen Rechtsstaat, der unabhängige Gewalten besitzt und auf dem Prinzip der Gewaltenteilung aufgebaut ist.

Gemäß Grundgesetz werden die Verfassungsrichter je zur Hälfte durch den Bundestag und den Bundesrat gewählt. Das höchste aller Gerichte, das Bundesverfassungsgericht, steht dadurch nachweislich unter dem Einfluß der allmächtigen deutschen Regierungsparteien. Kein Richter des Bundesverfassungsgerichts bekommt jemals ein Amt, wenn er nicht die richtige politische Einstellung oder die richtige Parteimitgliedschaft besitzt.

Da die Staatsanwaltschaften nicht unabhängig von den Justizministern sind, kann die Justiz den Bürger nicht vor der Willkür der Regierung schützen, denn die von den allmächtigen deutschen Regierungsparteien ernannten Justizminister bestimmen, was die Richter und Staatsanwälte zu tun und zu lassen haben. Die deutschen Regierungsparteien suchen sich ihre Richter sehr sorgfältig aus, deshalb mußte sich in der Bundesrepublik Deutschland bisher noch kein Regierungsmitglied vor einem Gericht verantworten.

Geheime Kriegsführung gegen die Deutschen

In allen deutschen Ministerien arbeiten von den Lobbygruppen und anglo-amerikanischen Beraterfirmen bezahlte Mitarbeiter. Diese Beschäftigten der Lobbyisten beteiligen sich nicht selten maßgeblich an der Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen, Ausschreibungen etc.

Die systematisch geplanten Destabilisierungsmaßnahmen der deutschen Bundesregierung, wie z.B. die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, Klimakrise, Energiewende, Corona-Plandemie und der Wirtschaftskrieg gegen Rußland, erfolgten nachweislich durch staatliche Anordnungen. Durch diese langfristig inszenierten ideologischen Destabilisierungsmaßnahmen wurde der Bestand der Bundesrepublik Deutschland nicht fahrlässig, sondern vorsätzlich gefährdet.

Es gehört nachweislich nicht zu den Aufgaben und Pflichten der deutschen Regierung, durch staatlich eingeleitete Destabilisierungsmaßnahmen wichtige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und religiöse Strukturen unseres Landes zu liquidieren.

Hochverrat laut Paragraph 81 des deutschen Strafgesetzbuches

In einer wahrhaften Demokratie muß die Staatsgewalt vom Volk ausgehen und darf niemals von irgendwelchen kriminellen NWO-Organisationen sowie von ihren gehorsamen Erfüllungsgehilfen dominiert werden. Sämtliche maßgeblichen Anführer, Organisatoren, Anstifter und Helfershelfer der Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien, Militär etc., die an der Planung und an der Ausführung der ideologischen Destabilisierungsmaßnahmen teilgenommen haben, sind für ihre Verbrechen juristisch zur Rechenschaft zu ziehen.

Gemäß § 81 des deutschen Strafgesetzbuches begeht z.B. Hochverrat: >>1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder
2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...<<

Der Hochverratsparagraph wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten abgeschafft. Erst im Jahre 1951 führte man wieder ein Gesetz zur Bestrafung des Hoch- und Landesverrats ein. Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe war danach für Staatsschutzstrafsachen verantwortlich, die durch Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt den Bestand der Bundesrepublik Deutschland gefährden und verpflichtet, eingehende Strafanzeigen zu prüfen.

Alle gemeingefährlichen NWO-Psychothemen und ihre willigen Mittäter, die gigantische Schäden verursachten, sind gerichtlich abzuurteilen und angemessen zu bestrafen (Haftstrafe, Beschlagnahmung des gesamten Vermögens der Verurteilten, Festsetzung von Mindestrenten etc.).

Ungeachtet der permanenten Rechtsbrüche von Mitgliedern der deutschen Bundesregierung, die nachweislich nicht dem Wohl des deutschen Volkes dienten, blieben die verantwortlichen Politiker völlig unbehelligt und konnten ihre asozialen Tätigkeiten in aller Ruhe fortsetzen.

Obleich der geheime Krieg gegen das eigene Volk den Straftatbestand des Hoch- und Landesverrats erfüllt, wurde bisher noch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

Lediglich die Kritiker dieser verfassungsfeindlichen Rechtsbrüche wurden als "Pack" oder geistige Brandstifter ausgegrenzt oder pauschal als Nazis diffamiert.

Nürnberger Kodex

Bei dieser geheimen Kriegsführung gegen die Deutschen handelt es sich offenbar um **Verbrechen gegen die Menschlichkeit**.

Trotz vorliegender stichhaltiger Forschungsergebnisse unabhängiger Wissenschaftler werden z.B. alle bisher gemeldeten Impfschäden und Todesfälle, die wahrscheinlich durch die Covid-Gen-Experimente verursacht wurden, starrsinnig ignoriert.

Die zuständigen Politiker und die Mitarbeiter der verantwortlichen Behörden ordneten keine angemessenen Untersuchungen an, um endlich Klarheit zu schaffen. Auch alle Strafanzeigen wegen fahrlässiger Tötung durch diese mRNA-Experimente blieben erfolglos, denn anstatt die Bevölkerung vor weiteren Schäden zu schützen, unternahm die deutsche Staatsanwaltschaft trotz des Nürnberger Kodex von 1947 schlichtweg nichts. Ungeachtet der zahllosen Impfschäden wurden die gemeingefährlichen mRNA-Experimente in der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich sogar im Herbst 2022 fortgesetzt.

In Nürnberg wurden am 20. August 1947 im ersten NS-Ärzteprozeß die Urteile gegen 23 ehemals führende nationalsozialistische Mediziner verkündet.

7 Angeklagte (Karl Brandt, Karl Gebhardt, Rudolf Brandt, Joachim Maugosky, Wolfgang

Sievers, Viktor Brack und Waldemar Koven) werden zum Tod durch den Strang, 5 Angeklagte werden zu lebenslänglich Zuchthaus und 4 Angeklagte zu Zuchthaus- und Gefängnisstrafen von 10 bis 20 Jahren verurteilt. 7 Angeklagte werden freigesprochen.

Im Verlauf des Nürnberger Ärzteprozesses betraten die Richter des US-Militärgerichtshofs juristisches Neuland, denn die **Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen**, die man den angeklagten Ärzten zur Last legte, waren unter dem Deckmantel von medizinischen Experimenten erfolgt. Nach dem Ende des Ärzteprozesses wurde der Nürnberger Kodex als völkerrechtlich verbindliche Richtschnur für die Beteiligten an medizinischer Forschung verkündet und Teil des Völkerrechts.

Der Nürnberger Kodex wurde später von den nationalen und internationalen medizinischen Organisationen kaum beachtet. In dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1983 zur informellen Selbstbestimmung und in Deklarationen des Weltärztebundes wurde der völkerrechtliche Status des Nürnberger Kodex jedoch bestätigt.

In der gegenwärtigen globalisierten, grenzenlosen Welt können nur souveräne Nationalstaaten die rechtliche und soziale Sicherheit der einheimischen Bevölkerung gewährleisten und schützen. Erst wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in den Händen der wahlberechtigten Bürger liegt, können z.B. vor allem verbrecherische Kriege vermieden werden, denn sie müssen bekanntlich persönlich mit Leib und Leben für ihre Handlungen haften.

Angesichts der offensichtlich planmäßig angestrebten wirtschaftlichen, finanziellen und sozialen Zerstörung Deutschlands müssen sich die Menschen entscheiden, ob sie sich weiterhin durch die korrupte Parteiendiktatur ausplündern, bevormunden und schikanieren lassen, oder ob sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, um die globalen Pläne des enthemmten Finanzkapitals zu verhindern.

Errichtung eines demokratischen Rechtsstaates

Die Bundesrepublik Deutschland war eigentlich nie ein demokratischer Rechtsstaat, denn die fremdbestimmten politischen Parteien beherrschten seit jeher alle Institutionen. Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland etablierte sich sehr schnell eine Plutokratie (Herrschaft des Geldes) mit demokratischer Fassade. Dieser zutiefst undemokratische Zustand der gegenwärtigen Plutokratie muß endlich beendet werden.

Um den Wählerwillen des Volkes zu gewährleisten, sollte unbedingt eine direkte Demokratie nach dem Schweizer Vorbild gebildet werden.

In dieser direkten Demokratie erhalten alle wahlberechtigten Bürger das Recht und die Möglichkeit, politische Entscheidungen aktiv zu beeinflussen und auch selbst Themen vorzuschlagen. In einer direkten Demokratie bestimmen die Bürger z.B. durch Initiativen und Volksentscheide direkt über wichtige Fragen der politischen Ordnung. Da jeder Volksvertreter weiß, daß in der direkten Demokratie (ohne Parteien) nicht mehr die politischen Parteien, sondern die Bürger das letzte Wort haben, wird die Distanz zwischen Politik und Bürger drastisch reduziert.

Um einen realen demokratischen Rechtsstaat zu realisieren, sind z.B. folgende Reformen erforderlich:

Gewaltenteilung und Rechtstaatlichkeit: In der neuen deutschen Verfassung müssen Judikative, Exekutive und Legislative unabhängige Gewalten sein, damit die Macht nicht wieder in "einer Hand" gebündelt werden kann. Die Rechtsprechung (Judikative) ist durch unabhängige, parteilose Richter wahrzunehmen.

Abschaffung der Listenwahl: Die von den Parteien aufgestellten Landeslisten (Listenwahlen) werden abgeschafft.

Für die Bundestagswahl 2021 wurden z.B. 299 Wahlkreise festgelegt. Infolge der Überhang- und Ausgleichsmandate wurden nach der Bundestagswahl 736 Bundestagsabgeordnete er-

nannt. Nach Abschaffung der Listenwahl werden nur noch **299** Bundestagsabgeordnete in den Deutschen Bundestag einziehen.

Wahl von Direktkandidaten: In der reformierten direkten Demokratie wird in jedem Wahlkreis zukünftig nur noch 1 Direktkandidat gewählt. Pro Wahlkreis zieht nur der Kandidat in den Bundestag ein, der die meisten Wählerstimmen erhält. Diese direkt durch das Volk gewählten 299 unabhängigen Bundestagsabgeordneten sind für die staatliche Gesetzgebung (Legislative) und die vollziehende Gewalt (Exekutivgewalt) verantwortlich.

Kandidieren darf jeder Bürger, wenn er das passive Wahlrecht besitzt, am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet hat, im entsprechenden Wahlkreis wohnt sowie spezielle Eignungen und Qualifikationen nachweisen kann.

Spezieller Eid für jeden Abgeordneten: Alle gewählten Volksvertreter leisten nach der neuen Verfassung zukünftig bei Amtsübernahme einen speziellen Eid, sich für das Gemeinwohl des Volkes einzusetzen und für ihre politischen Handlungen zu haften.

Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden: Alle Verfassungsänderungen und alle bedeutsamen völkerrechtlichen Verträge sind zukünftig nur noch durch Volksbegehren und Volksentscheide des Volkes zu beschließen.

Verbot der Briefwahl nach dem französischen Vorbild: In Frankreich wurde ab 1976 die Briefwahl für die im Inland wohnenden Wahlberechtigten verboten, um das Manipulationsrisiko von Wahlen zu reduzieren. Bei der Briefwahl ist z.B. nicht nachvollziehbar, ob der Wähler seine Stimme selbst abgegeben hat oder ob er möglicherweise durch einen Dritten beeinflusst wurde oder ob die Wahlzettel sogar von Dritten gefälscht wurden.

Juristische und notarielle Überwachung der Wahlen: Bisher wurde der Bundeswahlleiter vom Bundesminister des Innern auf unbestimmte Zeit ernannt.

Um ordnungsgemäße Wahlergebnisse sicherzustellen, sollten zukünftig unabhängige, parteilose Richter und unabhängige, parteilose Notare die Wahlergebnisse prüfen und bestätigen.

Friedensverhandlungen

Nach der Reaktivierung eines souveränen deutschen Staates sind unverzüglich Friedensverhandlungen mit den alliierten Siegermächten aufzunehmen.

Schlußbemerkungen

Wach auf, wach auf, du deutsches Land! Du hast genug geschlafen, bedenk, was Gott an dich gewandt, wozu er dich erschaffen. Bedenk, was Gott dir hat gesandt und dir vertraut sein höchstes Pfand, drum magst du wohl aufwachen! ...

Johann Walter (1496-1570, deutscher Komponist und Kantor)

Die repräsentative Demokratie war seit jeher lediglich eine Illusion. Diese perfide Illusion wurde weltweit durch die Feudalherrschaft der allmächtigen Parteien geschickt genutzt, um mit Hilfe von jahrzehntelangen Bewußtseinsmanipulationen in erster Linie die geheimen Pläne von Finanzoligarchen durchzusetzen und die Interessen des globalen Finanzimperiums zu schützen.

Spätestens im Winter 2022/2023 werden die heimtückisch eingeleitete Energiewende und die von der US-Administration angeordneten irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland den deutschen Industriestandort mit Sicherheit unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören. Der Rußland-Ukraine-Konflikt wurde offensichtlich von der US-Administration zusätzlich aktiviert, um die Destabilisierung und vollständige Vernichtung des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen.

Obgleich die völkerrechtswidrige Sprengung der Gasleitungen Nordstream 1 und Nordstream 2 schließlich den Untergang unseres Landes besiegelte, unternahm die deutsche Bundesregie-

rung trotz drohender Kälte- und Hungerkatastrophen im Winter 2022/2023 fast nichts, um die gemeingefährliche Lage zu bekämpfen.

Angesichts der offensichtlichen Untätigkeit dieser allmächtigen Parteiendiktatur muß auch das letzte Schlafschaf erkennen, daß diese fremdbestimmte deutsche Regierung der größte Feind des eigenen des Volkes ist. Diese von den USA betreuten deutschen Politiker streben jedenfalls nicht das Wohl der Bevölkerung dieses Landes an, denn jeder vernünftige Mensch weiß, daß die arglistig eingeleiteten staatlichen Maßnahmen mit noch nie dagewesenen Katastrophen enden müssen.

Wenn wir nicht unverzüglich unseren betreuten Todesschlaf beenden und unser persönliches Schicksal endlich selbst in die eigene Hand nehmen, wird es schon bald keine menschliche und soziale Gesellschaft mehr geben. Nach dem völligen Zusammenbruch der nationalen Stromversorgung wird nur noch das uralte Wolfsgesetz gelten und ein erbarmungsloser Kampf auf Leben und Tod entbrennen.

Angesichts der dramatischen Lage müssen sich die Deutschen entscheiden, ob sie sich weiterhin von der fremdbestimmten deutschen Politikerkaste und den kriminellen anglo-amerikanischen Globalisten wie eine Schafherde widerstandslos zur Schlachtbank führen lassen, oder ob sie endlich ihre staatsbürgerlichen Pflichten gemäß Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes erfüllen und Widerstand leisten.

Anstatt sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben zu lassen, müssen alle Menschen, die noch einen gesunden Menschenverstand besitzen, unverzüglich erbitterten Widerstand leisten.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn ohne die sofortige Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne unverzügliche radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

GOTT MIT UNS ...<<

03.11.2022

BRD: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 3. November 2022 (x1.197/...): >>**Bund läßt 800 Millionen Masken verbrennen**

Demnächst wird im wahrsten Sinne des Wortes Steuergeld verbrannt - und zwar in Form von Masken die "thermisch verwertet" werden sollen.

Der Bund muß offenbar Hunderte Millionen Masken aus Pandemiezeiten entsorgen. Dabei handelt es sich um "Fehl- und Zuvielkäufe" vom früheren Gesundheitsminister Jens Spahn, berichtet die WELT. Bei rund 730 Millionen OP-Masken und 60 Millionen FFP2- und ähnliche Masken, ist das Haltbarkeitsdatum überschritten, eine Ausschreibung zur "thermischen Verwertung" gäbe es Bundesgesundheitsministerium bereits.

Massive "Überbeschaffung" und "Qualitätsmängel"

Spahn hatte seit Beginn der sogenannten "Pandemie" für sechs Milliarden Euro (!) rund 5,8 Milliarden Masken eingekauft - eine "massive Überbeschaffung", rügte bereits der Bundesrechnungshof. Von jenen Masken, die nun vernichtet werden sollen, seien rund 20 Prozent wegen Qualitätsmängeln nie ausgeliefert worden. Bei einem Preis von über einem Euro pro Maske, kann man sich unschwer vorstellen, wie viel Geld da an Provisionen geflossen sind. Ein Schelm der Böses dabei denkt.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24047" berichtet am 3. November 2022 (x1.178/...): >>**Antigentests: Laborbefunde zeigen hohe Giftigkeit**

Am 22. September erfolgte in Wien eine Pressekonferenz zum Thema "Giftige Flüssigkeit in Antigen-Tests". Die Unternehmer-Plattform "Wir EMUs" präsentierte mit Fachleuten die Ergebnisse einer Recherche, die zirka ein Jahr in Anspruch genommen hatte. Die Erkenntnisse daraus wurden 14 Medienvertretern vorgestellt.

Zunächst ein paar Gedanken im Vorfeld:

Verehrte Zuseher, glaubten Sie bislang auch, wie allgemein verbreitet wurde, daß die Flüssigkeit der Antigentests nur eine harmlose Kochsalzlösung ist?

Wußten Sie, daß die Bundesregierung dem Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen laut "Wir EMUs" verboten hatte, die sogenannten Corona-Wohnzimmertests bzw. -Schultests auf Inhaltsstoffe und Funktion zu überprüfen? Was mögen wohl die Gründe für dieses Verbot sein?

Warum war außerdem kein Labor bereit, eine genaue Untersuchung dieser Tests im Auftrag von "Wir EMUs" durchzuführen? Nur durch einen Vorwand gelang es dann doch, eine Analyse in Auftrag zu geben.

Angesichts des unverständlichen Verbots der Bundesregierung gingen investigative Journalisten und Fachleute seit April 2021 der Vermutung nach, daß mit den Schnelltests etwas nicht stimmen könne. Die durchaus auch kostspieligen Recherchen brachten zutage, daß von vier Covid-Tests die Pufferflüssigkeit alles andere als harmlos ist. Alle vier der eingereichten Proben erwiesen sich wörtlich als "stark, stark giftig". Und Kinder ab dem Volksschulalter mußten bis zu dreimal pro Woche in der Schule mit dieser Substanz agieren.

Rechtsanwalt Georg Prchlik veranschaulicht das folgendermaßen:

"Mir fällt dazu eine Anekdote aus meiner eigenen Kindheit ein. Das war in der Unterstufe, Mittelschule, im Chemiesaal. Es wollte unser Professor die hygroskopische Wirkung von Zucker zeigen - die saugt Wasser an, hat eine Orangenspalte hingelegt, hat Zucker draufgetan. Hat gesagt: "So, ihr werdet gleich sehen, Hygroskopie, gleich wird der Saft raus sein." Hat sich umgedreht, mein Banknachbar ist vorgegangen, hat die Orangenspalte genommen und gegessen und ein zweiter Junge hat geschrien:

"Herr Professor, der Mayer hat grad den Versuch gefressen!" Das müssen Sie bei Kindern berücksichtigen und wenn ich denen etwas in die Hand gebe, bei dem draufsteht, das geschulte Gesundheitspersonal darf es nur mit Handschuhen angreifen, dann ist das mehr als nur grob fahrlässig. Das darf nicht passieren."

Wie kann man eine als giftig deklarierte Substanz einfach so in Kinderhände geben? Da manchen Tests kein Beipacktext beilag und die Regierung die schädliche Zusammensetzung der Tests nicht kommuniziert hatte, waren die Lehrer über die Giftigkeit der Test-Fluids nicht informiert.

Von wegen "harmlose Kochsalzlösung" - hören Sie dazu den Journalist Florian Machl:

"Diese Tests sind in Verdünnung durchgeführt worden, das ist auch sehr wichtig. Wir haben nie die Flüssigkeit pur genommen, sondern sie wurde herabgesetzt in ihrer Potenz. Der erste Test wurde in der Verdünnung 1:2 durchgeführt, der letzte 1:16.

Das heißt, da ist relativ wenig von der Originalsubstanz drinnen. Was aber auch bedeutet: Wenn diese Flüssigkeit so harmlos ist, wie beispielsweise in Deutschland behauptet wurde, - ein Medium hat geschrieben, da ist ja die Spucke im Mund giftiger als diese Flüssigkeit - was erwarten wir uns dann von dem Test? Dann erwarten wir uns, daß nichts passiert, daß ich menschliche Hautzellen da hineinlegen kann für 24 Stunden und daß nichts passiert. Das war aber nicht der Fall."

Kla.TV fragte nach, wie die Untersuchungsergebnisse bei den verantwortlichen Stellen aufgenommen wurden und erfuhr wörtlich:

"Anstatt daß es jetzt zu einer großen Untersuchung kommen MUß, speist man die Öffentlichkeit mit Halbwahrheiten oder direkten Lügen ab. Die Zensur läuft auch hier auf Hochtouren, die Pressekonferenz ist auf Facebook und YouTube vollständig verboten. Faktenchecker arbeiten, ohne die Fakten zu checken und ohne mit Fachleuten und Wissenden zu sprechen."

Um den erwähnten Zensurbestrebungen entgegenzuwirken, verfaßte TESTFREI-GESUND.-AT ein übersichtlich und leicht verständliches Informationsblatt. Es enthält alles Wissenswer-

te über die Giftstoffe in chinesischen Antigen-Schnelltests für Schulen und für Zuhause. Sehen Sie nun, verehrte Zuseherinnen und Zuseher, die RTV-Kurzversion der Pressekonferenz vom 22. September, um gerüstet zu sein, wenn vielleicht wieder zu den "freiwilligen" Gratistests aufgerufen werden sollte.

Antigentests: Laborbefunde zeigen hohe Giftigkeit (Video der Pressekonferenz)

Bernhard Costa (Unternehmer und Sprecher "Wir EMUs"): Schönen guten Morgen! Ich darf Sie im Namen der EMUs (Echt Mutig Unbeirrt) recht herzlich begrüßen, hier in den schönen Räumlichkeiten des K47 in Wien. Nicht nur die Damen und Herren, die physisch anwesend sind, sondern, so wurde mir gesagt, die zahlreichen Zuschauer draußen an den Bildschirmen, am Livestream.

Und was das Ganze noch spannender macht: Ich habe erfahren, daß uns ganz viele Leute in Deutschland heute zusehen. Weil es könnte durchaus sein, daß dieses brisante Thema sehr, sehr große Auswirkungen haben könnte, auch in Deutschland.

Wir werden Sie heute über den Verdacht informieren, einen durch Beweise untermauerten Verdacht, daß in vielen derartigen Antigen-Schnelltests, wie sie über hundert Millionen Mal in Österreich vorgenommen wurden - der größte Teil davon nicht freiwillig, der größte Teil davon bei unseren Kindern, daß darin brandgefährliche hochgiftige Stoffe enthalten sind.

Es wurde uns immer gesagt, es geht um die Sicherheit und um den Schutz vor der Seuche. Tatsächlich aber, und das ist für mich eine der schlimmsten Tatsachen, hat die Bundesregierung der zuständigen Behörde BASG verboten, diese Tests auf Inhaltsstoffe und Funktion zu überprüfen. Und das war der Punkt, wo wir gesagt haben: Warum ist das so?

Und deswegen haben wir über diverse Umwege in einem Großlabor untersuchen lassen - ein Großlabor, das übrigens Partner der AGES ist. Wir haben untersuchen lassen, was für Inhaltsstoffe wirklich da drinnen sind. Und ich darf Ihnen verraten, wir haben viel Geld, viel Zeit, viel Energie gebraucht und viel Kreativität, um zu diesem Ergebnis zu kommen. Weil der direkte Weg ist nicht möglich in Zeiten wie diesen. Daß man einfach zu einem Labor geht und sagt: "Könnt ihr mir bitte einen Befund machen und das untersuchen?" Wie gesagt, wir leben in verrückten Zeiten.

Die Informationen, die wir für Sie aufbereitet haben und jetzt gleich präsentieren werden, die sind für Österreich neu und vielleicht schockierend. Aber ich darf Ihnen verraten, in vielen Teilen der Welt sind die überhaupt nicht neu. Aber wir haben die letzten zweieinhalb Jahre öfters festgestellt, Österreich ist durchaus anders wie der Rest der Welt.

Und um beim Thema Testen zu bleiben, das gipfelt sich darin, daß wir mit Abstand Testweltmeister sind. Kein anderes Land der Welt hat so viel Geld ausgegeben - wobei das heute nicht das Wichtigste ist - hat so viele Tests vor allem auf unsere Kinder übergehen lassen, mit einem Ergebnis, das katastrophal ist. Und seit zweieinhalb Jahren reden wir nicht darüber, wir testen weiter, wir testen weiter, wir testen weiter.

Florian Machl (Journalist): Herzlich willkommen auch von mir an die anwesenden Gäste und Presse und vor allem an die vielen Zuseher im Internet. Vielleicht vorweg: Unsere Ankündigungsschrift, unsere Presseausendung ist bis heute die meistgelesene Pressekonferenz in ganz Österreich und das seit drei Tagen durchgehend.

Interessant ist, wie sehr wir auch zensiert werden. Wenn jemand auf Facebook unseren kleinen Teaser, den wir gemacht haben, verlinkt, und sogar wenn jemand einen Link auf die Pressekonferenz verlinkt, wird er mittlerweile gesperrt. Ist faszinierend. Faszinierend deshalb, weil es um nichts geht, was dem Narrativ widerspricht. Wir stehen nicht hier und sagen, die Impfung gilt nicht. Wir stehen nicht hier und sagen, das Virus gibt es nicht, überhaupt nicht. Wir stehen hier und sagen: Die Menschen in unserem Land haben das Recht auf funktionierende Medizinprodukte. Die Kinder in unserem Land haben das Recht darauf zu vertrauen, wenn ihnen der Staat etwas in die Hand gibt, daß das unbedenklich ist und vor allem nicht giftig.

Kurz vorab: Unsere Ankündigung hatte eine halbe Million Views über verschiedene Kanäle im Internet. Ich hoffe, diese Menschen sehen jetzt auch alle zu. Meine Bitte an alle, die zusehen, verbreiten auch Sie die Information. Wenn die Systemmedien, die großen Medienhäuser nicht mitspielen, dann sind wir selbst die Medien, die unsere Information verbreiten müssen. Bevor wir weiter ins wissenschaftliche Detail gehen und auf die Schädigung für Mensch und Umwelt zu sprechen kommen, bitte ich jetzt den Herrn Dipl. Päd. Klaus Samhaber ans Rednerpult. Er ist Lehrer an einer Mittelschule und wird uns erklären, was hat ihm die Regierung eigentlich gesagt, was er da tut. Und wie sieht dieser Test und die Testungen in der Praxis aus.

Dipl. Päd. Klaus Samhaber (Lehrer an einer NMS): Diese Testpraxis, wie wir sie dann in der Klasse durchgeführt haben, möchte ich Ihnen jetzt vorstellen. Also, wir sind in die Klasse gegangen, mit, ich möchte das einmal zeigen, mit einer Packung "Flowflex Antigen Tests". Diese Tests wurden dann den Schülern ausgehändigt.

Und wir Pädagogen haben dann mit den Schülern gemeinsam diese Tests durchgeführt. Die Schüler haben selbstständig diese Tests ausgeführt und wir haben das Ganze "überwacht", daß nichts passiert. Wir haben keinerlei Information gehabt, was in dieser Pufferlösung drinnen sein soll oder gewesen sein könnte.

Florian Machl: Mich würde eines sehr interessieren von einem Lehrer. Ist es möglich, daß während dieser Testungen, wie ihr sie durchführen mußtet, mit diesen Tests gespielt wurde? Ihr habt ja, glaub' ich, 25 bis 30 Schüler in einer Klasse. Kann ich als Lehrer sicherstellen, daß nicht gespielt wird, daß die Packungen nicht zerlegt werden, daß die Flüssigkeit nicht runtergetropft wird? Und vor allem, kann ich sicherstellen, daß sie nicht auf meine Hand kommt?

Dipl. Päd. Klaus Samhaber: Ich möchte sagen: Wenn sie als Lehrer in einer Klasse stehen, bis zu 25 Kinder, ... können sie nicht jedes einzelne Kind überwachen. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Also, es ist auch zu Vorfällen gekommen, wo sich die Kinder so weit in die Nase reingefahren sind, daß sie Nasenbluten hatten.

Also man kann da nichts ausschließen. Wo die Flüssigkeit überall hingekommen ist, das entzieht sich ehrlich gesagt meiner Kenntnis. Die Entsorgung des Testmaterials ist üblicherweise so erfolgt, daß ein Schüler mit einem Papierkübel durchgegangen ist und da wurde der Rest hineingeworfen. Auch die Fläschchen mit der Flüssigkeit.

Florian Machl: Wir wollten, wie gesagt, bereits im April des Vorjahres wissen, ob die vermuteten Gifte auch in Österreich gebräuchlichen Tests vorhanden sind. Diese Tests werden ausgegeben von der Bundesregierung als Wohnzimmertests. Den Begriff kennen Sie vielleicht. Und sie werden eben an Schulen verwendet, mit bis zu drei Tests pro Woche.

Das ist auch sehr wichtig, daß man versteht, daß man nicht nur einmal diesen Substanzen ausgesetzt wird, sondern immer, immer wieder im Zuge von weit über einem Jahr. Wir haben zunächst in Österreich und im EU-Ausland verschiedene Testlabors gefragt und gesagt: "Wir haben da diese Antigen-Schnelltests; wir würden gerne wissen, was in dieser Flüssigkeit drinnen ist. Und wir würden es vor allem deshalb gerne wissen, weil nirgendwo steht, was da drinnen ist".

Und ich habe mit vielen Menschen gesprochen, die sagen, das ist eine Kochsalzlösung. Und das ist auch klar, daß sie das glauben, woher sollen sie denn auf eine andere Idee kommen? Gut, wir haben all diese Labors gefragt. Die Labors haben gesagt, nein, das testen wir sicher nicht - und auch meistens ohne Begründung. Wir gehen mal davon aus, daß eine gewisse Furcht vor dem System, vor dem Staat da war. Wenn der Staat anordnet, es ist zu testen, dann ist es offensichtlich nicht die Aufgabe des Bürgers nachzufragen und nicht die Aufgabe der Institute, die sich vom Staat gutes Geld erwarten im Zuge dieser Testerei.

Wir fanden einen Partner, einen Pharmaunternehmer, der gesagt hat: Gut, ich gehe als Auftraggeber her und sage: "Bitte, analysieren Sie mir diese Flüssigkeit, ich möchte diese Flüssigkeit

sigkeit in Umlauf bringen, ich hafte persönlich dafür, ich muß wissen, was drinnen ist." Das war die Geschichte.

Wir haben vier dieser Tests - sie liegen auf meinem Platz später zur Ansicht auch auf - genommen. Zwei davon sind Tests, die nachweislich in Schulen eingesetzt werden. Zwei davon sind Wohnzimmer-Tests. Wir haben die Flüssigkeiten entnommen und zwar von einem Fachmann, von einem Doktor der Biochemie und molekularen Genetik. Wir haben vier Iso-Normtests durchführen lassen. Ein Pharmaunternehmen muß, wenn er ein neues Medikament auf den Markt bringt, ja auch feststellen: Ist das gefährlich für Menschen? Da gibt es einen Standardtest, der nennt sich Zytotoxizitätstest.

Diese Tests sind in Verdünnung durchgeführt worden, das ist auch sehr wichtig. Wir haben nie die Flüssigkeit pur genommen, sondern sie wurde herabgesetzt in ihrer Potenz. Alle vier Proben, die wir eingereicht haben, haben sich ganz, ganz stark giftig erwiesen. Und zwar gibt es in diesem Normtest eine Giftstufe von 0 bis 4. Drei dieser Tests waren durchgehend in allen Verdünnungen auf der Stufe 4 von 4, auf der höchstmöglichen Giftigkeitsstufe. Einer der Tests ist dann freundlicherweise bei der Stufe 1:16 in die Stufe 2 gefallen.

Wir haben natürlich mit den betrauten Experten unter der Hand gesprochen. Die haben uns gesagt: Sie haben von Chemieprodukten und von Medizinprodukten, die in den Handel kommen und die sie testen durften, eigentlich noch nie eine Flüssigkeit in der Hand gehabt, die so schlechte Ergebniswerte aufweist und sie würden nicht dazu raten, so etwas in den Umlauf zu bringen. Ich bitte den Gerichtsmediziner, Prof. Misliwetz auf die Bühne, um uns das zu erklären.

Univ.-Prof. Dr. Johann Misliwetz (Gerichtsmediziner): Meine Damen und Herren.

Der Begriff Genozid ist allen bekannt, Völkermord. Heute lernen Sie einen neuen Begriff - Biozid. Ein Biozid wird in der europäischen Gesetzgebung als chemischer Stoff oder Mikroorganismus definiert, der dazu bestimmt ist, Schadorganismen zu zerstören, abzuschrecken, unschädlich zu machen oder eine kontrollierende Wirkung auf ihn auszuüben.

Sie haben schon gehört: MIT und CIT wurden als bedenkliche Stoffe in Deutschland genannt. Worum handelt es sich? MIT hat den chemischen Namen Methylisothiazolinon. Bekannt ist, daß es allergene Eigenschaften hat, insbesondere die Kontaktdermatitis. Das heißt, wenn diese Flüssigkeit auf die Haut getropft wird, kommt eine Entzündung, das sie auslöst. Die chronische Wirkung ist eine andere. Und hier ist eines der Hauptprobleme. Es kann mehrere Jahre dauern, bis sich Allergien oder Atemwegsprobleme entwickeln. Schwere Krankheiten, wie Krebs, entwickeln sich in der Regel über einen langen Zeitraum und es kann zwanzig Jahre oder länger dauern, bis Probleme auftreten.

Ein zweiter Stoff, der hier schon angeführt wurde, ist das sogenannte Triton X-100. Es ist ein Tensid. Und hier gibt es ein besonderes Problem, daß Triton X-100 im Körper abgebaut wird in ein sogenanntes Octylphenol. Es ist egal, wie die Sache heißt, es ist eine Substanz, die eine Östrogenwirkung zeigt und dadurch können fetale Schäden verursacht werden.

Und damit komme ich zum Hauptteil, zum sogenannten Natriumazid. Wobei das in einem Produkt eindeutig nachgewiesen ist, schon dadurch, daß es in der entsprechenden Produktinformation steht. Hier wurden Hinweise gefunden, daß tatsächlich eine Tumorentstehung möglich ist. Und zwar wurden Lymphomzellen bei der Maus untersucht und Knochenmarkszellen bei der Maus zeigten Chromosomenveränderungen. Beim Menschen gibt es natürlich nicht die entsprechenden Untersuchungen, da ja Menschenversuche ethisch nicht vertretbar und auch verboten sind.

Natriumazid hat zwei giftige Wirkungen. Eines ist ähnlich der Blausäure, die schon erwähnt wurde und Zyankali. Ein zweiter Effekt ist, es kommt zur Bildung von NO, Stickstoffmonoxid. Das ist ein Stoff, den unsere Endothelzellen sonst in geringem Ausmaß bilden. Hier ist es kein erwünschter Effekt, weil das so überschießt, daß der Blutdruck in den Keller sinkt und

der Mensch an einem Kollaps versterben kann.

Man sollte bei Testverfahren, das ist meine medizinische Überzeugung, lieber zu vorsichtig als zu forsich und schmissig vorgehen. In unserem Land ist schon jeder Experte. Mit drei Jahren Volksschule und ein Jahr Tanzschule wird man zum "Faktenchecker". Und wenn man der Regierung nach dem Mund redet, dann ist man ein "anerkannter Experte", anerkannt. Aber nicht jene, die das große Geschäft machen oder die uns regieren, zahlen den Preis, sondern die Kinder und jene Bürger, die sich blind auf sogenannte "Experten" verlassen, die im voraussehlenden Gehorsam Unbedenklichkeit bescheinigen.

Florian Machl: Wir haben für diese Pressekonferenz noch eine fünfseitige Expertise von Herrn Prof. Dr. Stefan Hockertz erhalten, der sein Leben lang als Toxikologe tätig war. Ganz kurz verlese ich seine Schlußfolgerungen zum Stoff Natriumazid: "Zusammenfassend gibt es klare Hinweise darauf, daß es sich hier um eine potentiell genotoxische Substanz handelt, die in kleinsten Konzentrationen die DNA des Menschen verändern kann.

Kinder mit dieser Chemikalie alleine hantieren zu lassen ist eine grobe Fahrlässigkeit, da durch unsachgemäße Handhabung die Kinder bleibende Schäden in ihrem Erbgut erleiden können, die später zu Krebs oder metabolischen Erkrankungen führen." Auch dieser Fachmann, Fachexperte und Prof. für Toxikologie schließt sich der Meinung an.

Das sind jetzt die Wirkungen auf Menschen. Was wir aber völlig vergessen, und es gab auch schon eine Zwischenfrage: "Was ist eigentlich mit der Umwelt?" Zu diesen Aspekten, zu den Umweltthemen haben wir eine großartige Expertin hier, die Frau Madeleine Petrovic. Ich darf gleich wieder das Pult übergeben.

Dr. Mag. Madeleine Petrovic (Präsidentin Wiener Tierschutzverein): Im Laufe meiner Tätigkeit im Parlament habe ich eine Fülle von Anfragen zu verschiedenen toxischen Substanzen gestellt. Auf was ich hier gestoßen bin, ja, das ist jenseitig. Jetzt habe ich mich selber gefragt: Warum habe ich das nicht früher aufgezeigt? Ich komme ja auch aus der Verwaltung, da muß ich sagen: "Bei all meiner Vorsicht, die ich schon seit meiner Tätigkeit in den verschiedenen Bereichen entwickelt habe, das hätte ich mir nicht denken können."

Und ich glaube überhaupt, die Schule ist kein Ort für irgendwelche medizinischen Tests, Eingriffe, Medikamentenverabreichungen. Das ist ein Thema, das die Kinder mit den Eltern, mit den Ärztinnen und Ärzten des Vertrauens zu bewältigen haben. In der Schule soll gelernt und gelehrt werden und sonst nichts. Das heißt, wir bemühen uns, Plastik rauszubringen. Was haben wir getan? Tonnenweise! Und bei der Flüssigkeit? Natürlich ist in jedem dieser Tests nur ein klein wenig Flüssigkeit. Aber in Summe sind das Hektoliter.

Und was damit passiert? Ob das in der Müllverbrennung landet, ob das in einer Deponie landet oder vielleicht durch eine Müllpresse auch noch herausgequetscht wird das Zeug, das wissen wir nicht. Es ist ein vollkommen unkontrollierter Einsatz von hochgefährlichen Chemikalien.

Im Nachhinein, muß ich sagen, fällt mir auch auf, wie leichtfertig das war. Aber ich habe da in dem Punkt wirklich noch auf die Behörden vertraut. Aus einem dieser Tests und das war noch in einem Schachterl - das ist ein Test, den ich vor Monaten gekauft habe - habe ich mir gestern den Beipackzettel angeschaut. Ich sehe insbesondere in der Nähe sehr gut, aber das kann man nicht ohne Lupe lesen:

"Beim Umgang mit Proben und Reagenzien wird empfohlen Handschuhe zu tragen. Proben und Reagenzien nicht ansaugen. Während des Umgangs mit dem Produkt nicht rauchen, essen, trinken, Kosmetik benutzen oder Kontaktlinsen berühren. Verschüttete Proben oder Reagenzien mit Desinfektionsmittel reinigen. Alle Proben, Reagenzien und potentielle Verunreinigung gemäß den geltenden Vorschriften desinfizieren und vorschriftsmäßig entsorgen. Für Kinder unzulänglich aufbewahren." Na bumm!

Ich habe in anderen Punkten, nicht in diesen Punkten, schon versucht, auch mit den zuständi-

gen Behörden unter anderem zur Chargenprüfung bei den Impfstoffen in Kontakt zu treten. Und ich muß sagen, die Antworten waren bisher, entweder sie sind nicht erfolgt, meistens, da ist viel Arbeit drinnen gesteckt in diesen Anfragen, die auch mit Fachleuten aus der Branche entstanden sind. Wir haben keine Antwort bekommen.

Und wenn man zuletzt wieder an das Ressort schreibt - ich glaube, die sind auch völlig überlastet - dann bekommt man, wenn sie Fragen rund um diesen ganzen Themenkreis haben, "dann schauen sie bitte auf die Homepage." Also, diesen Hinweis hätte ich nicht gebraucht. Also, insgesamt, kann das sicher nicht so weitergehen. Hier müssen wir auch die entsprechenden - dazu wird Rechtsanwalt Prchlik Stellung nehmen. Aber ich habe mir das auch angeschaut gestern, legistisch, und ich muß sagen: Ich glaube, daß die Behörden hier auch mit dem Feuer spielen - nämlich auch mit ihrer strafrechtlichen Verantwortung.

Florian Machl: Vielen Dank Frau Dr. Madeleine Petrovic. Sie können sich vorstellen, bei unserer Recherche, die wie gesagt, über ein Jahr gedauert hat, wir sind ständig gegen Mauern gestoßen. Niemand wollte mit uns reden, niemand wollte uns sagen, was in diesen Substanzen drinnen ist. Alle haben entweder gar nicht geantwortet oder waren ausweichend, bis auf einen Einzigen. Und der eine Einzige, der uns das zur Verfügung gestellt hat, da hatten wir dann auch die Bestätigung: Natriumazid ist in dem Produkt enthalten.

Es ist jetzt nicht auszuschließen, daß die anderen Mittel auch drinnen sind. Wir sehen es aber nicht unbedingt als unsere Aufgabe als Bürger, bis zum letzten Molekül die Bestimmung durchzuführen. Darauf kommen wir später noch. Um die rechtlichen Aspekte abzudecken, bitte ich jetzt den Herrn Dr. Prchlik alle notwendigen Überlegungen anzustellen.

Dr. Mag. Georg Prchlik (Rechtsanwalt): Wir haben gehört, das ist ein hochgiftiger Stoff. Das ist ein Stoff, der sowohl Krankheiten, als auch genetische Veränderungen bei Menschen auslösen kann. Ist das möglich, daß so etwas in den Handel kommt? Vielmehr, ist es möglich, daß man mit so etwas in eine Schule geht?

Der ursprüngliche Antrag auf Änderung des Medizinprodukterechts hat mit Nennung und Unterschrift der Partei eine Seite umfaßt. Da stand nur drinnen, es werden redaktionelle Anpassungen vorgenommen. Mit dem, mit diesem Initiativantrag vom Abgeordneten ist man ins Parlament gegangen. Und im Gesundheitsausschuß ist jetzt etwas Interessantes passiert. Da sind aus der einen Seite zwanzig (!) geworden, nämlich das neue Medizinproduktegesetz 2021 - auf Grund eines Abänderungsantrages im Gesundheitsausschuß, so daß man nach außen, außerhalb des Parlaments, nicht einmal gar nichts merkt.

Wenn Sie sich jetzt diesen tatsächlich geänderten Paragraphen oder vielmehr diesen neu eingeführten Paragraphen ansehen, geht der aber weit über die im Arzneimittelgesetz § 94d vorgesehene Beschränkung des Schutzes, wenn ich so sagen darf, hinaus. Der hat nämlich etwas besonders Interessantes. Etwas, was sich - und das ist selten in einem Gesetz - *expressis verbis* (= ausdrücklich) auf bestimmte Produkte bezieht, und diese Produkte vom bestimmten Schutz des BASG, des Bundesamtes für Sicherheit in der Gesundheit, ausnimmt.

Ich lese ungern vor bei einem Vortrag, aber ich muß hier auf den wörtlichen Text verweisen, der ist das Interessante:

Schnelltests zum Nachweis eines Vorliegens einer Infektion mit SARS-CoV-2, die durch den Hersteller für eine Probenentnahme im anterior-nasalen Bereich (das heißt, im vorderen Teil der Nase) in Verkehr gebracht und mit einer - ich kürze es ein wenig ab - CE-Kennzeichnung versehen sind, jedoch vom Hersteller bisher nicht zur Eigenanwendung in Verkehr gebracht wurden (Er sagt, das ist etwas für Paramedics, für medizinisches Personal, aber nicht für den Einzelnen), können im Falle einer Pandemie grundsätzlich auch zur Eigenanwendung verwendet werden.

Das heißt, im Falle einer Pandemie wird der Hausmann, wird die Hausfrau, wird das Kind in der Schule schlagartig zu einem Paramedic, der erkennen kann, wie man ein solches Produkt

richtig verwendet. Es geht noch weiter. Eine Verwendung zu diesem Zweck ist nur zulässig, wenn der Hersteller ... bestätigt, daß bei Eigenanwendung ein Sicherheits- und Leistungs-niveau erreicht wird, das die Funktionstauglichkeit und die Einsatz-tauglichkeit für den geplanten Zweck gewährleistet. ... Das heißt: Der Hersteller versichert dem BASG auf Handschlag, daß sein Produkt wirksam und sicher ist. Und das war es, Punkt.

Florian Machl: Das war eigentlich der erste Skandal aus unserer Sicht, den wir im Vorjahr aufgedeckt haben, wie wir uns diesen ersten Antigen-Test angesehen haben. Wir haben das verfolgt nach Deutschland und unsere Bundesregierung hat da offensichtlich Geschäfte gemacht mit einer Einmannfirma, die in einer Reihenhaushälfte gelebt oder praktiziert hat. War sehr seltsam.

Wir haben uns jetzt eben im Zuge von dem vorher schon geschilderten Sachverhalt - ein Kind hätte die Flüssigkeit geschluckt, wir würden gern wissen, was wir tun sollen - auch an die Herstellerfirma gewandt, in dem Fall Flowflex. Die haben in Wien eine große Zentrale. Die E-Mail-Adresse funktioniert nicht, die kommt als unzustellbar zurück.

Wir sind dann hingefahren und wir haben weder den Namen der Firma, noch den Namen der Firma, die hinter dieser Marke steht, am Türschild gefunden. Das Ganze hat den Anschein erweckt, als wäre das ein Hintereingang, vielleicht gibt es drinnen einen Briefkasten dazu. Ich denke, man muß da noch sehr viel nachforschen.

Noch eines dazu: Tests, die hier nicht sind, wir haben ca. 20 Tests nachvollzogen, wo sie herkommen und welche Sicherheitsdatenblätter dahinterstehen. Bei zirka 5 dieser Tests, die in Österreich im Umlauf sind, sind wir zu einer Firma gekommen, die residiert am Bahnhof von Den Haag. Was sie dort macht, weiß ich nicht, aber wenn man schaut, da gibt es eine Mail-Adresse, das ist der Peter, ohne Nachname. Da können wir hin mailen. Alle zwei Monate schreibt er zurück. Jetzt hat er Corona gehabt, der Arme.

Das ist ungefähr wie man sich vorstellen kann, wie Geschäfte von unserer Bundesregierung in Höhe von Hunderten Millionen oder Milliarden Euro abgewickelt werden.<<

Großbritannien: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 3. November 2022 (x1.196/...): >>**England/Wales: Übersterblichkeit explodiert - plus 1.600 Todesfälle in nur einer Woche**

ENGLAND/WALES - Das 'Office for National Statistics' (ONS) hat bekannt gegeben, daß England und Wales in der Woche, die am 14. Oktober 2022 endete, eine weitere rekordverdächtige Zahl von Todesfällen zu verzeichnen hatten: Im Vergleich zum Fünfjahresdurchschnitt starben 1.608 Menschen mehr.

Sieht man von den Wochen ab, die durch den Jubiläums-Bankfeiertag Anfang Juni und die Beerdigung der verstorbenen Königin im September beeinflusst wurden, bedeutet dies, daß England und Wales in den letzten 26 Wochen jede Woche eine beträchtliche Anzahl an über-zähligen Sterbefällen zu verzeichnen hatten, was die Gesamtzahl seit der Woche, die am 24. April endete, auf 29.491 erhöht.

Ohne Werte von 2021 wäre Übersterblichkeit noch höher

Die tatsächliche Zahl der überzähligen Sterbefälle wäre jedoch viel höher, wenn nicht im Fünfjahresdurchschnitt auch die Sterbefälle des Jahres 2021 enthalten wären, einem Jahr, in dem fast wöchentlich eine erhebliche Zahl überzähliger Sterbefälle verzeichnet wurde.

Offiziell ist nicht bekannt, warum so viele Menschen sterben, und nur 13.278 der Todesfälle seit April wurden auf Covid-19 zurückgeführt. Das sind 45 % aller überzähligen Todesfälle und nur 5 % aller Todesfälle in diesem Zeitraum.

94 % der Toten 3 oder 4 Mal geimpft

Da jedoch weitere Zahlen des 'Office for National Statistics' belegen, daß 94 % aller Covid-19-Todesfälle seit April unter den Dreifach-/Vierfachgeimpften aufgetreten sind und die Sterblichkeitsrate pro 100.000 Einwohner in allen Altersgruppen unter den Geimpften am

höchsten ist, deutet dies stark darauf hin, daß der Covid-19-Impfstoff ein Faktor ist, der dazu beiträgt, daß so viele Menschen sterben. ...

Anmerkung: Unserer Redaktion ist eine Dame bekannt, die in einer Pflegeeinrichtung einer Großstadt arbeitet. Sie teilte uns mit, daß ca. zwei Wochen nach der 4. Impfung es mit den Senioren rapide bergab geht und sich die Sterbefälle häufen.<<

04.11.2022

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 4. November 2022: >>Klimamodelle sind verführerisch, basieren aber auf unbewiesenen Annahmen

Falsch gerechnet

Von *Michael Limburg*

Viele hochintelligente, kluge Leute in Wissenschaft, Wirtschaft, wie auch und insbesondere in der Politik, glauben wirklich, daß sich das Klima "schützen" ließe. Für "eine bessere Klimaschutzpolitik" warb zum Beispiel auch der Wirtschaftsprofessor Ulrich van Suntum in dieser Zeitung (JF 35/22). Damit steht er bei weitem nicht allein.

Viele nehmen landauf, landab diese Begriffe an, weil man wohl meint, damit würde es für den vielgelobten Mann auf der Straße leichter verständlich und vor allem erträglich, die schweren Eingriffe in sein Leben und seine Freiheit zu akzeptieren, wenn man diesen falschen aber positiv besetzten Begriff verwendet. Doch CO₂ ist kein Gift. Und dessen "Treibhauswirkung" existiert nur in dafür konstruierten Klimamodellen.

All jene, welche es auf diese Weise versuchen, lassen sich von den gebetsmühlenartig wiederholten, aber trotzdem falschen Argumenten, warum von Menschen freigesetztes (anthropogenes) Kohlenstoffdioxid das Weltklima erwärmen sollte, leider täuschen. Daher kommen sie wegen falscher, aber akzeptierter Voraussetzungen zu ebenso falschen Schlußfolgerungen. Obwohl sie durchaus plausibel argumentieren und dann denklösig nach dem Wenn-dann-Verfahren vorgehen.

Und es wird auch nicht besser, wenn zwar gewisse Zweifel an der vermuteten Klima-Wirkung des CO₂ benannt werden, etwa wenn man auf die extrem geringe Menge des CO₂ in der Atmosphäre von derzeit 420 ppm hinweist, - es sind heute nur etwa vier Moleküle CO₂ auf 10.000 Moleküle in der Luft vorhanden, und vor 150 Jahren waren es vielleicht nur drei Moleküle, das heißt heute ist es ein Molekül mehr, und davon wiederum ist nur ein Bruchteil dem Menschen zuzuordnen - dann aber gleichzeitig auf "die Chemie" verweist, bei der kleine "Veränderungen große Wirkungen, oder sogar verhängnisvolle Kettenreaktionen auslösen" könnten. Viele meinen in diesem Zusammenhang die Wirkung von Gift.

Das klingt sehr plausibel, ist aber falsch. Denn während Gifte fast immer über eine Verstärkerfunktion wirken und etwa zu einer Lähmung der Herzmuskeln führen, ist Kohlenstoffdioxid nicht nur ungiftig, jedenfalls weit über die Konzentrationen von 8.000 ppm (das war übrigens der zulässige Grenzwert in den Raumfähren des Mondprogrammes) hinaus, sondern ist auch noch chemisch sehr inaktiv - fast so wie ein Edelmetall.

Es kann also in keiner Weise chemisch wie ein Gift reagieren, wohl aber wirkt es extrem segensreich als Pflanzennahrung. Dabei nutzen alle Bäume, sämtliche Sträucher und jedes Kraut, sowie Moose die Energie der Sonne, um das CO₂ der Atmosphäre aufzubrechen und daraus den Kohlenstoff für die Bildung ihrer Körpermasse zu verwenden. Wir kennen diesen segensreichen Prozeß, bei dem die Pflanzen den viel reaktiveren Sauerstoff abatmen, als Photosynthese.

Und es ist auch unbestreitbar nachgewiesen, daß dank des CO₂-Anstiegs in den letzten 50 Jahren die Erde um mehr als die Fläche der USA nicht nur grüner wurde, sondern auch die Ernteerträge kräftig stiegen. Es konnte viel mehr Land als davor landwirtschaftlich genutzt werden. Sogar Wüstengebiete am Rande der Südsahara ergrünten.

Das ist allein dem CO₂-Anstieg zu verdanken, dessen Ursache nach wie vor ziemlich unge-

klärt ist, da der CO₂-Kreislauf, aus dem sich letztlich sowohl die atmosphärische Konzentration als auch sämtliche Pflanzen - und damit unsere Ernährungsgrundlage - speisen, nur mit einer statistischen Unsicherheit von bestenfalls plus/minus zehn Prozent bekannt ist.

Dieses große Unwissen wurde wieder einmal schlagartig bewußt gemacht, als die weltweite Corona-Lockdown-Politik zu einem bisher noch nicht dagewesenen Emissionseinbruch führte, dieser aber im Anstieg der CO₂-Konzentration, auf jetzt etwa 420 ppm, nicht die geringste Delle hinterließ. So sind die Fakten, das CO₂ in der Atmosphäre betreffend.

Aber es wird noch unangenehmer für die etablierte Klimawissenschaft. Auch die Angaben früherer CO₂-Konzentrationen sind unbestimmt, weil unbestimmbar. Da niemand - entgegen allen Beteuerungen - vor 1960 die weltweiten CO₂-Konzentrationen in genügender Auflösung, zeitlich wie räumlich, messen konnte, sind nur sehr grobe Vergleiche mit den früheren Konzentrationen möglich. Viel zu ungenau, um auch nur ungefähre Korrelationen zu entdecken.

Trotzdem werden, und das oft ganz bewußt, Äpfel mit Birnen verglichen. Denn die überwiegend aus Eisbohrkernen im pflanzenleeren Grönland oder der trockensten Wüste der Welt, der Antarktis, gewonnenen CO₂-Daten sind in ihrem zeitlichen Verlauf extrem stark geglättet. Auflösungen von einem Jahr oder auch nur wenigen Jahren sind damit nicht darstellbar, obwohl das immer wieder - weil man "Modelle" laufen läßt - behauptet wird. Denn die Luftbläschen im Eis sind um viele Jahre bis Jahrzehnte jünger als das sie umgebende Eis.

Und zusätzlich nagen diverse Prozesse sowohl an ihnen als auch am Wasser, wie unter anderem der polnische Alpinist Zbigniew Jaworowsky überzeugend nachgewiesen hat. Proxymessungen an Blattstomatae, das sind die Spaltöffnungen an der Unterseite der Blätter, die auch den CO₂-Gehalt indirekt anzeigen, deuten auf ähnlich steile Anstiege und Abfälle wie heute, aber auch höhere Spitzenwerte als die aktuellen Eisbohrkernmessungen hin.

Wenn man dann noch weiß, oder wissen könnte, daß die vom Weltklimarat (IPCC) gesammelte Klimawissenschaft es bis heute nicht geschafft hat, auch nur einen einzigen Beweis, eine einzige nachprüfbare Beobachtung für die Behauptung, daß CO₂ das Klima also unsere Atmosphäre erwärmt, präsentieren konnte, sondern sich allein auf modifizierte Wetter-Computermodelle verläßt, dann wird klar, daß es keinen vernünftigen Grund für den Menschen gibt, für das Klima CO₂ "einzusparen" beziehungsweise die Emissionen zu senken.

Das geben die führenden Klimawissenschaftler - wenn auch vermutlich ungern - zu. So meinte der ehemalige Leiter des britischen Wetterdienstes und einer der ehemaligen IPCC-Leitautoren John Mitchell: "Es ist nur möglich, die Erwärmung im 20. Jahrhundert auf menschliche Eingriffe zurückzuführen, wenn man numerische Modelle des Klimasystems verwendet." Zumal die Wetter-/Klimamodelle alle nach demselben Prinzip funktionieren, welches der Klimatologe Christian-Dietrich Schönwiese so klar und schonungslos darlegte: "Wir machen keine Vorhersagen, sondern bedingte, szenariengestützte Projektionen ... Und Projektion heißt Wenn-dann-Aussagen; wenn ich in das Modell hinein stecke, der Mensch macht das und das und die Natur macht quasi nichts, sie wird also weitgehend vergessen, bei diesem Blick in die Zukunft, dann wird die Temperatur so und so ansteigen."

Hinzu kommt noch, daß die Modelle zwar die - nur hypothetische - Wirkung des CO₂ stark übertreiben, aber trotzdem selbst für die starken Emissionsabsenkungen um 55 Prozent bis 2030, welche die EU im "Fit for 55" Plan erzwingen will, nur eine winzige Temperaturabsenkung von sage und schreibe vier Tausendstel Kelvin bis zum Ende des Jahrhunderts berechnen. Das hat der Wirtschaftsstatistiker Björn Lomborg kürzlich berichtet.

Aber er hat noch mehr berechnet. Die EU-Pläne werden die Volkswirtschaften in der EU bis 2030 bis zu fünf Billionen Euro kosten. Daß das keine bloße Theorie ist, erfahren wir aktuell auf brutalste mögliche Art. Das wären 10.000 Euro pro Kopf. Also auch von der Seite der gläubigen Klimajünger kommt nur nutzlose, extrem teure Verschwendung heraus. Mit Geld,

das wir nicht haben, und wenn wir es uns noch leihen können, lieber in unsere Energieversorgung stecken müssen.

Das würde bedeuten, daß wir zurück zur Kohleförderung und -verstromung müssen, zurück zur Kernenergie, durch Weiterbetrieb und Wiederinbetriebnahme auch der bisher stillgelegten Kern- und Kohlekraftwerke, Aufhebung des Verbotes der Schiefergasförderung in diesem Lande, und, und, und.

Aber vor allem würde es das Beenden aller Maßnahmen bedeuten, die unter den irreführenden Titeln "Klimaschutz" und "Energiewende" laufen. Inklusive des Rückbaues von Wind- und Solarparks sowie der Beendigung der "Vermaisung" von landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, und Wiederaufführung dieser Flächen und weiterer für die Erzeugung von Ernährungspflanzen.

Da aber die segensreiche Wirkung des CO₂ auf den Pflanzenwuchs, insbesondere bei verschiedenen Getreidearten, völlig unbestreitbar ist, wünsche ich mir, daß Wirtschaftsexperten ein praktikables, überprüfbares internationales Bonussystem entwickeln würden, statt des jetzigen, nur Wohlstand vernichtenden, Malus-Systems, bei dem die Produktion von CO₂ bei gleichzeitig optimaler Ressourcenschonung belohnt würde.

Denn da das CO₂ eine unverzichtbare Pflanzennahrung ist, sollte es das Bestreben sein, dieses in der Atmosphäre zum Wohle der gesamten Flora und damit auch der Fauna anzureichern. Jedes ppm mehr ist gut. Fiele nämlich die CO₂ Konzentration unter 200 ppm, begännen die Pflanzen zu verhungern. Und wir mit ihnen. Das kann keiner wollen.

Michael Limburg, Jahrgang 1949, ist Diplomingenieur für Elektrotechnik. Er ist Vizepräsident des Europäischen Instituts für Klima und Energie (EIKE). <<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtet am 4. November 2022 (x1.210/...): >>**Babys im Fadenkreuz der Impfung**

Offizielle Sterblichkeitszahlen, die auf der Grundlage von Daten aus 29 europäischen Ländern zusammengestellt wurden, zeigen, daß seit der ersten Zulassung des Impfstoffs Covid-19 für Kinder durch die EMA (EU-Arzneimittel-Behörde) wöchentlich eine steigende Zahl von Todesfälle bei den 0-14-Jährigen zu verzeichnen ist. Nach der EMA-Zulassung der Covid-19-Injektion für Kinder ab 5 Jahren sind die überzähligen Todesfälle bei Kindern im Vergleich zum Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2021 im gesamten Jahr 2022 um 755 % gestiegen.

Dessen ungeachtet hat kürzlich die EMA für zwei Corona-Impfstoffe sogar eine Freigabe-Empfehlung für Babys ab 6 Monaten erteilt. Was für eine organisierte Kriminalität ist das? - Nachfolgend eine Stellungnahme der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie". (Herbert Ludwig)

Presse Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD)

Von Sabine Escucha Schneider

Ein Aufschrei ging durchs Netz als eine Kinderarztpraxis auf ihrer Webseite schrieb, daß man dort nur geimpfte Babys ab 6 Monaten behandeln wolle. Was war passiert? Die EU Arzneimittelbehörde EMA hat kürzlich für zwei Corona-Impfstoffe eine Freigabe-Empfehlung für Babys ab 6 Monaten erteilt. Tausende von Lesern bezogen wohl die Vorgabe der Praxis auch auf die Corona-Impfung und schrieben empörte Kommentare. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Lesart bezüglich Baby-Impfung auf der Kinderarzt-Webseite abgemildert.

Immerhin gibt es hierfür derzeit keine Empfehlung der STIKO (Ständige Impfkommission), die Entscheidung der STIKO steht noch aus. Die Kontroverse aber ist losgetreten. STIKO Chef Mertens bezeichnete Corona inzwischen als "endemische" Infektion, also eine nur in bestimmten Regionen in gleich bleibenden Erkrankungszahlen auftretende Infektion, bei einer Pandemie ist die Ausbreitung weltweit. Er als Vater würde die Impfung eines 7-jährigen Kindes nicht empfehlen.

Ein Blick auf die Statistik der Übersterblichkeit bei Kindern zeigt uns, daß die schrittweisen Lockerungen der EMA-Zulassung, erst für Kinder ab 12 Jahren, dann ab 5 Jahren zeitgleich einhergehend mit einem Anstieg der überzähligen Todesfälle von Kindern um 755 %! (siehe Euromomo). Jedwedes Drängen auf Corona-Impfung erscheint in diesem Zusammenhang höchst kriminell.

Auffällig ist derzeit, daß überhaupt eine kritische Diskussion Eingang in einen Teil der üblichen Medien gefunden hat. So verließen sogar die öffentlich-rechtlichen Sender in ihren Dokumentationen ARD (20.10.22), ARTE (18.10.22) und MRD (14.10.22) ihre Verleumdungshaltung. Das ist neu. Und überfällig.

Was sagen die Mediziner und Wissenschaftler der Initiative MWGFD dazu?

Diese Initiative hat von der ersten Sekunde an vor den neuartigen, unzureichend geprüften mRNA-Impfstoffen gewarnt. Einer der anerkanntesten und erfahrensten Mikrobiologen der Welt, Prof. Sucharit Bhakdi, erklärte früh, warum schädliche Auswirkungen zu erwarten sein würden und warnte eindringlich vor dieser Impfung. Heute, zweieinhalb Jahre nach Beginn der sogenannten Corona-Krise Anfang 2020 wissen wir sehr genau, wie recht er hatte. Das Virus selbst hat zwar nicht das Gesundheitssystem zum Zusammenbruch gebracht, aber die Maßnahmen zeigen immer mehr ihre katastrophalen Auswirkungen.

So rächt sich jetzt bitter, daß eine mRNA-Impfung nicht wie bisher bei Arzneimitteln üblich, sorgfältig getestet wurde, sondern, daß im Gegenteil alle, aber auch alle bis dahin gültigen Arzneimittel-Sicherheitsrichtlinien willkürlich über Bord geworfen wurden. So daß alle Menschen, die seither die Corona-Impfung bekommen haben, Teil eines Experiments wurden, also streng genommen Studienteilnehmer sind. Das wird wohl nur den wenigsten so klar gewesen sein. Immer klarer hingegen fallen die fatalen Impf-Nebenfolgen ins Auge.

Aktuelles Wissen über die Wirkung genbasierter "Impfstoffe"

Der Körper bekommt, anders als bei herkömmlichen Impfstoffen, nicht ein inaktiviertes Virus gespritzt, sondern nur die Erbinformation für die Herstellung des Erkennungsmerkmals eines Corona-Virus, nämlich des Stachelproteins (Spike-Protein). Damit werden die Körperzellen dazu gebracht, dieses Stachelprotein selbst herzustellen, so daß das Immunsystem daran den Feind erkennen soll und Antikörper gegen das Corona-Virus entwickeln möge. Wenn ein Corona-Virus in unseren Körper eindringt, erkennt unser Immunsystem den Eindringling und zerstört das Virus als auch von ihm befallene Zellen.

Mit der Impfung aber werden völlig gesunde Körperzellen dazu gebracht, das Merkmal eines Eindringlings an ihrer Oberfläche zu zeigen. Sie sind fälschlicherweise damit als fremd markiert und werden vom Immunsystem zerstört. Der Bauplan für das Spike-Protein ist in kleine Fettkügelchen gebettet, diese gelangen zuerst ins Blut, die innere Gefäßwand wird als erstes geschädigt, das führt zu Gerinnseln und ermöglicht auch den Übertritt in alle möglichen Organe.

So kommt es schnell zu den gefürchteten Hirnvenenthrombosen, Schlaganfällen, Herzinfarkten, Herzmuskelentzündungen, aber auch zu neurologischen Zuckungen und sonstigen Schädigungen im Körper, vor allem in den Immunzellen der Lymphknoten selbst. Die weltweiten Statistiken für die Nebenwirkungen und Todesfälle sind erdrückend.

Eine Übersterblichkeit wurde in Deutschland nicht unter Corona beobachtet, sondern erst seit Beginn der Impfungen. Mittlerweile ist bekannt, daß die Corona-Impfungen nicht vor Ansteckung schützen, auch nicht vor der Weitergabe des Virus, nicht einmal vor schweren Krankheitsverläufen.

Deren Häufigkeit war sowieso nicht so groß, wie uns die Panikmache weismachen wollte.

Fazit

In unseren Augen ist es daher kriminell, bei dieser Datenlage die vorläufige Zulassung der betreffenden mRNA-Impfstoffe in eine ordentliche umzuwandeln. Nun sollen die bis vor kur-

zem noch als experimentell geltenden Impfstoffe auch noch Babys ab 6 Monaten verabreicht werden! Nach der EMA-Empfehlung gilt die Zulassung für die Babys nur noch als reine Formsache.

Die massive Propaganda und Nötigung zur Impfung betrachten wir ebenfalls als ein Verbrechen an der Menschheit, denn Todesfälle im Zusammenhang mit der mRNA-Impfung sind bereits durch das Paul-Ehrlich-Institut anerkannt. Geradezu pervers erscheint die Verharmlosung, wenn Pflaster mit Marienkäfern oder Glückskleeblättern auf die Einstichstelle geklebt werden oder Impf-Spielzeug für unsere Kleinsten im Supermarkt erhältlich ist. Dieser "Pieks" ist lebensgefährlich. Die schockierenden Fakten liegen auf dem Tisch. Keiner kann heute mehr sagen, er habe es nicht gewußt.

Es ist daher auch völlig inakzeptabel, daß eine Kinderarztpraxis zur Impfung drängt oder gar nötigt. Ärzte müssen ihren ärztlichen Eid / ihr Gelöbnis befolgen, und so steht es auch in ihrer Berufsordnung. Das bedeutet, sie dürfen zu allererst ihren Patienten nicht schaden, sondern sollen ihnen bei der Heilung helfen.

An dieser Stelle möchten wir an alle Kollegen appellieren, die ausdrücklich in § 2 ihrer Berufsordnung verbriefte Rechte auch ausüben. Sie müssen und dürfen sich nicht zum Handlanger von Nicht-Ärzten und politischen Interessen machen. Ihnen allen kommt dieser Tage eine wichtige Rolle zu, schützen Sie die Menschen, die bei Ihnen Hilfe suchen.

Kinder waren zu keinem Zeitpunkt der sogenannten Corona-Krise besonders gefährdet, durch Sars Cov2 zu erkranken. Dies wurde vor kurzem noch vom Gesundheitsministerium für Kinder unter 5 Jahren bestätigt. Ihr Immunsystem befindet sich noch in der Entwicklung. Deswegen ist es sinnlos und unnötig gefährlich, ihrem Immunsystem diese Arbeit abnehmen zu wollen. Sie brauchen sozusagen auch Erkrankungen, damit ihr Immunsystem lernt und gesund und stark wird.

Das trifft natürlich in besonderem Maße für Babys zu, die ja auch durch die Muttermilch beste Immunabwehr noch aufbauen. Diese Mechanismen sind so alt wie die Menschheit. Und nun wollen Regierungen und Pharmakonzerne besser sein als der liebe Gott?

Impfungen machen nur Sinn für wirklich sehr lebensgefährliche Erkrankungen mit hohen Todesraten wie z.B. Tollwut oder Ebola.

Die Eltern werden völlig zu Unrecht verunsichert und sie sollten angesichts der Datenlage keinesfalls ihre Kinder, schon gar nicht Babys mit den unzureichend geprüften mRNA-Impfstoffen impfen lassen. Auch die anderen Impfstoffe sind in Laufe der Jahre durch problematische Hilfsstoffe immer schädlicher geworden (siehe auch <http://www.childrenshealthdefense.org>), so daß eine Befürwortung nicht vertretbar ist.

Erwachsene sollten diese Dinge beurteilen können, aber Kinder haben gleich gar keine Chance mehr, wenn ihre Eltern selbst hilflos sind. Wir stellen Ihnen deshalb bestmöglich alle notwendigen Informationen zur Verfügung, damit Sie immer eine selbstbestimmte, verantwortliche Entscheidung treffen können.

Eine Frage stellt sich allerdings noch: Sollte dieser Kinderarztpraxis-Vorstoß vielleicht sogar ein Versuchsballon sein? Frei nach dem Motto, was schon Jean Claude Juncker während seiner EU-Amtszeit sagte: Wir machen etwas, dann warten wir die Reaktion ab. Wenn keine kommt, machen wir einfach weiter. Gut, daß es schon diese massive Reaktion im Netz gab und übliche Medien ins Wanken kommen. Jetzt sind Ärzte, Eltern, Journalisten, Richter gleichermaßen gefordert, einen Riegel vorzuschieben.

Verhalten Sie sich verantwortlich, ihr Kind ist kein Versuchstier. Finger weg von mRNA-Impfungen.<<

Großbritannien: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. November 2022: >>Staatsstreich in London: Gründe, Drahtzieher (Folge 4)

Von *Wolfgang Eggert*

Neben inneren Gegnern und der Globalisierungs-Lobby stehen noch andere Kräfte hinter dem jüngsten Regierungswechsel in Großbritannien - unter anderem auch der neue König. Vierter und letzter Teil unserer Reihe. Wer seit hunderten von Jahren hinter den Kulissen die Strippen zieht, lesen Sie in "Geheime Gesellschaften" von Charles William Heckethorn. ...

4. König Charles III.

Dieser hatte Liz Truss bei ihrer Amtseinführungssaudienz mit den Worten "Mein Gott, Sie schon wieder!" begrüßt. Die Ex-Premierministerin, keine Freundin des Weltklimas, und schon gar nicht von dessen "industriegemachtem Wandel" überzeugt, hatte dem Monarchen nur Tage zuvor durch ihr Veto den vom Palast gewünschten royalen Einstandsbesuch bei einer Klimakonferenz verhagelt.

Man mußte kein Wetterfrosch sein, um im Verhältnis zwischen Downing Street und dem Palast ein bleibendes Tiefdruckgebiet vorauszusehen. Schwierig unter einem King-On-A-Mission, einem Potentaten, der, anders als seine Mutter, statt einem von Feuchtschwamm heimgesuchten Altersheim oder einem renovierungsbedürftigen Traditionsbahnhof lieber gleich die ganze Welt zu retten gedenkt.

Wer nun wieder meint, die Flausen und Antipathien eines biodynamischen Blaubluts könne einem gewählten Staatsoberhaupt doch völlig schnuppe sein, unterschätzt die Bevorrechtigungen des britischen Hofes. Eine diesbezüglich nicht ganz unwesentliche Wirkmöglichkeit liegt in der Tatsache begründet, daß die Königsfamilie in höchsten Graden, als Pate der britischen Freimaurerei verbunden ist, die sich wiederum als Weltleitstelle eben dieser Bruderschaftlichkeit sieht. Ein Global Player mit Globalanspruch.

5. Weltwirtschaftsforum

Nicht weniger als "die Welt" peilt auch NWO-Think-Tanker Klaus Schwab an. Wobei sich der powerbrokende Chef des einflußreichen Weltwirtschaftsforums / World Economic Forum (WEF) einstweilen noch damit zufrieden gibt, in aller Herren Länder Schaltstellen der Macht auszufüllen. ...

Etliche große Namen haben sein Kaderschmiede-Programm Young Global Leaders durchlaufen, darunter der Gründer von Wikipedia, Jimmy Wales, der Gründer von Facebook, Mark Zuckerberg, Paypal-Halbgott Peter Thiel, Youtube-CEO Chad Hurley, Skype-CEO Josh Silverman - um einige Namen aus der Online-Welt zu nennen.

WEF-Gründer und Great-Reset-Stratege Klaus Schwab holte schon 2020 den damals noch aufstrebenden Oppositionspolitiker Robert Habeck für einen ersten Auftritt zum WEF.

Ergebnisadressen aus in den Höhen der Politik würden ein ganzes Buch füllen, besondere Betreuung im Young-Leaders-Programm Schwabs erfuhren unter anderem Annalena Baerbock, Emmanuel Macron und Neuseelands harte Hand Jacinda Ardern. Für Großbritannien hatte Schwab bereits vor der Covid-Ära das Duo infernale Penny Mordaunt / Rishi Sunak als "Kommende" ins Auge gefaßt und zu sich geladen. Sie waren es denn auch, die die Neujustierung der gefährlich ins Nationalistische abgleitenden Konservativen durch den Doppelsturz von Johnson und Truss besorgen sollten.

Letztlich waren die Opfer aber irgendwo selbst schuld. Daß die Beziehungstreue Sunaks der eines sizilianischen Pornodarstellers entspricht und seine Teamfähigkeit zwischen Stefan Effenberg und Kevin Großkreutz anzusiedeln ist, konnte man bereits Monate vor dem Endspiel sehen. Der schwerreiche Indien-Yuppie - sein Bankkonto ist dem Vernehmen nach praller gefüllt als das des Königs - schaffte es am Ende der Scharaden zum Premier, Mordaunt zur "Unterhaus-Führerin" - ein Posten, für den sie sich nichts kaufen kann.

6. Israel

Mit Sunak, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit seine mit einem Kabbala-Bändchen geschmückte Bruderhand vor die Kameraobjektive streckt, hat nicht zuletzt Israel ein Eisen im Feuer - wenn auch wahrscheinlich nur für einen Übergang, der im Maximalfall zwei Jahre

dauern wird.

Die Umfragewerte für den adretten Dauerlächler sind verheerend, er würde jede Parlamentswahl verlieren. Soweit nicht gerade ein zum Hurra-Burgfrieden zwingendes Weltkriegsarmageddon Einzug hält, wird Sunak ein befristeter Platzhalter für Labour-Chef Keir Starmer sein. Der ist ein Wunschkandidat in Tel Aviv und Jerusalem. Der schwergängige Sozialdemokrat hatte sich der einflußreichen Israel-Lobby empfohlen, als er seinen zionismuskritischen Amtsvorgänger Jeremy Corbyn nach allen Regeln der Kunst demontierte; Corbyns Mitstreiter wurden gleichfalls allesamt in die Wüste geschickt.

Daß eine PR-Kalamität wie Starmer - in seiner Person mischt sich die winterliche Aufgewecktheit eines Igels mit der Leichtigkeit einer Bleiweste - dennoch aussichtsreich ins Rennen gehen kann, sagt einiges über die propagandistischen Möglichkeiten von Lobbys beziehungsweise über die Einfalt der landläufigen Briten.

7. Vereinigte Staaten

Den seit jeher Richtung Europa übergreifigen USA kann diese Minderbemittlung natürlich nur entgegen kommen. Dort, im Land der unbegrenzten Möglichkeiten, ist man Israel in Special Relations ebenso symbiotisch verbunden wie befehlsseitig untergeben. Die besonderen Beziehungen Amerikas zu Großbritannien dagegen werden von oben her ausgeübt und dienen dem Untenhalten Europas, sprich der eigenen Machtkonsolidierung.

Auf diese Weise wurde der Alte Kontinent in zwei Weltkriegen meuchlings "totbefreit". Großbritannien, wo man noch heute naiverweise glaubt, die Völkerringen gewonnen zu haben, hatte dabei die Ehre, sein Weltreich über den großen Teich zu reichen. Trotz alledem ist das britische Regierungsestablishment - so tief läßt es sich also sinken! - noch heute stolz über und dankbar für das Bündnis mit den alten, kulturbefreiten Kolonialländern.

Selbst Boris Johnson himself mahnte in seiner Abschiedsrede die Nachfolgerschaft, sie möge sich die unverbrüchliche, transatlantische Bindung zu Herzen nehmen. Und das, nachdem Washington den immer kleiner werdenden Bruder gleich zweifach düpiert hatte:

Erstens verweigerte das Oval Office (wo damals noch Trump residierte) den Brexiteers den zuvor verlockend vor die Nase gehaltenen Jahrhundert-Handelsvertrag, der die verloren gegangenen EU-Märkte hätte ersetzen sollen. Zweitens stellten sich die US-Regierungen - man bemerke den Plural - auch gegen Johnsons Versuch, Nordirland aus dem festen Griff der EU rückzuholen. Die USA gingen hier so weit, Downing Street regelrecht zu drohen.

Wer sich ein wenig mit Geopolitik beschäftigt, wird schnell begreifen, warum die amerikanischen Administrationen so verfahren: Es war der Ausstieg Englands aus der Europäischen Union, der Washingtons U-Boot in Brüssel unbrauchbar machte. Ob die Briten diese Rolle akzeptierten oder nicht, aus US-Sicht war es den angelsächsischen Brüdern aufgegeben, den machtseitig erstarkenden Alten Kontinent von innen zu erkunden und, wenn nötig, zu torpedieren. Johnson & Co. entzogen sich dieser Verantwortung. Und deshalb mußten sie weg.

Daß der Geheimdienst Ihrer Majestät zur Abwehr keltischer Separatismen schöpferisch in die Neugestaltung EU-feindlicher Parlamente, gerade in Italien und Frankreich, eingriff, und zwar an der Seite amerikanischer Kollegen, scheint nicht gereicht zu haben. Die Imperatoren Amerikas, des neuen Roms, ließen den Daumen unten.<<

06.11.2022

Großbritannien: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24072" berichtet am 6. November 2022 (x1.178/...): >>**Sunaks Machtübernahme - ein Putsch der Hochfinanz?**

Rishi Sunak ist neuer Premierminister Großbritanniens - was erwartet die Bürger durch ihn? Sunak legte bereits in jungen Jahren einen ungewöhnlich steilen politischen Aufstieg hin und landete kürzlich - ohne vom britischen Volk gewählt zu werden - im höchsten Amt Großbritanniens. Sein Hintergrund: Multimillionär, Investmentbanker und top vernetzt mit WEF und Finanzelite. Wurde er eingesetzt, um nun die Weichen in Richtung "Great Reset" zu stellen?

Rishi Sunak ist seit kurzem neuer Premierminister Großbritanniens.

Medien hierzulande schwärmen bereits vom britischen Obama-Moment. Sunak, der erste nicht-weiße britische Premier, gläubiger Hindu, smart, stets elegant gekleidet. Auf den ersten Blick eine traumhafte Besetzung. Doch wirklich traumhaft? In dieser Sendung wollen wir mit Ihnen einen Blick auf Rishi Sunak geben: Was sind seine Hintergründe? Mit wem ist er vernetzt und wohin wird er das Land führen?

Wer ist Rishi Sunak?

Rishi Sunak ist verheiratet mit Akshata Murthy. Die beiden haben zwei Kinder. Murthy ist Tochter des Milliardärs Narayana Murthy, Mitbegründer des IT-Giganten Infosys, einer der größten indischen Firmen, die weltweit in 50 Ländern aktiv ist und 2021 einen Umsatz von 13,5 Mrd. US-Dollar erwirtschaftete. Akshata Murthy hält ebenfalls Anteile an der Firma. Die Sunaks zählen dadurch zu den reichsten britischen Familien, ihr Vermögen wird auf 838 Mio. Euro geschätzt und soll damit ca. doppelt so hoch sein wie das von König Charles und seiner Gemahlin.

Sieht man sich die bisherigen Stationen von Sunaks steiler Karriere an, wird eine große Nähe zur Finanzelite deutlich:

- Studium an den Eliteuniversitäten Oxford und Stanford
- Von 2001-2004 Analyst für die Investmentbank Goldman Sachs
- Ab 2006 war Sunak beim Hedgefonds TCI tätig, später wechselte er zum Hedgefonds Thélème

Kurze Erläuterung: Hedgefonds sind besonders risikofreudige Investmentfonds, die einem kleinen Kreis sehr reicher Investoren angeboten werden. Sie arbeiten mit einer breiten Palette von Finanzinstrumenten, darunter auch solche, deren Verwendung anderen Investmentfonds gesetzlich verboten ist, wie z.B. Derivate oder Leerverkäufe.

- Von 2013-2015 war er Direktor bei der Investmentfirma seines Schwiegervaters

Fragwürdige Praktiken als Geschäftsmann und Politiker

- Laut Bericht der Times verdiente Sunak im Jahr 2008 zusammen mit anderen Hedgefonds-Bossen 100 Millionen Pfund, indem sie eine Börsenwette abschlossen, die laut Berichten der Zeitung die Finanzkrise von 2007/2008 mit auslöste. Dadurch wurde er mit Mitte 20 bereits Multimillionär.

- Als Finanzminister erhöhte Sunak die Steuern, so daß die Briten nun die höchste Steuerlast seit dem 2. Weltkrieg schultern müssen. Seine eigene Frau jedoch nutzte als "Steuerausländerin" die sogenannte "Non-Dom-Regelung" zur Steuervermeidung. Trotz der Tatsache, daß ihr Mann eines der höchsten Ämter im Staat innehatte, gab sie an, daß ihr Hauptwohnsitz nicht in Großbritannien sei. So mußte sie bei Zahlung einer Gebühr von 30.000 britischen Pfund keine Steuern auf ihre internationalen Einkünfte entrichten. Dem britischen Fiskus entgingen dadurch geschätzte 20 Mio. Pfund Steuereinnahmen.

- Auch Sunak selbst stand in der Kritik, da bekannt wurde, daß er eine US-Greencard besaß. Diese wies ihn selbst noch in seiner Zeit als Minister als in den USA ansässig aus, was ihn in den Verdacht bringt, daß er sich auch hier wieder selbst Steuervorteile erwirtschaftet haben könnte.

- Als die Johnson-Regierung der Bevölkerung während der Coronapandemie strenge Ausgangsvorschriften auferlegte, feierte Johnson unter anderem mit Sunak seine berühmte Geburtstagsparty, was später einen Bußgeldbescheid nach sich zog. Wir kommen zum Zwischenfazit: Sunak agiert nach dem Motto: Wasser predigen, Wein trinken. Er selbst auferlegt der Allgemeinheit harte Maßnahmen, umgeht diese aber, sobald es ihn selbst betrifft.

Hedgefonds ebnen den Weg an die Macht

Sieht man sich die politische Karriere Sunaks an, fragt man sich ebenfalls, ob hier alles mit rechten Dingen zugegangen ist. Erst 2014 trat er in die konservative Tory-Partei ein, jedoch

bereits 2015, also ein Jahr später, war er schon Abgeordneter im Unterhaus. Es drängt sich die Frage auf, wie es der junge, damals noch unbekannt Mann geschafft haben kann, nach nur einem Jahr Parteizugehörigkeit einen sicheren Wahlkreis zu erhalten, den die Torys schon seit über 100 Jahren stets gewannen? Könnte hier vielleicht jemand nachgeholfen haben?

Sunak ist nämlich offizieller Mitwirkter beim Weltwirtschaftsforum (kurz WEF), das dafür bekannt ist, seine Leute an die wichtigsten Schaltstellen von Politik und Wirtschaft zu plazieren. Führende Politiker wie z.B. Merkel, Trudeau oder Baerbock stammen allesamt aus der Kadenschmiede des WEF.

So ist es wenig überraschend, daß auch Sunak im Jahr 2020 von Boris Johnson als Schatzkanzler in die Regierung berufen wurde. Anfang Juli trat Sunak nach diversen Skandalen zusammen mit dem Gesundheitsminister Javid als Minister zurück und griff Johnson dabei scharf an. Ihre prominenten Rücktritte trugen wesentlich zu der Welle der Opposition innerhalb der Konservativen Partei bei, die schließlich Johnsons Rücktritt als Parteivorsitzender und Regierungschef erzwang.

Sunak wollte nun selbst Regierungschef werden, doch die Parteibasis der Tories machte ihm bei der entscheidenden Mitgliederbefragung einen Strich durch die Rechnung und entschied sich für seine Kontrahentin Liz Truss.

Aber dabei hatte die Parteibasis jedoch die Rechnung ohne den Wirt, nämlich ohne die großen Hedgefonds, gemacht. Diese brachten nämlich die neue Regierung kurz danach in arge Bedrängnis. Als deren neuer Finanzminister Kwarteng einen Plan für ein radikales, schuldenbasiertes Steuersenkungsprogramm vorstellte, welche eine völlige Umkehrung der Finanzpolitik seines Vorgängers Sunak darstellte, kam es zu großen Turbulenzen an den Finanzmärkten:

Das britische Pfund brach massiv ein und fiel in den darauffolgenden Tagen auf ein Allzeit-Tief. Auch der Markt für britische Staatsanleihen geriet außer Kontrolle, was große britische Pensionsfonds an den Rand eines Kollapses brachte, da sie stark in Staatsanleihen investiert hatten. Die Altersversorgung vieler Briten drohte pulverisiert zu werden.

Der Zusammenbruch der Pensionsfonds konnte nur dadurch verhindert werden, daß die Bank of England eingriff und Staatsanleihen in Milliardenhöhe aufkaufte. Angesichts des Desasters verlor Truss den Rückhalt bei den Abgeordneten und sah sich zum Rücktritt gezwungen. Nun war der Weg frei für Sunak. Ihm, dem Ex-Investmentbanker, der im Rennen gegen Truss bereits vor ihren Steuerplänen gewarnt hatte, wird nun zugetraut, das Vertrauen der Märkte zurückzugewinnen.

Es bleibt jedoch die Frage, ob die Marktmechanismen ungewollt außer Kontrolle gerieten, oder ob dieses Beben gezielt ausgelöst wurde? Denn fast vor genau 30 Jahre hatte 1992 George Soros mit seinem Hedgefonds "Quantum Funds" demonstriert, wie man eine Währung massiv abstürzen lassen kann.

Durch taktische Währungsverkäufe von Milliarden von Pfund in Fremdwährungen erzwangen damals Soros und weitere Spekulanten einen Kursrutsch des Pfunds um 25 % gegenüber dem Dollar. Großbritannien mußte daraufhin das europäische Währungssystem verlassen. Soros hingegen machte mit seinen Wetten gegen das Pfund und den Währungsverkäufen dabei einen Gewinn von einer Milliarde US-Dollar.

Und auch diesmal scheinen Hedgefonds eine entscheidende Rolle mitgespielt zu haben. Einem Bericht der Times zufolge traf sich Truss kurz vor Veröffentlichung der Steuerpläne zu einem Abendessen mit diversen Hedgefonds-Managern.

Die Vermutung liegt doch nahe, daß hier Insiderinformationen ausgetauscht wurden und so entsprechend schnell auch reagiert werden konnte. Und in der Tat: Bereits innerhalb von Minuten nach der Ankündigung der Steuerpläne ging das Pfund auf Talfahrt und diverse Hedgefonds machten massive Gewinne.

Doch damit nicht genug. Nachdem Truss ihren Finanzminister ausgetauscht hatte, berief der

neue Finanzminister Jeremy Hunt, der diesen Posten nun auch unter Sunak beibehalten darf, einen Beraterstab ein. Dieser setzt sich ausschließlich aus Hedgefonds-Managern und Großbankern zusammen, darunter Vertreter von Blackrock, Goldman-Sachs, J. P. Morgan und dem US-Hedgefond "Element Capital".

Zwischenfazit: Bisher sind Hedgefonds die mehrfachen Profiteure. Zum einen haben sie massive Gewinne auf Kosten der Bürger eingefahren, mit Sunak einen ihrer Leute an der Spitze des Landes plazierte und sitzen nun als Regierungsberater direkt an den Schalthebeln der Macht. Großbritannien ist damit nun fest in der Hand der Hedgefonds. Doch was erwarten sich diese von dem neuen Mann an der Spitze?

In welche Richtung wird Sunak das Vereinigte Königreich als Premierminister führen?

Es ist davon auszugehen, daß Sunak seine Politik der hohen Steuern und strengen Ausgabenkürzungen weiter fortsetzen wird. Finanzminister Hunt hat die geplanten Steuersenkungen und Entlastungspakete der Vorgängerregierung bereits nahezu vollständig einkassiert. So dürfte die Reise für die Bürger ganz im Sinne der Agenda des WEF direkt und straff weiterlaufen. Die Maxime lautet ja: "Du wirst nichts besitzen und glücklich sein."

Zudem ist Sunak ein großer Befürworter einer digitalen Zentralbankwährung. Diese würde der Finanzelite umfangreiche Instrumente in die Hand geben. So könnte man ungehemmt Negativzinsen verhängen, da es kein Bargeld mehr geben wird, was die Bürger dann selbst abheben könnten. Darüber hinaus würde der Bürger in finanzieller Hinsicht vollkommen gläsern, da jede Transaktion für die Banken und für den Staat sichtbar wäre.

Besonders gefährdet dabei sind jene Bürger, die mit der Politik der Regierung nicht einverstanden sind und dies öffentlich machen. Kritiker kann man über die Sperrung ihrer Konten vollständig vom öffentlichen Leben ausschließen. Sie können dann entweder ihre Miete nicht zahlen noch Essen kaufen oder öffentliche Transportmittel nutzen, wie dies heute bereits in China gehandhabt wird.

Hier, beim Thema Digitale Zentralbankwährung, schließt sich der Kreis zu Rishi Sunaks Schwiegervater und dessen IT-Firma Infosys. Infosys ist - wie Sunak selbst - Partner des Weltwirtschaftsforums WEF und entwickelt derzeit die technische Infrastruktur für eine solche digitale Zentralbankwährung. Diese könnte die Grundlage für das vom WEF angestrebte globale Sozialkreditsystem nach chinesischem Vorbild werden.

Fazit: Mit Rishi Sunak wurde ganz offenbar gezielt ein Mann ins höchste Amt Großbritanniens plazierte, der eng mit dem digital-finanziellen Komplex sowie dem WEF vernetzt ist.

Es bestehen berechtigte Befürchtungen, daß Sunak nun seine Machtstellung nutzen wird, um die nötigen Weichen ganz in Richtung zu dem vom WEF angestrebten Great Reset und der damit verbundenen bargeldlosen Gesellschaft zu stellen.<<

07.11.2022

BRD: Das deutsche "Globkult Magazin" berichtet am 7. November 2022: >>Michael Wolski: 1989 Mauerfall Berlin Auftakt zum Verfall der Sowjetunion

Von Wolfgang Rauprich

Als Markus Wolf 1986 vorzeitig seinen Generalsrock an den Nagel hing und den Dienst als Chef der Hauptabteilung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR quittierte, ahnte mancher wache Beobachter in diesem Land und sicher auch anderswo, daß da mehr dahintersteckte als die Ambition dieses Mannes, Kochbücher zu schreiben und sein Altenteil zu genießen.

Was wurde nicht alles spekuliert über die Hintergründe. Waren es seine Mißerfolge in den Jahren zuvor, die unter anderem dazu führten, daß der "Mann ohne Gesicht" kenntlich wurde? Waren es seine zweifellos vorhandenen amourösen Abenteuer, die, wie der Spiegel später kolportierte, den spröden Stasi-Chef Erich Mielke dazu bewegten, ihn aus dem Apparat zu drängen?

Oder war es doch Wolf selbst, der diesen Abgang ganz zielgerichtet betrieb, um völlig andere Absichten effektiver verfolgen zu können? Als mit allen Wassern gewaschener Geheimdienstler wußte Wolf längst, daß die DDR als Staat nicht zu halten sein würde, da sich auch der große Bruder Sowjetunion bereits in einem Abwärtssog befand, aus dem es kein Entrinnen mehr gab. Von alledem und mehr handelt das Buch von Michael Wolski 1989 Mauerfall in Berlin mit dem Untertitel Auftakt zum Zerfall der Sowjetunion.

Waren manche Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 keine Zufälle?

Ein Blick auf die zeitliche Parallelität der Aktivitäten führender Genossen in Moskau im Jahr 1986 gibt zumindest einen Hinweis darauf, das spätere Ereignisse der Jahre 1989 und 1990, die zum Ende der DDR führten, keine Zufälle waren, und ein Markus Wolf durchaus in solche Aktivitäten eingebunden gewesen sein könnte. Er war bestens vernetzt in Politik und in Sicherheitskreise der Sowjetunion.

Als Emigrantenkind war er dort aufgewachsen, sprach russisch so gut wie seine Muttersprache und verfügte im KGB über einen exzellenten Ruf als herausragender Geheimdienstler. Wer, wenn nicht er, war also besser geeignet in Pläne eingebunden zu werden, die das Ende der DDR zum Ziel hatten. Nicht zuletzt deuten die bis heute undurchsichtigen Machenschaften der Gruppe "Luch" (Strahl), einer Sondereinheit des KGB, die in der DDR operierte, in diese Richtung.

Michail Gorbatschow war ein Jahr zuvor zum Generalsekretär der KPdSU gekürt worden. Er verkündete nicht nur Glasnost und Perestroika, sondern zog auch Bilanz zur Situation der Sowjetunion mit dem Ergebnis, daß dieser Staat der Arbeiter und Bauern politisch, wirtschaftlich am Ende, ideologisch ausgebrannt und in der Staatengemeinschaft, nicht zuletzt wegen des Afghanistankrieges, weitgehend isoliert war.

Aus der Sicht des Generalsekretärs rückte der Untergang dieses Riesenreichs immer näher. Da wurden die Satellitenstaaten, insbesondere die DDR, nicht mehr als wichtige Verbündete betrachtet, sondern als Klötze am Bein, die es loszuwerden galt, um die Sowjetunion zu retten. Eduard Schewardnadse, Gorbatschows Außenminister, war es schließlich, der bereits 1986 mit einer Aussage zur Notwendigkeit der deutschen Einheit zitiert wird.

Blick in die Geschichte bis zum Hitler-Stalin-Pakt

Es ist diese Ausgangssituation, von der aus Michael Wolski in seinem Buch 1989 Mauerfall in Berlin mit dem Untertitel Auftakt zum Zerfall der Sowjetunion eine Reihe auffälliger Geschehnisse rund um die plötzliche Grenzöffnung am 9. November 1989 beleuchtet. Bei einer anderen griff der Autor in die Geschichte zurück, bis zum Hitler-Stalin-Pakt, der 1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossen wurde.

Die Existenz der dazu gehörenden Geheimprotokolle hat die KPdSU jahrzehntelang bestritten. Wenn es nun aber darum gehen sollte, sich die allein nicht lebensfähige DDR vom Hals zu schaffen und damit notwendigerweise die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen, gab es ein gravierendes Problem, welches mit eben diesem, auch als "Nichtangriffspakt" geführten Dokument nebst seinen Zusatzprotokollen zu tun hat.

In dem Vertragswerk regelten diese beiden großen europäischen Diktaturen nichts weniger als weite Teile Mittel- und Osteuropas untereinander aufzuteilen. Für die Sowjetunion galt diese Aufteilung bis 1990 weiter, nicht so für das Deutsche Reich, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs besetzt und schließlich als Staat liquidiert wurde.

Die Besatzung betraf auch das nördliche Ostpreußen, später als Gebiet Königsberg beziehungsweise Kaliningrad bezeichnet. Nun durfte die Sowjetunion alle Territorien behalten, die ihr im Hitler-Stalin-Pakt und den zugehörigen Zusatzprotokollen zugesprochen wurden. Für andere besetzte Gebiete des Deutschen Reichs, wie das um Königsberg, blieb der Sowjetunion nur die zeitweise treuhänderische Verwaltung bis zum Abschluß eines Friedensvertrages,

wenngleich Stalin diesen Teil Ostpreußens ohne langes Federlesen in die Sowjetunion eingliedert hatte.

Dennoch durfte er nicht einfach annektiert werden, so die Vereinbarung zwischen den vier Alliierten. Doch auf keinen Fall sollte Kaliningrad in die Verhandlungsmasse einer möglichen deutschen Wiedervereinigung oder eines Friedensvertrages fallen. So erklärt Wolski den Hintergrund für die geheimen Aktivitäten der Sowjetunion zur vollständigen und möglichst geräuschlosen Annullierung des Hitler-Stalin-Pakts als Ganzem, also auch der Vertragsbestandteile, die es angeblich nie geben hat. Der Autor erkennt darin sogar das zentrale Motiv maßgeblicher Teile der Sowjetführung, das Ende der DDR aktiv voranzutreiben.

Im Widerspruch zur offiziellen Geschichtsschreibung

Und er geht noch einen Schritt weiter. Wolski führt im Zusammenhang mit dem Hitler-Stalin-Pakt die These ein, daß Stalin längst einen Angriff auf das Deutsche Reich geplant habe, Hitler ihm mit dem Überfall auf die Sowjetunion lediglich zuvor gekommen sei.

Dazu verweist er auf den Historiker Stefan Scheil, auf Schriften von Viktor Suworow, einem ehemaligen Militärnachrichtendienstler der Sowjetarmee sowie auf ein ebenso faktenreiches wie lesenswertes Buch von Bernd Schwipper mit dem Titel Deutschland in Visier Stalins. Bemerkenswert daran ist, daß Schwipper, mehr noch als Wolski, der Führungselite der DDR angehörte.

Als Generalmajor der Nationalen Volksarmee der DDR und als Militärhistoriker hatte er tiefe Einblicke in manche besonderen militärischen Zusammenhänge zwischen der Sowjetunion und der DDR, die er 1990 in seinen damals noch möglichen Archivrecherchen in Moskau mit besonderem Blick auf den Hitler-Stalin-Pakt und die wahren Absichten des Woschd - so ließ sich Stalin als Führer nennen - noch vertiefen konnte (siehe: Schwipper, Bernd, 2015, Deutschland in Visier Stalins). Auch den Historiker Bogdan Musial führt Wolski an, der ebenfalls hierzu gearbeitet hat. (siehe: <https://www.welt.de/politik/article1799869/Stalins-Angriffsplaene-fuer-den-Westen.html>)

Wolski hat diese Motivstränge verfolgt und meint, an deren Verästelungen eine gewaltige geheimdienstliche Operation erkennen zu können, die schließlich zum Mauerfall geführt habe und im Resultat zur deutschen Wiedervereinigung. Manchem Mitstreiter der DDR-Bürgerbewegung überbringt er damit eine verstörende Botschaft. Insbesondere aber stellt er sich mehrfach quer zur offiziellen Geschichtsschreibung. In dieser gilt der Mauerfall als Zufallsergebnis im Gefolge der Friedlichen Revolution. Gravierend erscheinen Wolskis Interpretationen rund um den Hitler-Stalin-Pakt und um dessen Annullierung.

Als komplettes No-Go gilt in der Geschichtsschreibung die Hypothese von Stalins Angriffsplänen gegen das Deutsche Reich. Dennoch greift der Autor nicht irgendwelche Behauptungen aus der Luft, sondern führt eine Vielzahl von Indizien auf, die er zur Kette verknüpft. Erst anhand einer solchen Indizienkette werden Vorgänge und Zusammenhänge plausibel, die in der Einzelbetrachtung als Zufälle abgetan werden könnten.

Doch wie steht es mit Beweisen? Hier tut sich Wolski zwangsläufig schwer, geht es doch um geheimdienstliche Operationen, die ihrer Natur nach der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Dabei hofft er auf kommende Archivöffnungen in Rußland. Das könnte aber das Warten auf den Sankt Nimmerleinstag sein, zumal auch Putins heutiges Rußland kaum ein Interesse daran haben dürfte, daß solche Geheimoperationen, sollte es sie gegeben haben, ans Licht der Öffentlichkeit gelangen.

Der Autor als Insider des DDR-Apparats

Man kann den Autor getrost als Insider des DDR-Apparates bezeichnen, zumindest des Teils, der der Devisenerwirtschaftung für diesen chronisch klammen Staat diente: dem von Alexander Schalck-Golodkowski geleiteten Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo). Im Internationalen Handelszentrum in Ostberlin hatten die Devisenbeschaffer ihr Domizil. Dort war

auch Wolski tätig, als Verkaufsrepräsentant der Europa-Tochter des Weltkonzerns 3M mit Sitz in der Schweiz. Die großen Westfirmen holten sich gern ihre Mitarbeiter für die DDR aus der Trans Inter GmbH, einem Unternehmen für Arbeitnehmerüberlassung, das zur KoKo gehörte.

Wolski schreibt selbst, daß es damals etwa fünfundzwanzig sogenannte kommerzielle Mitarbeiter in den Büros ausländischer Firmen im Internationalen Handelszentrum gegeben habe, die alle von Trans Inter kamen. Man erhielt von dort qualifizierte Außenhändler zum günstigen Preis - natürlich in konvertibler Valuta - mit guten Beziehungen zu wichtigen Entscheidungsträgern.

Michael Wolski muß für seinen Auftraggeber gute Arbeit geleistet haben, schickte ihn doch der Konzern, nachdem es keine KoKo und keine DDR mehr gab als Repräsentant nach Moskau. Gewiß war er auch ein wacher Beobachter, der frühzeitig registrierte, in welchem Zustand sich die DDR bereits gegen Ende der 1970er Jahre befand und der durchaus besser als mancher andere DDR-Bürger absehen konnte, daß das fortlaufende Zehren von der Substanz schon bald an seine Grenzen stoßen würde. Indirekte Hinweise, daß er sich von der herrschenden Ideologie emanzipierte, gibt Wolski mehrfach, aber zurückhaltend, mit Hinweisen auf eine gewisse Hinwendung zur Marktwirtschaft.

Eine andere Deutung von Schabowskis konfusem Auftritt

Der Autor beginnt seine Darlegungen zum Mauerfall dort, wo das Geschehen seinen Lauf nahm: in der Pressekonferenz von Günter Schabowski am Abend des 9. November 1989. Schabowski war nicht irgendein subalternen Verkünder von Nachrichten, sondern kam als Mitglied des Politbüros der SED von ganz oben. Offenbar um die Bedeutung seines Auftritts zu unterstreichen, hatte er zudem drei weitere Mitglieder des Zentralkomitees der Staatspartei zu der Pressekonferenz mitgebracht. Anfangs verlief diese so, wie man es von derartigen Verkündungsveranstaltungen in der DDR gewohnt war: Die Journalisten langweilten sich die meiste Zeit mit allerlei Politplattitüden.

Erst am Ende kam zur Sprache, was schließlich zur Maueröffnung führte. Und Wolski identifiziert einen Stichwortgeber: den italienischen Journalisten Riccardo Ehrmann. Er habe den obersten Informationspolitiker der DDR zu seinem schicksalhaften Spruch zum Inkrafttreten einer neuen, anlaßunabhängigen und genehmigungsfreien Reiseregulierung für DDR-Bürger animiert: "Das trifft nach meiner Kenntnis, ist das sofort, unverzüglich ..." Damit hatte er eine falsche Information weitergegeben, denn eigentlich besagte die Regelung, daß sich DDR-Bürger in dem Meldestellen einen Genehmigungsstempel hätten abholen müssen.

Anders als andere Interpreten dieses Meetings bewertet Wolski den konfus erscheinenden Auftritt Schabowskis nicht als verwirrte und unvorbereitete Stammelei, sondern als beabsichtigte Schauspielerei. Er bemüht zu diesem Zweck den Sprechzettel Schabowskis, auf dem dessen Notizen genau diesen Verlauf der Pressekonferenz ablesbar machen würden. Tatsächlich steht dort sogar hervorgehoben, daß gegen Ende eine Frage vom ZK-Mitglied zu beantworten sei. Notiert ist auch das Verlesen einer Reiseregulierung, für die es eine Sperrfrist bis zum 10. November gab, die Schabowski aber offenbar nicht einzuhalten gedachte.

Riccardo Ehrmann hat später behauptet, seine Frage auf Bitten einer hochgestellten Persönlichkeit gestellt zu haben. Allerdings nahm er diese Aussage wieder zurück, was der Autor für wenig glaubhaft hält. Alles in allem meint Wolski, hinter der Pressekonferenz ein Drehbuch zu erkennen. Schabowski sei zu sehr Vollprofi gewesen, um gewissermaßen aus Versehen den Mauerfall zu initiieren. Vielmehr könne das nur mit voller Absicht so inszeniert worden sein.

Der höchste Feiertag der Sowjetunion und die Maueröffnung

Wolski konzentriert sich aber nicht nur auf den Verlauf der Pressekonferenz, sondern beleuchtet deren Rahmenbedingungen: Warum mußte die Pressekonferenz am 9. November stattfinden? Warum wurde sie am Abend zu einem Zeitpunkt anberaumt, als die ZK-Sitzung, über

deren Ergebnisse zu berichten gewesen wäre, noch gar nicht beendet war? Warum dauerte die ZK-Sitzung, die am nächsten Tag fortgesetzt werden sollte, an dem Abend zweieinhalb Stunden länger als geplant?

Seine Erklärung bezieht sich auf zwei enge Zeitkorridore, einen in Berlin für den Abend des 9. November und einen der Sowjetunion rund um das besagte Datum generell. Wobei der Letztere für ihn der entscheidende ist, um die zeitlichen Zusammenhänge überhaupt zu verstehen.

Entsprechend erläutert er, daß der 7. November der höchste Feiertag der Sowjetunion war, der Tag der Oktoberrevolution. Und dieser führte 1989 zu einer ganz speziellen Konstellation: Der Feiertag fiel auf einen Dienstag, traditionell war damals auch der darauf folgende Tag arbeitsfrei. Erfahrungsgemäß sei an den Brückentagen bis zum Wochenende mit lediglich verminderten Aktivitäten des Machtapparates zu rechnen, auch in den sowjetischen Einrichtungen in der DDR. Wichtiger sei noch die Tatsache, daß stets um den 7. November alle Einheiten der sowjetischen Streitkräfte in der DDR vollständig kaserniert wurden, 1989 vom 6. bis 13. November.

Damit seien in diesem Zeitraum, so der Autor, wichtige sowjetische Entscheidungsträger in Moskau und Berlin nur eingeschränkt handlungsfähig gewesen. Er sieht dies als Grundvoraussetzung für das Gelingen der Maueröffnung.

Hinzu kommt der andere Zeitkorridor, der in Berlin von den im "Drehbuch" dafür vorgesehenen Personen geöffnet werden mußte. Dabei stand die Sitzung des Zentralkomitees der SED im Mittelpunkt, die für den 9. und 10. November geplant war. Am 9. November sollte die Sitzung ursprünglich um 18 Uhr beendet sein, tatsächlich aber dauerte sie bis gegen 20.45 Uhr an. Hier geht Wolski davon aus, daß Kräfte des KGB, die innerhalb der SED-Führung verdeckt tätig waren, für diese mehr als zweieinhalbstündige Verlängerung gesorgt hätten.

Der Grund: Da das ZK abgeschirmt tagte, seien hochrangige Genossen, insbesondere von Staatssicherheit, Polizei und Armee, kaum entscheidungsfähig gewesen. Bezieht man die Rückfahrzeiten nach der Sitzung mit ein, dann wären die meisten ZK-Mitglieder bis etwa 22.30 Uhr paralysiert gewesen.

In dem Zeitkorridor, in dem die Führungsriege weitgehend an einem Ort abgeschirmt und von der Kommunikation mit ihren Organen abgeschnitten war, mußte die Grenzöffnung erfolgen. Und sie mußte als Massenanziehung funktionieren, damit sie nur noch mit heftiger Waffengewalt rückgängig gemacht werden konnte. Der Schießbefehl - darauf weist Wolski explizit hin - sei zu diesem Zeitpunkt aber bereits suspendiert gewesen.

In diesem Zusammenspiel von Rahmenbedingungen in der Sowjetunion und der DDR, der exakten Abstimmung von zeitlichen Abläufen in Schabowskis Pressekonferenz - wann was gesagt wurde - mit der Verlängerung der Sitzung des ZK der SED, erkennt Wolski ein klares Drehbuch, welches zudem erfolgreich in Szene gesetzt wurde. Mit dieser Maueröffnung - Mauerfall wäre der falsche Terminus, denn die Mauer fiel erst wesentlich später - sieht er das Ende der deutschen Teilung, aber vor allem das Ende der Sowjetunion initiiert.

Ein Diplomat der Sowjetunion als Ruheständler in Köln

Schließlich bringt der Autor noch einen wichtigen Akteur ins Spiel, der als die graue Eminenz der sowjetischen Deutschlandpolitik gilt: Wladimir Semjonowitsch Semjonow. Zum Verständnis der Persönlichkeit dieses Spitzendiplomaten in den 1970er und 1980er Jahren legt Wolski dessen Werdegang im diplomatischen Dienst seit Stalin bis zu seinem endgültigen Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1991 dar. Der Begriff "endgültiger Ruhestand" ist hier erforderlich, denn neben anderen interessanten Details aus dem Leben des Botschafters stellt Wolski anhand der Lektüre von Semjonows Memoiren fest, was in offiziellen Lebenslauf-Tabellen, also auch in der deutschen Wikipedia, ausgelassen wird.

Nämlich, daß er 1986 als Botschafter der Sowjetunion in der Bundesrepublik Deutschland

zwar in den Ruhestand versetzt wurde, sich kurz danach jedoch in Köln niederließ und offenbar inoffiziell weiterhin einer außerordentlichen Botschaftertätigkeit für sein Land nachging, eben bis 1991. Offiziell galt Semjonow als Privatier in der westdeutschen Domstadt und als Kunstsammler. Beides war ungewöhnlich für einen Bürger der Sowjetunion, der auch als Ex-Diplomat nicht einfach so seinen Wohnsitz in einem westlichen Land nehmen konnte. Und bei der Betrachtung des Salärs, welches der sowjetische Staat seinen Diplomaten gewährte, dürfte Sammlertum in jenem Maß, wie es Semjonow zugemessen wurde, illusorisch sein.

Letzteres erklärt Wolski als Ablenkungsmanöver der sowjetischen Seite, um das schlechte Image des Botschafters als "Pate" der DDR aufzubessern. Umstritten war Semjonow vor allem als Initiator der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone von 1945, durch seine Rolle bei der Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 und als Mitarchitekt der Berliner Mauer. So beschreibt der Autor, wie Semjonow mit einem Teil einer Sammlung in der Sowjetunion verfeimter Kunstwerke ausgestattet wurde, die aus dem Besitz eines tatsächlichen Sammlers stammten, der für deren teilweise Überlassung das Land verlassen durfte.

So konnte der neue Botschafter öffentliche Ausstellungen mit Werken bedeutender russischer Künstler ausstatten, die zuvor kaum jemand gesehen hatte. Die Verschiebung des Aufmerksamkeitshorizonts weg von Kalten Krieger zum Kunstmäzen, so Wolski, sei insbesondere dank der westdeutschen Medien durchaus gelungen.

Bei Semjonows zweitem Auftritt in der Bundesrepublik als Kunstsammler in Köln sei er mit einem speziellen Auftrag, eventuell sogar direkt vom damaligen Außenminister Schewardnadse, ausgestattet gewesen: das Ende der DDR und in letzter Konsequenz das Ende der Sowjetunion einzuleiten.

Hier kommt nun zu guter Letzt der US-Spitzendiplomat Vernon Walters ins Spiel, der im April 1989 als neuer Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn antrat. Wolski geht davon aus, daß die beiden diplomatischen Schwergewichte Semjonow und Walters alle späteren Abkommen zur deutschen Einheit vorbereitet und weitgehend bis zur Unterschriftsreife ausgehandelt haben. Die Voraussetzungen aber zur Umsetzung habe der KGB mit seinen Helfern in der DDR mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 geschaffen.

Die Friedliche Revolution allenfalls in Nebensätzen

Michael Wolski will mit seinem Buch einen anderen Zugang zu den Ereignissen um den 9. November 1989 und einen neuen Blick auf die Maueröffnung anregen, der der offiziellen Geschichtsschreibung weitgehend widerspricht.

Aus Mangel an direkten Belegen für die meisten der von ihm herausgearbeiteten Zusammenhänge wendet er sich einer interpretativen Methodik zu, mit der er reale Ereignisse, Verhaltensweisen und Aussagen von Akteuren, staatliches, politisches, ja geschichtspolitisch motiviertes Handeln mit eigenen Erfahrungen und einem bestimmten Insiderwissen zu synchronisieren versucht. Man kann ihm zugestehen, daß ihm dies gelungen ist.

Ebenso erscheint das höchst komplexe Geflecht von KGB-Operationen, der Rolle von Markus Wolf, dem exakten situativen Timing von ZK-Sitzung und Schabowskis Pressekonferenz und von diplomatischen Ränkespielen, das Wolski aufspannt, durchaus schlüssig. Dabei fällt auf, daß bei ihm die Friedliche Revolution allenfalls in Nebensätzen eine Rolle spielt.

Das mag daran liegen, daß er damit als einstiger Trans-Inter-Mann eher weniger am Hut hatte, oder auch daran, daß er der Bürgerbewegung der DDR im Zusammenhang mit der Maueröffnung vom 9. November 1989 eine geringere Bedeutung zuerkennt. Tatsächlich ist zu konstatieren, daß der Ansturm von tausenden DDR-Bürgern auf die Grenzübergänge in Berlin nichts mit der Bürgerbewegung zu tun hatte, von dieser erwiesenermaßen weder initiiert noch befürwortet wurde.

Ganz im Gegenteil waren die führenden Kräfte in Neuem Forum, Demokratischem Aufbruch, Demokratie jetzt und anderen Oppositionsgruppen meist konsterniert von dieser Wendung,

weil dadurch deren Intention, einen demokratischen Rechtsstaat in einer eigenständigen DDR aufzubauen, weitgehend obsolet und ihre Fehleinschätzung über den tatsächlichen Willen des Volkes offenbar wurde. Hatten doch diese Bürger bereits auf der Großdemonstration vom 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz einer wie auch immer gearteten und gewendeten DDR eine klare Absage erteilt.

Gleichwohl waren es jene hunderttausende Bürger, die seit Oktober 1989 montags auf die Straßen der großen und später auch der kleineren Städte gegen das SED-Regime gingen, die die Voraussetzungen für den möglicherweise KGB-Coup erst schufen. Ohne diese Friedliche Revolution (man mag ja mit diesem Begriff hadern, doch besser als die von Egon Krenz eingebrachte "Wende" ist er allemal) und ohne die starke Bürgerbewegung, die solange demonstrierte, bis das Regime zu Fall gebracht war, wäre die Maueröffnung mit oder ohne Geheimdiensthintergrund nicht möglich gewesen.

Andererseits kam schon früh der Verdacht auf, daß diese Friedliche Revolution zumindest zu Teilen von der Stasi, vielleicht auch von anderen Geheimdiensten wenn schon nicht gesteuert, so doch beeinflußt war. Dazu trugen vor allem führende Figuren der DDR-Opposition bei, allen voran Wolfgang Schnur (Demokratischer Aufbruch) oder Ibrahim Böhme (Sozialdemokratische Partei der DDR SDP), die später als Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit geoutet wurden.

Auch die gescheiterten Versuche von Markus Wolf, sich der Bürgerbewegung anzubiedern, hatten daran ihren Anteil. Allerdings erreichte die Bewegung sehr schnell eine so hohe Dynamik, daß eine Steuerung der Gesamtereignisse kaum mehr möglich gewesen wäre. Ein Einzelereignis wie die Maueröffnung gezielt durch geheimdienstliche Aktivitäten herbeizuführen, lag aber durchaus im Bereich des Möglichen, insbesondere wenn dahinter der Gedanke gestanden hätte, die beiden deutschen Staaten zu vereinigen.

Schließlich markierte der 9. November den Wendepunkt von dem Leitspruch der Montagsdemonstrationen Wir sind das Volk zu dem Slogan Wir sind ein Volk als anschwellende Forderung nach einem geeinten Deutschland.

Das Ende der Sowjetunion und ein Schlußstrich aus Mangel an Beweisen

Gab es jedoch die von Wolski postulierte Tragweite bis zum Ende der Sowjetunion? Der Schlußstrich unter das Riesenreich wurde am 7. Dezember 1991 bei einem geheimen Treffen in der Staatsdatscha Wiskuli in Belorußland gezogen. Dort trafen sich die Staatsoberhäupter Rußlands, der Ukraine und Weißrußlands, Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaw Schuschkewitsch. Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion hatte zu jenem Zeitpunkt nur noch geringen Einfluß.

Geschwächt durch den Putschversuch von Teilen des KGB und der Sowjetarmee vom August 1991, mußte er zusehen, wie ihm Jelzin immer mehr Macht aus den Händen nahm. Im Gegensatz zu seinem hohen Ansehen im Westen war sein Rückhalt im eigenen Volk weitgehend geschwunden. So vereinbarten die drei führenden Politiker der Sowjetrepubliken die Gründung von 15 unabhängigen Staaten und mithin die Auflösung der Sowjetunion. Am 21. Dezember 1991 wurde die "Gemeinschaft unabhängiger Staaten" proklamiert, am 25. Dezember trat Michail Gorbatschow als Präsident der Sowjetunion zurück und am 31. Dezember 1991 hörte die Sowjetunion offiziell auf zu existieren.

Sollte dieser wahrhaft historische Vorgang tatsächlich mit der Maueröffnung von Berlin initiiert worden sein? Wohl kaum! Die Sowjetunion war lange vor Gorbatschows Machtantritt marode und von Fliehkräften im Inneren gezeichnet. Versuche, durch Glasnost und Perestrojka Entlastung zu schaffen, blieben angesichts der erdrückenden wirtschaftlichen Probleme und der wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung marginal.

Der Untergang folgte einer inneren Logik, die sich entlang der Bruchlinien einer dysfunktionalen Planwirtschaft Bahn brach, die von einem überbordenden militärisch-industriellen

Komplex nebst einer selbstgewissen aber weitgehend unfähigen Ideologen- und Funktionärskaste dominiert wurde. Da bedurfte es nur passender Anlässe, wie der Umbrüche in Polen, in der Tschechoslowakei und in der DDR, um den Zusammenbruch herbeizuführen.

Daß dabei auch Geheimdienste, allen voran der KGB, mitgemischt haben, sollte nicht verwundern. Ebenso dürfte das für die Maueröffnung zutreffen, mit der in der Tat das Tor zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten weit aufgestoßen wurde. Ob dies so stattfand, wie es Michael Wolski beschrieben hat, erscheint angesichts der Praktiken von Geheimdiensten wie KGB oder MfS zu Teilen zwar plausibel, mag aber dennoch dahingestellt bleiben, weil nichts davon wirklich beweisbar ist.

Für die kommenden 30 Jahre ist eher nicht mit einer Öffnung der diesbezüglichen Archive in Moskau zu rechnen, wo sich eventuell Beweise für Wolskis Hypothese finden könnten. Also wird weiter der vorläufige Schlußstrich unter diesen Vorgängen und damit die offizielle Version der Geschichtsschreibung gelten: Schabowski hat sich "verstammelt", die Grenzer an der Bornholmer Straße haben ad hoc gehandelt und ansonsten hatte "Genosse Zufall" überall seine Hände im Spiel.

Michael Wolski: 1989 Mauerfall Berlin Auftakt zum Verfall der Sowjetunion, Berlin (Selbstverlag) 2021, 197 Seiten ... <<

08.11.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 8. November 2022 (x1.234/...):

>>**Nord Stream und die Zeitenwende**

Mit der Sprengung der Pipelines in der Ostsee sind die geopolitischen Würfel für Europa und die USA neu gefallen.

Von Rubikons Weltredaktion

Was halten Sie davon, wenn Deutschlands wichtigster Verbündeter, die USA, deutsche Gaspipelines zerstört, die für den Fortbestand unserer Industriegesellschaft lebenswichtig sind? Die Antwort hängt davon ab, ob diese Erkenntnis für Sie neu ist und ob Sie sie innerlich zulassen können. Denn die relevanten Fakten werden von unseren Medien zurückgehalten, und selbst die Anfragen von Bundestagsabgeordneten zu den Untersuchungsergebnissen bleiben - mit Verweis auf die Priorität des Staatswohls - unbeantwortet.

Statt dessen wird alles dafür getan, uns glauben zu lassen, der Gasstopp sei unsere eigene Erfindung, und diese sei nötig, um den bösen Putin zu "bestrafen", der Demokratie zum Sieg zu verhelfen und so weiter und so fort. Mit dieser Kindergartenerklärung kann man viele Menschen eine Zeitlang für dumm verkaufen und wenige Menschen dauerhaft, aber das ganze Volk auf Dauer? Unser Autor geht der Frage nach, welche Zukunft Europa in letzterem Fall zu erwarten hätte.

Von Pepe Escobar

Unterschätzen Sie niemals ein verwundetes, zerfallendes Großreich, das in Echtzeit kollabiert. Seine Funktionäre, auch die in diplomatischer Mission, erklären weiterhin dreist, daß sich ihrer exzeptionellen Kontrolle über die Welt alle unterwerfen müssen. Anderenfalls könnten nämlich Wettbewerber auftauchen und das Rampenlicht stehlen - auf das US-Oligarchen ein Monopol beanspruchen. Und das wäre natürlich grauenhaft.

Der Modus Operandi, den das Imperium gegen geopolitische und ökonomische Gegner auffährt, ist immer der gleiche: eine Lawine von Sanktionen, Embargos, Wirtschaftsblockaden, protektionistischen Maßnahmen, "Cancel Culture", militärischer Aufrüstung von Nachbarländern und die dazu passenden Drohungen. Vor allem aber ist die Rhetorik der Kriegstreiberei derzeit auf dem Höhepunkt.

Der Hegemon kann mindestens in diesem Bereich transparent sein, denn er kontrolliert immer noch ein großes Netzwerk von Institutionen, Finanzorganen, Politikern, CEOs, Propagandaagenturen und die Popkulturindustrie, die ihm im Zweifel immer recht geben werden. Daher

diese angebliche Unverwundbarkeit, die in Frechheit und Anmaßung münden kann.

Panik im "Garten"

Die Sprengung der Pipelines Nord Stream 1 und Nord Stream 2 - jeder weiß, wer der Täter ist, doch der Name darf nicht genannt werden - läutete das nächste Stadium des zweigleisigen imperialen Projektes ein, Europa von den billigen russischen Energielieferungen abzuschneiden und Deutschlands Wirtschaft zu zerstören.

Aus der Sicht des Imperiums wäre die ideale Fortsetzung das Erscheinen eines US-kontrollierten Intermariums - von der Ostsee und der Adria bis zum Schwarzen Meer, unter polnischer Führung, das im Zuge der Drei-Meere-Initiative eine neue Art von Hegemonie in Europa ausübt. Aber bis jetzt bleibt das ein feuchter Traum.

In der zwielichtigen "Untersuchung", was wirklich mit den Pipelines passiert ist, wurde Schweden als "The Cleaner" gecastet, so als wäre dies die Fortsetzung von Quentin Tarantinos Krimi "Pulp Fiction". Das ist der Grund warum die Ergebnisse der "Ermittlungen" nicht mit Rußland geteilt werden können. Aufgabe des "Cleaners" war nämlich die Beseitigung aller belastenden Spuren.

Was die Deutschen anbelangt, die ließen sich freiwillig als Einfaltspinsel vorführen. Berlin erkannte klar auf Sabotage, traute sich aber nicht zu sagen, von wem.

Dies ist übrigens im höchsten Grade unheimlich, denn Schweden, Dänemark und Deutschland wissen ebenso gut wie der Rest der EU, daß, wenn man das Imperium wirklich öffentlich konfrontiert, es zurückschlagen und einen Krieg auf europäischem Boden anfangen wird. Hier geht es um Angst - aber nicht vor den Russen.

Das Imperium kann sich nicht leisten, den "Garten" zu verlieren. Und die Eliten des "Gartens", sofern ihr IQ über der Raumtemperatur liegt, wissen, daß sie es mit einem psychopathischen Serienmörder zu tun haben, bei dem Beschwichtigung keine Chance hat.

Mittlerweile läßt in Europa der nahende Winter den sozioökonomischen Abstieg in einen Strudel der Finsternis erahnen, den man sich vor ein paar Monaten im "Garten" der Menschlichkeit, so weit entfernt von den Geräuschen des Dschungels, noch nicht hatte vorstellen können. Nun, ab jetzt beginnt die Barbarei zu Hause. Und die Europäer können sich bei den amerikanischen "Verbündeten" dafür bedanken, daß diese die ängstlichen Vasallen-Eliten der EU so geschickt manipuliert haben.

Weitaus gefährlicher ist dagegen ein Gespenst, das nur wenige identifizieren können: die bevorstehende Synchronisierung Europas. Sie ist eine direkte Folge des NATO-Debakels in der Ukraine.

Aus der Sicht des Imperiums sind die Aussichten auf dem ukrainischen Schlachtfeld düster. Rußlands "spezielle Militäroperation" (SMO) hat sich nahtlos in eine Antiterroroperation verwandelt: Moskau bezeichnet Kiew nun offen als Terrorregime. Der Schmerzpegel wird jetzt immer weiter gesteigert, indem mit chirurgischen Schlägen gegen Ukraines elektrische Infrastruktur Kiews Wirtschaft total verkrüppelt wird und ebenso sein Militär. Im Dezember kommt dann an der russischen Front und im Hinterland das gut ausgebildete und motivierte Kontingent der Teilmobilisierung zum Einsatz.

Die einzige Frage ist der Zeitplan. Moskau ist jetzt dabei, dem Stellvertreter in Kiew langsam, aber sicher den Kopf abzuschneiden und letztendlich auch die "Einigkeit" der NATO zu zerstören. Das Folterprogramm für die europäische Wirtschaft ist unerbittlich. Und die Welt außerhalb des kollektiven Westens - der globale Süden - hält Rußland die Stange: von Afrika über Lateinamerika bis nach Westasien und sogar Teile der EU umfassend.

Und es ist Moskau - und nicht etwa Peking -, das die vom Hegemon so benannte "rules based international order" (regelbasierte internationale Ordnung) in Stücke reißt, gestützt auf seine natürlichen Ressourcen, seine Lebensmittelsicherheit und Verteidigungsfähigkeit. Und in enger Abstimmung mit China, Iran und den wichtigen eurasischen Akteuren arbeitet Rußland

daran, all diese US-hörigen internationalen Organisationen überflüssig zu machen - während der globale Süden praktisch immun wird gegen die Psychoattacken der NATO.

Die Syrisierung Europas

Auf dem ukrainischen Schlachtfeld ist der NATO-Kreuzzug gegen Rußland zum Scheitern verurteilt - selbst jetzt, da stellenweise bis zu 80 Prozent der kämpfenden Einheiten NATO-Personal an Bord haben. Wunderwaffen wie der HIMARS-Raketenwerfer tauchen selten auf, und es gibt nur wenige. Und je nach Ausgang der US-Zwischenwahlen werden die Waffenlieferungen 2023 auslaufen.

Im Frühjahr 2023 könnte die Ukraine auf einen verarmten Rumpfstaat, ein schwarzes Loch reduziert sein. Der Plan A des Imperiums sieht "Afghanisierung" vor: die Installation einer Söldnerarmee, mit der sich gezielt Destabilisierungsmaßnahmen oder Terrorangriffe im Innern der Russischen Föderation durchführen lassen.

Zugleich wird Europa mit amerikanischen Militärbasen gespickt. All diese Basen können die Rolle wichtiger Terrorstützpunkte spielen - ganz ähnlich wie in Syrien in Al-Tanf und den Gebieten östlich des Euphrat. Die USA verloren in Syrien einen langen, von Dschihadisten ausgetragenen Stellvertreterkrieg - sie sind aber noch lange nicht aus dem Land verschwunden.

In diesem Syrisierungsprozeß Europas könnten US-Militärbasen als ideale Stützpunkte dienen, um Schwadronen osteuropäischer Emigranten "auszubilden", deren einzige Verdienstmöglichkeit, abgesehen vom Drogen- und Organhandel, im Dienst als - was sonst - Söldner des Imperiums besteht, mit denen man in der verarmten EU jedes Aufflackern zivilen Ungehorsams bekämpfen kann. Natürlich wird dieses neue Armeemodell von der Brüsseler Eurokratie, die ja nur den Public-Relations-Arm der NATO darstellt, voll und ganz gebilligt werden.

Eine deindustrialisierte, über mehrere Ebenen in toxische Kleinkriege verstrickte EU und die NATO in ihrer Lieblingsrolle als Robocop sind das reinste Mad-Max-Szenario gegenüber dem, was zumindest in den Tagträumen eines straussianischen amerikanischen Neocons eine Insel des Wohlstands ist: die Wirtschaft der USA, ideales Investitionsziel für globales Kapital, einschließlich des europäischen. Das Imperium wird zwar sein Lieblingsprojekt Ukraine verlieren. Aber es wird niemals zulassen, daß ihm auch der europäische "Garten" abhanden kommt.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Beitrag erschien zuerst unter dem Titel "The 'War of Terror' may be about to hit Europe" bei Press TV. Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektoratsteam lektoriert. ...<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://www.fassadenkratzer.wordpress.com) berichtet am 8. November 2022 (x1.209/...): >>**Zahlen der Impfschäden und Impf-Toten explodieren - Aber "es wird vertuscht, daß sich die Balken biegen"**

Allein die Zahlen der Verdachtsfälle auf "Impftod" explodieren nach Hochrechnungen von Experten weltweit auf zig-Millionen. Und, besonders schockierend: Die Todesfälle von geimpften Kindern (12-15 Jahren) sind in Europa um 691 Prozent gestiegen. Doch es wird von den zuständigen Behörden, besonders in Deutschland, verschwiegen, getäuscht und gelogen, um die Wahrheit vor der Bevölkerung verborgen zu halten. Der Ex-Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen und langjährige nationale Experte bei Europol, Uwe G. Kranz, schildert nachfolgend die weltweite Entwicklung der ungeheuren Impfschäden und die kriminellen Verhaltensweisen der deutschen Behörden. (Herbert Ludwig)

Weltweit 10 oder 20 Millionen Verdachtsfälle auf "Impftod"?

Von Uwe G. Kranz

Die kriegerischen Geplänkel im chinesischen, nordsyrischen, nahöstlichen oder nordafrikanischen Raum; die 28 Kriege, Bürgerkriege und bewaffneten Konflikte dieser Welt (Stand

2021), etwa im Kongo, in Kamerun, auf Haiti, in Mosambik, in Nigeria, in Somalia, in Äthiopien in der Zentralafrikanischen Republik und den Ländern der Sahelzone, oder der siebenjährige "vergessene" Krieg gegen den Jemen; all das überlagert von Hungersnöten, Überschwemmungen, Epidemien (Masern, Cholera, Gelbfieber, Malaria etc.), Flüchtlingsströmen, entsetzlichem Kinderleid und nun dem Stellvertreterkrieg zwischen USA und Rußland - bis zum letzten Ukrainer, inzwischen gerne auch nuklear bis zum letzten Europäer, Staatsterrorismus inklusive: Das alles lenkt das Augenmerk des Beobachters von den schrecklichen Folgen der Bekämpfung des Corona-Virus ab, und ist vielleicht sogar Teil des Ganzen.

Denn während sich das alles vor unseren (teils verschlossenen) Augen abspielt und jeweils selektiv unsere Wahrnehmung fordert, explodieren die Impfschäden weltweit immer weiter, in immer bedrohlicherem Ausmaß. Nicht erst nach der Veröffentlichung von "Euro-MOMO", daß die Zahl der Todesfälle von geimpften Kindern (12-15 Jahren) in Europa um 691 Prozent gestiegen sei (nachzulesen in den dortigen Bulletins 33 und 36), hätten eigentlich alle Medien Alarm schlagen und auf Aufklärung dieser eklatanten Übersterblichkeit drängen müssen. Die Folge jedoch: Euro-MOMO paßte die Baseline an, um den Anstieg zu relativieren!

Klare Korrelation: Je mehr Geimpfte, desto höhere Sterblichkeit

Vor wenigen Tagen erregte sich der rumänische Europaabgeordnete Christian Terhes darüber, daß die Übersterblichkeit in der Europäischen Union um 16 Prozent über dem dreijährigen Durchschnitt der Jahre 2016-2019 liege.

Der EU-Parlamentarier demonstrierte zudem anhand einer Karte, daß die Länder mit der höchsten Impfrate europaweit auch die höchsten Sterblichkeitsraten haben, und forderte, diese Zusammenhänge endlich wissenschaftlich zu untersuchen. Eine Reaktion kam weder von den zuständigen europäischen (European Medicines Agency, EMA) noch von deutschen Agenturen (Robert-Koch- sowie Paul-Ehrlich-Institut, RKI/PEI). Die Politik duckte sich weg.

Dabei hatte die Charité Berlin schon im März 2022 einen Anstieg der Zahl schwerer "Impf-Nebenwirkungen" (eigentlich: Impfschäden) um das Vierzigfache (!) errechnet.

Vielleicht war das der Grund dafür, daß Professor Christian Drosten, der Direktor des Virologischen Instituts, das diese Berechnungen anstellte, so plötzlich und unerwartet das Corona-Experten-Team verlassen hatte (und seither weitgehend in der medialen Versenkung verschwunden ist)?

War es die Angst vor der drohenden Erkenntnis, daß die hohe Zahl der Todesfälle im direkten oder nahen zeitlichen Zusammenhang mit der "Covid-Impfung" offenkundig ist und noch weiter ansteigen wird?

Die Angst vor weiteren Spätfolgen, die Monat für Monat neu erkannt oder nun vermehrt aufgetürmt werden? Angst vor der strafrechtlichen Verantwortung, vor Schadensersatzforderungen? Angst vor dem womöglich noch folgenden Nachweis, daß die Spritze gar als eine Art staatliche Mordwaffe zur Populationsverdünnung eingesetzt worden sein könnte?

Tödliche Verdachtsfälle: Verschwiegen und verleugnet

Daß die "Corona-Impfstoffe" viele, viele Hunderttausende Menschen schwer schädigen und die Impfarzte wohl schon heute zigtausende Tote auf dem Gewissen haben, das habe nicht nur ich seit langem betont, sondern darauf weisen auch viele Wissenschaftler, Mediziner, Experten in den sozialen Medien seit geraumer Zeit hin. Inzwischen leugnen es nun nicht einmal mehr die Mainstream-Medien. Sie nähern sich zwar in kleinen Schritten der Wahrheit, schweigen sich jedoch noch immer lieber darüber aus.

Sie nehmen das abgetauchte und dafür eigentlich zuständige PEI und seinen ebenfalls schweigenden Präsidenten, Klaus Cichutek, nicht ansatzweise in die Mangel. Sie fragen nicht nach den verheimlichten Zahlen und Daten - etwa zu schweren Impfschäden bei Kindern. Sie investigieren (prüfen) nicht die fehlenden Aufklärungsbemühungen dieser Behörde, die doch genau für die transparente Überwachung von Impfstoffen ins Leben gerufen worden war.

Ja, sie fragen sich noch nicht einmal, warum die frühere Flut der behördlichen Sicherheitsberichte nach und nach versiegt ist. 2021 erschienen sie noch monatlich, dann ab 2022 angeblich quartalsweise, allerdings ist erst im Juli ein ausführlicher Sicherheitsbericht erschienen ("... seit Beginn der Impfkampagne in Deutschland vom 27.12.2020 bis zum 30.06.2022"). Das mit den "Quartalsberichten" muß das PEI offenbar noch lernen - aber das mit den Auswertungen nicht minder: Den in diesem Zeitraum durchgeführten 182.717.880 "Impfungen" (im Bericht sauber aufgeschlüsselt nach Hersteller) stünden, so heißt es da, 323.680 gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen gegenüber.

Damit betrüge die Melderate 1,8 Meldungen pro 1.000 Impfdosen, für Verdachtsfälle schwerwiegender Nebenwirkungen und Impfkomplicationen (Tote?) 0,3 Meldungen pro 1.000 Impfdosen. Das ist doch wohl ein gesundes Verhältnis, oder? Allerdings sieht die Wahrheit jenseits dieser Milchmädchenrechnung anders aus - bedenkt man, daß allenfalls 5 Prozent aller Impfschäden (in einzelnen Patienten- und Versichertengruppen noch deutlich weniger) von den Ärzten wirklich gemeldet werden, die für entsprechende Meldeberichte weder Zeit haben noch eine Vergütung erhalten.

Das PEI versagt: Strukturelle Vertuschung!

Seit Jahresbeginn werden die Zahlen der Verdachtsfälle auf "tödliche Impfschäden" (speziell bei Kindern) zudem gar nicht mehr und andere relevante Daten kaum mehr rapportiert ("einzelne Fälle einer Myokarditis und/oder Perikarditis", "kein Risikosalbumin zu Meldungen von chronischem Müdigkeitssyndrom und Long COVID-ähnlichen Beschwerden" oder "... zu verschiedensten Zyklusstörungen bei Frauen im gebärfähigen Alter"). Wer die internationale Lage kennt und die Forschung verfolgt, kann da nur noch den Kopf schütteln.

Dieser Bericht ist reine Makulatur, grenzt an Volksverdummung; der wissenschaftliche Wert dieser "Auswertung" ist gleich Null. Gesundheitspolitisch haben wir es mit einem epischen Desaster zu tun. Es wird vertuscht, daß sich die Balken biegen. Und warum? Vielleicht, weil man in geheimer Absprache den negativen Vorbildern aus Kanada, USA und Großbritannien folgen möchte, um das internationale genmanipulierende Massenexperiment so lange wie möglich weiterführen zu können?

Das PEI, das direkt dem Bundesministerium für Gesundheit (BMG), also SPD-Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach unterstellt ist ("Deutschlands mächtigstem / prominentesten Quacksalber", so Julian Reichelt), verweigert inzwischen sogar die Auskunft auf konkrete und gezielte Presseanfragen - sicherlich nicht ohne höchstpersönliche ministerielle Rückendeckung. Mehr Demokratiedefizit geht eigentlich nicht. Ein Fall für die ministerielle Dienst- und Fachaufsicht? Ach was! Das ist schließlich so gewollt und zeugt von der gelebten Arroganz der Macht im Hause Lauterbach.

Der gemeine Pöbel solle sich mit den Daten begnügen, die in einem weiteren Sicherheitsbericht vom 7. September 2022 kundgetan wurden: Auch in diesem Bericht fehlen die Angaben über schwere und tödliche Verdachtsfälle nach der Impfung von Kindern völlig, die genaue Anzahl aller Verdachtsfälle wird der Öffentlichkeit ebenso vorenthalten, da man es wegen "der inzwischen hohen Anzahl geimpfter Personen mit den entsprechenden Informationen zu möglichen Impfnebenwirkungen beziehungsweise Impfkomplicationen für angemessen (hält) auf eine sich wiederholende Darstellung gleicher Erkenntnisse in Zukunft zu verzichten und die Berichterstattung auf wichtige Einzelaspekte sowie neue Erkenntnisse zu fokussieren."

Größtes öffentliches Interesse ist wohl das Kindeswohl

Es geht aber noch unverschämter: "Das PEI hat entschieden, über den Sicherheitsbericht hinaus nur bei tatsächlich neuen Hinweisen entsprechend zu kommunizieren und für Einzelauswertungen zur Verfügung zu stehen." Und weiter, auf gezielte journalistische Nachfrage: "Das Paul-Ehrlich-Institut weigert sich keinesfalls, 'relevante Daten von großem öffentlichen Interesse' herauszugeben. Die von Ihnen angefragten Zahlen erfüllen dieses Kriterium jedoch nicht."

Denn allein die Zahl der gemeldeten Verdachtsfälle erlaubt keine Aussagen hinsichtlich der Sicherheit der Impfstoffe."

Die Zahl der Todesfälle bei Kindern ist also nicht von "großem öffentlichen Interesse"? Hat das das göttliche PEI oder Karl Lauterbach so entschieden? Wo steht überhaupt im PEI-Gesetz etwas von "großem öffentlichen Interesse"? Wann ist das öffentliche Interesse groß? Wenn wohl etwas von größtem öffentlichem Interesse ist, dann ist das die Gesundheit und Zukunft unserer Kinder. Diese Zahlen gehören aufgedeckt, analysiert, wissenschaftlich erforscht und nicht unter den Teppich gekehrt!

Gesetzliche Aufgabe des PEI ist - unter anderem - "die Beratung von Antragstellern in wissenschaftlichen und prozeduralen Fragen, die Informationen für Patientinnen und Patienten bzw. Verbraucherinnen und Verbrauchern". Und zu den Leitprinzipien des PEI gehören "Unparteilichkeit sowie ... Verschwiegenheit, wo notwendig, und Transparenz, wo immer nur möglich"! Hier steht nichts von "großem öffentlichen Interesse"!

Dieses öffentliche Interesse auf gezielte Presseanfrage hin zu negieren ist starker Tobak; es ist geradezu dreist. Untertan, sei still, mach Platz - husch, ab ins Körbchen! Und die Mainstream-Presse schweigt sich angesichts solcher ungeheurer, verfassungswidriger Attitüden staatlicher Macht einfach aus.

Wo kein Wille, da kein Wissen

Dies alles liegt auf einer Wellenlänge mit der konstant veröffentlichten Falschbehauptung (genauer: der öffentlichen Lüge) Lauterbachs, daß täglich 500 (Aussage Februar 2022, u.a. auf Twitter) respektive 100 (Aussage September 2022, bei "Markus Lanz") Corona-Tote zu befürchten seien, woran er sich "nicht gewöhnen" wolle. Ich für meinen Teil werde mich jedenfalls ganz sicher nicht an diese "wahrscheinlichkeitsbefreiten, demagogischen Behauptungen" (Professor Dr. Klaus Stöhr) dieses Gesundheitsministers gewöhnen, egal in welchen Medien er sie propagiert.

Und mit nichts anderem als mit Staatspropaganda haben wir es hier zu tun - vor allem, was die 20 Millionen Euro teuren "Fake-Fakten-Booster-Anzeigen" in den Tageszeitungen angeht - ja, genau die mit dem stilisierten Hohlkopf ohne Augen. So entsteht eine auf tatsächlichen Fehlinformationen gründende Massenpsychose: Die Regierung versucht jegliche Kritik zur Covid-Politik im Keim zu ersticken, aber will keinerlei Information und Aufklärung der Bevölkerung!

Information und Aufklärung wären allerdings tatsächlich dringend geboten, erhält doch das PEI (wie von mir in mehreren früheren Beiträgen auf Ansage! dargelegt) allenfalls rund fünf Prozent aller erforderlichen Meldungen, und wenn, dann noch am ehesten von Impfpfchern selbst, deren Angehörigen oder NGO's, nicht aber den Ärzten.

Auch über die Ursachen hatte ich schon mehrmals geschrieben, nochmals: Angeblicher übermäßiger Zeitaufwand (ich selbst füllte die Meldung in weniger als 10 Minuten aus) und keine Honorierung dieser Leistung nach der Gebührenordnung Ärzte (GOÄ), was längst und einfach hätte geregelt werden können - wenn man denn den politischen Willen zur Aufklärung hätte!

Aber wo kein Willen ist, da ist auch kein Wissen. Dennoch rechnen Ärzte, die angeblich keinen nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) meldepflichtigen Verdachtsfall erkennen können und deshalb die Meldung an das PEI unterlassen, diesen aber fleißig bei den Kassen ab, indem sie ihre Maßnahmen als Leistungen zur "Behandlung von Impfschäden" mit den entsprechenden ICD-Codes in Rechnung stellen.

Dann gebt doch den armen Ärzten endlich was für die Meldung! Wenn das Gesundheitssystem 28 beziehungsweise 36 Euro für das "Impfen" stemmen kann, kann es sich auch die Vergütung einer Meldung an das PEI leisten; die Abgabe dieser Meldung müßte nur Voraussetzung für die Vergütung der Behandlungsleistungen sein. Dann würde endlich, ratzfat, Klarheit herrschen. Doch das ist nicht gewollt.

"Plötzlich und unerwartet"

Die schweizerische Vereinigung von Polizisten und das Netzwerk von Ärzten und Wissenschaftlern "Aletheia" hat wegen der dramatischen Zunahme von plötzlich und unerwarteten Todesfällen im zeitlichen Zusammenhang mit "mRNA-Impfungen" dazu aufgerufen, endlich der gesetzlichen Ermittlungspflicht nachzukommen: Lückenlose Aufklärung dieser ungeklärten oder unnatürlichen Todesursachen, mehr Obduktionen (gegebenenfalls auch randomisiert), Einleitung rechtlicher Schritte gegen Verantwortliche und gesetzliche Regelungen.

Die Forderung geht an Polizisten/ Kriminalisten, Staatsanwälte, Rechtsmediziner und andere Ärzte - und an die Politik! Dieser Aufruf gilt auch allen deutschen Strafverfolgern, Medizinern und Politikern. Wenig überraschend jedoch, wurde dieser Ansatz bislang leider kaum verfolgt.

Die Übersterblichkeit in der EU nahm im Juli 2022 um über 16 Prozent zu. Das bedeutet, daß im Vergleich zum dreijährigen Mittel (2016-2019) zusätzlich 53.000 Menschen mehr gestorben sind. In Deutschland sterben normalerweise täglich durchschnittlich 2.500 Menschen. Die Zahl stieg im Juli 2022 um 15,2 Prozent.

Damit hatte Deutschland noch den geringsten Anstieg aller europäischen Staaten zu verzeichnen: Spitzenreiter war Island mit 55,8 Prozent Übersterblichkeit, gefolgt von Spanien (36,9 Prozent), Liechtenstein (35,8 Prozent), Zypern (32,9 Prozent), Griechenland (31,2 Prozent), Portugal (28,8 Prozent), Schweiz (25,9 Prozent), Italien (24,9 Prozent), Österreich (17,5 Prozent), Slowenien (16,5 Prozent), Irland (16,3 Prozent), die Niederlande (14,7 Prozent) und Frankreich (14,1 Prozent). Quelle: Corona-Blog.net

Von dieser Entwicklung sprechen nicht nur die Zahlen aus den Datenbanken, sondern auch die offiziellen Gremien streuen weltweit solche Informationen, sorgfältig im Dunstnebel der Rußland-Ukraine-Konflikt-Berichterstattung verborgen.

Erst bei der Zusammenschau wird deutlich: Die US Centers for Disease Control and Prevention (CDC) mit ihrer VAERS-Datei, das britische Office for National Statistics (ONS) sowie die UK Health Security Agency (UKHSA), die schottische Agentur Public Health Scotland (PHS), die kanadische Agentur Health Canada (HC, auf Englisch) bzw. Santé Canada (SC, auf Französisch), das neuseeländische Gesundheitsministerium, die EMA mit ihrer Datenbank Eudravigilance: Sie alle veröffentlichen mehr oder weniger verborgen und heimlich Daten, aus denen man die erschreckende Wahrheit leicht ablesen kann.

Aber die Mainstreammedien lesen sie nicht, verstehen sie nicht, ignorieren sie, replizieren lieber die staatliche Propaganda; das macht weniger Mühe und deckt sich mit den eigenen Überzeugungen, die nahtlos in Selbstbetrug übergehen.

Und so entwickelt sich sukzessive der Nährboden einer durch die "Impfstoffe" erworbenen Immunschwäche, international bekannt unter dem Namen V-AIDS - die Vorstufe zur wohl bislang schlimmsten globalen Krise der öffentlichen Gesundheit. Beweise für Millionen von Todesfällen und schwerwiegende unerwünschte Ereignisse, die sich aus den experimentellen COVID-19-Injektionen ergeben haben, lassen sich aus den Datenbeständen recherchieren, auch wenn es nicht immer einfach ist:

So wäre die VAERS-Meldung aus den USA vom 28. März 2022 eigentlich einen internationalen Aufschrei wert gewesen: Unter der Überschrift "Erneuter massiver Anstieg der Todesfälle bei Föten nach Covid-Injektionen" berichtete VAERS von 5.294 Schwangerschaftskomplikationen und 4.377 Fehlgeburten.

Übersterblichkeit und das Fortpflanzungssystem

Zeitgleich wurde aus Großbritannien (MHRA) bekannt, daß die Zahl der Reproduktions- und Brustkrankheiten rasant auf 56.970 und die Zahl der schwangerschaftsbedingten Erkrankungen auf 1.155 angestiegen ist (darunter 806 Fehl- und Totgeburten); VigiAccess, der Datenbank der WHO, war zu entnehmen, daß die Erkrankungen des Fortpflanzungssystems und der

Brust auf 186.709, und die schwangerschaftsbedingter Erkrankungen auf 9.840 Fälle angestiegen waren - darunter 6.235 Fehlgeburten und Totgeburten.

Diese Trends wurden übrigens weltweit beobachtet - Tendenz weiterhin deutlich steigend; aber öffentliche und mediale Resonanz: Fast Null! Unter Beachtung der eingeräumten Tatsache, daß weltweit nur 1 - 5 Prozent der eigentlich verpflichtenden Meldungen Eingang in die Datenbanken finden, eine desaströse Bestandsaufnahme!

Der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD) hat mit dem Statiker Dipl. Ing. Volker Fuchs im Kampf gegen die Anti-C-Maßnahmen einen äußerst wertvollen Mitstreiter gewonnen, der ein spezielles Analyseprogramm zur Auswertung zunächst der US-Impfdatenbank-VAERS und der UK-Datenbank ONS entwickelte, aus dem sich auch die Zahlen zu Impftoten und Impfgeschädigten für Deutschland (wo die Daten wie oben beschrieben unterdrückt werden) durch mathematische Umrechnung ermitteln lassen.

Per Stand Ende August wurden so für die Weltbevölkerung rund 10 Millionen Impftote (Verdachtsfälle) ermittelt; davon entfielen auf Deutschland rund 130.000 Tote - wobei die Anteile Geimpfter und Ungeimpfter sowie die Mortalitätsrate wegen fehlender Angaben nicht genau ermittelt werden konnten.

Lebt das RKI in einer anderen Galaxis?

Aus der US-Datei VAERS, die nur rund 1 Prozent aller Fälle erfaßt, ergeben sich danach 900.000 Impftote und 40 Millionen Impfgeschädigte. Aus den Angaben der (noch!) alle zwei Monate erscheinenden englischen ONS-Tabelle Nr. 1, die den Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Mai 2022 erfaßt, läßt sich errechnen, daß die 3-fach-Geimpften eine 5,4-fache Mortalität zeigen, sofern die Impfung schon über 21 Tage zurückliegt; innerhalb diesen Zeitfensters liegt die Mortalität "nur" beim 3,2-Fachen.

Der Grund ist einleuchtend: Mit jedem Booster wird das körpereigene Immunsystem weiter und stärker ruiniert. Deshalb sind auch bei den 1-fach und 2-fach Geimpften die Mortalitätsraten niedriger. Zumindest gilt dies im internationalen Vergleich.

Die Zahlen des deutschen Robert-Koch-Instituts (RKI) sind dagegen völlig konträr zu den ONS-Zahlen: Da sind die 1-fach Geimpften absolute Spitzenreiter (3,5-fach), und die Geboostenen (3-fach-Geimpfte) schneiden wesentlich besser ab (1,7-fach). Erkennt das Virus also nationale Grenzen? Verhält es sich in Großbritannien oder den USA anders als in Deutschland? Wirkt Karl Lauterbachs Impfkampagne mit dem "Fakten-Booster" (Sie wissen schon, die Annonce mit dem Hohlkopf ...) etwa Wunder?

Was am deutschen Zahlen-Salat stimmt eigentlich noch? Bedenkt man die eingangs erwähnte Feststellung des PEI, daß nur 32.368 Verdachtsfälle von Nebenwirkungen und Impfkomplicationen gemeldet worden seien, und bedenkt man, daß es sich dabei nur maximal um ein Zwanzigstel (!) aller tatsächlichen Fälle handelt, dann kommt man für Deutschland recht schnell auf ca. 6,5 Millionen Impfschäden. Das alles mutet reichlich dubios an. Aber was solls: Auf zur vierten Impfung! Die ist ja schon an 32 Mäusen getestet.

Wer Augen hat zum Lesen, der lese

Das Fazit der oben angeführten mathematischen Analyse lautet also, daß im Zeitraum von 1. Januar 2021 bis zum 31. August 2022 in Deutschland rund 1,7 Millionen Menschen starben, von denen 290.000 ungeimpft und 1,41 Millionen geimpft waren. Der Anteil der Impftoten mit Covid lag bei 9,2 Prozent - und damit bei rund 130.000 Toten.

Wer dies nachprüfen will, kann dies hier unter der Rubrik "Download/Zahlen/Fakten" anhand der dort niedergelegten vielfältigen Statistiken, Grafiken und Tabellen gerne nachlesen. Auf jeden Fall darf man dieser mathematischen Expertise mehr vertrauen als allen Veröffentlichungen der staatspropagandistischen "Schwachmatiker" von RKI und PEI zusammen, die keinerlei Interessen zeigen, die Wahrheit zu erforschen oder den tatsächlichen Zahlen auf den

Grund zu gehen.

Wer selbst nachrecherchieren will, könnte auch die aufwendigen, auf den amtlichen Zahlen von Destatis beruhenden Analysen eines Physikers, der sich "Archi.medes" nennt, heranziehen (siehe hier), nach denen die bevölkerungsnormierten Sterbefallzahlen langfristig in fünf der sechs untersuchten Altersgruppen so heftig angestiegen seien, daß er Alarm schlagen müsse und den sofortigen Stopp der sogenannten "Impfung" fordere.

Wer dies nachprüfen will, sollte auch die statistischen Hochrechnungen von Peter Halligan studieren, von Haus aus ein erfahrener Finanzanalyst, der sich auf seinem Portal "Substack" ebenfalls intensiv mit den Todes- und Morbiditätsfolgen des weltweiten, genmanipulierenden Massenexperiments auseinandersetzt und die Todesfolgen der Spritze sogar auf 20 Millionen Menschen berechnete.

Sofortiger Stopp des Wahnsinns alternativlos

Die Zahl der schwerwiegenden Impfschäden berechnete er gar auf mittlerweile zwei Milliarden. Alle denkbaren Kollateralschäden, Suizide, Totgeburten, Schäden im Fortpflanzungssystem der Menschen, unerforschte oder noch unbekannt Langzeitfolgen, die unter anderem der fortschreitenden Immunsuppression geschuldet sind, wurden dabei noch gar nicht einberechnet. Diese Zahlen sind erschütternd und erfordern allein den sofortigen Stopp aller "Impf-Maßnahmen".

Mathematiker, Statistiker, Statiker und viele andere Experten und Wissenschaftler: Sie alle tun die Arbeit, die eigentlich gesetzliche und politische Aufgabe von PEI, RKI, Bundesgesundheitsminister Lauterbach und den Regierungen in Bund und Ländern wäre. Diese aber vergeuden unsere finanziellen und personellen Ressourcen für Regierungspropaganda, um wissenschaftlich Unbrauchbares zu erzeugen, zu verschleiern und zu vertuschen. Sie sollten, sie müßten sich endlich von echten Experten beraten lassen. Übrigens - erinnern Sie sich? Contergan wurde nach vier Jahren und rund 2.000 Toten vom Markt genommen. Und der Vogelgrippe-Impfstoff wurde nach nur 35 Todesfällen vom Markt genommen...

Deshalb: Stoppt diesen Wahnsinn! Jetzt, sofort!<<

Zur Person: Uwe G. Kranz: Kriminalist von der Pike auf; Gründer und Ex-Präsident des Landeskriminalamtes Thüringen; langjähriger Aufbauhelfer/Projektmanager Europol's; Redner in 20 Jahren bei Europäischen Polizei- und Sicherheitskongressen; Autor für Europarat, Fachzeitschriften, Behördenspiegel oder Hallo Meinung; Schwerpunkte: Organisierten Kriminalität, Extremismus/ Terrorismus, Menschen- und Drogenhandel, (sexueller) Kindesmißbrauch, Migration und (neu) Themen rund um die Covid-Plandemie; Motto: Wehret den Anfängen!<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. November 2022: >>Großes Orbán-Interview (Folge 1): "CDU heute eine linke Partei"

Anläßlich seiner Berlin-Visite gab Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán der Budapester Zeitung ein großes Interview. In dem Gespräch geht es unter anderem um die deutsch-ungarischen Beziehungen, aber auch um die AfD, den Ukraine-Krieg, Rußland und die NATO. Wir präsentieren heute den ersten Teil des Interviews. Lesen Sie auch den russischen Präsidenten im O-Ton. Unsere Edition "Putin verstehen - Seine Reden aus der Kriegszeit im Original" bietet Ihnen dazu eine einzigartige Gelegenheit.

_ Jan Mainka im Gespräch mit Viktor Orbán

Was waren die wichtigsten Eindrücke Ihrer Berlin-Reise?

Ich reise alle zwei Jahre zu einem Arbeitsbesuch nach Deutschland. Zuvor war ich dort 2018 und 2020. Ich bekomme die Veränderungen also kontinuierlich mit. Die deutsche Welt rückt immer mehr nach links. Ich hatte diesmal überraschende Erlebnisse. Ich habe mich in Berlin mit einem Spieler der ungarischen Fußball-Nationalmannschaft getroffen. Daraus wurde ein Politikum. Im Vorfeld meines Podiumsgesprächs tauchte die Frage auf, ob der Ministerpräsi-

dent eines EU-Landes an einem Gespräch mit der Presse teilnehmen darf.

Deutsche Medien wurden dafür kritisiert, daß sie mich eingeladen hatten. Mich haben aber auch die vielen bewaffneten Sicherheitskräfte vor Synagogen überrascht. Auch aufgrund meiner Gespräche wurde mir einmal mehr klar, daß Deutschland eine Multi-Kulti-Gesellschaft geworden ist. Das ist jetzt nicht mehr die Frage eines politischen Programms, sondern ein Fakt.

Dieser Zustand weicht sehr stark von dieser Welt ab, in der wir Ungarn leben und in der wir weiterhin leben wollen. Es bedarf großer Kraftanstrengungen, um die Unterschiede zwischen den beiden Ländern auf immer mehr Gebieten zu überbrücken. Die politischen Verantwortlichen müssen viel dafür tun, daß die traditionell gute deutsch-ungarische Zusammenarbeit trotzdem weitergeht.

Worüber haben Sie mit Bundeskanzler Scholz gesprochen?

Deutschland setzt sich sehr stark dafür ein, damit in der Außenpolitik das Prinzip der Einstimmigkeit ausgehebelt wird und es statt dessen Mehrheitsentscheidungen gibt. Damit stimmen wir nicht überein, denn egal, was wir machen, wir können keine Sperrminorität zusammenbekommen. Wenn dieser Vorschlag durchkommt, dann würde die neue Praxis darauf hinauslaufen, daß die Deutschen und Franzosen alle ihre außenpolitischen Vorstellungen auch gegen den Widerstand kleinerer Länder durchsetzen könnten. Das würde letztlich zur Aufgabe eines wesentlichen Teils unserer Souveränität führen.

Ich halte es nicht für besonders glücklich, daß sich ausgerechnet die Deutschen so sehr für diesen Gedanken erwärmen. Sie sind bei der EU-Entscheidungsfindung ohnehin schon mit einem großen Gewicht vertreten. Und dieses Gewicht wollen sie nun noch weiter vergrößern. Ich habe Bundeskanzler Scholz klar gemacht, daß Ungarn diesen Vorstoß nicht unterstützen kann.

Sehen Sie auch Hoffnung für eine deutsch-ungarische Annäherung?

Es gibt natürlich gute Grundlagen. Eine davon ist, daß es den in Ungarn lebenden Deutschen gut geht. Angefangen vom Kindergarten bis hin zur Universität können sie bei uns auf Deutsch lernen. In Ungarn gibt es gegenüber den Deutschen keinerlei Ressentiments. Ein Land, in dem es gegenüber den Deutschen eher positive als negative Gefühle gibt, ist in Mitteleuropa selten. Die Deutschen genießen in Ungarn noch immer ein hohes Ansehen. Dazu haben nicht zuletzt die in Ungarn lebenden Ungarndeutschen viel beigetragen. Sie sind geschätzte Bürger von Ungarn. Die Diplomatie zwischen den Völkern ist also in Ordnung.

Auch die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet funktioniert hervorragend. Das Kalkül der in Ungarn tätigen deutschen Firmen geht voll auf. Wir haben es mit einer Win-win-Situation zu tun. Sie verdienen bei uns gut, und über sie kommt Know-how nach Ungarn. Außerdem tragen sie mit ihren Steuern zur Finanzierung des ungarischen Gemeinwesens bei.

Lediglich auf dem Gebiet der Politik müssen wir viel tun. Vor meiner Reise habe ich das Regierungsprogramm der Bundesregierung studiert. Zwischen diesem und unserem liegen Welten! Die beiden Regierungen müssen neben den offensichtlichen Unterschieden die Punkte finden, wo wir zusammenarbeiten können. Das ist eine große Arbeit.

Wir Ungarn sollten uns nicht beleidigt geben, wenn wir im EU-Parlament von Politikern der deutschen Regierungsparteien angegriffen werden. Die den Kanzler stellende SPD ist heute die ungarnefeindlichste Partei Europas. Unter solchen Umständen bedarf es natürlich großer Kraftanstrengungen, um die deutsch-ungarischen Beziehungen zu pflegen.

Warum wurden Sie nicht mit militärischen Ehren empfangen?

Das ist bei Arbeitstreffen nicht üblich. Nur bei offiziellen Staatsbesuchen. Das ist in Ordnung so. Wir hatten ein sehr intensives, fast zwei Stunden langes Gespräch.

Warum gab es nach dem Gespräch keine Pressekonferenz?

Darüber entscheidet immer der Gastgeber. Ich hätte nichts dagegen einzuwenden gehabt.

Deswegen habe ich ja auch danach auf eigene Faust mit Vertretern der deutschen Medien gesprochen. Ich habe an einem Podiumsgespräch teilgenommen und ein Interview gegeben. Außerdem wurde ein Podcast mit mir aufgenommen. Ich wollte keine Zweifel aufkommen lassen. ...

Wir machen zwar vieles anders als Deutschland, aber wir sind offen. Man kann uns fragen. Wir geben gerne bereitwillig auf alles eine Antwort. Gerne erklären wir, wie wir in Ungarn leben. Auch Sie können diesbezüglich viel helfen, schließlich sind Sie ein Deutscher, der schon lange in Ungarn lebt und unsere Sprache spricht. Sie können sicher authentisch berichten, wie es bei uns in Ungarn wirklich ist. Die meisten Deutschen haben leider keine Vorstellung davon. Sie sprechen weder unsere Sprache, noch kennen sie unser Land. Daher glauben sie alles, was die Zeitungen über uns berichten. Es kostet viel Arbeit, für ein reales Ungarn-Bild im Ausland zu sorgen.

Obleich es zwischen dem Fidesz und der AfD eine viel größere inhaltliche Schnittmenge gibt, als im Vergleich mit der CDU, ist Ihre Partei gegenüber der AfD sehr zurückhaltend. Spielt hier möglicherweise eine gewisse Loyalität zu Ihrem einstmaligen großen Bündnispartner CDU/CSU eine Rolle?

Unsere Politik gegenüber der AfD hat nichts mit der CDU zu tun. Ungarn hat ein starkes Interesse daran, mit der jeweils amtierenden Bundesregierung, ob nun mit CDU- oder SPD-Beteiligung, gute Beziehungen zu unterhalten. Die Parteibeziehungen dürfen auf keinen Fall die Beziehungen zwischen unseren Regierungen unterminieren.

Es ist eine Eigenheit der deutschen Demokratie, daß es, wenn wir bezüglich der AfD aktiv würden, die zwischenstaatlichen Beziehungen beeinträchtigen würde. Das ist in der Bundesrepublik so, daran können wir nichts ändern. Deswegen müssen wir eine Prioritätenfolge aufstellen. Für uns sind die zwischenstaatlichen Beziehungen wichtiger als jegliche Beziehungen zwischen Parteien. Wir sind also gezwungen, auf dem Altar möglichst guter zwischenstaatlicher Beziehungen die Beziehungen zur AfD zu opfern.

Hegen Sie noch Hoffnung, daß aus der linksgewendeten CDU noch einmal eine vernünftige konservative Kraft, quasi eine Kohl-CDU wird?

Nein, diesbezüglich haben wir keinerlei Hoffnung. Die CDU geht ihren eigenen Weg, der nicht unserer ist. Aus ungarischer Perspektive ist die CDU heute eine linke Partei.

Was halten Sie von der EVP?

Das ist eine linke Parteienfamilie. Das Problem ist, daß sie nicht nur links, sondern sogar doktrinär links ist. Sie kann sich die Zusammenarbeit mit anderen nur so vorstellen, daß alle ihre Türen nach links geöffnet und die nach rechts geschlossen sind. Das ist eine sehr kurzsichtige Politik. Eine Partei der Mitte, was die EVP ja noch immer sein will, sollte ihre Türen in beide Richtungen geöffnet halten. Genau das macht die EVP aber nicht.

Ich habe dagegen gekämpft und diese Schlacht innerhalb der EVP verloren. Ich habe nicht verhindern können, daß sich jene Kreise durchsetzen konnten, die der Meinung waren, die Türen sollten ausschließlich gegenüber der linken Seite geöffnet sein. Als Fidesz kämpften wir innerhalb der EVP auf verlorenem Posten. Letztlich waren wir gezwungen, uns zurückzuziehen. Wir haben bezüglich der EVP, aber auch der CDU keinerlei Hoffnung mehr.

Und wie sieht es mit der CSU aus?

Genauso! Früher unterhielten wir zur CSU ausgezeichnete Beziehungen. Schließlich stand diese Partei Ungarn am nächsten. Dabei spielten auch die besonderen ungarisch-bayerischen Beziehungen eine Rolle. Aber heute ist die Lage auch in Bayern nicht mehr so eindeutig. Sie ist für uns nur schwer zu verstehen.

Harte Urteile bezüglich dieser drei Parteien!

Wir müssen real an die Sache herangehen. Wir können nur mit dem kochen, was wir haben.

...<<

09.11.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. November 2022:
>>"Ami go home": Jetzt auch von Lafontaine unterstützt

Von *Jürgen Elsässer*

Das neue Buch von Lafontaine ist der Hammer! Die ablehnende Stimmung gegen die Besatzungsmacht ist das ideale Umfeld für die große Ami-go-home-Demonstration am 26. November in Leipzig. ...

Eine Premiere: Ami-go-home-Demo, 26.11.2022

Oskar Lafontaine geht in die Offensive: Noch in diesem Monat erscheint sein neues Buch "Ami, it's time to go", ein "Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas". Lafontaine schärft mit der Neuerscheinung seine alte Linie: Schon in den 1980er Jahren veröffentlichte er mit "Angst vor den Freunden" einen antiamerikanischen Bestseller, der in der damaligen Friedensbewegung reißenden Absatz fand. 1999 war er auch einer der wenigen Sozialdemokraten, die sich dem US-Druck zum NATO-Angriff auf Jugoslawien entzogen: Er trat als Bundesfinanzminister zurück, kurz bevor die Bomben auf Belgrad fielen - und sprach dann auf Anti-Kriegs-Kundgebungen.

Zu seinem aktuellen Buch "Ami it's time to gor" schreibt Lafontaine:

"Die Amerikaner haben ein - durchaus berechtigtes - nationales Interesse, einen Atomkrieg zunächst auf Europa zu begrenzen. Kein amerikanischer Präsident wird bereit sein, einen Atomkrieg in Europa sofort zum großen nuklearen Schlagabtausch der Großmächte mit Interkontinentalraketen zu eskalieren. ... Die Europäer aber, vor allem die Deutschen, können es in ihrem Interesse nicht hinnehmen, daß die Großmächte USA und Sowjet-Union ihren Konflikt auf europäischen Boden austragen und ihre eigenen Territorien zunächst weitgehend verschonen; dies aber ist, wie alle Nato-Übungen zeigen, derzeit die Realität." Das konnte man 1989 im Spiegel Nummer 18 lesen.

Daran muß man erinnern, wenn man sieht, daß die Amerikaner ernsthaft eine Zeitlang erwogen hatten, polnische MIG-29-Flugzeuge via Ramstein an die Ukraine zu liefern. Nur weil sie befürchten, daß auch das Territorium der USA bei einem Nato-Krieg mit Rußland nicht mehr verschont bliebe, haben sie wohl kalte Füße bekommen.

Der Ukraine-Krieg, Folge der von den USA gegen den Rat einiger ihrer außenpolitischen Experten betriebenen Nato-Osterweiterung, zeigt wieder einmal, wie weit der französische Präsident Charles de Gaulle vorausgedacht hat, als er auf eine eigenständige europäische Außen- und Verteidigungspolitik drängte.

Wenn Europa überleben will, dann darf es sich nicht in die Auseinandersetzung der atomaren Großmächte USA, Rußland und China hineinziehen lassen.

Lafontaines Vorstoß fügt sich in weitere "Ami gor homo-initiativen" aus der "alten" Linken ein - so hat etwa der langjährige Bundestagsabgeordnete Diether Dehm am Samstag seinen neuen Song "Ami gor home" auf einer Friedensdemo in Berlin live vorgestellt. Und die ebenfalls dem altlinken Spektrum zugehörige Tageszeitung "Junge Welt" referierte meine Rede bei der Friedensdemo am 31.10. in Wittenberg ganz neutral, ohne die üblichen abwertenden Antifa-Bezeichnungen: "Jürgen Elsässer, Chefredakteur des COMPACT-Magazins, beklagte, Deutschland sei nicht souverän, und forderte: "Ami, go home!"

"In diesem Umfeld kann die Demonstration "Ami go home" am 26.11. vor dem US-Konsulat in Leipzig (15.30 Uhr, Simsonplatz) eine große Sache werden. COMPACT hat große Fahnen (1,50 Meter x 0,90 Meter) mit dem Slogan produziert ...

Fahne "Ami go home"

Aber die "Ami go home-Stimmung" zieht auch breitere Kreise. Schon im August 2020 forderten 25 % der Deutschen bei einer Yougov-Umfrage den kompletten Abzug der US-Army aus der BRD! Nach Beginn des NATO-Rußland-Krieges in der Ukraine wurde ein solches Stim-

mungsbild - vermutlich aus Angst bei den Eliten - nicht mehr erhoben.

Aber wie sehr auch bürgerliche Teile diese Position teilen, zeigt das neue Buch "Ami go home" von Stefan Baron. Der Mann darf durchaus als Stimme des vernünftigen Teils des Kapitals gewertet werden: Baron war bis Mai 2012 Kommunikationschef der Deutschen Bank und vorher Chefredakteur der WirtschaftsWoche.

In seinem Buch schreibt er: "Das aufstrebende China stellt zunehmend die globale Vormachtstellung Amerikas in Frage. Zur Abwehr des Herausforderers verlangt Amerika von Europa, mit ihm in einen neuen Kalten Krieg zu ziehen. Läßt Europa sich darauf ein, gefährdet es jedoch nicht nur den Weltfrieden. Es riskiert auch seinen Wohlstand, eine weitere Integration, seine Werte und die letzte Option darauf, in der Welt von morgen noch eine führende Rolle spielen zu können. Deshalb muß Europa sich von Amerika emanzipieren und politisch, wirtschaftlich sowie militärisch seinen eigenen Weg gehen." Glasklare Analyse!<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 9. November 2022: >>**Großes Orbán-Interview (Folge 2): "Western Refugees Welcome"**

"Im Vergleich zu Deutschland ist Ungarn eine Insel des Friedens und der Freiheit" - Das ist ein prägnanter Satz aus dem Gespräch, das die Budapester Zeitung mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán führte. Wir präsentieren heute den zweiten Teil des Interviews. ...

_ Jan Mainka im Gespräch mit Viktor Orbán

In Deutschland gehört physische politische Gewalt inzwischen leider zum Alltag. Vieles, worüber von deutscher Seite fälschlicherweise behauptet wird, es geschähe in Ungarn, passiert in Deutschland tatsächlich. Es gibt immer mehr Angriffe auf Andersdenkende und ihr Eigentum. Ebenso auf jüdische Mitbürger und Angehörige sexueller Minderheiten. Bei vom Mainstream abweichenden Medien wird Druck auf deren Hausbanken und Anzeigenkunden ausgeübt. Wie ich Ihnen im Vorgespräch schilderte, hat sogar der in Ungarn angesiedelte Verlag der Budapester Zeitung kürzlich eine "Kostprobe" davon erhalten. Sind Ihnen diese demokratiefeindlichen Tendenzen bekannt?

Ja durchaus, ich bin darüber im Bilde.

Warum nutzen Sie dieses Wissen dann nicht, um bei der nächsten Diffamierung von Ungarn durch einen bundesdeutschen Politiker einmal zurückzuschlagen?

Ich respektiere Deutschland. Deswegen halte ich mich hier mit Kritik zurück. Ich möchte zu diesem Punkt nur so viel sagen: Im Vergleich zu Deutschland ist Ungarn inzwischen eine Insel des Friedens und der Freiheit. In Deutschland herrscht mittlerweile eine liberale Hegemonie. In der Öffentlichkeit hat nur ein einziges Narrativ Raum. Wer davon abweicht, der existiert für diese Öffentlichkeit nicht mehr.

In Ungarn haben wir hingegen im öffentlichen Dialog eine pluralistische Struktur. Es gibt Liberale und Konservative. Mittels der Medien sind sie im öffentlichen Diskurs nahezu paritätisch vertreten. Die ungarische Gesellschaft ist wesentlich pluralistischer, freier und friedlicher als die deutsche. Was die physische Gewalt gegenüber Andersdenkenden betrifft: Wir haben in Ungarn schlechte Erinnerungen an die Zeit des Kommunismus. Wir haben gelernt, daß die Politik friedlich bleiben und der Einsatz von Gewalt bei der politischen Auseinandersetzung unbedingt vermieden werden muß.

Aber wäre es nicht sinnvoll, einmal aus der ewigen Defensive herauszukommen und sich zur Abwechslung auch einmal um die Demokratie und Pressefreiheit in Deutschland "Sorgen zu machen" und diese "genauer zu beobachten" - zwei immer wiederkehrende Floskeln der deutschen Ungarn-Kritiker.

In Deutschland, ja generell in Westeuropa, wird mit doppelten Standards gearbeitet, was wir Ungarn freilich nicht tolerieren. Natürlich sind wir nicht der Meinung, daß wir keine Fehler hätten. Wir sollten aber mit der gleichen Elle gemessen werden, wie jedes andere Land. Deutsche Politiker sehen das leider anders ... Ich bemühe mich, diese Diskussionen zu umgehen,

denn ich erachte es nicht als zielführend, die politischen Spannungen mit Deutschland noch weiter zu erhöhen. Kooperation ist viel wichtiger.

Anders als die deutsche Politik halten Sie also nichts davon, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes einzumischen?

Wir sind der festen Überzeugung, daß die deutschen Probleme von den Deutschen gelöst werden sollten. Wir würden uns freuen, wenn auch die Deutschen zu der Einsicht kämen, daß die Lösung der ungarischen Probleme in erster Linie den hier lebenden Ungarn obliegt. Die deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Ungarn, sei es nun direkt oder über EU-Institutionen, hat inzwischen gewaltige Ausmaße angenommen. Das stößt in Ungarn auf starke negative Resonanz. Wir Ungarn sind ein freiheitsliebendes Volk. Wir mögen es gar nicht, wenn man uns von außen vorschreibt, wie wir zu leben haben.

Der Kampf gegen externe Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten zieht sich wie ein roter Faden durch die ungarische Geschichte. Als wir zum osmanischen Reich gehörten, wollten uns die Osmanen erklären, wie wir zu leben hätten. Dann kamen die Habsburger und erklärten uns, wie ein guter Katholik ihrer Meinung nach zu sein hätte.

Die Nazis wollten uns wiederum vorschreiben, mit wem wir zusammenzuleben haben und mit wem nicht - mit den Juden zum Beispiel nicht. Dann kamen die Sowjets und wollten einen Homo Sovieticus aus uns schnitzen. Immer wieder kamen äußere Mächte und wollten uns vorschreiben, wie wir zu leben haben. Wenn so etwas passiert, dann formiert sich in den Ungarn instinktiv Widerstand.

Heute will uns wiederum die deutsche Linke über das EU-Parlament vorschreiben, wie wir leben und denken sollten, über die Migration, den Genderismus, die Nation, die Familie und so weiter. Dabei geht sie das gar nichts an! Das ist unsere Sache!

In Ungarn würde es übrigens nicht vorkommen, daß wir über irgendeinen europäischen Staatschef im staatlichen Fernsehen diffamierende Zeichentrickfilme produzieren. So etwas läuft in Ungarn nicht. Das wäre zu viel für uns. Da würden die Ungarn nicht mitmachen. Wir begeben uns nicht auf dieses Niveau.

Immer mehr Deutsche sehen in Ungarn ihre Zukunft. Sie verlassen ihre deutsche Heimat nicht zuletzt wegen der zunehmenden Repressionen gegenüber Andersdenkenden, der erodierenden inneren Sicherheit, aus Sorge um ihre Kinder und insgesamt wegen des immer unerfreulichen geistigen Klimas.

Tagtäglich erhalte ich bei der Budapester Zeitung inzwischen entsprechende Signale und auch direkte Anfragen. Weiß die Regierung von dieser Wanderungsbewegung? Machen Sie sich Sorgen, weil dadurch das Preisniveau bei Immobilien in einigen ungarischen Landesteilen steigen oder sich die ethnische Zusammensetzung von Dörfern zu Ungunsten der angestammten magyarischen Bevölkerung verschieben könnte? Plant die ungarische Regierung Gegenmaßnahmen? Quoten oder sonstige bürokratische Hindernisse?

Ganz im Gegenteil! Wir wissen von dieser Entwicklung und ermutigen Deutsche und andere Westeuropäer, zu uns zu kommen. In den kommenden 10 bis 20 Jahren werden immer mehr Westeuropäer zu uns kommen, die lieber bei uns wohnen, weil Ungarn ein sicheres, christliches und traditionsbewußtes Land ist. Das halten wir nicht für schlecht, sondern für ausgesprochen gut und begrüßenswert.

Die Westeuropäer, die frei und in einem anderen Milieu leben wollen, als bei ihnen zu Hause, sollen ruhig weiter zu uns ziehen. Wir empfangen sie hier mit offenen Armen. Ungarn ist ein Land, in dem viel mehr Menschen leben könnten, als momentan hier leben. Wir freuen uns, wenn Ausländer, denen unsere Denkweise sympathisch ist, zu uns kommen.

In der europäischen Geschichte stellte es für die Empfängerländer immer einen großen Gewinn dar, wenn Einwanderer aus dem Westen kamen. Seien es nun in Deutschland die französischen Hugenotten oder in Ungarn jahrhundertlang die Deutschen. Wir sind selbstbewußt.

In Ungarn wird es keine Parallelgesellschaften geben. Früher oder später finden wir die Basis für ein gemeinsames Leben.

Die Neuankömmlinge werden auch schrittweise unsere Sprache lernen. Ihre Kinder sowieso. Ungarisch ist zwar nicht so ganz leicht, es ist aber eine ganz fantastische Sprache. Wer sie einmal erlernt hat, verwendet sie auch gerne. Also kurzum: Bürger, die uns und unseren Traditionen mit Respekt begegnen, sehen wir in Ungarn auch weiterhin gerne.

Also diesbezüglich: Refugees Welcome?

Ja genau! ... but from the West! Western Refugees Welcome!

Dieses Interview erschien zuerst in der Budapester Zeitung und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ...<<

10.11.2022

BRD: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 10. November 2022 (x1.195/...):

>>Demnächst auch Milliarden für zahlreiche Staaten: "Warum Deutschland Klimareparaturen zahlen soll"

Wer Zerstörung verursacht, muß zahlen - dieses Prinzip wollen viele Staaten auch auf die Klimakrise anwenden. Für Deutschland geht es um Milliardensummen, schreibt das Nachrichtenmagazin t-online in einem langen Artikel über die Schwierigkeiten von Ländern mit Überflutungen.

Neben den sattsam bekannten Berichten über die weltweiten Naturkatastrophen, auf die wir hier nicht eingehen wollen, steht das Thema "Entschädigungen" für Drittwelt-Länder im Mittelpunkt der Berichterstattung des Artikels. Und natürlich auch, wie man diese Länder "entschädigen" könne. Lassen wir auch außer Acht, inwieweit Länder wie Deutschland "schuld" seien, beispielsweise am Hochwasser in Pakistan mit unzähligen Toten und die "acht Millionen" Vertriebenen dort, wie es heißt.

Die Botschaft des Aufzeigens derartiger Zustände ist jedoch die: Wir sind schuld, und deshalb ist es unsere moralische Verpflichtung wieder ein paar Milliarden locker zu machen. Und welche Adresse bietet sich da besser an als Deutschland? Denn dort sind Moralapostel am Ruder, die nichts lieber machen, als sich als Retter der ganzen Welt aufzublasen.

Als Weltsozialamt, Weltgesundheitsamt oder Weltluftkurort (für den Klimaflüchtling) freut man sich förmlich darauf, sich auf Kosten des Steuerzahlers auch als Weltklimaretter einen Namen zu machen. Das wissen auch die betroffenen Staaten und richten logischerweise ihre Forderungen an das Land, welches bald unter der Zahllast für Habenichtse und unter der kommenden De-Industrialisierung zusammenbrechen wird.

Deshalb wollen wir die entsprechende Teststelle im t-online-Artikel hier wörtlich wiedergeben:

Deutschland in Ägypten im Fokus

Und auch die diesjährige Klimakonferenz begann mit einem Teilsieg für die Entwicklungsländer: Entgegen der ursprünglichen Planung wurde "Loss and Damage" erstmals mit förmlichen Verhandlungen auf die Agenda gesetzt. Von einem "historischen Schritt" sprach die ägyptische Präsidentschaft. Und das Augenmerk liegt nun auch auf Deutschland: Zusammen mit der chilenischen Umweltministerin Maisa Roja ist Jennifer Morgan, Staatssekretärin im Außenministerium, offizielle Vermittlerin für das Thema.

Bereits im Oktober sendete Morgan das Signal, Deutschland würde nun mehr Verantwortung übernehmen: 'Die Industrieländer müssen wirklich mehr tun, um die vulnerabelsten Länder zu unterstützen', sagte sie der Nachrichtenagentur Reuters. "Wir sind lösungsorientiert, aber es braucht Zeit." Konkreter wollte das Auswärtige Amt, welches die deutsche Delegation in Scharm el-Scheich leitet, trotz mehrerer t-online-Anfragen nicht werden.

Muster-Wiedergutmacher und Zahlmeister Deutschland prescht vor

Daß, wenn es ums Zahlen geht, Deutschland da wieder einen Spitzenplatz einnehmen will,

versteht sich von selbst. Ganz in diesem Sinn verspricht Kanzler Scholz eine deutsche Beteiligung von 170 Millionen Euro - deutlich mehr als der erwartete zweistellige Millionenbetrag. Diese Mittel sollen zusätzlich zu bereits geplanten Mitteln für den Kampf gegen die Klimakrise bereitgestellt werden, bestätigte das Entwicklungsministerium t-online. "Wir arbeiten daran, daß sich weitere Staaten an der Finanzierung beteiligen", sagte eine Sprecherin. Gerade so, als ob Deutschland jetzt um Hilfe von anderen erbetteln muß.

Derartige Projekte bedürfen einer internationaler Lösung. Die Herrschaften, die jetzt wie bei vergangenen Klimakonferenzen, wieder mit über 400 Privat-Jets und Regierungsflugzeugen in Ägypten eingetrudelt sind, haben nach unserem Dafürhalten nicht das Zeug dazu, die Welt zu retten und Deutschland alleine wird es auch nicht schaffen.

Regierungsflugzeug in Zypern "diskret" geparkt - unverschämte Ausrede

Dazu eine kleine Pikanterie am Rande: Der Regierungs-Airbus mit der Scholz in Ägypten eintrudelte, hob gleich nach Verlassen der Deutschen Delegation wieder ab. Man flog zum Parken des Flugzeuges 800 Kilometer weiter nach Zypern und dann zum Abholen der Herrschaften die gleiche Strecke wieder zurück. Es hätte wohl keine gute Optik gemacht, wenn inmitten der vielen Privatjets der "Klimaretter" das große Regierungsflugzeug wie eine fette Pute zu sehen wäre.

Die offizielle Ausrede für dieses kostenintensive und klimaschädliche Versteckspiel: es gab "Visa-Probleme der Crew". Selbst wenn das stimmen würde, erhebt sich die Frage, hat eine Regierung, die nicht einmal Visa für die Besatzung eines Regierungsflugzeuges organisieren kann, das Zeug dazu die ganze Welt zu retten?<<

11.11.2022

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 11. November 2022: >>Großes Orban-Interview (Folge 3): "Europa Verlierer des Krieges"

Anläßlich seiner Berliner Visite gab Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban der Budapester Zeitung ein großes Interview. Wir präsentieren heute den dritten Teil des Gesprächs, in dem es um den Ukraine-Krieg und die USA geht. ...

_ Jan Mainka im Gespräch mit Viktor Orban

Wie kann der Ukraine-Krieg beendet werden?

Zunächst einmal möchte ich klarstellen, daß Rußland mit Gewalt und unter Mißachtung des Völkerrechts den Status Quo in der Ukraine verändern will. Die Ukrainer verteidigen sich dagegen, sie verteidigen ihr Land und dessen Souveränität. Es steht außer Zweifel, daß Europa auch aus moralischen Überlegungen heraus auf der Seite der Ukrainer steht. Schließlich halten wir die Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine für wichtig.

Es geht hier aber nicht nur um eine moralische Frage. Es ist auch ein Interesse von Europa, daß es ein Gebiet zwischen Europa und Rußland gibt, das beide Interessengebiete voneinander trennt. Aus Sicherheitsaspekten ist das heute notwendig, auch mit Blick darauf, daß Europa keine eigene gemeinsame Armee und Militärkraft geschaffen hat. Hinsichtlich der Ziele gibt es keinen großen Unterschied zwischen den europäischen Ländern.

Es ist ein gemeinsames Interesse, daß Rußland für den Kontinent keine Gefahr darstellt. Dazu trägt bei, daß es zwischen der Ostgrenze der EU und Rußland eine souveräne Ukraine gibt. Diskussionen gibt es heute jedoch diesbezüglich, mit welchen Mitteln man das erreichen kann, jetzt, nachdem Rußland den Krieg begonnen hat.

Die heldenhaft kämpfenden Ukrainer können vor allem deswegen gegenüber Rußland bestehen, weil sie massiv von Europa unterstützt werden. Allerdings unterstützt Europa die Ukraine jetzt so, daß der Kontinent in eine Eskalationsspirale gedrängt wird. Jeden Tag wird die Gefahr größer, daß sich der Krieg auch auf Länder der EU ausweitet. Es begann mit den Sanktionen, setzte sich fort mit Waffenlieferungen, und jetzt sind wir schon bei der Ausbildung von ukrainischen Soldaten. Das ist eine außerordentlich gefährliche Spirale. In kleinen Schrit-

ten kommen wir einer direkten Verwicklung in den Krieg immer näher.

Wenn wir diesen Prozeß nicht stoppen, dann stehen wir am Ende selbst im Krieg, was wir bisher jedoch nicht wollen. Die NATO ist diesbezüglich übrigens vorsichtiger als die EU. Die NATO hat klar gesagt, daß sie in dem Krieg als Bündnis keinerlei Rolle übernehmen möchte. Deswegen liefert sie auch keine Waffen. Nur NATO-Mitgliedsländer tun das, nicht aber die NATO selbst. Sie hält sich aus dem Konflikt heraus.

Im Gegensatz dazu überläßt es die EU nicht den Mitgliedsländern, wie sie im Einzelnen aktiv werden wollen, sondern hat beispielsweise einen gemeinsamen europäischen Geldfonds zur Unterstützung der Ukraine geschaffen und plant jetzt sogar gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen. Die NATO verhält sich also wesentlich vorsichtiger und zurückhaltender als die EU. Das ist überraschend, denn schließlich ist die EU einer wesentlich größeren Gefahr ausgesetzt.

Wie könnte nun der Krieg beendet werden?

Wenn wir den Ukraine-Krieg aus geopolitischer Perspektive betrachten, dann ist es nicht verkehrt, sich die Betrachtungsweise von Klaus von Dohnanyi vor Augen zu halten. Er ist zwar grundsätzlich ein Freund der USA - das ist seinem aktuellen Buch "Nationale Interessen" klar zu entnehmen -, gleichzeitig sagt er aber auch ganz klar, daß zur Freundschaft auch Aufrichtigkeit gehört.

Außerdem weist er nachdrücklich darauf hin, daß die amerikanischen und europäischen Interessen nicht in jedem Fall identisch sind. Es gibt ganz klare Interessenunterschiede. Diese müssen deutlich angesprochen werden. Genau das passiert derzeit aber nicht.

Momentan werden von Seiten der EU die Standpunkte der USA kritiklos eins zu eins übernommen. Amerikanische Interessen werden einfach als europäische ausgegeben. Es wird so getan, als wenn europäische Interessen mit den amerikanischen identisch wären. Derzeit sehe ich von Seiten der EU beziehungsweise der größeren EU-Länder keinerlei Souveränitätsbestreben. Auch nicht von Seiten der EU-Institutionen. Genau deswegen ist Europa heute einer der Verlierer dieses Krieges und gehören die USA zu den Siegern.

Was müßte Europa tun?

Wir sind in einer schweren Lage. Bisher hatte Deutschland bei der Beilegung von Konflikten stets eine besondere Rolle inne. In der Politik zählen aber die an der Macht verbrachten Jahre. Diese sorgen für Ansehen und Gewicht. Bundeskanzler Scholz ist jedoch noch nicht einmal ein Jahr im Amt. Er ist zweifelsohne ein demokratisch legitimierter Regierungschef. Daß er zuvor Finanzminister war, trägt sicher zu seiner Kompetenz bei. Trotzdem ist er noch nicht einmal ein Jahr im Amt.

Es ist ein großes Unglück für Europa, daß Kanzlerin Angela Merkel ausgerechnet zu dem Zeitpunkt ihr Amt abgab, als sich die Lage in der Ukraine wieder zuspitzte. Von Seiten Deutschlands konnte kein anderer, mit den Erfahrungen von 16 Regierungsjahren gestählter Politiker auftreten. Ein weiteres Problem ist, daß es auch in den USA nur einen deutlich schwächeren Regierungschef gibt als bisher. Kriege können zwar auch von schwachen Staatsmännern verursacht werden, um sie zu beenden und einen Friedensprozeß einzuleiten, bedarf es aber starker Staatsmänner.

Ich hoffe, daß die neue Bundesregierung früher oder später in die Position hineinwächst, die Deutschland aufgrund seines Gewichtes in Europa eigentlich einnehmen müßte. Weiterhin vertraue ich darauf, daß Trump zurückkehrt und es dann auch in den USA wieder eine stark geführte Regierung gibt. Voller Hoffnung blicke ich übrigens auch auf die israelischen Wahlen. Wenn es auch Benjamin Netanjahu gelänge zurückzukommen, dann hätten wir noch einen starken Staatsmann. Ich halte ihn für einen der angesehensten und erfahrensten Staatsmänner der westlichen Welt.

Wer weiß, ob wir noch die Zeit haben, auf die Ankunft starker westlicher Politiker zu warten! Wir befinden uns in einer gefährlichen Eskalationsspirale. Für uns in Ungarn ist das ein be-

sonders großes Problem, denn unser Land liegt in unmittelbarer Nachbarschaft zum Kriegsschauplatz Ukraine. Über die ungarische Minderheit in der Ukraine sind wir sogar längst direkt physisch in das Kriegsgeschehen eingebunden. Unsere Nation hat bereits 200 Tote zu beklagen.

In der Westukraine leben derzeit noch rund 150.000 bis 200.000 ethnische Ungarn. Aus ihren Reihen werden junge Männer zur Armee einberufen und müssen dann ihr Leben für die Freiheit der Ukraine riskieren. Diese Gefahrenlage, der Ungarn und ethnische Ungarn ausgesetzt sind, müssen Deutschland und die anderen weiter entfernten EU-Länder verstehen. Der Krieg in unserem Nachbarland ist für uns eine andere Realität als für sie.

Also Ultima Ratio: Warten wir auf starke westliche Politiker!

Anfang November finden in den USA die Zwischenwahlen statt. Diese könnten bei einem guten Ausgang für die Republikaner ein neues Kapitel eröffnen.

Haben Sie, als Sie Anfang August in den USA waren und mit Trump und anderen Republikanern Gespräche führten, entsprechende Hinweise bekommen?

Sicher ist: Wenn der Präsident der USA am 24. Februar noch Donald Trump geheißen hätte, dann hätte es diesen Krieg nicht gegeben.

In Berlin haben Sie sogar gesagt: "Die Hoffnung auf Frieden heißt Trump." - Haben Sie diese Überzeugung aus den USA mitgebracht?

Die Amerikaner lassen sich nicht gerne in die Karten schauen. Wenn es um die Macht geht, dann sind sie sehr zurückhaltend in ihren Äußerungen.

So wie die EU sind auch die USA kein monolithisches Gebilde. Auch dort ringen verschiedene Interessengruppen miteinander ...

Natürlich gibt es auch dort Interessengruppen, die den Konflikt in einen breiteren Kontext stellen. Sie sind erstaunt darüber, daß die USA jetzt mit aller Gewalt Rußland an die Seite ihres großen wirtschaftlichen Konkurrenten China pressen. Die preiswerten Energieträger, die jahrzehntelang Europa versorgt haben, werden nun schrittweise nach Osten, also auch nach China gehen. Insbesondere die EU hat als Konsequenz auf den russischen Angriff Schritte unternommen, die letztlich auf eine massive Förderung der Zusammenarbeit zwischen Rußland und China hinauslaufen.

Aus dem Blickwinkel des Westens eigentlich eine geopolitische Dummheit!

Ich möchte nicht ins andere Extrem verfallen. Ich bin ein Freund des Ausgleichs. Ich bin kein Anhänger der Anschauung, daß die Außenpolitik ausschließlich auf moralischer, wertebasierter Grundlage erfolgen muß. Auf der anderen Seite finde ich es aber auch nicht gut, wenn moralische Aspekte völlig außer Acht gelassen werden.

Es kommt auf das richtige Verhältnis an. Was die EU jetzt macht, negiert völlig ihre rationalen und geopolitischen Interessen. Die Sanktionsentscheidungen wurden ausschließlich auf moralischer und emotionaler Grundlage getroffen. Ich war neugierig darauf, bei meiner Deutschlandreise und in vielen Gesprächen den rationalen Kern der deutschen Energie- und Sanktionspolitik zu finden. In Ungarn besteht ja noch immer das Klischee von den rational handelnden Deutschen, die nicht zuletzt deswegen die besten Ingenieure der Welt hervorgebracht haben. Deutsche Autos, Lokomotiven, Maschinen, Fabriken. ... All das genießt in Ungarn ein hohes Ansehen.

Wurden Sie fündig?

Nein.

Vielleicht gibt es diesen rationalen Kern ja gar nicht ...

Bleiben wir dabei: Ich fand ihn nicht! ...

Dieses Interview erschien zuerst in der Budapester Zeitung und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ... <<

12.11.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. November 2022:

>>Doppelter Kniefall: Brandt und der Warschauer Vertrag

Von *Daniell Pföhringer*

Mit dem unter Willy Brandt geschlossenen Warschauer Vertrag verzichtete eine deutsche Regierung erstmals auf die Ostgebiete. Völkerrechtlich war dies jedoch ohne Belang. Ein exklusiver Auszug aus unserer demnächst erscheinenden Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld". Unsere Antwort auf die Reparationsforderungen aus Warschau. ...

Am Morgen des 7. Dezember 1970 bezogen zwei Wachtposten der polnischen Armee Stellung vor dem Mahnmal für die Opfer des von SS und Wehrmacht 1943 niedergeschlagenen Aufstandes im Warschauer Ghetto. Etwa 400 Zuschauer warteten gespannt auf die Ankunft von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD), der kurz zuvor schon am Grabmal des unbekanntem Soldaten einen Kranz niedergelegt hatte. Als die Wagenkolonne vorfuhr, öffneten die Schaulustigen eine Gasse für den deutschen Regierungschef und seine Entourage.

Langsam schritt Brandt an die Stufen der jüdischen Gedenkstätte. Als dann zwei Träger das mitgebrachte Blumengebinde niederlegten, ordnete der Kanzler die Schleife, richtete sich auf - um dann vor dem Kranz auf die Knie zu gehen. ...

Verzicht auf die Ostgebiete

Eine solche Empathie des Bundeskanzlers wurde nicht allen Opfern zuteil - vor allem nicht den Millionen von Heimatvertriebenen und unter polnisch-kommunistischer Herrschaft drangsalierten, gefolterten, ermordeten oder zwangspolonisierten Deutschen. Noch am selben Tag unterzeichnete Brandt den sogenannten Warschauer Vertrag über die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Damit wollte er, wie er sagte, "einen Schlußstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit".

In der Folge zweier Weltkriege verlor Deutschland ein Fünftel seines Staatsgebiets. Allein zwischen 1944/55 und 1950 wurden mindestens 12 Millionen Menschen heimatlos, zwei Millionen kamen dabei ums Leben.

Die Unterzeichnung des Warschauer Vertrags war der Höhepunkt der sogenannten neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in Bonn. Mit dem Papier tat die Bundesregierung das, was Kurt Schumacher, der erste SPD-Chef nach dem Zweiten Weltkrieg, noch als schmachvollen "Nationalverrat" gebrandmarkt hatte: Sie erkannte damit faktisch die Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze an - und besiegelte damit quasi den Verlust von Pommern, Schlesien und den anderen Ostgebieten unter polnischer Verwaltung.

Immerhin: In Artikel IV des Warschauer Vertrags räumte die Bundesregierung ein, daß sie nur in ihrem Namen - und nicht im Namen ganz Deutschlands - handeln könne, was der völkerrechtlichen Lage entsprach. Allerdings ließ Brandt selbst keinen Zweifel daran aufkommen, daß Bonn von der Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als Grenze ausging. ...

Keine völkerrechtliche Grundlage

Mit dem Warschauer Vertrag vollzog die Bundesregierung deutschlandpolitisch eine 180-Grad-Wende und räumte Positionen, die unter Adenauer und Erhard - zumindest formell - aufrechterhalten worden waren. Es blieben dennoch die völkerrechtlichen Vorbehalte, die die Bonner Koalition ja auch selbst eingestand - und die auch von den Westmächten in diplomatischen Noten bestätigt wurden.

So verabschiedete der Bundestag denn auch am 17. Mai 1972 im Rahmen der Ratifizierung der Ostverträge (mit Warschau und Moskau) eine Entschließung, in der unter anderem festgestellt wurde, daß die Abkommen "eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland" nicht vorwegnehmen, daß sie "keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen" schüfen und daß das "unveräußerliche Recht auf Selbstbestimmung ... nicht berührt werde. Es besagte allerdings auch, daß die Bundesrepublik dadurch "keinen Gebiets- oder Grenzänderungsan-

spruch" erhebe.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) bestätigte diese Vorbehalte und legte in seinem Beschluß zu den Verträgen am 7. Juli 1975 die Rechtslage Deutschlands ausführlich dar. Karlsruhe hatte damals über Beschwerden von in den Ostgebieten ansässigen Deutschen zu entscheiden, die rügten, "ihre deutsche Staatsangehörigkeit dadurch verloren zu haben, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen" und dem Hoheitsgebiet Polens unterstellt worden zu sein.

Dies wies das BVerfG zurück und begründete seine Auffassung damit, daß die "Gebiete östlich von Oder und Neiße ... ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 von den Siegermächten bei Kriegsende nicht annektiert worden" seien. Außerdem, so die Richter, hätten die drei Westalliierten "einer endgültigen Zuweisung der deutschen Ostgebiete an die Sowjetunion und Polen nicht zugestimmt". ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung". ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 12. November 2022 (x1.231/...):
>>"**Verbrecher seid ihr!**"

Im Rubikon-Exklusivgespräch erläutern der Arzt Gunter Frank, der ehemalige Staatsanwalt David Jungbluth und Marcus Klöckner, warum die Täter der Corona-Verbrechen aus ihren Ämtern entfernt und strafrechtlich belangt werden müssen.

Von *Nicolas Riedl*

Es sind keine Bagatellen, keine Ausrutscher, keine Affekthandlungen, sondern Verbrechen! Als ebensolche sind die Hetze, der Grundrechtsabbau und die staatlich verordnete Gewalt der letzten zweieinhalb Jahre zweifelsohne zu bezeichnen wie auch zu ahnden. Diese Corona-Verbrechen und die sie ausübenden Täter haben Marcus Klöckner und Rubikon-Herausgeber Jens Wernicke im neuen Rubikon-Bestseller dokumentiert.

Im Gespräch mit Walter van Rossum diskutieren Marcus Klöckner, der Arzt Gunter Frank sowie der ehemalige Staatsanwalt und Juraprofessor David Jungbluth darüber, warum eine Rückkehr zum gesellschaftlichen Frieden nur möglich ist, wenn die Täter für ihre Taten zur Verantwortung gezogen werden.

Die materiellen, körperlichen und seelischen, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Schäden, die durch das Corona-Regime verursacht worden, sind unbezifferbar groß.

Gäbe es im deutschen Justizwesen Richterhämmer, müßten diese regelrecht zu Drumsticks werden, so viele Urteile wären nach zweieinhalb Jahren Corona gegen die Täter des Unrechts zu fällen.

Auch der bekannte Arzt und Maßnahmenkritiker Wolfgang Wodarg bringt die Lage in einem aktuellen Gedicht auf eben diesen Punkt:

Verbrecher seid ihr
lächelnd räumt ihr ein
ihr könntet euch wohl irren
in eurer aufgeblasenen Macht
mit heißer Nadel fuchtelte ihr
es müsse sein

Verbrecher seid ihr
geheilig und zum Schein
reicht ihr die kalte Hand
in der von euch geplanten Not
macht ihr uns händereibend

zu Geiseln eurer Gier

Verbrecher seid ihr
laßt löschen was uns Wahrheit war
verschworen in der Praxis
verschwört ihr alle Wissenschaft
die nackt euch sieht
von Anfang an
Verbrecher seid ihr
die ihr uns unseren Kindern lügen laßt
wir hätten Angst
die ist doch längst bei euch zu Haus
wenn ihr die Stunde klein zählt
die euch schlagen wird

Verbrecher hört ihr
vor den Zäunen eurer Macht
das Volk dessen Vertrauen ihr mißbraucht
euch wütend fragen
wann endlich kommt das Ende
und für wen

Sie haben mitgemacht. Sind zu Tätern geworden. Haben unbescholtene Bürger mit Haß und Gewalt überzogen, sie ihrer Freiheit beraubt. Haben kontrolliert, bedroht, gezwungen und bestraft. Gehetzt, gespalten, entmenschlicht und traumatisiert. Kritiker zu Staatsfeinden erklärt. Politiker, Journalisten, Wissenschaftler und Bosse waren sich nicht zu schade, sich als Totengräber der Demokratie zu betätigen und mittels quasireligiöser Dogmen und vermeintlich letzter Wahrheiten das Ende der liberalen Ordnung einzuläuten.

Marcus Klöckner und Jens Wernicke stellen klar: Der neue Totalitarismus zielte niemals nur auf Ungeimpfte, sondern betreibt die planmäßige Entrechtung und Unterwerfung aller Menschen weltweit. Versöhnung ist möglich, setzt jedoch voraus, daß die Opfer ihre Ohnmacht überwinden und die Täter Verantwortung für die schier unglaublichen Schäden, die sie anderen an Leib, Leben und Freiheit zugefügt haben, übernehmen und Wiedergutmachung leisten.
Geleitwort:

"Zum Trauma-Täter wird jemand durch eine Tat, die einem anderen Menschen einen traumatisierenden Schaden zufügt. Dies kann auf der psychischen Ebene geschehen durch Lüge, Betrug, Demütigung, Beschämung, Entwürdigung und Erniedrigung. Auf der materiellen Ebene sind es vor allem Diebstahl und Raub, auf der körperlichen Ebene physische Gewalt, Totschlag oder Mord. Auch wer 'nur' in eine Wohnung einbricht, kann deren Besitzer einen traumatisierenden Schaden zufügen.

Die eigene Wohnung ist für einen Menschen sein sicherer Ort. Wenn dieses Sicherheitsgefühl verloren geht, hat das gravierende psychische Langzeitfolgen, selbst wenn eine Versicherung den materiellen Schaden ausgleicht. Auch durch das Unterlassen von Taten, wie die Verweigerung von Nahrung, Hilfe, Fürsorge, Kontakt oder Schutz vor Gewalt kann Trauma-Täterschaft entstehen. ... Es kann sein, daß Trauma-Täter keinerlei Grenzen respektieren, weder rechtliche noch moralische. Daher kommt es, daß Trauma-Täter Dinge tun, die dem gesunden Menschenverstand völlig fremd erscheinen. ...

Falls ihre schlimmen Taten nicht zu verleugnen sind, ist es das Hauptziel von Trauma-Tätern, sich als unschuldig darzustellen. Dazu ist es am besten, die Täter-Opfer-Umkehr zu versuchen, das heißt sich selbst als das eigentliche Opfer darstellen, Lügen über die Opfer zu

verbreiten, sie zu beschuldigen und zu beschämen ... So werden die Opfer als die eigentlichen Täter bezichtigt, an den Pranger gestellt und blamiert. Die eigenen schlimmen Absichten werden in die Opfer hineinprojiziert ... Opfer, die sich gegen Gewalt wehren, werden als besonders böse und hinterhältig hingestellt.

Sie müssen erst recht mit aller Härte bestraft werden. ... Wie die Opfer-Haltungen so radikalisieren sich auch die Täter-Haltungen mit der Zeit immer mehr. Sie gebärden sich, als seien sie völlig angstfrei und nichts und niemand könne sie mehr aufhalten. Gelingt es Trauma-Tätern, sich selbst und andere von ihrer Täter-Ideologie zu überzeugen, so können sie sich erlauben, ihre Taten immer weniger zu verschleiern und gänzlich sinn- und ziellos oder flächendeckend Gewalt auszuagieren." - Prof. Franz Ruppert in "Wer bin ich in einer traumatisierten Gesellschaft? Wie Täter-Opfer-Dynamiken unser Leben bestimmen und wie wir uns daraus befreien"

Pressestimmen zum Buch:

"Möge dieses Buch auf Platz 1 der Bestsellerliste einsteigen." - Dietrich Brüggemann, Filmregisseur

"Ich wünsche diesem Buch eine Reise durch viele Hände und auf die Bestsellerliste. Was ich lesen durfte, stimmt mich nachdenklich. Einige Zitate sind kaum auszuhalten. Wie konnte das alles nur passieren? Dieses Buch ist ein Dokument der Zeitgeschichte. Danke!" - Dr. Friedrich Pürner, Facharzt für Öffentliches Gesundheitswesen und Epidemiologe

"Klößner und Wernicke geben dem Grauen viele Namen. Gegen das Vergessen. Gegen das Leugnen jeder Schuld. Ein Stück Zeitgeschichte und ein starkes Stück Journalismus." - Prof. Michael Meyen, Medienforscher

"Es ist ungeheuerlich, daß eine vermeintlich offene Gesellschaft kollektive Diffamierung, Ausgrenzung, Entrechtung und schlimmste Entgleisungen hingenommen und sogar salonfähig gemacht hat. Das neue Buch von Marcus Klößner und Jens Wernicke leistet einen elementaren Beitrag dazu, daß all das Unrecht der letzten Jahre nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden kann." - Jens Fischer Rodrian, Musiker und Dichter

"Viele deutsche Wortführer und Entscheidungsträger gehören gemäß § 130 Strafgesetzbuch eigentlich wegen Volksverhetzung hinter Gitter. Mögen sie sich wenigstens entschuldigen, Reue zeigen und Wiedergutmachung leisten." - Tom-Oliver Regenauer, Musikproduzent

"Beim Lesen dieses Buches erinnere ich mich an die Aufarbeitung des Robert Koch-Instituts zu seinen finsternen Machenschaften im Nationalsozialismus. In dieser heißt es: 'Für das Übertreten humanistischer Grundsätze, für die Verletzung der Würde und der körperlichen Unversehrtheit gibt es zu keiner Zeit der Welt eine Rechtfertigung, auch wenn die Mehrheit ein solches Verhalten toleriert oder gar fordert.'

Und weiter: 'Die wichtigste Lehre aus dieser Zeit: jeder Einzelne, innerhalb wie außerhalb des Instituts, kann und muß Rückgrat beweisen. Diskriminierung und emotionale Verrohung, Schutz von Tätern oder eine Unterscheidung in wertvolle und weniger wertvolle Menschen dürfen wir nie hinnehmen.' Danke an Marcus Klößner und Jens Wernicke für dieses Buch!" - Tom Lausen, Datenanalyst

"Möge dieses Buch so viele wie möglich von ihnen erreichen. Mögen es vor allem diejenigen in die Hände bekommen, die heute ganz überrascht sind, daß Menschen ihre Arbeit verloren haben, ihren Ruf oder sogar ihr Leben. Möge eine Welle der Mitmenschlichkeit durch das Land wogen, der Nachsicht, der Empathie und der Bereitschaft zu vergeben. Und mögen möglichst viele Menschen mitmachen bei einer Welt, in der Worte, wie sie in diesem Buch zitiert werden, weder gedacht noch ausgesprochen werden." - Kerstin Chavent, Autorin

"Die Tatsache, daß jetzt über so viele Jahre alles in die falsche Richtung gelaufen ist, ist für uns alle eine Aufforderung zur radikalen Umkehr. Es muß sich noch viel ändern, damit das geschehene Unrecht für alle offenkundig wird, damit Besinnung, Korrektur und Heilung mög-

lich werden. Zu den Grundvoraussetzungen, daß dies geschehen kann, gehören jedoch Dokumente, die die Wahrheit für jedermann erkennbar und öffentlich machen. Es ist das große Verdienst von Marcus Klöckner und Jens Wernicke, dies mit ihrem Buch bewerkstelligt zu haben." - Roland Rottenfuß, Chefredakteur Rubikon-Magazin

"Und dagegen soll man nichts unternehmen? Niemanden zur Rechenschaft und zur Verantwortung ziehen, während der Radiomoderator Alex Jones in den USA wegen Falschbehauptungen und Verleumdung in Zusammenhang mit einem US-Schulmassaker aus dem Jahr 2012 zu einer knappen Milliarde US-Dollar Schadensersatz verurteilt wurde, der Journalist Julian Assange wegen der bloßen Veröffentlichung von US-Kriegsverbrechen weiterhin in London eingekerkert ist und der Folterknast für nicht einmal verurteilte Entführte in Guantanamo Bay noch immer betrieben wird?"

Niemanden wegen der unzähligen Kollateralschäden der Corona-Politik, die zu Massen an (Hunger-)Toten, zu Selbstmorden und zerstörten Existenzen, zur Diskriminierung Ungeimpfter und aller anderen Kranken, zur Traumatisierung von Millionen sowie zu jeder Menge Schutt und Asche geführt haben, bestrafen? Niemanden für dieses große 'Verbrechen an der Menschheit und an der Menschlichkeit', so Guérot, belangen? Einfach alles vergessen? Wirklich?" - Flo Osrainik, Spiegel-Bestsellerautor

Zitate aus dem Buch:

"Ich hingegen möchte an dieser Stelle ausdrücklich um gesellschaftliche Nachteile für all jene ersuchen, die freiwillig auf eine Impfung verzichten. Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen." - Nikolaus Blome, Ressortleiter Politik und Gesellschaft in der Zentralredaktion der Mediengruppe RTL Deutschland sowie Online-Kolumnist beim Nachrichtenmagazin Der Spiegel

"Na, herzlichen Dank an alle Ungeimpften. Dank Euch droht der nächste Winter im Lockdown. ... Die angekündigten Maßnahmen in Sachsen und Bayern sind ein Schlag ins Gesicht für alle, die in den vergangenen Monaten solidarisch waren, die sich haben impfen lassen. ... Alle Impfverweigerer müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, an der derzeitigen Situation mit schuld zu sein. Sie tragen Mitverantwortung dafür, daß die Gesellschaft wieder unter Druck gerät. ...

Und sie müssen sich fragen, welche Mitverantwortung sie haben an den wohl tausenden Opfern dieser Corona-Welle. Viel zu lange haben die politisch Verantwortlichen gezögert. Sie hätten viel früher den Druck auf Ungeimpfte erhöhen müssen. Sie hatten aber wohl Angst, daß sich die Wut der Ungeimpften in Wahlergebnissen niederschlägt. Das war fahrlässig und auch deswegen ist es nun, wie es ist: Die Welle läßt sich nicht mehr aufhalten." - Sarah Frühauf, Journalistin, MDR, Tagesthemen-Kommentar

"Jetzt bin ich genervt über die Schulklasse im Umkleideraum von meinem Sportverein, von der die Hälfte die Masken am Armgelenk trägt - auch nachdem ich sie darauf hingewiesen habe, daß sie dort niemanden schützen kann. Wieso gibt es da keine 6 für diese Schlampigkeit wie beim Vergessen der Sportschuhe? Keine Maske zu tragen (bzw. sie nicht richtig zu tragen), ist eine Form von fahrlässiger Körperverletzung - ich akzeptiere, andere vielleicht anzustecken. ...

Diese Schlampigkeit von renitenten Jugendlichen darf nicht hingenommen werden. Und jemand, der keine Maske tragen will, gehört aus dem Schuldienst entfernt. ... Denen müssen wir klar sagen, daß es reicht. Schluß mit dem Herauszögern, Schluß mit dem Verschlampen, Schluß mit dem Umgehen der Vorschriften, Schluß mit dem Impf-Schmarotzertum. Herdenimmunität fällt nicht vom Himmel. Selten war es so leicht, sie zu bekommen. Ein Piks genügt." - Martin Zeyn, Redakteur, Bayerischer Rundfunk

"Kommt drauf an, ob sich in den nächsten Monaten genug Leute impfen lassen. Sonst sage ich voraus, daß wir ab Mitte Oktober wieder Probleme bekommen. Ich lasse bei diesem Thema

auch nicht locker. Ich finde auch, es wird höchste Zeit, daß die Impfpflicht kommt. Es ist asozial, sich nicht impfen zu lassen." - Wolfgang Niedecken, Musiker, Frontmann der Band BAP
"Es ist schon traurig, daß Menschen sich wie der Suppenkasper weigern, die Infektionsbrühe auszulöffeln, die ihr Verhalten uns eingebrockt hat. Nein, ihr seid nicht das Volk. Nein, ihr seid auch nicht die Stimme des Volks.

Ja, die Mehrheit wünscht sich einen Kanzler, der die Corona-Politik nicht nur fortsetzt, sondern sogar noch härtere Maßnahmen durchsetzt. Fest steht: Wir sind also grundsätzlich unterschiedlicher Meinung. Richtig ist: Ihr seid wenige, wir viele. Deswegen kann ich nur in einem dem Twittermob zustimmen: Besser im Netz sich versammeln als auf der Straße. Da steckt ihr euch nur mit Dummheit an, aber nicht mit dem Virus." - Martin Zeyn, Redakteur, Bayerischer Rundfunk

"Hat jemand eine Idee, wie wir jemals aus dieser Pandemie kommen sollen, wenn sich Millionen von ultra-asozialen Vollidioten einfach nicht impfen lassen wollen? Wenn diese Deppen allen Ernstes glauben, daß man an der Impfung stirbt, und das, obwohl sie bereits milliardenfach (!) weltweit verabreicht wurde?" - Andreas Läscher, Manager der Band Die Fantastischen Vier

"Sich nicht impfen zu lassen ist ein Angriff auf die Freiheit all jener, die trotz Corona ihren Alltag zurückhaben wollen. So sollte es auch geahndet werden. Wer sich nicht an die Impfpflicht hält, muß Nachteile erfahren, die über Geldstrafen hinausgehen. Er wird nicht mehr mit Bussen und Bahnen fahren oder fliegen dürfen und seinen Beruf ausüben können.

Eine Impfpflicht muß Rechtssicherheit schaffen, Ungeimpfte aus allen Teilen des öffentlichen Lebens auszuschließen, so hart das klingt. Auch ein Impfregeister würde helfen, die Pflicht umzusetzen. Ohne ein solches ist es schwer herauszufinden, wer noch nicht geimpft ist." - Jürgen Klöckner, Hauptstadtkorrespondent des Handelsblatts

"Man kann die Nichtgeimpften zwar nicht abführen oder zwangsimpfen, aber wir können sie von allem Möglichen ausschließen und uns so vor ihnen schützen." - Prof. Borwin Bandelow, Psychologe, Angstforscher an der Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie der Universität Göttingen

"Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Detlef Scheele, sieht bei Einführung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht auch Konsequenzen für den Arbeitsmarkt. Wenn es eine allgemeine Impfpflicht gebe und Verstöße mit Rechtsfolgen verbunden seien, könnten 'Arbeitgeber einen Bewerber ablehnen, weil er nicht geimpft oder genesen ist', sagte Scheele den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. 'Auch wir als Bundesagentur müssen dann prüfen, ob eine fehlende Impfung zu einer Sperrzeit führt.' Eine Sperrzeit bedeutet, daß ein Arbeitsloser für eine bestimmte Zeit kein Arbeitslosengeld bekommt." - Detlef Scheele, Vorstandsvorsitzender der Bundesagentur für Arbeit (bis Ende Juli 2022), SPD-Politiker

"Was es jetzt braucht, ist nicht mehr Offenheit, sondern ein scharfer Keil. Einer, der die Gesellschaft spaltet. ... Richtig und tief eingeschlagen, trennt er den gefährlichen vom gefährdeten Teil der Gesellschaft." - Christian Vooren, Redakteur, ZEIT ONLINE

"Es gibt einen klaren Unterschied zwischen Pflicht und Zwang. Wir müssen im Notfall Menschen mit Geldauflagen zum Impfen bewegen. Das, was wir jetzt mit 2G haben, wird greifen, der Zugang zu Arbeitsplätzen ist betroffen. Das ist eine Frage der Ausgestaltung. Aber ich will nichts ausschließen, was im Rahmen der Verfassung möglich ist." - Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg (Antwort in einem Interview auf die Frage: "Sie halten es nicht für ausgeschlossen, daß eine Situation kommt, in der Menschen mit Polizeigewalt zum Impfen gezwungen werden?")

"Palmer hat auch ganz praktische Vorschläge zur Impfpflicht: Er würde ungeimpfte Über-60-Jährige gegenüber Jüngeren priorisieren und schlägt eine Nachweispflicht gegenüber dem Arbeitgeber oder der Rentenkasse vor. 'Wer bis 15. Januar keine Erstimpfung vorweisen kann,

erhält kein Geld mehr bis zur Vorlage der Impfbescheinigung." - Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen (Bündnis 90/Die Grünen)

"Aber wenn sie ungeimpft auch nicht mehr arbeiten können, brauchen sie auch keinen öffentlichen Personennahverkehr mehr, um dahin zu kommen. Ja, so hart ist das!" - Prof. Frank Ulrich Montgomery, Vorstandsvorsitzender des Weltärztebundes, Radiologe, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Apotheker- und Ärztebank

"Wir dürfen denen, die sich nicht impfen lassen, wirklich nicht die Chance geben, die Impfung zu umgehen, zum Beispiel, indem sie sich frei testen lassen', sagte er (Lothar Wieler). Um das Impf-Tempo zu erhöhen, sollte auch in Apotheken geimpft werden. 'Ich sag das jetzt mal ganz klar: Es muß jetzt Schluß sein, daß irgendwer irgendwelchen anderen Berufsgruppen aufgrund von irgendwelchen Umständen nicht gestattet, zu impfen. Wir sind in einer Notlage', betonte Wieler. 'Jeder Mann und Maus, der impfen kann, soll jetzt gefälligst impfen. Sonst kriegen wir diese Krise nicht in den Griff.'" - Prof. Lothar Wieler, Tierarzt und Fachtierarzt für Mikrobiologie, Präsident des Robert Koch-Instituts

"Wer die Wirkung der Impfung bestreitet, handelt völlig verantwortungslos und ruft negative, gesellschaftliche Konsequenzen hervor." - Andreas Bovenschulte, Bürgermeister von Bremen (SPD)

"Unsere Wirtschaft und das soziale Miteinander werden in einem Jahr kollabieren, wenn wir nicht zu einer allgemeinen Impfpflicht kommen', sagte Dirk Rossmann in einem Podcast des 'Kölner Stadt-Anzeigers' sowie des Redaktionsnetzwerks Deutschland laut Meldung vom Freitag. 'Es ist für mich ein unbedingter Akt der Vernunft und des Verantwortungsgefühls, eine allgemeine Impfpflicht umzusetzen.

Sonst kriegen wir dieses Problem nicht in den Griff.' Er selbst denke schon seit längerem so, habe sich aber zurückgehalten, sagte Rossmann weiter. 'Ich wußte, ich mache mich nur unbeliebt beziehungsweise kein Mensch hätte auf mich gehört.' Jetzt sei in der Gesellschaft aber ein 'Wind Of Change' spürbar. Es gehe nicht, daß 'eine Minderheit eine Mehrheit diktiert', sagte der Unternehmer mit Bezug auf das Impfen." - Dirk Rossmann, Chef und Gründer der Drogeriekette Rossmann

"Ungeimpfte werden auch in Zukunft Tests benötigen, müssen diese aber selbst bezahlen. Das kann schnell ins Geld gehen. Laumann sieht darin aber kein Problem: 'Wenn man das Geld nicht bezahlen will, muß man sich halt impfen lassen oder man muß demnächst leben wie ein Einsiedler, das ist die Wahrheit.'" - Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (CDU)

"Ungeimpfte Besucher:innen erhalten keinen Zutritt." - Besuchsregelung am St. Vincenz-Krankenhaus Limburg

"Kik-CEO fordert Impfpflicht in Deutschland: 'Die Impfstoffe sind sicher'" - Patrick Zahn, CEO KIK Textilien und Non-Food GmbH

"Heute Abend leuchtet Bad Nauheim nicht so bunt und hell, wie ihr es gewohnt seid. Wir haben das Licht auf der Kiespromenade nicht eingeschaltet und setzen ein Zeichen gegen Impfgegner, Coronaleugner, Maskenverweigerer und rechtes Gedankengut. In diesem Zusammenhang ruft auch der Ausländerbeirat der Stadt Bad Nauheim zu Solidarität auf: <https://solidarische-wetterau.de/>." - Bad Nauheim Stadtmarketing und Tourismus GmbH, Stadt Bad Nauheim

"Hamburger Joggerinnen und Jogger müssen an Alster, Elbe und im Jenischpark einen Mund-Nasen-Schutz tragen. Nach Auffassung des OVG der Hansestadt dürfte die Maßnahme verhältnismäßig sein. Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg hat die vom Senat erlassene Maskenpflicht für Joggerinnen und Jogger an Alster, Elbe und im Jenischpark bestätigt.

Ein anderslautender Beschluß des Verwaltungsgerichts sei geändert und ein entsprechender Eilantrag gegen die distanzunabhängige Maskenpflicht an Wochenenden und Feiertagen in

der Zeit zwischen 10.00 Uhr und 18.00 Uhr abgelehnt worden, teilte ein Gerichtssprecher am Donnerstag mit. Der Senat hatte Beschwerde gegen den Beschluß der Vorinstanz eingelegt, die dem Antragsteller, der in Elbnähe wohnt, gefolgt war. Die Entscheidung des OVG ist unanfechtbar (Beschluß v. 01.04.2021, Az. 5 Bs 54/21)." - Oberverwaltungsgericht Hamburg

"Söder brachte gestern (1. Dezember 2021) eine Impfpflicht ab 12 Jahren ins Spiel. Das wäre 'sehr sinnvoll', sagte er im Bayerischen Rundfunk. Begründung: Es würde 'erstens schnell gehen ... und zweitens die Schule absolut sicher machen'. Damit wäre auch die Klavierstunde oder der Tennisplatz für die Jugendlichen 'ohne Probleme schnell machbar'. Er könne sich auch vorstellen, daß direkt im Klassenzimmer geimpft werde." - Markus Söder, Ministerpräsident von Bayern (CSU)

"Ein weiteres Argument für die Impfpflicht ist, daß wir manchen vehementen Impfgegnern damit einen gesichtswahrenden Ausweg aus dieser Situation bieten. Als letztes Argument: Wie lange sollen geimpfte (und ungeimpfte) Steuerzahlerinnen und Steuerzahler noch für Test bezahlen, die wegen der zu niedrigen Impfquote erforderlich sind." - Antje Tillmann, Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU)

"Nena unkritisch abfeiern? Ganz schlechte Idee. ... Und in diesem Fall sollte ein öffentlich-rechtlicher Sender wirklich darüber nachdenken, ob eine Sängerin mit Verbindungen zum 'Querdenker-Milieu' wirklich ein angemessener Gast für eine Samstagabendshow ist. Erfolgreichste Sängerin hin oder her: Schunkeln kann man auch ohne Nena." - Matthias Schwarzer, Journalist, RedaktionsNetzwerk Deutschland

"Fußball-Ikone Paul Breitner hat kein Verständnis dafür, daß Joshua Kimmich die Corona-Impfung verweigert. Am 'Sonntags-Stammtisch' im BR sagte er: 'Das geht nicht.' Ungeimpfte Spieler würde er sogar vom Training ausschließen. ... Er selbst sei bereits seit über sechs Monaten doppelt gegen das Coronavirus geimpft, berichtete Breitner in der Sendung. Sobald es der Hausarzt empfiehlt, will der 70-Jährige sich auch ein drittes Mal impfen lassen. Breitner erzählte auch von seinem Engagement an der 'Münchner Tafel' am Johannisplatz.

Dort gilt ab 8. November die '2G-Regelung'. Das heißt, künftig darf man nur Lebensmittel abholen, wenn man geimpft oder genesen ist. Die ehrenamtlichen Helfer hätten sich gemeinsam für diese strenge Regelung entschieden, so Breitner. 'Wir setzen ein Zeichen und sagen impfen, impfen, impfen.' Für ungeimpfte Bedürftige habe er extra einen Impfbus der Malteser organisiert und das Angebot sei gut angenommen worden." - Paul Breitner, ehemaliger deutscher Fußballnationalspieler

"Er (Joshua Kimmich) kann gerne mal anrufen und wir können über Impfnebenwirkungen sprechen', sagt Prof. Dr. Melanie Brinkmann, die als Expertin zum Beraterstab der Bundesregierung gehört. Es wurden Milliarden von Menschen bereits geimpft und man habe keine Spätfolgen der Impfung beobachtet, die viele Monate später noch auftreten würden. 'Das Sicherheitsprofil dieser Impfstoffe ist fantastisch', versichert Brinkmann und bietet an:

'Ich bin auch gerne dabei, wenn er sich impfen läßt, wenn er eine Hand braucht während er geimpft wird.' Die Virologin sieht in Nationalspieler Kimmich ein Vorbild und es wäre aus ihrer Sicht ein tolles Zeichen, wenn er sich nun impfen ließe." - Prof. Melanie Brinkmann, Professorin am Institut für Genetik der Technischen Universität Braunschweig

"Daß wir mit der notwendigen Konsequenz vorgehen gegen den Kreis von Mitgliedern unserer Gesellschaft, von denen nun einmal nachweislich das Risiko für den Rest der Gemeinschaft ausgeht und das ist - ich sage es nicht gerne - die Gruppe der Ungeimpften, die nach wie vor viel zu groß ist." - Stephan Weil, Ministerpräsident von Niedersachsen (SPD)

"LAß DICH IMPFEN! Triathletin Anne Haug und medi machen sich stark im Kampf gegen Corona" - Anne Haug, Triathletin

"Kein Impfgegner wird wie ein Staatsfeind behandelt. Er darf nur, hoffentlich bald, nicht mehr unter die Leute gehen, weil er ein gefährlicher Sozialschädling ist. Aber er hat die Freiheit,

sich nicht impfen zu lassen. Aber er hat nicht die Freiheit, mich zu gefährden." - Rainer Stinner, FDP-Politiker

"Geht impfen" - Impf-Aufruf der Galeria Karstadt Kaufhof GmbH an den Eingangstüren von Warenhäusern

"Sind Sie es nicht langsam satt, dieses ewige Corona-Gerede und -Geschreibe, liebe Leser? Wir in der Redaktion auch. Aber es hilft ja nix, wenn uns jetzt dank vieler hartnäckiger Impfverweigerer der nächste Corona-Winter blüht. ... Es ist leicht, die Schuld an allem Corona-Ärger bei der Politik zu suchen. Die hat aber ihren Teil getan - die Zeit überbrückt, bis sich jeder, wirklich jeder, impfen lassen konnte. ...

Gehen Sie impfen, lassen Sie sich mit der dritten Dosis boostern. Die einzige Alternative ist, daß Sie sich früher oder später anstecken, und dazu vermutlich ein paar Andere. Die Intensivstationen sind voll. Wie risikobereit und egoistisch sind Sie?" - Josef Ametsbichler, Redakteur, Mediengruppe Münchner Merkur/tz

"Immun gegen Fakten. Organisierte Impfgegnerschaft als Demokratiegefährdung" - Noemi Trompeter, Amadeu Antonio Stiftung

"(Es geht) darum, weshalb eine Minderheit der Gesellschaft eine nebenwirkungsfreie Impfung nicht will, obwohl sie gratis ist und ihr Leben und das vieler anderer retten kann." - Prof. Karl Lauterbach, deutscher Bundesgesundheitsminister (SPD)

"Die lettische Opernsängerin Elina Garanca äußerte sich mit einem klaren 'Ja' zum Opernball 2022 - aber nur für Geimpfte. Wie die 'Krone' berichtete, erläuterte Garanca ihren Standpunkt: 'Die Leute, die geimpft sind, die sollten auch belohnt werden. Auch die Künstler. Ich bin ebenso geimpft, und mir sind keine Hörner oder Flügel von der Impfung gewachsen.' Sie würde für ein Stattfinden des Opernballs plädieren, 'und wer nicht in der Gesellschaft leben will und gewisse Normen nicht annehmen will, gehört dann ausgeschlossen.'" - Elina Garanca, lettische Opernsängerin

"Doc Caro fordert Impfpflicht: 'Mit Reden allein kommen wir nicht mehr weiter.' Angesichts der rasanten Ausbreitung der Omnikron-Variante (sic!) sei Doc Holzner extrem besorgt. Jeder Geimpfte würde dazu beitragen, daß nicht noch weitere Mutationen entstehen, so Carola Holzner ... Von einer generellen Impfpflicht könnten aus ihrer Sicht auch vehemente Impfgegner profitieren. Diese könnten sich dann impfen lassen, ohne ihr Gesicht gegenüber denjenigen zu verlieren. 'Zwang ist nicht immer etwas Schlechtes. Er kann auch eine Chance sein.'" - Carola Holzner, deutsche Medizinerin, als Influenzerin bekannt unter dem Namen "Doc Caro"

"Wer sich nicht impfen läßt, gefährdet nicht nur sich selbst, sondern auch andere. Dafür gibt es keine Rechtfertigung. Wir verfügen heute über Impfstoffe, die so sicher sind, wie Impfstoffe eben sein können. Ihr Nutzen überwiegt ihren Risiken deutlich. Wer die Impfung verweigert, handelt deshalb unsolidarisch." - Axel Richter, Journalist, Remscheider General Anzeiger

"Wir, die Unterzeichnenden dieser Erklärung, wenden uns gegen eine Verharmlosung der sogenannten 'Spaziergänge', die keine zufälligen Treffen oder abendliche Erholungsrunden darstellen, sondern nicht angemeldete Demonstrationen und Aufmärsche." - Thorsten Stolz, Landrat des Main-Kinzig-Kreises

"Und wenn ich dafür im Sommer in eure Hood kommen muß, um euch den Impfsaft höchstpersönlich in die Arme zu bolzen." - Felix Kummer, Sänger der Band Kraftklub

"Einer der Vorteile, wenn ich nach dem Jahresende nicht mehr aktiv bin, daß ich nicht mehr aus beruflichen Gründen beobachten muß, wie durchgeknallte Schwurbelmenschen und CovidiotInnen Social media-Threads von Fernsehsendungen kapern, um ihre menschenverachtende Ideologie unter die Leute zu bringen, obwohl sie sich in ihrem kleinen erbärmlichen Leben nur durch Wendler, Hildmann und Schlimmeres 'informieren' lassen." - Jörg Kachelmann,

Schweizer Fernsehmoderator, Sachbuchautor, Journalist und Unternehmer mit Schwerpunkt Meteorologie

"Impfen ist ein Statement für Vernunft, Solidarität und Fortschritt." - Ola Källenius, Vorstandsvorsitzender der Mercedes-Benz Group AG

"Freiheit in einer Demokratie bedeutet immer auch Verantwortung. Und Verantwortung bedeutet immer auch Rücksichtnahme auf unsere Mitmenschen. Trotzdem gibt es in unserem Land Menschen, die wissenschaftliche Erkenntnisse strikt ablehnen. Trotzdem gibt es Menschen, die provozierend gegen Corona-Regeln verstoßen. Trotzdem gibt es Menschen, die nicht davor zurückschrecken, Wissenschaftler_innen, Politiker_innen, Medienschaffende und ihre Mitmenschen zu beleidigen und teilweise sogar zu bedrohen.

Um so beeindruckender ist es, wie viele Menschen in unserem Freiburg während dieser Pandemie vorbildlich agieren und Verantwortung übernehmen. Unser Freiburg steht als Universitätsstadt für Vertrauen in die Wissenschaft! Unser Freiburg steht für Vernunft und ein verantwortungsvolles Miteinander! Unser Freiburg hält zusammen - gerade auch in schwierigen Zeiten! Danke an alle, die Maske tragen, Kontakte reduzieren und sich impfen lassen." - Martin Horn, Oberbürgermeister von Freiburg im Breisgau (parteilos)

"Was mich wie viele andere Menschen sauer macht ist, wie jetzt in der vierten Welle das Land auszubügeln hat, was diese Impfverweigerer angerichtet haben. Seit der Rechtspopulismus mit der AfD in unsere Normalität eingedrungen ist, wird eine politische Tradition in Deutschland wieder deutlich:

Das Zurückweichen vor dem Mob, besonders wenn er von rechts kommt. Wutbürgerinnen und Wutbürger, das Grölen der Straße, die Verschwörungsidiotie, von der ich manchmal denke, daß die Grölenden selbst sie nicht glauben können, ja selbst Gewalt und Drohungen - und was tut die Politik? Sie weicht zurück. Sie nimmt Rücksicht und wählt Maßnahmen und Worte mit Vorsicht." - Anetta Kahane, Journalistin, Autorin und Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung

"Bei einer Verdi-Veranstaltung ist es am Mittwoch zu einer lautstarken Auseinandersetzung zwischen Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach und Kundgebungsteilnehmern einer Verdi-Veranstaltung gekommen. Etwa 300 Krankenschwestern, Pfleger und Therapeuten hatten am Rande der Gesundheitsministerkonferenz in Magdeburg für mehr Personal und bessere Patientenversorgung demonstriert. Auch ungeimpfte Pflegekräfte nahmen an der Demo teil. Ihnen rief Lauterbach zu: 'Ihre Arbeit hat keinen Beitrag geleistet!' Daraufhin wurde er massiv ausgebuht und zeitweise von einem Pfeifkonzert übertönt. ...

Dann richtete Lauterbach das Wort an die ungeimpften Pfleger: 'Diejenigen, die hier gegen die Impfung protestieren, haben dazu keinen Beitrag geleistet. Sie haben kein Recht, hier zu sein!' Und weiter: 'Sie haben keinen Beitrag geleistet, und ich finde es eine Unverschämtheit, daß Sie noch die Stirn haben, eine Demonstration derjenigen zu mißbrauchen, die gearbeitet haben!' Dann wiederholt Lauterbach: 'Ihre Arbeit hat keinen Beitrag geleistet, ich will es hier ganz klar sagen.'" - Karl Lauterbach, deutscher Bundesgesundheitsminister (SPD)

"Ich wünsche allen Geimpften ein frohes neues Jahr!" - Trymacs, deutscher Influencer

"Es gibt einfache Fakten, die nicht bestreitbar sind: Das Virus existiert, auch wenn man es nicht sieht. Das Virus kann töten. Das Virus läßt sich durch Impfstoffe eindämmen und das kann Leben retten. Die Impfstoffe wirken, auch wenn man als Laie nicht genau begreift, wie. Wer das bezweifelt, dem sollte man ... mit 'zivilisierter Verachtung' begegnen." - Jochen Rack, Autor, Deutschlandfunk

"Spaziergänge' sind keine demokratische Meinungsäußerung." - Florian Hartmann, Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Dachau (SPD)

"Ich sehe keine ethischen Gründe, Impfpflichten abzulehnen." - Prof. Christoph Rehmann-Sutter, Professor für Theorie und Ethik der Biowissenschaften an der Universität zu Lübeck

"Impfgegner sollen die Konsequenzen ihres Verhaltens direkt spüren." - Nikolaus Knoepffler, deutscher Philosoph und Theologe, Inhaber des Lehrstuhls für Angewandte Ethik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Präsident des Global Applied Ethics Institute

"Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst schockte mit einer Impfpflicht-Aussage bei 'Anne Will'. ... 'Es geht darum ... den Geimpften zu zeigen: Wir lassen das nicht länger zu, daß Menschen ihre individuelle Freiheit über die Freiheit der gesamten Gesellschaft stellen. Jetzt kümmern wir uns um die Nichtgeimpften und führen eine Impfpflicht ein', sagte Wüst im TV und spaltet damit das Land. Unter einem Video-Ausschnitt seines 'Anne Will-Auftritts' auf Twitter wettern zahlreiche Nutzer:innen gegen den NRW-Ministerpräsidenten. Einige fordern sogar seinen Rücktritt." - Hendrik Wüst, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (CDU)

"Der Konstanzer Politikwissenschaftler Prof. Dr. Sebastian Koos hat angesichts der Proteste in Berlin vom 1. August dazu aufgefordert, 'diese Leute zu isolieren' und 'eine klare Position' gegen 'diese absolute Minderheit' zu beziehen. Es handele sich um Angehörige einer 'heterogenen Mißtrauensgemeinschaft'. ... Die Angehörigen dieser 'heterogenen Mißtrauensgemeinschaft' seien häufig zuvor politisch inaktiv gewesen und hätten sich erst im Zuge der Pandemie 'neu politisiert' und 'im Laufe der Zeit etwas abgekapselt', so Koos.

Es gehe ihnen nicht um Debatte, sondern um weitreichende Kritik, die 'an den Grundfesten unserer Verfassungsdemokratie' rüttelte. Die Menschen glaubten sich gegen einen 'als ungerecht empfundenen Staat' zur Wehr zu setzen." - Prof. Sebastian Koos, Politikwissenschaftler, Universität Konstanz

"Laßt euch impfen, ihr Deppen." - Linus Neumann, Berater für IT-Sicherheit und Sprecher des Chaos Computer Clubs

"Wenn eine allgemeine Impfpflicht der entscheidende Pfeiler eines wirksamen und effektiven Gesamtschutzkonzepts ist, dann ist sie auch im verfassungsrechtlichen Sinne unverzichtbar. Der Staat bliebe sonst erheblich hinter seinem Schutzziel zurück und nähme zugleich pflichtwidrig in Kauf, in der Zukunft erneut erhebliche Freiheitsbeschränkungen vornehmen zu müssen.

Über die Rechtsinstitute der Schutzpflichten und der Intertemporalität von Freiheitseingriffen lassen sich im Falle der allgemeinen Impfpflicht unter den genannten tatsächlichen Prämissen auch einklagbare Handlungspflichten des Staates zur Herstellung von Solidarität ableiten." - Prof. Lars Brocker, Präsident des Verfassungsgerichtshofs und des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz

"Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Oberbayern hat einer schwerbehinderten Mitarbeiterin gekündigt - offenbar in Folge eines Streits um die Covid-Impfung und weil man sie für eine Corona-Leugnerin hält. Als sich die Frau rechtlichen Beistand bei einer anderen Gewerkschaft suchte, ließ der DGB eine zweite Kündigung folgen - mit einer fragwürdigen Begründung." - Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)

"Ricarda Lang zufolge war es 'kein guter Tag - weder für das Parlament noch für das Land'. Angesichts der anhaltenden Pandemie sei eine vorausschauende Politik gefordert, diese habe sich am gestrigen Tag nicht durchsetzen können." - Ricarda Lang, Bundesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen

"Man hätte die Impfpflicht gleich am Anfang beschließen sollen. Ich halte es für falsch, jetzt nicht zu handeln. Ich bleibe dabei: Wir brauchen die Impfpflicht, um im Herbst gut vorbereitet zu sein." - Daniel Günther, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein

"Ich fühle mich unmittelbar betroffen. Ich bin fast 90, ich trage eine Maske, ich gehe einkaufen, alle tragen Masken. Künftig tragen sie das nicht mehr. Ich bin dem Risiko egoistischer Ungeimpfter ausgesetzt, die sich auf Kosten der Allgemeinheit eine sogenannte Freiheit erkaufen." - Gerhart Baum, ehemaliger Bundesinnenminister (FDP)

"Sorry, aber ich bin genervt & wütend darüber, daß es nach über 2 Jahren Pandemie & Monaten der Diskussion immer noch keine allgemeine Impfpflicht geben wird." - Timon Dzienus, Bundessprecher der Grünen Jugend

"Scholz und Lauterbach haben die Impfpflicht endgültig vergeigt: Verlierer sind wir alle ... Es ist eine bittere Pleite für Kanzler Olaf Scholz und seinen Gesundheitsminister Karl Lauterbach, aber auch für die Demokratie insgesamt. ... Ampel versus Union - am Ende verlieren beide und die Demokratie. ... Abgesehen davon, daß ... Deutschland wohl keine solide Handhabe haben wird, die Nicht-Geimpften zum Pieks zu bewegen. Wirklich gewonnen hat deshalb am Ende nur eine Partei, nämlich die AfD. Die Partei ist durchsetzt von Corona-Leugnern und Impfgegnern." - Sara Sievert, Reporterin, FOCUS online

"Wir können unser Gesundheitssystem nur durch Immunisierung vor einer Überlastung schützen. ... Wir müssen die Impflücke schließen." - Andrew Ullmann, Mitglied des Deutschen Bundestages (FDP)

"Das ist kein guter Tag für die Pandemiebekämpfung.' Impfen bleibe ein 'zentraler Baustein im Kampf gegen die Pandemie'. Wer geimpft sei, schütze nicht nur sich und seine Mitbürgerinnen und Mitbürger, durch Impfungen ließen sich auch 'einschneidende Beschränkungen von wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Leben' vermeiden." - Rainer Dulger, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)

"Es gibt nicht nur eine Freiheit von der Maske. Sondern auch eine Freiheit zur Maske. Dummerweise hindert aber auch niemand einen Ungeimpften daran, keine Maske zu tragen. ... Ich habe mich im Restaurant bei 3G halbwegs sicher gefühlt und bei 2G noch sicherer. Jetzt gibt es gar kein G mehr, und ich überlege, ob ich noch Essen gehen sollte. Was, wenn sich mit mir fünf Ungeimpfte, Ungenesene, Ungetestete über ihre Fischsuppe beugen?" - Ulrich Reitz, Korrespondent, FOCUS online

"Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich etwas so Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes." - Sarah Bosetti, ZDF-Komikerin

"Besuche von stationären Patienten sind für vollständig geimpfte oder genesene Besucher nur nach der 2G-Plus-Regelung möglich. Es müssen der Geimpften- bzw. Genesenenstatus mit einem gültigen Zertifikat nachgewiesen und ein negatives Corona-Testergebnis (PCR-Test max. 48 Std./Schnelltest max. 24 Std. aus zertifiziertem Testzentrum) vorgelegt werden." - Evangelisches Klinikum Köln-Weyertal

"Ein Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags skizziert die möglichen Strafen für Impfverweigerer. Was Genesene erwartet, ist unklar. ... Laut dem Gutachten sind Impfverweigerer nämlich Straftäter, die im Fall einer Impfpflicht mit Zwangsmaßnahmen belegt werden dürfen. Grundlage sei der § 74 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz (IfSG), welches 'einen Straftatbestand beinhaltet'." - Wissenschaftlicher Dienst des Bundestages

"Ungeimpfte Erwachsene ... schränken mit ihrem Verhalten die Grundrechte der Kinder ein." - Dr. med. Thomas Fischbach, Präsident des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte (BVJK)

"Als ob es nicht schon genug Hürden für die Impfpflicht gäbe, fehlt jetzt den Kassen angeblich Papier, um die Deutschen zum Impfen aufzufordern. Und Adressen und überhaupt. Was wirklich fehlt, ist der nötige Druck ... Mein Vorschlag: laßt das Zeug auf Waschzettel in China drucken, die haben noch Papier! Und unsere Adressen sowieso, weil sie sich seit Jahrzehnten mit dem Druck deutscher Telefonbücher abgeben. Und für Zeitgenossen, die sich danach immer noch nicht impfen lassen wollen, hat man im Reich der Mitte auch wirksame Überzeugungsstrategien entwickelt, mit Methoden ohne den aufwendigen Postweg." - Heinz Gorr, Redakteur, Bayerischer Rundfunk

"Ihre individuelle Freiheit endet dort, wo meine beginnt, wo die kollektive Freiheit beginnt. Und Ihre persönliche Entscheidung, sich nicht impfen zu lassen, beeinflusst mein Leben, beeinflusst das Leben von Millionen von Menschen in der Bundesrepublik. Nicht die Impfpflicht ist die Zumutung, sondern keine Impfpflicht ist die Zumutung - die Zumutung für die solidarische Mehrheit. ... Ich sage auch das jetzt noch mal ganz deutlich:

Es muß hier um die Impfpflicht für alle Erwachsenen gehen, nicht ab irgendeiner willkürlichen Altersgrenze. Denn alle Menschen, egal welchen Alters, übertragen das Virus stärker, wenn sie ungeimpft sind. Es reicht nicht mehr, mit kosmetischen Eingriffen die schweren Verläufe zu drücken. Wir arbeiten hier an der Herdenimmunität, und deswegen nehme ich Sie jetzt in die Pflicht:

Lassen Sie sich impfen - für die Kinder, die Jugendlichen, für unsere Freiheit! Ich kämpfe für die allgemeine Impfpflicht ab 18. Denn Impfen darf keine Individualentscheidung mehr sein. Es ist keine." - Emilia Fester, Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen)

"Es gibt ja einige ... für die die allgemeine Impfpflicht ... immer ein Riesenproblem war. Für die wird es jetzt ein bißchen einfacher. Da gibt es nämlich eine Anweisung, und dann muß man das machen." - Katrin Göring-Eckardt, Mitglied des Deutschen Bundestages (Bündnis 90/Die Grünen)

"Wir kommen jetzt in eine Phase hinein, wo der Ausnahmezustand die Normalität sein wird. Wir werden ab jetzt immer im Ausnahmezustand sein. Der Klimawandel wird zwangsläufig mehr Pandemien bringen. Außerdem würde er zu einem größeren Wassermangel führen, und dieser zu neuen Kriegen." - Prof. Karl Lauterbach, deutscher Bundesgesundheitsminister (SPD)

"An einer allgemeinen Impfpflicht als Ultima Ratio führt kein Weg mehr vorbei. Sie ist die wirkungsvollste Vorsorgemaßnahme für weitere Wellen ab Herbst ... Um ohne größere Schutzmaßnahmen durch womöglich weitere Corona-Wellen und aggressivere Varianten zu kommen, muß die Politik unverzüglich die unbequeme Debatte über eine allgemeine Impfpflicht zum Abschluß bringen. ... Ohne Impfen ist unsere Freiheit auf Sand gebaut." - Siegfried Russwurm, Präsident des Bundesverbands Deutscher Industrie (BDI)

"Geimpfte Schüler schneiden bei Wissenstest in Freiburg besser ab. Eine Online-Umfrage in Freiburgs Schülerschaft belegt: Die Mehrheit befürwortet die Masken- und Testpflicht in der Schule - sowie die Impfpflicht." - Stephanie Streif, Redakteurin, Badische Zeitung

"Ich respektiere, daß sich einer nicht impfen lassen will, aber dann kann er nicht für sein Individualverhalten die Gesellschaft in Sippenhaft nehmen", sagte Beucher in einem Interview mit dem Tagesspiegel: 'Dann muß er auch mit den Konsequenzen leben. Da gab es bei uns keine Diskussion. Und auch keinen Aufschrei dieser Sportler'." - Friedhelm Julius Beucher, Präsident des Deutschen Behindertensportverbands (DBS)

"Und dann gibt es ja immer noch die sogenannten Spaziergänger, die gegen die Corona-Maßnahmen demonstrieren. Leute, die auch das Gefühl haben, in einer Diktatur zu leben. Ich finde es wirklich beeindruckend, daß diese Menschen sich einfach durch rein gar nichts aufhalten lassen - nicht einmal dadurch, daß morgen die meisten Corona-Auflagen enden. ... Ich will hier nicht den Eindruck erwecken, ich hielte Querdenker für dumm. ... Ich halte sie für alternativintelligent." - Christian Ehring, Kabarettist, Moderator von extra3 (NDR)

"Wenn Mitarbeiter im Gesundheitswesen sich schon nicht in der Verantwortung für ihre eigene Gesundheit impfen lassen, so sollten sie es aus Fürsorge und zum Schutz ihrer Patienten tun. Ist ihnen dies gleichgültig, muß der Gesetzgeber Patienten und Mitarbeiter schützen, auch wenn das einem Berufsausübungsverbot gleichkommt." - Petra Bühring, Journalistin, Deutsches Ärzteblatt

Danke! Ihr Geimpften. - Plakat der Diakonie

"Bei uns an der Geschäftsstelle in Düsseldorf hängt ein Banner: 'Rote Karte für Querdenker'

steht hier gut sichtbar für alle, die jeden Samstag und Montag gegen die Corona-Maßnahmen demonstrieren. ... Wer sind Querdenker? Ich weiß es nicht wirklich. Auf den ersten Blick scheinen es Menschen 'wie Du und ich' zu sein - verschiedene Lebensumstände, verschiedene Bildungshorizonte, verschiedene soziale und gesellschaftliche Kontexte - sozusagen der 'Querschnitt' der Bevölkerung in Deutschland. ...

Wir möchten als Teil der Caritas weder spalten noch provozieren - sondern wir vertreten unsere Werte: Solidarität und Nächstenliebe. ... Was wir aus diesem Grund aber nicht respektieren und auch nicht akzeptieren wollen und werden, sind Menschen, die öffentlich unseren demokratischen Staat verunglimpfen." - Henric Peeters, Direktor vom Caritasverband Düsseldorf

"Freiheit', wie sie inflationär durch die Krise geistert, wird diametral zu Corona-Maßnahmen gesehen und dient entsprechend als Kampfbegriff, der Einschränkungen mit 'Diktatur' assoziiert. Dabei geht es, mal die Verhältnisse geraderückend, aktuell um eine Unfreiheit insofern, als daß beispielsweise Ungeimpfte nicht ins Kino oder Restaurant dürfen. Sie müßten sich halt impfen lassen, nehmen sich aber genau die Freiheit in dieser verfluchten 'Diktatur', eben dies nicht zu tun." - Katja Thorwarth, Kolumnistin der Frankfurter Rundschau

"Allgemeine Impfpflicht bedeutet Teilhabe!" - Auf der Internetseite der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.

"Immer wieder demonstrieren an Montagen Impfgegner und rechte Gruppen auch vor Berliner Rathäusern. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) unterstützt in Berlin die bezirklichen Demonstrationen, die jetzt u.a. von demokratischen Parteien gegen die 'Montags-spaziergänge' organisiert werden.

'Wir wollen als Gewerkschaft Gesicht zeigen und gegen die unerträglichen Äußerungen von Impfgegnern und Rechten unsere Stimme erheben. Nur dann, wenn wir solidarisch zusammenstehen, werden die Pandemie und ihre Folgen zu meistern sein', sagt Frank Wolf, ver.di-Landesbezirksleiter." - ver.di, Landesbezirk Berlin-Brandenburg

"Der Spaziergang hat seine Unschuld verloren. Jedenfalls gilt das für die letzten Monate." - Frank-Walter Steinmeier, deutscher Bundespräsident

"Es wird ja niemand gegen seinen Willen geimpft. Selbst die Impfpflicht führt ja dazu, daß man sich zum Schluß freiwillig impfen läßt." - Prof. Karl Lauterbach, deutscher Bundesgesundheitsminister (SPD)

"Ich sehe aber mit Sorge, daß radikale, vor allem rechtsextreme Kräfte, denen es nicht um Corona geht, sondern die unseren demokratischen Rechtsstaat angreifen, daß die die Proteste für ihre Zwecke instrumentalisieren und zunehmend andere vor ihren demokratiefeindlichen Karren spannen. ... Ich bin sicher, die Impfpflicht-Debatte wird nicht das letzte Thema sein, mit dem extreme Kräfte versuchen werden, den vergifteten Stachel in unsere Demokratie zu treiben." - Frank-Walter Steinmeier, deutscher Bundespräsident

"Die Impfverweigerer nehmen eine ganze Gesellschaft in Geiselhaft, denn es ist ja unfassbar, wie viele Tote es gibt, wie unser Gesundheitssystem überfordert wird, wie Leute, die dringend Operationen brauchten, nicht drankommen. Und ganz wichtig: die ökonomischen Folgen für Millionen Menschen. Mir fehlt jedes Verständnis für Leute, die sich nicht impfen lassen wollen." - Günther Jauch, deutscher TV-Moderator

"Nach 21 Jahren erfolgreicher Zusammenarbeit trennt sich der Philharmonische Chor Liedertafel Neustadt von seinem hochgeschätzten Dirigenten Hans Jochen Braunstein. Der Grund ist die Weigerung des Chorleiters sich impfen zu lassen." - Bericht in Die Rheinpfalz

"Die Hauptkommissarin aus der ZDF-Krimireihe 'Marie Brand' erklärte der 'Deutschen Presse-Agentur', was sie zu dieser Konsequenz gebracht hat. Während Dreharbeiten im vergangenen Jahr sei eine ungeimpfte, mit Corona infizierte Kollegin am Set gewesen. Wegen der Quarantäne hätte sie letztlich tagelang alles lahmgelegt, die Arbeiten mußten unterbrochen wer-

den. 'Hinterher hat sie nur gesagt, sie habe ja niemanden angesteckt.

Das Ausmaß hat sie gar nicht gesehen. Dafür habe ich kein Verständnis. Für mich ist klar, ich möchte nicht mehr mit jemanden arbeiten, der nicht geimpft ist', sagte die 66-Jährige der 'dpa'. - Mariele Millowitsch, Schauspielerin

"Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) fordert die Impfpflicht ab dem Alter von 60 Jahren. Ein Verweigerer-Bußgeld von 5.000 Euro bringe eine Impfquote von 98 Prozent." - Boris Palmer, Oberbürgermeister von Tübingen (Bündnis 90/Die Grünen)

"Wer im Steilhang hängt, wirft doch kein Seil weg. Statt mit Verboten zu poltern, sollten wir alle Instrumente konsequent einsetzen, die uns zur Verfügung stehen, um flexibel zu sein gegen einen immer wieder Haken schlagenden Virus." - Smudo, Sänger der Band Fantastische Vier

"Wir wollen Impf- und Personalausweis zusammenführen." - Patrick Hennig, CEO Luca-App
"Impfgegner und Querschwurbler treten unsere #Freiheit und unsere Demokratie mit Füßen. Für ihr Handeln bringe ich keinerlei Verständnis mehr auf." - Patrick Kunkel, Bürgermeister von Eltville (CDU)

"Aus Sicht von Heidelbergs Oberbürgermeister Eckart Würzner (parteilos) muß eine Corona-Impfpflicht kommen. ... Die Proteste radikaler Impfgegner und andere Extreme hätten ihn nicht überrascht. Aber diese Gruppe sei klein. 'Viel größer ist die Gruppe normaler Leute, die irgendwie skeptisch, verunsichert oder nicht so gut informiert sind.' Vielen von ihnen würde man es mit einer Impfpflicht auch leichter machen, sagte Würzner." - Eckart Würzner, Oberbürgermeister von Heidelberg (parteilos)

"Die Verweigerung der Impfung verursacht Kosten, die der Allgemeinheit aufgebürdet werden. Insofern ist es keine Privatangelegenheit, wenn sich in Deutschland immer weniger Menschen impfen lassen, obwohl es immer mehr Impfstoff gibt - und dadurch eine Herdenimmunität in die Ferne rückt. So wie die Einleitung des Abwassers keine Privatangelegenheit des Fabrikbesitzers ist, wenn der Fischer deshalb nicht mehr fischen kann." - Mark Schieritz, Redakteur, ZEIT

"Die Einschränkungen, die wir heute beschlossen haben, werden den Rückgang der Fallzahlen beschleunigen. Gleichzeitig machen wir Tempo bei den Boosterimpfungen. Für weitere Schritte gibt es keine roten Linien. Aber jetzt wurde das Richtige getan." - Prof. Karl Lauterbach, deutscher Bundesgesundheitsminister (SPD)

"2G spaltet nicht die Gesellschaft. Menschen, die sich impfen lassen können und es nicht tun, spalten. Genauer gesagt ist es auch keine Spaltung, sondern Abspaltung einer Minderheit. Das Spaltungs-Narrativ nutzen Impfgegner meistens um sich als Opfer zu stilisieren. Sind sie nicht." - Ingmar Stadelmann, Stand-up-Comedian, Fernseh- und Radiomoderator

"Es gebe in Deutschland eine 'Wirklichkeitsverleugnung, absurde Verschwörungstheorien, mutwillige Desinformation und gewaltbereiten Extremismus'. 'Eine kleine, extremistische Minderheit hat sich von unserer Gesellschaft, unserer Demokratie, unserem Gemeinwesen und unserem Staat abgewandt, nicht nur von Wissenschaft, Rationalität und Vernunft.' Die Regierung werde es sich nicht gefallen lassen, verspricht Scholz, daß eine 'winzige Minderheit von enthemmten Extremisten' der Gesellschaft ihren Willen aufzwingt.

'Unsere Gesellschaft ist nicht gespalten', sagt Scholz. Es sei eine 'winzige Minderheit der Haßerfüllten', die mit Fackelmärschen und Gewalt angreife. 'Ihnen werden wir mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegentreten. Unsere Demokratie ist eine wehrhafte Demokratie!'" - Olaf Scholz, deutscher Bundeskanzler (SPD)

"Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) hält Demonstranten, die Corona-Proteste zur Diffamierung staatlicher Institutionen nutzen, für 'Aasgeier der Pandemie'. Das sei eine gute Charakterisierung für Rechtsextreme, die die Pandemie als willkommenen Anlaß nutzten, um gegen den Staat zu hetzen, sagte Kretschmann am Dienstag in

Stuttgart. Bei bürgerlichen Impfgegnern sei die Verweigerungshaltung dagegen oft eine Frage der Weltanschauung, so der Regierungschef. Er wisse aus eigener Erfahrung, daß Argumente da nichts nützen." - Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg (Bündnis 90/Die Grünen)

"Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat dafür plädiert, im Kampf gegen die Corona-Pandemie flexibel beim Ergreifen von Gegenmaßnahmen zu sein. 'Es darf keine roten Linien geben, das hat uns diese Pandemie nun wirklich gezeigt. Wir müssen immer bereit sein umzudenken, wenn die Umstände es erfordern', sagte er der 'Bild am Sonntag'." - Olaf Scholz, deutscher Bundeskanzler

"Auch Querdenker, Spaziergänger und andere Staatsfeinde haben Energiekrise und Inflation inzwischen als neues Betätigungsfeld für sich entdeckt. Man kann getrost davon ausgehen, daß bei der Stimmungsmache gegen die Demokratie erneut aus Rußland gesteuerte Trolle aktiv werden. Unsere Gesellschaft ist aus vielen Richtungen angreifbar. Der durch den Krieg in Gang gesetzte Wohlstandsverlust ist besonders gefährlich, weil er sozialen Sprengstoff in einem Ausmaß birgt, den die Mehrheit der Gesellschaft bislang nicht erlebt hat.

Zugleich stehen genug Demokratiefeinde bereit, auf den existentiellen Sorgen der Menschen ihr politisches Süppchen zu kochen. Dem wird man nicht allein mit dem hohen Lied auf Demokratie und Freiheit begegnen können. Es wird immer wieder den Beweis brauchen, daß die demokratischen Kräfte handlungsfähig sind." - Eva Quadbeck, stellvertretende Chefredakteurin und Leiterin der Hauptstadttredaktion des RedaktionsNetzwerk Deutschland

"Sollten wir ab Herbst eine Kombination aus Gasmangel und neuen Corona-Maßnahmen bekommen, wäre das der perfekte Anschlag für alle rechtsradikalen Endzeitdiskurse." - Hanning Voigts, Korrespondent, Frankfurter Rundschau

Nicolas Riedl, Jahrgang 1993, ist Student der Politik-, Theater- und Medienwissenschaften in Erlangen. Er lernte fast jede Schulform des deutschen Bildungssystems von innen kennen und während einer kaufmännischen Ausbildung ebenso die zwischenmenschliche Kälte der Arbeitswelt. ... Er ist Mitglied der Rubikon-Jugendredaktion und schreibt für die Kolumne "Junge Federn".<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 12. November 2022: >>Großes Orban-Interview (Folge 4): "Wir denken national"

Anläßlich seiner Berliner Visite gab Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban der Budapester Zeitung ein großes Interview. Wir präsentieren heute den vierten Teil des Gesprächs, in dem es um die NATO und die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik geht. ...

_ Jan Mainka im Gespräch mit Viktor Orban

Können Sie sich vorstellen, daß sich die USA mit einer multipolaren Weltordnung arrangieren könnten?

Ich habe noch keine Macht gesehen, die freiwillig auf ihre führende Rolle verzichtet hätte. Man kann keinen Löwen zu einem Vegetarier erziehen. Wir sollten also nicht darüber nachdenken, ob die USA bereit wären, eine neue globale Machtkonstellation zu akzeptieren. Das ist ihre Sache. Wir sollten statt dessen uns und unsere Möglichkeiten darauf konzentrieren, unsere eigene Position zu stärken! Europa hätte durchaus die Möglichkeit, stärker zu werden. Wir sollten also nicht von den Absichten der USA ableiten, was wir tun sollen.

Europa sollte mit Blick auf seine eigenen Interessen die durchaus vorhandenen Möglichkeiten nutzen. Dazu wäre es unabdingbar, daß es eine gemeinsame europäische Verteidigungsindustrie gibt. Und auch eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Da wir Mitglieder der NATO sind, glauben wir, daß all das nicht notwendig wäre. Die NATO ist wichtig und sollte bewahrt werden. Dem widerspricht aber nicht, daß Europa auch eigene Verteidigungskapazitäten schaffen sollte. Ich denke hier an eine europäische Rüstungsindustrie und eine gemeinsame militärische Ausbildung. Und schließlich sollten wir Schritte hin zur Schaffung

einer europäischen Streitmacht unternehmen.

Wenn Europa nicht dazu in der Lage ist, sich zu verteidigen, dann ist es immer auf die Hilfe durch die USA angewiesen. Heute ist Europa nicht in der Lage, seine Sicherheit selbst zu garantieren. Wenn wir jedoch die Amerikaner darum bitten müssen, uns zu verteidigen, weil wir uns selber nicht darum kümmern wollen, dann werden die Amerikaner ganz zurecht fragen, was sie dafür bekommen.

Und sofort haben wir es nicht mehr mit zwei gleichrangigen Partnern zu tun, sondern akzeptieren unsere untergeordnete Rolle. Deswegen muß Europa im Interesse seiner eigenen Souveränität auf militärischem Gebiet deutlich mehr tun. Die europäischen Länder müssen auch mehr Geld für ihre Rüstung und Verteidigung zur Verfügung stellen. Dann könnte Europa geopolitisch auch den Raum übernehmen, den ein Rückzug der USA freigeben würde.

Gemeinsame Verteidigungspolitik ja, aber Vereinigte Staaten von Europa nein?

Ich bin kein großer Anhänger der Stärkung der europäischen Institutionen. Ich bin ein Politiker, der fest auf nationaler Grundlage steht. Ich bin aber auch kein Doktrinär. Es gibt Gebiete, da brauchen wir mehr Europa, und solche, wo wir weniger Europa brauchen. Bei der Sicherheits- und Verteidigungspolitik brauchen wir mehr EU.

Wenn wir die Rüstungsetats der einzelnen EU-Länder addieren, dann sind wir schon jetzt nicht so weit vom US-amerikanischen Wert entfernt. ...

Was das betrifft, so ist die Position der EU tatsächlich nicht so schlecht. Ich sehe aber noch einen großen Nachholbedarf bei der Rüstungsindustrie.

Vielleicht ist das Problem mit der europäischen Souveränität aber gar nicht so sehr finanzieller, sondern eher ideeller Natur.

Ich denke hier an den unter europäischen Entscheidungsträgern verbreiteten Transatlantismus. Ich erinnere mich noch gut an deutsche Politiker, die mit Blick auf deutsche Interessen zu US-Wünschen auch einmal Nein sagten. Ich bin der Ministerpräsident mit der längsten Amtszeit in Europa. In dieser Zeit habe ich etliche europäische Politiker kennengelernt, die sich für die europäische Souveränität eingesetzt haben.

Was kann Ungarn tun? Steht Ihr Angebot noch, Budapest als Standort für mögliche Friedensgespräche zur Verfügung zu stellen?

Selbstverständlich! Dieses Angebot steht unverändert. Wir müssen aber begreifen, daß dieser Krieg nicht mittels ukrainisch-russischer Verhandlungen ein Ende finden wird. Dazu bedarf es auch amerikanisch-russischer Verhandlungen. Solange jedoch auf diesen beiden Seiten kein klares Friedensinteresse vorhanden ist, wird der Krieg weitergehen. Wir sind unverändert Anhänger eines möglichst baldigen Waffenstillstandes und von Friedensgesprächen.

Bemerken Sie innerhalb der EU ein Umdenken hin zu einer stärkeren Wahrnehmung europäischer Interessen?

Vor ein paar Tagen kritisierte der französische Präsident Emmanuel Macron, daß der Preis, den die USA für ihr Flüssiggas verlangen, nicht gerade ein Freundschaftspreis sei. Diese Bemerkung ließ mich aufhorchen. Möglicherweise hat ja jetzt ein neuer Abschnitt begonnen. Und je mehr die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Europa zunehmen, desto mehr Realismus wird einziehen und desto mehr Tabus könnten gebrochen werden.

Und wie sieht es bei Ihren mitteleuropäischen Amtskollegen aus?

In Europa gilt die Regel, daß die Einigkeit der größte Wert ist. Deswegen sind alle sehr vorsichtig, wenn sie eine Meinung formulieren, die vom Mainstream abweicht. Ich rechne nicht damit, daß andere Ministerpräsidenten ohne vorausgegangene Konsultationen einen von der offiziellen EU-Linie abweichenden Standpunkt vertreten würden. Sie sind viel vorsichtiger als beispielsweise wir Ungarn. Wir lassen uns nun einmal nicht gerne das Wort verbieten.

Insbesondere den Deutschen fällt es schwer, zu begreifen, daß wir Ungarn anders denken. Bei den Deutschen fand die Unterdrückung stets auf nationaler Basis statt. Die Befreiung spielt

sich wiederum auf internationaler Basis ab. In Ungarn war es stets genau umgekehrt. In Ungarn fand die Unterdrückung immer auf internationaler Basis statt. Die Befreiung davon basierte hingegen auf nationaler Basis. Deswegen liegt es in unserer Natur, unseren nationalen Kräften die Priorität zu geben.

In internationalen Gruppierungen erblicken wir hingegen zunächst erst einmal eine potentielle Gefahr. Und erst danach untersuchen wir, ob es für uns gut ist, daran mitzuwirken. Der erste Reflex ist also immer ein abweisender. Das haben wir aus der Geschichte übernommen. Deswegen haben wir auch ein anderes Verhältnis zu den EU-Institutionen, als beispielsweise die Deutschen, die von vornherein erst einmal annehmen, daß diese für die deutschen Interessen sicher gut wären.

Wir sehen das anders. Die europäischen Institutionen sind gut, sie sind aber etwas gefährlich Gutes. Wir müssen uns vorsichtig mit ihnen arrangieren. Nicht daß sie am Ende zur Unterdrückung unserer nationalen Interessen führen. Bei den Deutschen gibt es hingegen eher eine große Identifikation mit all den Dingen, die aus Brüssel kommen. Wir sind da deutlich vorsichtiger.

Die offizielle EU-Linie setzt noch immer auf einen totalen Sieg der unterstützten Ukraine. Ungarn wirkt an dieser Linie mehr oder weniger intensiv mit. Haben Sie von Brüssel oder Kiew eine Garantie, daß im Falle einer Konsolidierung der Ukraine die dortige ungarische Minderheit nicht einem Rachefeldzug ukrainischer Nationalisten ausgeliefert ist?

Die Ukraine wurde angegriffen. In einer solchen Situation treten vormalige nationale Zwistigkeiten zurück. Wir Ungarn sind ein großzügiges Volk. Im Vergleich zu dem, was jetzt dem ukrainischen Volk zustößt, steht das, was in der Vergangenheit mit der ungarischen Minderheit in der Ukraine geschehen ist, in keinem Verhältnis. Deswegen halten wir uns jetzt auch mit der Erinnerung an die Angriffe auf die dortige ungarische Minderheit und ihre Rechte bewußt zurück.

Vor dem Krieg hatte Ungarn die NATO-Annäherung der Ukraine blockiert. Wir hatten damals klargemacht, daß die Ukraine, solange der ungarischen Minderheit nicht ihre ursprünglichen Rechte wiedergegeben werden, nicht auf die volle Unterstützung durch Ungarn zählen kann. Stichwort: Sprachengesetz.

Jetzt haben wir Krieg und eine völlig andere Situation. Natürlich bedeutet das nicht, daß wir an Amnesie leiden würden. Wir wissen nach wie vor, daß wir uns mit der Ukraine um eine Vereinbarung kümmern müssen. Darauf werden wir nach dem Krieg auch sofort zurückkommen. Wir würden dann gerne unsere Zusammenarbeit mit der Ukraine in einer umfangreichen Vereinbarung festschreiben. Ein Teil dieser Vereinbarung wäre auf jeden Fall die Garantie der Rechte der dort lebenden ungarischen Minderheit.

Sie haben also die Hoffnung, daß die dortigen Ungarn nach dem Krieg in Ruhe gelassen werden?

Ich bin überzeugt davon, daß Ungarn stark genug ist, um das zu erreichen. Ich vertraue nicht auf die andere Seite, sondern auf unsere eigenen Kräfte. ...

Dieses Interview erschien zuerst in der Budapester Zeitung und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ... <<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24124" berichtet am 12. November 2022 (x1.178/...): >>> Militäreinsätze im Innern - damals und heute!

Anfang Oktober 2022 wurde die deutsche Bundeswehr neu strukturiert. Dadurch wurde die Befehlsgewalt über alle Arten von Inlandseinsätzen in Berlin gebündelt und unmittelbar dem Verteidigungsministerium unterstellt.

Dazu meldet sich bei Kla.TV ein aufgeschreckter Zeitzeuge. Wie im Alptraum sieht er plötzlich drohende Wiederholungen seiner Ostblock-Vergangenheit. ...

Militär und Polizei sind zwei wichtige Stützpfiler eines stabilen Staates. Während die Polizei

die Aufgabe hat, die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Landesinnern zu bewahren, dient das Militär in erster Linie zur Verteidigung nach außen.

Nur in wenigen Ausnahmefällen darf die Bundeswehr laut Grundgesetz in Krisensituationen auch im Inland unterstützen, wenn die Polizeikräfte nicht ausreichen; z.B. als Amts- oder Katastrophenhilfe bei Naturkatastrophen oder schweren Unglücksfällen (Art. 35 II, III GG) sowie zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes (Art. 87a IV GG).

Darunter fällt zum Beispiel die Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer (Art. 87a IV GG).

Nun wurde am 1. Oktober 2022 der Einsatz der deutschen Bundeswehr im Innern neu strukturiert. Die zuvor über viele Bereiche verteilten territorialen Führungsaufgaben der Bundeswehr wurden in Berlin gebündelt und unmittelbar dem Verteidigungsministerium unterstellt. Durch diese Umstrukturierung soll im Falle von Hochwasserkatastrophen oder in Situationen wie der Corona-Pandemie schnell und unmittelbar reagiert werden können, heißt es.

Der renommierte Wirtschaftsjournalist Dr. Norbert Häring schreibt dazu:

"Weil alles vermischt wird, sind es ziemlich viele Einheiten, die künftig entweder für militärische oder - wenn da gerade nichts los ist - für zivile Inlandsaufgaben zur Verfügung stehen werden wie etwa für die Covid-Pandemie und die Maßnahmendurchsetzung. ...

Der Weg zur Bekämpfung der von der Regierung bereits gefürchteten Aufstände wegen kalter Wohnungen und unbezahlbarer Energierechnungen durch das "Territoriale Führungskommando der Bundeswehr" (TerrFüKdoBw) ist damit vielleicht auch schon geebnet."

Anlässlich dieser Umstrukturierung der Bundeswehr für den Einsatz im Innern erreichte Kla.TV ein Zeitzeugenbericht, welcher im Folgenden ungekürzt ausgestrahlt wird. Der Zeitzeuge, der anonym bleiben möchte, ist der Redaktion bekannt.

Es war an einem sonnigen Herbst-Samstagnachmittag. An unserer alten Eichholz-Pfarrhaustür stand ein älterer Herr. Er fragte, ob der Herr Pfarrer da sei und ob er sich einmal etwas Zeit für ihn nehmen könne? Als wir unter vier Augen waren und er sicher war, daß sich in diesem Raum auch keinerlei elektrische Geräte und Telefon-Anschlüsse befanden, gab er sich mir zu erkennen. Zuerst aber fragte er noch nach, ob ich tatsächlich ordiniertes Pfarrer sei und unter gesetzlicher Schweigepflicht stehe. Dem war so ... und nun vergingen die Stunden wie im Flug. ...

Ich kannte den Mann nicht und sah ihn auch nie wieder. Das war 1991 in der gerade aufgelösten DDR. Doch wieso erzähle ich das? Gern lüfte ich euch das Geheimnis. Die Tatsache, daß am 1. Oktober 2022 die Bundeswehr in Deutschland für den Einsatz im Inneren neu strukturiert und unmittelbar dem Verteidigungsminister unterstellt wurde, schreckte mich auf, und plötzlich stand dieser Mann wieder vor mir! Weder kannte ich seinen Namen noch könnte ich ihn beschreiben, und am Leben wird er auch nicht mehr sein. Er gehörte nämlich genau zu so einer Sondereinheit für Inlandseinsätze.

An jenem Nachmittag wollte er mir gegenüber einmal sein Gewissen bereinigen. Er schüttete sein Herz aus, und es wollte gar kein Ende mehr nehmen! Er beschrieb mir stundenlang seinen Berufsalltag und wie er einmal als Fallschirmjäger den Befehl bekam, massenweise unschuldige Menschen hinterhältig umzubringen! Das sah der Staat damals als geboten, denn der "innere Landes-Frieden" war in Gefahr! Es geschah im Frühling 1968 in Prag und lag schon 23 Jahre zurück. Seitdem kam er nie mehr zur Ruhe! Er mußte es heute unbedingt ans Licht bringen! Jetzt konnte er es endlich wagen, denn die DDR gab es nicht mehr!

Und heute, 31 Jahre später, wachen meine Enkelkinder im "Westen" des Nachts auf, weil sie Schreie und Schüsse hören. Sie wohnen neben einer stillgelegten Kaserne der Bundeswehr, wo der Häuser- und Nahkampf trainiert wird. Mir will das Herz im Leib zerspringen! Ich komme mir vor, als wache ich aus einem Alptraum auf und sehe schon wieder die nächste

Diktatur!

Als wenn Honeckers Trupp nur lange in der Umkleide war und jetzt mit Bundeswehr-Kampfausrüstung erneut vor mir stünde. Ihr jungen Leute! Manchmal wird euch das Geld knapp und manch einer leidet auch unter Karriere-Mangel oder hat nur Lust auf Abenteuer. Dann gehörst du zur Zielgruppe: Die Bundeswehr sucht gerade DICH! Darum stehe ich heute an deiner Haustür und frage, ob du mal etwas Zeit hast für mich?

Will dich heute nur warnen, daß es dir nicht erst wie jenem Mann ergehen muß, der an meiner Haustür stand und auf Befehl hin morden mußte! Weil wir Menschen aber geborene "Verdrängungskünstler" sind und es uns immer "schön reden" - lege ich noch eines obendrauf. Wer meint, dies könnte sich nicht in einer Demokratie wiederholen, den erinnere ich nur an das Bild, wie im vorigen Jahr vier Bundespolizisten mit Helmen und kompletter Kampfausrüstung auf einer wehrlosen Frau knieten, weil sie an einer Corona-Demo in Berlin teilnahm. Daß sich derartige Szenarien in meiner zweiten Lebenshälfte - und das in der Bundesrepublik - wiederholen würden, hätte ich für unglaublich gehalten!

"Deutschland, Deutschland - gedenk ich deiner in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht!" Heinrich Heine - aus: "Ein Wintermärchen" 1844.

A. F. Pfarrer in (Un) Ruhe (der Redaktion bekannt) ...<<

Großbritannien: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 12. November 2022 (x1.232/...): >>Fehlgeleiteter Vordenker

Der Philosoph Bertrand Russell wird bis heute als Pazifist und großer Menschenfreund gefeiert - tatsächlich war er weder das eine noch das andere.

Von *Tom-Oliver Regenauer*

Wer solche Pazifisten hat, braucht eigentlich gar keine Kriegstreiber mehr. Bertrand Russell, Angehöriger der britischen Oberschicht, war zwar gegen den Ersten Weltkrieg, schon im Zweiten hetzte er aber massiv gegen die Sowjetunion und forderte einen westlichen Präventivschlag gegen die Großmacht. Eine derartige Mentalität kommt uns Heutigen bekannt vor. Russell war keinesfalls ein sozialer Humanist, sein Denken war von elitären und zentralistischen Vorstellungen durchdrungen. Mehr oder minder schwebte ihm eine Weltregierung vor, die unter anderem die Bodenschätze der Erde verwalten und nach dem Gusto einer Führungsriege alle verteilen sollte.

Es gibt in Russells Schaffen eine Menge menschenverachtender Zitate. Es ist schön, manchmal eine historische Persönlichkeit zu verehren; hierfür empfiehlt es sich aber, nicht nur oberflächlich das Image eines Menschen zu reproduzieren, sondern sich genauer mit seinen Schriften und seinem Leben auseinanderzusetzen. Unser Autor hat das getan. Dieser Artikel ist der erste Teil einer losen Reihe von Porträts, die mittels historischer Kontextualisierung und eines genaueren Blicks auf einflußreiche Personen der Vergangenheit versuchen will, Entwicklungen der Gegenwart in einem klareren Licht erscheinen zu lassen.

Obwohl im Verlauf der zurückliegenden Dekade überdeutlich wurde, daß der Nationalstaat längst entmachteter ist und die Regierungsgewalt - direkt wie indirekt - an supranationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (UN) übereignet wurde, glauben nicht wenige noch immer daran, daß sie den sozioökonomischen Herausforderungen dieser Tage mit Widerstand gegen die hiesige Regierung beikommen könnten.

Die als "Verschwörungstheorie" verpönte Weltregierung ist aber bedauerlicherweise schon Realität. Seit Langem. Denn auch wenn die nationalstaatlichen Machtapparate weiterhin als Exekutive fungieren und unbeirrt die hanebüchene Posse von der repräsentativen Demokratie zum Besten geben, definieren sie schon lange nicht mehr die Strategie, an der sich wirtschaftliche, soziale oder politische Transformationsprozesse orientieren.

Der Status quo, die Zeitenwende, das New Normal, Stakeholder-Kapitalismus - all diese Marketingbegriffe stehen für ein und dasselbe: Die Realisierung totalitärer, imperialistischer und

von Eugenik geprägter Herrschaftskonzepte, die einflußreiche Denker bereits im ausgehenden 19. und angehenden 20. Jahrhundert zu Papier brachten.

Daher lohnt es sich, besagten Zeitraum und Personenkreis hin und wieder genauer unter die Lupe zu nehmen. Denn ein Blick in die heutzutage oft negierten Schriften dieser Zeit belegt, daß die derzeitigen Entwicklungen keinesfalls organischer Natur, Fügung, Schicksal oder Zufall sind, sondern die Ergebnisse kalkulierten, supranationalen Machtstrebens. Im Lichte einhundert Jahre alter Ideen zur Steuerung der menschlichen Zivilisation gewinnt das chaotisch-dystopische und von Informationsflut verklärte Bild einer disruptiven Postmoderne scharfe Konturen.

Der Auftakt einer losen Reihe entlarvender Porträts mit dem Titel "Gestatten", die idealerweise zur weiteren Recherche animieren, widmet sich Bertrand Russell, einer vermeintlichen Leitfigur des Pazifismus. Der 1872 in Wales geborene Brite betätigte sich laut einschlägiger Enzyklopädien vor allem als Philosoph, Mathematiker und Logiker.

Im Jahr 1950 wurde ihm der Nobelpreis für Literatur verliehen. Zunächst jedoch verlebte er eine einsame Jugend. Denn sowohl seine Eltern als auch seine Schwester starben an damals gängigen Krankheiten, als Russell gerade einmal drei Jahre alt war. So wuchs er zusammen mit seinem Bruder bei den Großeltern auf.

Dort wurden die Kinder von einem atheistischen Hauslehrer unterrichtet. Eine öffentliche Schule durften sie nicht besuchen, da man den Nachwuchs vor dem Einfluß der Religion abschirmen wollte, die im Hause Russell als schweres Übel betrachtet wurde. Als auch der Großvater im Jahr 1878 und sein Bruder im Jahr 1931 starben, erbte Bertrand Russell den Titel der männlichen Linie der Familie und wurde zum "Earl".

Dank eines Stipendiums konnte der 28-jährigen Russell an der Universität von Cambridge Mathematik studieren, von 1890 bis 1894. Anschließend erhielt er ein Fellowship der Universität, das ihm ermöglichte, dort bis 1901 ohne bindende Verpflichtungen forschen zu können. Danach widmete er sich, lediglich kurz unterbrochen von einem Intermezzo als Botschaftsmitarbeiter in Paris, der theoretischen Arbeit als Mathematiker, Philosoph und Schriftsteller. Wenig später verfaßte Russell mit der von 1910 bis 1913 in mehreren Teilen publizierten "Principia Mathematica" eines der bedeutendsten Werke des 20. Jahrhunderts auf diesem Gebiet.

Darüber hinaus veröffentlichte er im Lauf seines Lebens eine Vielzahl von Büchern, Essays, Pamphleten und Briefwechseln, die in der Öffentlichkeit sein Bild bis heute prägen. Russell war Atheist und kritisierte jedwede Form religiöser Überzeugung. Für den Sozialismus konnte er sich dagegen begeistern. Speziell für den sogenannten Gildensozialismus.

1922 und 1923 kandidierte er für die im Jahr 1900 gegründete, sozialdemokratische "Labour Party", eine der drei großen Parteien des Vereinten Königreiches. Allerdings ohne Erfolg. So unterrichtete er an der Cambridge University, der London School of Economics, der Harvard University und der Universität von Peking.

Weder Pazifist noch Sozialdemokrat

"Die Menschen werden ignorant geboren, nicht dumm. Sie werden dumm gemacht von ihrer Bildung", schreibt er 1946 auf Seite 578 seines Buches "Geschichte der westlichen Philosophie - Sammleredition".

Fokussiert man diese weithin bekannten Informationen zu Bertrand Russells Lebenslauf, regen sich verständlicherweise kaum Zweifel am Image der vermeintlichen Ikone. Denn allzu oft wird in der medialen Darstellung unterschlagen, daß der 1970 verstorbene Brite weder Pazifist noch Sozialdemokrat war.

Gegen den Krieg sprach er sich nur zu Zeiten des Ersten Weltkrieges aus. Schon während des Zweiten Weltkrieges wollte er vom Pazifismus nichts mehr wissen. Im Gegenteil forderte er nach Kriegsende einen vernichtenden Präventivschlag gegen die Sowjetunion, die zu diesem

Zeitpunkt noch keine Atomwaffen besaß. Nach eigener Aussage, um die menschliche Zivilisation vor einem nuklearen Holocaust zu bewahren.

Diese argumentative Position erinnert an die heutigen Rechtfertigungsversuche für das konstante Weiterdrehen der Eskalationsspirale im Rahmen der Ukraine-Krise. Auch die NATO, das nordatlantische "Verteidigungsbündnis", wie sich der wertewestlich-imperialistische Expansionsapparat euphemistisch nennt, begründet ihren Konfrontationskurs gegenüber Putin mit Friedenssicherung.

Rußland muß vernichtet werden, bevor es uns vernichten kann - so die Handlungsdoktrin.

Eine Strategie, deren geoökonomische Dimension die wenigsten wahrnehmen - oder wahrhaben wollen. Daß Krieg ein gutes Geschäft für die internationalen Bankenkartelle sowie den militärisch-industriellen Komplex ist, leuchtet selbst manchem Befürworter des aggressiven NATO-Kurses noch ein.

Daß eine militärische Auseinandersetzung nicht zum Ziel hat, einen Sieg zu erringen, sondern meist anhaltende Destabilisierung spezifischer Regionen das gewünschte Resultat ist, erscheint den meisten allerdings unrealistisch. Denn sie gehen weiterhin davon aus, daß die 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN) autonom entscheiden und agieren.

"Euer Gehorsam ist grenzenlos, und er wird, daß ich es euch nur sage, von Tag zu Tag unverzeihlicher" (Thomas Mann).

Bis zu einem gewissen Grad ist dies selbstredend auch der Fall. Doch wie die COVID-Krise bereits erkennen ließ, setzen sich Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) mit Leichtigkeit über nationale Gesetzgebung hinweg, wenn entsprechende Szenarien eintreten und von den UN-Mitgliedsstaaten vertraglich abgestimmte Ausnahmeregelungen greifen. So formt sich der institutionelle Globalismus um die Narrative einer segregativ denkenden Deutungselite.

Thema der Stunde

Nach dem Zweiten Weltkrieg ging es um internationalen Frieden, was die Gründung der UN im Jahr 1945 rechtfertigte. Nach der Veröffentlichung von "The Limits to Growth" dem Klima-Apokalypse-Manifest des Rockefeller'schen und in Winterthur (Schweiz) ansässigen "Club of Rome", war ab 1972 der Umweltschutz das Thema der Stunde. Dies wiederum gab im Jahr 1988 den Ausschlag, in Genf (Schweiz) das IPCC zu gründen (Intergovernmental Panel on Climate Change), einen "zwischenstaatlichen Ausschuß für Klimaänderungen".

Dieser beansprucht - und besitzt - seither die alleinige Deutungshoheit, das Primat und Diktat in Sachen menschengemachter Klimawandel. Obwohl im Zuge des Climategate-Skandals bereits 2009 deutlich wurde, daß die entsprechenden Klimamodelle manipuliert sind und für die Durchsetzung politischer Ziele mißbraucht werden.

So nimmt diese demokratisch nicht legitimierte Unterorganisation des 1972 gegründeten UNEP (Umweltprogramm der Vereinten Nationen) massiv Einfluß auf den Lauf der Welt. Denn ohne deren von Mal zu Mal panischer werdende Berichte gäbe es weder eine "Green Economy" noch einen "Net-Zero-Kurs" in Sachen CO₂, der mittlerweile praktisch auf jeden Aspekt der menschlichen Existenz Einfluß nimmt.

Auf diese Art fördern Krisen und militärische Konflikte stets die Erstarkung der "Global Governance" - dem neofeudalistischen Konstrukt korporatistischer Technokratie, das von der UN, ihren 17 Sonderorganisationen sowie einer Armada an Nichtregierungsorganisationen und Thinktanks konzipiert und ideologisch unterfüttert wird, um sich in einer unheiligen Symbiose von Konzern-Oligarchie und Staatsmacht zu manifestieren.

Daß genau diese gesichtslose internationale Organisationsform seit mindestens 100 Jahren das langfristige Ziel angloamerikanischer Finanzeliten war, zeigen neben einer Vielzahl renommierter Autoren wie Carroll Quigley oder Antony C. Sutton auch Original-Dokumente von Cecil Rhodes, Henry Ford, John D. Rockefeller oder der UNESCO.

Und eben auch jene weniger bekannten Arbeiten von Bertrand Russell, die in den Literaturlisten offizieller Lobhudelei gerne unterschlagen werden. Denn Verve entwickelte der kauzige Waliser Denker vor allem dann, wenn es um globale "Top-Down-Lösungen" für soziale, politische oder finanzielle Herausforderungen ging.

Daß Russell sich nicht unbedingt dem Gemeinwohl verpflichtet fühlte, legen seine Mitgliedschaften in feudal-elitären Organisationen nahe.

Er war unter anderem Teil der Cambridge Apostels, einer bis anhin aktiven Geheimgesellschaft intellektueller Kreise der Universität von Cambridge, sowie der Fabian Society (Fabianische Gesellschaft), einer sozialistischen Gruppierung, die sich gemäß Leitlinie des Fabianismus auf die "Weiterentwicklung sozialistischer Ideen durch beständige Einflußnahme auf mächtige intellektuelle Kreise und Gruppen" fokussiert.

Das Ziel: soziokulturelle Evolution, anstatt Revolution. Die Verfassung der Fabianischen Gesellschaft wurde vom Eugenik-Enthusiasten George Bernard Shaw zu Papier gebracht. Da auch der von kontrollierter Zucht des Homo sapiens angetane Schriftsteller H. G. Wells Mitglied der Fabianer war, kann davon ausgegangen werden, daß sich Bertrand Russell nicht unbedingt in Gesellschaft ausgewiesener Humanisten befand.

Denn die "Fabian Society" machte von Beginn an deutlich, daß sie an der zentralistisch koordinierten Optimierung des Menschen interessiert war, wie Sören Niemann-Findeisen in seinem Buch "Weeding the Garden: Die Eugenik-Rezeption der frühen Fabian Society" aus dem Jahr 2004 detailliert beschreibt.

Verblüffende Ähnlichkeiten

Bertrand Russells Weltsicht gründet denn auch auf der Erhöhung, dem intrinsischen Herrschaftsanspruch einer herrschenden Klasse Auserwählter über das einfache Volk. Das zeigen seine beiden Bücher "Principles of Social Reconstruction" (Prinzipien sozialer Rekonstruktion, 1916) und "The Scientific Outlook" (Der wissenschaftliche Ausblick, 1954).

Ersteres umfaßt unter anderem die Kapitel "Krieg als Institution", "Eigentum", "Bildung", "Heirat und die Bevölkerungsfrage" sowie "Religion und die Kirchen". Die Welt, die Russell in seinem 1916 veröffentlichten Buch beschreibt, gleicht verblüffend jenem Postulat eines goldenen Zeitalters "regelbasierter internationaler Ordnung", das Organisationen wie das Weltwirtschaftsforum (WEF) oder die UN im Jahr 2022 ventilieren.

Auf Seite 105 schreibt Russell:

"Um Krieg zu verhindern und gleichzeitig die Freiheit zu wahren, ist es notwendig, daß nur ein Militärstaat auf der Welt existiert; und daß bei Streitigkeiten zwischen verschiedenen Ländern gemäß der Entscheidung einer zentralen Behörde gehandelt wird. Diese Struktur bedingt natürlich einer Weltföderation, ..."

Seine Handlungsempfehlungen klingen wie die Blaupause für das supranational konstituierte Imperium der Postmoderne. 73 Seiten später im Text geht es um die Bevölkerungsentwicklung.

"In Frankreich stagniert das Bevölkerungswachstum praktisch. Und in England wird es bald so sein. Das bedeutet, daß einige Bevölkerungsgruppen schrumpfen, während andere zunehmen. Wenn keine Veränderung eintritt, werden die schrumpfenden Gruppen aussterben und die Bevölkerung wird fast vollständig aus den jetzt zunehmenden Bevölkerungsschichten wieder aufgefüllt.

Zu den schwindenden Gruppen gehören die gesamte Mittelschicht sowie die erfahrenen Handwerker. Die Gruppen, die zunehmen, sind die sehr Armen, die Trägen und Betrunknen, die Schwachsinnigen. ... Bedauerlich ist nicht der Geburtenrückgang an sich, sondern die Tatsache, daß der Rückgang in den besten Schichten der Bevölkerung am größten ist."

Das Eugenik-Archiv Kanada schreibt über Bertrand Russells Einstellung zur Eugenik:

"Er kritisierte die frühen Eugeniker dafür, daß sie die Erblehre zu sehr vereinfachten, daß sie

andeuteten, daß Reiche den Armen genetisch überlegen sind, und daß sie rassistische Stereotypen unterstützten (Russell, 1957). Russell unterstützte jedoch bestimmte Aspekte der Eugenik und glaubte, daß sie nicht außer Acht gelassen werden sollten. Er befürchtete, daß sich die Qualität der menschlichen Rasse verschlechtern würde, also unterstützte er bestimmte eugenische Praktiken (Ironsides, 2006).

Beispielsweise schrieb er, daß sogenannte schwachsinnige Personen sterilisiert werden sollten, weil sie dazu neigten, eine enorme Anzahl unehelicher Kinder zu haben, die in der Regel völlig nutzlos für die Gemeinschaft seien" (Russell, 1957, S. 259).

Nur ein Jahr nach Publikation von Russells "Prinzipien sozialer Rekonstruktion" gründete sich in New York die Technokratie-Bewegung, die seine Ideen von der Weltföderation und einem allmächtigen Militärstaat - bewußt oder unbewußt - aufgriff und weiterentwickelte. Die Technokraten ergänzten das noch leblose Organigramm von Russells Weltregierung um jene Hebel und Steuerungsprozesse, die eine globale Kontrolle über die Zivilisation der von Technologie dominierten Zukunft ermöglichen sollten. Den Prototyp dieses inhumanen Systems totalitärer Überwachung kann man heute in China "bestaunen".

Totalitäre Gesellschaftsentwürfe

38 Jahre nach seinen Vorschlägen zur soziokulturellen Evolution wird Bertrand Russell deutlicher. In "Der wissenschaftliche Ausblick" nimmt er 1954 explizit Bezug auf die Konzepte von Howard Scotts Technokratie-Bewegung, wenn er nicht mehr von Staaten und Regierungen spricht, sondern von "zentralistischer, wissenschaftlicher Regierung", von Scientific Dictatorship, und der "Weltregierung", anstatt einer "Weltföderation".

Russell redet kollektivistischen wie totalitären Gesellschaftsentwürfen das Wort. Und auch in puncto Privateigentum und Bildung schlug er 1954 einen härteren Ton an als in seinem 1916 veröffentlichten Werk. Kurze Auszüge aus dem Kapitel "Wissenschaftliche Regierung" verdeutlichen die Stoßrichtung:

"Derjenige, der von einer wissenschaftlich organisierten Welt träumt und seinen Traum in die Praxis umsetzen möchte, sieht sich mit vielen Hindernissen konfrontiert. Da ist der Widerstand durch Trägheit und Gewohnheit. Menschen wollen so leben, wie sie es immer getan haben. ... Dann gibt es Widerstand aus berechtigtem Interesse: ein aus Feudalzeiten geerbtes Wirtschaftssystem verschafft Männern Vorteile, die nichts getan haben, um sie zu verdienen. ... Neben diesen Kräften gibt es auch feindliche Idealismen.

Die christliche Ethik steht in gewissen Grundzügen der Wissenschaftsethik, die zusehends reift, gegenüber. Das Christentum anerkennt die Bedeutung des Individuums und seiner Seele und ist nicht bereit, unschuldige Menschen für ein Ziel der Gemeinschaft zu opfern" (S. 240, 241).

"Die Gesellschaft von Experten, die ich mir vorstelle, wird alle bedeutenden Männer der Wissenschaft einschließen, mit Ausnahme einiger dummer, anarchischer Spinner. Sie wird als einzige Macht die neueste Waffentechnik besitzen und Bewahrer aller neuen Geheimnisse der Kriegskunst sein. Es wird also keinen Krieg mehr geben, da Widerstand der Unwissenschaftlichen zum offensichtlichen Scheitern verurteilt ist.

Die Expertengesellschaft wird Propaganda und Bildung kontrollieren. Sie wird Loyalität gegenüber der Weltregierung lehren und Nationalismus zum Hochverrat machen. Die Regierung, die eine Oligarchie sein wird, wird der großen Masse der Bevölkerung Unterwürfigkeit einflößen und Handlungs- sowie Befehlshoheit auf ihre eigenen Mitglieder beschränken" (S. 243).

"Wenn ... die uns vorschwebende Weltregierung entsteht, wird eine ihrer ersten Aufgaben die internationale Organisation der Produktion sein. ... Durch die Eliminierung des Wettbewerbs und die Konzentration der Produktion auf einen einzigen Konzern, könnte all diese Verschwendung vermieden werden" (S. 247).

"Rohstoffe sollten nicht denen gehören, die durch Eroberung oder Diplomatie zufällig das Territorium erworben haben, in dem sie sich befinden. Sie sollten einer Weltbehörde gehören, die sie rationieren würde ..." (S. 248)

Bertrand Russells sieben Jahrzehnte alte Konzepte ähneln jenen der Vereinten Nationen oder des Weltwirtschaftsforums auf verblüffende Art und Weise. Nur macht Russell keinen Hehl daraus, auf welche Regierungsform das hinausläuft. Während Klaus Schwab, der Chef des WEF, angestrengt versucht, das Publikum mit linguistischen Seiltänzen und Strohmann-Argumenten vom Kern seiner Aussagen abzulenken.

Russells totalitäre Visionen - wie auch jene der Technokratie-Bewegung - scheinen dieser Tage Realität zu werden. Auch wenn derzeit noch mehr als ein Konzern existiert und Rohstoffe bislang nicht von einer Weltbehörde verwaltet werden.

Durch die Konzentration des Kapitals in einer Handvoll Vermögensverwaltungen, die wiederum jedes börsennotierte Unternehmen beeinflussen oder kontrollieren, die hausgemachte Energiekrise, mit den daraus resultierenden Lieferkettenprobleme und einem ausgeprägten Korporatismus sind wir aber wohl nicht mehr allzu weit von diesem Szenario entfernt. Die schleichende Machtergreifung von UN, WHO, Weltbank, IWF und Co. nimmt mit jeder Disruption mehr Fahrt auf und macht autonome Staaten de facto obsolet.

Das schillernde Gewand der Postmoderne

Und auch die reproduktionsmedizinischen Ideen von Bertrand Russell und seiner "Fabian Society" tragen Früchte. Sie assimilieren Gesundheitswesen und Zivilgesellschaft unter euphemistischen Labels wie "Biosoziale Forschung", Bioethik, Transhumanismus, Demographie-Forschung, "Planned Parenthood" oder "Queer-Bewegung". Kontrollierte Zucht des Homo sapiens und Abschaffung des Individuums im schillernden Gewand der Postmoderne.

Nicht umsonst steht die Forschung am menschlichen Genom sowie dessen Optimierung für die Zeitenwende heute im Fokus der Financiers des von Fördermitteln usurpierten Wissenschaftsbetriebes.

Man scheint sich an den Konzepten fragwürdiger Vordenker des angehenden 20. Jahrhunderts zu orientieren. Im Kapitel "Wissenschaftliche Reproduktion" seines 1954 veröffentlichten Buches "Der wissenschaftliche Ausblick" beschreibt Russell diese wie folgt:

"Wenn die gleichzeitige Regulierung von Quantität und Qualität in Zukunft ernst genommen wird, können wir damit rechnen, daß in jeder Generation etwa 25 Prozent der Frauen und etwa fünf Prozent der Männer als Eltern der nächsten Generation ausgewählt werden. Der Rest der Bevölkerung wird sterilisiert, was ihre sexuellen Freuden in keiner Weise beeinträchtigen wird. ... Väter hätten natürlich nichts mit ihren eigenen Kindern zu tun. Auf fünf Mütter würde im Allgemeinen nur ein Vater kommen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß er die Mütter seiner Kinder nie gesehen hätte.

Das Vaterschaftsgefühl würde damit vollständig verschwinden. Wahrscheinlich würde mit der Zeit dasselbe, wenn auch in etwas geringerem Ausmaß, in Bezug auf Mütter passieren. Wenn die Geburt vorzeitig eingeleitet und das Kind bei der Geburt von seiner Mutter getrennt würde, hätte das Muttergefühl kaum eine Chance, sich zu entwickeln. ... Aufgrund der Sterilisation müssen Liebesaffären keine unangenehmen Folgen haben, solange sie nicht zwischen einem Mann und einer Frau stattfinden, die unsteril sind. Auf diese Weise kann den Arbeitern ein unbeschwertes und frivoles Vergnügen ermöglicht werden ..." (S. 261, ff).

Die beiden referenzierten Werke des Nobelpreisträgers böten noch eine Vielzahl derartiger, von Unmenschlichkeit durchdrungener Zitate. Die Seiten triefen geradezu vor herrschaftlicher Arroganz eines überhöhten Denkens. Daß es Russell nicht um Humanismus, Pazifismus oder Demokratie ging, ist offensichtlich.

Auch wenn die blumigen Worte seiner gefeierten Publikationen gerne diesen Eindruck erwecken. Er plädierte für neofeudale, segregative und eugenische Konzepte. Für eine totalitäre

Weltregierung, einen imperialistischen Militärstaat, geleitet von "anerkannten" Spezialisten, Vordenkern sowie von der Elite eingesetzten Gouverneuren.

Er redete einer gezielten Zucht des Menschen das Wort, deklassierte benachteiligte Bevölkerungsgruppen und sprach ihnen das Existenzrecht ab. Er rief zur präventiven Vernichtung Rußlands auf und kategorisierte Völker nach deren Kosten-Nutzen-Bilanz für jenes globale Kollektiv, das er sich für die Zukunft wünschte.

Damit war Russell Teil einer verschwiegenen Bewegung aus den Reihen der angelsächsischen Hochfinanz, die sich Ende des 19. Jahrhunderts zum Ziel gemacht hatte, die weltweite Dominanz des britischen Imperiums wiederherzustellen - und zwar in Form eines globalen, von kommunistischen Ideen geprägten Kollektivismus. Vermarkten wollte man das avisierte Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell jedoch als repräsentative Demokratie. Diese galt es über Einflußnahme auf Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in die gewünschte Richtung zu treiben. Die Mittel dazu hatte man ja.

Erhellend sind in diesem Zusammenhang nicht nur zwei Bücher von Carroll Quigley - "Tragedy and Hope" (1966) und "The Anglo-American Establishment" (1981) - oder jene von Antony C. Sutton zum Einfluß des Wall Street-Kapitals auf die jüngere Geschichte, sondern auch zwei wenig beachtete Publikationen des US-Autors John A. Stormer - "Non Dare Call it Treason" (1964) und "None Dare Call it Education" (1998).

Denn sie belegen detailliert und anhand von Originalquellen, wie angloamerikanische Interessengruppen im Verlauf des zurückliegenden Jahrhunderts die Realisierung der Visionen von Russel, Shaw, Ford, Wells, Howard Scott, Edward Bernays und anderen vorantrieben. Und zwar erfolgreich. Die Gegenwart spricht für sich.

Die finanzielle Unterwanderung des Bildungssystems, das Aufsetzen von Stipendien, die Gründung und Übernahme von Universitäten sowie ein von der Hochfinanz korrumpierter Wissenschaftsbetrieb waren der Schlüssel zur generationsübergreifenden Veränderung der Gesellschaft. Und damit des Menschen selbst.

Nicht umsonst legten die Industrie- und Finanz-Mogule des angehenden 20. Jahrhunderts besonderes Augenmerk auf den Sektor Bildung und gründeten eine Stiftung nach der anderen. Sie nahmen vor allem in den USA direkt Einfluß auf die Organisation des Bildungswesens und die Lehrinhalte. Und damit auch auf die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft. Dem Motto folgend: Geschichte schreiben die Gewinner.

So läßt sich im Rückblick eine Kontinuität in Bezug auf die geostrategische, geoökonomische und zivilisatorische Entwicklung erkennen, deren Programmatik als Zufall zu bezeichnen geradezu töricht erscheint, so offensichtlich sind die finanziellen, zeitlichen und organisatorischen Zusammenhänge.

Bemerkenswert - und bedauernswert - ist allerdings, daß sich nicht mehr Menschen des Umstandes gewahr sind, daß sie von Kasten und Netzwerken regiert werden, deren intellektuelle Vorbilder alles sind, außer Demokraten und Humanisten.

Ein Umstand, dem ein regelmäßiger Blick in die Vergangenheit, das Aufzeigen historischer Zusammenhänge sowie Hinweise auf sachdienliche Literatur unter Umständen etwas entgegensetzen kann.

"Je näher der Zusammenbruch eines Imperiums rückt, desto verrückter seine Gesetze" (Marcus Tullius Cicero).

Tom-Oliver Regenauer, Jahrgang 1978, war nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig, unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Seit Mitte der 90er-Jahre ist er zudem als Musikproduzent und Texter aktiv und betreibt ein unabhängiges Plattenlabel. Der in Deutschland geborene Autor lebt seit 2009 in der Schweiz. Zuletzt erschien von ihm "Der Elefant im Raum: Das zweite Jahr 'New Normal' un-

abhängig kommentiert". <<

13.11.2022

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. November 2022:

>>Ostgebiete: Alliierte und Warschau erzwingen Verzicht

Von *Daniell Pföhringer*

... Im Zuge der Wiedervereinigung bestätigte Deutschland die polnische Westgrenze - unter dem Druck der Siegermächte und vor dem Hintergrund von schrillen Tönen aus Warschau. Ein exklusiver Auszug aus unserer demnächst erscheinenden Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld". Unsere Antwort auf die Reparationsforderungen aus Warschau.

Mit markigen Worten unterstrich Bundesfinanzminister Theo Waigel (CSU) am 1. Juli 1989 auf dem Deutschlandtreffen der Schlesier in Hannover noch einmal die damalige Rechtslage der Gebiete östlich von Oder und Neiße.

Waigel sagte: "Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ist das Deutsche Reich nicht untergegangen. Es gibt keinen völkerrechtlich wirksamen Akt, durch den die östlichen Teile des Deutschen Reiches von diesem abgetrennt worden sind. Unser politisches Ziel bleibt die Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes in freier Selbstbestimmung."

Tatsächlich hatte die DDR schon 1950 mit dem Görlitzer Abkommen und die Bundesrepublik im Rahmen des Warschauer Vertrages 1970 die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens akzeptiert, allerdings waren solche Verträge nur bindend, solange die betreffenden Teile Deutschlands nicht wiedervereinigt waren. ...

Kohl knickt ein

Bereits vor dem Fall der Berliner Mauer, nämlich am 27. September 1989, hatte der damalige Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gegenüber seinem polnischen Amtskollegen Krzysztof Skubiszewski erklärt, daß man das Recht seines Volkes, "in sicheren Grenzen zu leben, ... weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche" in Frage stellen werde.

In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten Kanzler Helmut Kohl (CDU) und der polnische Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki am 14. November 1989 in Warschau, daß "die Unverletzlichkeit der Grenzen und die Achtung der territorialen Integrität und der Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen eine grundlegende Bedingung für den Frieden sind".

In diesem Sinne ließ Kohl dann am 21. Juni 1990 in seiner Regierungserklärung anlässlich der Billigung des sogenannten Einheitsvertrages durch den Deutschen Bundestag und die DDR-Volkskammer die Hosen runter: Man werde die "Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft", völkerrechtlich anerkennen. "Entweder wir bestätigen die bestehende Grenze, oder wir verspielen unsere Chance zur deutschen Einheit", so Kohl. ...

Druck der Siegermächte

Die Preisgabe der Ostgebiete wurde unter starkem Einfluß der Siegermächte vollzogen. Das hebt auch der Staatsrechtler Michael A. Hartenstein in seinem Buch "Die Geschichte der Oder-Neiße-Linie" hervor, wenn er schreibt:

"Dieser Druck läßt sich anhand einiger öffentlicher Aussagen führender westlicher Politiker zwischen dem Fall der Mauer und dem Abschluß der Zwei-plus-vier-Konferenz am 12. September 1990 mehrfach nachweisen. Die Regierung der Vereinigten Staaten ließ durch ihren Außenminister Baker klarstellen, daß sie von den gegenwärtigen Grenzen, innerhalb derer Deutschland sich vereinigen solle, ausgehe, und daß man sich an die Sprachregelung der 'Schlußakte von Helsinki' halten sollte, 'die davon ausgeht, daß die Grenzen in Europa unverletzlich sind und nur mit friedlichen Mitteln verändert werden sollten'."

Und weiter:

"Dies war im Wesentlichen auch die Position der Regierung Großbritanniens. Frankreich ging

über die Position der Vereinigten Staaten hinaus und verlangte über die Bestätigung der 'Unverletzlichkeit der deutsch-polnischen Grenze eine Bestätigung der 'Unantastbarkeit' dieser Grenze, das heißt, 'daß man sie nicht mehr verändern kann', eine Position, die gegenüber den Bestimmungen der von US-Außenminister Baker genannten Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Westeuropa von Helsinki von 1976 eine diskriminierende Sonderbehandlung für Deutschland vorsah."

Mit dem Zwei-plus-vier-Vertrag - eigentlich Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland - vom 12. September 1990 wurde der Verzicht dann abschließend besiegelt. Man erklärte das Abkommen zudem als Ersatz für einen Friedensvertrag konventioneller Art, wie er in Potsdam 1945 vorgesehen war. ...

Drohung aus Warschau

Der gesamte Wiedervereinigungsprozeß wurde von Warschau mit schrillen Tönen begleitet. Den Höhepunkt bildete ein Interview der niederländischen Wochenzeitung Elsevier mit dem vormaligen Gewerkschaftsführer Lech Walesa vom März 1990. In dem Gespräch drohte der wenige Monate später zum polnischen Präsidenten gewählte Politiker der Bundesrepublik unverhohlen mit Massenvernichtungswaffen. ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung". ...<<

Ungarn: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 13. November 2022: >>Großes Orbán-Interview (Folge 5): "EU muß reformiert werden"

In seinem großen Interview mit der Budapester Zeitung hat Ungarns Premier Viktor Orbán einmal mehr scharfe Kritik an Brüssel geübt. Das ist Thema des fünften Teils, den wir Ihnen heute präsentieren. ...

_ Jan Mainka im Gespräch mit Viktor Orbán

Wie stehen die Chancen, daß es bis zum Jahresende grünes Licht geben wird für die zurückgehaltenen, Ungarn zustehenden EU-Gelder?

Es handelt sich hier um eine rein politische Angelegenheit. Es geht hier nicht um Recht oder Rechtsstaatlichkeit. Es gibt innerhalb der EU drei große Parteifamilien, die eng zusammenarbeiten: die Sozialisten, die Volkspartei und die Liberalen. Die maßgeblichen Regierungsparteien von Ungarn und Polen gehören keiner der drei an. Deswegen haben diese freie Bahn für Strafaktionen gegen Ungarn und Polen. Solange die Briten noch dabei waren, gab es solche Strafaktionen nicht. Da gab es weder Rechtsstaatlichkeitsverfahren noch einen Konditionalitätsmechanismus oder eine gemeinsame Kreditaufnahme. All das wurde in ihrer Zeit nicht gewagt.

Die Briten sind nun aber leider ausgetreten. So sind wir ohne Schutz geblieben. Die Franzosen sind bei den Liberalen tonangebend. Die deutsche SPD bei den Sozialisten. Die CDU hat wiederum bei der Volkspartei das Sagen. Und da wir politische Rivalen sind, benutzen sie die EU-Institutionen nun als Waffe gegen uns. Sie bestrafen uns und erpressen uns ganz offensichtlich mit EU-Geldern.

Für all das gibt es keinerlei rechtliche Grundlage. Es handelt sich ganz einfach um Erpressung. Wir wollen aber nicht diskutieren, wir wollen kooperieren. Wenn also die EU-Kommission uns um etwas bittet, das nicht im Widerspruch zu den ungarischen Interessen steht, dann setzen wir es um. Deswegen haben wir auch kein Problem mit den 17 Punkten, um deren Umsetzung uns die Kommission gebeten hat. Die gute Zusammenarbeit wird ganz sicher nicht an uns scheitern.

Und mit der Abarbeitung dieser 17 Punkte wäre die Hängepartie um die EU-Gelder dann endgültig abgeschlossen?

Ich fürchte nein. Ich gehe davon aus, daß es im Anschluß daran immer neue und neue Wünsche an uns geben wird. Sehen Sie sich nur einmal an, wie den Polen zugesetzt wird! Sie ha-

ben alles erfüllt, was von ihnen gefordert wurde und worüber es auch eine beiderseitige Vereinbarung gab. Doch dann kamen neue Forderungen auf den Tisch, nur um den Polen die ihnen zustehenden Gelder weiter vorenthalten zu können. Ganz offensichtlich geht es darum, in Polen einen Regierungswechsel zu erzwingen. Auch in Ungarn geht es letztlich darum. Der Unterschied ist nur: In Polen gibt es im kommenden Jahr Wahlen und bei uns erst wieder in knapp vier Jahren.

Das mit den immer neuen Wünschen aus Brüssel hört sich recht kafkaesk an...

Jetzt haben wir es mit 17 Forderungen zu tun. Wir werden sie alle erfüllen. Ich kann aber schon jetzt mit Ihnen wetten, daß es gleich im Anschluß eine 18., 19. und weitere Forderungen geben wird.

Es gibt also keine Hoffnung, daß die zurückgehaltenen EU-Gelder endlich restlos fließen?

Ich gehe davon aus, daß am Jahresende die uns zustehenden Gelder freigegeben werden. Würde das nicht geschehen, dann würde das zu einer Reihe an unabsehbaren Konflikten führen. Da wir alle vorgebrachten technischen Forderungen restlos erfüllen, gäbe es bald auch keine Handhabe mehr, uns die Gelder noch viel länger zu verweigern.

Ich rechne damit, daß wir bis Ende des Jahres mit der EU die entsprechenden Verträge unterschreiben können. Ob dann aber auch wirklich irgendwann Geld fließt, kann ich Ihnen im Moment noch nicht sagen.

Ungarn kann man finanziell aber nicht in die Ecke drängen. Wir stehen auf den internationalen Geldmärkten in vielerlei Verhandlungen. Bezüglich der Energieträger verhandeln wir permanent mit Rußland. Auch mit China stehen wir in Verhandlungen. Am Ende könnte gar die kuriose Situation eintreten, daß wir gezwungen sind, die grünen Programme der EU mit chinesischen Mitteln umzusetzen.

Ist man bei EU-Gipfeln jemals diskret an Sie herangetreten und hat Ihnen eröffnet, daß sich die Probleme mit den EU-Geldern ganz leicht aus der Welt schaffen ließen, wenn Ungarn auf anderen Gebieten "etwas mehr Flexibilität" an den Tag legt, etwa hinsichtlich illegaler Migration, dem Wirken von NGOs oder dem Kinderschutzgesetz?

Das geschieht auch ganz offen. Von EU-Seite hat man nie Zweifel daran gelassen: Wenn wir uns so botmäßig verhalten würden wie die anderen, dann hätten wir auch keine Probleme mit den EU-Geldern.

Es wird also ganz offen ein Zusammenhang hergestellt zwischen technischen Fragen und der Willfährigkeit in ganz anderen Fragen?

Ja, durchaus. Das Problem sind nicht die technischen Fragen, sondern auch, wie wir beispielsweise über die EU-Integration denken. Die Brüsseler Bürokraten streben eine EU-Integration an, bei der die Souveränität der Nationen bedeutend beschnitten wird. Sie nennen diesen Prozeß "ever closer Union". Diese intelligent klingende Formulierung bedeutet aber nichts anderes, als daß immer weniger Rechte und Souveränität bei den Mitgliedsländern verbleiben und immer mehr nach Brüssel wandern.

Wir sind hingegen der Meinung, daß die EU ein Bund starker Nationalstaaten sein sollte. Wir betrachten die nationale Souveränität als einen Wert und denken gar nicht daran, diesen einfach so abzugeben. Wir wollen dort enger im Rahmen der Union zusammenarbeiten, wo wir auf diese Weise mehr für die Interessen von Ungarn tun können, als auf nationaler Ebene. Früher hieß das Subsidiarität, aber dieses Wort ist irgendwie aus der Mode gekommen.

Ein Problem ist sicher die Politisierung der EU.

Hier besteht in der Tat ein großes Risiko. Seit in der Ära Juncker angekündigt worden war, daß die Institutionen der EU politische Körperschaften seien, also keine unabhängigen, sondern politische, sind politischen Rivalitäten Tür und Tor geöffnet. Damit fingen auch unsere Probleme mit den EU-Geldern an. Solange die Institutionen neutral arbeiteten, gab es diese Probleme nicht.

Die Politisierung der europäischen Institutionen führt letztlich zur Desintegration der Union. Wenn wir nicht dazu zurückkommen, daß die Kommission eine "Hüterin der Verträge" ist, und nicht etwa eine politische Körperschaft, dann ist der Zusammenhalt der Union ernsthaft gefährdet. Der Rechtsstaatsmechanismus ist in diesem Kontext also nichts anderes als ein Desintegrationsmechanismus, ebenso wie der Konditionalitätsmechanismus und die gemeinsame Kreditaufnahme. Heute gibt es innerhalb der Union mehr Desintegrationsmechanismen als Integrationsmechanismen. Wenn wir das nicht ändern, dann wird es bald gewaltig knirschen im Gebälk der EU.

Genau das aber will der angebliche EU-Feind Orban verhindern?

Ich bin der festen Meinung, daß Europa mit einer vernünftig organisierten EU besser fährt als ohne. Ich stehe einer solchen EU völlig positiv gegenüber. Sie beinhaltet große Möglichkeiten. Der Grundlagenvertrag der EU legt eindeutig fest, daß der Zweck der Union darin besteht, die Freiheit, die Sicherheit und den Wohlstand der Bürger der einzelnen Mitglieder zu mehren.

Für Ungarn ist nur eine solche EU sinnvoll, durch deren Mitgliedschaft wir die Freiheit, die Sicherheit und den Wohlstand unserer Bürger mehren können. Nur dann macht eine Mitgliedschaft für uns Sinn, wenn dieser Vereinszweck verwirklicht wird.

Wenn wir jedoch in Richtung Desintegration gehen, dann ist das für alle Mitgliedsstaaten schlecht. Ich hoffe, daß die EU wieder auf den richtigen Pfad zurückfindet. Wir sind für ein umfassende Reform der EU. Unsere Stimme befindet sich jedoch in der Minderheit, wir können lediglich mit einem Legitimitätsargument punkten. Ich bedauere es sehr, daß unsere Gegner, statt vernünftig mit uns zu reden, uns lediglich permanent als angebliche EU-Feinde an den Pranger stellen.

Dabei sehen Sie sich als Kämpfer für eine vernünftig organisierte EU!

Ganz genau. Die ständigen Unterstellungen, daß wir EU-Feinde wären, entbehren jeglicher Grundlage. Genau das Gegenteil dieser Unterstellungen ist wahr. Die EU oder gar unsere EU-Mitgliedschaft stehen für uns nicht zur Disposition. Unsere Anstrengungen richten sich lediglich darauf, um welche Union es geht. Wir streben eine Union an, die in der Lage ist, adäquat auf die zahlreichen Herausforderungen der Gegenwart zu reagieren.

Was das betrifft, so gibt die gegenwärtige EU derzeit ein recht trauriges Bild ab. Sie ist weder in der Lage, ihre Grenzen zu schützen, noch ihre Sicherheit zu garantieren. Sie ist unfähig, die Konflikte in ihrer Nachbarschaft zu bereinigen. Auch kann sie auf dem gemeinsamen Markt keinen fairen Wettbewerb sicherstellen. Wenn Polen und Ungarn ihnen zustehende EU-Gelder bewußt verwehrt werden, dann führt das unweigerlich auch zu einer Verzerrung des Wettbewerbs. Summa summarum: Derzeit erlebt die EU nicht gerade ihre besten Tage.

Wer das aber anspricht, wird rasch zum Paria ...

Leider hat sich in Europa die Praxis breitgemacht, daß nicht die zahlreichen Fehler der EU das eigentliche Problem darstellen, sondern derjenige, der sie anspricht. ...

Dieses Interview erschien zuerst in der Budapester Zeitung und wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ... <<

14.11.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 14. November 2022:

>>GEZ-Sender gegen Musk: Meinungsfreiheit ist totalitär

Von *Karel Meissner*

Das ZDF hetzt in der heute-show gegen Elon Musks Einsatz für Meinungsfreiheit, vergleicht ihn mit Goebbels und dessen Rede im Sportpalast. Schluß mit GEZ-Propaganda und Zwangsgebühren. Weitere skandalöse Fälle finden Sie in COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt - Argumente gegen die Staatsmedien".

Die Umdeutung dessen, was "links" und was "rechts" ist, wurde um einen weiteren Aspekt

bereichert: Die individuelle Freiheit. Früher galten Rechtskonservative als autoritär, die im schlimmsten Falle sogar einen Führer verlangten, während Linke die freie Entfaltung für sich gepachtet haben wollten. Diese Aufteilung ist endgültig passé.

Das belegen aktuelle Bücher wie "Klimarassismus: Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende" von Matthias Quent und Christoph Richter. Laut dem Autoren-Duo übertreiben "Rechte" angeblich die Forderung nach individueller Freiheit gegenüber Einschränkungen, die doch nur dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Beispiel: die Querdenker, die diktatorische Regierungsmaßnahmen kritisierten. Oder Autofahrer, die ihren Motor-Spaß gegenüber dem Klima-Reset durchsetzen wollen.

Kurzum: Freiheitsforderungen sind ab sofort rechts, antisozial und böse. Folglich störte sich kein Mainstream-Medium daran, als auf dem letzten WEF-Forum in Davos die australische "eSafety-Kommissarin" Julie Inman Grant eine "Rekalibrierung (Überprüfung) der Menschenrechte" forderte, darunter auch vom "Freedom of Speech" (Redefreiheit). Soziale Netzwerke haben den ohnehin schon abgeschafft.

Statt dessen hallte ein Aufschrei durch die Wokeness-Blase, als der Unternehmer Elon Musk die Nachrichten-Plattform Twitter übernahm und künftige Meinungsfreiheit versprach. Diese Empörungswelle findet im GEZ-Sender ZDF einen tüchtigen Unterstützer. Ein Tweet der "Satire-Sendung heute-show" trägt die Überschrift: "Dank Elon Musk darf jetzt wieder jeder alles sagen auf Twitter! Totale Meinungsfreiheit!"

Darunter eine Bildmontage: Elon Musk vor einem NS-Aufmarsch, wobei das Hakenkreuz auf den Fahnen gegen den Twittervogel ausgetauscht wurde. Dazu die Frage "Wollt ihr den totalen Tweet?"

- eine Anspielung auf die rhetorische Frage "Wollt Ihr den totalen Krieg?" von Propagandaminister Goebbels im Berliner Sportpalast. Musk gleich Goebbels und Meinungsfreiheit gleich Krieg. So funktioniert staatsstreu Satire im 21. Jahrhundert.<<

[>>Planung und Orchestrierung der Massenmigration durch die UN](http://Der_Internet-Blog_\)

Von *Herbert Ludwig*

Aus den Aussagen afghanischer Migranten, die auf dem Weg in die USA in Guatemala ankamen, ergibt sich, daß Mitarbeiter der Vereinten Nationen und anderer Hilfsorganisationen sie mit Karten, Informationen und sicher auch Geld versorgen, um durch Nicaragua, Honduras und schließlich Mexiko illegal in die USA zu gelangen. Zusammen mit vielen programmatischen Stellungnahmen hoher UN- und auch EU-Vertreter in den zurückliegenden Jahren muß man zu dem Schluß kommen, daß die derzeitige Massenmigration ein großangelegtes und zentral orchestriertes Unternehmen ist, westliche Staaten im wahrsten Sinne des Wortes kulturell zu unterwandern.

Afghanen in Guatemala

Der Wissenschafts-Blog ScienceFiles stellte kürzlich grundsätzliche Überlegungen zur Migration aus fernen Ländern an. Wie kommen z.B. arme Afrikaner aus Akieni in Gabon, Zentral-Afrika, nach Bremen? Durch die Sahara nach Libyen und von dort nach Italien?

"Es ist gar nicht so einfach, ein kleines logistisches Wunderwerk, von Gabon nach Libyen und weiter nach Italien zu kommen. Wer hilft Ihnen dabei? Wer gibt Ihnen, schlecht bezahlt wie Sie nun einmal sind, das notwendige Geld für die Reise? Wer stattet Sie mit den notwendigen Informationen, Zugängen zu Schleusern, Material und Ausrüstung für die Reise aus?"

Um einen kleinen Eindruck zu vermitteln: Wenn Sie beschließen, von Bremen nach Peking zu migrieren, dann sind das rund 1.000 Kilometer weniger als von Akieni nach Bremen."

Oder wie komme man von Afghanistan in die USA? Zunächst nach Südamerika, Nicaragua, Honduras, Venezuela, Guatemala, Mexiko in die USA? In Guatemala formiere sich derzeit ein Zug aus tausenden Migranten, die meisten davon aus Venezuela, die sich auf den Weg in

die USA machen wollten.

"Wie kommen so viele Menschen aus so großer Entfernung an ein und demselben Platz in Guatemala zusammen? Gar nicht einfach, ohne eine zentrale Stelle, die die entsprechenden Informationen bereitstellt, eine Stelle, die über diffundierte (eingedrungene) Agenten an den unterschiedlichsten Plätzen dieselben Informationen über denselben Ort, von dem aus der selbe Weg in die USA genommen werden kann, verteilt."

Wie kommen die in jeder Hinsicht Ortsfremden, die zudem mit erheblichen Sprachproblemen konfrontiert seien, an Informationen, die ihnen dabei helfen, die Entfernung zwischen Guatemala und den USA zielsicher zu überwinden? Und wie seien sie in erster Linie nach Guatemala gelangt?

Einige dieser Fragen beantwortete ein gerade im Daily Caller (DC) veröffentlichter Beitrag. Journalisten des DC hätten in Guatemala angekommene afghanische Migranten nach ihrer bisherigen und ihrer zukünftigen Reise befragt und sich vor allem dafür interessiert, wer sie in die Lage versetzt habe, von Südamerika aus in die USA zu reisen.

Die Journalisten schreiben: "Die Vereinten Nationen und andere Hilfsorganisationen informieren Migranten aus der ganzen Welt, wie sie in die Vereinigten Staaten gelangen können, um die Grenze illegal zu überqueren, so sechs Migranten aus Afghanistan gegenüber der Daily Caller News Foundation, nachdem sie in Guatemala aufgegriffen wurden.

Die Migranten sagten, daß sie vor ihrer Ankunft in Guatemala von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen mit Karten versorgt wurden, die ihnen den Weg nach Mexiko wiesen, damit sie die südliche Grenze der Vereinigten Staaten erreichen können. Die Männer waren sechs von 16 Afghanen in der Haftanstalt für ausländische Migranten in Guatemala-Stadt.

'Sie gaben uns eine Karte', sagte einer der afghanischen Männer. 'Die Karte reichte bis nach Mexiko. Die Vereinigten Staaten gab es nicht. Aber sie sagten uns, wie wir diese Grenzen überqueren können', erklärte einer der afghanischen Migranten. 'Aber sie haben uns gesagt, wie wir zur US-Grenze kommen', fügte er hinzu." ...

Die Gruppe zahlte in jedem Land entlang des Weges, um zum nächsten nördlichen Ziel auf ihrem Weg in die USA durchzukommen.

'Nach Nicaragua gibt es ein Einwanderungsverfahren, bei dem sie 150 Dollar von dir verlangen. Wir gingen hin und gaben 150 US-Dollar für die Einwanderung und überquerten eine weitere Grenze bis nach Honduras. Uns wurde gesagt, daß es auch in Honduras ein Einwanderungsverfahren gibt', so der erste afghanische Flüchtling gegenüber dem DCNF.

'Also gingen wir hin und gaben unsere biometrischen Daten in allen Verfahren an, die wir gemacht haben. Und dann sind wir wieder in ein anderes Land gezogen', fügte er hinzu."

Zumindest ein Teil des Rätsels, das die Afghanen und andere, die aus Südamerika ihren Weg in die USA finden, umgebe, sei damit gelöst, schreibt SienceFiles. Mitarbeiter der Vereinten Nationen und anderer Hilfsorganisationen übernähmen die Logistik, versorgten die Migranten mit den Informationen, die sie benötigen, um auf ihrem Weg in die USA problemlos durch Nicaragua, Honduras und schließlich Mexiko zu gelangen. Die Frage, wer die notwendigen Geldmittel zur Verfügung gestellt habe, müsse man wohl nicht mehr extra stellen.

Es gebe keinen Grund anzunehmen, daß Migration aus Afrika ohne Zutun der UN und anderer Hilfsorganisationen funktioniere. Also müsse man zu dem Schluß kommen, daß die derzeitige Süd-Nord-Migration ein großangelegtes und zentral orchestriertes Unterfangen sei, ein Versuch, westliche Staaten im wahrsten Sinne des Wortes kulturell zu unterwandern.

Daß Migration zunehmend als Waffe eingesetzt werde, um die Bevölkerung in westlichen Staaten unter Druck zu setzen, sei ein offenes Geheimnis. Da die Migranten zunehmend als "Klimaflüchtlinge" verkauft würden, müsse man sich auch nicht fragen, welche Agenda hinter dem Anschlag auf die westliche Zivilisation stehe.

Doch es gibt noch eine andere Agenda.

Merkwürdige Machenschaften der UNO schon früher

2015, als die große Migrantenfut über Deutschland hereinbrach, die gegenwärtig durch die fortgesetzt grundgesetzwidrige Politik der herrschenden Parteien noch schleichend übertroffen zu werden scheint, wurde bekannt, daß die UNO ihre Hilfe für die regionalen Flüchtlingslager in den Kriegs- und Krisengebieten drastisch reduziert hatte.

Nach Angaben des Flüchtlingskommissars der UN befanden sich fast zwei Millionen syrische Flüchtlinge in Lagern in der Türkei, 1,2 Millionen in Jordanien, 600.000 im Jemen, 250.000 im Irak und 250.000 in Ägypten. Die zur Verfügung stehenden Finanzmittel seien jedoch gegenüber 2014 um zehn Prozent gefallen, man habe Essensrationen kürzen und Kliniken schließen müssen.

Allein im Monat August hätten durch die Knappheit an Finanzmitteln 184 Kliniken geschlossen werden müssen, drei Millionen Iraker seien nunmehr ohne medizinische Versorgung. Der syrische Flüchtlingsplan benötige eigentlich die veranschlagten 1,3 Milliarden Dollar, es seien aber nur 35 Prozent dieser Summe eingegangen.

Besonders die Situation im Libanon und in Jordanien sei unerträglich und "treibe frische Flüchtlingswellen nach Europa." Das treffe auch somalische und sudanesishe Flüchtlinge in Kenia, so der Bericht. "Kombiniert mit der Unmöglichkeit in ihre Heimatländer zurückzukehren, haben diese verschlechterten Bedingungen signifikant zum Ansteigen der Flüchtlingszahlen Richtung EU beigetragen."

Doch warum begannen gerade zu diesem Zeitpunkt die UN-Gelder zu versiegen? Zufall?

Hilfe durch NGOs

Am 20.9.2015 berichtete die Epoch Times:

"Steckt mehr hinter den Flüchtlingsströmen als wir bisher wußten, oder man uns wissen ließ? Gibt es ein Interesse am Mißbrauch von Flüchtlingsströmen als "Migrationswaffe", um die EU - und besonders Deutschland - zu destabilisieren? Ein Puzzleteil entdeckten jetzt britische Reporter auf der griechischen Insel Lesbos, ein "Migranten-Handbuch" mit dem Titel "Wie komme ich am besten nach Europa". In arabischer Sprache verfaßt, dient dieser spezielle Reiseführer der Aufklärung über Reiseweg nach Europa, Rechte in den EU-Staaten, Tips über die speziellen Sozialsysteme und wie man sie anzapft.

Telefonnummern, Reiserouten, Landkarten und Ratschläge auf dem Weg in die EU bereichern die kleine Broschüre. Als Finanzier und Herausgeber identifizierten die Journalisten die Organisation "W2EU", eine Nichtregierungsorganisation (NGO) die zum Open-Society-Netzwerk des US-Milliardärs George Soros gehört."

Es läge danach auch ganz in der Intention von Soros, daß die Wanderer unterwegs Zugang zu öffentlichen Informationen hatten, um auf der Höhe des Geschehens zu sein. Die erstaunliche Tatsache, daß die überwiegend jungen Armutsmigranten alle mit z.T. teuren Handys ausgestattet waren, legt daher die Vermutung nahe, daß das Netzwerk von Soros hier bei der Anschaffung behilflich war. Auch ist es nicht vorstellbar, daß die zahllosen armen Migranten die bis zu 10.000 € hohen Schlepperkosten alle aus der eigenen oder der Sippenkasse zahlen konnten.

Frühe Ziele der UNO

a) Ein Licht auf Ziele der die UNO beherrschenden Eliten werfen Worte des UN-Sonderbotschafters im Kosovo, Sergio Vieira de Mello, von 1999, der ab 2002 UN-Hochkommissar für Menschenrechte und auf Fürsprache George W. Bushs UN-Sonderbotschafter im Irak war, wo er in den Nachkriegswirren am 19.8.2003 einem Bombenanschlag zum Opfer fiel. Am 4. August 1999 sagte er in einer Sendung des US-Radiosenders PBS (Public Broadcasting System): "Ich wiederhole: Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazi-Konzept. Genau das haben die alliierten Mächte im 2. Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund,

warum die NATO im Kosovo kämpfte. Und das war der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte - nämlich um ein System ethnischer Reinheit zu verhindern."

Es geht ja heute keinem Volk um die abstammungsmäßige "ethnische Reinheit", sondern um den Erhalt der kulturellen Besonderheit und Identität des Volkes. Da ist die Aufnahme von Menschen anderer Nationen und Rassen, wenn sie in Maßen mit wirklicher Integration geschieht, gar kein Problem. Das Schreckensbild des nationalsozialistischen Rassismus wird bewußt zur Begründung für die Vermischung der Völker verwendet.

b) Am 21. März 2000 veröffentlichten die Vereinten Nationen eine Studie, in der Überlegungen angestellt werden, wie dem Schrumpfen der Bevölkerung in besonders kinderarmen Ländern begegnet und deren Bestand durch eine entsprechende Migration erhalten werden könne. In der Studie heißt es: "Der Begriff Bestandserhaltungs-Migration bezieht sich auf die Zuwanderung aus dem Ausland, die benötigt wird, um den Bevölkerungsrückgang, das Schrumpfen der erwerbsfähigen Bevölkerung sowie die allgemeine Überalterung der Bevölkerung auszugleichen."

Um die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) konstant zu halten, werden in der Studie folgende jährliche Einwanderungszahlen als notwendig erachtet: für Italien 372.000, Deutschland 487.000 und die gesamte EU 1.588.000.

Um das "potentielle Unterstützungsverhältnis", d.h. das Verhältnis zwischen der Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) und der Zahl der Senioren (65 Jahre oder älter), zu erhalten, seien für Italien jährlich 2.268.000 Einwanderer, für Deutschland jährlich 3.630.000 und für die gesamte EU jährlich 13.480.000 erforderlich.

Abschließend heißt es u.a.: Die Wanderungsströme, die notwendig wären, um die Bevölkerungs-Alterung auszugleichen (d.h. um das potentielle Unterstützungsverhältnis aufrechtzuerhalten) sind extrem groß, und es müßten in allen Fällen weitaus höhere Einwanderungszahlen als in der Vergangenheit erreicht werden."

Doch die Bevölkerung in den Staaten konstant zu halten, ist überhaupt nicht notwendig. Starke Schwankungen hat es schon immer gegeben. Die Sache dient nur als Vorwand, um die wahren Ziele der Massenmigration vor der Bevölkerung zu verbergen.

c) Als einer der einflußreichsten globalen Strategen innerhalb der EU und der UNO wirkte der Ire Peter Sutherland (*25.4.1946; †7.1.2018). Er war u.a. EU-Kommissar, Chef der WTO, Chairman von Goldman-Sachs, Vorsitzender der Trilateralen Kommission Europa, Mitglied des Lenkungsrates der Bilderberger und von 2006-2017 UN-Sondergesandter für Migration. Da zeichnen sich Zusammenhänge ab.

Bei einer Befragung durch den Unterausschuß für innere EU-Angelegenheiten des britischen Oberhauses im Juni 2012 sagte er u.a.: Eine alternde oder zurückgehende einheimische Bevölkerung in Ländern wie Deutschland oder der südlichen EU sei das "Schlüsselargument - und ich zögere, das Wort zu verwenden, weil es zum Gegenstand von Angriffen wurde - für die Entwicklung von multikulturellen Staaten." Mit anderen Worten: Die Demographie ist der Schlüssel, die Massenmigration zu begründen und in Gang zu bringen, das Ziel ist die Auflösung homogener Völker und die Entwicklung multikultureller Staaten.

Am 30. September 2015 war P. Sutherland zu einer Tagung über das Thema "Eine globale Antwort auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum" in den US-Think Tank "Council on Foreign Relations" geladen. Dort sagte er u.a.:

"Aber die Tweets (auf Twitter), die ich erhalte, sind absolut furchtbar. Aber je furchtbarer sie sind, desto mehr Spaß macht es mir, denn jeder Idiot, der sie liest oder Nicht-Idiot, der sie liest, der daherkommt und mir sagt, daß ich dazu entschlossen wäre, die Homogenität der Völker zu zerstören, hat verdammt nochmal absolut recht! ("dead bloody right") Genau das habe ich vor! (Applaus, Gelächter). Wenn ich es morgen tun könnte, würde ich sie zerstören,

mein eigenes Volk eingeschlossen."

d) Der Portugiese Antonio Guterres, von 1999 bis 2005 Präsident der Sozialistischen Internationale und von 2005 bis 2015 Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, hatte bereits am 22.11.2016, kurz nach seiner Wahl zum neuen Generalsekretär der UNO, in Lissabon zu verstehen gegeben, daß die "Migration nicht das Problem ist, sondern die Lösung". Die europäischen Nationen hätten kein Recht darauf, ihre Grenzen zu kontrollieren, sie müßten statt dessen massenweise die ärmsten Menschen der Welt aufnehmen.

"Es muß anerkannt werden, daß Migration unausweichlich ist und nicht aufhören wird." "Wir müssen (die Europäer) davon überzeugen, daß die Migration unausweichlich ist, und daß es multiethnische Gesellschaften sind, die auch multikulturell und multireligiös sind, die den Wohlstand erzeugen." Die Politiker sollten diese "Werte" höher stellen als den mehrheitlichen Wählerwillen.

Der UN-Migrationspakt

Am 19.9.2016 ließen die UN-Funktionäre die Generalversammlung mit der "New Yorker-Erklärung" beschließen, bis Sommer 2018 einen "Globalen Pakt für Migration" zwischen allen Mitgliedsstaaten auf den Weg zu bringen, der garantieren soll, daß Migranten ständig geordnet in andere Länder einwandern können, ihre Rechte gestärkt und die Zielländer zur unbeschränkten Aufnahme verpflichtet werden.

Auf eine Anfrage erklärte die Bundesregierung zwar, der Globale Pakt (globaler Vertrag) sei rechtlich nicht bindend und damit kein völkerrechtlicher Vertrag. Doch dieses Konstrukt des angloamerikanischen Rechts, das dort als "soft law" (= sanftes, weiches Recht) bezeichnet wird, hat es in sich.

Es sind damit nicht-bindende, empfehlende Absprachen gemeint, die nur allgemeine Tendenzen, gewünschte Entwicklungen und Regeln enthalten, doch werden diese als gleichartige Willensbekundungen einer Vielzahl von Staaten allmählich zu internationalem Gewohnheitsrecht, das dann auch die Staaten bindet, die dem Pakt gar nicht beigetreten waren. Abgesehen davon ist in dem Pakt auch ständig von "Wir verpflichten uns ..." die Rede.

Der Bundestag stimmte am 29.11.2018 mit den Stimmen der CDU und der SPD dem "Teufelspakt" (M. Klonovsky) zu, der dann Anfang Dezember 2018 auf einer Gipfelkonferenz der Regierungen in Marokko beschlossen wurde. Seitdem fühlen sich die herrschenden UN-Komplizen in Deutschland noch mehr "legitimiert", gegen nationales Recht ihre Politik der unbegrenzten Massen-Immigration fortzusetzen.<<

15.11.2022

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24144" berichtet am 15. November 2022 (x1.178/...): >>>Kriegsverbrechen in Cherson: Medien tun ihren Job nicht!

Russische Kriegsverbrechen in Cherson - diese Behauptung des ukrainischen Präsidenten, obwohl nicht unabhängig überprüfbar, wird unkritisch in westlichen Medien wiedergegeben. Doch warum dürfen Journalisten nicht in die Region? Geschehen etwa gerade Kriegsverbrechen seitens der Ukraine?

"Laut dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj haben Ermittler 400 Fälle von russischen Kriegsverbrechen in der Region Cherson aufgedeckt." So berichten am 14. November 2022 das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) und andere westliche Medien.

Nach dem Rückzug der russischen Truppen aus Cherson erreichten ukrainische Truppen am 11. November die Stadt.

Wie gehen nun die westlichen Medien, wie als Beispiel SRF, mit dieser Meldung von Selenskyj um? In dieser Sendung soll SRF an ihren eigenen Grundsätzen, wie sie die Quellen in der Kriegsberichterstattung überprüfen, gemessen werden.

Auf der Website von SRF ist trefflich zu lesen: "Die Informationen zum Ukraine-Krieg sind zahlreich und zum Teil widersprüchlich. Die verlässlichsten Quellen sind eigene Journalistin-

nen und Reporter anderer Medien vor Ort, denen man vertrauen kann ..."

Nur, die ukrainische Regierung läßt gar keine Journalisten in die zurückeroberten Gebiete. Die Behauptung Selenskyjs kann also gar nicht unabhängig bestätigt werden. Warum weist SRF nicht darauf hin?

Denn grundsätzlich gelte bei SRF, ich zitiere: "Je schwieriger und unzuverlässiger die Quellenlage, desto wichtiger ist Transparenz. Umstrittene Fakten und Informationen, die nicht unabhängig überprüfbar sind, werden als solche kenntlich gemacht."

Wenn es um die regelmäßigen Botschaften von Präsident Selenskyj geht, scheint "Transparenz" nicht mehr zu gelten. Auch über folgende Frage, warum keine Journalisten in die zurückeroberten Gebiete gelassen werden, wird mit keinem Wort berichtet.

Dafür werden von offiziellen ukrainischen Quellen nämlich teils widersprüchliche Gründe angeführt: Mal wird es damit begründet, daß zunächst Minen geräumt werden müßten, mal damit, zunächst "Filtrationen" vornehmen zu müssen. Bei sogenannten "Filtrationen" wird nach "russischen Kollaborateuren" gesucht. (Kollaborateur = jemand, der mit dem Kriegsgegner zusammenarbeitet)

Erstens zu den Minen: Schon am 11. November hatte Selenskyj angekündigt: "Da die Minenräumung noch nicht einmal begonnen hat, können wir den Medien keinen Zugang zu Cherson gewähren. Wir müssen zumindest die wichtigsten Kommunikationswege von Minen räumen und die wichtigsten Einrichtungen überprüfen."

Die Begründung, man könne keine Journalisten in die Gebiete lassen, weil zunächst Minen geräumt werden müßten, mutet sich vorgeschoben und widersprüchlich an. Einerseits liefert die Ukraine Bilder von jubelnden Menschen in den Straßen, andererseits soll es dort wegen Minen so gefährlich sein, daß Journalisten nicht in die Städte dürfen. Wie paßt das zusammen?

Zweitens zu den "Filtrationen": Von den "Filtrationen" wird im Westen nicht berichtet, obwohl offizielle ukrainische Quellen darüber berichteten. Soldaten entscheiden willkürlich und nach ihrem eigenen Gefühl, wer "russischer Kollaborateur" ist und wer nicht. "Russische Kollaborateure" werden oft hingerichtet, wie auch ukrainische Regierungsvertreter offen sagen. Daß man diese Maßnahmen nur ungern vor Journalisten durchführt, liegt unzweideutig auf der Hand.

Zum Beispiel sagte Oleksij Arestowytsch, der Berater des ukrainischen Präsidenten, über die zurückeroberten Gebiete: "Lehrer und Kindergärtnerinnen sollten bedenken, daß sie keine netten Tanten sind, sondern Kriminelle, denen gegenüber es keine Sentimentalitäten gibt. Das Wetter ist so, daß das entweder den Tod oder das Gefängnis bedeutet.

Anton Geraschtschenko, ein Berater des Innenministeriums, sagte: "Es ist eine Jagd auf Kollaborateure ausgerufen worden und ihr Leben ist nicht durch das Gesetz geschützt. Unsere Geheimdienste eliminieren sie und erschießen sie wie Schweine."

Der überhaupt nicht pro-russische ukrainische Politiker Anatolij Scharij mußte wegen politischer Verfolgung aus der Ukraine nach Spanien fliehen. Er berichtet auf Telegram über die Lage in Cherson, was ihm seine Quellen mitteilen: "Der Zugang von Journalisten zu den befreiten Siedlungen wird erst nach der Umsetzung von "Stabilisierungsmaßnahmen" wieder möglich sein. Ich möchte mir einige Aspekte dieser "Stabilisierungsmaßnahmen" nicht einmal vorstellen."

Unter anderem veröffentlichte er diesen Post:

"Alle, die mit den Russen zusammengearbeitet haben und Cherson nicht verlassen konnten, und das sind Tausende, wenn nicht Zehntausende, sind erledigt. Das Einzige, was ich hoffe und erwarte, ist, daß zumindest ein Mindestmaß an Recht und Gesetz eingehalten wird."

Auf ukrainischen Telegram-Kanälen kündigen ukrainische Soldaten öffentlich willkürliche Massaker an der Zivilbevölkerung von Cherson an. Die unzähligen Posts sind unter jeder Gür-

tellinie, um hier genannt zu werden.

All das wäre leicht zu überprüfen. Wenn SRF die Aussage Selenskyjs über russische Kriegsverbrechen unabhängig überprüft hätte, wären sie wohl auf die erwähnten Ungereimtheiten und Aussagen von ukrainischen Politikern gestoßen. Wissen tun sie es eigentlich, ich zitiere SRF: "Besonders zu hinterfragen sind Informationen von Kriegsparteien. Denn alle Kriegsparteien machen Propaganda ..." Jedoch kann es SRF nicht unterlassen hinzuzufügen: "- in diesem Angriffskrieg vor allem die russischen offiziellen Quellen."

Bei genauerer Betrachtung und gründlicher Recherche - wie in dieser Sendung aufgezeigt - muß gefolgert werden, daß vor allem auch ukrainische offizielle Quellen, wie Präsident Selenskyj, Propaganda machen. Aussagen von beiden Kriegsparteien müssen mit äußerster Vorsicht betrachtet werden. Es muß sogar mit ukrainischen Kriegsverbrechen gerechnet werden. Wieder einmal entpuppen sich westliche Medien wie SRF als parteiisch, kriegstreiberisch und alles andere als journalistischen Standards würdig!<<

16.11.2022

Österreich: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24149" berichtet am 16. November 2022 (x1.178/...): >>Paukenschlag in Österreich: Erste Chefredakteure müssen zurücktreten

In Österreich wurden erneut Chat-Nachrichten zwischen Politikern und hochrangigen Journalisten publik. Diese bestätigen einmal mehr, daß Absprachen zwischen Politikern und Medien im großen Stil ablaufen. Für zwei bedeutende Chefredakteure sind die Enthüllungen so sehr belastend, daß sie sich gezwungen sahen, ihr Amt zurückzulegen. ...

Kla.TV deckte in der Sendung 'GEKAUFTE MEDIEN - GIFT FÜR DIE DEMOKRATIE' die enormen Verflechtungen zwischen Politik, den Chefredakteuren, Herausgebern und Redakteuren der größten österreichischen Medienhäuser auf. In den letzten Wochen und Tagen bestätigte es sich einmal mehr, daß Absprachen zwischen Politik und Medien im großen Stil ablaufen. Aufgrund der neuesten Enthüllungen mußten die ersten Chefredakteure ihr Amt zurücklegen.

Paukenschlag in Österreich!

Zuerst packte Thomas Schmid aus, der Ex-Generalsekretär des österreichischen Finanzministeriums und ein enger Vertrauter von Österreichs Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz. Am 19. Oktober 2022 legte er in Zusammenhang mit den Vorwürfen der Korruption zwischen Politik und Medien - welche vor einem Jahr zum Rücktritt von Sebastian Kurz führten - ein umfassendes Geständnis ab. 454 Seiten füllt die Niederschrift seiner Aussagen, mit denen er Österreichs Politiker und Medien erneut schwer belastet.

In den letzten Tagen wurden außerdem durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Chat-Nachrichten zwischen Thomas Schmid und hochrangigen Journalisten publik. Sie offenbaren auch von dieser Seite die sehr engen Verbindungen zwischen Österreichs Medienhäusern und Politikern. Für eine gefällige Berichterstattung versprachen Politiker den Redakteuren Geldzuwendungen und begehrte Posten, beispielsweise im ORF.

Wo ist hier die notwendige Distanz der Medien als kontrollierende vierte Gewalt?

Der Inhalt besagter Chats belastet nicht nur den ORF 2-Chefredakteur Matthias Schrom so sehr, daß dieser mittlerweile zurücktreten mußte. Auch Rainer Nowak, der Chefredakteur und Herausgeber der Tageszeitung 'Die Presse sah sich nun gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten.

Der Generaldirektor des ORF, Roland Weißmann, versuchte angesichts dieser Ereignisse vorerst zu beschwichtigen: "Die Glaubwürdigkeit der ORF-Nachrichten stehe weiterhin außer Zweifel." Doch die Optik dieser Absprachen ist für den ORF verheerend.

Auch der Leiter der Innenpolitikredaktion des ORF, Hans Bürger, berichtet im September 2022 von einer solchen versuchten Einflußnahme: "Es wird extrem interveniert. Also seit ich

im Amt bin und in der "Zeit im Bild" kann ich sagen: Es ist praktisch fast jede Regierung gleich im Versuch, eine bestimmte Berichterstattung herbeizuführen."

Die derzeit in Auswertung befindlichen Chats könnten demnächst auch weitere Medienmacher in Bedrängnis bringen. ...<<

18.11.2022

BRD: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 18. November 2022 (x1.207/...): >>Die lebenden Toten - Yuval Hararis Vision physischer Unsterblichkeit

Prof. Yuval Harari, der scheinwissenschaftliche Prophet einer totalen technologischen Zukunft des "Tieres Mensch", das zum göttlichen Übermenschen aufsteigen soll, sieht in seinem Buch "Homo Deus" diesen auch ernsthaft die Unsterblichkeit anstreben.

Denn der Tod sei kein "metaphysisches Mysterium", sondern ein rein technisches Problem. Gentechnik, regenerative Medizin und Nanotechnologie würden das Lebensende immer weiter hinausschieben und allmählich den Tod ganz besiegen können. - Der Traum vom Erhalt der "Maschine des materiellen Körpers" mag ein Stück weit gelingen, die Konsequenzen für das geistige Wesen des Menschen können nur fatal sein.

"Die letzten Tage des Todes"

Unter dieser Unterüberschrift im langen Einleitungskapitel "Die neue menschliche Agenda" des Buches "Homo Deus" sieht Yuval Harari voraus, im 21. Jahrhundert würden "die Menschen vermutlich ernsthaft nach der Unsterblichkeit greifen". Denn der Wert des menschlichen Lebens sei der höchste Ausdruck der gegenwärtigen Kultur. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO stelle kategorisch fest, "grundlegendster Wert der Menschheit sei das 'Recht auf Leben'. Da der Tod eindeutig gegen dieses Recht verstößt, ist er ein Verbrechen gegen die Menschheit, und deshalb sollten wir den totalen Krieg gegen ihn führen."

Da müssen wir kurz innehalten. Rechte sind Vereinbarungen zwischen Menschen, und folglich können nur Menschen gegen sie verstoßen. Der Tod ist kein Mensch und kann daher keine Verletzung des allgemeinen "Rechts auf Leben" begehen. Und der Tod kann auch kein "Verbrechen gegen die Menschheit", also kein rechtlicher Tatbestand sein.

Kein Mensch hat den Tod über die Menschheit verhängt, sondern damit wird unausgesprochen etwas Außermenschliches vorausgesetzt: Gott, den es für Harari aber nicht gibt, "die Natur" oder "die Evolution", die aber nur andere Wörter für eine über dem Menschen stehende Macht sind. Einen rechtlichen Anspruch des Menschen auf Leben gegen die Natur zu konstruieren, ist absoluter gedanklicher Unfug.

Entweder ist die Intelligenz Hararis so oberflächlich, daß er diesen fundamentalen Unterschied nicht erkennen kann, oder er benutzt bewußt die absurde Metapher vom Tod als Verbrechen gegen das Leben, um die flüchtigen Leser suggestiv in seine materialistischen Gedankengänge hineinzuziehen und ihnen eine das Gefühl ergreifende Bedeutung zu geben. Denn alle nachfolgenden Ausführungen werden darauf gegründet.

Dann setzt er fort, die "moderne Wissenschaft" - wobei er natürlich immer die materialistischen Wissenschafts-Richtungen meint, mit denen er sich gläubig verbunden fühlt -, und die "moderne Kultur" hielten den Tod nicht für ein "metaphysisches Mysterium" und betrachteten ihn nicht als Quelle für den Sinn des Lebens. Für "moderne Menschen" sei der Tod vielmehr ein technisches Problem, das wir lösen könnten und lösen sollten. In Wirklichkeit stürben die Menschen nicht, weil Gott es so verfüge oder weil die Sterblichkeit wichtiger Teil irgendeines großen kosmischen Planes sei.

"Menschen sterben immer wegen irgendeiner technischen Störung. Das Herz hört auf, Blut durch den Körper zu pumpen. Die Hauptschlagader ist durch Fettablagerungen verstopft. Krebszellen breiten sich in der Leber aus. Keime vermehren sich in der Lunge. Und was ist für all diese technischen Probleme verantwortlich? Andere technische Probleme.

Das Herz hört auf zu schlagen, weil der Herzmuskel nicht mehr ausreichend mit Sauerstoff

versorgt wird. Krebszellen wuchern, weil eine zufällige Genmutation ihren Code verändert hat. Keime lagerten sich in meiner Lunge ab, weil jemand in der U-Bahn nieste. An all dem ist nicht Metaphysisches. Alles nur technische Probleme. Und für jedes technische Problem gibt es eine technische Lösung."

Nun kommt wieder ein Beispiel für die unsaubere Methode Hararis, der sich als Philosoph bezeichnet, aber von sauberem philosophischem Denken weit entfernt ist. Er greift polemisch in eine ganz andere, spirituelle Ebene, um sie auf materialistische Weise lächerlich zu machen:

"Wir müssen nicht auf das Jüngste Gericht warten, um den Tod zu überwinden. Dazu reichen ein paar Freaks in einem Labor. War der Tod traditionell ein Fall für Priester und Theologen, so übernehmen nun die Ingenieure."

Harari sieht die Überwindung des Todes im ewigen Fortleben des materiellen Leibes, der nach seiner Ansicht - ohne einen geistigen Wesenskern - den ganzen Menschen ausmacht. Vor dem Jüngsten Gericht dagegen stehen einerseits seelisch-geistige Wesen ohne physischen Leib, die alles Physische überwunden, vergeistigt haben und das ewige geistige Leben erlangen, und andererseits diejenigen, die der Materie verhaftet geblieben sind.

Mit dem Jüngsten Gericht benennt Harari also in Wahrheit nicht die schlechtere Alternative des längeren Wartens auf einen ewigen physischen Leib, sondern das totale Gegenbild davon: die Unsterblichkeit des menschlichen Geistes. -

Dann spekuliert er weiter:

"Wir können die Krebszellen mittels Chemotherapie und Nano-Robotern abtöten. Wir können die Keime in der Lunge mit Antibiotika bekämpfen. Wenn das Herz zu schlagen aufhört, können wir es mit Medikamenten und Elektroschocks wieder in Gang setzen - und wenn das nicht funktioniert, dann pflanzen wir eben ein neues Herz ein.

Zugegeben, gegenwärtig haben wir noch nicht für alle technischen Probleme eine Lösung. Aber genau deshalb investieren wir so viel Zeit und Geld in die Erforschung von Krebs, Keimen, Genen und Nanotechnologie. ...

Selbst wenn Menschen bei einem Hurrikan, bei einem Autounfall oder im Krieg sterben, betrachten wir das gerne als technisches Versagen, das man hätte verhindern können und müssen. ..."

Eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern und Denkern spreche heute offen davon, daß es das Vorzeigefragment der "modernen Wissenschaft" sei, den Tod zu besiegen und dem Menschen ewige Jugend zu verschaffen. Namhafte Beispiele seien der Gerontologe Aubrey de Grey und der "Universalgelehrte" und Erfinder Ray Kurzweil. Dieser sei 2012 zum Leiter der technischen Entwicklung bei Google ernannt worden, und ein Jahr später habe Google ein Subunternehmen namens Calico gegründet, dessen erklärtes Ziel darin bestehe, den Tod zu beseitigen.

Google habe mit Bill Maris einen weiteren Unsterblichkeitsgläubigen zum CEO (Abkürzung der US-Bezeichnung für Geschäftsführer) des Investmentfonds Google Ventures gemacht, der 36 Prozent seiner zwei Milliarden Dollar in Start-up-Unternehmen aus dem Bereich Biowissenschaften / Life Sciences investiere, darunter einige Projekte zur Lebensverlängerung. Maris habe den Kampf gegen den Tod mit Hilfe einer Analogie aus dem Sport erklärt: "Wir versuchen nicht, ein paar Meter gutzumachen. Wir versuchen, das Spiel zu gewinnen."

Doch Yuval Harari teilt nicht ganz den Optimismus Kurzweils und de Greys, die "behaupten, jeder, der 2050 über einen gesunden Körper und ein gut gefülltes Bankkonto verfüge, habe eine ernsthafte Chance auf Unsterblichkeit und könne dem Tod ein Jahrzehnt nach dem andern abluchsen.

Glaubt man Kurzweil und de Grey, dann werden wir alle zehn Jahre oder so in eine Klinik marschieren und eine Art Generalüberholung vornehmen lassen, die nicht nur Krankheiten

heilt, sondern auch nachlassendes Gewebe regeneriert und Hände, Augen und Gehirn wieder in Form bringt. Bevor die nächste Behandlung fällig ist, werden Ärzte eine ganze Palette neuer Medikamente, Maßnahmen und Geräte erfunden haben."

Harari dagegen meint zum einen, die Menschen würden eher amortal als unsterblich sein. Denn "anders als Gott könnten Übermenschen noch immer im Krieg oder bei einem Unfall sterben, und nichts kann sie aus dem Jenseits zurückbringen." Anders als bei den normalen Sterblichen habe das Leben der "Übermenschen" allerdings "kein Verfallsdatum. Solange keine Bombe sie in Stücke reißt und kein LKW sie über den Haufen fährt, können sie unbegrenzt weiterleben."

- Wieder zieht er hier, das sei methodisch eingeschoben, ironisch mit "Gott" und "Jenseits" Vorstellungen vieler Leser heran, die es in seinem materialistischen Weltbild gar nicht gibt, um sie ins Lächerliche zu ziehen. Denn wer sollte in ein "Jenseits", ein Nicht-Materielles, gegangen sein, wenn der Mensch nur aus dem materiellen Körper besteht? -

Zum anderen hält Harari es alles andere als sicher, ob sich die Prophezeiungen Kurzweils und de Greys bis 2050 oder 2100 bewahrheiten. Die Hoffnungen auf ewige Jugend im 21. Jahrhundert seien verfrüht. Entgegen dem Anschein habe die moderne Medizin unsere natürliche Lebensspanne bislang nicht um ein einziges Jahr verlängert, sondern uns lediglich vor dem vorzeitigen Tod bewahrt. Zur Erlangung der Unsterblichkeit werde die Medizin die grundlegenden Strukturen des menschlichen Körpers umbauen und herausfinden müssen, wie sich Gewebe und Organe erneuern können. Das sei wohl bis 2100 nicht zu schaffen.

Gleichwohl werde uns jeder gescheiterte Versuch, den Tod zu überwinden, dem Ziel ein Stückchen näher bringen. Zwar werde Googles Calico den Tod nicht zeitig genug aus der Welt schaffen, damit auch die Google-Begründer Sergey Brin und Larry Page noch unsterblich werden, aber das Unternehmen werde höchstwahrscheinlich wichtige Entdeckungen in Sachen Zellbiologie, Genmedizin und menschlicher Gesundheit machen. Die nächste Google-Generation könne deshalb ihren Angriff auf den Tod aus einer neuen und besseren Position heraus starten. -

Und dann untermauert er seine Gewißheit, daß das Ziel erreicht werde, mit der Selbstsuggestion: "Die Wissenschaftler, die 'Unsterblichkeit' rufen, sind wie der Hirtenjunge, der ständig 'Wolf' brüllte: Früher oder später kommt der Wolf tatsächlich."

- Dies ist ein weiteres Beispiel für die vielfache unsaubere Argumentation Hararis, mit der er den Leser einfangen will. Er bringt in diesem Vergleich zwei Dinge zusammen, die nicht vergleichbar sind. Der Wolf ist eine Realität, und die Wahrscheinlichkeit, daß bei einer Schafherde früher oder später einer auftaucht, ist sehr groß bis sicher. Die Unsterblichkeit dagegen ist noch keine Realität, sondern ein Wunsch, der verwirklicht werden soll. Seine Realisierung hängt von der grundsätzlichen Möglichkeit und den Fähigkeiten der Wissenschaftler ab, (die beide eine materialistisch-ideologische Illusion sind). Der Wolf kommt, ohne daß man ihn ruft; bei der Unsterblichkeit nützt auch kein Rufen. -

Der Unsinn vom Tod als "technischem Problem"

Die Vorstellung, der Tod trete durch rein technische Probleme ein, für die es auch technische Lösungen gebe, setzt voraus, daß der physische Körper eine biologische Maschine sei. In einer Maschine wirken wahrnehmbar tote materielle Teile auf andere und erzielen in ihrer Wechselwirkung eine genau geplante Abfolge von Vorgängen, die nach berechenbaren Gesetzen der anorganischen Natur verlaufen.

Das Charakteristikum anorganischer Gesetzmäßigkeiten besteht darin, daß ihre sinnlich wahrnehmbaren Vorgänge durch andere bewirkt werden, die ebenfalls der sinnlich wahrnehmbaren Welt angehören. Räumlich-zeitliche Verhältnisse, Masse, Gewicht, Geschwindigkeit oder sinnlich wahrnehmbare Kräfte wie Licht oder Wärme rufen Erscheinungen hervor, die wieder in dieselbe sinnlich wahrnehmbare Reihe gehören.

Dies ist bei einem menschlichen Organismus, einem Organismus überhaupt, nicht der Fall. Hier erscheinen die für die Sinne wahrnehmbaren Verhältnisse, z.B. Form, Größe, Farbe, Wärmeverhältnisse, nicht bedingt durch Verhältnisse der gleichen Art. Rudolf Steiner bringt dies in seinen Einleitungen zu Goethes naturwissenschaftlichen Schriften auf den Punkt:

"Man kann z.B. von der Pflanze nicht sagen, daß Größe, Form, Lage usw. der Wurzel die sinnlich-wahrnehmbaren Verhältnisse am Blatte oder an der Blüte bedingen. ... Man muß vielmehr zugestehen, daß alle sinnlichen Verhältnisse an einem lebenden Wesen nicht als Folge von anderen sinnlich-wahrnehmbaren Verhältnissen erscheinen, wie dies bei der unorganischen Natur der Fall ist.

Alle sinnlichen Qualitäten erscheinen hier vielmehr als Folge eines solchen, welches nicht mehr sinnlich wahrnehmbar ist. Sie erscheinen als Folge einer über den sinnlichen Vorgängen schwebenden höheren Einheit. Nicht die Gestalt der Wurzel bedingt jene des Stammes und wiederum die Gestalt von diesem jene des Blattes usw., sondern alle diese Formen sind bedingt durch ein über ihnen Stehendes, welches selbst nicht wieder sinnlich-anschaulicher Form ist; sie sind wohl für einander da, nicht aber durch einander.

Sie bedingen sich nicht untereinander, sondern sind alle bedingt von einem anderen. Wir können hier das, was wir sinnlich wahrnehmen, nicht wieder aus sinnlich wahrnehmbaren Verhältnissen ableiten, wir müssen in den Begriff der Vorgänge Elemente aufnehmen, welche nicht der Welt der Sinne angehören, wir müssen über die Sinnenwelt hinausgehen. ...

Dadurch aber tritt eine Entfernung von Anschauung und Begriff ein; sie scheinen sich nicht mehr zu decken; der Begriff schwebt über der Anschauung. Es wird schwer, den Zusammenhang beider einzusehen. Während in der unorganischen Natur Begriff und Wirklichkeit eins waren, scheinen sie hier auseinanderzugehen und eigentlich zwei verschiedenen Welten anzugehören."

Ein Organismus erscheint also bei genauer Beobachtung nicht von Gesetzen der Sinneswelt, sondern von höheren, sinnlich direkt nicht wahrnehmbaren Kräften beherrscht, die jedoch in ihren Wirkungen für die Sinne wahrnehmbar sind. Aus der Beobachtung ergibt sich also logisch zwingend, daß diese übersinnlichen Kräfte real vorhanden sein müssen.

Die Pflanze z.B. erscheint in einer physischen Gestalt, die zwar aus leblosen, der Schwerkraft unterliegenden materiellen Stoffen besteht, welche sie aus der umgebenden Natur aufnimmt. Diese könnten aber von sich aus niemals eine solche Gestalt annehmen, die gerade der Schwerkraft entgegen nach oben wächst. Es muß hier eine höhere Kraft wirken, die sie entgegen ihrer eigenen Natur in diese Form zwingt und in einem unaufhörlichen Strom Stoffwechsel, Stoffanwachsung, sprich Wachstum, Fortpflanzung und Absterben bewirkt, also das hervorruft, was wir allgemein als Leben bezeichnen.

Bei Tieren tritt zur Lebenskraft eine noch höhere seelische Bewegungskraft hinzu, die bewirkt, äußere Bewegungsorgane herauszutreiben und einen Innenraum seelischen Erlebens zu bilden, der durch Sinnesorgane mit der Außenwelt in Beziehung tritt und auf die äußeren Eindrücke reagiert. Eine innere seelische Bewegungskraft formt mit Hilfe der gestaltenden Lebenskräfte physische Bewegungsorgane, um sich den seelischen Intentionen gemäß in der Außenwelt fortbewegen und ausleben zu können. Niemals kann dies aus den anorganischen Stoffen selbst hervorgehen.

Der Mensch nun unterscheidet sich vom Tier durch eine noch höhere Kraft, die zu den physischen, vegetativen und seelischen Kräften der unteren Naturreiche hinzukommt. Sie formt diese so um, daß sie den Körper aus der Horizontalen in die Aufrechte erhebt, dadurch die irdischen Schwerekräften nur an den Fußsohlen ansetzen läßt, das Haupt mit seinem Denkor gan sozusagen frei schwebend dem Himmelsgewölbe entgegenhält und die frei gewordenen Hände zu Gedanken-geführten kulturellen Handlungen bestimmt.

Es ist der Geist des Menschen, der sich in dem konzentriert, was wir unser Ich nennen, und

der ebenso im Inneren die Seelenkräfte ergreifen kann, um sie immer mehr zu zähmen, zu lenken und zu beherrschen.

In allen Gestaltungsstufen des Leibes von Pflanze, Tier und Mensch sehen wir, wie die Ursachen nicht in den Tiefen der Materie zu finden sind, sondern in übersinnlichen Kräften, die sinnlich nicht direkt wahrnehmbar sind, aber indirekt in ihrer physischen Wirksamkeit erfaßt werden können.

Es sind reale Kräfte, die eine je eigene Form bilden, in die sie die Materie sozusagen wie in ein übersinnliches Netz mit aller organischen Differenziertheit hineinbauen.

Harari und die materialistischen Naturwissenschaftler, auf die er sich gläubig stützt, gehen in ideologischer Verblendung über diese Tatsachen hinweg, wenden die Gesetze der anorganischen Natur unbesehen auch auf die organische Natur an und kommen so zur schwachsinnigen Vorstellung des Menschen als einer biologischen Maschine - einem Gedanken, der durch keine in die Wirklichkeit eindringende Wahrnehmung gedeckt ist.

Eine vorurteilsvolle, oberflächliche Beobachtung führt zu einem schweren wissenschaftstheoretischen Fehler und so zu Ergebnissen, die nichts mit Wissenschaft, sondern mit Aberglauben zu tun haben. Dies ist hier bereits mehrmals behandelt worden.

Der geistige Wesenskern des Menschen

Was Harari ebenfalls ignoriert, und was inzwischen ein breites Feld wissenschaftlicher Forschung bildet, sind zum einen Nahtod-Erfahrungen vieler Menschen, in denen sie sich jeweils bei vollem Bewußtsein als geistige Wesen völlig unabhängig von ihrem physischen Körper erlebten, und zum anderen Erinnerungen einer wachsenden Zahl von Menschen an ein vorangegangenes Erdenleben in einem ganz anderen Körper und Lebenszusammenhang.

Es gibt zahlreiche Menschen, die nach einem Unfall oder einer schweren Krankheit medizinisch für tot erklärt wurden, aber nach einer kürzeren Zeit überraschend doch wieder Lebenszeichen zeigten und erwachten. Sie berichteten mit großer Übereinstimmung, daß sie sich außerhalb ihres Leibes befanden, ohne das Bewußtsein verloren zu haben, z.B. die über ihren Körper gebeugten Ärzte von oben beobachten und genau hören konnten, was sie oder auch draußen erregt wartende Verwandte sagten - Schilderungen, die sich hinterher als zutreffend herausstellten.

Der Soldat George Ritchie z.B., erlebte sich zu seiner Überraschung durch geschlossene Türen des Lazarettes gehend, auf dem Weg nach Hause mit großer Geschwindigkeit über die Erde gleiten und in einem Ort, in dem er noch nie gewesen, ein Lokal betreten, das er später, zurück in seinem Leib, wieder erkannte.

Auch begegnete den allermeisten außerhalb ihres Leibes eine ungeheuer liebevolle Lichtgestalt, die ihnen ihr bisheriges Lebenspanorama zeigte, aber ihnen bedeutete, daß der Zeitpunkt ihres Lebensendes noch nicht gekommen sei und sie zurück müßten.

Vor allem bei immer mehr Kindern treten weltweit Erinnerungen an ein vorangegangenes Leben auf, das zumeist nur wenige Jahrzehnte zurückliegt und aus dem sie durch einen gewaltsamen Tod herausgerissen wurden. Es tauchen bei ihnen Bilder der früheren Lebensverhältnisse an oder in einem ganz bestimmten Ort, des Hauses, der Verwandten auf, worüber sie mehr oder weniger genaue Beschreibungen machen können, die von Wissenschaftlern überprüft und bestätigt werden konnten.

Besonders eindrucksvoll ist der Fall Udo Wiczoreks, der sich im frühen Kindesalter immer wieder als junger österreichischer Soldat im 1. Weltkrieg erlebt, auch in einem Schützengraben, in dem er tödlich verwundet wird, und wo er hinter einer Natursteinmauer einen Brief in einer Büchse versteckt, den er mit einem befreundeten Journalisten später, in seinem jetzigen Leben, dort wieder findet.

All diese Erfahrungen beginnen den Schleier zu zerreißen, der die Zeiten vor der Geburt und nach dem Tode verbirgt, und die aufzeigen, daß der Mensch nicht nur aus einem materiellen

Leib besteht, sondern primär ein seelisch-geistiges Wesen ist, das sich des physischen Körpers als einer temporären Hülle, eines Instrumentes, bedient, um auf Erden eine Entwicklung durchzumachen, zu der ein Erdenleben nicht ausreicht.

Jedes einzelne Leben ist nur Fragment. Daß sich junge Menschen nach einem gewaltsamen Tod bereits nach wenigen Jahrzehnten wieder verkörpern, sind sicher Ausnahmen von einer viel längeren Zwischenzeit, da sie das vorzeitig abgebrochene Leben nachholen müssen. Man kann sich vorstellen, daß der Mensch nach dem Tode eine lange Zeit braucht, um in einer geistig-göttlichen Welt seine Erfahrungen mit der Hilfe höherer, weiserer Wesen zu verarbeiten, daraus Konsequenzen zu ziehen und ein neues Erdenleben mit neuen Lebenszielen vorzubereiten.

Der Wahnsinn physischer Unsterblichkeit

Vor diesem Hintergrund erscheint das Streben der materialistischen Ideologen nach Unsterblichkeit des physischen Körpers als heller Wahnsinn. Man würde das geistige Wesen des Menschen an seinen materiellen Leib ketten und verhindern, daß er diesen nach dessen natürlichem Abbau und schicksalsmäßigem Ende verlassen kann, um sein Leben in der geistigen Welt zu verarbeiten und seine Entwicklung fortzusetzen. Der Mensch würde seine geistige Unsterblichkeit verlieren, um gleichsam als lebender Toter wie ein Zombie ohne geistige Ziele auf der Erde dahinzugehetzen.

Selbst wenn es durch intelligente technische Implantate und Ersatzteile gelingen könnte, das physische Leben auf 200 Jahre zu verlängern, wäre der menschliche Geist tatsächlich an eine intelligente Körper-Maschine gebunden, die er seelisch nicht mehr durchdringen und mit seiner Intelligenz nicht mehr durchschauen und steuern könnte. Der Mensch würde zur biologischen Maschine, in der er "neuen Formen der Intelligenz" folgt, "die nicht durch ein Bewußtsein beeinflusst sind", wie Harari selber phantasiert.

Es ist auch die Frage, ob sich manches menschliche Wesen darin überhaupt noch aufhalten würde, ob nicht ein dämonisches Wesen von dem unmenschlichen Leib Besitz ergreift und so ein Heer von Dämonen mit Menschenantlitz die Erde bevölkert, die von satanischer Intelligenz automatenhaft gesteuert werden.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 18. November 2022: >>**Hansis schöne Fußballwelten**

Bundestrainer Hansi Flick hat ein Buch geschrieben / Hoffentlich offenbart die Weltmeisterschaft mehr Reize als seine Fußball- und Lebensweisheiten

Von *Günter Scholdt*

Auch Hansi Flick (publizistisch unterstützt von Jonathan Sierck) wollte ein Buch schreiben. Schlimmer noch: er hat es getan. Um den Umfang auf 220 Seiten zu strecken, hat man ihm Wohlgesonnene um Elogen gebeten (Rummenigge, Gerland, Neuer, Alaba, Bierhoff, Hans-Dieter Hermann, Robert Dekeyser, Ehefrau Silke und der unvermeidliche Christian Streich), die so zuckrig ausfallen wie übersüßte Buttercremetorte. Am Ende kapituliert jeder Zweifel vor der Einsicht, daß Europas "Trainer des Jahres 2020" zugleich der netteste, kommunikativste, selbstkritischste, kompetenteste und bescheidenste Fußballlehrer ever ist. Eine Mischung aus begnadetem Verhaltenstherapeuten und Mutter Teresa.

In seinem harmoniebedachten Rundblick sind alle beim DFB oder im Bayern-Vorstand ... der Geldgier verdächtige Spieler auch nur Menschen. Medienhyänen im Kontext von Hochkommerzialisierung und -politisierung sind halb so schlimm, da man ohnehin der Offizialmoral folgt: gegen Katar, für Bischof Tutu oder Lauterbach, bei dem Flick sich für eine Replik sogar entschuldigte.

Schicksalsschläge oder Enttäuschungen lehren vor allem wieder aufzustehen und besser zu werden. Atmosphärische Trübungen vor seinem Abschied von den Bayern werden - Bücherkäufern zum Tort - mit diplomatischen Floskeln verkleistert.

Selbst Corona oder der Ukraine-Krieg beeinträchtigen die Sozialidylle nicht: "Ich glaube uneingeschränkt an das Gute im Menschen." In Krisenzeiten wüchsen Abertausende per "Nächstenliebe über sich hinaus", "rührende" Solidaritätsvorbilder. Ein "verstecktes Geschenk der Pandemie" bestehe in der Einsicht, "wieviel Freude eigentlich das Geben und Nehmen" macht. Der medial gemobbte Kimmich sah es wohl anders. Doch dergleichen hat in Hansis schönster aller Fußballwelten keinen Platz. Erschöpft sich das DFB-Leitbild vom mündigen, politisch engagierten Kicker doch in nachgeplapperten Globalagenden.

Lauter Sprechblasen, Kitsch und Dozentenlogans

Eine Botschaft wiederholt Flick unter Zitierung diverser "Wissenschaftskoryphäen" mantrahaft: Alles wird gut, wenn man, vom Vorstand über die Spieler bis zum Zeugwart, jeden mit ins Boot nimmt. Mitverantwortung, ständiges "Feedback", flache Hierarchien bei selbstbewußtem Nachwuchs, ehrlich und "kreativ" sein, viel Spaß vermitteln, positiv denken. Fraglos lebt Flick das mehr als andere, und seine steile Leistungsbilanz bei Bayern spricht für ihn. Doch resultiert sie nicht vornehmlich daraus, daß er mit der Stärkung Thomas Müllers die alte Hierarchie restituierte, die den Aufstand der Jungen begrenzte?

Natürlich liest man ein solches Buch nicht wie Belletristik. Doch bei soviel Betonung von Authentizität hungert man geradezu nach einem originell formulierten Satz, statt Sprechblasen oder (auch noch lehrprobenartig hervorgehobenen) Dozenten-Slogans. Schlagworte zur "Spielphilosophie" verharren im Banalen, sofern sie nicht durch konkrete Details mit Leben gefüllt werden. Doch kaum zehn Seiten zu Trainings-, Nachwuchsarbeit oder Regelreformen tun das. Deutlich werden immerhin der immense Aufwand und gigantische Apparat von Scouting-Experten, Spielanalysten, Ernährungs- und Medienberatern, um das heute oft praktizierte "Rasenschach" zu inszenieren.

Dazwischen Lebensweisheiten, wattiert in Kitsch (Hansi lacht, weint, mag Kinder ihrer Wahrheitsliebe willen, dankt Hoffenheim selbst bei Entlassung oder der Regierung dafür, daß man in der Pandemie überhaupt spielen durfte). Unter den verkündeten sozialen Werten sind zweifellos echte wie die häufig vergessene Forderung, "mit Anstand" zu verlieren. Aufgesetzt wirkt dagegen der missionarische Anspruch, besonders bei periodischen universalen Fußballfesten, alle "glücklich" zu machen - selbst die Fans der jeweils Unterlegenen?

Den Text durchzieht ein Grundwiderspruch. Wenn anderes im Leben mehr zählt als Erfolg, warum das lebenslange Anstacheln von brennendem Ehrgeiz? Wer Gelassenheit und Sinn für Wichtigeres predigt, kann der gleichzeitig verkünden, man dürfe sich nie mit Erreichtem zufriedengeben?

Drapieren all diese Ausflüge ins Allgemeinmenschliche also wiederum nur Erfolgstechniken, um das letzte Quentchen Leistung aus einem Team herauszupressen? Im Haifischbecken "Profisport" etwa durch das leicht bigotte Lob von Meditation oder der Bantu-Lehre Ubuntu ("Das Wir ist wichtiger als das Ich") als "reinste Form der Menschlichkeit".

Sei's drum. Mit solchem philanthropischen Framing geht's zur WM. Vielleicht verhilft dieser Wertemix unserm Hans ja zum Titel-Glück. Zumindest sein Missionsoptimismus profitierte davon. Denn Sieger hatten schon immer recht.

Hansi Flick, Jonathan Sierck: Im Moment. Über Erfolg, die Schönheit des Spiels und was im Leben wirklich zählt. ... München 2022, ... 224 Seiten ... <<

19.11.2022

Rußland: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 19. November 2022 (x1.201/...): >>>Was die Verbündeten Amerikas am Ende erwartet

Von *Jury Tavrovsky*

"Es ist gefährlich Amerikas Feind zu sein, aber sein Freund zu sein ist tödlich!" - an dieses Zitat von Henry Kissinger werden auch Vertreter aus Asiens High-Tech-Industrien nach Aufnahme in die sogenannte "Chip 4" Allianz in diesen Tagen erinnert.

Besagte Initiative des Weißen Hauses, zu der die USA Japan, Südkorea und Taiwan einbindet, zielt in erster Linie darauf ab, die Ausfuhr von hochentwickelten Mikroprozessoren oder "Chips" an den vermeintlichen Konkurrenten China stark einzuschränken oder von gewissen Belieferungen sogar ganz auszuschließen. Die Verwirklichung dieses Plans wäre für Taiwan und seine Wirtschaft katastrophal, weil 60 % seiner Industrieproduktion Halbleiterprodukte ausmachen.

Der größte Abnehmer der Chips aus Taiwan ist China, auf welches 28 % aller Exporte der Insel entfallen. Daran hielten Halbleiter im vergangenen Jahr einen Anteil von 62 % mit einem Gesamtwert über 155 Milliarden Dollar. So konnten in der ersten Hälfte des laufenden Jahres bereits 79 Milliarden Mikroprozessoren von Taiwan nach Festland-China geliefert werden.

Die South China Morning Post aus Hongkong weiß über die negativen Auswirkungen dieses Chip-Embargos auf Taiwan und Südkorea zu berichten. Auf Halbleiterhersteller der beiden Länder entfallen rund 80 % aller hochentwickelten Chips höchster Wertschöpfung, die auf kundenspezifischen Fertigungsanlagen gemäß solchen Aufträgen hergestellt werden. Jene Sanktionen werden nicht nur den Absatz des größten taiwanesischen Chipherstellers TSMC aus Hsinchu wie auch des koreanischen Industriegiganten Samsung hart treffen, sondern besonders ihre Fabrikationsstätten, die sich zum Teil heute schon in China befinden.

The Plaza Hotel in New York City: Schauplatz des Plaza-Abkommens

Es ist nicht das erste Mal, daß Amerika seine „Freunde“, auffordert, sich "höheren Interessen" zu beugen. Mitte der 80er Jahre hatte Japan schon einmal die Rolle eines Wirtschafts-Kamikaze zu spielen: Für gewisse Zeit vermochte Tokio sich damals dem Druck der USA noch zu entziehen bis es schließlich nachgeben mußte und am 22. September 1985 das berühmte Plaza-Abkommen unter den damals G5 Staaten zu unterzeichnen hatte, um den US-Dollar gegenüber dem japanischen Yen sowie auch der damals noch bestehenden Deutsch Mark abzuwerten:

Japanische Exporte verloren danach an Konkurrenzfähigkeit und das Land der aufgehenden Sonne stürzte in eine Rezession. So wurde Japan schon einmal für zwei folgende Jahrzehnte in Stagnation und Niedergang getrieben.

Übersetzung aus dem Russischen: Unser Mitteleuropa.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24178" berichtet am 19. November 2022 (x1.178/...): >>Drosselung von Strom in einer Energiekrise?

Ein Zeugenbericht

Betreibern von Windkraft- und Solaranlagen sowie Landwirten großer Biogasanlagen ist es nicht erlaubt, vorhandene Kapazitäten einzuspeisen oder Energiegewinnung in den Anlagen zu nutzen. Sehr verwunderlich angesichts der propagierten Stromknappheit! Außer, es erweist sich, daß dies absichtlich geschieht ...

Grüne Stromerzeuger profitieren massiv mit ihren Windkraft- und Photovoltaikanlagen von den Rekordpreisen in Deutschland. Die Anlagen erhalten enorme staatliche Subventionen und profitieren von den steigenden Strompreisen an den Strombörsen, während sich die eigenen Kosten nicht ändern.

Obwohl Wolfgang Kiene, der Geschäftsführer der Maka Windkraftanlagen aus Nordrhein-Westfalen, Rekordgewinne auf den produzierten Strom erhält, ist er alles andere als glücklich über diese Situation. Aus diesem Grund schrieb er einen offenen Brief an Politiker und legte damit ihnen und ebenso seinen Kunden und Geschäftspartnern offen, was es mit der jetzigen Energiekrise auf sich hat.

Auszug aus dem Brief des Geschäftsführers der Maka-Windkraftanlage:

"Täglich dreht sich mir der Magen um. Nachrichten über Preise und speziell Strompreise - ich kann das nicht mehr hören. Warum das?"

Weil die Politik nicht an die Wurzeln geht. Strom ist knapp und teuer. Das Letzte stimmt sogar. Doch knapp? Unser Windpark in Fürstenuau läuft nur noch wenig. Zumindest, wenn Wind weht. Nicht, weil die Maschinen defekt sind. Nicht etwa, weil das Netz knapp ist. Nein. Weil an der Börse gezockt wird.

Wir als Windkraftbetreiber sind an diese Börse gezwungen worden. Vom Gesetzgeber. Jetzt heißt es, wir bekommen zu viel für unseren Strom. Für den Monat August 2022 gab es rund 46 Cent für unsere Produktion an der Börse. Dafür muß man sich schämen. Das darf man niemanden erzählen. Aber wir können nichts dafür. Wir müssen an die Börse. Wenn der Strom wenigstens knapp wäre und wir liefern auf Angebot und Nachfrage für diesen Preis. Nein.

Aktuell: Heute ist Samstag, 17. September 2022. Unser Park könnte pro Stunde rund 8.000 KWh produzieren. Er ist aber abgeregelt. Abgeregelt, weil an der Börse wieder spekuliert wird. Jetzt sollte uns das gar nicht stören. Wir bekommen nämlich den abgeregelten "Strom" voll vergütet. Zahlt ja der Kunde. Dem wird erzählt, der Strom sei knapp und er müsse sparen. In Wahrheit zahlt der Kunde den abgeschalteten und den dadurch verknappten Strom und weiß nicht, wie er das stemmen soll.

Pervers. Sorry.

Hunderttausende Kilowattstunden sind so schon bei uns nicht produziert worden. Weil die Politik das gar nicht auf dem Schirm hat. AKWs einschalten, weil der Strom knapp ist. Kohle wieder verbrennen, weil der Strom knapp ist und auch ordentlich noch Gas in die Kraftwerke, weil der Strom knapp ist. Und Windparks ausstellen - damit der Strom knapp bleibt.

Lieber Stromkunde: Sie werden verarscht und wir auch!

Ich möchte gern den nächsten Bäcker mit bezahlbarem Strom beliefern, die nächste Siedlung oder die nächste Fabrik. Ich darf es nicht. Weil die Großen das Geschäft machen, für sich und nicht für die Allgemeinheit.

Und die Politik spielt mal wieder mit."

Verehrte Zuschauer,

wie auch aus anderen Quellen zu entnehmen ist, so ist dieser Zeugenbericht kein Einzelfall. Gleichfalls betroffen sind Tausende Photovoltaik-Anlagen - gewerblich sowie privat - als auch Biogasanlagen. Angesichts einer angeblich schweren Energiekrise ist dieses Vorgehen nicht nachvollziehbar, und

es steht einmal mehr außer Zweifel: Krisen werden gemacht!<<

20.11.2022

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 20. November 2022:

>>Reparationen: Müssen wir wirklich an Polen zahlen?

Von *Daniell Pföhringer*

Die polnischen Geldforderungen gegen Deutschland übertreffen den Bundeshaushalt um ein Vielfaches. In unserer neuen Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" präsentieren wir die Gegenrechnung.

Polen fordert von Deutschland 1,3 Billionen Euro, um, wie es aus Warschau heißt, die materiellen und immateriellen Schäden, die das Land durch den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzung erlitten habe, zu kompensieren.

Abgesehen davon, daß Polen 1953 in einer Erklärung und noch einmal 1990 im Zuge des Zwei-plus-vier-Vertrags auf jegliche Reparationsforderungen gegen Deutschland verzichtet hat, bleibt bei der Warschauer Rechnung vollkommen unberücksichtigt, daß sich unser östlicher Nachbar nach dem Zweiten Weltkrieg bereits ein Fünftel des deutschen Reichsgebietes von 1937 einverleibt hat.

Jahrhundertverbrechen: Mindestens 14 Millionen Deutsche wurden aus ihrer Heimat vertrieben.

Darunter befanden sich nicht nur die Seen und Wälder des südlichen Ostpreußens, die großen

landwirtschaftlichen Güter in Pommern, sondern auch die bedeutenden Kohle- und Industrieviere in Oberschlesien. Im Gutachten der polnischen Regierung taucht das alles absurderweise nicht auf.

Unsere Gegenrechnung

Schulden wir den Polen also wirklich noch 1,3 Billionen Euro? Nein! Warschau kann froh sein, daß es in Berlin keine Politiker gibt, die eine Gegenrechnung aufmachen. Das machen wir in unserer neuen Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung".

In unserer brandneuen Geschichtsausgabe kann man lesen:

"Ein näherer Blick auf die Provinzen macht deutlich, wie absurd die Reparationsforderungen Warschaus sind - und zeigt, wie schlecht Polen dastünde, machte man eine Gegenrechnung auf. Wie schon nach dem Ersten Weltkrieg, als das ostoberschlesische Industrievier Polen zugeschlagen wurde, verlor Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg mit Schlesien - neben den Bodenschätzen (Steinkohle, Braunkohle, Kaolin, Granit, Magnesit, Nickel, Basalt, Zink- und Bleierze) - hochwertige Produktionsanlagen für Waggons, Kessel, Werkzeug, Kraftmaschinen, Armaturen und Instrumente. Die Vermögensverluste in der Land- und Fischereiwirtschaft in Pommern oder Ostpreußen waren ebenfalls gigantisch."

Und weiter:

"Die Gesamtfläche der größtenteils an Polen abgetretenen Ostgebiete beträgt 137.497 Quadratkilometer oder 13.749.700 Hektar. Bei einer Bodennutzungsgebühr von jährlich nur zehn Euro je Hektar ergäbe dies die ungeheure Summe von 137.497.000 Euro. Berechnet auf 70 Jahre würde sich diese imaginäre Pachtschuld ohne Zins und Zinseszins auf über 9,6 Billionen Euro belaufen.

Natürlich könnte man nun einwenden, daß große Flächen davon mit Sümpfen oder Sandböden bedeckt sind. Auf der anderen Seite sind die wertvollen Industrieanlagen und Kulturdenkmäler, die verloren gingen, in dieser Rechnung noch nicht einmal berücksichtigt. Allein der kulturelle Gesamtwert der Gebiete beträgt Schätzungen zufolge mindestens 3,9 Billionen Euro. Warum also noch Reparationen? Zumal Polen seit den 1970er Jahren von Deutschland schon mehrere Milliarden an Krediten und Entschädigungszahlungen erhalten hat."

Zudem befindet sich Polen im Besitz wertvoller deutscher Kulturgüter, deren Rückgabe von Warschau schon seit vielen Jahren unter immer neuen Vorwänden abgelehnt wird. Professor Wojciech Kowalski, der lange Zeit als polnischer Verhandlungsführer mit dieser Sache betraut war, begründete dies 2007 im Interview mit der Taz wie folgt:

"Mit 'Raub- und Beutekunst' sind Kulturgüter gemeint, die Aggressoren oder Okkupanten im Krieg aus fremden Territorien abtransportieren, obwohl die Haager Landkriegsordnung von 1907 dies verbietet. Wir aber haben 1945 nach der Westverschiebung Polens durch die Alliierten die deutschen Kulturgüter in den ehemaligen deutschen Ostgebieten vorgefunden. Das ist ein Unterschied."

Ach so! Die Beethoven-Partituren und Goethe-Briefe beispielsweise, die seit 1945 in der Jagiellonischen Bibliothek in Krakau liegen, sind also nur durch einen Zufall auf polnischem Gebiet gelandet? Wohlgermerkt: Hierbei handelt es sich um Bestände der alten Preußischen Staatsbibliothek, die im Zweiten Weltkrieg zum Schutz vor alliierten Bomben von Berlin ins schlesische Kloster Grüssau ausgelagert wurden.

Die von dort nach Krakau verbrachten Archivalien umfassen rund 300.000 Bände, darunter wertvolle mittelalterliche Handschriften, Autografen Martin Luthers und Goethes, die Doktorarbeit Friedrich Schillers und nicht zuletzt einzigartige Musikalien wie die Partituren der meisten Beethoven- und Mozart-Werke. Sogar die Originalhandschrift vom "Lied der Deutschen" von Hoffmann von Fallersleben gehört zu der Sammlung, deren Existenz bis 1977 von polnischer Seite schlichtweg geleugnet wurde.

Die polnischen Reparationsforderungen gegen Deutschland entbehren also jeglicher Grundlage. Doch die passende Antwort aus Berlin bleibt aus, denn dazu ist die Bundesregierung zu feige - und zu sehr dem Schuld kult verhaftet. Wir hingegen schreiben, was Polen verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt.

In unserer nun erhältlichen Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" dokumentieren wir, wie Deutsche schon nach dem Ersten Weltkrieg in den damals Polen zugeschlagenen Gebieten drangsaliert und ermordet wurden. Erfahren Sie außerdem, welchen Anteil Polen am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte, welche Qualen Deutsche durch Vertreibung und KZ-Internierung erleiden mußten - und wie sich Polen am Ende auch noch die Oder-Neiße-Gebiete unter den Nagel riß. Lesen Sie die ganze Wahrheit! ...<<

21.11.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 21. November 2022:

>>Ramstein: Die USA als Besatzer in Deutschland

Von *Karel Meissner*

Bald 80 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg hat die US-Armee immer noch umfassende Vorrechte in Deutschland. Nirgendwo im Ausland haben die Vereinigten Staaten mehr Soldaten stationiert als bei uns. Wie wir schon seit 100 Jahren unter der Knute von Uncle Sam stehen - und immer noch besetzt sind, erfahren Sie in unserer demnächst erscheinenden Sonderausgabe "USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg" ...

Was in den US-Stützpunkten in Deutschland passiert, passiert de facto außerhalb der deutschen Rechtsordnung. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction im Bundestag vom 24. März 2011, ob die alliierten Truppen in Deutschland nur unter der Voraussetzung von NATO-Beschlüssen, die demnach auch von Deutschland getragen wären, handeln dürften, antwortete die Bundesregierung: "Ein Aufenthalt in "NATO-Mission" oder ein Tätigwerden auf der Grundlage eines "NATO-Beschlusses" gehört nicht zu den Voraussetzungen."

Das ist ein Freibrief für die US-Armee, ihre deutschen Basen auch für Aktivitäten zu nutzen, die Deutschland ablehnt und die NATO nicht beschlossen hat, also etwa für den Krieg in der Ukraine oder die Verschleppung von Terrorverdächtigen (Rendition flights).

Die Pfalz als Flugzeugträger

In Rheinland-Pfalz haben die USA eine ihrer wichtigsten Militärbasen installiert: die Air Base Ramstein. Hier betreibt die US-Luftwaffe das größte Luftdrehkreuz der US-Streitkräfte außerhalb der USA. Den größten Transportflugzeugen der US-Air Force (C-130, C-17, C-5) stehen zwei Start- und Landebahnen sowie die größte Wartungshalle der U.S. Air Force zur Verfügung, dazu ein vollautomatisches Frachtterminal sowie ein Passagierterminal für monatlich etwa 30.000 Abfertigungen.

Ramstein "war entscheidend am Erfolg der Operation Enduring Freedom (vor allem in Afghanistan) und dem Irakeinsatz beteiligt", lobte Air Force-General Charles F. Wald 2003. Hier wurde auch die Befehlszentrale für den NATO-Raketenabwehrschirm eingerichtet werden, der aus vorgeschobenen Stellungen, etwa in Polen, russisches Territorium bedroht, und über Ramstein läuft die Zielaufklärung in Echtzeit für die ukrainischen Truppen.

Ramstein hat zudem eine Scharnierstellung bei den Kill-Angriffen durch Drohnen in Afghanistan, Pakistan, dem Jemen oder Afrika. Die Piloten der ferngesteuerten Maschinen sitzen - aufgrund seltener Rücksichtnahme auf das deutsche Recht - in den USA. Die Satellitensignale der Drohnen werden in Ramstein über ein Glasfaserkabel in die USA übertragen. Andernfalls müßte der US-Geheimdienst CIA als Eigner der Drohnen mehrere Satelliten aneinanderkoppeln.

Die dadurch entstehende Zeitverzögerung könnte die Einsätze praktisch unmöglich machen. 2014 enthüllte der frühere Drohnenpilot Brandon Bryant gegenüber der Süddeutschen Zeitung

die Bedeutung des Fliegerhorstes. "In den mehr als 1.000 Drohneneinsätzen, die ich geflogen habe, gab es kein einziges Mal, wo wir zum Schichtbeginn nicht in Ramstein angerufen haben. Ich habe mein Rufzeichen durchgegeben und die Kennung der Drohne, die ich steuern will, und schon ging es los." Ohne Ramstein wäre der globale Drohnterror unmöglich, so Bryant.

Einschreiten kann die Bundesregierung nicht. "Sieht man einmal von der (theoretischen) Möglichkeit ab, den Aufenthaltsvertrag einseitig zu kündigen, so bleiben der deutschen Regierung nur politische Reaktionen wie zum Beispiel rechtlicher Protest oder bilaterale Konsultationen", heißt es 2014 in einem Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages.

Doch diese Einschätzung stimmt nur teilweise. Berlin könne durchaus "das Vertragsverhältnis, das den Entsendestaaten diese Grundstücke zur Verfügung stellt, aufkündigen", erklärte der Gießener Völkerrechtler Thilo Marauhn bereits 2013 dem Stern. Doch genau dies hat die Merkel-Regierung bislang erkennbar nicht einmal erwogen.

Während in Ramstein im Wesentlichen Transportflugzeuge starten, ist Spangdahlem in der Eifel die Basis für Kampfflugzeuge. Von hier flogen im Irakkrieg die gefürchteten Tarnkappenbomber F-117A ab. Später wurden A-10-Kampfstaffeln mit Bomben und Urangeschossen für den Einsatz in Afghanistan ausgerüstet.

3.500 Kilometer von Bagdad und 5.200 Kilometer von Kabul entfernt liegt im pfälzischen Landstuhl das Regional Medical Center (LRMC), mit nach eigenen Angaben 3.300 Mitarbeitern im Jahre 2013 das größte Krankenhaus der US-Armee außerhalb der Vereinigten Staaten. Dort werden Leichtverletzte gepflegt und für die Rückkehr an die Fronten des weltweiten "Kampfes gegen den Terrorismus" fit gemacht.

Der hundertjährige Krieg

In COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland" zeigen wir anhand zahlreicher Fakten: Unser Land gilt Uncle Sam noch immer als Feind. Mit dem Ukrainekrieg rückt neben Rußland auch Deutschland immer stärker in den Fokus der USA. Schließlich gilt unser Land als mögliches Aufmarschgebiet in einem nächsten großen Krieg. ...

Hier der vollständige Inhalt:

Die Weltkriege

Im Krieg gegen die "Hunnen"

Putzi und Adolf - Wie die USA Hitler förderten

Falscher Friedensengel Roosevelt

Das Grauen der Rheinwiesenlager

Frolleins als Freiwild

Der große Patentraub

Morgenthau Hunger-Plan

Das besetzte Land

Deutsche Kanzler als Befehlsempfänger

BRD als Militärkolonie: US-Basen in der BRD

Raptoren aus Ramstein

Drohnen aus Stuttgart (Sp06)

US-Atombombenpläne gegen DDR und BRD

US-Geheimdienstverbrechen

Operation Gladio

Rudolf Heß muß sterben

NSA und NSU

CIA und Anis Amri

Nord Stream - Erster Kriegsakt seit 1945

Wie wir souverän werden

Die Deutschlandhasser

Die alliierten Vorbehaltsrechte

Die Feindstaatenklausel der UNO

Das Geheimnis der Kanzlerakte

Deutschland am Scheideweg. Von Björn Höcke

Unsere Spezial-Ausgabe "USA gegen Deutschland. der hundertjährige Krieg" (84 Seiten) erscheint in Kürze ...<<

USA: Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 21. November 2022 (x1.206/...): >>>Krieg der USA gegen Rußland - von langer Hand geplant

Die oberflächliche Glaubensvorgabe vom Krieg Rußlands gegen die arme Ukraine, die uns von der "Schutzmacht" USA durch ihre deutschen medialen Sprachrohre unaufhörlich einsuggeriert wird, weicht gleich einer etwas anderen Beurteilung, wenn man den Hintergründen der imperialistischen Geopolitik der USA etwas nachspürt. Sie liegt offen zutage und wird von den US-Eliten überhaupt nicht geheim gehalten. Und amerikanische alternative Medien legen den Finger auf die entscheidenden Nachweise.

Die US-Denkfabrik Rand Corporation

Die amerikanische Webseite "Information Clearing House" veröffentlichte am 11. Oktober einen Leitartikel 1, in dem zum Verständnis der gegenwärtigen Ereignisse in der Ukraine auf eine wichtige Studie der Rand Corporation hingewiesen wurde. Diese sei vor mehr als drei Jahren veröffentlicht worden und zeige unbestreitbar, daß der Krieg in der Ukraine in Wirklichkeit Teil der Konkretisierung einer von langer Hand geplanten größeren vorsätzlichen Kriegsführung gegen Rußland sei, mit der die Vereinigten Staaten versuchten, Moskau zu zermürben und zu unterwerfen.

Was jetzt geschehe, sei zweifellos der Höhepunkt einer von den USA seit langem betriebenen Planung. Das verleihe dem aktuellen Konflikt in der Ukraine, der sich nun schon im achten (inzwischen neunten) Monat befindet, eine ganz andere Bedeutung. Es handele sich nicht um einen "unprovzierten" Angriff auf die Ukraine und die "westlichen demokratischen Werte" durch eine "russische Aggression", wie es die westlichen Regierungen und Medien gerne darstellten. Der Konflikt sei durch politische Entscheidungen Washingtons und seiner NATO-Partner absichtlich entfacht, weiter angeheizt und nun noch verschärft worden.

"Die Rand Corporation ist eine der ältesten Denkfabriken in den USA und wurde 1948 gegründet. Einer ihrer Mitbegründer war der Luftwaffenkommandeur General Curtis LeMay, der 1945 die Brandbomben auf Tokio und den atomaren Holocaust in Hiroshima und Nagasaki geplant hatte. LeMay war ein fanatischer "Kalter Krieger", der sich Anfang der 1960er Jahre gegenüber Präsident John F. Kennedy für einen nuklearen Präventivschlag gegen die Sowjetunion aussprach."

Das von ihm mitgegründete Unternehmen Rand wird nach Wikipedia zu 82 % vom US-Verteidigungs-Ministerium und anderen staatlichen Stellen finanziert. Es kann also "in gewisser Weise als das öffentliche Sprachrohr des Pentagon und der CIA angesehen werden."

Die Aktualität der oben genannten Studie mit dem Titel "Overextending and Unbalancing Russia", die im April 2019 veröffentlicht worden sei, ergebe sich aus der Tatsache, daß sich die realen, aktuellen Ereignisse so entwickeln, wie es die amerikanischen Planer vorgesehen hätten.

"Die Rand-Autoren haben unter anderem folgende "kostenverursachende Optionen" gegen Rußland vorgeschlagen:

- Bereitstellung tödlicher Militärhilfe für die Ukraine
- Mobilisierung der europäischen NATO-Mitglieder
- Die Verhängung strengerer Handels- und Wirtschaftssanktionen

- Steigerung der Energieproduktion der USA für den Export nach Europa
- Ausbau der europäischen Importinfrastruktur für die Versorgung mit US-Flüssigerdgas (LNG)

Der von den USA unterstützte Staatsstreich in Kiew im Februar 2014 war das Schlüsselereignis, das all diese nachfolgenden Planungen möglich machte. Das Regime, das an die Macht kam, war rabiat antirussisch und von neonazistischer Ideologie durchdrungen. Es war ein eifriges Werkzeug der amerikanischen und der NATO-Politik, um Rußland zu provozieren und zu attackieren.

Acht Jahre lang lehnte das Kiewer Regime Friedensverträge ab und führte mit voller Unterstützung der USA und der NATO einen völkermörderischen Krieg gegen die russischsprachige Bevölkerung in den selbsterklärten Donbass-Republiken. Diese Republiken haben sich nun zusammen mit zwei anderen ehemaligen ukrainischen Regionen der Russischen Föderation angeschlossen."

Der Artikel weist weiter darauf hin, daß Rußlands militärischer Einmarsch in die Ukraine am 24. Februar 2022 durch eine unerbittliche, von der NATO unterstützte Aggression nicht nur gegen ethnische Russen in der Ukraine, sondern auch gegen Rußland selbst ausgelöst worden ist. Der Krieg sei für Rußland zu einer Notwendigkeit geworden, um seine nationalen Interessen zu verteidigen, ausgelöst durch einen Stellvertreterkrieg, der von den Vereinigten Staaten und ihren NATO-Verbündeten angezettelt worden sei.

Die Rand Corp-Studie mache überdeutlich, daß der sich anbahnende gefährliche Konflikt zwischen den Atommächten von Anfang an von den USA orchestriert wurde. Die Welt sei Zeuge einer grauenerregenden Situation, die quasi einem Dritten Weltkrieg gleichkomme, wie der Kolumnist Declan Hayes geschrieben habe.

"Auf grausame Weise liefern die USA und ihre NATO-Partner immer mehr tödliche Waffen in die Ukraine, die direkte Angriffe auf russisches Territorium ermöglichen. Unter der ruchlosen Vormundschaft Washingtons und Londons verschmäht das Kiewer Regime jegliche diplomatischen Bemühungen um eine politische Friedenslösung. Gut gemeinte Friedensvorschläge internationaler Persönlichkeiten wie des Unternehmers Elon Musk oder des Musikers und Pink-Floyd-Mitbegründers Roger Waters werden mit Spott und Morddrohungen beantwortet.

Es scheint eine Spirale des Wahnsinns zu geben, der die USA, die europäischen Eliten und das Kiewer Regime ausgeliefert sind.

Der Kreml hat gewarnt, daß er "alle notwendigen Mittel" einsetzen wird, um sich zu verteidigen, wenn Rußlands existentielle Sicherheit auch durch "konventionelle Waffen" bedroht ist. Die Dynamik, die hier herrscht, birgt die Gefahr eines katastrophalen Atomkriegs in sich, der die Kuba-Krise von 1962 in den Schatten stellt.

Es muß betont werden, daß das gegenwärtige gefährliche Dilemma bewußt durch politische Entscheidungen der USA herbeigeführt wurde."

Der Artikel erinnert daran, daß Zbigniew Brzezinski, der ehemalige US-Präsidentschaftsstrategie Jimmy Carters (1977-1981), in seinem 1997 erschienenen Buch "The Grand Chessboard" ("Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft") die Ukraine als "Dreh- und Angelpunkt" für die hegemoniale Kontrolle über Eurasien und als Brückenkopf zur Destabilisierung Rußlands angepriesen habe.

Brzezinski sei auch der Architekt des "Afghanischen Schlamassels" gewesen, den die USA heimlich anzettelten, um die sowjetischen Truppen in einen zehnjährigen Krieg (1979-1989) hineinzuziehen. Dieser Krieg sei durch die massive Bewaffnung afghanischer Stellvertreter (aus denen sich später die Al-Qaida und andere islamistische Terrornetzwerke entwickelten) bewußt herbeigeführt worden, um der Sowjetunion "ihr Vietnam" zu bereiten. Die schwächenden Auswirkungen auf Moskau durch die "Afghanistan-Falle" sei wohl ein kausaler Fak-

tor für den letztendlichen Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 gewesen.

"Was derzeit in der Ukraine geschieht, weist untrügliche Parallelen auf. Wie die Rand Corp. bereits vorwegnahm, zielt der Konflikt darauf ab, 'Rußland zu überfordern und aus dem Gleichgewicht zu bringen'.

Es besteht kein Zweifel daran, daß der militärische, wirtschaftliche und politische Druck, der auf Moskau ausgeübt wird, zur Schwächung des russischen Staates, zum Zusammenbruch der Regierungsstrukturen, zum Regimewechsel und zur Zersplitterung des nationalen Territoriums in ungleiche Ministaaten führen wird, über die die USA eine hegemoniale Vorherrschaft ausüben können, um Rußlands enorme Naturreichtümer auszubeuten. Der russische Präsident Wladimir Putin hat kürzlich darauf hingewiesen, daß dieses geopolitische Ziel, Rußland zu besiegen, der Prüfstein unserer Zeit ist."

Andere Quellen würden die Schlußfolgerung bestätigen, daß dieser Konflikt ein gewollter Krieg ist.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg habe wahrscheinlich unabsichtlich enthüllt - in einem Meinungsartikel für die Financial Times im vergangenen Monat - daß der von den USA geführte Militärblock die Ukraine seit 2014 mit Waffen versorgt, um die Spannungen mit Rußland zu schüren.

Die NATO-Waffen, die in die Ukraine gepumpt werden, seien also keine Maßnahme zur "Verteidigung" (der Ukraine) gegen Rußland. Die offensive Militärhilfe werde lediglich beschleunigt, nachdem die ehemalige Sowjetrepublik und Rußlands unmittelbarer westlicher und historisch enger Nachbar jahrelang provokativ aufgerüstet habe.

"Letzten Monat hat ein anderer hochrangiger NATO-Befehlshaber, Admiral Rob Bauer, Vorsitzender des Militärausschusses des Blocks, dreist zugegeben, daß: 'Die Planung dafür (für den gegenwärtigen Krieg) begann vor Jahren, aber wir setzen sie jetzt um.'

Es ist daher unbestreitbar, daß Anklage erhoben werden kann und sollte. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten sind schuldig, einen vorsätzlichen Angriffskrieg gegen Rußland zu führen, der seit langem geplant ist."

Das sei nicht nur nach den Nürnberger Grundsätzen ein schweres Kriegsverbrechen. Es bringe auch die Existenz des gesamten Planeten in große Gefahr.

"Kann es etwas teuflisch Böseres geben?"<<

22.11.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 22. November 2022 (x1.230/...):

>>Angriff auf den Mittelstand

Von innen heraus wird die deutsche Wirtschaft im Interesse Dritter zerstört.

Von *Christian Kreiß*

Viele politische und wirtschaftliche Maßnahmen der letzten Zeit schaden offenkundig stark unserem Mittelstand, dem Rückgrat unseres Wohlstandes. Führende Wirtschaftsvertreter sagen: "Die Substanz der Industrie ist bedroht" oder: "Wir werden einfach ärmer. Für Deutschland male ich Ihnen ein Bild: Ich würde mich nicht wundern, wenn wir am Ende 20 bis 30 Prozent ärmer sind". Das konservative Handelsblatt spricht von der Gefahr einer Deindustrialisierung Deutschlands. Maßgeblich an diesem Niedergang beteiligt ist die Politik unserer Außenministerin und unseres Wirtschaftsministers. Welche Auswirkungen hat diese Politik, was könnten ihre Motive sein und wer profitiert davon?

Politische Maßnahmen und ihre Auswirkungen

1. Energiepolitik

Bereits vor Beginn des Ukrainekriegs, am 3. Februar 2022, sagte Annalena Baerbock: "Von Nord Stream 2 profitiert nur einer: das System Putin". Diese Aussage ist falsch. Das preiswerte und äußerst umweltfreundliche russische Pipeline-Erdgas nützt unserem Mittelstand und unseren Bürgern in großem Ausmaß. Es sorgt für eine günstige Energieversorgung unserer

Haushalte und wettbewerbsfähige Kosten für die Unternehmen in unserem Lande. Die Aussage zeigt gut die Einäugigkeit und ideologische Brille, durch welche die Außenministerin die Welt betrachtet. Die Interessen der Menschen und der Unternehmen hierzulande spielen für sie offenbar keine nennenswerte Rolle.

2. Sanktionspolitik und Verunglimpfung Rußlands

Seit dem Ukrainekrieg schürt Frau Baerbock in starkem Maße Ressentiments gegen Rußland, verunglimpft Land und Leute, feuert dadurch den Krieg weiter an und verhindert alle Ansätze zu Friedensverhandlungen. Aussagen wie "Das wird Rußland ruinieren" am 25. Februar 2022 anlässlich des ersten Sanktionspakets oder ihre Ausführungen, sie wolle Rußland derart schädigen, daß "es volkswirtschaftlich jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt" schüren Abneigung und Feindschaft gegen das russische Volk und verhindern im Vorfeld alle Bemühungen um Frieden. Die ständigen Forderungen der Grünen-Politiker nach immer mehr Waffenlieferungen widersprechen jahrzehntelangen Grundsätzen grüner Politik.

Am Rande sei bemerkt: Für mich ist es ein Skandal ersten Ranges, daß Gesundheitsminister Lauterbach per Twitter Rußland den Krieg erklären kann und nicht sofort aus seinem Amt entfernt wird wegen diplomatischen Fehlverhaltens von gewaltiger Dimension.

Die deutsche Sanktionspolitik gegen Rußland schadet dem deutschen Mittelstand in größtmöglichem Ausmaß. Die Gaspreise der deutschen Industrie waren diesen Sommer etwa achtmal so hoch wie die der US-Konkurrenz. Das überlebt unser Mittelstand nicht lange.

Dazu kommen sanktionsbedingte Lieferausfälle und Materialengpässe, die die Produktion ebenfalls beeinträchtigen.

Auch unter Umweltsichtspunkten ist die Energiepolitik der beiden grünen Spitzenpolitiker fatal falsch. Statt Gas direkt über die Pipelines aus Rußland zu beziehen, wird es nun verflüssigt, um die Welt geschickt und landet zu weit überhöhten Preise wieder auf dem europäischen Markt.

Außerdem kommen nun größere Mengen als früher von äußerst umweltbedenklichem US-Frackinggas zu sehr viel höheren Preisen als russisches Pipeline-Gas in Europa an. Ähnliches geschieht mit russischem Öl, das nun wegen der Sanktionen über kostspielige und umweltschädliche Dreiecksgeschäfte schließlich wieder auf dem europäischen Markt landet. Das ist absurd, massiv umwelt- und wirtschaftsschädigende grüne Politik.

3. Wirtschaftspolitik

Wirtschaftsminister Habeck glänzt durch Inkompetenz, wirtschaftspolitischen Zickzackkurs und Fehleinschätzungen. Ein paar wenige Beispiele: Der Wirtschaftsminister glaubte, die BaFin sei für das Prüfen von Handwerkerrechnungen zuständig. Angesichts dramatisch steigender Gaspreise wollte er eine Gaspreisumlage einführen, die die Gaspreise für die Endabnehmer noch weiter erhöht hätte.

Dann die Kehrtwende eines Gaspreisdeckels, also genau das Gegenteil. Die Idee von Herrn Habeck, die verbliebenen drei Atomkraftwerke am 1. Januar 2023 abzuschalten, wenn es allmählich richtig kalt wird, ist an ökonomischer Kurzsichtigkeit schwer zu überbieten.

Statt einen detaillierten Energiefahrplan durch die Wintermonate nach Schweizer Vorbild zu erarbeiten, scheint der Wirtschaftsminister lieber auf einen milden Winter und Glück zu hoffen.

Zu sagen, wir hätten kein Stromproblem, sondern ein Gasproblem, oder Läden seien nicht insolvent, sie würden einfach nur nicht mehr verkaufen, spricht Bände. Für Unternehmen ist Kompetenz, Planungssicherheit und Zuverlässigkeit wichtig. Diese Grundpfeiler der Ökonomie werden durch solch einen Wirtschaftsminister ruiniert.

Dem Ausspruch von Sarah Wagenknecht "Die Grünen sind die gefährlichste Partei im Bundestag" kann ich daher voll und ganz zustimmen. Die Politik der beiden grünen Spitzenpolitiker hilft darüber hinaus in keiner Weise der Ukraine und schädigt die russische Wirtschaft

meines Erachtens weit weniger als die deutsche.

Wer profitiert?

So stellt sich die Frage: Weshalb machen unsere Grünen-Spitzenpolitiker eine solch wirtschaftsfeindliche Politik zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger? Des einen Leid, des andern Freud - nicht alle sind unglücklich über diese mittelstandsschädigende Grünen-Politik. Die USA wollen Deutschland seit Jahren von der günstigen russischen Erdgasversorgung abschneiden. Nord Stream 2 ist den USA seit Jahren ein Dorn im Auge. So sagte US-Präsident Biden laut ZDF bereits vor dem Ukrainekrieg am 8. Februar 2022:

"Sollte Rußland in die Ukraine einmarschieren, habe die Pipeline Nord Stream 2 keine Zukunft. ... Auf die Frage, wie er das bei einem Projekt unter deutscher Kontrolle bewerkstelligen wolle, sagte Biden: Ich verspreche Ihnen, daß wir es schaffen werden".

Das ist mittlerweile gelungen. Der US-Top-Ökonom Jeffrey Sachs vermutet, daß die USA die Sprengungen vorgenommen haben.

Dieses endgültige Abschneiden Mitteleuropas von den Nord-Stream-Pipelines bezeichnete US-Außenminister Anthony Blinken sechs Tage nach den Sprengungen am 2. Oktober 2022 als "tremendous opportunity", als eine großartige Gelegenheit.

Abgesehen von steigenden Frackinggas-Exporten bedeutet das Schwächen des deutschen Mittelstands auch sehr gute und vor allem billige Einstiegschancen für Unternehmenskäufer aus den USA.

Bereits 2018 besaßen die großen US-amerikanischen Investmentgesellschaften wie BlackRock oder Vanguard 34,6 Prozent der Anteile aller DAX-Unternehmen. Weitere 20 Prozent gehörten britischen und irischen Vermögensverwaltern. Das Problem: Bei Mittelständlern funktioniert dieses Geschäftsmodell nicht, weil sie nicht börsennotiert, sondern in Familienhand sind und die Familien bei normalem Geschäftsverlauf nicht verkaufen wollen. Durch die Billiggeldpolitik der USA in den letzten 15 Jahren ist sehr viel Anlage suchendes Geld entstanden, das jetzt dringend nach lukrativer Verwertung strebt.

Falls es tatsächlich zu einer Schwächung und einem Ausbluten des deutschen Mittelstands kommen sollte, bietet das eine "tremendous opportunity", viele seiner Unternehmen preiswert aufzukaufen. Durch die Nord-Stream-Sprengungen wurde diese günstige Gelegenheit zementiert.

Auf wessen Seite stehen unsere (Grünen-) Spitzenpolitiker?

Und so stellt sich die Frage: Auf welcher Seite stehen unsere Spitzenpolitiker? Wessen Interessen vertreten sie? Die unseres Mittelstandes, unserer Bürgerinnen und Bürger oder andere Interessen?

Bereits in den Zeiten der Lockdown-Politik zeichneten sich die grünen Politiker mit Forderungen nach möglichst langen und harten Lockdowns aus. Die Lockdown-Politik schwächte kleine und mittelständische Unternehmen enorm. Jeder Tag Lockdown bescherte den Großkonzernen und den hinter ihnen stehenden Milliarden Extra-Milliardengewinne. Auch während der Lockdown-Zeit, als die Grünen noch in der Opposition waren, betrieben sie nach Kräften eine mittelstandsfeindliche, mittelstandsschädigende Politik.

Jetzt unterstützt die grüne Politik über eine tief wirtschaftsfeindliche Energie- und Sanktionspolitik erneut die Interessen der internationalen Großkonzerne zu Lasten der kleinen und mittleren heimischen Unternehmen. Meiner Meinung nach hängt dies möglicherweise damit zusammen, daß Frau Baerbock Mitglied der "Young Global Leaders" des Weltwirtschaftsforums in Davos ist. Das Forum vertritt bekanntermaßen die Interessen der internationalen Großkonzerne und der dahinterstehenden Milliardäre.

Ende August stellte die deutsche Außenministerin in ihrer mittlerweile berühmt-berüchtigten Aussage klar, auf wessen Seite sie steht: "Egal, was meine deutschen Wähler denken", die die deutsche Wirtschaft und Menschen schädigenden Sanktionen werden bleiben, auch wenn es

im Winter Unruhen geben sollte.

Frau Baerbock rechnete Ende August selbst damit, die Menschen würden in Deutschland "auf die Straße gehen und sagen, daß sie ihre Energiepreise nicht bezahlen können". Trotzdem wolle sie Sanktionen um jeden Preis aufrechterhalten, auch gegen die Interessen der deutschen Wähler.

In diesem Zusammenhang sind vielleicht die Aussagen von Oskar Lafontaine von August 2022 erhellend:

"Deutschland ist kein souveränes Land. ... Deutschland handelt im Ukrainekrieg als Vasall der USA. ... Die führenden Politiker der Ampel - Scholz, Baerbock, Habeck und Lindner - sind treue US-Vasallen." Die Grünen hätten sich "zur schlimmsten Kriegspartei im deutschen Bundestag gewandelt". Die Aussagen von "Annalena Baerbock, wir sollten 'Rußland ruinieren', muß man schon faschistoid nennen. ... Die deutsche Außenpolitik schadet den Interessen unseres Landes und ist kein Beitrag zum Frieden in Europa."

Der ehemalige SPD-Politiker und Erste Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi, schreibt in seinem im Januar 2022 erschienenen Buch Ähnliches:

"Deutschland und Europa sind heute in Fragen der Sicherheit und der Außenpolitik nicht souverän. Es sind die USA, die hier in Europa die Richtung vorgeben. Verfolgen sie dabei auch unsere Interessen? Führen sie Europa außen- und sicherheitspolitisch in eine friedliche Zukunft? Ich habe Zweifel daran".

Das sind geradezu prophetische Worte.

Was tun?

Die beiden grünen Spitzenpolitiker schädigen aktiv unseren Mittelstand, die Basis unseres Wohlstands. Insbesondere die Außenministerin betreibt nach eigener Aussage keine Politik für ihre deutschen Wähler, sondern fördert meiner Meinung nach als Young Global Leader die Interessen internationaler Großkonzerne, deren Eigentümer und Chefs sich mit ihr regelmäßig in Davos treffen.

Die Lösung dieser ungunstigen Situation wäre denkbar einfach, nämlich das, was Oskar Lafontaine vorschlägt: "Drängen auf einen Waffenstillstand, die Vorlage eines Friedensplans und die Inbetriebnahme von Nord Stream 2". Diese Empfehlungen Lafontaines stammen noch aus der Zeit vor den Sprengungen der Erdgas-Röhren. Aber zumindest eine Röhre von Nord Stream ist ja offenbar noch intakt und könnte in Betrieb genommen werden. Das würde unsere Energieversorgung erheblich verbessern, gerade in den kritischen Wintermonaten, und dadurch unseren Mittelstand und unsere Haushalte entlasten.

Ich würde Oskar Lafontaines Vorschläge ergänzen: Abbau der Sanktionen und personelle Konsequenzen ziehen. Mit etwas gesundem Menschenverstand betrachtet, kann man sich eigentlich nur noch dem Twitter-Hashtag BaerbockRuecktritt anschließen. Aber nicht nur Frau Baerbock: Die beste Lösung wären die Auflösung der Ampel, die diese Politik mitträgt, und Neuwahlen.

Christian Kreiß, Jahrgang 1962, ist Bundestagskandidat für die Basis. Er studierte Volkswirtschaftslehre und promovierte in München über die Große Depression 1929 bis 1932. Nach sieben Jahren Berufstätigkeit als Investmentbanker in verschiedenen Geschäftsbanken unterrichtet er seit 2002 als Professor für Finanzierung und Wirtschaftspolitik an der Hochschule Aalen. Er ist Autor mehrerer Bücher.<<

23.11.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2022: >>Ami go home: Wagenknecht, Lafontaine und Elsässer

Von *Valentina Schacht*

Querfront im Anmarsch: Sahra, Oskar und Jürgen sind sich einig: Ami go home! Der Kampf für ein freies und souveränes Deutschland hat begonnen.

Lauterbach, Tagesspiegel & Co. empören sich über unsere Dezember-Ausgabe. Hey, beruhigt Euch, noch ist die kluge Sahra nicht bei COMPACT angestellt. Nur auf dem Titelblatt. Doch das reicht schon, um bei den Politschranzen und ihren medialen Spießgesellen Schnappatmung auszulösen.

Dabei ist nicht ganz klar, ob man sich daran stößt, daß die (Noch)-Linke vom Cover des brandneuen COMPACT-Magazins grüßt. Oder ob es die Titelzeile ist, die einige so ins Schwitzen bringt: Die beste Kanzlerin! Des Pudels Kern bringt die Unterzeile zum Vorschein: Eine Kandidatin für Links und Rechts.

Offensichtlich werden ihre nationalen Überzeugungen von vielen Deutschen ebenso goutiert wie ihre klare politische Agenda gegen den Murks der Ampel-Regierung. Umfragen zeigen: Sie ist die zweitbeliebteste deutsche Politikerin und könnte mit einer eigenen Partei bis zu 30 Prozent abräumen. Zusammen mit der AfD würde das zu einer Querfront-Mehrheit reichen. Verstehen Sie jetzt die Schnappatmung von Lauterbach & Co.? Die ahnen etwas!

Eines scheint auf jeden Fall sicher: Würde der Bundeskanzler direkt gewählt, wäre Sahra Wagenknecht - aktuelles Buch: "Die Selbstgerechten"; eine Abrechnung mit den woken Neu-Linken) - morgen Kanzlerin. ...

Statt Atomkrieg: Ami go home!

Sahra Wagenknecht forderte schon vor einigen Jahren die Auflösung der NATO. Auch sie weiß: Ein Atomschlag auf deutschem Boden ist nur möglich, weil die US-Truppen hier stationiert sind und ihre Atomwaffen bei uns gen Osten gerichtet haben. Mit dieser atomaren Erpressung muß Schluß sein! Ami go home!

Das erkennen immer mehr wackere Patrioten in unserem Land. So findet in wenigen Tagen die erste bundesweite Demo gegen die US-Besatzer statt: Am 26. November in Leipzig (15.30 Uhr direkt vor dem US-Generalkonsulat am Simsonplatz) ist es soweit.

Organisiert wird das ganze von einem breiten Bündnis mitteldeutscher Bürgerinitiativen - und COMPACT hat den Anstoß gegeben. Unter anderem wird auch Jürgen Elsässer dort sprechen. Wir haben ein Demo-Paket aufgelegt, mit dem Sie Ihre Mitbürger sensibilisieren und mobilisieren können. Das Material eignet sich aber auch für spätere Demos. Besonders beliebt ist unsere große Fahne "Ami go home" (150 x 90 cm), die Teil des Pakets ist.

Frech wie Oskar

Zur Untermauerung der Forderung nach Abzug fremder Truppen empfehlen wir die aktuellen Bücher "Ami, it's time to go" von Oskar Lafontaine und "Ami, go home" des langjährigen Chefredakteurs der Wirtschaftswoche, Stefan Baron. Und natürlich Sahra Wagenknechts Bestseller "Die Selbstgerechten": Die Abrechnung der Politikerin mit dem Woke-Wahnsinn der Latte-Macchiato-Linken ist überaus lesenswert ...

Lafontaine schreibt in "Ami, it's time to go":

"Daß Deutschland kein souveränes Land ist, wurde wieder deutlich, als US-Kriegsminister Lloyd Austin in Ramstein zu einer Konferenz einlud, in der die Vasallenstaaten ihren Beitrag zum Ukraine-Krieg liefern mußten. Selbstverständlich beanspruchen die USA auch die Entscheidung darüber, ob ein Land wie Deutschland eine Energieversorgungsleitung wie Nord Stream 2 in Betrieb nehmen darf."

Und weiter:

"Ami go home! müßte das Motto der deutschen Politik sein, nachdem immer klarer wird, daß die mächtigste Militärmacht der Welt in zunehmenden Maße das Völkerrecht mißachtet und die ganze Welt terrorisiert."

Der Krieg der USA gegen Deutschland

Doch warum eigentlich "Ami go home"? Weil wir ein freies und souveränes Deutschland anstreben. Daß wir dazu erst einmal die Besatzer loswerden müssen, zeigt der 100-jährige Krieg der USA gegen Deutschland. Die gesamte Politik der Bundesrepublik wird amerika-

nischen Interessen untergeordnet.

Europa war lange das Hauptkampffeld des US-Imperialismus. Der ärgste Feind dort: Deutschland. Daß auch nach dem letzten Krieg Deutschland eher als Feind gesehen wird, läßt sich anhand zahlreicher Fakten beweisen. Mit dem Ukrainekrieg rückt neben Rußland auch wieder Deutschland immer stärker in den Fokus der USA. Schließlich gilt unser Land als mögliches Aufmarschgebiet in einem nächsten großen Krieg. Der rückt immer näher. Mit Riesenschritten. ... Sie werden erstaunt sein, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln Uncle Sam in die Knie zwang - und immer noch zwingt. Damit muß endlich Schluß sein! ...<<

Katar: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 23. November 2022: >>Verschwulte DFB-Auswahl verliert gegen Japan

Ideologie schießt keine Tore. Diese Erfahrung mußte Hansi Flicks Elf heute machen. Echten deutschen Fußball gibt es hier.

Der Kummer über die Niederlage Deutschlands gegen Japan wird sich auch bei vielen heimischen Fußballfans in Grenzen halten. Offensichtlich war die "Haltung" vor dem Spiel in Sachen "Zeichen setzen" gekonnter als auf dem Spielfeld.

Und nachdem es beim Fußballspiel bekanntlich auf das Balltreten ankommt und nicht auf das Verbreiten zeitgeistkonformer Frohbotschaften war die Niederlage mehr als verdient. Statt mundzuhaltende Spinner ...schauen sie jetzt aus wie ein verschossener Elfmeter.

Zum Spiel selbst ist nur so viel zuzusagen, daß die Japaner nach der glücklichen Führung Deutschland durch einen Elfmeter in der 2. Halbzeit sich vermehrt getrauten in die Offensive zu gehen und gute Möglichkeiten herausarbeiten konnten.

In der 75. Minute ist es Ritsu Doan vom SC Freiburg, der nach einem Abpraller blitzschnell reagiert und zum 1:1 ausgleicht. In Minute 83. erzielt Bochums Takuma Asano aus spitzem Winkel das 2:1 für den beherzt spielenden Außenseiter. Und diese verdiente Führung gegen die Zeichensetzer verteidigt Japan auch in der siebenminütigen Nachspielzeit und schafft die Sensation.

Schon zuvor hatte sich gezeigt: Das Bedürfnis "fortschrittlicher" Kreise, den Gastgeber der Fußball-WM pausenlos zu provozieren, nimmt inzwischen pathologische Züge an. Man will offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, daß islamische Länder zur Homosexualität und "Buntheit" einen anderen Zugang haben als wir.

Das gilt es aus unserer Sicht offensichtlich zu "reparieren". Daß wir uns dabei außerhalb dekadenter westlicher Länder weltweit zum Gespött machen, interessiert die volkspädagogischen Umerzieher hierzulande nicht.

Nach dem Verbot der FIFA während der WM unsere "bunten" Wertvorstellungen in Form von Armbinden zu propagieren, setzt man nun andere "Zeichen":

Nach Wirbel um "One Love-Binde" wärmt sich die DFB-Elf in Shirts mit Regenbogenstreifen auf und hält sich bei Mannschaftsfoto demonstrativ den Mund zu.

Bleibt zu hoffen, daß am Fußballfeld die Manndeckung ebenso gut funktioniert wie im Schlafzimmer ...

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ...<<

24.11.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 24. November 2022 (x1.229/...): >>Geplanter Kontrollverlust

Die Wahl zwischen Karten- und Bargeldzahlung wird uns zunehmend genommen - doch es gibt eine Hoffnung für den Erhalt des Bargelds.

Von *Hakon von Holst*

Ein Stützpfeiler der freien Gesellschaft wankt. Stellen Sie sich vor, Sie stehen an der Kasse. Die EC-Karte funktioniert nicht, die Kreditkarte streikt. Hinter Ihnen ungeduldige Stimmen.

Sie brechen den Kauf ab, probieren es beim Bäcker gegenüber. Die Geldkarten lassen Sie im Stich, auch hier. Ob Sie erwerben oder veräußern können, entscheiden nicht mehr Sie, sondern die Technik, die Bank und der Staat. Unvorstellbar?

Mehr und mehr Geschäfte weisen Münze und Papier zurück. Mit Karte, bitte! Ob in der Dresdner Straßenbahn, in Hamburger Bussen oder im Schweizer Postauto - die Barzahlung wird abgeschafft. Überwachung auf Schritt und Tritt: Das ist Freiheit, wirbt J. P. Morgan Chase auf der Kreditkarte. Die Großbank Nummer eins setzt auf Psychologie. Die Unbill kommt auf Zehenspitzen. Millionen Irrlichter locken in die digitale Welt. Aber die Schweiz sendet einen Hoffnungsstrahl.

"Es ist vorzuziehen, daß der private Sektor die Bargeldabschaffung betreibt und nicht der staatliche Sektor. ... Letzteres erscheint fragwürdiger und die Leute könnten triftige Einwände dagegen haben."

Die Sätze von Aleksej Kirejew sind erst ein paar Jahre alt. Ehemaliger Berater von Michail Gorbatschow, leitender Ökonom beim Internationalen Währungsfonds: kein Niemand also. Auf Fotoaufnahmen lächelt er mit Christine Lagarde in die Kamera. Seine Vorgesetzte beim IWF damals. Vom Forbes-Magazin zur zweitmächtigsten Frau der Welt gekürt. Inzwischen Präsidentin der Europäischen Zentralbank. Und dort verwirklicht sich Kirejews Dystopie - vor unseren Augen:

Beim "Beck" in Nürnberg, Ecke Bahnhofsstraße gehen Barzahler leer aus. Der Betreiber: eine Bäckereikette mit 150 Standorten. Ihre erste Filiale dieser Art. MPreis ist auf demselben Weg: Gut 300 Supermärkte zählt das Unternehmen; in Innsbruck steht das Mustermotiv der bargeldlosen Einkaufswelt. Mastercard als Projektpartner mit im Boot. Und der Weihnachtsmarkt in Zürich am Bellevue bleibt zum wiederholten Male "cashless". Letztes Jahr noch mit einer Ausrede: "Unsere Veranstaltung ist aufgrund der Hygienemaßnahmen bargeldlos." Heuer schon selbstverständlich. Genauso auf dem "Sternenmarkt" in der Hauptstadt Bern.

In Skandinavien regieren die Banken längst über den Geldbeutel in der Manteltasche. Die Kreditkarte als Ticket für die Teilnahme am öffentlichen Leben: 900 der 1.600 schwedischen Bankfilialen halten kein Bargeld mehr vor, schrieb Aleksej Kirejew 2017. Es ist unmöglich, eine Fahrkarte für die U-Bahn mit Bargeld zu kaufen.

Schweden als Vorreiterland also. Und Mitteleuropa folgt. Bargeldlose Bahnhofstoiletten jetzt auch bei uns. Einen Fahrschein im Schweizer Postauto kaufen? Das führende Busunternehmen will ab 2025 nur Karte oder Handy. Aber es geht noch moderner: "Schwedens Bahn akzeptiert jetzt in die Hand implantierte Chips als Ticket", berichtete die Berliner Morgenpost.

Eine freie Gesellschaft braucht ein freies Geld

"Digitales Bargeld kann unseren Alltag leichter machen": die Meldung vom 7. November 2022. Aus der Feder von Finanzminister Christian Lindner, direkt aus Brüssel. Die Politik gefesselt von der Digitalwährung. "Eine weitere Stufe der Entwicklung des staatlichen Geldes - nach Münzen und Banknoten", sagt Bundesbankpräsident Joachim Nagel. Das Bargeld gerät in Vergessenheit. Kann die Freiheit (über)leben, wenn man sich nicht für sie einsetzt?

Womöglich hätten wir in dieser schönen neuen Welt nie von einem Edward Snowden erfahren. Spezialantenne, Datenträger, Laptops und Flugtickets: Snowdens Einkaufsliste war lang; zum Glück gab es das Bargeld. Der Whistleblower verwischte seine Spuren. Ebenso zwei Journalisten, denen er sich anvertraut hatte: Laura Poitras und Barton Gellman.

Daß der NSA-Mitarbeiter seine Tage nicht in einer Zelle fristet, ist auch dem Einsatz von Julian Assange zu verdanken. Der WikiLeaks-Gründer und Journalist griff selbst stets zu Banknoten statt Kreditkarten. Heute wird Assange unter Folterbedingungen festgehalten in Belmarsh, London.

Eine Menschenmasse in der Metro. 2019 geht Hongkong auf die Straße. Alle stehen um die Fahrscheinautomaten; Chipkarten bleiben daheim. Die Demonstranten zahlen bar - Angst vor

China. Es wäre nicht das erste Mal, daß die Polizei Ticketbuchungen zu Ermittlungszwecken verwendet. Immerhin, Hongkong kann sich noch Automaten mit Münzeinwurf leisten. Ein Beitrag zu einer freien Gesellschaft. In Deutschland keine Selbstverständlichkeit mehr:

In der Dresdner Straßenbahn mit Bargeld kein Weiterkommen. Wenigstens mit Kindern wollen die Verkehrsbetriebe kulant sein, wenn sie ohne Fahrschein angetroffen werden. Die Jüngsten sollen schon mit Karte zahlen. Schlechte Voraussetzungen dafür, einen guten Umgang mit Geld zu entwickeln. Visa weiß das. Die Karte verleitet zu Mehrausgaben. Und das Kreditkartenunternehmen wirbt mit dieser Tatsache Geschäftskunden. Der Handel will mehr umsetzen. Die Umwelt ist die Leidtragende, die Nachwelt erst recht.

Die Chance

Heute versprochen, morgen gebrochen: Kein EU-Land müsse für die Schulden eines anderen Mitgliedsstaates haften, der Maastrichter Vertrag verbiete das ausdrücklich. Die Urheberin dieser Worte, die CDU, ging als Siegerin aus dem Europa-Wahlkampf hervor. Das war 1999. Zwölf Jahre später verwirklichte sich das Gegenteil, mit den Stimmen derselben Partei. Lang ums Eck; aber der elektronische Euro kommt - als Zahlungsmittel für den Alltagsgebrauch.

Die Digitalwährung soll das Bargeld nicht ersetzen, sondern ergänzen, beschwichtigt die Politik. Garantien? Fehlanzeige.

Auch in der Schweiz verliert das Bargeld an Boden. Doch die Eidgenossen besitzen einen Vorteil: Gegen Gesetzesänderungen kann ein Referendum zustande gebracht werden und Volksinitiativen können eine Verfassungsänderung bewirken. Bürger haben jetzt genau das auf den Weg gebracht. Die Initiative "Bargeld ist Freiheit" soll dem einzigen etablierten freien Zahlungsmittel Schutz durch die Verfassung geben. Hilfe und dir ist geholfen: Hat die Schweiz Erfolg, steht ein Leuchtturm für eine freie Zukunft. Nicht irgendwo, sondern im Herzen Europas.

Und die Schweiz braucht Unterstützung: Engagement und Aufmerksamkeit. 100.000 gültige Unterschriften von Schweizer Staatsangehörigen sind Voraussetzung; sonst kommt es nicht zur Volksabstimmung. Weil die Medien schweigen, ist die Unterschriftensammlung ins Stokken geraten. 40.000 Unterzeichner müssen sich in den nächsten zwei Monaten finden. Im Februar 2023 läuft die Sammelfrist ab. Und das können wir tun:

Verbreiten Sie den vorliegenden Artikel in Ihrem Umkreis. Per E-Mail, in sozialen Medien, in der Druckversion. Machen Sie Freunde in der Schweiz aufmerksam. Der Unterschriftsbogen in drei Landessprachen kann hier heruntergeladen werden. Die Initianten wollen jedem Haushalt ein Flugblatt zustellen. Wenn Sie das Vorhaben unterstützen möchten, besuchen Sie die Seite Flyer-ueberall.ch. Leben Sie in der Schweiz?

Dann verteilen Sie diesen Handzettel zum Ausdrucken. Sie kennen Leute mit Reichweite? Vermitteln Sie der Sache Medienpräsenz. Auf Bargeldverbot.info und bei Norbert Häring finden Sie Hintergrundinfos zum Thema Bargeld. Erfahren Sie, wie Sie Ihre Argumente untermauern können.

Helfen wir mit. Freiheit kennt keine Ländergrenzen.

Mit dem Ende der Barzahlung wird der Bürger an Staat und Banken gebunden: mit seiner Handlungsfähigkeit, mit seinen Daten, mit seinem Geld. Mit Banknoten und Münzen haben wir Kontrolle über die eigenen Finanzen und damit über das eigene Leben.

Die Initiative soll sicherstellen, daß der Zugang zu Bargeld erhalten bleibt. Ein positives demokratisches Votum in der Schweiz: Das wäre die Initialzündung für den Erhalt des freien Zahlungsmittels in Europa.

Alle Teile der Gesellschaft sind gefragt, denn: Die Barzahlung für die Zukunft zu bewahren ist verbindend und wegweisend, sozial wie konservativ, freiheitlich, ökologisch und christlich in einem. Sie können ganz persönlich dazu beitragen, daß sich das Licht unter Irrlichtern in eine Sonne für die Welt verwandelt.

Hakon von Holst, Jahrgang 1999, engagiert sich für den Erhalt des Bargelds. Er lebt im Süden Deutschlands und arbeitet dort unter anderem an zukunftsweisenden Lösungen für den Landbau. Regelmäßig berichtet er für das Portal Bargeldverbot.info. Mit seiner journalistischen Tätigkeit unterstützte er bereits die Veröffentlichung des Buches "Das Bargeldkomplott". Weitere Informationen unter hakonvonholst.de. <<

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 24. November 2022:

>>**US-Militär: Polen ist wichtigster Verbündeter Amerikas**

Von Karel Meissner

Allen Unterwerfungsgesten der Ampel-Regierung zum Trotz: Für Amerika ist Deutschland nicht mehr militärischer Bündnispartner Nummer eins in Europa. Diese Auszeichnung geht jetzt nach Polen. Wie Warschau schon in der Vergangenheit die Lunte ans Pulverfaß gelegt hat, lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld" -

Eigentlich müßte die US-Regierung mit Deutschland zufrieden sein. In Städten wie Ramstein und Wiesbaden haben sie Waffenarsenale und Stützpunkte für ihre Kriegsplanung. Die amerikanischen Flieger können dort starten, so daß mögliche Gegenschläge nicht Amerika, sondern die Bundesrepublik trafen. Und das alles auf Kosten hiesiger Steuerzahler, deren linkgrüne Regierung einem transatlantischen Kamikaze-Kommando gleicht. Was will man mehr?

Dennoch ist das nicht genug. Ein langjähriger US-Militärbeamter erklärte laut dem Magazin Politico, daß Deutschland nicht länger der wichtigste militärische Bündnispartner Amerikas sei. Vielmehr gelte: "Polen ist der wichtigste Verbündete der USA in Europa."

Begründung: Während das Weichselland im Ukraine-Krieg eine bedeutende Rolle spiele und die NATO-Verteidigung in den baltischen Staaten gestärkt habe, verlöre sich Deutschland in "endlosen Debatten" über militärische Wiedererstarkung und büße damit seine Effektivität als Partner der USA ein.

Darüber dürfte unsere Ampel-Regierung aber traurig sein: Da ist man unterwürfig bis zur Selbstaufgabe, aber die Verbeugung war noch nicht tief genug. Statt dessen gibt es nur eine Watschn vom Besatzer. Kleiner Trost: Deutschland bleibe, so der US-Militär gegenüber Politico, ein "logistischer Knotenpunkt" für die US-Streitkräfte in Europa. Klartext: Unsere Atomwaffen dürft Ihr trotzdem lagern.

Polen rüstet auf

Laut Focus erhöht Polen aktuell seine Militärausgaben: So verkündete die Regierung in Warschau, daß man das Verteidigungsbudget von 2,4 auf fünf Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) aufstocken wolle. Die Bundesrepublik unterlaufe hingegen mit 1,5 Prozent vom BIP weiterhin das NATO-Ziel von zwei Prozent. Zur Bestätigung wird noch ein österreichischer Ex-General namens Gustav Gressel zitiert:

"Die Polen haben eine deutlich positivere Einstellung zu ihrem Militär als die Deutschen."

Grund: Weil sie schon immer um ihre Freiheit hätten kämpfen müssen. Gressel weiter: "In Militärkreisen stellt niemand die Schlagkraft der polnischen Armee in Frage." Ob Deutschland jetzt noch mehr aufrüstet - um die Gunst der USA wieder zu gewinnen?

Kriegstreiber: Wie Polen schon vor dem Ersten Weltkrieg gezündelt hat und danach Millionen von Deutschen vertrieben, in Lager gesperrt, gefoltert und ermordet hat, lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld". Die passende Antwort auf die unverschämten Reparationsforderungen aus Warschau. ...<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24217" berichtet am 24. November 2022 (x1.180/...): >>**Strafanzeige gegen Swissmedic: SRF berichtet erstmals über Impfschäden?!**

In der Schweiz fand am 14. November 2022 eine Medienkonferenz statt, die der Startschuß für eine Aufarbeitung der Geschehnisse in der Corona-Krise sein dürfte. Der Rechtsanwalt Philipp Kruse gab bekannt, daß er und seine juristischen Mitarbeiter eine Strafanzeige gegen

die Schweizerische Zulassungs- und Kontrollbehörde für Heilmittel, Swissmedic, und gegen fünf impfende Ärzte eingereicht hatten. Sogar das Schweizer Radio und Fernsehen SRF berichtete erstaunlich sachlich über die Medienkonferenz. Betroffene Menschen und die sie vertretenden Anwälte konnten sich ausführlich äußern, ohne daß gegen ihre Aussagen sogleich etwas eingewendet wurde. ...

Auf der Medienkonferenz wurde diese Strafanzeige nun der Öffentlichkeit vorgestellt. Dabei berichteten Impfpflichtige über ihre Leiden und internationale Experten über offene Probleme und Fragen bezüglich der "Impfung".

Am Abend des 14. Novembers berichtete sogar das Schweizer Radio und Fernsehen SRF in der Hauptausgabe der Tagesschau erstaunlich sachlich über die Medienkonferenz. Betroffene Menschen und die sie vertretenden Anwälte konnten sich ausführlich im Schweizer Fernsehen äußern, ohne daß gegen ihre Aussagen sogleich etwas eingewendet wurde.

Eine impfgeschädigte Frau, die durch die Strafanzeige vertreten wird, ist Thi Mai-Trang Jost. Sie sitzt heute im Rollstuhl und klagt über starke Konsequenzen, die sie auf die "Impfung" zurückführe: "Ich war früher lebendig, konnte wandern, malen. Heute brauche ich Hilfe." Sie könne nicht mehr richtig gehen und stehen, habe geschwollene Gelenke und der ganze Körper schmerze. Nun wolle sie die Öffentlichkeit für die Impfnebenwirkungen sensibilisieren und wachrütteln.

Zur Strafanzeige sagt Jost, ihr Ziel sei es, daß Swissmedic die Verantwortung übernehme. Der Behörde wirft sie vor, daß sie Menschen wissentlich in diese Situation gebracht habe.

So wird in der Tagesschau dann auch der SRF-Wissenschaftsredakteur Daniel Theis mit der berechtigten Frage konfrontiert, was denn die Impfung gebracht habe und ob der Nutzen die Nebenwirkungen rechtfertige?

Seine Antwort war, daß die Daten gezeigt hätten, daß die Corona-Impfung der Ausweg aus der Krise gewesen sei, aber für weitere Schlüsse insbesondere zum Nutzen der Booster für jüngere Menschen würden die Daten fehlen. Angesichts der Hunderttausenden von Impfschadensmeldungen weltweit mutet diese Antwort doch etwas seltsam an.

Auch stellt sich die Frage, weshalb das SRF nicht schon viel früher derartig kritische Fragen an den Schweizer Bundesrat und dessen zuständige Ämter, wie auch an die Covid-19 Task-Force gestellt hat. Statt dessen war das SRF zusammen mit den allermeisten Massenmedien stets das Sprachrohr der Corona-Politik mit ihren unverhältnismäßigen Maßnahmen und ihrer Impfpropaganda. Man darf gespannt sein, wie sich die Medienlandschaft weiter entwickelt und sich dazu durchringen kann, sich bei der Bevölkerung für den angerichteten Schaden zu entschuldigen.<<

25.11.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2022:

>>Lafontaine: US-Imperialismus, Oligarchie und Kapitalismus

Von *Valentina Schacht*

Oskar Lafontaine will es noch mal wissen: Mit seinem neuen Buch "Ami, it's time to go" gibt er der Ami-go-home-Kampagne kräftig Rückenwind - und liefert ein Plädoyer für die Selbstbehauptung Deutschlands und Europas ab.

Man nannte ihn immer den "Napoleon von der Saar", und tatsächlich versucht der Sozialdemokrat derzeit das gleiche Kunststück, das dem Korsen 1815 gelungen ist: Als Kaiser abgesetzt und auf die Insel Elba verbannt, floh er mit einigen Getreuen von dem Eiland und marschierte auf die Hauptstadt, versetzte das Ancien Regime noch einmal in Angst und Schrecken.

Lafontaine ist schon oft von Elba zurückgekehrt und hat sich nie kleinmachen lassen: Ob 1995 auf dem Mannheimer SPD-Bundesparteitag, als er sich gegen Schlaftablette Scharping durchsetzte und zum neuen Vorsitzenden der Sozialdemokraten gewählt wurde. Oder 2005,

als er, der vormalige Bundesminister, der 1999 dem Kabinett Schröder den Rücken gekehrt hatte, mit der Linken (damals noch PDS plus Wahlalternative WASG) reüssieren konnte.

Schon sein erster Auftritt auf einer Wahlkundgebung in Chemnitz trug deutlich patriotische Züge: Er polemisierte gegen "Fremdarbeiter", die deutschen Familienvätern die Arbeitsplätze wegnähmen. Die empörten Antifanten in seiner neuen Partei wetzten die Messer, doch noch brauchten ihn die Dunkelroten als Zugpferd im Westen.

Zusammen mit Gregor Gysi wurde er Fraktions-, an der Seite von Lothar Bisky Parteivorsitzender. 2010 drängten ihn die Apparatschiks aus beiden Ämtern - auf dem beginnenden Schmusekurs mit der NATO hätte er gestört. In seiner saarländischen Heimat jedoch hielt er sich noch über zehn Jahre mit zweistelligen Wahlergebnissen, erst in diesem Frühjahr zog er die Reißleine.

Krieg der Oligarchien

Nun hat sich der 79-Jährige mit einem neuen Buch zurückgemeldet: "Ami, it's time to go" knüpft an seinen allerersten Bestseller an: 1983 erschien bei Rowohlt "Angst vor den Freunden. Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse" - ein Plädoyer für den Austritt zumindest aus der Militärstruktur der NATO nach dem Vorbild von de Gaulle.

Seine aktuelle Streitschrift formuliert im Titel zugespitzter, und zum US-Vorgehen gegen Nord Stream 2 kann man da lesen, was noch nie ein BRD-Politiker in einem Buch geschrieben hat:

"Die Bundesregierung spricht von einem Eingriff in die Souveränität. Welch ein Irrtum. Souverän waren wir nie. Seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmen die Amis bei uns über Krieg und Frieden."

Und weiter:

"Die Militärbasen der USA in Deutschland schützen uns nicht, sondern sie gefährden uns."

Deshalb sei es "in unserem Sicherheitsinteresse, die US-Militärbasen auf deutschem Boden aufzulösen". Lafontaine fährt fort: "Ami go home! müßte das Motto der deutschen Politik sein, nachdem immer klarer wird, daß die mächtigste Militärmacht der Welt in zunehmendem Maße das Völkerrecht mißachtet und die ganze Welt terrorisiert."

Auch zu Rußland und zur Ukraine äußert sich das Polit-Urgestein. In "Ami, it's time to go" schreibt er:

"Wir verurteilen - zu Recht - die korrupte Oligarchie in Rußland und übersehen, daß die Ukraine ebenfalls eine korrupte Oligarchie ist. Selenskyj wurde von einem Oligarchen ins Amt gebracht und sein Name taucht in den Pandora Papers auf. Er hat Millionen ins Ausland gebracht und besitzt nach Presseberichten lukrative Wohnungen in London, in die er sich zurückziehen kann, wenn es nicht mehr so für ihn läuft. Und der nette Herr Biden ist über seinen Sohn Hunter in die krummen Geschäfte der ukrainischen Oligarchie verwickelt. Auch darüber schweigen unsere Medien in der letzten Zeit."

Doch auch die USA seien eine Oligarchie, so Lafontaine weiter. Dies habe ihm schon US-Präsident Jimmy Carter gesagt. "Wenn ich mir die Frage stelle, warum diese korrupten Oligarchien miteinander Krieg führen", so der Autor in "Ami, it's time to go", "dann denke ich an ein Zitat des französischen Sozialisten Jean Jaurés: 'Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen.'"

Dies, so Lafontaine, "sei ein wunderbares Bild: Eine Wirtschaftsordnung, die immer nur auf Expansion und mehr Gewinn ausgerichtet ist, geht irgendwann über Leichen." Der "Napoleon von der Saar" ist sich auch in dieser Hinsicht treu geblieben.

Frech wie Oskar: In seinem neuen Buch "Ami, it's time to go!" rechnet Polit-Urgestein Lafontaine schonungslos mit US-Imperialismus und bundesdeutschem Vasallentum ab. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2022:

>> **Wahnsinn: Klima-Chaoten stürmen Flughafen BER**

Von *Sven Reuth*

Fast problemlos drangen Klima-Extremisten gestern auf das Gelände des Berliner Flughafens BER vor und blockierten dort für Stunden den Flugverkehr. Lesen Sie mehr über die geheimen Verbindungen und die Finanzierung der Öko-Terroristen durch die großen US-Ölmagnaten in der COMPACT-Ausgabe Wagenknecht: Die beste Kanzlerin ...

In der deutschen Chaos-Hauptstadt Berlin stehen offenbar alle Räder still, wenn die Klima-Extremisten dies wünschen. So verbreiteten Klima-Kriminelle der "Letzten Generation" gestern ein Video, auf dem zu sehen ist, wie der Maschendrahtzaun, der den Flughafen umgibt, von einem Klima-Straftäter aufgeschnitten wird. Anschließend blockierten "Aktivisten" das Rollfeld, einer fuhr mit einem Fahrrad durch den Rangierbereich des BER.

"Millionen Menschenleben werden geopfert"

Der gesamte Flugverkehr mußte daraufhin für mehr als zwei Stunden eingestellt werden. Anschließend veröffentlichten die "Klima-Aktivisten" eine Stellungnahme, in der sie ihren üblichen Unsinn verkündeten:

"Die Regierung bringt uns fahrlässig auf Kollisionskurs mit Klimakippunkten. Durch fossile Subventionen, unter anderem auch für den Flugverkehr, werden in diesem Moment Millionen Menschenleben für den Profit und Luxus einiger weniger geopfert."

Viele Beobachter zeigten sich darüber erschüttert, wie leicht den Klima-Chaoten die Umsetzung ihres Plans fiel. Selbst eine mit einer Metallschere ausgerüstete Schülergruppe hätte am gestrigen Tag wohl den Berliner Flughafen ohne größere Probleme lahmlegen können. War im Nachgang der Attentate vom 11. September 2001 nicht noch behauptet worden, daß man die deutschen Flughäfen in regelrechte Sicherheitshochburgen verwandelt hätte?

"Untersuchungshaft anordnen"

Klar ist nur, daß die durch die "Letzte Generation" verübten Straftaten immer schwerer ausfallen. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, äußerte beispielsweise gegenüber der Welt:

"Die Sachbeschädigung und der Hausfriedensbruch sind das eine, wegen der Gefährdung des Luftverkehrs ließe sich auch Untersuchungshaft anordnen. Mit richtiger Rechtslage wie in Bayern könnte man Unterbindungsgewahrsam anordnen."

Was aber vermutlich nie passieren wird, denn die "Aktivisten" werden bislang nicht nur von Politik und Gesellschaft, sondern auch von der Justiz verhätschelt. Bemerkenswert ist aber, daß nun der Klimaforscher Mojib Latif deutliche Worte der Kritik zum immer aggressiveren Verhalten der "Aktivisten" fand. Er äußerte in dem Podcast Die Wochentester:

"Stellen Sie sich mal vor, jeder, der ein berechtigtes Anliegen hat, würde sich festkleben oder irgendwelche Kunstwerke beschädigen oder bewerfen. Wir würden im Chaos enden und das geht überhaupt nicht. Deswegen habe ich kein Verständnis dafür."

Latif verteidigt Deutschland

Außerdem sagte Latif:

"Ich möchte daran erinnern, daß Deutschland einseitig die Erneuerbaren Energien nach vorn gebracht und bezahlbar gemacht hat. Wäre das nicht der Fall gewesen, würden die Erneuerbaren Energien nicht in einem Land wie China boomen. Das ist ein historisches Verdienst Deutschlands, was vielleicht retrospektiv als ein Meilenstein betrachtet werden wird, wenn wir denn wirklich das Pariser Klimaschutzabkommen einhalten sollten."

Latif betonte weiter, daß Deutschland seit 1990 seinen CO₂-Ausstoß um 40 Prozent gesenkt habe, während er weltweit um 60 Prozent gestiegen sei. Auch diese Zahlen zeigen, daß die Klima-Chaoten auf dem völlig falschen Dampfer sind, wenn sie ihren "Aktivismus" stur auf Deutschland konzentrieren, obwohl hier im Grunde genommen doch ohnehin schon alles in

die von ihnen gewünschte Richtung läuft. ...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 25. November 2022 (x1.227/...): >>Mit Vorsatz

Der Impfstoffhersteller Pfizer wußte bereits im Vorfeld um die erheblichen Risiken seiner mRNA-Vakzine für die Menschen und brachte sie wider besseren Wissens auf den Markt.

Von *Susan Bonath*

Mangelnde Wirksamkeit, großes Schadenspotential, nicht erhobene Daten: Der Pharmariese Pfizer und die Zulassungsbehörden waren von Anfang an über massive Sicherheitsrisiken der mRNA-Vakzine informiert. Das geht laut einer Arbeitsgruppe des Vereins "Ärzte für Aufklärung" aus den Zulassungsdokumenten des Konzerns eindeutig hervor. Warum dieser sein "Impf-Mittel" trotzdem auf den Markt gebracht hat? Die Fakten lassen nur einen Schluß zu: Hier wurde und wird um des Profits willen mit dem Leben und der Gesundheit von vielen Millionen Menschen gespielt.

Corona hat einen Teil der Pharmaindustrie so reich wie nie gemacht. In Windeseile brachten auch der US-amerikanische Konzern Pfizer und sein deutscher "kleiner Bruder" BioNTech erstmals mRNA-Präparate "zur Vorbeugung von Infektionskrankheiten" auf den Markt - und mit Hilfe der Regierungen und staatlichen Institutionen die langersehnte Super-Profitemaschine ins Rollen. Heute steht fest: Die Massenimpfungen bargen und bergen weit mehr Unsicherheiten und Risiken, als öffentlich kommuniziert. Pfizer und die Behörden wußten das sehr genau. Trotzdem werden nun sogar Kleinkinder geimpft.

Zu diesem Ergebnis kam eine Arbeitsgruppe des Vereins "Ärzte für Aufklärung" unter Biologin Sabine Stebel und Physiker Klaus Retzlaff. Sie wertete Daten aus den Zulassungsstudien aus, die der Konzern Pfizer aufgrund eines Urteils des texanischen Richters Mark Pittman herausgeben mußte. Das Unternehmen wollte sie für 75 Jahre geheim halten.

In ihrem nun veröffentlichten Papier unter dem Titel "Was Pfizer wußte" zog die Arbeitsgruppe eine erste Bilanz: Laut Pfizer-Dokumenten seien die Konzerne frühzeitig und weitreichend über die mangelnde Wirksamkeit ihres Präparats informiert gewesen. Demnach wußten sie auch über das im Vergleich zu klassischen Impfstoffen exorbitant hohe Risiko für schwere Nebenwirkungen Bescheid.

Doch viele bekannte Unsicherheiten wurden im Zulassungsverfahren einfach ausgeblendet und nicht untersucht, wie die Autoren bemängeln. Ein nachträglicher Ausschluß ungewöhnlich vieler Probanden erwecke zudem den Verdacht von Manipulation. Oder anders ausgedrückt: Milliarden Menschen wurden und werden bewußt in unausgereifte medizinische Experimente getrieben, um den mRNA-Markt für schnelle Superprofite der involvierten Pharmamonopole und -kartelle ins Rollen zu bringen.

Lüge vom schnellen Vakzin-Abbau

Zunächst erläutern die Autoren, daß es sich bei den Wirkstoffen nicht um eine natürliche Ribonukleinsäure (RNA) handele, welche körpereigene Zellen zu Produzenten von viralem Spikeprotein machen soll. Vielmehr beinhalteten die Präparate in winzige Fettkügelchen (Nanolipide) verpackte, künstlich veränderte und dadurch deutlich stabilere Boten-RNA, als sie in der Natur vorkommt. Und diese bleibt nach heutiger Kenntnis viel länger im Körper als behauptet.

Studien führte Pfizer dazu zwar ebenso wenig durch wie zum Verbleib der Lipid-Partikel und des produzierten Proteins, wie die Arbeitsgruppe ausführte. Doch die Praxis und zahlreiche Analysen sprechen für sich.

So habe etwa die US-amerikanische Seuchenschutzbehörde CDC in diesem Sommer ihre ursprüngliche Behauptung vom schnellen Abbau der Inhaltsstoffe der Präparate von ihrer Webseite gestrichen. Zuvor hatten Wissenschaftler das Spikeprotein noch Monate nach der Injektion in den Lymphknoten und in anderen Körperstellen nachgewiesen.

Pfizer berichte in seinen Dokumenten ebenfalls, daß sich Impfstoffpartikel und Proteine nach 48 Stunden in verschiedenen Organen angesammelt hätten, wie der Leber, der Milz und den weiblichen und männlichen Fortpflanzungsorganen. Man könne, so die Autoren, vorab nicht sagen, welche Zellen in welchen Organen wie lange diese Spikes herstellten.

Deren schädliche Wirkung sei bereits lange vor der Ausbreitung des Virus bekannt gewesen. Dies gehe etwa aus älteren Patenten auf Spikeproteine sowie aus virologischen Lehrbüchern hervor, so die Autoren. Auch das deutsche Paul-Ehrlich-Institut (PEI) berichtete Anfang 2021 über eine eigene Studie, wonach dieses Eiweiß, also Protein, schwere Zellschäden verursacht.

Herzinfarkte und COVID-19 durch mRNA

Bekannterweise verzichtete Pfizer unter dem Zeichen der Pandemie darauf, die Probanden über längere Zeiträume zu beobachten. Dies ist eigentlich vorgeschrieben in Zulassungsverfahren für Medikamente und Impfstoffe. Bereits sechs Monate nach ihrem Beginn entblindete der Konzern seine Zulassungsstudie vollständig; die Placebogruppe wurde großteils geimpft und es gab keine Vergleichsgruppe mehr. Dennoch hätten frühzeitig brisante Daten zu Nebenwirkungen vorgelegen, so die Autoren.

Demnach wurden Pfizer bis Ende Februar 2021 mehr als 42.000 Fälle von Nebenwirkungen gemeldet, darunter rund 2.600 schwerwiegende und über 1.200 Todesfälle. Bei etwa 9.400 Betroffenen sei der Ausgang der "unerwünschten Reaktionen" unbekannt.

In der Impfgruppe seien zudem viermal mehr Menschen an einem Herzinfarkt gestorben, als in der Placebo-Gruppe. Interessant: Als eine der häufigsten Nebenwirkungen registrierte Pfizer demnach "Covid-19" - also genau das Problem, vor dem das Präparat schützen sollte. Insgesamt führte das Unternehmen schon damals mehr als 1.000 verschiedene Krankheitsbilder unter "unerwünschte Reaktionen" auf, wie die Arbeitsgruppe berichtet.

Risiken für Schwangere und Stillende verheimlicht

Wenige Monate nach der Markteinführung wurden die Präparate für Schwangere und Stillende (bedingt) zugelassen und empfohlen. Konzerne und Behörden hätten damit bewußt gravierende Risiken ignoriert, kritisieren die Autoren. Eine dieser Gefahren sei die seit 2020 bekannte Bindung des Spikeproteins an den sogenannten ACE2-Rezeptor, ein Enzym, das bestimmte Zellen vor allem im Herzen, in der Lunge, in den Blutgefäßen, in den Nieren und im Magen-Darm-Trakt aufweisen.

Durch diese Bindungseigenschaften könne das durch die Impfung in den Körperzellen hergestellte Protein nicht nur schwere Schäden in damit kompatiblen Zellsystemen anrichten, sondern auch hemmende Eigenschaften entwickeln. Dies sei bis heute nicht ausgeschlossen worden, so die Arbeitsgruppe. Dabei geht bereits aus einer "Roten Liste" von 2006 hervor, daß sogenannte ACE-Hemmer beim Ungeborenen Nierenschäden, Fehlbildungen des Skeletts und des Schädels beim Ungeborenen hervorrufen können.

Wohl auch deshalb hatten die Konzerne Pfizer und BioNTech schwangere Frauen in ihrer Zulassungsstudie ausgeschlossen. Laut Dokumentation seien aber 270 Frauen in der Impfgruppe ungeplant schwanger geworden. Aufzeichnungen gebe es aber nur zu 32 dieser Frauen sowie zu vier Neugeborenen. Die Rede sei außerdem von 28 verstorbenen Säuglingen oder Ungeborenen.

Darüber hinaus habe Pfizer nicht offiziell untersucht, ob die Vakzine in die Muttermilch übergehen können. Politik und Wissenschaft ließen 2021 über die Massenmedien das Gerücht verbreiten, diese sei sicher vor der mRNA oder anderen Bestandteile der Präparate. Dies meldete auch öffentlich-rechtliche Sender, wie der SWR3 und der MDR. Gegenteilige Befürchtungen wurden damals als "Schwurbelei von Rechtsextremen" abgetan.

Diese "Faktenchecks" stehen bis heute im Internet, obwohl sie sich längst als Lüge entpuppt haben. Denn heute, gut ein Jahr später, steht fest: Die Boten-RNA kann sehr wohl in die Muttermilch eindringen. Darüber berichteten unter anderem die *Pharmazeutische Zeitung, das

Ärzteblatt und sogar der MDR - ohne seinen früheren "Faktencheck" richtigzustellen. Das PEI berichtet schon seit geraumer Zeit von Verdachtsmeldungen von Nebenwirkungen, die gestillte Säuglinge von geimpften Müttern betrafen. In seinem zuletzt publizierten Sicherheitsbericht mit Angaben bis Ende Juni ist die Rede von 70 Meldefällen dieser Art.

Massenexperiment an Kindern

Für Kinder schreiben die Arzneimittel-Richtlinien eigentlich besonders strenge Prüfungen vor. Denn sie sind nicht nur Schutzbefohlene, sondern auch, wie es in der Medizin heißt, keine kleinen Erwachsenen. Doch bezüglich der Corona-Präparate ließen die Behörden den Konzernen erhebliche Sicherheitslücken durchgehen, wie die Autoren herausarbeiteten.

So hätten etwa 3.000 von 4.500 fünf- bis elfjährigen Probanden die Zulassungsstudie vorzeitig abgebrochen. Zu ihnen gebe es keine weiteren Angaben in den Pfizer-Unterlagen. Auch für Kleinkinder ab sechs Monaten habe die CDC Mitte Oktober grünes Licht gegeben, obwohl die Konzerne ihre Studien erst kurz zuvor gestartet hatten und diese bis 2025 laufen solle.

Dennoch zogen die Europäische Arzneimittelbehörde EMA und die EU-Kommission wenig später nach. Inzwischen empfahl auch die Ständige Impfkommission (STIKO) am Robert Koch-Institut (RKI) die Präparate für Kleinkinder mit bestimmten Vorerkrankungen. Doch dieser Personenkreis komme, wie aus den vorherigen Verfahren bereits bekannt, in der Studie gar nicht vor.

Die Erfahrung der vergangenen beiden Jahre zeigt außerdem: Echte oder angebliche Vorerkrankungen werden von Behörden gern herangezogen, schwere Schäden oder gar Todesfälle kurz nach der Impfung vorschnell darauf zu schieben und genaue Untersuchungen zu vermeiden.

So verzeichnete das PEI bereits acht gemeldete Sterbefälle bei geimpften Kindern und Jugendlichen bis Ende vergangenen Jahres. Trotz des unmittelbaren zeitlichen Zusammenhangs und der Tatsache, daß Kinder äußerst selten einfach tot umfallen, sieht das PEI keinen eindeutigen Bezug zur Impfung.

Das PEI reagierte darauf noch auf andere Weise: Es publizierte die Daten zu gemeldeten Verdachtsfällen auf schwere und tödliche Nebenwirkungen bei geimpften Kindern einfach nicht mehr. Bereits seit Januar verschweigt es diese Fälle. Auch gegenüber der Presse verweigert es jegliche Auskunft - angeblich, weil diese Informationen nichts zur Aufklärung beitragen.

Fehlende Daten: Anwältin warnt STIKO

Brigitte Röhrig, Anwältin für Medizinrecht, befürchtet Ähnliches wie die Arbeitsgruppe der "Ärzte für Aufklärung". Sie wandte sich deshalb mit einem offenen Brief an die STIKO. In ihrem der Autorin vorliegenden Schreiben kritisierte sie scharf deren Impfeempfehlung für vorerkrankte Kleinkinder.

Es sei bereits gar keine für eine Anwendung von Arzneimitteln erforderliche Indikation vorhanden. Denn Kinder seien bekanntermaßen nicht durch Corona gefährdet. Durch die mangelhafte Datenlage bleibe auch unklar, ob das bei Kindern mit bestimmten Krankheiten anders ist. Die Bundesregierung habe auf Anfrage keinerlei Aussagen zu einer etwaigen Gefährdung von bestimmten Kindern durch das Virus liefern können.

Darüber hinaus sei bereits seit dem vergangenen Jahr klar, daß ein wesentlicher Fremdschutz nicht vorliege. Das Argument, wonach Kinder durch eine Impfung "vulnerable Kontaktpersonen" schützen könnten, sei falsch.

Ihre weiteren Einwände decken sich weitgehend mit denen der Arbeitsgruppe: Fehlende Untersuchungen, kein Nachweis für einen Nutzen, bedenkliche oder fehlende Sicherheitsdaten, schwerwiegende Nebenwirkungen. Unter den geimpften Kindern in der Studie habe eines von 200 eine schwere Nebenwirkung erlitten. Viele Probanden seien nachträglich ausgeschlossen worden.

Staat und Monopolkapital Hand in Hand

Die Kritiker erheben schwere Vorwürfe an staatliche Institutionen. Sie hätten trotz enormer Unsicherheiten und bekannter Risiken kritiklos mitgespielt. Obwohl die Biotechnologie-Konzerne all dies in ihren Zulassungsbegehren eingeräumt hätten, seien die gentechnologischen Präparate reibungslos für die Massenanzahlung auf den Markt gelangt.

In der Tat ist der Preis der Bevölkerung für die Profit- und Machtmaschine der Pharmagiganten hoch: Sicherheitsstandards wurden massiv aufgeweicht, der Mensch wurde zum Experimentierfeld für neue, riskante Biotechnologie, und dies sogar unter staatlichem Zwang. Monopole und Staatsapparat Hand in Hand. Klassischer monopolkapitalistischer Imperialismus in höchster Präzision, wie er im Buche steht.

Aus ihrem kartellähnlichen Zusammenwirken mit den Staaten und seinen Institutionen macht die Großindustrie kein Geheimnis. So berichtete etwa 2020 der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) freimütig von seiner Einflußnahme auf die G20-Staaten durch die sogenannten Business20 (B20): Ein Konglomerat aus Industrie- und Finanzmonopolen, Wissenschaft und Denkfabriken setzt über die G20 seine Interessen durch. Angesichts dessen ist der Corona-Gleichschritt der halben Welt nicht verwunderlich.

Susan Bonath, geboren in der DDR, arbeitet seit 2004 als freie Journalistin und berichtet seit 2010 für die junge Welt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Kapitalismuskritik, Arbeit und Soziales. Sie lebt in Sachsen-Anhalt.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2022:
>>**Experte: 2023 wird Strom nahezu unbezahlbar**

Von *Daniell Pfohringer*

Ab Januar kostet der Strom bei Rheinenergie in der Grundversorgung pro Kilowattstunde mehr als doppelt so viel wie bisher. Kein Einzelfall, wie der Energieexperte des Vergleichsportals Verivox, Thorsten Storck, nun gegenüber der Welt betont.

Experte: "2023 beginnt mit massiver Preiserhöhungswelle beim Strom"

Ab Januar kostet der Strom bei Rheinenergie in der Grundversorgung pro Kilowattstunde mehr als doppelt so viel wie bisher. Kein Einzelfall, wie der Energieexperte des Vergleichsportals Verivox, Thorsten Storck, nun gegenüber der Welt betont: "Das neue Jahr beginnt mit einer massiven Preiserhöhungswelle beim Strom." Grundversorger müßten nun die höheren Marktpreise nach und nach an ihre Kundinnen und Kunden weitergeben.

Rheinenergie verweist auf die hohen Beschaffungskosten, die sich immer stärker in der langfristigen Einkaufsstrategie des Unternehmens niederschlugen. "Im Vergleich zum Vorjahr sind die Preise an den Strombörsen um mehr als 300 Prozent gestiegen, in der Spitze hatten sie sich mehr als verzehnfacht. Zusätzlich steigen auch die Netzentgelte", begründet das Unternehmen den Preissprung.

Der Bund der Energieverbraucher wirft den Stadtwerken und anderen Energieversorgern indes vor, die Preise bewußt in die Höhe zu treiben. Vorstandsvorstand Aribert Peters sagte gegenüber der Bild-Zeitung: "Das Ausmaß der Erhöhungen ist nicht durch die Marktpreise gerechtfertigt."

Peters appelliert: "Zahlen Sie Ihre Rechnungen nicht."

Die Versorger müßten "im Zweifel einen Nachweis darüber erbringen, daß die Erhöhungen durch die Marktpreise gerechtfertigt sind." Sonst könnten die Kunden "die Zahlung zurückhalten. Stehen die Erhöhungen nicht im Verhältnis zu den Börsen-Preisen für Strom, ist die Erhöhung unrechtmäßig". ...<<

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2022:
>>**Ewiges Opfer Polen? Erfahren Sie die ganze Wahrheit!**

Von *Daniell Pfohringer*

Polen will Deutschland wegen der Kriegsschäden von 1939 bis 1945 zur Kasse bitten. Doch

diese Rechnung geht nicht auf. Mit unserer demnächst erscheinenden Sonderausgabe "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" zeigen wir, warum die Reparationsforderungen keine Grundlage haben. Lesen Sie, was Polens Regierung verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt.

Am 3. Oktober, also aus reiner Provokation genau am Tag der Deutschen Einheit, hat die Regierung in Warschau per diplomatischer Note offiziell ihre Rechnung präsentiert: Man verlangt von Deutschland Reparationszahlungen in Höhe von 1,3 Billionen - eine astronomische Summe, die den Bundeshaushalt um ein Vielfaches übersteigt.

Vollkommen unberücksichtigt bleibt dabei, daß sich Polen nach dem Zweiten Weltkrieg bereits ein Fünftel des deutschen Reichsgebietes von 1937 einverleibt hat, darunter nicht nur die Seen und Wälder des südlichen Ostpreußens, die großen landwirtschaftlichen Güter in Pommern, sondern auch die bedeutenden Kohle- und Industrieviere in Oberschlesien. Im Gutachten der polnischen Regierung taucht das alles nicht auf.

In der Folge zweier Weltkriege verlor Deutschland ein Fünftel seines Staatsgebiets. Allein zwischen 1944/55 und 1950 wurden 14 Millionen Menschen heimatlos, zwei Millionen kamen dabei ums Leben.

Der Bundesregierung stünde es gut zu Gesicht, Gegenargumente - auch mit Blick auf die deutsch-polnische Geschichte seit Beginn des letzten Jahrhunderts - zu sammeln, um den Forderungen aus Warschau den Wind aus den Segeln zu nehmen und bei einer möglichen Klage vor einem internationalen Gericht eine andere Rechnung präsentieren zu können. So eindeutig, wie es Polen darstellt, ist das Täter-Opfer-Verhältnis zwischen den beiden Völkern nämlich nicht.

Polnische Verbrechen an Deutschen

Dazu ist Berlin aber zu feige - und zu sehr dem Schuld kult verhaftet. Doch die mageren Verweise auf die polnische Verzichtserklärung und den Zwei-plus-vier-Vertrag reichen nicht, um den maßlosen Forderungen entgegenzutreten. Die passende Antwort an Warschau bleibt aus. Wieder einmal muß COMPACT in die Bresche springen. Wir schreiben, was Polen verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt.

In unserer gerade erschienenen COMPACT-Geschichte Nr. 17 "Polens verschwiegene Schuld - Verbrechen an Deutschen von Versailles bis zur Vertreibung" setzen wir einseitigen Schuldzuschreibungen die ganze Wahrheit entgegen - und dokumentieren, wie Deutsche nicht erst ab 1944, sondern schon nach dem Ersten Weltkrieg in den damals Polen zugeschlagenen Gebieten drangsaliert und ermordet wurden.

Doch nicht nur das. Lesen Sie in unserer , wie der polnische Chauvinismus, der sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen die Sowjetunion richtete, in den Folgejahren rasant anwuchs - und einen nicht unerheblichen Anteil am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs hatte. Und erfahren Sie, wie 14 Millionen Deutsche ab Winter 1944/45 gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben oder qualvoll in Todeslagern wie Lamsdorf, Jaworzno und Schwientochlowitz gefoltert und ermordet wurden.

Was Warschau verschweigt und Berlin nicht zu sagen wagt

Wir schweigen nicht, wir buckeln nicht, sondern präsentieren Fakten, die man der Öffentlichkeit bewußt vorenthält, weil für Bundesregierung und Mainstream-Medien das Dogma der Alleinschuld als unantastbar gilt. Doch COMPACT zieht sich kein Büßergewand an - für uns ist der Fahrkartenschalter nach Canossa geschlossen! Wir treten für die Wahrheit und für deutsche Interessen ein!

Diese Sonderausgabe kommt deswegen genau zur rechten Zeit! Nachfolgend das vollständige Inhaltsverzeichnis unserer neuen Geschichtsausgabe "Polens verschwiegene Schuld":

Die Reparations-Bombe

Die Schatten der Vergangenheit: Polens Forderungen und der deutsche Schuld kult

Die unersättliche Nation / 1916-1921

Polens Geburtshelfer: Deutschland und Österreich

Kampf um deutsches Land: Posen, Westpreußen und Oberschlesien

In Warschaus Würgegriff: Das Schicksal der Freien Stadt Danzig

Deutsche hinter Stacheldraht: Tod in polnischen Internierungslagern

Polens Drang nach Osten: Pilsudskis Krieg gegen die Sowjetunion

Polens Weg in den Krieg / 1930-1939

Säbelrasseln aus Warschau: Polens Kriegspläne gegen Deutschland

Terror gegen Minderheiten: Haß gegen Deutsche, Juden und Ukrainer

Ziemlich beste Freunde: Polens Schutzmächte England und Frankreich

Die Lunte am Pulverfaß: Berlin und Warschau auf Konfrontationskurs

Brennpunkt Danzig: Polens Anteil am Kriegsausbruch

Der Bromberger Blutsonntag: Grausame Rache an Deutschen

Flucht, Vertreibung und Mord / 1944-1950

Das Jahrhundert-Verbrechen: Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten

Warschaus Gulag für Deutsche: Schwientochlowitz und andere Lager

Die Hölle von Lamsdorf: Polens schlimmstes KZ

Griff nach den Ostgebieten / 1945-1990

Verlorenes Land: Kampf um die Oder-Neiße-Linie

Der doppelte Kniefall: Brandt und der Warschauer Vertrag

Zwei plus vier gleich eins: Wie der Verzicht besiegelt wurde ...<<

USA: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 25. November 2022 (x1.200/...):

>>Medienpsychologie am Beispiel der US-Polit-Eliten, der EU und Nazi-Deutschland

"Edward Bernays Medienpsychologie am Beispiel der Polit-Eliten in den USA, Nazi-Deutschland und der EU" von Baron von Wertheim als Podcast vom diesjährigen Forum St. Georg, welches vom 12.-15. Juli stattgefunden hat.

Die Veranstaltungsreihe, in diesem Jahr unter dem Motto "Ein christliches Europa - Unser Weg aus der Krise", bietet immer wieder eine gute Gelegenheit zum akademischen Austausch zu aktuellen Themen in Politik, Gesellschaft und Kultur aus dem Blickwinkel der abendländisch-europäischen und katholischen Tradition.

Wer glaubt, daß die Methoden der Massen-Manipulation, Gehirnwäsche, Indoktrination und Medien-Diktatur neu sind, der muß sich auf die Spurensuche in die Zeit vor dem Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begeben. Dort haben internationale Machteliten vor mehr als 100 Jahren damit begonnen.

Genau die immer gleichen Eliten arbeiten bis heute mit den immer gleichen Methoden, heute noch verstärkt durch die Social-Media-Bubble. Einzig aufklärende Information, klarer Verstand, klares Bewußtsein und entschiedene Gegenwehr können diese allgegenwärtigen Manipulationen abwehren. Dieser Vortrag stellt eine erste Hilfestellung zur Bewußtwerdung und Bewußtseinsarbeit eines souveränen und manipulationsfreien katholischen Christen dar.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 25. November 2022:

>>Von 1914 bis heute: Krieg der USA gegen Deutschland

Von Jürgen Elsässer

Dies ist die Geschichte eines Vernichtungskampfes, der schon über 100 Jahre dauert: : Wie der angebliche Große Bruder den kleinen nicht beschützt, sondern erdrückt und erdrosselt. Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, Kalter Krieg mit Besatzungsherrschaft - und jetzt auf dem Weg zum Dritten Weltkrieg. Die Sprengung der Nord Stream-Pipelines war der erste kriegerische Akt gegen unser Land seit dem 8. Mai 1945. COMPACT ist der Chronist dieser Angriffe auf unsere Freiheit. In unserer neuen Spezial-Ausgabe "USA gegen Deutschland. Der

hundertjährige Krieg" liefern wir die Argumente für die Forderung "Ami go home".

Viele werden einwenden: Aber haben uns die USA nicht befreit und beschützt? Wir decken in COMPACT-Spezial auf, was US-Politiker selbst dazu gesagt haben: "Wir müssen mit Deutschland hart umgehen, und ich meine dabei das deutsche Volk, nicht nur die Nazis." (US-Präsident Franklin D. Roosevelt im Gespräch mit seinem Finanzminister Henry Morgenthau, 9.8.1944) Der Grund für den Zweiten Weltkrieg war nicht die Befreiung.

Vielmehr: "Die Welt-Finanzmächte in New York, London und Paris wollten in erster Linie den Zweiten Weltkrieg dazu nutzen, Hitlers schnell wachsendes Tauschhandelssystem für den Welthandel abzudrosseln." (Curtis B. Dall, US-Publizist und Schwiegersohn Franklin D. Roosevelts)

Nach 1945 kam ein Besatzungskind zur Welt - die BRD. Wir sollten fremdbestimmt bleiben. "Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten." (Abgeordneter Carlo Schmid (SPD), Mitglied des Parlamentarischen Rates, zur Schaffung des Grundgesetzes, 8. September 1948). Das war auch den westdeutschen Mitmachern klar: "Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten." (Konrad Adenauer, 1949) Oder: "Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten." (Ex-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, CDU, Spiegel, 21.5.1958)

Die zaghaften Versuche der Kanzler Brandt, Schmidt und Schröder, die US-Besatzung zurückzudrängen, machte die Rautenfrau zur Makulatur: "Angela Merkel agiert wie eine echte europäische Politikerin, anstatt enge deutsche Interessen zu verfolgen. Sie versteht die echte Gefahr, die von Putins Politik ausgeht. ... Ohne Merkel gäbe es keine Rußland-Sanktionen." (US-Investor George Soros, Frankfurter Rundschau, 4.4.2015) ...<<

[Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com"](https://fassadenkratzer.wordpress.com) berichtet am 25. November 2022 (x1.205/...): >>**Ukraine nur "Aufwärmen" für einen "sehr langen" Kampf mit Rußland und China?**

Die unabhängige geopolitische Webseite The Intel Drop in Reykjavik, Island, faßt in einem Artikel vom 8. November 2022 die besorgniserregenden strategischen Vorbereitungen des US-Weltimperialisten gegen Rußland und China ins Auge, wobei Rußland als "akute Bedrohung" und China als "langfristiger strategischer Konkurrent" bezeichnet werde. –

Ohne diese Dinge ins Bewußtsein zu nehmen, sind die Ereignisse der Gegenwart und Zukunft nicht zu verstehen. Der Krieg gegen Rußland ist in der Ukraine bereits im Gange, und auch der des Westens gegen China wird von den beherrschten Bevölkerungen kaum zu verhindern sein, wenn nicht ein großes Aufwachen stattfindet.

Fantine Gardinier weist dort darauf hin, daß die USA seit 2018 ihren primären strategischen Fokus in der Vorbereitung auf den sogenannten "Großmacht-Wettbewerb" mit Rußland und China sehen. Die USA behaupteten, daß diese beiden Nationen an der Spitze der (feindlichen) Bemühungen stünden, die von den USA geführte globale Ordnung, die am Ende des Kalten Krieges geschaffen wurde, zu stürzen.

US-Marineadmiral Charles Richard, der Leiter des Strategischen Kommandos (Stratcom) der USA, habe kürzlich gewarnt, daß die USA bald in einen langwierigen Konflikt mit China verwickelt sein würden, wie es ihn noch nie gegeben habe. Das Stratcom sei für die Atomwaffen des Landes sowie für die als C4ISR bezeichneten defensiven (wohl aufdeckenden) und offensiven (aggressiven, täuschenden) Informationssysteme zuständig.

"Wir müssen die Art und Weise, wie wir an die Verteidigung dieser Nation herangehen, schnell und grundlegend ändern", habe Richard letzte Woche auf einem Navy-Symposium gesagt.

"Diese Ukraine-Krise, in der wir uns gerade befinden, ist nur das Aufwärmen.

Die große Krise wird kommen. Und es wird nicht mehr lange dauern, bis wir auf eine Art und

Weise getestet werden, wie wir es schon lange nicht mehr wurden."

Richard habe davor gewarnt, daß "das Schiff langsam sinkt", weil China schneller neue Fähigkeiten entwickle als die Vereinigten Staaten, die sich auf dem Schlachtfeld bald zahlenmäßig unterlegen und unterklassig fühlen werden.

"Es spielt keine Rolle, wie gut unser (Operationsplan) ist oder wie gut unsere Kommandeure sind oder wie gut unsere Pferde sind - wir werden nicht genug davon haben. Und das ist ein sehr kurzfristiges Problem", so Richard.

Richard habe auch die Stagnation der USA kritisiert, die "die Kunst" verloren hätten, neue Systeme schnell zu liefern.

"Die Air Force ging von einer fast auf einer Serviette geschriebenen Anfrage aus ... als sie in den späten 1950er-Jahren herausfand, daß die sowjetischen integrierten Luftverteidigungssysteme an den Punkt kamen, an dem die B-52 es einfach nicht mehr schaffen würde, und wir ein Ding namens 'Marschflugkörper' benötigten", habe Richard in Erinnerung gerufen.

Die USA lägen, so die Autorin, auf dem wichtigen Gebiet der Raketen bereits hinter China zurück. China verfüge über eine Generation von Marschflugkörpern mit extrem hoher Reichweite, eine ganze Reihe von ballistischen Raketen und mehrere Arten von Hyperschallwaffen, worauf die USA keine Antwort hätten. Vgl. © Fan Lingzhi; Global Times

Peking habe außerdem ein Radar entwickelt, das Tarnkappenflugzeuge aufspüren könne, und damit begonnen, seine neuesten Kriegsschiffe damit auszurüsten, was die gepriesenen F-22- und F-35-Flotten der USA in Gefahr bringe.

"Besonders beunruhigt ist das Pentagon jedoch über ein fraktioniertes orbitales Bombardierungssystem, das China im vergangenen Jahr getestet hat und das seiner Ansicht nach Teil der chinesischen Militarisierung des Weltraums ist. Die USA haben 2019 eine eigene Space Force gegründet, deren Gründungsdokumente jedoch deutlich machen, daß ihr Ziel die Verteidigung der amerikanischen Vormachtstellung im Weltraum ist und nicht die Verhinderung der Militarisierung des Weltraums."

Vergleiche zwischen Rußlands Sondereinsatz in der Ukraine und einer mutmaßlichen chinesischen Invasion Taiwans seien von der amerikanischen Führung seit Beginn der Operation im Februar gezogen worden, obwohl die Chinesen dagegen protestierten. Die USA bereiteten sich jedoch spätestens seit Ende 2017 auf einen Konflikt mit China vor, als die Trump-Administration eine Reihe neuer strategischer Dokumente vorgestellt habe, die einen Wandel in der US-Außenpolitik skizziert hätten.

Die jüngste Nationale Verteidigungsstrategie, die im vergangenen Monat vom Pentagon veröffentlicht wurde, setze die Planung für den sogenannten "Großmächte-Wettbewerb" mit Rußland und China fort, wobei Rußland als "akute Bedrohung" und China als langfristiger Konkurrent angesehen werde. Darin bezeichne US-Verteidigungsminister Lloyd Austin Peking als Washingtons "konsequentesten strategischen Konkurrenten für die kommenden Jahrzehnte".<<

26.11.2022

USA: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 26. November 2022 (x1.224/...):
>>**Die Schaumfabrik**

Hollywood ist nicht nur die weltweit einflußreichste Propaganda-Maschine, sondern auch ein Ort, an dem sich hinter der Glamour-Fassade die tiefsten menschlichen Abgründe auftun.

Von *Tom-Oliver Regenauer*

Ein Ort des Lichts und des Schattens. Die kalifornische Sonne glänzt auf den Hollywood-Lettern, die Hollywood-Hills, auf denen diese riesigen Buchstaben stehen, werfen indes weite Schatten. Das Mekka der Bewegtbild-Produktionen ist der weltweit größte Projektor, der in den Köpfen der Menschen Bilder, Ideale, Wunschvorstellungen, Utopien und Ängste entstehen läßt - selbstverständlich ganz im Sinne der mit der Traumfabrik eng verzahnten Finanz-

Oligarchie. Es geht in den dort ansässigen Studios um weit mehr als die bloße Bepaßung eines weltweiten Publikums.

Es geht um die Zementierung von Macht - und das mit Hilfe der Macht der Bilder. Diese Scheinwelt kann selbstredend nur durch eine gewisse Geschlossenheit aufrechterhalten bleiben. Doch immer wieder gibt es prominente Ausreißer aus der Welt des Glanz und Glamour, die sich anschicken, die Welt über die Schattenseiten Hollywoods aufzuklären. Und nicht selten nimmt es mit diesen Ausreißern kein gutes Ende.

Teilweise werden sie vom massenmedialen Industriekomplex mit voller Breitseite attackiert - millionenschwere Sponsorenverträge und Bankkonten werden gekündigt, Auftritte gecancelt und Rufmordkampagnen initiiert. Immer wieder kommt es auch vor, daß kritische Stars und Promis plötzlich und unerwartet versterben. Es wird Zeit, einen Blick auf das zu werfen, was nur allzu häufig unter den roten Teppich gekehrt wird.

"Ich bin nur aus einem Grund hier in Hollywood: weil mir die moralische Standfestigkeit fehlt, das Geld auszuschlagen." (Marlon Brando)

Es war einmal ein kanadisch-amerikanischer Einzelhändler. Er wurde 1847 in Toronto geboren und machte später in den Vereinigten Staaten Karriere. Nachdem er zunächst in Chicago mit einem Eisenwarenladen sowie einem Süßwarengeschäft versucht hatte, Geld zu verdienen, sich jedoch zu Höherem berufen fühlte, wechselte er ins Immobiliengewerbe. Er wurde Liegenschaftsverwalter für die "Rock Island Railroad", wo er für die Landerschließung verantwortlich war und es schließlich bis in den Vorstand schaffte.

Hobart Johnstone Whitley, so sein Name, hatte es nach bescheidenen Anfängen zu etwas gebracht. Im Jahr 1893 zog er nach Kalifornien und ließ sich in Los Angeles nieder, wo er ein Jahr später ein Juweliergeschäft eröffnete. Irgendwann kaufte Whitley 480 Hektar unerschlossenes Land vor den Toren der damals vergleichsweise überschaubaren Metropole. Gerade einmal 18 Familien lebten zu diesem Zeitpunkt dort. Ödland sozusagen. Whitley jedoch sah vor seinem inneren Auge bereits eine neue Stadt auf der ruralen (ländlichen) Scholle entstehen, einen boomenden Vorort.

Seinen Namen erhielt das zu entwickelnde Brachland außerhalb von LA durch Daeida Wilcox, Tochter eines wohlhabenden Großgrundbesitzers, die zusätzliches Land für das Projekt zur Verfügung stellte. Daeida hatte von einem Landsitz in Illinois gehört, der den Namen "Hollywood" trug, und übernahm diesen kurzerhand für die neue Siedlung.

Wilcox gilt als offizielle Gründerin der Kommune und zeichnet für den Aufbau der kompletten initialen Infrastruktur der jungen Stadt verantwortlich. Rathaus, Postamt, Polizeistation, Stadtpark, Tennisclub und sogar zwei Banken. Daeida Wilcox war "Hansdampf in allen Gassen". Und H. J. Whitley schien den richtigen Riecher gehabt zu haben. Denn aus den einstmalig 18 Familien auf grüner Wiese wurde rasch ein lebhafter Vorort.

Whitley kam zu Reichtum. Schon 1902, nur acht Jahre nachdem er ein paar hundert Hektar Pampa erworben hatte, baute er genau dort das legendäre "Hollywood Hotel" - am "Hollywood Boulevard". Ein Haus, das mit Ansiedlung der Filmindustrie ab 1910 zum mythenumrankten Hotspot der Prominenz avancierte.

Im Jahr 1912, als Oklahoma nach Zurückdrängung der Ureinwohner offiziell in die Vereinigten Staaten aufgenommen wurde, schlug man den Unternehmer Whitley gar als ersten Gouverneur des neuen US-Bundesstaates vor. Daeida Wilcox starb im Jahr 1914. Und auf dem ehemals bedeutungslosen Farmland entstand das sagenumwobene wie verruchte Zentrum der US-Filmindustrie. Bis heute dominiert Hollywood von diesem Fleckchen Erde aus den Weltmarkt und produziert prädiktive Blockbuster, die den Zeitgeist prägen.

Außer Kontrolle geratener Sündenpfuhl

Columbia Pictures, Warner Brothers., Paramount- und Universal-Pictures sowie die Walt Disney Company - jeder kennt die "Big Five" aus dem Vorspann seines Lieblingsblockbusters.

Die fünf großen Studios. Und die zahlreichen Skandale um Stars und Sternchen, die seit jeher Titelseiten oder Klatschspalten füllen.

Die Storys reichen von simplen Affären über Betrug und Korruption bis hin zu Mord. Reichtum, Dekadenz, Maßlosigkeit und moralische Abgründe zeichnen retrospektiv das Bild eines außer Kontrolle geratenen Sündenpfuhs. Der Großraum Los Angeles war Schauplatz so manch eines realen Krimis, der sich im kollektiven Gedächtnis einbrannte.

Ob Charles Manson und seine Manson Family in den 1960ern, der Tod von "Blues Brother" John Belushi im Jahr 1982, der groteske Mordprozeß um O. J. Simpson Mitte der 1990er, der Tod von Michael Jackson im Juni 2009, der Tod von Paul Walker vier Jahre später oder der seltsame Autounfall von Anne Heche, die kurz vor ihrem tragischen Ableben im Sommer 2022 bekannt gab, eine Dokumentation über pädophile Machenschaften in Hollywood veröffentlichten zu wollen. Die "Stadt der Engel" scheint immer wieder die dunkelsten Seiten des Menschen zu Tage zu fördern.

In der Traumfabrik gibt es nichts, was es nicht gibt. Keine Vorstellung ist zu skurril, als daß sie in der Realität keine Entsprechung finden würde. Von wilden Orgien bei Jack Nicholson und Fetisch-Partys in speziellen VIP-Sex-Clubs über Drogen-Exzesse mit Charlie Sheen bis hin zu okkulten Praktiken und Satanismus. So grotesk, abstoßend und amoralisch die Umstände auch sein mögen, überrascht ist niemand mehr.

Die Gesellschaft hat sich damit abgefunden, ergötzt sich an den Skandalen. Am Leid anderer. Und die "Yellow Press" macht weiter Auflage - oder Clickbait - mit dem Schicksal, Unglück oder Tod der Hollywood-Prominenz und deren oft halbseidenem Umfeld in der milliarden-schweren Filmindustrie.

Daß man in LA als Nachwuchsschauspieler nur reüssiert, wenn man die richtigen Kontakte hat, welche sich oftmals erst über die sogenannte "Besetzungscouch" vertiefen, ist ebenfalls Faktum und weithin bekannt. Ethik und Moral machen einen Bogen um den kalifornischen Hotspot. An ihre Stelle treten Gier und Macht.

Die Filmindustrie, stets auf der Suche nach neuen Stars, zieht junge Menschen magisch an. Im Würgegriff ihres Geltungsdrangs machen sie alles, um zu jener winzigen Gruppe zu gehören, die sich von demütigenden Castings in die Sphären eines Superstars aufschwingt - zuallererst geben sie meist ihre Würde auf.

Noch vor fünf Jahren war der Sex- und Mißbrauch-Skandal um den Filmproduzenten Harvey Weinstein monatelang in aller Munde und gab der "MeToo-Bewegung" massiv Auftrieb, deren Enthüllungslawine gemäß New York Times vom 29. Oktober 2018 mehr als 200 einflußreiche Männer in Hollywood zu Fall brachte.

Neben Weinstein wurden auch Oliver Stone, Larry King, Sylvester Stallone, Richard Dreyfuss, John Travolta, Charlie Sheen, Steven Seagal, Russel Simmons, Nick Carter, Dustin Hoffman, Ben Affleck oder auch Kevin Spacey sexuelle Übergriffigkeiten, Nötigung oder Vergewaltigung vorgeworfen.

Auch der notorische, unlängst unter fragwürdigen Umständen verstorbene Finanzbetrüger, CIA-Kollaborateur, Sexualstraftäter, Päderast und Menschenhändler Jeffrey Epstein tummelte sich gerne in der "Stadt der Träume". Seine linke Hand, die wegen Menschenhandel inhaftierte Industriellentochter Ghislaine Maxwell, sowie die bestens vernetzte New Yorker Publizistin Peggy Siegal sorgten dafür, daß Epstein Zugang zu den Top-Events der hiesigen High Society erhielt und auf den relevanten Gästelisten stand. Siegal galt in der Szene als "bester Weg, um sicherzustellen, daß ein Film einen Oscar gewinnt", weiß der Business Insider am 22. Juli 2019 zu berichten.

Ungeklärte Autounfälle als Todesursache

Pädophile Umtriebe sind allem Anschein nach keine Seltenheit im illustren Kreis der Leinwandhelden, ihrer Entourage und Produzenten. Nicht nur die vorgängig erwähnte Anne Heche

hatte sich des Themas angenommen und wollte mittels einer Doku Licht ins sprichwörtliche Dunkel bringen, bevor ihr Elektroauto nach offiziellen Angaben und aus ungeklärten Gründen nicht mehr kontrollierbar war und sie ungebremst gegen eine Wand fuhr - eine Methode, von der die CIA noch 2017 prahlte, Gebrauch machen zu wollen, um unbemerkt "Sicherheitsrisiken" auszuschalten.

Auch Paul Walker wollte augenscheinlich mit Hollywood brechen, bevor er bei einem Autounfall starb. Wie Chester Benning, der 2017 durch Erhängen verstorbene Sänger der Band "Linkin Park", soll Walker daran gearbeitet haben, pädophile Machenschaften in der kalifornischen Filmindustrie aufzudecken. Gestorben ist 2019 auch der 42-jährige Schauspieler Isaac Kappy, der sich öffentlich gegen Kindesmißbrauch und satanische Sexualpraktiken mit Minderjährigen in Hollywood aussprach.

Von Mißbrauch im Kindesalter spricht auch der Schauspieler Corey Feldman. Im Jahr 2019 erzählte er dem Musikmagazin Rolling Stone ausführlich von seinen eigenen Erfahrungen. Bereits im Alter von elf Jahren sei er am Set eines Filmes zum Analverkehr mit Erwachsenen genötigt worden. "Das machen hier alle Jungs", offenbarte man ihm gegenüber. Sexuelle Handlungen mit Älteren seien normal und hälften dabei, im Netzwerk voranzukommen.

Die dunklen Geheimnisse Hollywoods beschränken sich allerdings nicht auf den offenbar institutionellen Mißbrauch von Individuen. Die Traumfabrik nimmt auch gezielt Einfluß auf das Kollektiv. Und zwar unter Ägide der Regierungen in Washington und London. Analysen zeigen nach Angaben der englischen Zeitung The Independent, daß mehr als 1.100 Spielfilme, die im Mekka des Blockbusters produziert wurden, Finanzmittel des "Pentagon", also des US-Verteidigungsministeriums erhielten. 900 davon seit 2005.

Mindestens 410 Produktionen wurden in Bezug auf Handlung, Darstellung und "Social Impact" direkt vom Militärapparat beeinflußt oder überwacht. Gemäß deklassifizierten Dokumenten der US-Regierung sind es vermutlich doppelt so viele. Diverse Leitmedien berichteten noch im Jahr 2017 ausführlich über die ungesunde Nähe zwischen Hollywood, den Geheimdiensten und dem US-Militär.

Die wirkungsvollste Propaganda-Maschine der Welt

Die Vermutung liegt auf der Hand, daß der militärisch-industrielle Komplex das Medium Film nutzt, um seine manipulativen Propaganda-Botschaften unterschwellig zu verbreiten und die Bevölkerung großflächig zu indoktrinieren. Nicht umsonst erscheint manch ein Film im Rückblick seltsam prophetisch. Es handelt sich um Social Engineering mittels normativer Fiktion und "Predictive Programming", wie Ken Ammi in seinem Buch "Transhuman Hollywood" aus dem Jahr 2019 erklärt.

"Hollywood ist ein Ort, an dem sie dir tausend Dollar für einen Kuß bezahlen und fünfzig Cents für deine Seele." (Marilyn Monroe)

Die visuelle Erfahrung am Bildschirm bereitet den Menschen auf das Kommende vor, auf das Geplante, indem man ihm Denkmuster und Handlungsschablonen vor Augen führt, die er im Falle eines entsprechenden Ereignisses nachahmen soll. Schon Edward Bernays, Neffe von Sigmund Freud und seit dem Jahr 1928 dank seines gleichnamigen Buches Vater der professionellen Propaganda, nannte Hollywood "die größte und wirkungsvollste Propaganda-Maschine der Welt".

Der Plot der großen Titel folgt zudem stets hegemonialen Narrativen des angloamerikanisch dominierten Imperialismus und vermittelt so automatisch die eindimensionale Weltansicht des Wertewestens.

Siehe Sean Penn, Schauspieler und ehemaliger Ehemann von Madonna, der vergangene Woche zum wiederholten Male nach Kiew reiste. Dieses Mal, um Pandora-Papers-Präsident Selenskyj medienwirksam einen seiner beiden Oscars zu übergeben - und damit Bilder zu erzeugen, die den NATO-Kurs unterstützen.

Auch George Clooney engagiert sich - wie unzählige andere VIPs - für die Organisationen des globalisierten Kapitals. Seit 2006 unterstützt er die Vereinten Nationen (UN), unter anderem in puncto Darfur und Tschad. Oder Angelina Jolie, die 2007 Mitglied des berechtigten "Council on Foreign Relations" (CFR) wurde und Sonderbotschafterin des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) ist.

Darüber hinaus existieren Belege für Gespräche und geheime Meetings der Schauspielerin mit der CIA und dem Chef des englischen Geheimdienstes MI6. In der Zeitung The U.S. Sun äußert sich im Januar 2021 ein Experte, der nach Sichtung aller vorliegenden Indizien zum Schluß kommt, daß Angelina Jolie als Spionin aktiv ist.

So verändern unsichtbare Kräfte im Hintergrund schillernder Bilderwelten die subjektive Wahrnehmung der Realität. Gesellschaftliche Strukturen und Kernprozesse sind betroffen, mutieren schleichend unter dem sanften Druck des bewegten Bildes. Daher sind heute weder der Marlboro-Man noch Uncle Ben's Reis oder der mit leicht bekleideten Models aufgehübschte Würth-Kalender noch gesellschaftlich akzeptabel. Dagegen sind es Krieg für Frieden und die verfrühte Sexualisierung von Kindern, wie das von Wokeness usurpierte Schulsystem oder auch Netflix mit kontroversen Serien zeigt.

Die latente Aversion der wertewestlichen Bevölkerung gegen Rußland oder arabische Länder wird ebenfalls zu einem gewissen Grad darauf zurückzuführen sein, daß diese in beinahe allen Thrillern mit entsprechendem Handlungsstrang den Bösewicht stellen.

So nimmt Hollywood subtil Einfluß auf die Art und Weise, wie Menschen ihre Umwelt, ihren Lebensraum, den jeweiligen Kulturkreis, ihre Gesellschaft und ihre Zukunftsoptionen wahrnehmen. Vom "Product Placement", sprich verdeckter Werbung großer Konsummarken mal ganz abgesehen, die in beinahe jedem Streifen unbewußte Kaufanreize setzen soll.

Bis zu diesem Punkt handelt es sich jedoch eher um oberflächliche, recht offensichtliche Beispiele, die vor Augen führen, wie sich Zeitgeist, Popkultur und Konsumverhalten über audiovisuelle Indoktrination nachhaltig verändern. Und zwar ohne, daß der Souverän aktiv für diese Transformationsprozesse votiert hat.

Bilder sind im postfaktischen Medienzeitalter eine Waffe. Eingesetzt werden sie gegen den Primärfeind des technokratischen Neofeudalismus - die eigene Bevölkerung. Denn entgegen landläufiger Annahmen investieren die Verteidigungsministerien der Welt einen Großteil ihrer Budgets in die Bekämpfung "interner Bedrohungslagen". In asynchrone Kriegsführung gegen das eigene Volk. Nicht für den Weltfrieden.

NASAs Erforschung militärischer Projekte

Im Falle der USA verdeutlicht das eine Präsentation des NASA-Wissenschaftlers Dennis Bushnell aus dem Jahr 2001, die sich auf 113 Seiten fast ausschließlich diesem Thema widmet - und den Beginn des "Zeitalters der NANO-Technologie" bezeichnenderweise präzise auf das Jahr 2020 terminiert. Gefolgt von Disruption und massiven sozialen Verwerfungen, die Bushnell schon vor zwei Dekaden dazu veranlaßten, für das Jahr 2025 eine neue Gesellschaftsform zu prophezeien.

In Anbetracht von Bushnells Forschungsauftrag bei der Weltraumagentur wird deutlich, warum 80 Prozent der NASA-Ressourcen in militärische Projekte fließen, anstatt in die Erkundung der unendlichen Weiten des Alls - und warum die US-Regierung diese Projekte bevorzugt hinter der unschuldig weißen Fassade von "Space-Shuttles" und Mond-Missionen versteckt, anstatt sie vom Pentagon betreuen zu lassen.

Die wenigen öffentlich verfügbaren Vorträge des NASA-Urgesteins, das seit den Apollo-Programmen bei der US-Raumfahrtbehörde angestellt ist, sind verstörend. Gegen Dennis Bushnells Visionen von Transhumanismus und psychologischer Kriegsführung wirkt der von der Abschaffung des Homo sapiens räsonierende "WEF-Vordenker" Yuval Noah Harari stellenweise harmlos. Am Forschungsfeld von Dennis Bushnell, dessen Büro nicht am Welt-

raumbahnhof "Cape Canaveral", sondern im Langley Research Center der NASA liegt, nur einen Steinwurf vom CIA-Hauptquartier entfernt, wird deutlich, welche Bedrohungslage der interne Feind für den Machtapparat Staat darstellen muß.

Daher liegt Bushnells Fokus wohl auf "Trojan Horse Civilian Systems" - auf Waffensystemen, die als zivile Projekte ausgerollt werden. Zum Beispiel im Gesundheitswesen. Identische strategische Ziele verfolgt die amerikanische DARPA (Defense Advanced Research Projects), wo die mRNA-Technologie beispielsweise seit Jahren in der Kategorie "Biowaffen" erforscht wird. Der mRNA-Impfstoffhersteller Moderna kann durchaus als "Spin-off" des Verteidigungsministeriums verstanden werden. Das Unternehmen verwertet die für das Militär entwickelten Patente als Plattform-Technologie für die COVID-19-Injektionen und erhält weiterhin Millionenbeträge von der DARPA.

"Public Private Partnerships" wie in Hollywood. Denn die Filmindustrie ist - genau wie Big Pharma, Big Tech, die Telekommunikationsbranche und die Energiewirtschaft - vom militärisch-industriellen Komplex korrumpiert. Im "Stakeholder-Kapitalismus" unserer Zeit agiert die Konzern-Oligarchie als verlängerte Werkbank des Staates. Als ökonomisch-digitale Exekutive des technokratischen Herrschaftsmodells. So verwundert es kaum, daß einflußreiche Kreise die inszenierte Bilderwelt Hollywoods auf perfide Art instrumentalisieren, um ihre Social Engineering-Bemühungen zu befruchten.

Radio, Fernsehen, Kino, PC und Smartphone sind die Massenvernichtungswaffen des Medienzeitalters.

Wie weit die amoralische Regentenkaste im Showbusiness geht, um die Schimäre, die man der Menschheit als Realität darbietet, nicht entzaubern zu lassen, zeigt exemplarisch die Causa "Kanye West". Der amerikanische Produzent, Rapper und Designer, der sich mittlerweile nur noch "Ye" nennt, ist einer der erfolgreichsten Superstars unserer Ära und zwischenzeitlich vielleicht der reichste Afroamerikaner aller Zeiten.

Bis vor Kurzem war er mit der Selfie-Seuche Kim Kardashian liiert, von der man bis heute nicht weiß, wie sie überhaupt einen derartigen Bekanntheitsgrad erlangen konnte. Was "Ye West" anfaßte, wurde zu Gold. Zumindest bisher.

Denn seit er nach eigener Aussage im Jahr 2019 zu Gott gefunden hat und seither immer offener und unerschrockener das Establishment sowie die Musikbranche kritisiert, die mRNA-Injektion als Zeichen Satans bezeichnet, sich gegen zentralistische Massenmedien ausspricht und klare Kante gegenüber der internationalen Hochfinanz zeigt, jagt ein Shitstorm den nächsten. Grammy-Auftritte werden abgesagt, Social-Media-Dienste wie Twitter und Instagram sperren ihn regelmäßig, Großkonzerte werden gecancelt, Dokumentationen nicht ausgestrahlt, Marken wie Adidas, Gap oder Balenciaga beenden einseitig ihre lukrativen Kollaborationsverträge mit dem Weltstar, J. P. Morgan sperrt ihm das Bankkonto. Das System hat ihm den Krieg erklärt.

Um herauszufinden, wer Dich beherrscht, finde einfach heraus, wen Du nicht kritisieren darfst.

Zugegeben: Seine Kritik ist wenig differenziert, plumpfüßig formuliert und zu oberflächlich. Denn Ye bezichtigt "von Juden kontrollierte" Medien, Bankenkartelle und Pharmakonzerne der Verschwörung gegen die Menschheit und macht seine berechtigte Kritik am Monopolismus damit zur Zielscheibe für die locker sitzende Antisemitismus-Keule. Diese trifft ihn derzeit zu Recht, weil es seiner eindimensionalen Argumentation schlicht an Substanz mangelt. Er hätte ein paar Bücher lesen sollen, bevor er das gesamte System korrupter Oligarchie vor den Augen der Welt herausfordert.

Dennoch: Tatsächlich sitzen in den Vorstandsetagen der US-Musik- und Medien-Branche vornehmlich Menschen jüdischer Abstammung und verdienen viel Geld mit Rap-Musik, die das reale Schicksal weite Anteile der schwarzen Bevölkerung in Ghettos und Gefängnissen

als coolen "Gangster-Lifestyle" glorifiziert. Das hatte im Jahr 2017 auch schon der afroamerikanische Musiker Lupe Fiasco in einem seiner Texte kritisiert. Richtig ist auch, daß jüdische Bankiers zu den einflußreichsten Menschen der Welt gehören und das US-Finanzsystem von Angehörigen der entsprechenden Religion dominiert wird.

Trotzdem ist es töricht und eindimensional, Religion oder Ethnie für jene Zustände verantwortlich zu machen, die Ye derzeit so furchtlos ins Licht der Öffentlichkeit zerrt. Der Superstar verkennt, daß nicht Glaubensbekenntnisse die kriminellen Korporatisten antreiben, sondern Gier. Eine Motivation, die weder politische Spektren noch rote Linien oder moralische Koordinatensysteme kennt.

Ye war schon im Jahr 2016 "ausgeschert", hatte seinem Frust über die Musikindustrie und so manchen Mainstream-Musiker freien Lauf gelassen, seine Meinung über soziale Mißstände ungefiltert kundgetan. Darüber hinaus sorgte er bereits zu diesem Zeitpunkt für Kopfschütteln im Kreis seiner Künstlerkollegen sowie in der "Black Community", als er bekannt gab, Donald Trump statt Hillary Clinton als Präsidentschaftskandidaten unterstützen zu wollen.

Der Unmut, den Ye mit seinem Verhalten in einflußreichen Kreisen erzeugte, wurde ihm scheinbar zum Verhängnis. Nach offizieller Lesart leidet der Superstar nämlich seit 2016 unter mentalen Problemen. Man diagnostizierte ihm eine bipolare Persönlichkeitsstörung, sagt ihm seither nach, nicht zurechnungsfähig und im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte zu sein. So landete er im Jahr 2016, von einer Horde Paparazzi und der hiesigen Klatschpresse belagert, in der Psychiatrie.

Seine Darstellung in den Medien wirkt seitdem kontrovers. Von "Everybody's Darling" zum wirren Freak. Die Einlieferung in die psychiatrische Klinik, eine Zwangsmaßnahme, die Ye in Anbetracht der Handschellen, die er beim Abtransport trug, offensichtlich ablehnte, veranlaßte sein "Personal Trainer" - Harley Pasternak - der die entsprechenden Anrufe tätigte und den Künstler entmündigt zu Hause abführen ließ.

Der Mann hinter der Fassade

Doch wer ist Harley Pasternak? Wie kommt er in die Position, seinen prominenten Kunden einweisen und unter Psychopharmaka setzen zu lassen? Ein genauerer Blick auf die Vita des vermeintlichen Fitneß-Coachs schafft Klarheit und zeigt, wie das "System Superstar" in Hollywood funktioniert. Denn Ye ist nicht der einzige weltbekannte Kunde von Pasternak. Folgt man dem Narrativ der Leitmedien ist dieser nichts weiter als ein sehr erfolgreicher Fitneßtrainer und Ernährungsspezialist. Bis vor wenigen Tagen konnte man auf Pasternaks mittlerweile archivierter Wikipedia-Seite noch nachlesen, daß er unter anderem die folgenden Superstars betreut:

"Adam Levine, Lady Gaga, Kim Kardashian, Kanye West, Megan Fox, John Mayer, Amy Schumer, Ariana Grande, Jessica Simpson, Julianne Hough, Robert Pattinson, Pusha T, Katherine Langford, Gwyneth Paltrow, Brad Falchuk, Jordana Brewster, Tobey Maguire, Rihanna, Mac Miller, Jennifer Hudson, Gwen Stefani, Usher, Jack Black, Common, Seth Rogen, Robert Downey Jr., Halle Berry, Amanda Seyfried, Kate Beckinsale, Bono, Milla Jovovich, Alicia Keys."

Ein beeindruckender Kundenstamm. A-Promi-Portfolio. Man möchte annehmen, der Mann und sein Umfeld seien stolz auf den illustren Kreis von Weltstars, der sich von ihm beraten oder trainieren läßt. Um so erstaunlicher ist es, daß die gesamte vorgängig zitierte Kundenliste zwischenzeitlich aus seinem Wikipedia-Eintrag gelöscht wurde und nur noch über www.archive.org aufrufbar ist.

Der Verdacht drängt sich auf, daß entsprechenden Interessengruppen daran gelegen ist, seinen Einfluß auf die genannten Superstars herunterzuspielen. Denn Pasternak ist keineswegs nur einfacher Fitneßtrainer. Das zeigen verschiedene Kurznachrichten von Pasternak an Ye, die der Künstler jünger, also kurz vor Bearbeitung von Pasternaks Wikipedia-Eintrag, auf seinem

Twitter-Account publik machte. In einer dieser Nachrichten schreibt Pasternak:

"Ich werde Dir auf die ein oder andere Weise helfen. Zuerst sitzen Du und ich für eine nette und offene Konversation zusammen. Aber alles, was gesagt wird, basiert auf Fakten, nicht auf irgendwelchem dummen Scheiß, den Dir irgendein Freund erzählt hat oder den Du auf Twitter gesehen hast. Die zweite Option ist, daß ich Dich wieder einweisen lasse, wo man die Scheiße aus Dir herausbehandeln wird - und Du gehst für immer zurück nach Zombieland. Spieltage mit den Kindern werden danach einfach nicht mehr das Gleiche sein."

In einer anderen Nachricht drohte der 45-jährige Pasternak, er würde dafür sorgen, daß man Ye die Kinder ganz entzieht, sollte dieser "die Wahrheit ans Licht bringen wollen". Dieser aggressive Duktus vermittelt nicht unbedingt den Eindruck einer klassischen Kunden-Lieferanten-Beziehung. Und das hat seine Gründe, wie Pasternaks Berufslaufbahn verdeutlicht. Denn vor seinem sagenhaften Erfolg als Hollywood-VIP-Coach arbeitete Pasternak für das kanadische Verteidigungsministerium. Genauer gesagt für die DRDC (Defense Research and Development Canada).

Dort war er im "Defense and Civil Institute for Environmental Medicine" tätig, einer Forschungseinrichtung des Militärs, die sich mit Bewußtseinskontrolle und -manipulation befaßt und schon seit den 1950er Jahren eng mit den US-Geheimdiensten kollaboriert - unter anderem in Bezug auf das mittlerweile weithin bekannte und illegale MKUltra-Programm der CIA zur Bewußtseinskontrolle (Central Intelligence Agency), welches die beiden Organisationen vor knapp 70 Jahren sogar zusammen mit dem englischen Geheimdienst MI6 ins Leben riefen.

Pasternak war primär zuständig für Menschenversuche mit Drogen. In Interviews berichtet er selbst davon, wie seine Abteilung mit Stoffen experimentierte, die Soldaten das Schlafbedürfnis nehmen und sie über Tage hinweg wach halten sollten, ohne daß dabei nennenswerte Einbußen der Konzentrationsfähigkeit zu verzeichnen sind. Andere Experimente beschäftigten sich nach Pasternaks Angaben mit Chemikalien, die Gedächtnisverlust auslösen oder die Persönlichkeit des Probanden ändern. Exakt jene Symptome also, unter denen Ye im Jahr 2016 litt, als Pasternak ihn einliefern ließ. Das erklärt wohl, was der vermeintliche Fitneßtrainer unter dem von ihm verwendeten Begriff "Zombieland" versteht.

In einem aktuellen, über drei Stunden andauernden Interview beschreibt Ye, wie das "System Superstar" funktioniert. Authentisch, emotional und ungehemmt. Er erklärt, wie man ihn jahrelang manipulieren, formen und beeinflussen wollte. Wie man ihm den Mund verbot, ihm die Familie zerstörte.

Und wie Pasternak rabiateren Maßnahmen ergriff, als sich der zunehmend selbstbewußtere Künstler der anhaltenden Subversion verweigerte.

Man muß Ye nicht mögen. Man muß seine Meinung nicht teilen. Aber man muß sie aushalten. Denn auch wenn sein Informationsstand zu wünschen übrig läßt, seine Rhetorik oft mit Schlichtheit glänzt und sein Ego ihm im Wege steht - es gibt ein Recht auf Meinungsfreiheit. Und er ist auf der richtigen Spur. Auch wenn Korruption, Imperialismus und Monopolismus nicht auf eine Glaubensrichtung oder Ethnie einzugrenzen sind. Denn die Mächtigen haben nur einen Gott: Mammon.

Zudem muß man einem Menschen Respekt zollen, der in Zeiten inzestuöser Kunst, kupierter Debattenräume und Diskurskontamination zu seinen Überzeugungen steht. Der nicht den Kopf einzieht und sich der Karriere zuliebe dem Kollektiv unterordnet. Der nicht devot den Anweisungen seiner Financiers folgt und seine Reputation, seine Geschäftsbeziehungen, seinen Reichtum, seine Familie und schlußendlich sein Leben zur Disposition stellt, um für offenen Diskurs, Wahrheit und Frieden zu kämpfen.

Als ihn ein Fan vor wenigen Tagen fragte, wie er zu seiner jetzigen Situation stehe, entgegnete Ye:

"Mich können sie nicht kontrollieren! Sie konnten Lebron James kontrollieren, ... sie konnten Jay - Z und Beyonce kontrollieren. Mich können sie nicht kontrollieren! Schau, es gibt keinen Namen, den ich nicht nenne. Es geht ab. ... Da ist Gott. Das ist der Einzige, dem ich diene. Meine Mutter ist nicht hier. Meine Mutter wurde geopfert. Michael Jordan, was ist mit ihm? Sein Vater. Richtig? Bill Cosby, sein Sohn? Richtig? Dr. Dre. Sein Sohn? Wenn Du in Hollywood bist, da werden ganz schön viele Leute vermißt. Es fühlt sich an, als ob so etwas sehr häufig passiere, um zu kontrollieren, zu traumatisieren. Die wollen monetarisieren und traumatisieren."

Traum(a)fabrik Hollywood. Toxisch für Künstler wie Publikum. Nun dürfte Harley Pasternak nicht der einzige "Handler" sein - aus dem Englischen frei übersetzt: Mann fürs Grobe -, der sich darum kümmert, störrische Superstars auf Linie zu halten. Vergleichbare Vorgänge gibt es zuhauf.

Die Scheinwelt des Promi-Olymp erfordert strikte Kontrolle. Nur so ist die mühsam konstruierte Parallelwelt hinter der Kinoleinwand aufrecht zu erhalten - und die Zivilisation im Zaum. Denn ohne mediale Indoktrination, den omnipräsenten Bildschirm, Propaganda-Posaunen und das suggestive Postulat von unentdeckten Weiten, dem Erzfeind, Utopia oder einem besseren Leben, wäre die Welt eine andere.

Womöglich würde sich der Homo sapiens ohne oktroyierte Zerstreung wieder auf das Wesentliche konzentrieren - und das hat mit Geld, Macht und Krieg nun einmal wenig zu tun.

"Filmemacher sollten bedenken, daß man ihnen am Tag des Jüngsten Gerichts all ihre Filme wieder vorspielen wird." (Charlie Chaplin)

Tom-Oliver Regenauer, Jahrgang 1978, war nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig, unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Seit Mitte der 90er-Jahre ist er zudem als Musikproduzent und Texter aktiv und betreibt ein unabhängiges Plattenlabel. Der in Deutschland geborene Autor lebt seit 2009 in der Schweiz. Zuletzt erschien von ihm "Der Elefant im Raum: Das zweite Jahr 'New Normal' unabhängig kommentiert". <<

28.11.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. November 2022:

>>"**Vasall der USA" - Rede eines Thüringer Patrioten**

Die Bundesrepublik Deutschland darf nicht länger als Vasall des US-Imperiums agieren - das war der Tenor auf der "Ami Go Home-Kundgebung" in Leipzig vom vergangenen Samstag. Im Anschluß dokumentieren wir die Rede eines Thüringer Patrioten. ...

"Herzliche Grüße aus Thüringen an alle freiheitlichen und selbstbestimmten Menschen heute hier in Leipzig! Seit Monaten fordern die Menschen Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung auf den Straßen und Plätzen unseres Landes.

Staatliche Souveränität wird es für unser Land jedoch erst geben, wenn die Truppen der westlichen Alliierten unser Land verlassen - denn unser Land ist ein besetztes Land! Das haben wir heute hier in Leipzig eindrucksvoll erklärt.

"Über 800.000 deutsche Opfer"

Neben der Besetzung unseres Landes durch ausländische Truppen und der Bürde der gewaltigen Kosten dieser Besatzung, welche unser Volk zu tragen hat, werden weitere Aspekte der Besetzung unseres Landes kaum thematisiert. Die Besetzung unseres Landes begann im Westen Deutschlands mit einem der größten Kriegsverbrechen. Einem Kriegsverbrechen, welches erst mit dem Ende des Krieges im Frühjahr 1945 begann und im Herbst 1945 endete.

Ein Kriegsverbrechen, welches über 800.000 deutsche Opfer forderte - das Kriegsverbrechen der Rheinwiesenlager, in welchen tausende, zum Teil minderjährige deutsche Kriegsgefangene infolge unmenschlicher Lagerbedingungen verhungerten, erfroren, an Krankheiten starben

oder getötet wurden.

Dieses bis heute nicht aufgearbeitete Kriegsverbrechen war auch der Beginn eines Zerstörungswerkes gegen unser Land und gegen unser Volk, das heute in allen Lebensbereichen zu erkennen ist. Die Bletchley-Park-Doktrin der Westalliierten ist das Drehbuch der Zerstörung unserer Kultur, unserer Bildung, unserer Familien, unserer Wirtschaft, unserer Umwelt und auch unserer Sprache.

"Die Bletchley-Park-Doktrin: Eine Kampfansage an Deutschland"

Die Bletchley-Park-Doktrin der Westalliierten ebnete den Weg zur Auslöschung des Geistes von Goethe und Schiller, den Idealen der Aufklärung und der geistigen Schöpferkraft unseres Volkes. In Bletchley-Park wurde der Schuld kult und der deutsche Selbsthaß konstruiert. Bletchley-Park war und ist eine Kampfansage an das Deutsch-Sein der Menschen in unserem Land und an unsere deutsche Seele.

Die Bletchley-Park-Doktrin der Westalliierten manipulierte mit Täuschung und Lüge unsere Geschichte, unsere Wissenschaft unsere Medien - ja, das gesamte Leben der Menschen in den westlichen Besatzungszonen.

Mit amerikanischer Musik, amerikanischem Essen, amerikanischer Unterhaltung, amerikanischer Mode und amerikanischer Sprachpansung wurden die Deutschen in den Gebieten der westalliierten Besatzung zu Amerikanern 2. Klasse.

Mit dem Fall der Mauer und den Verhandlungen zur Vereinigung der beiden deutschen Wirtschaftsgebiete unter alliierter Kontrolle wurde die große Chance zur Herstellung staatlicher Souveränität vergeben. Der Verrat der Akteure der Bonner Republik verhinderte ein geeintes und souveränes Deutschland.

"Vasall des US-Imperiums"

Die BRD breitete sich als Berliner Republik aus und vereinnahmte nach dem Abzug der russischen Truppen aus der sowjetischen Besatzungszone das Gebiet der ehemaligen DDR als Teil des westalliierten Besatzungskonstruktes und als Vasall des US-Imperiums.

Das vereinte deutsche Wirtschaftsgebiet steht heute noch immer mit einem Grundgesetz als alliierte Verwaltungsverordnung und den alliierten Vorbehaltsrechten unter der Kontrolle der Westalliierten. Ein installiertes Parteiensystem und ein politisch - medialer Komplex bestimmen das Leben der Deutschen im besetzten Land und sichern den parasitären Strukturen einen scheinbar ewigen Fortbestand.

Jahrzehnte der massiven ideologischen Beeinflussung und der alles zerstörende Zeitgeist einer globalisierten Welt haben unserem Volk zu großen Teilen den Willen zum Widerstand genommen. Doch der deutsche Geist erwacht. Jetzt sehen wir den Funken der Freiheit in den Augen der Menschen, die mit uns zusammen stehen. Auch heute Abend sehen wir es deutlich vor uns. Nicht nur hier in Leipzig - auch in vielen anderen Städten draußen im ganzen Land sehen wir das Lodern der Flamme des Widerstandes.

"Frieden und Freiheit für Deutschland"

Diese Flamme wird zum Flächenbrand. Wir stehen heute in Leipzig zusammen und fordern alle amerikanischen Soldaten in Deutschland auf: Verlaßt unser Land und geht nach Hause. Wir fordern Frieden, Freiheit und Souveränität für Deutschland!

Wir stellen uns nicht gegen das amerikanische Volk. Denn wie fast alle Völker dieser Erde erlebt auch das amerikanische Volk seit vielen Jahren einen beispiellosen Niedergang. Auch das amerikanische Volk erlebt die Ausplünderung seines Landes durch globale Machtstrukturen. Auch dort sehen wir Verarmung, Not und Elend - die einstmals große Nation stürzt im freien Fall.

Nein, wir stellen uns nicht gegen das amerikanische Volk. Wir stehen auf, um das Ende der Besetzung unseres Landes durch die Armee der USA einzufordern. Die Streitkräfte des US-Imperiums waren in den vergangenen Jahrzehnten an fast allen Kriegen beteiligt - direkt oder

auch indirekt.

"Unsere Freiheit zurückgewinnen"

Die Streitkräfte des US-Imperiums haben unermeßliches Leid über viele Völker dieser Erde gebracht. Die Streitkräfte des US-Imperiums sind keine Garanten des Friedens und keine Boten der Freiheit und der Demokratie. Die Stationierung weiterer Einheiten der US-Armee in Deutschland erhöht aktuell die Kriegsgefahr für unser Land.

Und deshalb sagen wir: Geht nach Hause - verlaßt unser Land. Deutschland wird seine Freiheit zurückgewinnen, denn weil wir uns heute hier versammelt haben, ist der Drang nach Freiheit in unserem Volk noch lebendig. Unser Deutschland ist nicht verhandelbar! Deutschland war die Heimat unserer Vorfahren.

Deutschland muß als Heimat unserer Kinder erhalten bleiben. Deutschland ist unsere Heimat - unser Land - das Land der Deutschen! In unserem Deutschland sagen die Menschen von Angst und Schuld befreit - mit Stolz: Wir sind Deutsche!

Ich danke Euch!" ...<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 28. November 2022 (x1.203/...): >>Dr. med. Ronald Weigl auch im Berufsprozeß wegen Masken-Attesten verurteilt

Die staatliche Jagd auf Ärzte, die wegen der erwiesenen gesundheitlichen Schädlichkeit der Masken Befreiungs-Atteste ausstellen, hört nicht auf. Der Passauer Arzt Dr. Ronald Weigl ist nun auch in 2. Instanz verurteilt worden, allerdings gegenüber dem Urteil der 1. Instanz stark reduziert, da von 1.096 Attesten nur noch 24 als angeblich strafwürdig übrig blieben.

Und noch immer wurde die vielfach nachgewiesene Schädlichkeit der Masken, vor allem bei Kindern, ignoriert. Wir veröffentlichen nachfolgend eine erste Beurteilung der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD), der Dr. Weigl angehört. (*Herbert Ludwig*)

Vom Presseteam der "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie" (MWGFD)

Das Urteil ist gefallen. Die Kinnlade der Staatsanwaltschaft ebenfalls. Entgegen dessen innigen Wunsches, den Passauer Arzt Dr. Weigl hinter Gittern zu sehen, fiel das Strafmaß deutlich milder aus. Statt der geforderten 2 Jahre Freiheitsentzug und eines dreijährigen Berufsverbots, verkündete der Richter unmittelbar nach Beginn der Verhandlung das Urteil: Eine Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung. Der große blinde Fleck aber bleibt. Nämlich, daß Dr. Ronald Weigl nie auf der Anklagebank hätte sitzen dürfen!

"Im Namen des Volkes ..." läßt sich in diesem Fall schwer über die Lippen bringen, denn die Formel besagt, daß die Rechtsprechung wie alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht. Dieser Prozeß um den Passauer Arzt führt jedoch auf symptomatische Weise vor Augen, daß die letzten 2,5 Maßnahmen-Jahre weder im Namen des Volkes, noch im Sinne des Volkes abgelaufen sind, sondern völlig an der gesellschaftlichen Realität und dem gesunden Volksgeist vorbei schossen. Denn würde eine Volkssouveränität auch real herrschen und nicht nur als schöne gesetzlyrische Floskel, würden ganz andere Kandidaten auf der Anklagebank sitzen.

Die Verkündung des Urteils nahm nur einen kurzen Moment in Anspruch. Die Klarstellung des Richters, daß es sich letztlich um einen simplen Prozeß handelte, nahm dagegen ganze 30 Minuten ein. Dabei ist dem Richter zumindest der Versuch - wenn auch ein klägliches -, dieses ja eigentlich simple Urteil zu erläutern, zu Gute zu halten.

Denn mit den Worten

"Um was geht es eigentlich in diesem Prozeß und was ist wirklich der Gegenstand dieser Verhandlung?", leitete der Richter bedeutungsschwanger die Urteilsbegründung ein. Einen kurzen Moment kam deshalb die fixe Idee auf, daß das Gericht hier selbst ein Geständnis ablegen wollte. Dann aber wurde "klargestellt", daß es sich hier zu keinem Zeitpunkt um einen Mas-

kenprozeß handelte, weshalb auch der Ausdruck "Maskenarzt" wie er von den sogenannten Qualitätsmedien bedient wurde, "schrecklich" sei.

Das aber war nur ein Danaer-Geschenk, wie sich im weiteren Verlauf der Urteilsbegründung zeigen sollte. Zumindest aber gab der Richter nach dem X-ten Verhandlungstag der Mainstream-Presse als Claqueuren des Regierungs-Narrativs die Chance zu verkünden, daß jene Hetzkampagne gegen den "Maskenarzt" völlig verfehlt war.

Die eigene Pfadabhängigkeit zu verlassen scheint jedoch vor dem Hintergrund einer "nicht enden wollenden" Pandemie eine schwer vollbringbare psychologische Leistung zu sein. Es genügt offenbar nicht, daß 1.072 von 1.096 Attesten höchstrichterlich als nicht strafrechtlich relevant anerkannt wurden. Denn unmittelbar nach der Belehrung des Richters gingen die üblichen Schlagzeilen wieder raus.

Wer in diesem Stadium des Verfahrens davon schreibt, wie z.B. die PNP in ihrer Online-Ausgabe "Tausende unrichtige Atteste" oder "mindestens 1.096 wohl unrichtige Atteste zur Befreiung von der Maskenpflicht hat ein Passauer Arzt zu Beginn der Corona-Pandemie ausgestellt", obgleich der Richter soeben nur noch 24 dieser Atteste (immer noch zu Unrecht) aburteilte, will die Verleumdungshaltung nicht verlassen. Trotz richterlicher "Klarstellung" bedient der Bayerische Rundfunk geradezu wahnhaft den Ausdruck "Masken-Arzt".

Weiterhin führte der Richter aus, weswegen die eingereichten Beweisanträge (vorzuladende Sachverständige) abgelehnt wurden.

"Für das Gericht sei es unerheblich, welche Masken wie wirken", lautete eine der Klarstellungen des Richters. Lediglich für die Strafzumessung seien jene Vorbehalte des Angeklagten relevant, rechtlich jedoch spielten sie keine Rolle, führte er aus. Warum das so sei, ließ er offen. Auch die Frage, welche Politiker, welche Positionen vertreten, sei für dieses Verfahren nicht von Relevanz. Kurzum: "Weltanschauliche Fragen tun hier nichts zur Sache", so die Aussage des Richters.

Entscheidend für das Urteil war einzig die Tatsache, daß in 24 von mehr als tausend Fällen eine persönliche Untersuchung der Schulkinder nicht stattgefunden hat und jene Maskenbefreiungsatteste für die Schule gedacht waren.

Die Unrichtigkeit der Gesundheitszeugnisse erkläre sich weiterhin dadurch - so der Richter - daß "Atteste ins Blaue hinein ausgestellt wurden". Gleichzeitig schlußfolgerte der Richter, daß eine ausbleibende Untersuchung die logische Konsequenz sei, wenn der angeklagte Arzt die Meinung von der Unwirksamkeit und Schädlichkeit der Masken vertrete. Insofern stellte das Gericht richtig fest, daß vor diesem Hintergrund eine Befunderhebung irrelevant war.

Und genau da liegt der Hase im Pfeffer! Gerade im Hinblick auf die potentielle Schädlichkeit von Masken ist nämlich auch die ärztliche Pflicht zur Gesundheitsprävention zu beachten, so wie es der Passauer Arzt immer wieder beteuerte. Da das Verhindern von Beschwerdesymptomen und möglichen bleibenden Schäden aufgrund des stundenlangen Tragens gesundheitsschädlicher Masken die Absicht war, ist es also nur logisch, daß Maskenbefreiungsatteste auch bei gesunden Menschen ohne Vorerkrankungen ausgestellt wurden.

"Dies sei nur schlüssig und logisch, wenn man die Maßnahmen nicht für sinnvoll hält", schlußfolgerte der Richter. Dann aber hätte der Richter die Frage nach der Wirksamkeit und Ungefährlichkeit der Masken stellen und der Beweislast des Staates nachkommen müssen! Das ist - wie in vielen anderen Verfahren auch - willentlich unterblieben! Und hierin liegt der eigentliche Skandal. Denn ohne den Tatbestand aufzuklären erfolgen Verurteilungen. Das ist mit rechtsstaatlichen Prinzipien nicht mehr vereinbar.

Und hier zeigt sich auch das Danaer-Geschenk: während das Gericht den Passauer Arzt von dem Vorwurf, ein "Masken-Arzt" zu sein, freispricht, geht es im Kern ganz genau um die Masken! Von deren Gefährlichkeit und Sinnlosigkeit will das Gericht nämlich nichts wissen. Der Umstand, daß hier zwei verschiedene Auffassungen, die des Arztes medizinisch begrün-

det, die des Richters evidenzbefreit, kollidieren und nicht aufgelöst werden, zeigt, daß es hier nur um eine ideologische Auseinandersetzung geht.

Während der Richter die persönliche Untersuchung in jedem Einzelfall zur Voraussetzung der Richtigkeit der Atteste erklärt, verzichtete der Arzt in einigen wenigen Fällen darauf, weil er sich auf die von der Mutter glaubhaft geschilderten Symptome des Kindes verließ, was in der Medizin gängiger Usus ist und "Fremdanamnese" genannt wird.

Da das gesundheitliche Risiko ausnahmslos alle Patienten betrifft, und unter Umständen auch Gefahr in Verzug ist, wär ein anderes Vorgehen, als jeder Bitte eines Hilfesuchenden um ein solches Attest nachzukommen, diskriminierend und standeswidrig. Für viele ist jenes hehre Vorgehen des Arztes deswegen schwer greifbar, auch weil das Damoklesschwert des Strafrechts über jedem schwingt, der so denkt, wie der Passauer Arzt.

Bereits die fehlgeleitete Begründungsfigur des Richters, wonach ein die Maßnahmen ignorierender Arzt sich nicht für den rechtfertigenden Verweis auf die Pandemie als Ausnahmezustand qualifiziert, führt die groteske Verdrehung von Tatsachen vor Augen. Nie kann das Problem (Maske tragen) zugleich die Lösung (Maske tragen) sein, erst recht nicht innerhalb der Gesundheitsbranche. Die derzeitige gesellschaftliche Lage (Übersterblichkeit, Impfnebenwirkungen etc.) und vor allem die medizinischen Befunde (aktuell: Granulome mit Maskenfasern in Lungen von Maskenträgern) sind der schlagende Beweis dafür.

Der Umstand, daß der Angeklagte die Vorwürfe des Gerichts "einräume", vereinfachte und beschleunigte das Verfahren, so der Richter weiter. Nachdem Dr. Weikls Handeln stets die Fürsorgepflicht zu Grunde lag und er vor Gericht immer wieder das Wohl der Patienten verteidigte, ist der Ausdruck "einräumen" jedoch lediglich ein Artefakt selbstherrlicher und paternalistischer Justiz. Zugleich löste aber gerade eben jene Tatsache des zum Wohle-Handelns den strafmindernden Effekt aus. Ein Widerspruch in sich.

Weiterhin galt als strafmindernd der Aspekt der Wiederholung. Da das Ausstellen von Attesten letztlich ein und derselben Systematik folgte, sei eine Mehrfachbestrafung ausgeschlossen. Der konsequente Tatentschluß des Arztes, sprich, letztlich jedem Patienten die Möglichkeit zu gewähren, sich vor der gesundheitsgefährdenden Maske zu schützen, wurde zur Tateinheit nach § 52 StGB zusammengefaßt. Wenn aber letztlich nur das Vorgehen als solches sanktioniert wird, erscheint es in dem Zusammenhang widersinnig, warum das Gericht überhaupt in die Zahlenorgie der (1.096) Atteste und die Heraufbeschwörung von scheinbar unrichtigen Attesten eingestiegen ist.

Es stellt sich damit unweigerlich die Frage, ob Dr. Ronald Weikl auf einer falschen Annahme basierend vorverurteilt wurde. Schließlich wurde in den restlichen 1.072 Fällen (1.096 ...) die Strafwürdigkeit nun doch verneint.

Was richtig und was falsch war, schien das Gericht in seiner wilden Flickschusterei von möglichen Tatbestandsmerkmalen selbst nicht mehr zu wissen.

Zwar führte der Richter aus, daß die Kammer eine Erheblichkeit - wie sie der Oberstaatsanwalt vorwirft - nicht erkenne und diesbezüglich rechtliche Bedenken habe, weswegen ein Berufsverbot nicht greifen dürfe; doch erkannte das Gericht leider nicht, daß die Prämisse, auf der das Verfahren beruht, nämlich die von Seiten der Regierung proklamierte Wirksamkeit und Ungefährlichkeit des Tragens von Masken für Kinder, hochgradig kritikwürdig, um nicht zu sagen nachweislich widerlegt ist.

Das Gericht hat somit Rechtsfehler begangen

Es hat nämlich den Beweisanträgen der Verteidigung nicht stattgegeben, wonach FFP2-Masken nicht gegen Viren schützen und - insbesondere bei Kindern - gesundheitsgefährdend sind. Damit ist der Staat seiner Beweislast im Hinblick auf die Ungefährlichkeit der Masken nicht nachgekommen. Wobei schon absurd ist, daß die Beweisanträge von der Verteidigung kommen mußten: denn der Staat muß die Schuld des Täters beweisen, nicht dieser seine Un-

schuld. Aber offensichtlich gilt schon wieder der Satz: Wer sich verteidigt, klagt sich an!<<<
Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 28. November 2022:

>>**Dank Faeser: Der Paß wird noch stärker verramscht**

Das Bestreben der Grünen und der SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser nach einem noch schnelleren Komplett-Umbau Deutschlands erfährt gerade einen weiteren Turboschub. Lesen Sie dazu auch den Artikel "Die Grenze brennt" von Martin Sellner aus der November-Ausgabe des COMPACT-Magazins mit dem Titelthema "Krieg gegen Deutschland".

Da sich Deutschland bekanntlich in der Rolle des Weltsozialamtes gefällt und weitgehend die Grenzen nicht nur für Personen aus aller Herren Länder offen hält, ging man zügig dazu über, Leute proaktiv hereinzuholen (Stichwort: afghanische Ortshilfskräfte). Damit dieser Vorgang irreversibel bleibt, laufen Planungen, die Staatsbürgerschaft praktisch allen nachzuschmeißen, die hier als sogenannte Flüchtlinge eintrudeln.

Nach drei Jahren ein "Deutscher"

Folgendes wird angedacht: Die Anforderungen für Einbürgerungen in Deutschland werden deutlich reduziert, das heißt, daß man bereits nach einem fünfjährigen Aufenthalt "Deutscher" werden kann und daß bei "besonderen Integrationsleistungen" eine Einbürgerung bereits nach drei (!) Jahren möglich wäre.

In Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil sich hier seit fünf Jahren aufhält. Ab einem bestimmten Alter entfällt auch der bisher erforderliche Sprachnachweis, ebenso der bislang geforderte Wissenstest über Deutschland. Zugleich soll die Verpflichtung wegfallen, bei der Einbürgerung auf die bisherige Staatsangehörigkeit zu verzichten.

Keine Abschiebungen mehr möglich

Der "Vorteil" für die Umvolker ist dabei: Kriminelle können nach der Einbürgerung nicht mehr abgeschoben werden. Schon jetzt ist das kaum möglich. Wichtig: In der Kriminalstatistik wird die Zahl der "deutschen Täter" nach oben schnellen. Antisemitische Vorfälle von Arabern werden künftig verstärkt den Deutschen zugeordnet werden. Was ja ganz im Sinne der Schuldneurotiker jetzt schon der Fall ist. Das Wählerpotential für rot/grün wird sich schlagartig massiv erhöhen.

Die Paßvergabe wurde mittlerweile so stark erleichtert, daß die deutsche Staatsangehörigkeit zum Discount-Artikel geworden ist.

Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), kritisierte die geplanten Änderungen. Zu Bild sagte er:

"Der deutsche Paß darf nicht zur Ramschware werden."

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andrea Lindholz (CSU) erklärte:

"Ausländern in Deutschland wird damit ein großer Anreiz genommen, sich zu integrieren."

Wozu auch? Linke erwarten eher von den Menschen, die "schon länger hier leben", daß sie sich den Sitten der Neuankömmlingen anzupassen haben. Beispiel dazu gibt es zuhauf, speziell im schulischen Bereich.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ...<<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 28. November 2022 (x1.193/...): >>**100 % "zwangs-immunisierte" Soldaten erkrankten häufiger an Covid als übrige Bevölkerung**

Nachdem es in der Bundeswehr bekanntlich bis heute eine Impfpflicht für das dortige Personal gibt, stellt dieser zu 100 % "voll immunisierte" Personenkreis dort eine ideale Referenzgruppe im Verhältnis zur restlichen Bevölkerung dar. Da auch die militärische Impfpflicht für die Auffrischungen (Booster) gilt, sind die dadurch gewonnenen Erkenntnisse zu 100 % wasserdicht.

Diese aus dem Vergleich gewonnenen Erkenntnisse müßten unter normalen Umständen Anlaß sein, die experimentellen "Impfungen" a) umgehend zu stoppen und b) die Gerichte endlich aktiv werden lassen, um die Profiteure dieses Jahrhundertverbrechens endlich zur Rechenschaft zu ziehen.

Dem angesehenen Schweizer Magazin "Weltwoche" ist es zu verdanken, daß nun Ergebnisse aus heeresinternen geheimen Studien ans Tageslicht kamen. Um den sogenannten "unabhängigen Faktencheckern" die Arbeit zu erleichtern, zitieren wir örtlich:

"Besonders aufschlußreich ist dabei, daß die Inzidenzen der Bundeswehr jeweils um zwei Vergleichsgruppen ergänzt werden: erstens um jene der deutschen Gesamtbevölkerung ("Deutschland") und zweitens um die Altersgruppe der 15- bis 59-Jährigen. Das Resultat dieser Gegenüberstellung ist verblüffend und stellt alles bisher Bekannte - beziehungsweise offiziell Verkündete - auf den Kopf. Es zeigt sich nämlich, daß die vollständig geimpften Bundeswehrangehörigen häufiger infiziert sind als die deutsche Gesamtbevölkerung und die Gruppe der 15- bis 59-Jährigen, die beide eine viel tiefere Impfquote aufweisen.

Dies belegen die geheimen Datensätze, die der Weltwoche vorliegen. Nehmen wir zum Beispiel das Bundeswehr-Daten-Dashboard vom 10. November 2022, 13 Uhr. Dort sehen wir die Sieben-Tage-Inzidenzen der drei Gruppen. Die rote Kurve symbolisiert die Gesamtbevölkerung, die gelbe Kurve entspricht der Altersgruppe von 15 bis 59 Jahren und die blaue Kurve der Bundeswehr. Die Darstellung beginnt auf der horizontalen Zeitachse links am 11. Oktober. Sie zeigt, daß die Bundeswehr mehr Corona-Fälle verzeichnet als der Rest der Bevölkerung - und dies über den ganzen betrachteten Monat hinweg."

Aus den gewonnenen Daten läßt sich als Zwischenfazit folgendes festhalten. Wir zitieren weiter: "Als Zwischenfazit läßt sich also festhalten: Wer vollständig und mehrfach geimpft ist - wie die Bundeswehrsoldaten -, wird häufiger mit dem Coronavirus infiziert als weniger oft geimpfte Personen. Wie die Daten weiter zeigen, ist dies seit dem Einsetzen der flächendeckenden Booster-Wirkung Mitte April 2022 der Fall. Seither sind die Soldaten ständig stärker infiziert als die Vergleichsgruppen, die weniger häufig geimpft sind."

Je mehr geimpft, desto mehr infiziert.

Resümee: Die praktisch vollständig geimpften Soldaten werden häufiger mit dem Coronavirus angesteckt als der Rest der Bevölkerung, der bei weitem nicht so durchgängig geimpft ist. Es gilt: Je mehr geimpft, desto mehr infiziert.

Dokumentationen eingestellt

Die Bundeswehr weiß natürlich um den politischen Sprengstoffcharakter dieser Erkenntnisse. Sie weiß, daß ihre geheimen Daten der Impfkampagne von Bundesregierung, Gesundheitsbehörden und hauseigenem Sanitätsdienst den Boden entziehen. Inzwischen hat die Bundeswehr still und heimlich aufgehört, die Infektionen nach erfolgter Impfung zu dokumentieren. Im Mai dieses Jahres stellte sie die entsprechende Erhebung ein - nach dem Motto: Was nicht sein darf, ist nicht. Was wir nicht protokollieren, existiert nicht.<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 28. November 2022 (x1.194/...):
>>**Selbst spanische Urlaubsinseln mit knapp 400 Prozent Übersterblichkeit**

Die Übersterblichkeit in Spanien im Jahr 2022 schlägt laut den Zahlen des sogenannten MoMo-Systems, alle Rekorde.

Der Mainstream versucht bereits mehr oder weniger vergeblich, seit Juli des Jahres, dafür eine Erklärung zu finden.

Herzinfarkte, Schlaganfälle, Thrombosen - die üblichen "Verdächtigen"

Das sogenannte MoMo-System zur Überwachung der täglichen Sterblichkeit aller Ursachen wird vom spanischen Gesundheitsinstitut Carlos III (ISCIII) in Madrid betrieben und wartet nun mit schockierenden Daten zur Übersterblichkeit auf.

Laut "Experten" seien viele Menschen an "Schlaganfällen, Herzinfarkten und pulmonalen

Thromboembolien" gestorben, sowie ebenso zahlreiche Touristen "durch Ertrinken und Unfälle". Derlei "Pauschalaussagen" ist man ja auch von anderen europäischen "Instituten" und dem Mainstream "gewohnt" zu hören und lesen.

Die "Klassiker" des "Frage-Antwortspiels vor allem der Mainstream-Medien, lauten da etwa wie folgt.

Könnte es an Hitze/Kälte/Klimawandel liegen?

Könnte Covid-19 schuld sein?

Könnte es an der Situation im (spanischen) Gesundheitssystem liegen?

Könnte es an den verzögerten Behandlungen und der schlechten Kontrolle chronischer Patienten liegen?

Könnten die Impffreien schuld sein?

Eine der neuesten Theorien, aufgeworfen Anfang November des Jahres, vom Medienunternehmen Antena 3 (rumänischer CNN-Partner), nachdem man zugeben mußte, daß von Januar bis Ende Oktober 2022 landesweit fast 34.000 zusätzliche und unerwartete Todesfälle zu beklagen waren, "wer Covid-19 hatte, sei einem größeren Risiko für "vaskuläre" Krankheiten ausgesetzt, denn das Virus sei "besonders schädlich für die Arterien".

"Politisch korrektes" Narrativ bereits in der Schublade

Diese Art der Argumentation könnte somit bereits ein Wegweiser für den bevorstehenden offiziellen "Umgang" mit der statistisch erwiesenen Tatsache der Übersterblichkeit und somit als "Vorlage für das kommende Narrativ" gesehen werden.

Die Frage, die vom Mainstream bisher klar vermieden wurde, "könnten die Massenimpfungen mit experimentellen Genpräparaten, von den (spanischen) Politikern und Medien mit unvergleichlicher Hingabe als "sichere und effektive Immunisierung" propagiert, "im schlimmsten anzunehmenden Fall", für den Tod dieser Menschen verantwortlich sein?

Das MoMo-System zur Überwachung der täglichen Sterblichkeit aller Ursachen wird also vom Gesundheitsinstitut Carlos III (ISCIII) in Madrid betrieben. Dieses untersteht nach Regierungsangaben dem Ministerium für Wissenschaft, Innovation und Hochschulen, ist aber auch dem Ministerium für Gesundheit, Konsum und soziale Wohlfahrt unterstellt.

Gesundheitsministerin Carolina Darias sah sich aufgrund der erschreckenden Daten des ISCIII bereits Anfang August veranlaßt, die schlechte Nachricht medienwirksam zu relativieren. Bei der MoMo-Statistik handle es sich demnach "nur um eine Schätzung, die nicht unbedingt der Realität entspreche", versuchte sie mehr oder weniger glaubhaft zu erklären.

Wobei sich die Frage aufdrängt, warum das spanische Gesundheitsministerium sein System nicht schon längst eingestellt hat, wenn es laut Darias nur Schätzungen abzugeben im Stande ist, also somit in keiner Weise aussagekräftig ist.

Schockierende Zahlen auch aus Regionen

Kürzlich kamen auch auf regionaler Ebene schockierende Zahlen ans Licht. Auf den Balearen liegt die Übersterblichkeit im laufenden Jahr 2022 um 398 Prozent höher als 2020, also dem ersten Jahr der "Covid-Pandemie", noch ohne Impfstoff. Darüber berichteten lokale spanische Medien wie Ultima Hora.

Wie üblich kamen "Experten" zu Wort, die im Sinne des offiziellen "Pandemie-Narrativs" ihre Meinung verbreiteten. Joan Carles March, Spezialist für öffentliche Gesundheit und Präventivmedizin, wies darauf hin, daß die Temperatur, Hitze oder Kälte, eine Rolle gespielt habe.

Im Jahr 2020 hat es laut March auf den Balearen 288 überzählige Todesfälle gegeben, von denen 28 der Temperatur zugeschrieben wurden. Im Jahr 2021 waren es 746 zusätzliche Todesfälle, davon 60 wegen "Hitze oder Kälte". Im Jahr 2022 wurden bisher 1.436 überzählige Todesfälle registriert, die Temperatur war für 72 dieser Toten verantwortlich.

March glaube, daß ein Grund für die überhöhte Sterblichkeitsrate das "Gesundheitsdefizit"

sei, berichtet Ultima Hora.

Was dann "übersetzt" aus dem Narrativ bedeuten soll, Verzögerungen bei Terminen und "schlechte Kontrolle" chronischer Patienten. Ein weiterer Grund sei die "Verschlechterung des Gesundheitszustands bei gefährdeten Personen, die Covid überlebt hatten".

Noch "überraschender und beunruhigender" seien laut March die Daten aus dem Jahr 2021 für ganz Spanien, in dem es nach Angaben des Gesundheitsinstituts Carlos III "einen Überschuß von fast 25.000 Todesfällen gab, deren Ursprung nicht genau geklärt sei".

Diese Zahlen seien 2022 noch gestiegen. So zeige Eurostat, ein anderes Meß-System, daß die Übersterblichkeit in Spanien zwischen März und Juni 2022 höher gewesen sei als in jedem anderen EU-Land, informiert March und wirft die Zahl 48.000 in den Raum. Diese ergebe sich aus dem Vergleich mit dem Durchschnitt des gleichen Zeitraums in den vorangegangenen vier Jahren.

Wird es für die "Zahlen-Jongleure" eng?

Auch der Spezialist für öffentliche Gesundheit und Präventivmedizin greift die Theorie auf, die Antena 3 bereits Anfang November präsentiert hat. Die höhere Sterblichkeit hänge "mit der Fähigkeit des Corona Virus zusammen, Gefäße zu infizieren und Todesfälle zu verursachen". Er betont, daß die zusätzlichen Todesfälle in den Jahren 2021 und 2022 vor allem "auf eine Zunahme von Schlaganfällen, Herzinfarkten, pulmonalen Thromboembolien und Corona Virus-Infektionen selbst zurückzuführen sind".

Daß Studien nahelegen, die Gen-Präparate könnten zum Beispiel Myokarditis verursachen, kehrt March unter den Teppich.

Allerdings findet March tatsächlich den Mut, darauf hinzuweisen, daß es in "bestimmten Foren die weitverbreitete Theorie" gebe, daß die Ursache für die erhöhte Sterblichkeit "auf Komplikationen infolge der Massenimpfung gegen Covid zurückzuführen ist". Bemüht sich aber geflissentlich zu erklären, daß er daran nicht glaube.

"Die überhöhte Sterblichkeit in den Jahren 2021 und 2022 hat zu vielen Spekulationen Anlaß gegeben. Unwissenheit führt zu Spekulationen, die wiederum in Gerüchteküchen münden. Am Ende gibt es Theorien für jeden Geschmack", erklärt March lapidar, als handle es sich hierbei um einen "Modetrend" und nicht um Übersterblichkeit.

Eben genau deshalb sei er also der Ansicht, daß "eine ernsthafte und vollständige Untersuchung der überhöhten Sterblichkeitsraten dringend erforderlich ist".

Wissenschaftliche Beweise - schon lange nur noch "Einbahnstraße"

Eine andere von Ultima Hora zitierte "Expertin", die Präsidentin der Krankenpflegeschule der Balearen, Maria José Sastre, ist der Meinung, eine ungesunde Lebensweise, die Chronizität von Langzeiterkrankungen, der Klimawandel und soziale Faktoren wie die zunehmende Vereinsamung der älteren Bevölkerung müßten bei der Übersterblichkeit auch in Betracht gezogen werden.

Da scheint es also schier unendlichen "Argumentationsnachschieb" für das offizielle Narrativ zu geben.

Und Borja Moreno, Arzt und Gerichtsmediziner, äußert gegenüber Ultima Hora "seine Verwunderung" über den deutlichen Anstieg der Übersterblichkeit auf den Inseln. Zwar gebe es keine wissenschaftlichen Argumente für seine Theorie, wie er gesteht, doch "die hohe Anzahl von Touristen, die die Balearen in diesem Jahr empfangen haben", könnte zur Übersterblichkeit beigetragen haben. In diesem Sinne verweist er auf viele Todesfälle "durch Ertrinken, Unfälle etc."

Wie die Ultima Hora abschließend mitteilt, hat sich die Gesundheitsbehörde der Balearen geweigert, die MoMo-Daten zu bewerten.

"Wir sind der Meinung, daß wir keine qualitative Analyse eines quantitativen Berichts vornehmen können. Wir können nicht darüber spekulieren, was hinter diesem Anstieg steckt, da

uns viele Informationen fehlen und wir als öffentliche und offizielle Stelle nicht spekulieren können".<<

30.11.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 30. November 2022:

>>Juristin: Impf-Ärzten drohen bis zu 10 Jahren Haft

Die Verabreichung der mRNA-Impfstoffe Comirnaty (Pfizer) und Spikevax (Moderna) ist kein Kavaliersdelikt oder gar ein "menschenfreundlicher Akt", sondern kann laut Medizinrechtlerin Beate Bahner mit einer Gefängnisstrafe bis zu zehn Jahren geahndet werden. Was Patienten und Ärzte wissen sollten, hat die Fachanwältin in ihrem Ratgeber "Corona-Impfung" zusammengefaßt.

Die juristischen Folgen betreffen aber nicht nur die Impfarzte, sondern auch die Hersteller der Vakzine und alle, die zu deren Verbreitung beitragen. Die Juristin referierte im Rahmen der Pressekonferenz "Killt keine Kinder" der Initiative Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie (MWGFD) über die durch den Einsatz der Covid-Impfstoffe begangenen Verstöße gegen deutsches und internationales Recht.

Dr. Ronald Weikl, derzeit in juristischer Auseinandersetzung befindlicher Facharzt für Frauenheilkunde und Geburtshilfe mit eigener Ordination in Passau sowie stellvertretender Vorsitzender der MWGFD, eröffnete die Veranstaltung mit den Worten:

"Die politisch motivierte Strafverfolgung von kritischen Ärzten sowie die fehlende wissenschaftliche Evidenz der Maskenpflicht, kombiniert mit den erheblichen Gesundheitsgefahren, die mit dem Maskentragen einhergehen, ist ein Themenbereich dieser heutigen Pressekonferenz.

Der Hauptteil beschäftigt sich mit unserer derzeit größten Sorge den aus unserer Sicht unnötigen, äußerst gefährlichen sogenannten Covid-Impfungen, die jetzt zu allem Überfluß auch noch unseren kleinsten Kindern angetan werden soll, nämlich Babys ab sechs Monaten."

Im Zuge der Better-Way-Konferenz im September in Vösendorf bei Wien hatte Rechtsanwältin Bahner erneut dargelegt, weshalb eine gängige Impf-Aufklärung sowie die damit einhergehende Einwilligung des Patienten zur Verabreichung eines Covid-Impfstoffs im Zweifel zu 99,9 Prozent unwirksam ist.

Die Expertise im O-Ton

Bei der MWGFD-Pressekonferenz in München ordnete Bahner das Covid-Impfgeschehen vor dem Hintergrund der Verletzung sämtlicher Sicherheitsvorschriften zum Schutz der Menschen juristisch ein. Es folgt eine wörtliche Wiedergabe der Ausführungen der Medizinrechtlerin, die mit "Corona-Impfung. Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten" auch einen wichtigen Ratgeber zu diesem Thema veröffentlicht hat:

"Um es juristisch ganz klar und eindeutig sofort vorwegzunehmen: Wer Menschen jedweden Alters mit den beiden mRNA-Impfstoffen Comirnaty und Spikevax von Biontech und Moderna impft, riskiert bis zu zehn Jahre Gefängnisstrafe. Dasselbe gilt für alle, die den Impfstoff vertreiben. Also die Hersteller selbst. Oder die zur Verbreitung beitragen. Also alle verantwortlichen Behördenmitarbeiter, alle Richter, Anwälte, Arbeitgeber, Betreuer, Heimleiter, Klinikchefs etc., die zur Impfung nötigen oder gar zwingen.

Denn die Impfstoffe von Comirnaty und Moderna sind sogenannte bedenkliche Arzneimittel im Sinne des § 5 Arzneimittelgesetz. Und die Herstellung, Verbreitung und Anwendung solcher Arzneimittel ist eine Straftat nach § 95 Arzneimittelgesetz. Und wer seine eigenen Patienten, insbesondere Minderjährige oder nicht einwilligungsfähige behinderte Menschen impft, macht sich zudem wegen Mißhandlung von Schutzbefohlenen nach § 225 StGB strafbar, der Strafraumen bis zu zehn Jahren Freiheitsstrafe ist genauso hoch.

Mit der beispiellosen europäischen Zulassung der Covid-Impfstoffe wurden unverzeihliche Verstöße gegen deutsches und internationales Recht begangen. Diese habe ich bereits zu ei-

nem großen Teil in meinem Buch 'Corona Impfung. Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten' dargelegt. Ich stelle es hier nochmal vor.

Dieses Buch wurde übrigens in den Mainstream-Medien bis zum heutigen Tage totgeschwiegen. Dort lesen Sie aber, daß beispielsweise die Hersteller mit EU-Verordnung 2020 aus 1043 vom 15. Juli 2020 von der zwingend vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung befreit wurden, die beim Einsatz gentechnisch veränderter Organismen aufgrund von EU-Recht grundsätzlich erforderlich ist.

Es gab also bei den Covid-Impfstoffen keinerlei Bewertung der direkten, indirekten, sofortigen oder späteren Risiken für die menschliche Gesundheit. Es fehlen ferner die rechtlich geforderten toxikologischen Prüfungen. Es fehlen jedwede Prüfungen auf krebserregende Wirkungen und es fehlen aussagekräftige Prüfungen auf weitere Sicherheitsparameter, etwa Fruchtbarkeit und Langzeitschäden.

Dies ist angesichts der absoluten Neuartigkeit insbesondere der mRNA-Impfstoffe von Biontech und Moderna eine ungeheuerliche Verletzung sämtlicher Sicherheitsvorschriften zum Schutze der Menschen. Aber es kommt noch schlimmer. Denn bereits im Mai 2020 hatte der damalige Gesundheitsminister Spahn mittels einfacher Verordnung, nämlich der sogenannten "Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung für die Covid-Impfstoffe" fast alle deutschen Sicherheitsvorschriften des Arzneimittelgesetzes außer Kraft gesetzt.

Das Sündenregister des Jens Spahn

Damit wurden gesunde und meist nicht durch Corona ernsthaft gefährdete Menschen in Deutschland, das haben wir gerade mehrfach gehört, einer beispiellosen Gefahr von Impfschäden ausgesetzt, die das Arzneimittelgesetz doch ausdrücklich verhindern und im Falle von Verstößen hart sanktionieren sollte. Dies erlaubte es den Herstellern, die Impfstoffe auch nach deren Verfallsdatum einzusetzen.

Spahn befreite die Hersteller ferner von der Pflicht, eine Packungsbeilage beizufügen, so daß impfwillige Menschen nicht über die Zusammensetzung, Wirkung und eventuelle Nebenwirkungen informiert wurden. Spahn befreite die Hersteller sogar von den zwingend notwendigen Fachinformationen für die Ärzte, die für eine rechtlich ordnungsgemäße Aufklärung erforderlich sind. Das hat die Ärzte allerdings offensichtlich nicht gestört. Sie haben es vermutlich noch nicht einmal bemerkt.

Spahn befreite die Hersteller schließlich von der gesetzlichen Informationspflicht darüber, daß die Impfstoffe aufgrund ihrer bedingten Zulassung, bis Oktober 2022 gab es ja nur eine bedingte Zulassung, einer besonderen Überwachung unterliegen. Auch die zwingend vorgeschriebene staatliche Chargenprüfung durch das Paul Ehrlich-Institut wurde aufgehoben. Es gab also keinerlei behördliche Überprüfung der Impfstoffe durch die zuständige Behörde.

Ich verweise hierzu auch auf mein Rechtsgutachten, auch damals in Zusammenarbeit mit der sehr geschätzten Kollegin Dr. Brigitte Röhrig, Arzneimittel- und Pharmarechtsexpertin, bereits im Dezember 2021 gefertigt, hier, über die Strafbarkeit nach dem Arzneimittelgesetz durch die Herstellung, Anwendung und Verbreitung des Impfstoffes Comirnaty von Pfizer/-Biontech.

Sie finden es auf meiner Homepage unter beatebahner.de. Dieses Gutachten zeigt, aus welchen vielfältigen Gründen der Impfstoff von Pfizer in gravierendem Maße bedenklich ist. Und zwar am Beispiel der von Prof. Ulrike Kämmerer gerade genannten beiden Nanolipide. Diesen sogenannten maßgeblichen Trägermedien. Diese beiden Nanolipide waren zuvor nie zur Anwendung am Menschen zugelassen. Jetzt wurden sie dennoch ca. 180 Millionen Mal in meist gesunde Menschen in Deutschland verspritzt.

Skandal: Hersteller von Haftung befreit

Darüber hinaus wurden die Hersteller von dem zwingend notwendigen Zertifikat befreit, welches bestätigen muß, daß die Arzneimittel oder Wirkstoffe entsprechend der sogenannten an-

erkannten Grundregeln, also gute Herstellungspraxis, anerkannten Grundregeln für die Herstellung und Sicherung ihrer Qualität der Europäischen Union oder nach Standards, die diesen gleichwertig sind, hergestellt werden.

Das Faß zum Überlaufen bringt jedoch die Haftungsfreistellung der Hersteller für Schäden, die aufgrund all dieser Befreiungen von fast allen Sicherheitsvorschriften bei geimpften Menschen eintreten können. Ein Gesundheitsminister, der still und leise eine meines Erachtens übrigens verfassungswidrige und damit nichtige Verordnung erläßt und damit 83 Millionen Bürger einem unabsehbaren Sicherheitsrisiko aussetzt sowie 300.000 Ärzte hierüber nicht informiert, handelt in hohem Maße kriminell.

Denn er ist schon gar nicht befugt, Schutzgesetze, die vom Parlament erlassen werden, eigenmächtig durch eine rangniedrigere Verordnung zu ändern und damit den Schutz von Millionen Patienten einfach mal salopp aufzuheben.

Kriminell handeln auch die Hersteller Pfizer und Moderna, die bei ihren Studien in vielfältiger Hinsicht getäuscht und Daten vertuscht haben. So wurden beispielsweise zwei Drittel der Studienteilnehmer der Kinderstudie überhaupt nicht ausgewertet, was Schlimmes vermuten läßt. Darüber hinaus wurden alle Kinder nach kurzer Zeit geimpft, also auch die Kinder der sogenannten Kontroll-/Placebo-Gruppe. Es gibt also tatsächlich keinen Vergleich dazu, ob und inwieweit die Impfungen schützen, helfen oder gar schädigen. Auch dies ist beispiellos in der Geschichte der Medizin."

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. ...<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 30. November 2022 (x1.204/...): >>>Mediziner und Wissenschaftler: "Killt keine Kinder!"

Am 16.11.2022 veranstalteten die "Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit Freiheit und Demokratie" (MWGFD) in München eine Pressekonferenz, in der wissenschaftliche Experten fundiert über aktuelle medizinische, statistische und rechtliche Themen der "Corona-Krise referierten. Es war dies der Auftakt einer Reihe weiterer Informationsveranstaltungen. Schwerpunkt war die ohne Not immer stärker betriebene "Corona-Impfung" der hilflosen Kinder und Säuglinge, die angesichts der weltweit anschwellenden schweren und tödlichen Nebenwirkungen eine besondere Ruchlosigkeit darstellt. ...

Pressemitteilung von *Uwe Kranz*

Mit diesem wuchtigen Motto zierte der Verein Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit Freiheit und Demokratie (MWGFD) seine erste Pressekonferenz in der Münchner Eventlocation "Weitblick" am 16.11.2022. Wichtig auch der Auftritt: Sieben international anerkannte Experten referierten komprimiert und knapp zu ihren Spezialgebieten, beantworteten anschließend über eine Stunde lang geduldig die Fragen der Medien und Gäste, bevor sie sich exklusiven Interviews stellten.

Von solchen gehaltvollen Informationsveranstaltungen wird es künftig mehr geben, auch wenn es durchaus die eine oder andere kritische Stimme zu Plakat (zu "reißerisch") und Aufmacher gab, wonach Kinder vom Verein ebenso instrumentalisiert würden, wie von Impfbefürwortern und zum wissenschaftlich-sachlichen Gehalt der Konferenz im Kontrast stünden. Das wird der MWGFD künftig sicher bedenken, aber: Die drastische Wortwahl entspricht der bisherigen unmenschlichen Absicht, unsere Babys und Kleinkinder dem gentherapeutischen Massenexperiment zu opfern, nachdem über zwei Jahre lang mit wissenschaftlicher Sachlichkeit erfolglos gemahnt wurde.

Kernthemen waren: die Verurteilung des Passauer Arztes Dr. Weigl verbunden mit der evidenten Gesinnungsjustiz und der allgemeinen Maskenproblematik; die drohende Empfehlung der Baby- und Kleinkinderimpfung verbunden mit den Erkenntnissen zu Kinder-Übersterblichkeit, Impfschäden, Schwangerschaftsproblemen und Geburtenrückgang; die juristischen

Dimensionen des Zulassungsverfahrens, der Änderungen des Arzneimittelgesetzes und die Rechtsfolgen der unzureichenden Aufklärung bei der Impfung.

Dr. Weigl nahm eingangs kurz zu seiner Verurteilung vom Vortag Stellung (Bewährungsstrafe von nur noch einem Jahr). Ein Rückzug der Gesinnungsjustiz auf Raten: die vorgeworfenen Fallzahlen schmolzen wie Schnee in der Sonne im Ermittlungsverfahren und in den beiden Instanzen von 1.096 über 75 auf 24 und selbst diese Fälle stehen auf dünnem Eis. Weggefallen sind Berufsverbot und Geldstrafe. Wohl zur politisch-motivierten Gesichtswahrung geblieben ist die rechtsbedenkliche Urteilsbegründung. Dr. Weigl wird das Vorliegen von Revisionsgründen durch seine Verteidiger prüfen lassen.

Prof. Dr. Dr. Martin Haditsch betonte unterstützend die fehlende Evidenz der Maskenpflicht, die epidemiologische Unwirksamkeit und Irrelevanz der untauglichen und nicht zugelassenen Masken. Er konstatierte, daß Masken weder Eigen- noch Fremdschutz bieten, sondern nach vielen wissenschaftlichen Studien eher schaden und durch Mikropartikel zusätzlich toxisch belasten, vor allem Kinder.

Schwerpunkt der Veranstaltung war jedoch die Verhinderung einer Empfehlung durch die STIKO, jetzt auch noch die C- "Impfung" von Babys und Kleinkindern durchzuführen, so wie es die Europäische Medizinagentur (EMA) geraten hatte. Prof. Dr. Werner Bergholz warnte eindringlich davor, denn jede Impfung müsse das Verhältnis von Nutzen und Risiko sorgfältig abwägen.

Während auf der einen Seite feststehe, daß der Nutzen der "COVID-19-Impfung" nahezu bei null liege, liegen unwiderlegbare wissenschaftliche Belege dafür vor, daß die Risiken beträchtlich seien, sowohl im Hinblick auf schwere Nebenwirkungen als auch der Häufigkeit von Sterbefällen, wobei noch nicht einmal das Risiko späterer Schäden einbezogen wird.

Fatal wirke sich aus, daß das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) eine beträchtliche Untererfassung zulasse und internationale Daten aus England, den USA, Schweden und selbst die Diskrepanz zu den Freigabestudien von Pfizer/BioNTech einfach ignoriert. Mit großem Nachdruck forderte Dr. Bergholz eine umgehende Kurskorrektur nach dem Vorbild von England, Dänemark und Schweden.

Deutlich warnte auch Prof. Dr. Ulrike Kämmerer vor der "Baby- und Kleinkinderimpfung", denn diese zwingen schon die kleinen Körper, das gefährliche Spike-Protein herzustellen. Dieses verbleibe eben nicht an der Einstichstelle, sondern wandere in die Schaltstellen des kindlichen (wachsenden) Immunsystems ein, verteile sich überall im Körper und richte damit mehr Schaden an als eine Virusinfektion, wie Pathologen und Rechtsmediziner regelmäßig und zweifelsfrei in den Geweben von "Impfgeschädigten" nachweisen können.

Die häufig auffällige Immunschwäche wirke sich insbesondere aus auf die Reaktivierung von schlummernden Gürtelrosen oder bei plötzlich aufkommenden Krebserkrankungen. Ihr Fazit: Je mehr solche Lipid/RNA-Injektionen erfolgen, um so nachhaltiger werde das Immunsystem zerstört und um so mehr toxisches Spike könne sich schädigend in die Gewebe einlagern.

Vor diesem Hintergrund betonte Prof. Dr. Andreas Sönnichsen (per Zoom zugeschaltet) die ethische Sicht, die im Hippokratischen Eid, im Genfer Gelöbnis und im Nürnberger Kodex festgelegt ist.

Als Arzt müsse man sich an die Devise halten "Primum nil nocere", daß man also "keinen Schaden zufügen" dürfe. Angesichts der erschreckenden Kinder-Übersterblichkeit, die er in Wissenschaft und Praxis verfolge, warnt auch er vor der "Kinderimpfung", die schädlich, vollkommenen sinnlos, unethisch und menschenverachtend sei. Er verlangt kategorisch die "Impfung" gesunder Kinder zu verbieten und forderte streng, den Nürnberger Kodex zu beachten.

In einem Zoom-Beitrag wies Prof. Dr. Sucharit Bhakdi darauf hin, daß schon Neugeborene über ein ausgereiftes Immunsystem verfügen. Viele Hunderte von Millionen der Virusgen-

Pakete gelangten nach der "Impfung" unweigerlich in die Blutbahn und damit in Zellen, die die Blutgefäße auskleiden. Die Schädigung der Gefäße verursache Thrombosen, die bis zu Herz und Hirn vordringen und zum Zelltod führen können.

Die anklagende Frage von Dr. Bhakdi war, wie die zuständigen Behörden eine solche "Impfung" überhaupt genehmigen konnten, vor allem, weil sie nie im Besitz des Virus gewesen waren und deshalb auch keine Tierversuche für die Schutzwirkung des "Impfstoffes" durchführen konnten. Die direkte Genehmigung der Menschenexperimente wurde von der EMA und des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) sozusagen rechtswidrig "durchgewinkt". Das seien Verbrechen gegen die Menschlichkeit und an der Menschheit.

In die gleiche Richtung ging der Vortrag von der Fachanwältin Beate Bahner, die die vielfältigen vorsätzlichen Verstöße bei der Zulassung der "C-Impfstoffe" gegen alle nationalen und internationalen Sicherheits-Vorschriften rügte: Befreiung von der Umweltverträglichkeits-Prüfung, Befreiung von der toxikologischen Prüfung, der Prüfung auf krebserregende Wirkungen sowie sämtliche Prüfungen auf weitere Sicherheitsparameter (Fruchtbarkeit, Langzeitschäden).

Das ist angesichts der absoluten Neuartigkeit und Gefährlichkeit der "mRNA-Impfstoffe" und der "inhaltsreichen" Lipid-Stoffe eine ungeheuerliche Verletzung sämtlicher Sicherheitsvorschriften zum Schutze der Menschen, die einst zur Verabschiedung des Arzneimittelgesetzes (AMG) führten.

Darüber hinaus wies die Anwältin auf die ihrer Ansicht nach verfassungswidrige Aushebelung des AMG durch die bereits im Mai 2020 heimlich, still und leise erlassene "Medizinesche-Bedarf-Versorgungs-Sicherstellungs-Verordnung" hin, wonach die "Impfstoffe" auch nach dem Verfallsdatum eingesetzt werden dürfen, die Packungsbeilage entfallen könne (Zusammensetzung, Wirkung, Nebenwirkungen), keine Fachinformationen für Ärzte mehr bereitgestellt werden müssen und Informationspflichten, Zertifizierungspflichten bzw. Chargenprüfungen durch das PEI entfallen. Diese Verordnung setzt damit 83 Millionen Bürger einem unabsehbaren Sicherheits- und Gesundheitsrisiko aus.

Die nachfolgende, über einstündige Podiumsdiskussion mit den Vertretern der Medien und der Gäste bestätigte in vielerlei Hinsicht, daß die Referenten den Nerv der Zeit getroffen hatten. Einzelne Zuhörer schilderten die dramatische Situation von Angehörigen oder Patienten, die unmittelbar nach der Impfung schwere gesundheitliche Schäden erlitten. Dr. Weikl konnte auf das Pilotprojekt seines Vereins hinweisen, das diese "Impf-Opfer" an einen Ärzte- und Therapeutenkreis vermitteln könne, der sich speziell der Patienten mit einem Post-Vac-Syndrom widmen könne.

Die Frage, wie die Entwicklung gestoppt werden könne, wurde ergebnisoffen diskutiert. "Aufklärung, Aufklärung, Aufklärung" und "Nein sagen" seien die vorrangigsten Ansätze. Die strafrechtlichen Ermittlungen gegen die politischen und medizinischen Verantwortlichen seien der zweite Schritt, der konsequent zu gehen sei, nicht nur in der Schweiz und in den USA. Es fehlte nur noch die politische Stoßrichtung, denn ohne eine Änderung der Gesundheitspolitik sind alle Vorstöße zum Scheitern verurteilt.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/24257](https://www.klagemauer.tv/24257)" berichtet am 30. November 2022 (x1.180/...): **Bargeldabschaffung - Einbildung oder baldige Realität?**

Von *Hansjörg Stützle*

Weltweit laufen Bestrebungen, möglichst schnell das Bargeld abzuschaffen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) propagiert, die Abschaffung des Bargeldes der Privatwirtschaft zu überlassen und nicht über staatliche Maßnahmen durchzuführen, da die Bevölkerung sich sonst dagegenstellen würde. Das Bargeld könne nur noch durch gesetzlichen Schutz erhalten werden, erklärt der Bargeldexperte Hansjörg Stützle in seinem Vortrag.

Am 9. Oktober 2022 fand unter dem Motto "Bargeld ist Freiheit" in Birr im Kanton Aargau

eine Veranstaltung der "Freiheitlichen Bewegung Schweiz" (FBS) statt. In seinem Vortrag zeigt der Bargeldexperte, "Geldumgangstrainer" und Buchautor Hansjörg Stützle zunächst die Gefahren und Folgen auf, die sich aus der Abschaffung des Bargeldes ergeben. Er erklärt, wie dessen vermeintlich gesetzlicher Schutz nach und nach aufgelöst wurde, und wie sehr die Existenz des Bargeldes tatsächlich bedroht ist, indem es immer mehr den marktwirtschaftlichen Gesetzen, also dem Prinzip aus Angebot und Nachfrage, ausgesetzt wurde.

Da sich am Markt nicht das beste Produkt, sondern dasjenige mit dem größten Marketingbudget durchsetzt, sind aus seiner Sicht die Weichen zur Abschaffung des Bargeldes längst gestellt. Da für die Erhaltung der Freiheit ein Weiterbestand des Bargeldes jedoch zwingend erforderlich sei, müsse es, gleich einem öffentlichen Gut, unter gesetzlichen Schutz gestellt werden.

Dies sieht Stützle in der EU allerdings als kaum mehr möglich an, weshalb die Hoffnungen hier auf der Schweiz ruhen, in der über eidgenössische Volksinitiativen ein solcher Schutz erwirkt werden könne. Mit einem Erfolg der aktuell laufenden Initiative der FBS könnte die Schweiz somit zu einem Vorbild für die ganze Welt werden. Die Zeit drängt jedoch ...

Hansjörg Stützle:

Einen wunderschönen guten Tag zusammen. Es freut mich, hier zu sein! Ich komme eigentlich vom Bodensee, auf der anderen Seite. Und heute ist das Thema "Bargeldabschaffung - nur eine Einbildung oder vielleicht sogar baldige Realität?" Und, ich habe eine Unter-Überschrift noch gewählt, nämlich: "Die Weichen für die Bargeldabschaffung wurden gestellt!" Und sie wurden so gestellt, daß das Bargeld zufällig ohne das Einwirken von den staatlichen Institutionen wegkommt und abgeschafft wird.

Das ist eine These, wo ich Sie bitte, mir das auch gar nicht zu glauben. Aber ich gebe Ihnen jetzt ein paar Daten und ein paar Fakten, um das etwas bewußter zu machen, was im Hintergrund wirklich abläuft. Aktuell ist es leider noch so, daß viele Menschen zu diesem Thema noch sehr naiv unterwegs sind, so nach dem Motto: "Bargeld will keiner abschaffen", "Bargeldabschaffung ist Schwarzmalerei", "Bargeld wird immer bleiben", "Bargeldabschaffung ist unrealistisch und wird sicherlich nicht kommen". Das ist so der Mainstream-Gedanke noch, daß es ja überhaupt nicht sein kann. Und wie gefährlich solch eine Einstellung überhaupt ist, möchte ich mal anhand einer Metapher aufzeigen.

Stellen wir uns mal vor, wir gehen in Urlaub, gehen nach Afrika in die Savanne, haben dort ein wunderschönes Häuschen in der Natur gemietet. Und am Abend wollen wir noch die Abendsonne genießen, gehen auf die Terrasse und vor uns steht dieser gewaltige Löwe (Bild eines Löwen wird auf Leinwand gezeigt).

Jetzt sind wir vorerst mal zuerst erschrocken, vielleicht auch begeistert. Und jetzt kann man auf solch eine Gefahr unterschiedlich reagieren. Die eine Möglichkeit ist: Das blaue Männchen sagt sich, "Oh, ich kann mich noch an meine Kindheit erinnern, das ist ja wie mein Kätzchen, wo ich früher noch gepiesackt habe", und ich gehe sogar auf diesen Löwen zu und krawle ihn etwas.

Das ist eine Möglichkeit, auf so eine Situation zu reagieren. Aber man kann auch anders die Situation betrachten, nämlich, wie dieses Männchen (zeigt auf das zweite Männchen im Bild). Und dieses Männchen hat schon mal Tierfilme angeschaut und festgestellt, daß gerade eine Kampfmaschine vor ihm steht. Und wenn diese Kampfmaschine mal in Fahrt kommt, würde sie sogar 1.000 Kilo schwere Büffel erlegen können.

Ein gewaltiger Unterschied zwischen dem linken und dem rechten Männchen! Und tatsächlich, was macht diese beiden Männchen aus? Das linke Männchen ist letzten Endes handlungsunfähig und geht ins Verderben hinein, weil es gar nicht die Gefahr erkennt. Und das rechte Männchen ist auch nicht sicher, die Situation lebend zu bestehen und zu überstehen. Aber, es hat mindestens eine Chance und kann nun darauf reagieren.

Vielleicht hat es eine Pistole irgendwo oder ein Messer in der Nähe, und kann sich vielleicht verteidigen. Vielleicht geht es auch ganz langsam vorsichtig zurück und versucht noch, die Türe zu schließen und sich so in Sicherheit zu bringen, usw. usf. Also, unterschiedlicher könnte die Situation nicht sein! Also, wie wichtig es ist, Gefahren überhaupt wahrzunehmen, ist immens wichtig. Und wir leben ja momentan ...

Ja, und jetzt betrachten wir mal dieses Thema auf das Bargeldverbot. Wir ersetzen nun den Löwen mit diesem Thema Bargeldverbot. Das ist die Gefahr! Und das linke Männchen sagt: "Mach Dir keine Sorgen! Bargeld wird immer bleiben!" Und das rechte Männchen sagt: "Achtung, Bargeld ist in höchster Gefahr! Wir müssen aktiv werden!"

Wir haben unzählige Mißstände in unserer Gesellschaft. Und ich denke, jeder von Ihnen ist hierhergekommen, weil ihn das bewegt, eine bessere Welt erschaffen zu können oder etwas beitragen zu wollen, zu einer besseren Welt! Und jeder Mißstand läuft nach Stufen ab, wenn man sie beseitigen oder verbessern möchte ...

Zuerst einmal müssen wir es erkennen und wahrnehmen, daß ein Mißstand überhaupt existiert. Der zweite Schritt ist die Gefahr und die Folgen daraus wahrnehmen und erkennen, Lösungswege finden und aktiv werden. Und in Bezug auf die Bargeldabschaffung sieht es dann so aus, daß wir zuallererst mal erkennen und wahrnehmen sollten, daß Bargeld tatsächlich in ernster und akuter Gefahr ist. Die Gefahr und die Folgen aus der Bargeldabschaffung sollten wir dann auch wahrnehmen und erst dann müssen wir Lösungen zum Erhalt des Bargeldes finden und das Wichtigste ist - dann am Ende aktiv werden.

Ich selbst setze mich für den Erhalt des Bargeldes seit vielen, vielen Jahren ein und habe einen Riesenfehler gemacht. Ich habe versucht die Menschen hier abzuholen - nämlich ich habe ihnen schon Lösungen aufgezeigt, bevor sie überhaupt die Gefahr erkannt haben, die darin liegt. Und diesen Fehler, den ich gemacht habe, möchte ich auch heute revidieren, nämlich - ich möchte am Anfang beginnen, ganz hier am ersten (erste Stufe der Folie), nämlich: Erkennen und wahrnehmen, daß Bargeld in ernster und akuter Gefahr ist.

Und das ist meine heutige Aufgabe.

Aber bevor ich nun in dieses eintauche möchte ich einen kurzen Crashkurs in 3,4,5 Minuten geben, welche Folgen denn eigentlich eine Bargeldabschaffung hat, bzw. in welche Welt wir hineintauchen würden. Was droht uns ohne Bargeld!? Der letzte Mosaikstein der totalen Transparenz und Kontrolle des Bürgers ist gelegt. Es ist der letzte Mosaikstein. Es ist eine ganz gefährliche Situation, wenn jede Zahlung letzten Endes kontrolliert werden kann.

Der Staat kann leicht mit Negativzinsen und Enteignung auf unser Geld zugreifen, nämlich per Knopfdruck. Und es entsteht eine Finanzdiktatur. Das schreibe ich auch in meinem Buch, wie das zusammenhängt. Es ist dann unter totaler Kontrolle und es ist wirklich fast eine diktatorische Konstellation, die dann entstehen würde. Und es wird keine Whistleblower mehr geben, weil sie beim nächsten Kauf lokalisiert und unschädlich gemacht werden.

Edward Snowden hat in seinem Buch darüber geschrieben, wie wichtig für ihn Bargeld war und seine Flucht wäre ihm nicht gelungen - ohne Bargeld.

Meine physische Existenz hängt plötzlich von einer Karte ab. Das beste Geldplanungs- und "Handlingsinstrument" steht nicht mehr zur Verfügung. Und hierzu habe ich Tiefenkompetenz, weil ich "Geldumgangstrainer" bin, wo ich wirklich für Kinder, für Erwachsene, für Unternehmen etc. dieses Thema lehre. Und ich weiß, wie wichtig es ist, gerade auch in Krisen oder auch überhaupt im Umgang mit Geld, wahrzunehmen und zu erlernen, wie wichtig Bargeld hier ist, dieses physische Instrument.

Zudem, wenn wir auf digitale Zahlungssysteme zugreifen - und es ist wissenschaftlich bewiesen in verschiedenen Studien - geben wir bis zu 100 % mehr Geld aus. Die Gesellschaft steht still, wenn Elektronik nicht funktioniert. Und wie soll ich mit einer Karte meinen Kindern den Umgang mit Geld beibringen? Wer hat hier Kinder? Probiert es mal. Ihr werdet es ohne Bar-

geld nicht schaffen.

Das ist ein ganz kurzer Crashkurs. Ich habe mich, glaube ich, 30 Seiten allein in meinem Buch damit auseinandergesetzt, welche Folgen es letztendlich hat. Und wer diese Folgen wahrnimmt, der weiß, um was es hier eigentlich geht. Und damit will ich auf jeden Fall dieses Thema mal abschließen. Am Ende werde ich noch ganz kurz auf Lösungen eingehen.

Aber nun gehen wir wirklich an den Anfang, wie sehr das Bargeld tatsächlich in Gefahr ist. Und hierfür sollten wir erst- mal eine Bodenhaftung schaffen, nämlich wie sieht denn die gesetzliche Regelung aus, bezüglich des Bargeldes? Und es gibt ein rechtliches Umfeld, ein sehr gutes für das Bargeld sogar. Nämlich in verschiedenen Gesetzen, auch bei der SNB (Schweizerische Nationalbank), auch hier in der Schweiz, steht fast überall das Gleiche drin. Es ist im Bundesbankgesetz § 14 verankert, was ich gleich zeigen werde, in der EZB-Satzung, im EU-Vertrag, und dort steht fast überall identisch das Gleiche drin, nämlich:

Auf Euro lautende Banknoten sind das einzige, unbeschränkte, gesetzliche Zahlungsmittel. So steht es im Gesetz drin. Was bedeutet das? Es bedeutet letzten Endes - ich zitiere es mal: Als gesetzliches Zahlungsmittel bezeichnet man das Zahlungsmittel, das niemand zur Erfüllung einer Geldforderung ablehnen kann, ohne rechtliche Nachteile zu erleiden. Es bedeutet: Annahmewang! Das heißt, der Händler muß Bargeld annehmen. Und wo? In der Praxis sieht das so aus, es gibt einen Fachbegriff, nämlich "POS", "Point of Sale", also dort wo Ware und Geld sich treffen und wo die ausgetauscht werden.

Das ist überall, wo der Einzelhändler aktiv ist, also Gastronomie und der klassische Einzelhandel, Friseur etc. - darauf bezieht sich im Grunde genommen dieser Annahmewang. Also, Giralgeld darf vom Händler abgelehnt werden, aber weil Bargeld gesetzliches Zahlungsmittel ist, muß der Händler Bargeld annehmen. Das ist die gesetzliche Regelung und somit hat eigentlich Bargeld einen erstklassigen gesetzlichen Schutz und ist auch vor vielzähligen Angriffen geschützt. So sieht es faktisch eigentlich aus.

Aber, es hat sich etwas verändert. Kaum jemand hat es bemerkt. Nämlich, im Jahre 2010 hat es begonnen. Dort hat nämlich die Kommission sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Und sie hat sich gefragt: "Ja, was bedeutet eigentlich gesetzliches Zahlungsmittel?" Und da waren nun andere Interessenslagen da. Und da wurde dann, ja, eine Kommissionsgruppe gebildet, um dies zu klären. Und sie haben tatsächlich festgestellt: Es bedeutet Annahmewang, gesetzliches Zahlungsmittel.

Und dann haben sie eine Interpretation reingebracht, die sehr interessant ist. Nämlich soweit vertraglich nichts anderes vereinbart wurde. (Lachen im Publikum)

Also, sie sind nicht hingegangen und haben das Gesetz geändert und verändert, sondern sie haben es interpretiert. Das heißt, der Einzelhandel darf Bargeld ablehnen. Eine europäische Kommissionsempfehlung ist nicht bindend, es ist ja nur eine Empfehlung.

Aber gehen wir noch mal ganz kurz in diese Kommissionsempfehlung hinein und dort zitiere ich, was dann in diesem Pamphlet drinsteht: Zurzeit besteht im Eurogebiet eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf den Geltungsbereich des gesetzlichen Zahlungsmittels und dessen Auswirkungen.

Diese Empfehlung stützt sich auf die wichtigsten Schlußfolgerungen aus einem Bericht, der von einer Arbeitsgruppe, bestehend - das ist jetzt sehr interessant - aus Vertretern der Finanzministerien und nationalen Zentralbanken des Eurogebiets ausgearbeitet wurde.

Also es sind Interessenslagen, die natürlich in eine ganz bestimmte Richtung gehen. Also es sind keine Verbraucherschützer drin gewesen, keine Datenschützer, keine Verfassungsschützer, sondern nur diese Gruppen. Und dann sind sie zu dem Schluß gekommen:

Verpflichtende Annahme: Sofern sich die Parteien nicht auf andere Zahlungsmittel geeinigt haben, ist der Empfänger einer Zahlungsverpflichtung nicht befugt, eine Zahlung mit Euro-Banknoten und -Münzen abzulehnen.

Wenn ich wissen möchte, wie eine Sache am Ende ausgeht, dann bilde ich selber eine Kommission und entscheide wer da drin sitzt und ich weiß in etwa, was am Ende rauskommt.

Wie dem auch sei, das ist ja nur eine Empfehlung gewesen und eine Empfehlung, wie ich schon geäußert habe, ist nicht rechtswirksam, ist ja nur eine Empfehlung. Man geht durch die anderen Instanzen und in Europa ist ja die Europäische Zentralbank die höchste Währungsinstanz. Und ich mache es jetzt nur kurz und knapp, weil dieser Vortrag würde sonst eineinhalb Stunden gehen, um das alles zu erklären. Aber die Essenz daraus ist, daß die Europäische Zentralbank über die Jahre das dann auch geklärt hat, hat mit dieser Empfehlung übereingestimmt.

Dann ging es weiter in die nächste Instanz, die Deutsche Bundesbank. Das ist die Notenbank in Deutschland. Die hat auch ihr "Servus" darunter gesetzt.

Und das ist die aktuelle Situation. Nämlich, die Europäische Kommission, die EZB, die Deutsche Bundesbank teilen die Meinung, daß der Einzelhandel Bargeld ablehnen darf.

Das ist erst mal Fakt. Und zum Zweiten ist es rechtlich noch nicht höchstrichterlich entschieden. Es gibt einen sehr guten, intelligenten Wirtschaftsjournalisten, den Dr. Norbert Häring, der seit sieben Jahren im Rechtsstreit ist, um dieses Thema zu klären.

Er ist durch die ganzen Instanzen hindurch gegangen. Eine Instanz hat ihm Recht gegeben, die andere hat ihm nicht Recht gegeben. Und er geht jetzt vors Verfassungsgericht. Aber es ist zu erkennen, daß die Gerichte der Interpretationsempfehlung der Europäischen Kommission folgen.

Das ist eine ganz, ganz gefährliche Konstellation die hier stattfindet, nämlich dieser Schutz für das Bargeld ist im Grunde genommen gänzlich zusammengebrochen und seither ist das Bargeld ganz starken Angriffen unterworfen. In Deutschland haben wir schon Gastronomen, Eisdielen, Bäckereien etc., die Bargeld ablehnen. Genauso die Banken haben entsprechende Barauszahlungsgebühren eingeführt und, und, und. Also eine ganz gefährliche Konstellation ist entstanden, wo das Bargeld in diesem Umfeld keine mittel- und kurzfristige - mittelfristige Chance letzten Endes hat, zu überleben.

Und das brandgefährliche ist: Der Einzelhandel darf Bargeld ablehnen. Und je klarer diese Rechtslage wird, um so gefährlicher wird es für das Bargeld.

Also was ist passiert? Man hat nun, bzw. diese staatlichen Institutionen (eingebundene Folie: Europäische Kommission, Europäische Zentralbank, Deutsche Bundesbank), haben ihre Hände reingewaschen und haben den Bestand des Bargeldes nun in die Hände der Wirtschaft gelegt. Also den Händlern, die jetzt nun selber entscheiden: "Nehme ich Bargeld an, oder vielleicht doch nicht?" D.h. Bargeld ist den Gesetzen der Marktwirtschaft ausgeliefert, also dem Prinzip von "Angebot und Nachfrage" unterworfen. Was das in der Auswirkung letzten Endes bedeutet, möchte ich anhand eines Beispiels mal aufzeigen, wenn Bargeld der Marktwirtschaft unterworfen ist.

Nun ein ganz kleiner Crashkurs, was Marktwirtschaft ist. Da gibt es Unternehmen, die erschaffen Produkte. Und in diesem Fall ist das Unternehmen A wo nun Weingläser herstellt. Und dann gibt es Unternehmen B wo auch Weingläser herstellt. Die Weingläser sind ziemlich ähnlich, sie klingen ähnlich, sie sehen ähnlich aus etc. Jetzt kann man natürlich die Frage stellen: Wer wird sich in der Marktwirtschaft behaupten? Dieses Unternehmen das dieses Produkt herstellt? Oder dieses? Das wird wahrscheinlich keiner in diesem Raum beantworten können. Ich möchte nun hier einen Schritt weitergehen.

Ich gebe nun diesem Unternehmen ein Werbebudget von null Euro. Und ich gebe diesem Produkt ein Werbebudget von einer Milliarde. Und nun eine Frage an Sie - das ist keine rhetorische Frage, das ist wirklich eine ernst gemeinte Frage aus ihrer Analytik heraus - welches dieser beiden Unternehmen, oder welches Produkt wird sich im Markt durchsetzen und umsetzen? Ist es dieses Produkt (Werbebudget null Euro), oder ist es vielleicht dieses Produkt

(Werbepbudget eine Milliarde Euro)?

Wer denkt, daß dieses Produkt (Werbepbudget null Euro) sich auf dem Markt durchsetzen kann? Eins, zwei, drei. Wer von Ihnen glaubt, daß sich dieses Produkt (Werbepbudget eine Milliarde Euro) umsetzen wird? Es ist keine rhetorische Frage, es ist wirklich ernst gemeint. Eigentlich alle! D.h. wir haben wahrscheinlich hier 100, 200, 300 Betriebswirtschaftler und Ökonomen unter uns um das zu wissen. Es ist etwas ganz Logisches.

Und jetzt versuchen wir diese beiden Produkte mal auszutauschen. Wir vergessen mal diese Weingläser. Das eine Produkt ist das Bargeld. Das zweite Produkt sind die digitalen Zahlungssysteme - Handyzahlungen oder Kreditkarte, EC-Karte etc. Dieses Produkt (Bargeld) hat ein Werbepbudget von null. Und dieses (digitale Zahlungssysteme) von vielen, vielen Milliarden.

Nun noch mal eine Frage: Wer glaubt, daß sich dieses Produkt (hält das Glas mit Bargeld mit einem Werbepbudget von 0,00 CHF in die Höhe) in der Marktwirtschaft durchsetzen und umsetzen kann? (sieht die erhobenen Hände im Publikum) Immer noch ein, zwei, drei Leute ... Gut. (Lacht)

Wer glaubt, daß sich dieses Produkt (hält das Glas mit der Kreditkarte mit einem Werbepbudget von 1.000.000.000,00 CHF in die Höhe) umsetzen wird, durchsetzen wird? (sieht die erhobenen Hände im Publikum) Fast alle. Und genau und exakt das läuft gerade ab.

Warum setzt sich dieses Produkt ... durch? Nämlich nicht das beste Produkt setzt sich auf dem Markt durch, sondern das mit dem höchsten Marketingbudget. Das ist eine ganz normale betriebswirtschaftliche Gesetzmäßigkeit, die in der Marktwirtschaft wirklich auch in ganz großen Fällen auch mehr Kraft hat.

Und ich würde behaupten, daß jemand, der das erste Semester Betriebswirtschaft lehrt bzw. lernt, dieses marktwirtschaftliche Gesetz kennt. Interessant ist, daß diese ganzen Institutionen durchdrungen sind von Betriebswirtschaftlern, Ökonomen, Juristen, promovierten Leuten, von Menschen, die wirklich in den Eliteuniversitäten überall auf der Welt ihre Ausbildung genossen haben. Tausende und Abertausende dieser hochkarätigen Menschen sind in der Europäischen Kommission, in der Europäischen Zentralbank, bei der Deutschen Bundesbank. Und all diese wissen dieses Gesetz nicht? Eine Sache der Undenkbarkeit!

Wenn man wollte, daß dieses Produkt (hält das Glas mit Bargeld in die Höhe) besteht, müßte man ihm entweder das gleiche Werbepbudget geben und dann kann man das auch der Marktwirtschaft übergeben. Oder es muß gesetzlich geschützt werden, weil es kein Marketingbudget hat. Warum? Weil wir in einer freien Gesellschaft zwingend Gemeingüter schützen müssen, gesetzlich schützen müssen. Was sind Gemeingüter? Straßen z.B. sind Gemeingüter, die jeder tagtäglich nutzen muß. Das darf man nicht privatisieren.

Wasserrechte darf man nicht privatisieren, sondern sie müssen in der öffentlichen Hand sein. Und das Bargeld ist genauso ein öffentliches Gut, weil wir es tagtäglich nutzen müssen, um Austausch überhaupt leben zu können. Das heißt, Bargeld ist letzten Endes ein Gemeingut, ein Allgemeingut. Aber diese hochkarätigen Betriebswirtschaftler und Ökonomen etc. lassen das Bargeld bewußt sterben, und sie wissen das. Wenn man mit den hochkarätigen Leuten mal redet - sie werden es letzten Endes bestätigen.

Warum ist das Marketingbudget so wichtig? Weil man durch dieses Werbepbudget letzten Endes, was man hat, kann man die Vorlieben der Menschen ganz klar steuern. Wenn also die Finanzindustrie Werbeaktionen durchführt, dann werden sie natürlich die Vorteile der digitalen Zahlungen hervorheben und die Nachteile werden sie natürlich verschweigen. Auch nur mal hierzu ein Indiz: Früher noch, bis 2017 war das so, mußte der Händler bis zu 5,8 Prozent an Gebühren bezahlen, wenn jemand z.B. mit Master Card bezahlt hat. Von 100 CHF 5,80 CHF an Gebühren. Das haben sie dann irgendwann mal reduziert etc.

Bei Werbeaktionen für das Bargeld ... Das gibt es, wenn es in ihren Werbeaktionen wirklich

eine Rolle spielt, werden die Vorteile von Bargeld einfach verschwiegen und die scheinbaren Nachteile werden natürlich hervorgehoben. Und deswegen ist Werbung einfach so extrem mächtig. Unser ehemaliger Bundesbankpräsident in Deutschland sagte Folgendes: "Wir wollen den Bürgern die Zahlungsart ermöglichen, die sie sich wünschen." Das stimmt nicht. Eigentlich müßte man sagen: "Wir wollen der Wirtschaft die Zahlungsart ermöglichen, die sie sich wünscht". Und genau diesen Fakt haben wir heute.

Auf diesem kontaminierten Feld kann Bargeld nie überleben.

Das ist die ganze Kaskade, die abgelaufen ist und ganz unten sind wir, die Bürger. Aber letzten Endes, in der Hand hat es aktuell die Wirtschaft. Und die Bargeldabschaffung wurde also in die Hände der Wirtschaft gelegt, d.h. der Verkäufer, das ist die Wirtschaft, bestimmt den Vertrag in den allgemeinen Geschäftsbedingungen oder die machen an der Kasse vorne dran "Bitte nur mit Giralgeld bezahlen", also mit Karte, "Bargeld nehmen wir nicht an". Und dann haben wir Bürger, ganz kleinen Bürger, die Möglichkeit entweder friß oder stirb. Entweder nehme ich es an oder ich muß woanders hingehen. Und das ist eine ganz gefährliche Konstellation für unser Bargeld.

Des Weiteren sind die Interessenslagen ganz klar. Zum Ersten die Finanzbranche, sie können mit Bargeld kein Geld verdienen. Und mit Giralgeld können sie gewaltig viel Geld verdienen. Es ist nämlich nicht ein Milliardengeschäft, das Giralgeld, es ist ein Billionengeschäft, weil sie ab dem Zeitpunkt wo Bargeld nicht mehr da ist, bei jedem einzelnen Austausch, den sie machen, es mit Gebühren belegen können. Ganz gefährlich. In der Finanzbranche ist Bargeld verhaßt. Reden sie mal mit Bankern. Die können das nicht haben. Bargeld macht denen nur Arbeit. Aber in den Finanzkrisen müssen wir dann mit Milliarden die Banken wieder retten. Da stimmt was nicht.

Der Einzelhandel will auch immer weniger das Bargeld haben. Einmal können sie auf ein Kassensystem bei der Bargeldabschaffung, auch wenn sie die Möglichkeit haben Bargeld abzulehnen, verzichten. Und es ist immer günstiger, nur ein Kassensystem zu haben als zwei, also Bargeld und Giralgeld.

Und des Weiteren hat die Bankenwelt die letzten Jahre riesige Werbeaktionen durchgeführt im Einzelhandel bei den Unternehmern, nämlich mit Studien, daß sie gesagt haben: "Möchtest du 100 % mehr Umsatz, dann laß doch nur Kartenzahlung zu, dann konsumieren die Menschen bis zu 100 % mehr bei dir". D.h. die Wirtschaft möchte das alles nicht.

Und jetzt möchte ich etwas aufzeigen, das Sie mir bitte nicht glauben!

Der IWF ist ja die höchste Währungsinstitution auf der Welt. Der IWF bringt sogenannte Working Paper raus, Arbeitspapiere. ...Im Jahr 2017 hat er dieses Thema Bargeldabschaffung tatsächlich behandelt, und dort steht:

IWF-Arbeitspapier "Working Paper WP/17/71"

"Es ist vorzuziehen, daß der private Sektor die Bargeldabschaffung betreibt und nicht der staatliche Sektor". Wenn der Staat die Abschaffung des Bargeldes betreibt, erscheint es fragwürdiger und die Leute könnten Einwände dazu haben.

Working Paper WP/17/71 Textziffer 53

<https://www.imf.org/en/Publications/WP/Issues/2017/03/27/The-Macroeconomics-of-De-Cashing-44768>

Hier ist exakt der Link, wo Sie zu dieser Quelle kommen können. IMF = International Monetary Fund. Es ist die Seite, die werden Sie sonst kaum finden, wenn Sie nicht diesen Link letzten Endes nutzen. Und genau das passiert, exakt das. Die Privatwirtschaft, das sind die Unternehmen, die sollen diese Bargeldabschaffung umsetzen. D.h. der staatliche Sektor hat sich die Hände rein gewaschen mit einer Interpretationsempfehlung und sie lassen bewußt das Bargeld sterben.

Ich gebe diesen Vortrag seit drei Jahren. Noch keine einzige Person ist per Mail oder persön-

lich auf mich zugekommen und hat dies widerlegt, keine einzige Person, weil die Dinge so klar auf der Hand sind.

Die Konsequenzen daraus:

Die Annahme des Bargeldes kann verweigert werden. Und die ersten Einzelhändler nehmen kein Bargeld an. Das haben wir in Deutschland, auch in der Schweiz höre ich davon. Ich habe das jetzt bei Weihnachtsmärkten erlebt, in Bern usw. Diese Märkte, wo tatsächlich kein Bargeld erlaubt war, dort mit Bargeld zu bezahlen.

Und dann wird es ganz gefährlich, wenn viele Händler das Bargeld letzten Endes ablehnen. D.h. die Tendenz immer weniger mit Bargeld zu bezahlen wird rasant steigen. Und es kommt ein Hilferuf aus einem Land, wo die Bargeldabschaffung im Grunde genommen schon gänzlich vollzogen wurde, nämlich von Schweden.

Da liegt ja die Barzahlungsquote ungefähr nur noch bei 10 %, also 90 % Giral. Und dort kommt folgender Hilferuf: Wenn die Bargeldmenge weiterhin so schnell schrumpft, wird es schwierig, die Infrastruktur dafür aufrecht zu erhalten. Die Infrastruktur sind die Barauszahlungsautomaten, die Schalter, wo auch jetzt die Banken immer mehr die Schalter abbauen. Es ist die gesamte Infrastruktur des gesamten Bargeldes, die im Grunde genommen ab einer gewissen "deadline", ab einer gewissen Linie letzten Endes viel zu teuer wird.

Bargeld wird somit extrem schneller abgeschafft. Und ab diesem Zeitpunkt und wie die Entwicklung hierzu ist, gebe ich mal eine Statistik von der Deutschen Bundesbank. Das linke hier, da geht es um die Anzahl der Transaktionen, die mit Bargeld oder mit Giralgeld gemacht wird. Also bei jeder Zahlung geht es in diese Statistik rein und hier geht es um den Wert der Transaktion, als 5.000 Euro, wenn ich das bar bezahle, dann geht der Wert von 5.000 in diese Statistik rein.

Das heißt, im Jahr 2014 ist die Situation so noch gewesen, daß 79 % Barzahlungstransaktionen wurde mit bar bezahlt. Das heißt, Bargeld war dominierend. Im Bezug auf die rechten Werte (im Bild rechts), der Transaktionen, also des Wertes, lag es bei 53 %. Schon im Jahr 2017 hat sich hier etwas Maßgebliches verändert. Nämlich hier ist die erste Quote von unter die 50 % Quote gefallen. Das ist in einer Demokratie immer gefährlich, wenn etwas unter 50 % fällt.

Das heißt, Bargeld hat hier die Dominanz bereits verloren. Im Jahre 2020 ist es 32 %. Weshalb wohl? Massiv - weil Bargeld ... ist ja voller Bakterien und Viren und weiß Gott was ... was nachweislich falsch ist - massiv runter- gefallen. Bargeld ist somit in große Bedrängnis geraten. Und jetzt wird es gefährlich, ab 30 % nämlich. Wenn es darunter fällt. Und wir hatten ... im Jahr 2020 wurde tatsächlich ein Bundestagsausschuß gegründet, mit dem Titel: Welt ohne Bargeld. Da war wirklich die ganze Finanzlobby drin.

Aber es waren zum Glück auch ein, zwei Verbraucherschützer drin und da sagte Prof. Dr. Malte Krüger etwas Gutes und überaus Wichtiges. Er sagte: Wenn der Bargeldanteil unter 30 oder 25 % fällt, kann es sein, daß uns das wegkippt und das dann auch sehr, sehr schnell. Also er meint: Der Handel möchte kein Bargeld mehr annehmen - zwei Kassensysteme werden letzten Endes zu teuer! Diese 30 % Quote ist extrem gefährlich. Wo wir jetzt aktuell schon sind. Die Zahlen sind in der Schweiz sehr ähnlich wie in Deutschland.

Das ist der nächste Schritt, der uns blüht. Wir werden nicht viel Zeit haben, um das Bargeld letzten Endes ... zu retten, aber dann gibt es die letzte Quote, nämlich wenn jetzt die Barzahlungsquote unter 15 % fällt. Unter 15 % Bargeld wird sich nicht mehr erholen und kann sich dauerhaft nicht halten.

Die Infrastruktur wird einfach zu teuer. Und dann ist es zwar per Dekret noch nicht abgeschafft, aber man kommt durch die Gesellschaft nicht mehr ohne Bargeld durch. In Schweden ist es so, z.B., da ist es unter 15 %, wo man eine öffentliche Toilette mit Bargeld nicht mehr bezahlen kann. Das heißt, es kommt der nächste Schritt: Bargeldverbot. Bargeld ist unverhält-

nismäßig teuer. Diese unnötigen Kosten können wir unseren Steuerzahlern nicht zumuten! Diese Art von Argumentation wird sicherlich kommen.

Resümee:

Bargeld ist tot.

Bargeld hat keine Überlebenschance

Bargeld wird verschwinden

Der Sterbeprozess wurde eingeleitet

Oder wie ich es anfangs schon gesagt habe: Die Weichen der Bargeldabschaffung wurden so gestellt, daß sie zwingend erfolgen wird, rein zufällig, ohne daß jemand etwas getan hätte dazu. An Raffinesse kaum zu überbieten. Es ist nicht schön, aber es ist der Anfang, zu erkennen, wie unser Bargeld erstmal in Gefahr ist. Das hab ich hier aufgezeigt.

Die Folgen der Bargeldabschaffung habe ich am Anfang einen kleinen Crashkurs diesbezüglich gemacht. Und jetzt möchte ich ganz kurz auf Lösungen eingehen. Es sind verschiedene Lösungsansätze.

Das Erste ist: Bargeld gesetzlich schützen.

Die zweite Ebene: Was können wir gemeinsam tun für die Aufklärung und was können wir täglich tun?

Ich möchte heute in diesem Rahmen nur das Erste anschauen - die gesetzliche Regelung - die extrem wichtig ist und Schweiz eine tragende Rolle letzten Endes hier hat.

Eine gesetzliche Regelung zu erschaffen in der EU ist fast gänzlich unmöglich. Wenn wir in Deutschland selbst das Bargeld ins Grundgesetz bringen würden, hätte es keine rechtliche Relevanz.

Weil in der EU gilt, das Grundsatz-Europarecht steht über dem nationalen Recht. Das heißt, wenn wir eine gesetzliche Verankerung herbeiführen wollten, müßten wir es in die EU-Verträge reinbringen und alle EU-Länder - ich glaube es sind ungefähr 27 Länder - müßten das vermutlich einstimmig beschließen. Das ist eine Sache der kompletten Unmöglichkeit.

Aber, das was in der EU völlig unmöglich ist, kann nun hier in der Schweiz entstehen. Denn diese Gesetzesinitiative, wenn diese Erfolg hat, wird es überall in der Welt letzten Endes wahrgenommen werden. Die Schweiz ist nicht nur eines der reichsten Länder, sondern sie ist auch das Symbol für Freiheit und auch direkte Demokratie.

Es ist die Symbolik zumindest. Und das läßt andere Menschen außerhalb von der Schweiz zumindest aufhorchen. Und somit kann die Schweiz heute ein Vorbild werden. Einmal, daß Bargeld ein Allgemeingut ist und Bargeld für den Erhalt unserer Freiheitsrechte zwingend erforderlich ist. Und wenn diese Gesetzesinitiative Erfolg hat, dann wird es etwas, ein Bewußtsein entstehen. Denn wenn es die Schweiz macht, müssen sich die anderen Länder damit mindestens auseinandersetzen.

Zweitens: Daß Bargeld gesetzlich geschützt werden muß, dazu entsteht dadurch ein gewaltiges Bewußtsein und darüber wird mit Sicherheit auch publiziert werden. Das können sie nicht unterdrücken. Und drittens, daß es möglich ist, Bargeld gesetzlich zu schützen, daß es überhaupt möglich ist, daß hier die Bevölkerung sagt: "Wir wollen unsere Freiheit erhalten, wir wollen unser Bargeld erhalten." Das hat eine Auswirkung. Das heißt, hier entsteht gerade eine Chance, daß die Schweiz ein Leuchtturm wird, ein Vorbild wird, nicht nur für Europa, sondern letzten Endes für die gesamte Welt. Eine einzigartige Chance.

Damit wäre eigentlich mein Vortrag zu Ende. Ich möchte aber zwei, drei Sätze noch sagen. Das Zeitfenster, Bargeld gesetzlich zu schützen, ist sehr knapp berechnet. Momentan sind fast alle Notenbanken der Welt dran, eine sogenannte digitale Währung einzuführen. Ein I-Euro zum Beispiel oder auch die SNB macht hierzu entsprechende Pilotprojekte. Man kann damit rechnen, daß in relativ kurzer Zeit, in den nächsten zwei bis drei Jahren in der EU diese digitale Währung eingeführt wird und das ist ein direkter Konkurrent zu Bargeld. Und nicht nur das.

Sie wollen sogar, daß diese digitale Währung privilegiert wird, nämlich, daß der Händler diese digitale Währung annehmen muß.

Genau das, was sie dem Bargeld letzten Endes verweigern. Ganz gefährlich ist es. Das heißt, wir haben nur ein kurzes Zeitfenster von zwei bis drei Jahren und dann kann die Sache ganz schnell abkippen. Und diese Initiative von der FBS ist deshalb so immens wichtig. Und ich habe hier einen kleinen Aufruf auch. Ist nicht abgesprochen. Ich glaube und ich wünsche mir, daß der Richard auch etwas darüber sagt, wie wir alle diese Initiative unterstützen können. Denn das ist auch hier in der Schweiz mit der direkten Demokratie, extrem schwierig. Denn zum Beispiel 100.000 Unterschriften zu sammeln, ist ein Mammutakt. ... und dann noch beglaubigt. ... Da braucht es ganz, ganz viele Menschen.

Und ich möchte es auch noch mal ganz bewußt sagen. Wenn wir eine freie Gesellschaft haben wollen, gibt es nur eine Lösung: Daß der Bürger in seine Kraft kommt und sich für die Freiheit einsetzt. Und ich wünsche mir Eins, und ich wünsche mir, daß der Richard auch ein bißchen Raum gibt und was dazu sagt, was die FBS - die Freiheitliche Bewegung Schweiz - bzw., Richard an Unterstützung braucht, damit dieses einmalige Projekt - aus meiner Sicht und die letzte Chance vermutlich auch - wirklich die höchsten Erfolgsaussichten hat. Und das wünsche ich mir von Dir, Richard. Vielen Dank.<<

01.12.2022

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Dezember 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Das Märchen von der Befreiung der Deutschen durch die Anglo-Amerikaner

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die vermeintliche Befreiung der Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

Der systematisch vorbereitete Untergang Deutschlands erfolgte nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Vernichtung unseres Landes wurde von den Siegermächten des Ersten und Zweiten Weltkrieges seit Jahrzehnten im Rahmen der sogenannten Neuen Weltordnung geplant und realisiert.

Die militärische, wirtschaftliche und politische Ausschaltung Deutschlands, die man nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg im Jahre 1918 begonnen hatte, wurde nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg 1945 während der jahrzehntelangen Besatzungsherrschaft kompromißlos fortgesetzt.

Die Deutschen wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges von den Siegermächten zweifelsfrei nicht befreit, sondern sie wurden in den folgenden Jahrzehnten politisch und wirtschaftlich entmündigt, konsequent ausgeplündert sowie systematisch umerzogen.

Bedingungslose Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom 8./9. Mai 1945

Da Stalin ausdrücklich die Wiederholung der deutschen Kapitulationserklärung verlangte, unterzeichneten Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel (Chef des OKW), Generaladmiral von Friedeburg (Oberbefehlshaber der Kriegsmarine) und Generaloberst Hans-Jürgen Stumpff (stellvertretender Oberbefehlshaber der Luftwaffe) am 9. Mai 1945, um 0.16 Uhr, die militärische Kapitulationsurkunde im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst

Die bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht war eine rein militärische, keine politische Kapitulation. Da später kein Friedensvertrag zwischen dem Deutschen Reich und den Siegermächten des Zweite Weltkrieges geschlossen wurde, galten weiterhin die Vereinbarungen und Gesetze der Haager Landkriegsordnung.

Verhaftung der Dönitz-Regierung am 23. Mai 1945

Am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" durch die Siegermächte abgesetzt. Sämtliche Mitglieder der letzten deutschen Reichsregierung und des Oberkommandos der Wehrmacht (sog. "Dönitz-Clique") wurden am 23. Mai 1945 auf

Weisung General Eisenhowers in Flensburg-Mürwik verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945

Die Siegermächte machten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges keinen Gebrauch von ihrem Recht der vollständigen Unterwerfung des Deutschen Reiches. Gemäß Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich - in den Grenzen von 1937 - durch die Siegermächte nachweislich **völkerrechtlich nicht annektiert, sondern nur besetzt.**

Am 5. Juni 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat die gesamte Regierungsgewalt im Deutschen Reich, so daß alle deutschen Staatsbürger zu Subjekten der Besatzungsmächte wurden.

Völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung

Die alliierten Siegermächte waren nach der deutschen "militärischen Kapitulation" im Mai 1945 verpflichtet, die Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung gegenüber dem geschlagenen Deutschland bis zum Abschluß eines Friedensvertrages als oberstes Gesetz anzuwenden. Von diesem humanitären Völkerrecht konnten sich auch die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich nicht kurzerhand einseitig verabschieden.

Der deutsche Historiker Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906-1984) schrieb über die völkerrechtliche Bedeutung der Haager Landkriegsordnung (x063/463-464): >>Die Haager Landkriegsordnung baute auf der Entwicklung von Jahrzehnten auf. Die Tradition freiheitlichen Denkens und der Ritterlichkeit leben in ihr, und in den Zivilpersonen suchte sie die Träger von Menschenrechten zu schützen. Als wichtigen Begriff führt sie das "öffentliche Gewissen" ein. ...

Die Haager Landkriegsordnung geht von der Voraussetzung aus, daß ein Land auch nach der Besetzung durch feindliche Streitkräfte eine Rechtspersönlichkeit bleibt. Eine bedingungslose Übergabe in dem Sinne, daß das Land an den Sieger versklavt und selbst nicht mehr Persönlichkeit wäre, ist ihr unbekannt. Daher bestimmt Artikel 43 des Abkommens, daß die Landesgesetze, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, geachtet werden müssen.

Der Zweck der Haager Landkriegsordnung ist es auch, selbst bei Zerstörung des Staatsapparates alle Menschen der Völkergemeinschaft zu schützen; von diesem allgemeinen Völkerrecht kann kein Staat sich einseitig lossagen. ...

Die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg klar herausgestellt. Das Nürnberger und andere internationale und alliierte Tribunale haben ihre Gültigkeit bestätigt, und da das Völkerrecht seiner Definition nach nur eines und unteilbar sein kann, mußte das Vertragswerk von 1899 und 1907 auch die rechtliche Grundlage für die Behandlung Deutschlands nach der militärischen Übergabe bilden. ...<<

Konferenz von Potsdam

Im Verlauf der internationalen Konferenz von Potsdam, die am 2. August 1945 beendet wurde, schlossen die Alliierten keine völkerrechtlichen Verträge. Es handelte sich lediglich um Absprachen bzw. Vereinbarungen zwischen den Siegermächten und den Vertreiberstaaten (x150/18). Die Verhandlungsergebnisse wurden im sog. "Potsdamer Protokoll" festgehalten, das bis zum endgültigen Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit besitzen sollte.

Aufgrund der völlig überzogenen Gebietsabtretungen, die sie noch in der Atlantik-Charta vom 14.08.1941 aus moralischen Gründen als unannehmbar abgelehnt hatten, akzeptierten die Nordamerikaner und Briten stillschweigend die Massenvertreibung von Millionen.

Die westlichen Alliierten waren trotz der gigantischen Bevölkerungsmassen zuversichtlich, daß man die Deutschen geregelt und human "umsiedeln" könnte. Diese naiven Fehleinschätzungen und fehlende internationale Kontrollmaßnahmen brachten nochmals unvorstellbare Leiden und unsägliches Elend über die Ost- und Volksdeutschen.

Aufgrund der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 wurde das Deutsche Reich (in den Gren-

zen von 1937) nicht annektiert, sondern nur besetzt. Die Besatzungsmächte übten damals keine volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, so daß zum Beispiel die von ihnen durchgeführten oder gebilligten Gebietsabtretungen, Enteignungen, Bevölkerungsumsiedlungen und Zwangsdeportationen eindeutig gegen das damals geltende Völkerrecht verstießen und völkerrechtswidrig waren.

Infolge der zahlreichen Verletzungen des Völkerrechts muß das sogenannte "Potsdamer Abkommen" von Anfang an als nichtig bzw. ungültig betrachtet werden. Sämtliche völkerrechtswidrigen Vereinbarungen des "Potsdamer Abkommens" waren ohnehin gemäß Völkerrecht unwirksam.

US-Senator Charles W. Vursell berichtete später über das Potsdamer Abkommen (x028/149):
>>... Durch die Potsdamer Vereinbarung wurde die Regierung der Vereinigten Staaten unbeabsichtigt zum Mitverantwortlichen für den massenhaften Hungertod, besonders in Deutschland. - (Sie verstießen) gegen das geltende humanitäre Prinzip des Völkerrechts, wonach immer dem Sieger die Verantwortung zufällt, nach besten Kräften die unschuldigen Opfer der besiegten Bevölkerung zu schützen.<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Dr. Alfred M. de Zayas berichtete später über die völkerrechtswidrigen Vereinbarungen und die "humane Durchführung" des Potsdamer Abkommens (x044/190-191): >>Grundlage des Kriegsrechts im Zweiten Weltkrieg war die Haager Landkriegsordnung von 1907. Diese enthält zwar kein direktes Verbot von Deportationen aus besetzten Gebieten, aber sie schränkt die Rechte einer kriegsführenden Macht im besetzten Gebiet ein, verbietet Kollektivstrafen, schützt Leben, Rechte und Eigentum der Zivilbevölkerung.

Mit anderen Worten: Eine Besatzungsmacht übt keineswegs volle Souveränität über das besetzte Gebiet aus, Zwangsdeportationen aus nichtmilitärischen Gründen, die sie trotzdem vornimmt, sind folglich völkerrechtswidrig.

... Grundsätzlich ist kein Staat verpflichtet, seine Grenzen für unerwünschte Einwanderer zu öffnen. Ausweisungen, die so vor sich gehen, daß die Ausgewiesenen kurzerhand und ungefragt über die nächste Grenze abgeschoben werden, sind deshalb allemal völkerrechtswidrig.

... Menschen in den sicheren Tod durch Hunger, Erschöpfung oder Kälte zu deportieren, kann niemals legal sein, sondern ist Massen- bzw. Völkermord, ein "Verbrechen gegen die Menschlichkeit". ...<<

Die Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus Ost-Mitteleuropa

Im Potsdamer Abkommen betonten die Siegermächte zwar ausdrücklich, daß man nicht beabsichtigen würde, das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven, aber viele hilflose Ost- und Volksdeutsche hatten schon längst die brutale Wirklichkeit erlebt bzw. nicht überlebt.

Bei der Vertreibung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, wobei mindestens zwei Millionen ihr Leben verloren, handelte es sich zweifelsfrei um Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

US-Besatzungspolitik

Nachdem die Siegermächte die uneingeschränkte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Justizgewalt in den Besatzungszonen übernommen hatten, waren die hoffnungslos erschütterten Deutschen den Siegern auf Gedeih und Verderb ausgeliefert und mußten die drakonischen Maßnahmen, Willkürakte und Schikanen der Besatzer über sich ergehen lassen. Die nordamerikanischen Befehlshaber hätten nur eingzugreifen, wenn Hungersnöte, Seuchen oder Revolten die Besatzungstruppen direkt gefährdeten.

General Eisenhower (Oberbefehlshaber der US-Besatzungstruppen) erhielt am 26. April 1945 die "Weisung JCS 1067", die am 14.05.1945 fast unverändert von US-Präsident Truman genehmigt wurde.

Der Grundsatz der Direktive JCS 1067, die bis zum 15.07.1947 in Kraft blieb, lautete wie folgt (x156/30): >>1. Zweck und Umfang dieser Direktive ...

Teil I Allgemeine und politische Angelegenheiten

... 4. Grundlegende Ziele der Militärregierung in Deutschland

a) Es muß den Deutschen klargemacht werden, daß Deutschlands rücksichtslose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Leiden unvermeidlich gemacht haben, und daß sie nicht der Verantwortung für das entgehen können, was sie selbst auf sich geladen haben.

b) Deutschland wird nicht besetzt zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als besiegter Feindstaat. Ihr Ziel ist nicht die Unterdrückung, sondern die Besetzung Deutschlands, um gewisse wichtige alliierte Absichten zu verwirklichen. Bei der Durchführung der Besetzung müssen Sie gerecht, aber fest und unnahbar sein. Die Verbrüderung mit den deutschen Beamten und der Bevölkerung werden sie streng unterbinden.

c) Das Hauptziel der Alliierten ist es, Deutschland daran zu hindern, je wieder eine Bedrohung des Weltfriedens zu werden. Wichtig Schritte zur Erreichung dieses Zieles sind die Ausschaltung des Nazismus und des Militarismus in jeder Form, die sofortige Verhaftung der Kriegsverbrecher zum Zwecke der Bestrafung, die industrielle Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials und die Vorbereitungen zu einem späteren Wiederaufbau des deutschen politischen Lebens auf demokratischer Grundlage.

d) Andere alliierte Ziele sind die Durchführung des Reparations- und Rückerstattungsprogramms, Nothilfe für die durch den Naziangriff verwüsteten Länder und die Betreuung und Rückführung der Kriegsgefangenen und Verschleppten der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen. ...<<

US-General Lucius D. Clay schrieb später über die berüchtigte Geheimdirektive JCS 1067 (x114/2.103): >>JCS 1067 ließ der Militärregierung nur begrenzte Vollmachten. Es untersagte uns ausdrücklich, Schritte zu unternehmen, die deutsche Wirtschaft irgendwie wieder herzustellen oder auf ihrem Stand zu erhalten: erlaubt war nur die höchstmögliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung; eine Bodenreform war vorgesehen. ...

(Es) stand außer Zweifel, daß JCS 1067 einen "Karthago-Frieden" zum Ziel hatte, der unser Handeln in den ersten Besatzungsmonaten bestimmte.<<

Ziele der anglo-amerikanischen Siegermächte in Westberlin und Westdeutschland

Den Alliierten ging es nie um die Befreiung der Deutschen, sondern den alliierten Siegermächten ging es vor allem um Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und um die sogenannte Demokratisierung (Gleichschaltung der Meinung, des Bildungswesens, der Presse, des Rundfunks etc.).

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen nach der Gesamtkapitulation im Mai 1945

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und nach der Kapitulation gerieten rd. 11.094.000 deutsche Soldaten in die Kriegsgefangenschaft. Hunderttausende von deutschen Kriegsgefangenen, die im Mai 1945 im Westen kapitulierten, wurden später durch die westlichen Alliierten an die UdSSR, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Italien, Frankreich und andere Länder ausgeliefert. Dort wurden die deutschen Kriegsgefangenen als billige Zwangsarbeiter eingesetzt. Während der jahrelangen schweren Zwangsarbeit ging ein großer Teil der Kriegsgefangenen an Entkräftung, Krankheit und Hunger zugrunde.

Falls die deutschen Kriegsgefangenen die barbarischen Torturen der Kriegsgefangenschaft lebend überstanden, kamen sie mehrheitlich als gebrochene Männer in ihre alte bzw. neue Heimat zurück. Mindestens 1.577.000 deutsche Kriegsgefangene gingen während der jahrelangen Zwangsarbeit ("Wiederaufbauarbeit") zugrunde (x026/45).

Das US-Außenministerium teilte dem Schweizer Gesandten am 8. Mai 1945 in Washington mit, daß seine Regierung als Schutzmacht entlassen worden sei und verweigerte dem Internationalen Roten Kreuz die Erlaubnis, nordamerikanische Kriegsgefangenenlager zu betreten (x131/83).

Während US-General John Lee am 2. Juni 1945 erklärte, daß sich in den Lagern der US-Army **3.878.537** deutsche Kriegsgefangene aufhalten würden, meldete das Oberkommando aller Alliierten-Armeen in Europa eigenartigerweise am selben Tag nur **2.927.614** inhaftierte deutsche Kriegsgefangene (x131/67). Später behauptete das US-Oberkommando, daß man die Differenz von rd. 951.000 deutschen Kriegsgefangenen an die Russen ausgeliefert hätte. Durch diesen perfiden Trick konnte man die Todeszahlen in den US-Kriegsgefangenenlagern gezielt manipulieren.

Der kanadische Journalist James Bacque berichtete später über das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen (x131/11-12): >>... Viele Lügen sind in dichten Schichten über die Wahrheit gepackt worden.

Außer jedem Zweifel steht, daß vom April 1945 an Männer in enormer Zahl sowie etliche Frauen, Kinder und alte Leute in den amerikanischen und französischen Lagern in Deutschland und Frankreich an klima- und witterungsbedingten Krankheiten, an den Folgen unzureichender Hygiene, an Krankheit und Hunger gestorben sind. Die Zahl der Opfer liegt zweifellos bei mehr als 800.000, beinahe mit Sicherheit bei mehr als 900.000 und durchaus wahrscheinlich bei mehr als einer Million. ...

Kanada und Großbritannien, die verbündeten Frankreichs und der USA, brachten unter demselben Oberkommando ... ebenfalls Millionen von Gefangenen ein, ... aber es gibt so gut wie kein Zeichen für ähnliche Greuel. ...<<

Aufgrund der Haager Landkriegsordnung waren die nicht selten katastrophalen Lebensbedingungen in den osteuropäischen, nordamerikanischen und französischen Kriegsgefangenenlagern und die Zwangsarbeit (Sühneleistung bzw. Wiedereinführung der "Sklaverei") von Millionen deutschen Kriegsgefangenen, von denen die letzten Überlebenden erst zehn Jahre nach Kriegsende zurückkehrten, zweifelsfrei völkerrechtswidrig.

Die Zwangsdeportationen von deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten verstießen eindeutig gegen die verbindlichen Völkerrechtsnormen der Haager Landkriegsordnung, denn Deportationen (Zwangsverschickungen von Menschen in Gebiete außerhalb des angestammten Siedlungsgebietes durch den eigenen Staat oder eine Besatzungsmacht) waren schon damals nur als "ordnungsmäßige Kriminalstrafe" und unter menschenwürdigen Umständen zulässig (x051/111, x077/39).

Da diese Kriegsverbrechen nicht kraft Verjährung enden, sind diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu untersuchen und die Verantwortlichen für ihr völkerrechtswidriges Handeln zur Rechenschaft zu ziehen.

Hungerpolitik

US-General Clay erklärte am 15. Mai 1945 während einer Pressekonferenz, daß es die erste Aufgabe sei, die deutschen Kriegsverbrecher einer gerechten Aburteilung zuzuführen und daß man die Lebensmittelversorgung für Deutschland zunächst sehr verknappen würde.

Damit man die angestrebten Hauptziele Demilitarisierung, Denazifizierung, Demontage und Demokratisierung bzw. Umerziehung ungestört realisieren konnte, führten die alliierten Siegermächte und ihre osteuropäischen Verbündeten nach dem Kriegsende 1945 spezielle Maßnahmen durch, um die Deutschen konsequent auszuhungern.

In jener Zeit kamen zusätzlich Millionen von geflüchteten und vertriebenen Ost- und Volksdeutschen in das zerstörte Restdeutschland, in dem sich außerdem noch mehrere Millionen ehemalige ausländische Zwangsarbeiter sowie Kriegsgefangene aufhielten und ungezählte Ausgebombte und Evakuierte nach Unterkünften suchten.

Die Abtrennung der landwirtschaftlichen Überschußgebiete Ostdeutschlands, die jahrelange Versklavung von Millionen von deutschen Kriegsgefangenen, die gewaltsame Umsiedlung von mehr als 14 Millionen Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße in das verwüstete Restdeutschland sowie die Verhinderung von westeuropäischen Hilfslieferungen mußten zwangsläufig zu humanitären Katastrophen führen.

Die Lebensverhältnisse der Nachkriegszeit waren nicht nur in Ostdeutschland katastrophal, sondern auch in Mittel- und Westdeutschland herrschten chaotische Lebensbedingungen. Vor allem für die nach Westen geflüchteten oder vertriebenen Reichs- und Volksdeutschen begann damals ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben, um dem Hunger- oder Kältetod zu entgehen.

In San Francisco unterzeichneten 50 Nationen am 26. Juni 1945 die Charta der Vereinten Nationen. Bei dieser Konferenz wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge aufgrund der UN-Feindstaatenklauseln Artikel 53 und Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen von der internationalen Flüchtlingsfürsorge ausgeschlossen werden (x024/344).

Der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer schrieb am 5. Juli 1945 (11x095/18-20): >>Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. ...

Ich befürchte, daß diesen Winter in Deutschland Millionen Menschen an Hunger und Kälte sterben werden. Hungerödeme als Todesursache sind schon jetzt nicht selten. ...<<

Dr. Kurt Schumacher, von 1946-52 SPD-Vorsitzender, erklärte am 12. Januar 1947 während einer Rede im Münchener Zirkus Krone, daß seit der Besetzung Deutschlands ein "Dauerzustand von Unehre, Hunger und geistiger Sklaverei" herrschen würde (x111/273).

Der CDU-Politiker Konrad Adenauer schrieb am 18. Januar 1947 an den ehemaligen Reichsinnenminister Wilhelm Sollmann (x111/275): >>... Die Befreiung ist eine grausame und harte Enttäuschung. Wenn nicht ein Wunder geschieht, geht das deutsche Volk zugrunde, langsam aber sicher! ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. August 2008 über die die deutschen Kriegs- und Nachkriegsverluste des Zweiten Weltkrieges (x887/...): >>**Klassiker aktualisiert**

... Nawratil zählt **8,8 Millionen Nachkriegstote**, davon 4,0 Millionen Opfer der Hungerpolitik, 2,8 Millionen Opfer der Vertreibungen, 1,6 Millionen tote Kriegsgefangene, 0,3 Millionen Opfer der Sowjetarmee in Mitteldeutschland und Österreich plus 0,1 Millionen Tote in sowjetischen KZ und Gefängnissen in Deutschland.

Zum Vergleich stellt er daneben: **Krieg und Diktatur verursachten 5,1 Millionen Opfer**, davon etwa 4,25 Millionen Militärverluste, etwa 0,6 Millionen Bombenopfer, 0,17 Millionen deutsche Juden, 0,125 Millionen sonstige KZ-Opfer und 0,1 Millionen Euthanasieopfer. ...<<

Bei der völkerrechtswidrigen "Hungerpolitik" in den deutschen Besatzungszonen handelte es sich eindeutig um ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die völkerrechtswidrigen Handlungen in den westdeutschen Besatzungszonen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den Westalliierten nicht zu stören oder zu gefährden.

Demokratisierung bzw. Umerziehung

Nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 begann nicht nur die Entmündigung der Deutschen, sondern die Siegermächte leiteten außerdem umgehend die "demokratische Erziehung" und Umerziehung der Deutschen ein. Die sogenannte "Frankfurter Schule" prägte nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland vor allem die 68er Bewegung. Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte seit den 1980er Jahren konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um.

US-Strategie der Spaltung Eurasiens

US-Außenminister George C. Marshall stellte am 5. Juni 1947 das US-Hilfsprogramm für Europa vor. Der Marshall-Plan sollte in erster Linie eine mögliche wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Westdeutschland verhindern und langfristig ausschließen.

Der US-Bankier Owen Young (1874-1962) begrüßte am 12. September 1947 den Marshall-Plan, um weitere kommunistische Expansionen zu verhindern (x111/367): >>... (und) daß der westliche Teil Deutschlands kommunistisch und von Rußland vereinnahmt wird.

Wenn Rußland seine momentanen riesigen Ressourcen an Rohmaterialien und Arbeitskraft mit den schöpferischen, produktiven und organisatorischen Fähigkeiten der Deutschen verbinden könnte, würde es in kurzer Zeit zur mächtigsten Nation der Welt.

Das ziemlich wahrscheinliche Ergebnis davon wäre, daß das gesamte Westeuropa zur Annahme eines kommunistischen Programms gezwungen wäre. Die USA stünden dann einer Bedrohung gegenüber, die die Bedrohung durch Hitler als Kinderspiel erscheinen ließe.<<

James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründete damals die damalige US-Außenpolitik wie folgt (x156/40-41): >>... Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...<<

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb im Jahre 1996 über den Marshall-Plan (x068/275-277): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen. ...

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden. ...

Für den US-Senator Arthur H. Vandenberg trug die Marshall-Plan-Hilfe – "durchaus der harten Wahrheit Rechnung – ob wir sie mögen oder nicht -, daß die Eigeninteressen der USA, unsere nationale Wirtschaft und unsere nationale Sicherheit mit diesen Zielen untrennbar verbunden sind".

Man beachte die Reihenfolge: die Wirtschaft kommt zuerst (die Sicherheit dient eigentlich nur dem Geschäft). Auch in der Präambel des Plans stand schon, daß er "Macht und Stabilität" der USA auf westdeutschem Boden sichern sollte. Für Deutschlands Spaltung, seine Wiederaufrüstung, für die eventuelle Reservierung als Schlachtfeld segneten die Sieger die Besiegten, zogen sie sich heran, was sie brauchten. Und wenn kein riesiges Schlachtfeld, so jedenfalls ein riesiger Marktplatz.

"Wir brauchen große Märkte, auf denen wir verkaufen und kaufen können", bekannte der

stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Will Clayton, der auch privat als Geschäftsmann dabei seine Geschäftchen machen konnte. Denn schließlich treibt ein US-Amerikaner die Politik des Geschäftes wegen und nicht umgekehrt. ...

Die deutschen Michels aber, als ausgehungertes Konsumgut, als potentielles Kanonenfutter eingekauft, bekamen in Erinnerung daran Jahrzehnte später noch glänzende Augen. Seinerzeit ... schien es ihnen, als hätten sie das Heil der Welt geschaut. Und den Allerklügsten scheint es noch heute so. Wie sie vordem für Hitler waren, so nun für die neuen Herren. Und wie sie einst für jenen starben, millionenweise, so sind sie seitdem präpariert, für diese zu krepieren; dort für Arbeit und Brot, Blut und Boden, Kraft durch Freude, da für Kleider, Konserven, Mais und Trockenmilch - von der doch selbst ihre jetzige Nummer eins (viele meinen, gar noch eine Nummer davor) gezehrt. ...

Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instrument der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert. ...<<

Der US-Politiker und Publizist George Friedman berichtete später (im Jahre 2015) über die US-Strategie der Spaltung Eurasiens (x321/82): >>Das Hauptinteresse der US-Außenpolitik während des letzten Jahrhunderts, im Ersten und Zweiten Weltkrieg und im Kalten Krieg waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen kann. Unser Hauptinteresse galt sicherzustellen, daß dieser Fall nicht eintritt. ...

Für die Vereinigten Staaten ist die Hauptsorge, daß deutsches Kapital und deutsche Technologien und die russischen Rohstoff-Ressourcen und die russische Arbeitskraft sich zu einer einzigartigen Kombination verbinden. Dies versuchen die USA seit einem Jahrhundert zu verhindern.<<

Ruhrstatut

Am 23. April 1948 gründete man in New York das "American Committee for a United Europe" (ACUE). Diese überwiegend vom CIA finanzierte Organisation förderte und unterstützte in erster Linie die Gründung einer allgemeinen europäischen Union und die Bildung eines europäischen Einheitsstaates, um Deutschland heimlich auszuplündern und letzten Endes vollständig zu ruinieren und aufzulösen.

Herbert Ludwig berichtete später (am 24. Oktober 2017) in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die Europäische Bewegung (x977/...): >>**Der Heilige Stuhl und der "Kreißaal der EU"**

Eine wesentliche Entwicklungslinie, die zum Beginn und zur weiteren Förderung geführt hat, zieht sich von Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Winston Churchill und dem US-Geheimdienst über das "American Committee for a United Europe" (ACUE), zur "Europäischen Bewegung", der "Union Europäischer Föderalisten" (UEF) und den "Europarat".

Diese weitgehend vom CIA mitfinanzierten hauptsächlichsten Organisationen bilden den Humus, welche die heute bis zur EU entwickelte Brüsseler Organisation in Gang gebracht haben, weiter begleiten, fördern, unterstützen und vorantreiben.

Zentrales Motiv der angloamerikanischen Förderung eines europäischen Staates ist es, eine Entwicklung Deutschlands als unabhängige, selbständige Nation für die Zukunft auszuschließen. Dies ergibt sich schon aus einem Papier des amerikanischen Außenministeriums vom Februar 1949, in dem es hieß, daß die Besatzungsherrschaft nur aufgelöst werden sollte, wenn "*ein angemessener Rahmen einer allgemeinen europäischen Union, in die Deutschland absorbiert werden kann*", existiere. ...<<

Die Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) endete mit der Empfehlung, eine internationale Behörde für die Kontrolle des Ruhrgebietes zu errichten.

Während der Zonenkonferenz in Minden kritisierte Konrad Adenauer am 10. Juli 1948 das Londoner Abkommen (x112/548): >>... Das Londoner Abkommen ist gegenüber dem Versailler Vertrag viel, viel härter und schwerer.

Eine solche wirtschaftliche Annektion ist noch schlimmer als eine politische Annektion. ...<<
Am 22. April 1949 trat das "Ruhrstatut" in Kraft. Danach war die gesamte Kohlen-, Koks- und Stahlproduktion des Ruhrgebietes einer internationalen Kontrollbehörde unterstellt (x101/19).

In dem "Ruhrstatut" vom 22. April 1949 hieß es (x243/177): >>... Da die internationale Sicherheit und die allgemeine wirtschaftliche Gesundung erfordern, daß die Hilfsquellen der Ruhr ... nicht für Angriffszwecke verwendet werden, sondern im Interesse des Friedens ("errichten Belgien, Frankreich, Luxemburg, die Niederlande, Großbritannien und die USA) eine internationale Behörde für die Ruhr ... (zur) Aufteilung der Kohle, des Kokes und des Stahls.

...

Sobald eine deutsche Regierung errichtet worden ist, kann sie dem vorliegenden Abkommen beitreten. ...<<

Im Verlauf des Petersberger Abkommens vereinbarten die Bundesregierung und die westlichen Besatzungsmächte am 22. November 1949 einen teilweisen Demontagestopp. Die Bundesregierung beantragte daraufhin den Beitritt zur Ruhrbehörde (Ruhrstatut).

Bundeskanzler Adenauer begründete am 25. November 1949, um 3 Uhr morgens, im Bundestag den Beitritt zur Ruhrbehörde u.a. damit, daß die alliierten Militärregierungen bei einer Ablehnung die geplanten Demontagen in der Bundesrepublik Deutschland unverändert fortgesetzt hätten (x243/177).

Bei der Ruhrbehörde (Ruhrstatut) handelte es sich um eine Tarnorganisation der NWO-Denkfabriken. Diese geschickt getarnte Organisation (angeblich der erste Schritt zur Aussöhnung der "Erbfeinde" Deutschland und Frankreich) sollte hauptsächlich die langfristige wirtschaftliche Ausbeutung und politische Entmündigung sowie Überwachung Deutschlands gewährleisten.

Nachdem die planmäßige Hungerpolitik in den westdeutschen Besatzungszonen die angestrebte bedingungslose Gehorsamkeit und Unterwürfigkeit der deutschen Bevölkerung durchgesetzt hatte, begannen die westlichen Alliierten nach der Londoner Sechsmächte-Konferenz (20. April bis 2. Juni 1948) unverzüglich damit, die wesentlichsten Teile der deutschen Wirtschaft widerrechtlich zu beschlagnahmen, um die Arbeitskräfte und die wichtigen Grundstoffe (Kohle, Stahl und Roheisen) Westdeutschlands zum Vorteil der europäischen Länder und der USA zu nutzen.

Da die Westdeutschen nicht mehr frei über ihre natürlichen Reichtümer und eigenen Existenzmittel verfügen konnten, wurde ihnen gemäß Völkerrecht zweifelsfrei das Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. Infolge dieser völkerrechtswidrigen Maßnahmen (wirtschaftliche Fremdbestimmung bzw. Vormundschaft) konnten die westlichen Alliierten praktisch die gesamte westdeutsche Volkswirtschaft ausplündern, kontrollieren und lenken.

Der Beitritt zur Ruhrbehörde bzw. zum Ruhrstatut wurde gewaltsam und damit völkerrechtswidrig erpreßt, deshalb war auch die Mitgliedschaft in den Folgegemeinschaften, wie z.B. in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, in der EG und in der EU, von Anfang an nichtig und damit unwirksam.

Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland

Wahrscheinlich war es kein Zufall, daß das Grundgesetz am 23. Mai 1949 in Kraft trat, denn am 23. Mai 1945 wurde die "Geschäftsführende Zentralregierung des Deutschen Reiches" völkerrechtswidrig abgesetzt, verhaftet und "als Kriegsgefangene" inhaftiert.

Das Grundgesetz mußte den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes erlassen, wie es in der Präambel hieß, sondern das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde formalrechtlich infolge eines gemeinsamen Aktes der Militärgouverneure der drei Westmächte (als oberste Befehlshaber und Inhaber der obersten Gewalt in ihren Besatzungszonen) in Kraft gesetzt.

Der deutsche Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim berichtete 2008 in seinem Buch "Die Deutschlandakte", Seite 16 (x357/9): >>Tatsächlich waren es die westlichen Besatzungsmächte, die die Entstehung des Grundgesetzes beherrschten. Sie dekretierten den Erlaß des Grundgesetzes, nahmen massiv Einfluß auf seinen Inhalt und stellten sein Inkrafttreten unter den Vorbehalt ihrer Genehmigung.<<

Die Urfassung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 enthielt bereits wesentliche Beschränkungen deutscher Hoheitsrechte, um Wiedergutmachungen und die Einbindung in Europa zu garantieren.

Auswärtige Beziehungen, Wirtschaftspolitik, Legislative, Exekutive, Gerichtsbarkeit waren Einschränkungen unterworfen: In Notstandssituationen konnten die Besatzungsmächte wieder die volle Hoheit übernehmen. Verfassungsänderungen mußten genehmigt werden.

Die eigentliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland blieb trotz der Verabschiedung des Grundgesetzes zunächst das Besatzungsstatut der westlichen Siegermächte.

Erst nachdem am 5. Mai 1955 die Pariser Verträge in Kraft traten, entfiel zwar offiziell das Besatzungsstatut, aber wesentliche Vorbehaltsrechte und geheime Zusatzverträge der alliierten Siegermächte blieben weiterhin bestehen: Stationierungskosten, Truppenstationierung, Berlin-Status, Wiedervereinigungs- und Friedensvertragsfrage, Medienkontrolle und andere Vorbehaltsrechte.

Gründung der Bundesrepublik Deutschland

Bei der am 23. Mai 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland handelte es sich lediglich um ein Besatzungskonstrukt der westalliierten Siegermächte, aber um keinen Staat im völkerrechtlichen Sinn. Die von den Siegermächten gegründete Bundesrepublik Deutschland war völkerrechtlich politisch und ökonomisch kein unabhängiger oder souveräner Staat.

In der Bundesrepublik Deutschland (BRD) waren die freien, geheimen Wahlen zwar frei und geheim, aber die gewählten Parteien und Abgeordneten konnten nicht souverän die Interessen des deutschen Volkes vertreten. Infolge der zahlreichen geheimen Vorbehaltsrechte des Besatzungsstatutes und der geheimen Zusatzverträge (Ruhrstatut und Zwangsmitgliedschaft in den Folgegemeinschaften Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl bzw. Montanunion, EG und EU) handelten die vom deutschen Volk gewählten Parteien und Abgeordneten seit Gründung der BRD im Auftrag und nach den Vorgaben der alliierten Siegermächte. Insofern waren alle bisher durchgeführten Wahlen in der BRD (wie auch in der DDR) lediglich bedeutungslose Pseudowahlen.

Der deutsche CDU-Politiker Kurt Georg Kiesinger (1904-1988, von 1966-1969 Bundeskanzler) erklärte in einem Bericht des Nachrichtenmagazins "DER SPIEGEL" vom 21. Mai 1958 (x353/67): >>... Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten.<<

Die Bundesrepublik Deutschland war bis zum Abschluß des Plus-Vier-Vertrages" am 12. September 1990 nie ein souveräner Staat, denn ihre Geschäftsfähigkeit wurde durch die Siegermächte infolge des Besatzungsstatutes und des Ruhrstatutes drastisch eingeschränkt.

Die gewählten Politiker der deutschen Regierungen der BRD führten gewöhnlich alle Vorgaben der jeweiligen Besatzungsmächte gewissenhaft und widerstandslos aus. Der aufrichtige und ehrenhafte SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher war leider eine Ausnahme.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schrieb später über die fehlende Souveränität der BRD (x068/279): >>... Die Amerikaner befahlen, die

Deutschen führten aus: die "Währungsreform" im Sommer 1948, die Konstituierung des "Parlamentarischen Rates" im Herbst desselben Jahres, das "Grundgesetz" am 23. Mai 1949. Nichts geschah ohne Billigung der Sieger. Und Kurt Schumacher sagte selbstverständlich die Wahrheit, als er Adenauer den "Kanzler der Alliierten" nannte, worauf sich ein Sturm der Enttäuschung erhob, wie immer nach dem Aussprechen einer unangenehmen Tatsache. ...<<

Seit 1949 mußte jeder deutsche Bundeskanzler die sogenannte "Kanzlerakte" unterschreiben.

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte im Jahre 1996 in der Berliner Akademie der Künste (x346/8): >>... Von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl waren alle Bundeskanzler inoffizielle Mitarbeiter der CIA.<<

Egon Bahr schrieb am 16. Oktober 2011 in der Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT": >>"Lebenslüge der Bundesrepublik"

Von einem "Unterwerfungsbrief" sprach Willy Brandt und lehnte eine Unterzeichnung zunächst empört ab: "Schließlich sei er zum Bundeskanzler gewählt und seinem Amtseid verpflichtet. Die Botschafter (der Alliierten) könnten ihn wohl kaum absetzen! Da mußte er sich belehren lassen, daß schon Adenauer diese Briefe unterschrieben hatte und danach Erhard und danach Kiesinger." So schilderte es Egon Bahr 2009 in der "Zeit" und machte damit erstmals die Existenz der sogenannten "Kanzlerakte" öffentlich. ...

Daß über die geschilderten Realitäten geschwiegen wurde, hat einen einfachen Grund. Es war eine der Lebenslügen der alten Bundesrepublik, 1955 mit dem Beitritt zur Nato zu behaupten, wir wären souverän geworden. Im obersten Ziel der Einheit der Nation waren wir es nie. Die Bundesregierung und die drei Westmächte hatten 1955 dasselbe Interesse: Über die fortdauernde Einschränkung der deutschen Selbstbestimmung nicht zu sprechen. ...<<

Tag der Befreiung

Bundespräsident Richard von Weizsäcker (1920-2015) erklärte am 8. Mai 1985 während einer Rede im Bundestag zum 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation (x877/...): >>Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. ...

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. ...<<

Die "BILD-Zeitung" berichtete damals über diese Rede Weizsäckers: >>Weizsäckers große Rede zum 8. Mai

Der Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält eine aufsehenerregende Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes.

Vor dem Bundestag erklärt er: "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. ..."

Der Bundespräsident, Sohn des Staatssekretärs in Ribbentrops Auswärtigen Amt, Ernst von Weizsäcker, hebt die Bedeutung der Erinnerung hervor: "Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zum Teil des eigenen Innern wird."

... Je ehrlicher die Deutschen den 8. Mai begingen, desto freier seien sie, sich seinen Folgen verantwortlich zu stellen. "Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit". ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil berichtete später über die Rede Weizsäckers zum 40. Jahrestag des Kriegsendes (x268/102-103): >>... Natürlich war das Kriegsende für die Insassen der Konzentrationslager, für die politischen Häftlinge in den Gefängnissen und

für die vielen Regimekritiker eine Erlösung.

Auf der anderen Seite der Bilanz standen die "ethnische Säuberung" in den Vertreibungsgebieten - rund 30 Prozent des deutschen Siedlungsgebiets, die Spaltung von Restdeutschland und die neue Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone. Dann waren da noch die Zwangsarbeit von Millionen deutscher Kriegsgefangener und Zivilisten, die Millionen Vergewaltigungen durch die Rote Armee, die neuen Konzentrationslager in der sowjetischen Besatzungszone und die Hungerpolitik der Westalliierten in ihren Zonen ...<<

Die israelische Zeitung "Jerusalem Post" berichtete am 4. September 1985 über den deutschen Bundespräsident Richard von Weizsäcker (x354/71): >>... (Weizsäcker hat) die junge Generation in Deutschland ... konfrontiert mit der Unsühnbarkeit kollektiver deutscher Schuld.<< Infolge der sog. "Wiedervereinigung" im Jahre 1990 etablierten die fanatischen Schüler der kommunistischen "Frankfurter Schule" und die schon bald mit ihnen verbündeten erstklassig geschulten SED-Kader in der Bundesrepublik Deutschland allmählich eine linksradikale Bewegung der selbsternannten Gutmenschen.

Besonders der deutsche NS-Schuldskult wurde geschickt als Herrschafts- und Machtinstrument genutzt, denn mit der NS-Kollektivschuld konnte jede noch so sachliche Kritik und jeglicher Widerstand vom Tisch gefegt und niedergebügelt werden, so daß kontroverse Auseinandersetzungen nicht mehr stattfanden. Viele Deutsche sind heute davon überzeugt, daß die Deutschen im Jahre 1945 tatsächlich von den Siegermächten "befreit" wurden.

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtete später über die krankhaften Schuldkomplexe der Deutschen (x268/80): >>Wenn mich etwas im heutigen Deutschland stört und beunruhigt, ist es gerade diese Neigung zur übertriebenen Selbstkritik, die für mich bedeutet, daß viele Menschen den Sinn für Realität, für Geschichte, für Verhältnismäßigkeit verloren haben. Oder schlimmer, daß viele Deutsche anscheinend an einer Megalomanie (Größenwahn) leiden – sie wollen die größten Verbrecher der Geschichte sein und zugleich die größten Büßer. Dies halte ich für pathologisch. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schrieb im November 1987 in seinem Buch "Vertreibungsverbrechen an Deutschen" über die ungenügende Würdigung der eigenen Opfer (x025/196-198): >>... Abgesehen von zwei kurzen Erwähnungen im Jahr 1979 war ... der Dokumentarbericht "Flucht und Vertreibung" aus dem Jahre 1981 der einzige erwähnenswerte Fernsehbeitrag zur intellektuellen Auseinandersetzung mit dem größten Verbrechen der Nachkriegsgeschichte.

Jeder großen und auch mancher kleineren Tragödie dieses Jahrhunderts ist bisher ein würdiges Denkmal gesetzt worden. ...

Die Erinnerung an beinahe drei Millionen Vertreibungsoffer dagegen wurde im kommunistischen Machtbereich mit großer Gründlichkeit ausgelöscht; für sie dürfte im Osten keine einzige Gedenkstätte existieren. ...

Die ehemaligen Konzentrationslager in Deutschland erinnern heute durchwegs als würdige Gedenkstätten und Museen an den Leidensweg der Antifaschisten, Juden, Zigeuner, Zeugen Jehovas, Homosexuellen und anderen Naziopfer.

Am vollkommensten ist die Aufarbeitung der Vergangenheit naturgemäß in Israel. Außer regelmäßigen staatlichen Gedenktagen mit öffentlicher Schweigeminute und Unterrichtsschwerpunkten in den Schulen ist vor allem an Yad Vashem zu erinnern, die gewaltige Forschungs- und Gedenkstätte auf dem Herzl-Berg in Jerusalem.

Während sogar Chruschtschow die Errichtung eines großen Denkmals für die Opfer des Stalinismus plante, sucht man bei uns vergeblich nach einer adäquaten Gedenkstätte für die Opfer der Vertreibungsverbrechen "als Warnung vor Gleichgültigkeit". ... Der Hundefriedhof von Cobham bei London, ein Produkt englischer Tierliebe und liebenswerten Spleens, ist ungleich

größer und eindrucksvoller als das größte und eindrucksvollste Denkmal für die Millionen Vertreibungsoffer. ...<<

Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands

Bei der sogenannten Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1990 handelte es sich lediglich um die von den alliierten Siegermächten planmäßig angeordnete Vereinigung von zwei ehemaligen Besatzungszonen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges. Die von den Siegermächten gegründeten Staatsgebilde BRD und DDR waren unsouveräne, abhängige Staatsgebilde. Weder die Bundesrepublik Deutschland noch die Deutsche Demokratische Republik waren völkerrechtlich politisch und ökonomisch unabhängige Staaten.

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland ist gegenwärtig ungeklärt, weil zwischen den alliierten Siegermächten und dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches bisher lediglich ein Waffenstillstand, aber kein Friedensvertrag geschlossen wurde. Der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990, stellte völkerrechtlich keinen Friedensvertrag dar.

Der deutsche Staats- und Völkerrechtler Dieter Blumenwitz schrieb später über den sog. "Zwei-plus-Vier-Vertrag" (x151/56): >>... Die Vorgaben für die 2+4-Verhandlungen lauteten: "Kein Friedensvertrag, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Regelung über die äußeren Aspekte der Herstellung der deutschen Vereinigung". ...<<

Das neue Verwaltungskonstrukt (BRD und DDR = BRD) übernahm gemäß "Zwei-Plus-Vier-Vertrag" wesentliche Teile des Überleitungsvertrages von 1954, so daß die politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte der Deutschen weiterhin erheblich eingeschränkt blieben.

Der SPD-Politiker Oskar Lafontaine (seit 2005 Parteimitglied der "Linken") berichtete am 6. Januar 2003 in der BILD-Zeitung (x353/76): >>... Wenn Washington am Golf Krieg führt, ist Deutschland immer beteiligt, weil es der Flugzeugträger der USA in Europa ist. Wir sind kein souveräner Staat. Wir nehmen gezwungenermaßen an Angriffskriegen der Supermacht teil.<<

Der deutsche CSU-Politiker Horst Seehofer, seit 2008 bayerischer Ministerpräsident, erklärte am 20. Mai 2010 während einer Unterhaltung mit dem Kabarettisten Erwin Pelzig (x317/151): >>... Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden.<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 8. Dezember 2011 über eine Rede des damaligen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) im November 2011: >>EU am Scheideweg

... Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu keinem Zeitpunkt ein souveräner Staat gewesen.

Das sagte nicht irgendein Extremist, sondern sagte kein geringerer als Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) Ende November auf dem "European Banking Congress" in der Alten Oper in Frankfurt am Main. ...

Das wiedervereinigte Deutschland soll kein souveräner Staat sein? Was ist es dann? Eine Besatzungszone? Und wenn ja, von wem besetzt? ...

Es braucht nicht viel Phantasie sich vorzustellen, was geschehen wäre, hätte das ein Linker behauptet. Aber nun sagte es der Finanzminister einfach mal so dahin, weil er die Preisgabe nationaler Souveränitätsrechte an das von Angela Merkel geplante neue Europa herunterspielen möchte. Und niemand widersprach ihm.

Souveränität gibt es seit den Kriegen nicht mehr

Schäuble leitete diese Passage seiner Rede mit den Worten ein: "Die Kritiker ... gehen ja in Wahrheit von dem Regelungsmonopol des Nationalstaates aus." ...

Und weil dies so sei, formulierte er jenen folgenschweren Satz: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen." ...<<

Egon Bahr (1922-2015, von 1972-1976 SPD-Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit) erklärte am 7. November 2013 während eines WDR-Monitor-Interviews (x357/9):
>>Es wäre langsam an der Zeit, daß einmal grundsätzlich geklärt wird: Welche Relikte aus der Besatzungszeit gelten immer noch? Die deutsche Souveränität ist ja 1955 erklärt worden, aber sie war gleich null, ... und das, was dann 1990 draufgesetzt worden ist, hat das auch noch nicht grundsätzlich verändert."<<

Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands

Aufgrund der Auflösung der UdSSR im Jahre 1991 hatte das NWO-Versuchsfeld BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte endgültig beseitigt werden.

Nach der systematischen Deindustrialisierung und Zerschlagung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik wurde schließlich Angela Merkel beauftragt, die Bundesrepublik Deutschland allmählich nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" auszurichten bzw. gleichzuschalten, um die Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands zu gewährleisten.

Angela Merkel nahm im Mai 2005 am "Bilderberger-Treffen" in Rottach-Egern teil und wurde am 22. November 2005 Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

Um die gesamte Wiederaufbauarbeit der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration in Mittel- und Westdeutschland endgültig abzuwickeln und vollständig zu liquidieren, setzten Angela Merkel und ihre zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung hauptsächlich auf arglistige sowie verdeckte Destabilisierungsmaßnahmen und fügten der Bundesrepublik Deutschland gigantische Schäden zu.

Die politisch und wirtschaftlich entmündigten Deutschen wurden konsequent ausgeplündert, umerzogen und völlig ruiniert. Gleichzeitig zerstörte Merkels "Restabwicklung" alle kulturellen Fundamente Deutschlands.

Corona-Genexperiment, Energiewende und Ukraine-Sanktionen

Das gegenwärtige gemeingefährliche Corona-Genexperiment wurde offensichtlich auch genutzt, um von den dramatischen Folgen der "Energiewende" abzulenken. Der wegen der NATO-Osterweiterung entstandene Ukraine-Konflikt im Februar 2022 kam schließlich gerade recht, um endlich die besonders für Deutschland äußerst wichtigen Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) aus Rußland zu beenden.

Die ideologische Energiepolitik, die hinterlistige Corona-Politik, die politisch geförderte Massenmigration und die von der US-Administration angeordneten irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland sowie die unfaßbare Schuldenaufnahme der fremdbestimmten deutschen Bundesregierung werden unser Land in die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit stürzen.

Völkerrechtliche Verantwortung der anglo-amerikanischen Betreuer

Aufgrund der radikalen Destabilisierungspolitik der US-Betreuer Siegermacht ähnelt die Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig einem Irrenhaus, in dem anscheinend die gemeingefährlichsten Insassen die Herrschaft übernommen haben. Nicht wenige ausländische Diplomaten und Journalisten zweifeln z.B. wegen der ideologischen Energiewende an der Zurechnungsfähigkeit der Deutschen. Diese Kritiker berücksichtigen leider nicht, daß die betreuten Deutschen gegenüber den anglo-amerikanischen Betreuern bei allen entscheidenden Fragen nach wie vor keine Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte besitzen.

Da es zu den Pflichten des Betreuers gehört, alle Angelegenheiten des Betreuten so zu besorgen, wie es dessen Wohl entspricht, sind die fremdbestimmten US-Betreuer zwangsläufig auch für die zerstörerische Destabilisierungspolitik der betreuten deutschen Politiker und Parteien verantwortlich.

Recht auf Selbstbestimmung gilt auch für die Deutschen

Nach über 100 Jahren der Entmündigung, der politischen Unterdrückung, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ideologischen Umerziehung wird es allmählich Zeit, dem deutschen Volk das Recht auf Selbstbestimmung zurückzugeben. Vorübergehende Einschränkungen der Sou-

veränität sind gemäß Haager Landkriegsordnung legal. Die dauernde Einschränkung der Souveränität ist jedoch völkerrechtlich verboten.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, deshalb sind die bis zum heutigen Tag fortgeltenden geheimen Befugnisse und Vorbehaltsrechte der Alliierten bzw. die bisherige Vormundschaft oder die Gebrechlichkeitspflegschaft umgehend zu beenden.

Die UN-Sozialcharta über das Selbstbestimmungsrecht der Völker lautet z.B. wie folgt (x870/...): >>... Artikel 1

(1) **Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung.** Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

(2) **Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen,** unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. **In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.**

(3) Die Vertragsstaaten, einschließlich der **Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung** und von Treuhandgebieten **verantwortlich sind, haben entsprechend der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern** und dieses Recht zu achten.<<

Da keine rasche Beendigung der gegenwärtigen Fremdbestimmung zu erwarten ist, sondern die Bundesrepublik Deutschland zukünftig sogar noch Teile der geringen Souveränitätsrechte an zwischenstaatliche Organisationen (Europäische Union/EU und Vereinte Nationen/UN) abgeben soll, müssen unverzüglich entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden, um endlich den Status eines völkerrechtlich souveränen Staates zu erhalten.

Um das unwürdige Sklavendasein im gegenwärtigen Vasallenstaat Bundesrepublik Deutschland endlich zu beenden, benötigt Deutschland unbedingt den Abschluß von völkerrechtlich anerkannten Friedensverträgen für den Ersten Weltkrieg (der Versailler Friedensvertrag vom 28. Juni 1919 wurde zweifelsfrei durch Gewaltanwendung und Gewaltandrohung erzwungen und war deshalb von Anfang an nichtig bzw. ungültig) und für den Zweiten Weltkrieg (der sog. Zwei-plus-Vier-Vertrag vom 12. September 1990 stellt völkerrechtlich keinen Friedensvertrag dar).

Der völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor nicht geklärt. Die bis zum heutigen Tag fortgeltenden Befugnisse und Vorbehaltsrechte des Überleitungsvertrages von 1954 (Militärbasen, Truppenstationierung, Stationierung von US-Atomwaffen, Stationierungskosten, Medienkontrolle u.a.) der Alliierten bestätigen zweifelsfrei, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht zu den souveränen Staaten gehört, sondern weiterhin ein besetztes Land ist. Diese völkerrechtswidrige Besatzungssituation muß endlich beendet werden, deshalb benötigt die Bundesrepublik Deutschland unbedingt den Abschluß eines völkerrechtlich anerkannten Friedensvertrages.

Die Regelung der endgültigen Grenzziehung und der noch strittigen Reparationen (unter Anrechnung aller Reparationen und Besatzungskosten Ost- Mittel- und Westdeutschlands sowie sämtlicher verdeckten Wiedergutmachungen und "Ausgleichszahlungen" der Bundesrepublik Deutschland an NATO, EU, EURATOM) können ebenfalls nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von den ehemaligen Siegermächten und einer demokratisch gewählten souveränen deutschen Regierung geschlossen werden muß.

Angesichts der ungesühnten Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist es unsere christliche Pflicht, nicht nur nach Versöhnung, sondern auch nach Gerechtigkeit und Wahrheit zu streben. Wir sind es nicht nur den unschuldigen Opfern, sondern auch unserer eigenen Selbst-

achtung und vor allem den nachfolgenden Generationen schuldig, mindestens die Tatmotive zu erforschen.

Wer eine wirkliche Völkerverständigung anstrebt, ist verpflichtet, sämtliche finsternen Kapitel der Nachkriegszeit konsequent und schonungslos aufzuarbeiten. Wenn man gleichberechtigte Partnerschaften in einem "vereinten Europa" realisieren will, müssen zunächst alle "unbequemen Geschehnisse" der Vergangenheit geklärt werden.

Ohne eine angemessene Aufarbeitung der angeblichen "Befreiung" und "humanen Umsiedlung" der Deutschen wird es keine verbindliche Friedensordnung, keinen dauerhaften Frieden und niemals ein vereintes Europa geben, denn Lügen oder Halbwahrheiten waren noch nie tragende Fundamente für langfristige Freundschaften und politische Bündnisse. Echte Freundschaften und dauerhafte Bündnisse erfordern vor allem Ehrlichkeit und Gerechtigkeit.

Die Deutschen haben wie alle Völker das Recht, in Frieden und Freiheit sowie ohne Vormundschaft zu leben, damit sie ihre politischen und wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte eigenverantwortlich wahrnehmen können. Man hat die Deutschen schon lange genug versklavt, hiermit muß irgendwann Schluß sein, denn die Abschaffung der Sklaverei wurde schließlich im Jahre 1948 durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte völkerrechtlich bestätigt.

Die westlichen alliierten Siegermächte USA, Großbritannien und Frankreich müssen sich endlich daran erinnern, daß sie gemäß der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sind, auch den Deutschen die von Gott gegebenen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte zurückzugeben.

Nach der jahrzehntelangen Entmündigung muß die Zwangsbetreuung der Deutschen sofort beendet werden. Ferner ist die derzeitige völkerrechtswidrige Besatzungssituation zu klären, damit ein gerechter Friedensvertrag zwischen dem völkerrechtlichen Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und den damaligen Siegermächten geschlossen werden kann. Der Zweite Weltkrieg muß endlich beendet werden.

Planmäßig angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf etwa 36 % im Jahre 2022 wird zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen, denn in der Bundesrepublik Deutschland fehlen im Winter 2022/2023 ständig etwa 50.000 Megawatt Strom, um die Stromnachfrage zu decken. Infolge fehlender Reservekraftwerke und Stromspeicher (Pumpspeicherkraftwerke) sind Störungsfälle, wie z.B. nationale Netzzusammenbrüche, künftig nicht mehr zu verhindern, so daß es zu tage- oder wochenlangen Stromausfällen (Blackouts) kommen wird.

Obleich die völkerrechtswidrige Sprengung der Gasleitungen Nordstream 1 und Nordstream 2 schließlich den Untergang unseres Landes besiegelte, unternahm die deutsche Bundesregierung trotz drohender Kälte- und Hungerkatastrophen im Winter 2022/2023 fast nichts, um die gemeingefährliche Lage zu bekämpfen.

Der Rußland-Ukraine-Konflikt wurde offenbar von der US-Administration zusätzlich aktiviert, um die Destabilisierung und vollständige Vernichtung des Industriestandortes Bundesrepublik Deutschland sicherzustellen.

Die heimtückisch eingeleitete Energiewende und die von der US-Administration angeordneten irrsinnigen Sanktionen gegen Rußland werden den deutschen Industriestandort mit Sicherheit unweigerlich komplett ruinieren sowie die wirtschaftlichen und sozialen Strukturen der Bundesrepublik Deutschland und letzten Endes das gesamte Land unaufhaltsam zerstören. Infolge der mittel- und langfristig unbezahlbaren Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) stehen alle Unternehmen vor der Pleite. Millionen von Arbeitnehmern drohen Arbeitslosigkeit und Verlust ihrer sozialen und ökonomischen Existenz. Im Rahmen der zwangsläufig folgenden Hyperinflation werden schließlich z.B. alle deutschen Sparer (Geldentwertung) und Haus-

eigentümer (staatliche Zwangshypotheken) ihr mühsam erworbenes Eigentum verlieren und bettelarm (Durchsetzung einer lumpenproletarischen Volksgemeinschaft).

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes und durch das US-Einfuhrverbot für wichtige Rohstoffbezüge (Gas, Kohle, Öl usw.) aus Rußland, alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Schlußbemerkungen

Den Alliierten ging es nie um die Befreiung der Deutschen, sondern den anglo-amerikanischen Siegermächten ging es letzten Endes langfristig vor allem um die Liquidierung Deutschlands, um die jahrhundertelangen Beziehungen (Austausch von deutschen Technologien und russischen Rohstoffen) zwischen Deutschland und Rußland für alle Zeiten zu beenden.

Gemäß der berüchtigten Direktive JCS 1067 der US-Militärregierung wurde Deutschland als besiegter Feindstaat besetzt und diente nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 jahrzehntelang als einzigartiges Versuchsfeld für alle möglichen Experimente der berüchtigten NWO-Denkfabriken.

Die Liquidierung Deutschlands begann mit der Vertreibung der Ostdeutschen. Die Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa entwickelte sich in den Jahren 1945-1951 zur größten gewaltsamen Vertreibung der Zeitgeschichte. Noch nie wurden bis dahin derartig riesige Gebiete zwangsentvölkert.

Mit der Vertreibung aus Ost-Mitteleuropa wurde die "deutsche Ostsiedlung" Hunderte von Kilometern nach Westen zurückgedrängt. 700 bis 800 Jahre deutsche Siedlungs- und Kulturarbeit gingen damals abrupt verloren. Sämtliche ostdeutschen Volksstämme verloren ihre Siedlungsgebiete und dadurch ihre eigene Identität. In den deutschen Ostprovinzen und im Sudetenland wurden damals insgesamt 14.681 deutsche Städte und Gemeinden ausgelöscht.

Mindestens 14 Millionen Deutsche wurden damals gewaltsam aus den Gebieten östlich der Oder-Neiße" vertrieben.

Bei der Vertreibung verloren mehr als zwei Millionen Deutsche ihr Leben. Es handelte sich zweifelsfrei um unfabbare Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Die Mittel- und Westdeutschen werden nach dem völligen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland wahrscheinlich ebenfalls das tragische Schicksal der Ostdeutschen erleiden.

Der österreichische Verhaltensforscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt (1928-2018) warnte bereits im Jahre 1994 in seiner Streitschrift "Wider die Mißtrauensgesellschaft" die dichtbevölkerten Länder Europas, Bevölkerungsüberschüsse anderer Regionen aufzunehmen (x268/185): >>... Die Einwanderer nehmen mit ihrer Niederlassung auf die Dauer die kostbarste Ressource in Anspruch, die einem Volk zur Verfügung steht, nämlich das Land. ...

Gestattet ein Volk anderen den Ausbau von Minoritäten im eigenen Lande, dann tritt es praktisch Land ab und belastet sich innerhalb der eigenen Grenzen mit zwischenethnischen Konflikten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete später über die Folgen der planmäßigen Massenmigration (x268/185): >>Aus Sicht der Einwanderer handelt es

sich um eine unblutige Landnahme, aus der Sicht der Einheimischen um einen Verlust der Heimat; denn viele Familien ziehen aus den Ausländervierteln weg, weil sie den Eindruck haben, daß ihre Kinder in mehrheitlich deutschen Schulen mehr lernen oder weil ihnen die Straßen im Kiez zu unsicher geworden sind.

Soweit es Vertriebene aus Ostdeutschland sind, verlieren sie ihre Heimat so zum zweiten Mal. ...<<

Die meisten Deutschen werden nach dem völligen Zusammenbruch der Bundesrepublik Deutschland im 21. Jahrhundert nicht mehr rechtzeitig fliehen können.

Die Mittel- und Westdeutschen sollten deshalb vorab unbedingt die *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa* der Wissenschaftlichen Kommission der deutschen Bundesregierung lesen, denn die damaligen Ereignisse in Ost-Mitteleuropa (Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Massenvergewaltigungen, Selbstmorde, Internierung in Lagern, Lagergreuel, Zwangsarbeit, Sklavendasein, Folter und Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung) werden sich mit Sicherheit in ähnlicher Art und Weise auch westlich der Oder-Neiße-Linie in Mittel- und Westdeutschland wiederholen.

Wir dürfen diese perfide Lebenslüge von der sogenannten Befreiung nicht länger widerstandslos hinnehmen, denn bei den fremdbestimmten anglo-amerikanischen Betreuern handelt es sich zweifelsfrei um Marionetten der skrupellosen NWO-Globalisten. Diese profitgierigen, gemeingefährlichen Finanzoligarchen nehmen seit jeher den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf, um ihre menschenverachtende Neue Weltordnung durchzusetzen, wie die zahllosen Verbrechen der Vergangenheit und Gegenwart gegen den Frieden, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und die Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen eindrucksvoll beweisen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika versuchen seit dem Ende des Ersten Weltkrieges, die gesamte Welt gewaltsam zu unterwerfen, damit ihre geheimen Auftraggeber, die sogenannten US-Finanzeliten, ihre totalitäre Neue Weltordnung realisieren können.

Es wird allmählich Zeit, die Erfinder des Nürnberger Tribunals und ihre willigen Erfüllungsgehilfen wegen ihrer andauernden Verbrechen, die sie seit Jahrzehnten im Namen der "Demokratie und des Friedens" begehen, endlich durch einen unabhängigen Weltgerichtshof zur Rechenschaft zu ziehen.

Die verbrecherischen Finanzeliten, die Kriegstreiberei und die weltweiten Aggressionen können nur gestoppt werden, wenn sich alle aktiven und passiven Drahtzieher der satanischen NWO-Verbrecherorganisationen vor einem unabhängigen Weltgerichtshof verantworten müssen.

GOTT MIT UNS ...<<

Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 1. Dezember 2022: >>Frankreich: Zehn geplante Blackouts im Winter

Von *Sven Reuth*

In Frankreich soll ein verschiedene Ministerien umspannender Krisenstab jetzt schon an sechs bis zehn geplanten Blackouts arbeiten, die im Winter bewußt ausgelöst werden sollen. Zeit, sich vom System unabhängig zu machen. Wir bieten Ihnen wertvolle Tips. Unser gesamtes Angebot zur Krisenvorsorge finden Sie hier.

Das berichten Regierungskreise. Demnach sollen die Präfekturen jetzt schon an den entsprechenden Plänen arbeiten. Die betroffenen Bürger sollen am Tag zuvor bis 17 Uhr informiert werden. Mit den künstlich ausgelösten Blackouts will man den Stromverbrauch in den betroffenen Regionen auf 38 Prozent des Durchschnittsverbrauchs herunterdrücken. Die Schulen sollen an den betreffenden Tagen überhaupt nicht geöffnet werden.

Frankreichs Regierung hat Haushalte und Unternehmen dazu aufgerufen, ihren Energieverbrauch um zehn Prozent zu senken. In Deutschland strebt die Bundesnetzagentur eine Senkung des Stromverbrauchs um 20 Prozent an.

Nicht nur Frankreich hat Angst vor dem Blackout. Auch in Deutschland bereiten sich laut Umfragen etwa die Hälfte der Bürger auf einen Blackout vor. Kein Wunder, mit dem dann endgültigen Atom-Aus in den kommenden Monaten fällt nun auch noch eine Erzeugungskapazität weg, die größer ist als die aller an das Netz angeschlossenen Solaranlagen zusammen.

Schon Mitte dieses Jahres warnten renommierte Wissenschaftler verschiedener Institute in der Fachzeitschrift Patterns eindringlich vor einem europaweiten Blackout, weil schon kleine lokale Störungen ein großflächiges Stromnetz aus dem Gleichgewicht bringen und einen totalen Zusammenbruch erzeugen können. Die Gefahr solcher Störungen, so die Forscher, nehme durch die Energiewende noch zu. ...<<

02.12.2022

BRD: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 2. Dezember 2022 (x1.189/...): >>Polizeistaat Deutschland: Hausdurchsuchungen mit Spezialeinheit und Blendgranaten wegen "Haßrede im Internet"

Der linke Polizeistaat von SPD-Innenministerin Nancy Faeser schlägt erneut mit voller Härte zu. Ziel waren erneut Regierungskritiker und freiheitsliebende Bürger quer durch das Land. Unter den Vorwänden der Verbreitung von angeblicher "Haßrede im Internet" sowie Volksverhetzung und üble Nachrede wurde bundesweit 90 Wohnungen in 14 Bundesländern von Sondereinsatzkommandos gestürmt und durchsucht!

Blendgranaten gegen Rentner?

In Berlin schrieb etwa die Berliner Zeitung zu den Gestapo-artigen Razzien: "Haß im Internet: Große Polizei-Razzia in Berlin, SEK im Einsatz. Rund 70 Polizisten durchsuchten am Mittwoch mehrere Wohnungen im Stadtgebiet. Der Einsatz war Teil eines bundesweiten Aktionstages gegen Haßpostings."

Wie auf einem Video zu sehen ist, welches der Redaktion zugespielt wurde, gingen die Einsätze mit Waffengewalt von statten. Und das wegen Postings im Internet! Zu sehen ist die Erstürmung der Wohnung eines Rentners mittels Blendgranaten. Die Polizei brüllt den Mann an, die Hände nach oben zu halten. Verwirrt und sichtlich geschockt öffnet der ältere Mann sein Fenster und ergibt sich dem SEK:

Polizei verhöhnt Betroffene auf Twitter

Von Zynismus und politischen Gehorsam zerfressen, verhöhnte die deutsche Polizei ihre potentiellen Opfer auch noch via Twitter. So schrieb man zu den geplanten Hausdurchsuchungen "Klopf Klopf-Witze", postete linke Kampfparolen wie "Haß ist keine Meinung" und schrieb davon, daß man den Opfern das "Angebot von Vernehmungen" unterbreite.

Ähnliche Vorgehen gab es freilich nie und wird es auch nie geben im Zusammenhang mit Haß und Hetze gegen impffreie Menschen und der Diskriminierung und Polizeigewalt, die sie in den letzten Jahren erfahren mußten.

Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt kommentierte den Zynismus der Staatspolizei treffend: "Niemand möchte (noch mal) in einem Land leben, in dem eine politisierte Polizei Menschen mit nächtlichem Klopf, Klopf, Klopf droht. 'Haß ist keine Meinung' ist eine linke Kampfparole. Eine Polizei mit Kampfparolen braucht dieses Land nie wieder. Das ist furchterregend."<<
Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtet am 2. Dezember 2022 (x1.202/...): >>Auch die einschränkenden "Impf-Empfehlungen" der Ständigen Impfkommission für Kinder sind verantwortungslos

Auch die Einschränkung der neuen mRNA-Injektions-Empfehlung der STIKO auf Babys ab sechs Monate und Kleinkinder bis zu 4 Jahren mit Vorerkrankungen schützt diese ebenso we-

nig wie die vorherige einschränkende Injektions-Empfehlung der 5 bis 11-Jährigen mit Vorerkrankungen, abgesehen davon, daß inzwischen die Injektion aller in diesem Altersabschnitt fast gang und gäbe sein soll. Und alle werden der hohen Gefahr schwerer bis tödlicher Schädigungen ausgesetzt. Die trotz gegenteiliger Behauptung nicht unabhängige STIKO handelt verantwortungslos. Uwe Kranz nimmt sie und ihr Wirken nachfolgend unter die Lupe. (*Herbert Ludwig*)

Die Stiko empfiehlt ... aber sie befiehlt nicht

Von *Uwe G. Kranz*

Jetzt hat sie es doch getan. Irgendwie. Trotz aller eindringlichen Warnungen, auch von Juristen, die immer lauter auch auf die möglichen strafrechtlichen Konsequenzen für Eltern und "Stichlinge" hinwiesen: Die Ständige Impfkommision (Stiko) sprach am 17. November ihre Impfempfehlung aus, Babys ab sechs Monaten (!) und Kleinkinder bis zu vier Jahren dann zu impfen, wenn diese wegen ihrer Grunderkrankungen ein erhöhtes Risiko für einen schweren COVID-19-Verlauf hätten.

Demnach sollen also diese Kinder die "für diese Altersgruppe zugelassenen mRNA-Impfstoffe" zur "vollständigen Grundimmunisierung" bekommen. Weiter darüber hinausgehen wollte die Stiko nicht; zu dünn war ihr doch das Eis wissenschaftlich gesicherter Daten und juristischer Stabilität. Doch selbst diese einschränkende Empfehlung war noch eine zu viel!

Nach Eigendarstellung soll die Stiko "Impfempfehlungen für Deutschland entwickeln und dabei nicht nur deren Nutzen für das geimpfte Individuum, sondern auch für die gesamte Bevölkerung berücksichtigen". Angeblich orientiere sich das Gremium bei seinen Empfehlungen an den "Kriterien der evidenzbasierten Medizin" - woran allerdings schon lange gezweifelt werden darf. Auch eine andere Selbstbeschreibung der Stiko ist wenig glaubhaft: Sie sei ein "unabhängiges Expertengremium".

Wie kann man "unabhängig" sein, wenn schon die Geschäftsstelle im Robert-Koch-Institut (RKI, Fachbereich Impfprävention) sitzt und wenn von dort die Arbeit der Stiko koordiniert und ihre Arbeit sogar "aktiv unterstützt" wird (beispielsweise durch systematische Analyse der Fachliteratur)? Zur Erinnerung: Das RKI ist eine dem Bundesgesundheitsministerium (BGM) direkt unterstellte oberste Bundesbehörde.

Die Stiko versagt - genau wie die Impfung

Deshalb wohl spricht die Stiko denn auch brav und folgsam, also ganz den politischen Vorgaben des Gesundheitsministers entsprechend, noch immer von einer "sicheren Impfung" und von einer "vollständigen Grundimmunisierung" - obwohl schon längst wissenschaftlich nachgewiesen ist, daß diese Immunisierung durch die genmodifizierenden Injektionen gar nicht erreichbar ist. Diese "Impfung" schützt weder den Impfling selbst noch andere vor einer Infektion. Selbst das Versprechen, daß diese genmodulierenden Injektionen wenigstens vor schweren Schäden schützen, haben sich angesichts der Entwicklung der internationalen Fallzahlen als falsch herausgestellt. Staatliche Fake-News!

Wie soll man da der Stiko glauben, daß sie ihrer Aufgabe nachkäme, eine sorgfältige Nutzen-Risiko-Analyse durchzuführen? Insbesondere bei einem völlig neuartigen mRNA-Verfahren, das jahrzehntelang nicht zum Einsatz bei Menschen taugte und bei dessen Erprobung sogar Tierversuche eingestellt werden mußten? Wie kann man den Nutzen oder Schaden "für die gesamte Bevölkerung berücksichtigen", wenn man im Blindflug künftige Generationen mit schweren körperlichen Schäden oder gar dem Tod bedroht? Wenn man eine generelle und wachsende Übersterblichkeit von inzwischen 19 Prozent schlicht negiert? Die Stiko muß schließlich nicht nur ihrer ethisch-moralischen, sondern auch ihrer medizinisch-rechtlichen Verantwortung nachkommen!

Wes Brot ich eß' ...

Hieran knüpfen sich viele Fragen an. Wie unabhängig kann eine Kommission sein, deren Ge-

schäftsstelle in einer weisungsgebundenen Bundesoberbehörde integriert ist und diese Behörde auch noch einen gewichtigen Anteil an der Kommissionsarbeit übernimmt? Schließlich ist es doch sehr bedeutend, welche Fachliteratur und welche Studien systematisch herangezogen, welche selektiert und welche wie ausgewertet werden.

Ich jedenfalls lese immer wieder, ja eigentlich fast ständig, Fachliteratur, die das genaue Gegenteil von dem postuliert, was das RKI verkündet. Man hat zudem den einen oder anderen Fall in Erinnerung, in dem die Veröffentlichung einer (impfkritischen) Studie beispielsweise zum "Maulkorb-Erlass" führte (Charité), zur Entlassung eines Geschäftsführers einer Krankenkasse (BKK) oder zur Entlassung respektive erzwungenen Rücktritt eines Chefredakteurs (Fachjournal "Food and Chemical Toxicology").

Schließlich kennt man seit der Zeit der Minnesänger die Weisheit "Wes Brot ich eß', des Lied ich sing". Was abweicht, wird abgewatscht. Also bleibt die Stiko der politisch vorgegebenen Linie treu und traut sich nur ein klein wenig, etwas von ihrer ethischen Meinung aufblitzen zu lassen. Vermutlich hat aber auch Thomas Mertens, der Stiko-Vorsitzende, nur keine Risiko-Enkel, die deshalb von der "Impfempfehlung" verschont wurden.

Fragen muß man auch, wie die Stiko eigentlich bewerten will, wie und welche schweren schädlichen Nebenwirkungen an einem Baby oder einem Kleinkind festgestellt werden können. Schließlich sind diese kaum imstande sich zu artikulieren oder ihre Schmerzen zu kommunizieren. Viele der Schadensbilder sind auch nicht gleich ersichtlich oder ertastbar, oder sie verlangen aufwendige apparative Diagnostik.

Da ist es wenig verwunderlich, daß die Bundesregierung passen mußte, als sie parlamentarisch gefragt wurde, welche Daten über die Gefährdung von Kleinkindern unter fünf Jahren durch eine Covid-Erkrankung überhaupt vorliegen: Sie hatte keine und sie hat immer noch keine, will aber trotzdem die genmodulierende Injektion setzen lassen. Welch ein Verbrechen.

Von Gauklern und Risiken

Welchen Nutzen bringt diese "Impfung" dem vorerkrankten Baby oder Kleinkind? Vorab: Es wurden ja noch nicht einmal die für die Zulassung grundsätzlich erforderlichen Fachstudien erstellt (toxikologische, onkologische Prüfungen oder Studien zur Fortpflanzungsfähigkeit), geschweige denn gab es ausreichend Zeit, die mittel- und längerfristigen Nebenwirkungen, Komplikationen und Schäden dieser genmodifizierenden Substanzen kennenzulernen, beziehungsweise wurden derartige Studien ja bis heute noch nicht einmal begonnen!

Mit Blick auf die Stiko-Empfehlung muß auch daran erinnert werden, daß bei den Zulassungsstudien nur gesunde Kinder "geimpft" worden waren; vorerkrankte Kinder waren weder bei den "Impfgruppen" noch bei den "Placebogruppen" registriert.

Und die "Placebogruppe", die zur Kontrolle eingerichtet worden war, wurde bereits nach nur sechs (!) Monaten mit den genmodulierenden Spritzen "durchgeimpft", so daß danach gar keine wissenschaftliche Beobachtungen und Kontrolle der "Nutzen" und "Schaden" mehr durchgeführt werden konnten.

Das grenzt an wissenschaftlicher Sabotage (wie der Verfasser schon vor Wochen in seinen Kolumnen beklagte)! Wie konnte man ohne die erforderlichen Daten und angesichts der bekannten, doch sehr häufigen und auch schweren bis tödlichen Nebenwirkungen zu einer positiven Nutzen-Risiko-Analyse zugunsten der mRNA-basierten Injektion kommen? Durch den Blick in die Kristallkugel? Oder nach Rückfrage bei Karl Lauterbach?

Auch die Rechtsanwältin Brigitte Röhrig wies (wie viele andere Wissenschaftler) sozusagen in letzter Minute - am 7. November - in einem offenen Brief an die Stiko alarmierend darauf hin, daß die Hersteller absichtlich gar nicht alle Daten ausgewertet hätten, sondern nur etwa ein Drittel (Kinder von 0 bis 23 Monaten):

Geimpft waren von 1.178 nur 570 Kinder, Placebo: von 598 nur 184 Kinder; Kinder von 2 bis 4 Jahren: Geimpft von 1.835 Kinder nur 606, Placebo: von 915 nur 280 Kinder). Wer als Pro-

duzent in diesem riesigen Ausmaß Daten unterdrückt, will saubere Langzeitbeobachtungen absichtlich unmöglich machen, verstößt damit gegen alle wissenschaftlichen Grundsätze - und bietet Anlaß zu strafrechtlichen Ermittlungen.

Welcher Arzt oder Apotheker soll auf der Basis eines solch desolaten Datensalats wahren oder realistischen Durchblick gewinnen und Eltern korrekt und rechtzeitig über die Risiken und Nebenwirkungen aufklären können? Und welche Eltern können eine solche Entscheidung ohne verantwortungsvolle und genaue Kenntnis der Fakten und Folgen treffen, ohne Wochen oder Monate später voller Gram und Scham die körperlichen Schäden oder den Tod bitter zu bereuen, die sie ihrem Kind antaten - und zugleich voller Zorn die doppelte Ohnmacht zu erfahren, weil ihnen Schadenersatzklagen verwehrt bleiben? Staatliches Schulterzucken, selbst schuld!

Explodierende Übersterblichkeitszahlen

Wer berichtet den Eltern von den explodierenden Übersterblichkeitszahlen bei Kindern, die EuroMomo mit seinen Bulletins 33 und 36 veröffentlichte? Steigerungsraten von über 750 Prozent sind schließlich kein Pappentier, vor allem, weil ja noch nicht einmal alle Mitgliedsstaaten an EuroMomo melden (und auch nicht alle deutschen Bundesländer). Wer erzählt ihnen von den - sogar vom zuständigen Paul-Ehrlich-Institut (PEI) nicht mehr zu leugnenden - 204 Kleinkindern, die jetzt schon schwer geschädigt sind, darunter 70 Stillkinder?!?

Wer informiert sie, daß das PEI seit Anfang des Jahres den kausalen Zusammenhang zwischen der genmanipulierenden Injektion und deren Nebenwirkungen, Komplikationen und (tödlichen) Schäden kategorisch leugnet, daß es wegen der schrecklichen Zahlen schnell die Baseline senkte und inzwischen sogar gar keine Daten mehr herausrückt - sich selbst aber andererseits immer noch nicht schlau machen will, ... obwohl leitendes Personal des PEI als Zeugen schon vor Wochen vor dem Bundesverwaltungsgericht in beschämender Weise demonstrierte, daß es "nicht im Ansatz in der Lage ist, die Sicherheit und die Risiken dieser Gentherapie vernünftig zu beurteilen" (so Professor Werner Bergholz)?

Das ganze Geschehen rund um diesen "Datensalat" ist nichts anderes eine gigantische institutionelle Vertuschung, eigentlich ein Verbrechen an der Menschheit und gehört längst juristisch verfolgt!

Welcher Arzt oder Apotheker hat den Mumm, den Eltern zu erzählen, was in der "Teufelspritze" so alles steckt und welche (Langzeit-) Folgen diese Stoffe speziell auf den Körper eines Babys oder Kleinkindes haben können, noch dazu eines Kleinkindes, das vorerkrankt ist? Was wissen die "Impf-Ärzte" / -Apotheker denn tatsächlich und überhaupt über die Inhaltsstoffe? Was lesen sie, wie und wo informieren sie sich eigentlich?

Wie erklären die Ärzte den Eltern einen 25-prozentigen Anstieg der kindlichen Depressionen, oder den 400-prozentigen Anstieg der Suizidversuche bei Kindern und Jugendlichen, von denen der Leiter der Kinderintensivstation der Uni-Klinik Essen, Professor Christian Dohna-Schwake, schon 2021 berichtete? Zum Vergleich: Würden Sie sich auch blind einem sonstigen genmodifizierten Massenexperiment anvertrauen, etwa der Einnahme genveränderter Lebensmittel, bei dem schon von Anfang an betrogen, gelogen, unter den Teppich gekehrt und vertuscht wurde?

"The same procedure as last year, James?"

Für immungesunde Kinder ohne Vorerkrankungen empfiehlt die Stiko derzeit keine "Covid-19-Impfung", weil schwere Verläufe in dieser Altersgruppe sehr selten seien und der weitaus größte Teil der Infektionen bei gesunden Kindern mild oder asymptomatisch verlaufe. Das war uns Impfskeptikern allerdings von Anfang an klar. Schließlich liegt die Kinder- und Jugendsterblichkeit (0-18 Jahre) nur bei 0,0003 Prozent (!).

Schon deshalb hätte man diese Altersgruppen auch nie "impfen", schon gar nicht diesem genmodifizierenden Massenexperiment zuführen dürfen! Die trügerisch-beruhigende Aussage,

daß die "Impfung" für immungesunde Kinder derzeit nicht empfohlen werde, weist auf die Trickserei bei der vorherigen "Impf-Empfehlung" für Kinder (5-11 Jahre) hin:

Damals hatte die STIKO auch nur die "Impfung" der Kinder empfohlen, die aufgrund von Grunderkrankungen ein erhöhtes Risiko für einen schweren COVID-19-Verlauf hätten; diese "Impf-Empfehlung" - übrigens für nunmehr insgesamt bis zu vier Dosen statt drei - werde zur Vervollständigung der "Grundimmunität" erneuert - als ob diese Spritzen je eine Immunität hervorgerufen hätten!

Der Zusatz, "bei individuellem Wunsch von Kindern und Eltern bzw. Sorgeberechtigten kann die vollständige COVID-19-Grundimmunisierung auch bei 5- bis 11-jährigen Kindern ohne Vorerkrankungen nach ärztlicher Aufklärung erfolgen", läßt indes aufhorchen. Inzwischen ist die Injektion in diesem Altersabschnitt fast gang und gäbe. Es ist diese gefährliche und taktisch perfide Rabulistik, die Karl Lauterbachs wahre Absicht verrät.

Die mRNA-Spritze ist sein Trojanisches Pferd, das er vor den Toren der Bevölkerung, namentlich seiner Impfskeptiker, aufbaut. Ziel ist die "Vollimpfung", die Vernichtung jeder natürlichen Immunität. Parallel dazu werden sukzessive die Anzahl der für die "Immunität" erforderlichen "Impf-Dosen" erhöht; inzwischen ist sogar schon die Rede davon, daß alle vier Monate eine Auffrischungsimpfung erforderlich werde. Entsprechend üppig hat Lauterbach auch eingekauft - genug für 10 Dosen pro Person. Das Gespenst des Impf-Abos wird Realität.

Heimliche Gesetzesänderungen

Die Entscheidung für die Empfehlung fiel wenige Tage, nachdem Bundestag und Bundesrat wieder einmal klammheimliche Gesetzesänderungen durchgezogen hatten: Dieses Mal war es der Paragraph 34 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG). Covid, die Krankheit mit der "absoluten Killervariante" (O-Ton BGM Karl Lauterbach), wurde nämlich lautlos aus der Liste von 23 hochansteckenden Krankheiten gestrichen. Einfach so, ohne große Begründung.

Im Omnibusverfahren, draufgesetzt auf eine völlig sachfremde Gesetzesmaßnahme zur EU-weiten Harmonisierung der Systeme zur Durchsetzung der EU-Sanktionen, genauer auf das Gesetz "zum Entwurf eines Beschlusses des Rates über die Feststellung des Verstoßes gegen restriktive Maßnahmen der Union als einen die Kriterien nach Artikel 83 Absatz 1 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union erfüllenden Kriminalitätsbereich".

Da lacht das Juristenherz! Wer sollte auch hinter solch einem verbalen EU-Gedöns eine Änderung des Infektionsschutzgesetzes vermuten, von der laut Ärzteblatt der Betrieb von Kitas und Schulen abhängt?

Da war wohl wieder Schweinchen Schlau am Werk, so wie bei vielen anderen Gesetzesänderungen, etwa beim Entkernen des Arzneimittelgesetzes (mittels bloßer Rechtsverordnung!) oder bei der Erweiterung des Lastenausgleichsgesetzes (ebenfalls so ein mitternächtliches Omnibus-Artikelgesetz), das dem Staat nach einer "Pandemie" nun auch den steuerlichen Zugriff auf Immobilien erlaubt, jene extrem "tiefhängenden Früchte".

Das deutsche Immobilienvermögen liegt bei 14,7 Billionen Euro, dem vierfachen Bruttoinlandsprodukt - kein Wunder, wenn der Staat hier gierig wird! Zusätzlich zu den fragwürdigen Umständen der Zensusumfrage 2022 wurde im gleichen Jahr auch eine neue Grundsteuer vorbereitet, die sich nach dem aktuellen Wert der Immobilien richten soll. Und woanders wird bereits die Zwangseinweisung von Flüchtlingen erprobt oder die Zwangsräumung aus staatlichen Mietwohnungen. Zufälle gibt's aber auch. ...

"Realitätsferner Quatsch"

Professor Stefan Homburg hat jüngst im renommierten "New England Journal of Medicine" eine Studie veröffentlicht, die sich mit der Nutzen-, Risiken-Abwägung der genmodifizierenden Injektionen bei Kleinkindern befaßte. Der Nutzen liege bei 0,0 Prozent, es seien aber bei 1.200 Kleinkindern durch die mRNA-Spritze ernsthafte Nebenwirkungen und Schädigungen festgestellt worden. Dem entspricht die stetige und dynamisch wachsende Anzahl von Selbst-

hilfegruppen verzweifelter Mütter, deren Kinder nach Verabreichung der Genspritze schwer erkrankten und die als "Post-Vac-Patienten" nirgends Hilfe erhalten.

Zu neu sind die mit der mRNA-Spritze verbundenen Krankheitsphänomene, zu verschieden und unspezifisch die Krankheitsbilder, zu unerforscht die Inhaltstoffe, zu unbekannt die Langzeitfolgen, die durch die - von Bill Gates eingeforderte - überhastete Teleskopierung der Zulassungsstudien unmöglich gemacht wurden; und zu diffus war das Zulassungsverfahren insgesamt, wenn nicht gar zu kriminell.

Und nun hat Pfizer hat auch das ungeborene Leben im Visier: Eine spezielle "Impfung" soll Babys im Mutterleib - na was wohl - "immunisieren". Schwangere und ihr Nachwuchs stehen im Fokus des Pharma-Riesen Pfizer: Mit einem neuen RSV-Vakzin soll schnellstmöglich neuer Profit gemacht werden.

Die geplanten und recht saftigen Preiserhöhungen für die "Impf-Dosen" von 30 auf 130 US-Dollar pro Stück (hierzulande angeblich von etwas über 20 auf 132,95 Euro) reichen der amerikanischen Pfizer-Geschäftsführerin Angela Lukin oder den deutsch-europäischen Biontech-Lichtgestalten Ugur Şahin und Özlem Türeci offenbar nicht?!

Kalifengleich hat Lauterbach verfügt, daß jede Covid-Infektion unabhängig von der klinischen Ausprägung und unabhängig von der Grunderkrankung in jedem Fall die Prognose verschlechtert, und daher auch alle Toten mit einem positiven Test als Covid-Tote zu zählen seien.

So entstehen in seiner subjektiven augmented reality (vulgo: Wahnvorstellungen) die "1.000 Coronatote pro Woche am Vorabend einer Winterwelle mit neuen Varianten und einer zunehmenden Zahl von Beschäftigten mit Long Covid" - und daher mache die Aufhebung der Isolation keinen Sinn, weil: "Der Arbeitsplatz muß sicher sein" (so ein Tweet Lauterbachs, den dieser sinnigerweise am 11. November 2022, dem Beginn der "närrischen Saison", gepostet hat).

Alaaf, Helau, Ahoi - ist dies nun die neue AHA-Regel? Der Medizinjournalist Reiner Taufertshöfer machte kurzen Prozeß mit diesem Tweet und bezeichnete Lauterbachs Aussage als realitätsfernen Quatsch; aber er irrt sich: Karl Lauterbach irrlichert und schadet uns so lange, bis er zurückgetreten wird. Bis dahin wird Deutschland seinen aberwitzigen Sonderweg gehen. Mit oder ohne Österreich, aber ganz sicher ohne die EU und ohne den Rest der Welt. Die wollen ihre Kinder schützen und für den Fortbestand ihrer Nationen sorgen.

Nachtrag von Brigitte Röhrig als Hintergrundinfo:

In der veröffentlichten Stiko-Empfehlung zur Covid-Injektion für Babys und Kleinkinder gibt die Stiko auf Seite 43 eine Liste der Grunderkrankungen an, bei denen sie die Verabreichung einer Covid-19-Injektion an Babys und Kleinkinder empfiehlt. Diese umfaßt folgendes:

Adipositas (> 97. Perzentile des Body Mass Index)

Angeborene oder erworbene Immundefizienz oder relevante Immunsuppression

Angeborene zyanotische Herzfehler (O₂-Ruhesättigung kleiner als 80 Prozent) und Einkammerherzen nach Fontan-Operation

Chronische Lungenerkrankungen mit einer anhaltenden Einschränkung der Lungenfunktion

Chronische Nierenerkrankungen

Chronische neurologische oder neuromuskuläre Erkrankungen

Frühgeburtlichkeit bei Kindern im Alter < 2 Jahren

Schwere Herzinsuffizienz

Schwere pulmonale Hypertonie

Syndromale Erkrankungen mit schwerer Beeinträchtigung

Trisomie 21

Tumorerkrankungen und maligne hämatologische Erkrankungen

Interessant dabei ist, daß der Ausschuß für Humanarzneimittel in seinem Beurteilungsbericht

zur Umwandlung der bedingten in eine reguläre Zulassung für folgende Krankheiten Sicherheitsbedenken wegen fehlender Daten hatte:

Immungeschwächte Menschen

Menschen mit Begleiterkrankungen (z.B. (!) COPD, Diabetes, chronischen neurologischen und kardiovaskulären Erkrankungen - keine abschließende Aufzählung, so daß grundsätzlich alle Begleiterkrankungen hierunter fallen)

Patienten mit Autoimmun- und entzündlichen Erkrankungen.

Setzt man diese Aussagen zueinander in Bezug, fällt auf, daß nahezu alle von der Stiko aufgelisteten Krankheiten unter die Rubrik der Sicherheitsbedenken wegen fehlender Daten fallen. Wie wahrscheinlich ist es wohl, daß das nur für Kinder nicht der Fall ist?<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 2. Dezember 2022 (x1.190/...): >>**EX-KLUSIV-Interview mit Hans-Georg Maaßen: "Raus aus der Defensive!"**

Mitte Oktober war der ehemalige Präsident des deutschen "Bundesamtes für Verfassungsschutz" (2012-2018) Hans-Georg Maaßen zu Besuch in Ungarn. Im Rahmen dieses Besuchs unterhielten wir uns mit ihm über seine in Ungarn gewonnenen Eindrücke, die Zukunft der CDU sowie den im Westen immer mehr um sich greifenden Wokismus.

Frage: *Welche Eindrücke haben Sie bei Ihren Gesprächen in Ungarn gewonnen?*

"Die Ungarn trotzen linker Ideologisierung"

Hans-Georg Maaßen: Ich bin immer wieder gern in Ungarn. Ich mag das Land, seine Geschichte und die bodenständige, realistische und traditionsbewußte Art, wie die Ungarn leben. Heute noch mehr als vor Jahren, weil ich den Eindruck habe, daß die Ungarn im Unterschied zu den Bürgern der meisten anderen EU-Staaten der linken Ideologisierung und Fanatisierung trotzen. Die Ungarn sind in sich gefestigter und ruhiger als der große Rest der Europäer - das war für mich ganz eindeutig wahrzunehmen.

Man hat die historische Erfahrung der Fremdbestimmtheit gemacht und ist deshalb sehr darauf bedacht, seine eigenen Ansichten und Lebensweisen selbstbewußt zu vertreten. Man läßt sich von Brüssel, Berlin oder Paris nicht vorschreiben, wie man in Ungarn zu leben hat und wie man seine Kinder erziehen soll. Das ist eigentlich selbstverständlich, aber in einer Zeit, in der die linksextreme Woke-Ideologie Brüssel und Berlin immer mehr beherrscht, ist es mutig, denn die Anhänger dieser Ideologie haben keine Skrupel, Ungarn unter Druck zu setzen, der ideologischen Linie zu folgen.

Für mich ist eine Reise nach Ungarn eine Reise in die Normalität, wo ich nicht gezwungen werde zu glauben, daß es mehr als zwei Geschlechter gibt, und wo ich als weißer deutscher Mann nicht diskriminiert und diffamiert werde.

Frage: *Sie können also nachvollziehen, daß immer mehr Deutsche nach Ungarn auswandern?*

Hans-Georg Maaßen: Natürlich. Im vergangenen Jahr sind insgesamt schätzungsweise 150.000 Deutsche ausgewandert, weil sie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als repressiv empfinden und diese nicht mehr sich selbst und ihren Kindern zumuten wollen. Es sind überwiegend hochqualifizierte oder wohlhabende Menschen oder politische Dissidenten. Ich schätze, daß sich derzeit mehrere Millionen Deutsche mit dem Gedanken beschäftigen, auszuwandern oder zeitweise das Land zu verlassen.

In meinem Freundes- und Bekanntenkreis suchen viele nach einem Wohnsitz in einem politisch sicheren Land, weil sich die wirtschaftliche und menschenrechtliche Situation in Deutschland weiter verschlechtern kann. Ein Land, in dem man bestraft wird oder Repressionen erleidet, wenn man erklärt, es gebe nur zwei Geschlechter und nicht drei oder zwanzig, ein Land, in dem deutsche Kinder nicht mit einem Wurstbrot in den Kindergarten gehen dürfen, weil sich muslimische oder vegan erzogene Kinder gekränkt fühlen könnten, wenn ein anderes Kind Wurst isst, ein solches Land hat sich weit vom liberalen Geist des Bonner Grundgesetzes entfernt.

Viele Deutsche wollen diesen Irrsinn nicht mitmachen. Hauptthemen unter den Wegzugswilligen sind: Wo kann ich einigermaßen sicher und normal leben und wie verhindere ich die Wegzugsbesteuerung. Ungarn ist für viele wegzugswillige Deutsche auf Grund der stabilen Politik der ungarischen Regierung, der geographischen und kulturellen Nähe zu Deutschland und des hohen Lebensstandards ein interessantes Exilland.

Ich denke, Ungarn profitiert davon, daß diese Leute ihre Qualifikation und ihr Geld mitbringen werden. Nach Deutschland wandern dagegen vorrangig minderqualifizierte Asylbewerber aus muslimischen Ländern, deren kulturelle Passung und gesellschaftlicher Mehrwert mehr als in Frage steht.

Frage: *Die von Ihnen geschilderte Situation in Deutschland ist ja völlig anders, als wir sie in den 1990er Jahren unter Helmut Kohl erlebten. Deutschland war damals für die meisten Ungarn ein großes Vorbild. Haben Sie den Eindruck, daß die Ungarn heute ein realistisches Bild von der Situation in Deutschland haben?*

Hans-Georg Maaßen: Ja und nein. Als ich Premier Orbán im Oktober in einem Pressegespräch in Berlin erlebte und sein Interview mit der Budapester Zeitung las, hatte ich den Eindruck, daß er sieht, was in Deutschland vorgeht. Den Eindruck habe ich auch bei einigen Deutschlandkennern in der Regierung.

Bei anderen ungarischen Gesprächspartnern hatte ich dagegen den Eindruck, daß sie zwar Fehler und Fehlentwicklungen in der deutschen Politik sehen, aber noch nicht die Gefährlichkeit der grün-woken Ideologie begriffen haben, die einen Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft, die liberalen Freiheiten und die Demokratie darstellt und die im Endergebnis Deutschland und die EU in den Abgrund stoßen wird.

Frage: *Wie könnten die deutsch-ungarischen Beziehungen unter den gegebenen Umständen verbessert werden?*

"Deutschland und die EU-Kommission zwingen andere EU-Staaten dazu, nach der grün-woken Ideologie zu leben."

Hans-Georg Maaßen: Solange Deutschland und die EU-Kommission für sich das Recht in Anspruch nehmen, andere EU-Staaten dazu zwingen zu können, nach der grün-woken Ideologie zu leben, sehe ich keine Chancen für eine Verbesserung. Aber die deutschen Institutionen sind nicht Deutschland und auch nicht das deutsche Volk. Es ist großartig, wie viele Menschen sich zum Beispiel in der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft (DUG) engagieren und wie eng und gut die wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit ist.

Ungarn sollte sich auch vor Augen führen, daß es unglaublich viele Deutsche gibt, die die klare konservative und realitätsbezogene Politik von Ministerpräsident Orbán bewundern und sich eine stärkere Rolle Ungarns in Europa beim Kampf gegen die grün-woke Ideologie wünschen. Manche halten Ungarn gar für einen politischen Leuchtturm in einem Meer des politischen Wahns und der Realitätsverleugnung.

Ungarn sollte - wenn ich diese Empfehlung geben darf - in der EU durchaus selbstbewußter auftreten. Ich nehme wahr, daß Ministerpräsident Orbán und die ungarische Regierung auf EU-Ebene in ähnlicher Weise diffamiert, diskreditiert und ausgegrenzt werden, wie politisch Andersdenkende, die offen die Wahrheit aussprechen, bei uns. Es ist politische Feindbekämpfung, die betrieben wird, und die hat nichts mit dem Grundgedanken einer freiheitlichen Demokratie und eines freiheitlichen Europas zu tun, sondern es sind Techniken der politischen Linken, um unliebsame Personen oder politische Positionen mundtot zu machen. Momentan ist die ungarische Regierung in meinen Augen noch zu sehr in der Defensive.

Mit einer klassischen, konservativen Kohl-CDU und Stoiber-CSU gäbe es die Friktionen zwischen der Union und dem Fidesz vermutlich nicht. Wie bekommen die tonangebenden CDU-ler und CSU-ler das Kunststück fertig, indem sie gegen den Fidesz kämpfen, quasi gegen ihre eigene politische Vergangenheit zu opponieren? Ministerpräsident Orbán hatte zutreffend

festgestellt, daß die CDU heute eine linke Partei ist.

Ähnliches läßt sich über die CSU sagen. Frau Merkel, die nie eine Konservative war, war das Kunststück gelungen, aus der ehemals konservativen CDU eine linke Partei zu machen, indem sie personelle Schlüsselpositionen in der CDU mit politischen Linken oder Opportunisten besetzte und die CDU dann programmatisch an die Grünen heranführte. Viele Mitglieder haben deshalb die Partei verlassen. Für die Funktionäre ist der Fidesz keine Wiederbegegnung mit der Vergangenheit der CDU, weil es nicht ihre persönliche Vergangenheit ist, die schon immer links war.

Frage: *Wie bewerten Sie momentan die Chancen dafür, daß aus der CDU noch einmal eine vernünftige konservative Kraft wird? (... die dann natürlich auch wieder ein starker Bündnispartner der ungarischen Regierungspartei Fidesz sein könnte.)*

"Es braucht eine Ent-Merkelisierung der CDU"

Hans-Georg Maaßen: Dafür müßte es eine personelle und programmatische Ent-Merkelisierung der CDU geben, die Voraussetzung für einen Neuanfang der CDU ist. Erst dann wäre die CDU für Teile des Bürgertums wieder wählbar. Die CDU hatte durch Merkel den Anschluß an weite Teile des Bürgertums verloren. Ob es dazu kommen wird, ist ungewiß, zumal der derzeitige Parteivorsitzende Merz keinen Kurswechsel betreibt.

Frage: *Die CDU-Führung hat sich inzwischen vollständig den Wünschen der linksgrünen Mainstream-Medien unterworfen. Wie sieht es jedoch an der CDU-Basis aus?*

Hans-Georg Maaßen: Obwohl viele Mitglieder in den letzten Jahren die CDU verlassen haben, weil sie mit der linken Politik der CDU nicht einverstanden sind, denken viele Mitglieder an der CDU-Basis immer noch in weiten Teilen realpolitisch, liberal und konservativ. Die Wahl von Merz zum Parteivorsitzenden beruhte auf der Hoffnung dieser Mitglieder, daß es durch ihn zu einer Politikwende kommt. Leider hat er diese Hoffnung bisher enttäuscht.

Frage: *Warum lassen sich die an der Basis demnach noch vorhandenen konservativen Elemente das alles bieten? Also eine linksgrüne Führung, die die Vielfalt an der Basis keinesfalls mehr abbildet.*

"Umwandlung der CDU in eine sozialistische Partei"

Hans-Georg Maaßen: Es gibt und gab Widerstand gegen die Umwandlung der CDU in eine sozialistische Partei. So haben sich Mitglieder von CDU und CSU zur "WerteUnion" zusammengeschlossen, in vielen Landesverbänden sind konservative Gruppen gegründet worden, und konservative Funktionsträger finden sich im Berliner Kreis zusammen. Allerdings wird es diesen Gruppen fast unmöglich gemacht, auf die Politik einzuwirken, da innerhalb der Partei durch die Parteiführung eine rücksichtslose Diffamierungs- und Ausgrenzungspolitik gegenüber den Konservativen stattfindet.

Als Mitglied der "WerteUnion" hat man so gut wie keine Chance, ein politisches Mandat zu erhalten. Diese Leute werden wie Rechtsextremisten behandelt und teilweise auch offen so diffamiert. Funktionsträger, bei denen bekannt würde, daß sie Mitglied des "Berliner Kreises" oder der "WerteUnion" sind, müssen damit rechnen, daß ihre politische Karriere sehr bald vorbei ist.

All das wird von den tonangebenden Medien unterstützt, indem konservative CDU-Politiker öffentlich etwa als Rechtsextreme, Ewiggestrige oder Rechtspopulisten an den Pranger gestellt werden. Das sind keine Geschichten aus einem totalitären kommunistischen Staat, sondern das ist aus der CDU von Helmut Kohl und Konrad Adenauer geworden.

Frage: *Welche parteipolitische Zukunft sehen Konservative wie Sie? Gibt es bei diesen noch einen Glauben an die Reformierbarkeit der CDU? Denkt man über die Gründung einer neuen Partei nach? Hofft man auf eine reformierte AfD? Oder denkt man gar daran, die Flinte ins Korn zu werfen und sich ins Private zurückzuziehen?*

Hans-Georg Maaßen: Die Konservativen haben den Kampf nicht aufgegeben, sondern gehen

unterschiedliche Wege. Die einen - wie die Mitglieder von "WerteUnion" und "Berliner Kreis" - setzen immer noch darauf, daß die Unionsparteien reformiert werden können, auch wenn derzeit die politischen und medialen Rahmenbedingungen nicht stimmen. Andere haben die Partei verlassen und setzen auf eine neue politische Kraft zwischen den Unionsparteien und der AfD.

Einige von ihnen haben die neue Partei "Bündnis Deutschland" gegründet. Wieder andere setzen auf eine breite außerparlamentarische Bürgerbewegung, die durch die Mobilisierung der Massen Druck auf die Politik ausüben soll. Wieder andere setzen sich für eine Reform der Medien ein, weil dies eine Voraussetzung dafür ist, daß es zu einer Politikwende kommt.

Frage: Warum ist die CDU bei der Bekämpfung des linksextremen Terrors nicht so sonderlich aktiv? Sobald die CDU wieder eine konsequent an den Interessen von Deutschland ausgerichtete Politik betreiben würde, würden schließlich auch die Autos von CDU-Politikern brennen und deren Wohnhäuser beschmiert werden. ...

"Die Feigheit der bürgerlichen Politiker vor den linken Medien"

Hans-Georg Maaßen: Ein Hauptgrund dafür dürfte die Feigheit bürgerlicher Politiker vor den linken Medien sein. Über 90 Prozent der jungen Journalisten der Staatsmedien der ARD erklärten sich in einer Umfrage zu Anhängern der Grünen, der ehemaligen SED und der SPD. Es gibt leitende Politikjournalisten in den Staatsmedien, die aus der gewaltbereiten Antifa-Szene kommen.

Sie können sich vorstellen, daß diese Medien linksradikale Gewalt oder Gewalt von Migranten in Deutschland entweder totschweigen oder - sofern es nicht mehr möglich ist - bagatellisieren oder uminterpretieren. Als CDU-Politiker sich dagegen zu stellen, bedarf eines Rückgrats und eines dicken Fells, was bei den heutigen Politikern kaum mehr zu finden ist.

Frage: Welche Zukunft hat das bürgerlich-konservative Lager in Deutschland überhaupt noch? Kann es angesichts des - von linksgrünen Meinungswächtern an die Adresse von CDU-, CSU- und FDP-Politikern verhängten und von diesen unterwürfig eingehaltenen – Fraternisierungs- und Politisierungsverbots gegenüber der AfD überhaupt noch zu einer bürgerlichen Mehrheit kommen?

"Klassische sozialistische Feindbekämpfung aus dem Lehrbuch einer kommunistischen Partei"

Hans-Georg Maaßen: Die Zukunft Deutschlands wird bürgerlich-konservativ sein, oder es wird keine gute Zukunft haben. Zunächst muß man sich der politischen Taktik der Linken bewußt sein. Was sie mit den Bürgerlichen und Konservativen betreiben, ist klassische sozialistische Feindbekämpfung wie aus dem Lehrbuch einer kommunistischen Partei. Die Bürgerlichen werden als Nazis, Faschisten und Verschwörungstheoretiker diffamiert, sie werden aus dem politischen, gesellschaftlichen und teilweise auch wirtschaftlichen Leben gedrängt und es werden Kontaktverbote verhängt:

Wenn jemand mit jemandem redet, der ausgegrenzt ist, wird er ebenfalls ausgegrenzt. Diese Technik müssen die Bürgerlichen verstehen, besser noch studieren, und sie brauchen Mut, dagegen vorzugehen. Die Feigheit der heutigen bürgerlichen Politiker vor der linken politischen und medialen Dominanz müssen deren Kinder und Enkelkinder teuer bezahlen.

Frage: Etliche namhafte SPD- und Linken-Politiker sprechen sich dafür aus, daß Deutschland bezüglich des USA-Rußland-Krieges lieber seine eigenen und europäischen Interessen vertreten sollte - statt einfach nur allen Wünschen der tonangebenden US-Geopolitiker blind Folge zu leisten. Warum hört man diesbezüglich von der CDU keine vernünftigen Ansätze?

Hans-Georg Maaßen: Die deutschen Politiker sind vom Volk gewählt worden, um deutsche Interessen und nicht die Interessen der USA oder des Selenskyj-Regimes zu vertreten. Leider scheinen Teile der CDU-Führung das anders zu sehen. Ich führe es darauf zurück, daß maßgebendes Führungspersonal der CDU sehr stark in die transatlantischen Beziehungen hineinso-

zialisiert worden ist und sich nicht vorstellen kann oder will, daß die deutschen und europäischen Interessen nicht immer deckungsgleich sind mit denen Washingtons.

Im Übrigen haben deutsche Politiker und Diplomaten seit längerem ein Problem damit, in Brüssel oder bei internationalen Verhandlungen nationale deutsche Interessen zu artikulieren. Sie wissen teilweise noch nicht einmal, was wir für Interessen haben. Nicht wenige Kollegen anderer Länder machen sich inzwischen darüber lustig.

Frage: *Wie kommen wir angesichts der realen politischen Kräfte- und Medienverhältnisse überhaupt noch aus der Misere heraus?*

"Multiple Krisen bringen einiges in Bewegung"

Hans-Georg Maaßen: Ohne eine Mobilisierung von größeren Teilen des Bürgertums und ohne eine Veränderung der Medien oder Medienberichterstattung wird es nicht gehen. Es ist derzeit auf Grund der multiplen Krisen, die uns treffen, einiges in Bewegung. Viele Menschen, die bisher unpolitisch waren, spüren die gewaltigen politischen Veränderungen auf Grund der linken Ideologie. Ich befürchte aber, es muß uns noch viel schlechter gehen, damit es wieder besser wird.

Frage: *Hat diese EU in dieser Form noch eine Zukunft? Ist sie noch reformierbar?*

"Republik Europa ist wie ein entgleister Zug, ohne Steuerung"

Hans-Georg Maaßen: Ich sehe die europäische Idee eher emotionslos. Wenn wir sie nicht bräuchten, wäre es auch ohne gut. Aber wir brauchen eine enge europäische Kooperation, damit die europäischen Staaten nicht zum Spielball der großen Mächte USA, China und Rußland werden. Wir brauchen dafür jedoch eine Union der Nationalstaaten mit so viel Europa wie notwendig und so vielen nationalen Freiheiten wie möglich. Das Projekt "Europäische Union" steht aus meiner Sicht vor dem Scheitern, da es ideologisiert worden ist und nicht mehr die Interessen der Nationalstaaten, sondern die Ideologie einer bürokratischen Elite vertritt.

Wir brauchen ein Europa der tatsächlich souveränen Nationalstaaten, die sich zunächst auf ihre eigenen Interessen besinnen und diese dann auch in der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zum Ausdruck bringen. Das Projekt "Republik Europa" ist wie ein entgleister Zug, der ohne Steuerung durch die Landschaft rast und dabei immensen Schaden anrichtet, um ein Bild des britischen Autors Douglas Murray zu verwenden.

Damit Europa nicht scheitert, müssen wir wieder zu dem Punkt zurückkehren, an dem die ideologischen Fehlentwicklungen angefangen haben. Und das begann schon vor der Maastricht-Zeit. Wir müssen die Europäische Union reformieren. Wenn das nicht geht, dann müssen wir sie durch etwas Effektiveres ersetzen.

Das Gespräch führte Jan Mainka.

Dieses Interview erschien in Erstveröffentlichung in der BUDAPESTER ZEITUNG, unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION. ...<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 2. Dezember 2022 (x1.191/...): >>"**Zentrale Medienaufsichtsbehörde" als 'Großer Bruder': So plant die EU die Pressefreiheit-Abschaffung**

Mit dem Argument die abnehmende Pressefreiheit in der EU zu retten, plant Brüssel derzeit eine, von Frau von der Leyen angeregte zentrale Medienaufsichtsbehörde, die die Pressefreiheit de facto selbst abschafft. Die EU überzieht Elon Musk, der angetreten ist, die Meinungsfreiheit auf Twitter wiederherzustellen, bereits mit handfesten Drohungen.

Von David Berger

Daß man in Deutschland schon seit längerem Demokratie und Rechtsstaat aushöhlt mit dem Anspruch dadurch die Demokratie zu retten, ist nicht neu. Eine ähnliche Strategie legt nun auch die EU an, die mit einem neuen "Medienfreiheitsgesetz" angeblich die Pressefreiheit in Ländern wie Polen und Ungarn retten möchte.

Medienfreiheit auch in Deutschland in großer Gefahr

Fakt ist: Seit geraumer Zeit - besonders stark zunehmend im Rahmen der Corona-Hysterie und nun des Ukraine-Konflikts konstatieren Studien und Fachleute einen bedenklichen Rückgang der Pressefreiheit in vielen Ländern der EU. Der sog. Rule of Law Report und der Media Pluralism Monitor der EU kommen erstaunlicherweise beide zu dem Schluß, "daß die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien in der EU in Gefahr ist."

Dagegen will die Europäische Kommission nun mit dem sog. European Media Freedom Act (EMFA), den von der Leyen bereits 2021 vollmundig in einer Rede an die Nation als Lösung dieses Problems angekündigt hatte, vorgehen.

Auch Polen und Ungarn im Visier

Daß von der Leyen dabei v.a. Länder wie Polen oder Ungarn im Visier hatte, war überdeutlich. Man konnte also bereits ahnen, wie wenig es hier wirklich um Freiheit, vielmehr um zentralisierte Kontrolle und Zensur ging. Ganz abgesehen davon ist solch ein Plan ein gigantischer Tabubruch: Eine zentrale Medienaufsichtsbehörde, die von Brüssel aus auch noch von der nicht gewählten EU-Kommission geleitet wird bricht selbst mit allen Prinzipien der Pressefreiheit.

Nirgends in den Verträgen, die die EU begründen, ist eine solche Kontrolle vorgesehen, ja sie wird abgelehnt:

"Mitgliedstaaten haben das höchstempfindliche Feld der Medienpolitik stets als ihre alleinige Zuständigkeit verstanden. Der EMFA stellt also einen Paradigmenwechsel dar."

Für die EU ist Abschaffung der Pressefreiheit Chefsache

Zutreffend, wenn auch noch verhältnismäßig zurückhaltend äußern sich dazu Helmut Verdenhalven und Philippe Meistermann vom Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV):

"Die EU-Kommission wählt als Reaktion (auf die abnehmende Pressefreiheit in der EU) einen Weg, der das Gegenteil des Nötigen erreichen wird. Statt jenen Staaten, die Medienfreiheit nicht gewährleisten, mit den vorhandenen durchaus scharfen Werkzeugen des EU-Rechts zu begegnen, soll ein Regulierungskorsett für Medien überall in Europa geschnürt werden."

Kurzum: In Brüssel scheint man nach dem Motto zu verfahren: Wenn die Pressefreiheit in vielen Ländern den Bach runtergeht, dann schaffen wir sie doch ganz nach unseren Regeln und unter unserer Regie ab.

EU droht Musk schon jetzt mit Zensur von Twitter

Wie sehr man die Überwachung der europäischen Medien von Brüssel aus forciert, zeigt gut, daß man bei der EU rot sah, als E. Musk Twitter übernahm und ankündigte, dort die Meinungsfreiheit wieder herzustellen: So einfach dürfe er das nicht, für große digitale Plattformen gebe es in Europa ganz bestimmte Regeln, ließ man Musk wissen:

"Als Musk nach seinem Deal verkündete, der Vogel sei befreit - in Anspielung auf das Markenzeichen des Kurznachrichtendienstes - antwortete Breton für die Europäische Kommission unmißverständlich: 'Der Vogel fliegt nach unseren Regeln.' Und diese Regeln, so Breton, gälten für alle Plattformen, die auf dem europäischen Kontinent tätig sein wollten."

Dieser Beitrag erschien erstmalig auf PHILOSOPHIA PERENNIS unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.<<

03.12.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 3. Dezember 2022:

>>Neue Beweise: USA sprengten Nord Stream

Von *Jürgen Elsässer*

Ausgerechnet eine Unterwassermission von Greenpeace vor Bornholm entlarvte die Yankees. Die Pipeline-Sprengung - der vorerst (!) letzte Akt im hundertjährigen Krieg der USA gegen Deutschland.

Ende November startete Greenpeace mit zwei Forschungsschiffen, der "Beluga II" und der "Petrine", zur Untersuchung des Meeresgrundes rund um einen der Tatorte der Nord-Stream-Sprengung. Die Organisation teilte nach Auswertung der Filmaufnahmen und Probeentnahmen eines Tauchroboters mit: "Das aktuelle Gutachten eines Sprengstoff-Sachverständigen zeigt, daß die Nord-Stream-1-Pipeline sehr wahrscheinlich von außen gesprengt wurde."

Tatsächlich sieht man auf einem der Videos ein hoch vom Meeresgrund aufragendes Rohr. Dessen Betonummantelung ist teilweise zerstört und der Stahl an der aufgesprengten Öffnung meist nach innen gebogen. Letzteres deutet klar darauf hin, daß die Explosion nicht im Inneren der Röhre stattfand.

Diese Expertise schließt damit eine Täterschaft im Auftrag des Kreml aus. Da während des großen NATO-Manövers Baltops 22 ohnedies keine russischen Schiffe eine solche Terroraktion ins Werk hätten setzen können, war von NATO-Ideologen als Hilfsvariante gestreut worden, daß Bomben auch über Gazprom-Reinigungsroboter im Innern der Pipeline hätten platziert werden können. Daß sogar Greenpeace, eine dezidiert Putin-kritische Aktivistengruppe, nun diese Variante verneint, ist ein schwerer Schlag für die westliche Propaganda.

Der erwähnte Sprengstoff-Sachverständige, Wolfgang Spyra, stieß auf weitere "Ungereimtheiten" am Explosionsort. "So müsse es dort eigentlich wesentlich mehr Teile der zerstörten Pipeline geben. Wenn etwa 250 Meter Pipeline zerstört wurden, könne das Material nicht verschwunden sein", faßte die Welt seine Aussagen zusammen.

"Bei der Suche müßte man also solche größeren Objekte gefunden haben, die einen Aufschluß über die Hintergründe geben könnten", sagte Spyra demnach. Aber wo sind diese Objekte geblieben? Der Verdacht ist zwingend, daß frühere Suchtrupps sie geborgen und mitgenommen haben. Zumindest von Schweden und Dänemark ist bekannt, siehe oben, daß sie die Gelegenheit dazu gehabt hätten. Im Kriminalistenjargon nennt man das Beweismittelvernichtung.

Weitere Hinweise auf eine Täterschaft der USA und ihrer Verbündeten bei der Zerstörung von Nord Stream finden Sie in unserer neuen Sonderausgabe "USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg". Zur Indizienkette gegen die Yankees gehören:

Ankündigungen der Anschläge durch Joe Biden und andere US-Politiker.

Zwei Geisterschiffe in Tatortnähe.

Ein Geisterflugzeug 35 Minuten vor der Sprengung am Tatort.

Das Schicksal einer "Kleinen Anfrage" an die Bundesregierung.

NATO-Schiffe in der Ostsee während der Manöver Baltops 22 und Baltic Tiger.

Mehr erfahren in der brandaktuellen COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland. Der hundertjährige Krieg". ...<<

Niederlande: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 3. Dezember 2022 (x1.188/...): >>Eltern fordern Bluttransfusionen von Ungeimpften für Operation an Kind: Behörden prüfen nun Kindesabnahme!

Im sozialistisch regierten Neuseeland erleben derzeit die Eltern eines schwer kranken Kindes die volle Härte der dort vorherrschenden Corona-Diktatur. Da sie von den behandelnden Ärzten und dem Krankenhaus forderten, für die Bluttransfusionen an ihrem Baby ausschließlich Blut von Ungeimpften zu verwenden, was diese verweigerten, werden sie nun auch noch von der Gesundheitsbehörde angeklagt.

Kindesabnahme wegen Forderung nach mRNA-freiem Blut?

Dem vier Monate alten Baby steht eine Herzoperation bevor. Die Eltern, beide gegen das Coronavirus ungeimpft, verweigerten jedoch von Beginn an eine Blutspende von Menschen, die sich der mRNA-Gentherapie unterzogen. Man vertraue den Nebenwirkungen nicht und fürchte Konsequenzen im bisher unerforschten Bereich der Bluttransfusionen.

Die Eltern hatten zudem dutzende Bekannte und Freunde, die "ungeimpftes Blut" für ihr Kind

bereitgestellt hätten. Doch die behandelnden Ärzte sowie die Krankenhausleitung winkten ab und verweigerten, vermutlich auf politischen Druck, eine "Sonderbehandlung".

Dem nicht genug, leitete die neuseeländische Gesundheitsbehörde "Health New Zealand" eine Klage gegen die Eltern wegen Kindesgefährdung ein. Man wolle nun eine Kindesabnahme prüfen.

Blutbanken für "Ungeimpfte" boomen

Die Problematik ist nicht nur in Neuseeland derzeit hoch aktuell. Weltweit organisieren sich impffreie Menschen für den Fall, daß sie irgendwann eine Blutspende benötigen würden. Natural News berichtete kürzlich über ein Schweizer Pionierprojekt in diesem Bereich, nämlich Blutbanken für gegen Corona "Ungeimpfte".

Der Schweizer Naturheilkundler George Della Pietra hat einen neuen "SafeBlood Donation-Service" ins Leben gerufen, um sauberes, ungeimpftes Blut für Patienten bereitzustellen, die Transfusionen benötigen.

Da die allgemeine Blutversorgung heute durch "voll geimpftes", mit Spike-Proteinen belastetes chemisches Blut verdorben ist, steigt die Nachfrage nach "reinem Blut" rapide an. Pietra sah darin offenbar eine große Chance, dieses Blut zu liefern, das jetzt gefragter denn je ist.

Pietra, der die Impfungen gegen das Wuhan-Coronavirus (Covid-19) als "Verbrechen des Jahrhunderts" bezeichnet, ist der Ansicht, daß die Covid-Spritzen mit Boten-RNA (mRNA) das Blut "kontaminieren" und das Immunsystem zerstören.

Wenn eine nicht geimpfte Person eine Bluttransfusion erhält, die mRNA, Spike-Proteine und was auch immer sonst noch in diesen Fläschchen enthalten ist, könnte auch sie kontaminiert werden, weshalb er den SafeBlood Donation Service entwickelt hat.

Die von den Konzernen kontrollierten Medien machen sich über Pietra lustig und werfen ihm Pseudowissenschaft vor, aber Tatsache ist, daß "reines Blut" immer gefragter wird, weil niemand das verunreinigte Zeug haben will.

"Ich bekomme Hunderte von E-Mails, in denen ich gefragt werde, ob ich Blut zur Verfügung habe, weil ich in drei Wochen operiert werden muß", wird Pietra zitiert.

"Wir wollen eine Plattform für Menschen sein, die die freie Wahl des Blutspenders haben wollen. Ganz gleich, ob sie glauben, daß eine echte Verschwörungstheorie im Gange ist, daß die Neue Weltordnung (im Gange ist), oder ob sie einfach sagen: 'Ich will es einfach nicht', aus welchem Grund auch immer."

Mediziner lehnen Anfragen zu "ungeimpften Blut" ab

Zurzeit hat SafeBlood Donation Mitglieder in mindestens 16 Ländern, deren Ziel es ist, Blutbanken einzurichten, die ungeimpftes Plasma für ihre Mitglieder bereitstellen. Außerdem sollen mehr Krankenhäuser und Gesundheitsbehörden dazu gebracht werden, "gezielte Spenden" von speziell ungeimpftem Blut in herkömmlichen Blutspendezentren zuzulassen.

Die Gesundheitsbehörden erlauben gezielte Spenden nur in bestimmten Situationen, in denen es medizinisch notwendig ist, z.B. um eine seltene Blutgruppe zu beschaffen, lehnen aber die zunehmenden Anfragen nach ungeimpftem Blut aus ethischen und medizinischen Gründen ab", so ein Medienbericht.

Der Grund, warum SafeBlood Donation damit auf einige Schwierigkeiten stößt, ist, daß die "offiziellen" Quellen, einschließlich der US-amerikanischen Food and Drug Administration (FDA), alle darauf bestehen, daß es keinen Unterschied zwischen geimpftem und ungeimpftem Blut gibt.

Es ist zu erwarten, daß das derzeitige System nicht mit dem übereinstimmt, was SafeBlood Donation und seine Mitglieder zu tun versuchen, so daß die unvermeidliche Folge davon die Schaffung einer völlig neuen Blutspendeinfrastruktur sein wird, in der nur "sauberes Blut" zugelassen ist.

"So ein Blut habe ich noch nie gesehen", sagt Pietra über die Anomalien, die er bei der Unter-

suchung von Blut vollständig gegen Corona geimpfter Personen beobachtet hat und die ihn veranlaßten, SafeBlood Donation ins Leben zu rufen.

"Das war, um ehrlich zu sein, der Hauptgrund, warum ich mit der ganzen Sache angefangen habe, denn als ich das sah, war ich entsetzt."<<

Schweiz: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 3. Dezember 2022 (x1.222/...): >>>Das Brandzeichen des Totalitarismus

Scheinbar harmlose Formen technischer Normierung, etwa der QR-Code, sind Bausteine, mit deren Hilfe die technokratische Dystopie errichtet wird.

Von *Tom-Oliver Regenauer*

Der QR-Code: Spätestens seit der Coronakrise ist er jedem bekannt. Auch den Senioren. Viele assoziieren das omnipräsente schwarz-weiße Quadrat auf Dokumenten, Objekten und Displays mit einem unguuten Gefühl. Mit Kontrolle und Überwachung, mit "Track & Trace". Denn als im Zuge der vermeintlichen Pandemie in vielen Ländern 2G- und 3G-Zugangsreglements galten, entschied besagter Code über Teilnahme oder Nichtteilnahme am sozialen Leben. Restaurant, Fitneß-Studio, Einzelhandel, Flugzeug, Hotel - Zugang nur noch nach Vorlage beziehungsweise nach Einscannen des QR-Codes.

In der No-COVID-Hochburg China bestimmt die zweifarbige Digitalfußfessel seither den Alltag eines ganzen Volkes. Nicht einmal Nahrungsmittel erhält man im technokratischen "Reich der Mitte" ohne das grafisch an ein Labyrinth erinnernde Mal der Unterdrückung. Mittlerweile scheint aber auch die chinesische Bevölkerung die Gängelei der allmächtigen Partei leid zu sein. Seit einigen Tagen eskalieren im ganzen Land Proteste. Die Regierung stampft unterdessen unbeirrt ein riesiges COVID-Isolationscamp nach dem anderen aus dem Boden.

Die Chinesen rebellieren gegen ein System und dessen Herrschaftsinstrument. Gegen das digitale Brandzeichen, das die Herde verwaltbar macht. Rinder tragen es zumeist auf dem Allerwertesten, der Homo sapiens auf dem Smartphone. Schon in dem 1949 von den US-Erfindern Norman Woodland und Bernard Silver entwickelten Vorgänger - dem Barcode (Strichcode) - sahen nicht wenige Menschen das "Malzeichen des Tieres", ein Symbol jener dunklen, endzeitlichen Macht, die gen Ende der Zeit allen Erdbewohnern ihren von bösen Mächten getriebenen Willen aufzuzwingen sucht.

Mystisch aufgeladene Verschwörungstheorien ranken sich seit jeher um das Thema. Auch wenn relativ einfach nachvollziehbar ist, daß die im Okkultismus bedeutsame Zahlenfolge "666" nicht wie häufig postuliert Teil eines jeden Strichcode-Etiketts sein kann. Das Gerücht hält sich dennoch hartnäckig. Selbst die Nachrichtenagentur Reuters berichtete noch im Jahr 2007 darüber, wie Hunderte gottesfürchtige Menschen in Rußland neue Ausweise ablehnten, weil diese mutmaßlich die satanischen Ziffern enthielten.

Doch auch ohne in Mystik, Numerologie und okkulte Sphären vorzudringen, zeigt ein genauerer Blick auf die optoelektronische Registrationsmaschinerie unserer Zeit, daß die damit einhergehende Effizienzsteigerung, daß der Zugewinn an Bequemlichkeit durchaus seinen Preis hat. Auch wenn vermeintliche Innovationen wie die QR-Rechnung, die in der Schweizer Finanzindustrie bereits Standard ist, zunächst Simplifizierung verheißen.

Entwickelt wurde der QR-Code im Jahr 1994 von der japanischen Firma Denso, einem seit 1949 eigenständig operierenden Spin-off des Toyota-Konzerns. Der maximale Informationsgehalt eines solchen Quick-Response-Codes beträgt 23.648 Bit. Das entspricht 7.089 Dezimalziffern, 4.296 alphanumerischen Zeichen oder 1.817 chinesischen Schriftzeichen. Daneben weisen die kryptisch wirkenden Codes eine hohe Fehlertoleranz auf.

Das bedeutet, daß Scanner sie noch lesen können, auch wenn bis zu 30 Prozent der Information nicht mehr vorhanden ist. Das macht den QR-Code zur perfekten Basis für digitale Identifikationssysteme (eID) und Geldbörsen (Wallets). Nicht umsonst basieren Projekte wie ID2020 von GAVI, Microsoft, Bill Gates und der Rockefeller Foundation oder das 2019 vom

Weltwirtschaftsforum (WEF) mit Geld der Rockefeller-Stiftung gegründete The Commons Project auf dieser Entwicklung.

Die Verwendung des QR-Codes ist lizenz- und kostenfrei. Die Spezifikationen wurden von Denso offengelegt und werden seither von der 1946 in London gegründeten und seit 1949 in Genf/Schweiz ansässigen "Internationalen Organisation für Normung" (ISO) verwaltet. Die ISO ist eine Nachfolgeorganisation der bereits im Jahre 1926 gegründeten ISA (International Federation of the National Standardizing Associations), die bis 1942 bestand und sich um die internationale Standardisierung von nichtelektronischen Technologien kümmerte.

Noch früher, nämlich bereits im Jahr 1904, wurde in St. Louis/USA der Grundstein für die "International Electrotechnical Commission" (IEC) gelegt, die seit 1948 aber ebenfalls in Genf residiert und an globalen Synergien von Elektronik und Elektrotechnik arbeitet. Lanciert, organisiert und finanziert wurden die internationalen Normierungsbemühungen seit Anbeginn des 20. Jahrhunderts vor allem von der Großindustrie. Namen wie Siemens, Standard Oil (Rockefeller), J. P. Morgan oder Harvard University begegnet man in den entsprechenden Dokumenten immer wieder.

Ein Arbeitspapier der "MIT Sloan School of Management" vom Januar 2007, das sich mit der Gründung der ISO beschäftigt, führt diesbezüglich an:

"Wenn auch unauffällig, gehört das Setzen von Standards zum A und O der Globalisierung des Industriekapitalismus seit seinen Anfängen und sorgt dafür, daß alles zusammenpaßt, was zusammenpassen muß. Von Produkt zu Produkt, von Branche zu Branche und von Land zu Land. ...

In den letzten beiden Jahrzehnten wurden freiwillige Standardisierungsprozesse, erfunden um die Jahrhundertwende von Ingenieuren, die in nationalen und internationalen technischen Gremien arbeiten, zunehmend auf Felder angewendet, die nur noch wenig mit der Montage eines mechanischen Teils zu tun haben, zum Beispiel auf Arbeitsprozesse (ISO 9000), Umweltverschmutzung (ISO 14.000) und Menschenrechte (SA 8000, ISO 26000). Dieser schnell wachsende Anwendungsbereich, plus die hohe Sichtbarkeit von Standards in vernetzten Bereichen wie der Telekommunikation, hat zu neuem Interesse an Standardisierungspraktiken geführt."

Es geht um die "Vermessung der Welt", zeitigt aber weniger pläsiertliche Momente als die Lektüre des gleichnamigen Romans von Daniel Kehlmann. Denn wie der Vielreisende im Alltag leicht festzustellen vermag, hat ein Jahrhundert der Standardisierung, Normierung und Harmonisierung nicht dazu geführt, daß man zum Beispiel weltweit gleiche Steckdosen vorfindet - das wäre ja praktisch, keine Frage. Zusammengewachsen sind vor allem internationale Konzernstrukturen, Zahlungssysteme, Interbankenprozesse, Transportwege, Geheimdienste, Militär und Datensammelstellen.

So unscheinbar und bürokratisch die Aufgaben von Nichtregierungsorganisationen wie ISA, ISO oder IEC erscheinen, so fundamental sind deren Bemühungen und Ergebnisse für eine supranational operierende Technokratie.

Festzuhalten ist darüber hinaus, daß auch die Standardisierung der Welt - wie so viele Globalisierungsprozesse - ihren Ursprung im Vereinten Königreich des ausgehenden 19. und angehenden 20. Jahrhunderts nahm. In Kreisen der angelsächsischen Hochfinanz um Cecil Rhodes, Alfred Milner, Montagu Norman, der Bank of England, der Fabian Society oder dem englischen Königshaus, die allesamt eine Weltregierung unter britischer Ägide beschworen, eine Wiederauferstehung des "Empire", wie unzählige Originaldokumente aus diesem Zeitraum belegen.

Heute hat die Globalisierung der Banken- und Konzernoligarchie ein Level erreicht, das den Nationalstaat de facto obsolet macht. Das Netzwerk der "Global Governance" dirigiert über internationale Abkommen, verwobene Partnerschaften und transatlantische Regelwerke, die

sich jeglichem demokratischen Einfluß entziehen. Die nächste Etappe auf dem Weg zum orwellischen Überwachungsstaat dürfte die Einführung digitaler Zentralbankwährungen darstellen.

Und auch dafür sind - neben Disruption, die den Wandel erpresserisch alternativlos erscheinen läßt - Normierungsprozesse erforderlich. Vor allem für die Konversion von Nationalwährungen im internationalen Zahlungsverkehr und Interbankengeschäft.

Das zeigen die Pilotprojekte der 1930 etablierten Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), der Zentralbank der Zentralbanken mit Sitz in Basel, die nach dem Ersten Weltkrieg zunächst als Reparationsbank fungierte und deutsche Annuitäten an die verschiedenen Gläubiger verteilte. Heute ist die BIZ ein Privatunternehmen auf exterritorialem Gebiet, dessen Mitarbeiter diplomatische Immunität genießen.

Mitgegründet wurde die BIZ von Hjalmar Schacht, ehemals NSDAP-Mitglied, Präsident der Reichsbank und Reichswirtschaftsminister unter Hitler. Schacht kam bei den Nürnberger Prozessen trotz exponierter Stellung im Dritten Reich erstaunlich glimpflich davon und gründete bereits 1953 die Deutsche Außenhandelsbank Schacht und Co. Anschließend arbeitete er international erfolgreich als Finanzberater und veröffentlichte Bücher.

In den 1960ern wurde er Mitglied der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik. Und noch 1967 hielt Schacht ein wirtschaftspolitisches Referat auf dem Parteitag der nationalistischen Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), einem wilden Sammelbecken für Nationalisten, die sich zum Teil vom Naziregime distanzieren, und Ex-Nazis wie den ehemaligen Reichsleiter der Hitlerjugend Wolf Schenke.

Schacht starb im Jahr 1970 in München. Seine Tochter, Cordula Schacht, ist bis heute die offizielle Nachlaßverwalterin von Joseph Goebbels. Und die AUD ging später in den Grünen auf - was zum Hintergrund des 2003 verstorbenen Grünen-Gründers Baldur Springmann paßt, einem NSDAP-, SA-, SS-Mitglied und "strammen Nazi", wie ihn das Hamburger Abendblatt in einem Artikel vom April 2020 bezeichnete.

Extremistische Ideologien sind augenscheinlich schon immer Kernelement der machtgrünen "DNA" - egal welchem politischen Spektrum sie entspringen. Vielleicht haben die Parteifunktionäre der Postmoderne aus diesem Grund keine Gewissensbisse bei der Implementierung eines neuen totalitären Herrschaftsmodells und der Neuauflage von Kulturrevolution. Das würde erklären, warum die rot-grüne Bundesregierung als willfähriger Vasall des digital-finanziellen Komplexes, von NATO-Hegemonie und Globalisten-Philanthropie agiert und "das beste Deutschland aller Zeiten" zum europäischen Abbild Chinas verkommt.

"Es ist möglich, einzelne Gesellschaften über einen gewissen Zeitraum zu kontrollieren und disziplinieren, aber nicht die ganze Welt die ganze Zeit" (Report: Scenarios for the Future of Technology and International Development, Rockefeller Foundation 2010, Lock Step, Seite 20).

9/11 bot die Rechtfertigung für den Ausbau des Überwachungsstaates. Die Finanzkrise 2008 lieferte die nun noch hoffnungsloser überschuldeten Nationalstaaten endgültig dem supranationalen Bankenkartell aus. Die mutwillig amplifizierte (erweiterte) Pandemie lieferte Gründe, um den Antiterrorkampf zur Biosicherheitsdoktrin auszubauen und die Autonomie des Individuums endgültig zu untergraben.

Und entweder Krieg, Finanzcrash oder die vom Weltwirtschaftsforum (WEF) in Aussicht gestellte Cyber-Pandemie werden als Argument für die Einführung der neuen Digitalwährung herhalten müssen. Das Abhängigkeit herstellende Bürgergeld - als Vorbote des paternalistischen Kollektiv-Staates - wird ja bereits vorbereitet.

Und auch in den USA arbeitet man fieberhaft am finalen Werkzeug administrativer Unterdrückung, dem digitalen Dollar. Am 15. November 2022 gab das Innovation Center der New Yorker Federal Reserve Bank bekannt, einen zwölf Wochen andauernden Testlauf für digita-

les Zentralbankgeld zu starten - zusammen mit den wichtigsten Großbanken und Finanzinstitutionen im Lande: Citi, HSBC, SWIFT, Mastercard, Wells Fargo et cetera. Edward Snowden, der NSA/CIA-Whistleblower, kommentierte die Meldung bei Twitter kurz und bündig mit den Worten: "Es beginnt."

Wahrscheinlich ist es Zufall, daß die spektakuläre Pleite der Krypto-Plattform FTX, ein als DeFi- (Decentralized Finance) und Investment-Unternehmen getarntes Ponzi-Schema, die das Vertrauen in den unregulierten Krypto-Markt nachhaltig erodieren wird, genau in diesen Zeitraum fällt - und das mit Sicherheitsversprechen hausieren gehende, staatliche Digitalgeld-Projekt dadurch in einem besseren Licht erscheinen läßt.

Denn in Anbetracht des erstaunlich pünktlich mit Joe Bidens Präsidentschaft beginnenden FTX-Betrugs schwellen die Rufe nach mehr Regulierung des Krypto-Marktes im US-Kongreß natürlich sofort merklich an. So gewinnt der digitale Dollar an Sympathien in der Bevölkerung., obwohl er für den Normalbürger nur Nachteile mit sich bringt. Problem - Reaktion - Lösung. Hegel'sche Dialektik. Simpel wie effektiv in puncto Social Engineering.

Leider verhält es sich mit Zentralbankwährungen wie mit Bitcoin: Kaum jemand hat sich mit den Details beschäftigt. Die meisten regierungskritischen Geister assoziieren CBDCs (Central Bank Digital Currencies, digitale Zentralbankwährungen) mit etwas Negativem, denn sie werden von den Zentralbanken ausgegeben und verwaltet - Bitcoin und andere Kryptowährungen dagegen gelten als dezentral, hip und zentrales Werkzeug des Libertarismus. Weit gefehlt.

Denn erstens sind Bitcoin und Co weder anonym noch sicher oder Inbegriff des Dezentralen, eher eine PSYOP (psychologische Operation); zweitens existieren Dutzende verschiedener Formen von Zentralbankwährungen. Und nicht alle führen direkt in die am Ende aber tatsächlich zu erwartende Finanzknechtschaft.

Zum Beispiel kooperiert das US-Unternehmen Ripple, das die beliebte Kryptowährung XRP entwickelt und auf den Markt gebracht hat, mit der Europäischen Zentralbank, um den digitalen Euro voranzutreiben. Gleichzeitig entwickelt es eine plattformübergreifende "PayID". Technokratie mit coolem Blockchain-Start-up-Image also.

Auf der anderen Seite existieren durchaus CBDC-Konzepte, die praktikable Ansätze verfolgen und anonyme Peer-to-Peer-Zahlungen ermöglichen, also den direkten Wertetransfer zwischen zwei nichtkommerziellen Marktteilnehmern. Darüber hinaus herrscht im Bankensektor keinesfalls Einigkeit darüber, ob man nun digitale Zentralbankwährungen einführen sollte oder nicht - denn die Geschäfts- und Privatbanken sehen sich durch den monetären Paradigmenwechsel im Kerngeschäft bedroht und befürchten, in der Bedeutungslosigkeit zu verschwinden.

Man muß sich also eingehender mit der Materie beschäftigen, um die Situation korrekt einschätzen zu können, muß den Unterschied zwischen "Wholesale-CBDC" und "Retail-CBDC" verstehen. Präzision ist elementar für den öffentlichen Diskurs zum Themenkomplex. Denn wenn kritische Kreise lediglich undifferenziert vor der einen "bösen Zentralbankwährung, die uns alle versklaven wird" sprechen, gereicht ihnen das langfristig nicht zum Vorteil.

Sollte nämlich im ersten Schritt eine weniger totalitäre Digitalwährung eingeführt werden als prognostiziert, straft das die wohlmeinenden Mahner unnötig Lügen. Auch wenn sie am Ende recht behalten werden: Denn setzt sich die Menschheit nicht friedlich zur Wehr, führt der aktuelle Kurs in einen digitalen Gulag.

In Australien bekamen Coronamaßnahmenkritiker bereits im Oktober 2021 Besuch von der örtlichen Polizei, wenn sie regierungskritische Demonstrationen bei Facebook bewarben - womit das schlichte "Teilen" der Facebook-Events gemeint ist, nicht wilder Aktionismus. Die Beamten standen kurz nach dem verhängnisvollen Klick mit einem Papierausdruck des betreffenden Beitrags vor der Haustür und nahmen manch einen Delinquenten zum Verhör mit auf die Wache.

In Kanada forr die Regierung im Februar 2022 Tausenden Demonstranten, namentlich Fernfahrern, die sich friedlich gegen COVID-Maßnahmen positionierten, die Bankkonten ein oder konfiszierte deren Trucks. Diese tiefrote Linie staatlicher Übergriffigkeit überschritt nun auch die neue Regierung Brasiliens, wo man Menschen, die die Rechtmäßigkeit der Abwahl des vorherigen Präsidenten Jair Bolsonaro öffentlich anzweifelten, kurzerhand den Zugriff auf ihr Bankkonto sperrte.

Bisher sperrt man "nur" Nonkonformisten den Twitter-, Facebook- oder YouTube-Account, das PayPal- oder Bankkonto. Irgendwann werden diese Prozesse aber jeden Bürger betreffen. Auch jene Gutgläubigen, die sich passend zur Windrichtung eifrig um die Fahne sammeln. Spätestens dann, wenn es nicht mehr nur um Corona geht, sondern den individuellen CO₂-Fußabdruck, werden sie merken, daß Freiheit nie gewährt wird, sondern immer erstritten werden muß.

Im Lichte der hier beleuchteten Umstände ist es mehr als bedenklich, daß die Staats- und Regierungschefs der G20 unlängst verkündeten, digitale Gesundheitspässe künftig zur Voraussetzung für internationales Reisen machen zu wollen. Zum einheitlichen, globalen Standard.

In der Bali-Erklärung der G20-Konferenz vom 15. und 16. November 2022 wird dieser Eingriff in fundamentale Grundrechte der Bevölkerung euphemistisch unter dem hehren Ziel von "sicherer weltweiter Mobilität" vermarktet. Der Gesundheitsminister Indonesiens, Budi Gunadi Sadikin, erklärt, was unter den Wohlfühlfloskeln genau zu verstehen ist:

"Lassen Sie uns ein digitales Gesundheitszertifikat einführen, anerkannt von der WHO. Wenn sie vollständig geimpft oder getestet worden sind, können sie reisen. ... Wir werden das bei der nächsten Weltgesundheitsversammlung in Genf als Reform der internationalen Gesundheitsvorschriften vorschlagen."

Es braucht nicht allzu viel Imaginationsvermögen, um sich vorzustellen, wie rasch aus einem global standardisierten Gesundheitspaß eine bequeme Smartphone-App wird, die auch den elektronischen Ausweis enthält und mit den Social-Media-Accounts sowie dem eigenen CBDC-Zentralbankkonto verknüpft ist. Noch weniger Fantasie ist vonnöten, um sich auszumalen, welchen Grad von direktem Einfluß die Kontrolleure dieser integrierten Anwendungen damit über das Leben des Einzelnen erhalten - und wie skrupellos sie diese Kontrolle zum eigenen Machterhalt ausüben werden.

So avanciert der unscheinbare QR-Code unmerklich zum Fahrschein in Richtung Totalitarismus. Zur Eintrittskarte für das algorithmische Getto der schönen neuen Weltordnung von morgen.

Wie grotesk diese allenthalben ist, zeigt ein Vorgang vom 16. November 2022, der einer gewissen Ironie nicht entbehrt. Am besagten Tag machte ein Video des diesjährigen World Government Summit im Internet die Runde. Besser gesagt: die Reaktion der Video-Plattform YouTube auf den entsprechenden Ausschnitt.

Denn während der seit 2013 regelmäßig in Dubai stattfindende Weltregierungsgipfel ein reales Event ist und eine offizielle Webseite nebst ausführlichem Wikipedia-Eintrag vorzuweisen hat, kennzeichnete YouTube einen offiziellen, unverfälschten, auf dem eigenen YouTube-Kanal des Gipfels publizierten Mitschnitt der Paneldiskussion zum Thema "Sind wir bereit für eine neue Weltordnung?" mit dem automatischen wie zensorischen Hinweis:

"Die Neue Weltordnung ist eine Verschwörungstheorie, die von einer heimlich entstehenden, totalitären Weltregierung ausgeht."

Tom-Oliver Regenauer, Jahrgang 1978, war nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig, unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Seit Mitte der 90er-Jahre ist er zudem als Musikproduzent und Texter aktiv und betreibt ein unabhängiges Plattenlabel. Der in Deutschland geborene Autor lebt seit 2009 in der

Schweiz. Zuletzt erschien von ihm "Der Elefant im Raum: Das zweite Jahr 'New Normal' unabhängig kommentiert". Weitere Informationen unter regenauer.press.<<

04.12.2022

BRD: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 4. Dezember 2022 (x1.186/...):

>>Selbsterstörerische EU-Politik gegen Rußland treibt Europa in den Untergang - USA als Profiteur

"Durch Erfahrung immer dümmmer!" Mit diesem Zitat soll Karl Kraus die Verhältnisse in Österreich in der Zwischenkriegszeit beschrieben haben. Leider trifft diese Haltung inzwischen auf die ganze EU zu!

Russenhaß statt Kooperation

Die EU ist ein lernunfähiger Koloß, der stur an verrückten ideologischen Dogmen, aber auch an anderen unsinnigen Paradigmen festhält. Ein derartiges unsinniges Paradigma ist der tief-sitzende Russenhaß, der sich in Europa mindestens 200 Jahre zurückverfolgen läßt. Dumm ist bloß, daß sich diese Haltung von unseren angloamerikanischen "Freunden" wunderbar instrumentalisieren läßt.

Dadurch hat sich die EU in einen selbstzerstörerischen Antagonismus gegenüber Rußland hineintreiben lassen, anstatt eine Kooperation mit Rußland zum gegenseitigen Vorteil anzustreben. Das begann schon mit der unsinnigen NATO-Osterweiterung, für die es nach dem Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes keinen objektiven Grund gab. Die Behauptung, daß die NATO ein Verteidigungspakt sei, ist absurd. Die NATO ist ein Angriffspakt, wie die unzähligen Kriege, die die NATO in den letzten 20 Jahren geführt hat, belegen. Wer immer einen Angriffspakt beitrifft, muß wissen, daß er Anderen auf die Zehen steigt.

Kriegsakt gegen Deutschland bleibt ohne Folgen

Es kann daher auch für die Ukraine keine Art von "Naturrecht" geben, der NATO beizutreten, wie die westliche Propaganda ständig behauptet. Es war aber gerade diese Osterweiterung, die den Ost-West-Antagonismus perpetuierte. Niemand begreift in der EU, daß damit amerikanischen Interessen zum Schaden europäischer Interessen gedient wird. Nicht einmal die Sprengung der Nordstream-Leitungen durch die USA und/oder den Briten konnte daran etwas ändern, obwohl so ein Akt in jeder anderen Situation als Kriegsakt gegen die EU, aber insbesondere gegen Deutschland aufgefaßt worden wäre.

Daß der Ukrainekrieg für die USA zu Lasten Europas ein Bombengeschäft ist, dämmert derzeit nur Wenigen in der EU. Wesentlich dabei sind die unsinnigen Sanktionen, mit denen sich ausschließlich die EU ständig in das eigene Knie schießt.

Ende des Ukrainekrieges ist absehbar

Die Gründe dafür sind schnell aufgezählt:

Die NATO hat bereits Zweidrittel ihrer Munitionsreserven aufgebraucht und verfügt über keine ausreichende Kapazität den Verbrauch zu ersetzen. Rußland verfügt hingegen ganz offensichtlich über einen gigantischen Vorrat vor allem an Artilleriegeschossen.

Praktisch alle verfügbaren Reserven der NATO an Waffen sind bereits in der Ukraine und werden dort laufend von der russischen Armee zerstört.

Rußland verfügt über die totale Luftüberlegenheit über den ukrainischen Luftraum, wodurch jetzt die systematische Zerstörung der ukrainischen Infrastruktur ermöglicht wurde.

Bereits jetzt leidet die ukrainische Armee unter Versorgungsmängel, die darauf zurückzuführen sind, daß das Transportwesen in der Ukraine hauptsächlich auf E-Loks beruht, die durch die Beeinträchtigung der Stromversorgung nur noch beschränkt betrieben werden können.

Die bisherigen Verluste der ukrainischen Armee sind horrend, wie unlängst Kommissionspräsidentin von der Leyen zugegeben hat. Zu den von ihr genannten 100.000 Gefallenen müssen mindestens noch doppelt so viele Verwundete hinzugerechnet werden.

Selenskyj rühmte sich über eine Armee von einer Million Mann zu verfügen. Diese Anzahl

schmilzt laufend dahin und wird in Zukunft durch all die Nachteile der ukrainischen Armee noch schneller schmelzen.

In Kürze werden die russischen Reserven zum Einsatz kommen, die sich jetzt noch in Ausbildung befinden und so dem russischen Kommando ganz andere Operationsmöglichkeiten offerieren.

Selenskyj selbst hat die Aussichtslosigkeit der ukrainischen Position selbst indirekt durch seine kriminelle Operation unter falscher Flagge gegen Polen wohl indirekt eingestanden.

Friedensgespräche für Westen gleicht einer Kapitulation

Jeder, der also bis drei zählen kann, kann sich ausrechnen wie der Krieg nächstes Jahr ausgehen wird. Das Naheliegendste wäre jetzt, schnellstens ernsthafte Friedensgespräche zu beginnen, bei denen die legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands im Vordergrund stehen müßten. So ein Schritt wird jedoch vom kollektiven Westen als "Kapitulation" betrachtet und somit nicht in Betracht gezogen.

Die "Kapitulation" würde darin bestehen, daß der Westen seinen absurden Anspruch die ganze Welt zu kontrollieren, aufgeben müßte. Dazu ist man nicht bereit. Man glaubt tatsächlich, daß der ganze Planet dauerhaft nach der amerikanischen Pfeife tanzen muß. Die Realitätsverweigerer in Brüssel und Berlin wollen lieber warten, bis die ukrainische Armee kollabiert und Rußland einfach Tatsachen nach dem eigenen Dafürhalten schafft.

Selbsterstörerische Sanktionen sollen weiter verstärkt werden

Statt Friedensverhandlungen einzuleiten versucht man jetzt nochmals das, was bisher schon nicht funktioniert hat, nämlich die Verschärfung der Sanktionen durch eine Ölpreisobergrenze von 60 Dollar. Dabei geht man offenbar davon aus, daß Rußland ausschließlich von den Öleinnahmen lebe und ohne sie bald zusammenbrechen werde. Treffend für diese unsinnige Einschätzung ist die Bezeichnung Rußlands als "Tankstelle mit Atomwaffen".

Daß diese "Tankstelle mit Atomwaffen" gerade dabei ist den kollektiven Westen in der Ukraine zu besiegen, wollen die Realitätsverweigerer nicht zur Kenntnis nehmen. Der Ölpreisdeckel wird für Europa wieder muntere Preissteigerungen bei den Treibstoffen verursachen, nachdem das offizielle Rußland bereits angekündigt hat, zu diesen Bedingungen gar kein Öl zu liefern. Man kann es sich offenbar leisten. Rußland hat sich auf diese Situation bereits vorbereitet und 109 Tankschiffe gekauft.

Es gibt rund um den Globus genügend Abnehmer für russisches Öl und die Sinnlossanktionen der EU werden ins Leere laufen und den Ruin Europas weiter befördern. Die Sieger in diesem Konflikt werden neben Rußland die USA sein, die die europäische Industrie durch niedrige Energiekosten absaugen werden. Hinzu kommen noch umfangreiche Förderprogramme, wie der "Inflation Reduction Act", durch den amerikanische Firmen, oder Firmen die in den USA operieren, massiv bevorzugt werden.

Die herrschenden Machteliten in Europa haben in allem und jedem jegliches Maß und Ziel verloren und treiben jede Idee bis zum Exzeß und führen sie dadurch ad absurdum. Letztlich schadet sich die EU und da wieder vor allem Deutschland wirtschaftlich am meisten. Ein wirtschaftlich starkes Deutschland ist aber die Zentripetalkraft, die die EU zusammenhält. Ruiniert sich Deutschland selbst, ruiniert Deutschland auch die EU.

Die ost- und südeuropäischen Länder haben ohne ein ... wirtschaftlich starkes Deutschland keine Motivation mehr, in der EU zu verbleiben. Man wird sich lieber, wie derzeit schon Ungarn, mehr und mehr an China orientieren.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 4. Dezember 2022: >>**2022 toppt 2015: 1,2 Millionen Migranten**

Von *Sven Reuth*

Die "Ampel des Grauens" hat es gleich in ihrem ersten Regierungsjahr geschafft: Deutschland nimmt 2022 mehr Migranten auf als 2015 im Jahr des Asyl-Tsunamis. ...

Deutschlands Kommunen stehen endgültig vor dem Kollaps, doch der Regierung in Berlin ist das komplett egal: In diesem Jahr wird es mehr Ausländer nach Deutschland ziehen als 2015 im Eskalationsjahr der Asylkrise. Zum einen sind mehr als eine Million Ukrainer aus ihrem Land nach Deutschland geflohen. Diese erhalten eine Aufenthaltserlaubnis ohne Verfahren. Deutschland nimmt auch im europäischen Vergleich weit mehr Ukrainer auf als alle anderen EU-Länder außer Polen. So hat beispielsweise alleine das Bundesland Baden-Württemberg mehr Ukraine-Flüchtlinge aufgenommen als ganz Frankreich.

"Dramatischer Fluchtwinter"

Zum anderen wurden alleine bis Ende Oktober dieses Jahres mehr als 180.000 Asylanträge gestellt, die Hauptherkunftsländer waren Syrien, Afghanistan, die Türkei und der Irak. Auch das ist ein langjähriger Rekordwert. Die Ampel-Parteien tun derweil alles, um die Zuwanderungswaffe weiter scharf zu stellen. Einbürgerungen sollen nochmals enorm erleichtert werden, Abschiebungen sind im Grunde genommen gar nicht mehr möglich.

Die Folgen dieser Irrsinnspolitik sind kaum mehr zu kontrollieren. Viele Kommunen können die Leistungen für die Migranten nicht mehr finanzieren und die Wohnungsnot wird immer schlimmer. Der CSU-Politiker Manfred Weber, Chef der Europäischen Volkspartei (EVP), befürchtet einen "dramatischen Fluchtwinter" und äußerte weiter:

"Deutschland schlafwandelt gerade in eine neue Migrationskrise hinein."

1.000 Afghanen pro Monat zusätzlich

Von "schlafwandeln" kann im Ernst aber wohl keine Rede sein, vielmehr provoziert man diese mit vollem Bewußtsein. So entschied Bundesinnenministerin Nancy Faeser gerade, 1.000 Afghanen pro Monat zusätzlich aufzunehmen. Sachsens Innenminister Armin Schuster (CDU) sieht das deutsche Asylsystem schon in Auflösung begriffen. Eine Analyse, die sicherlich zutreffend ist. Andererseits sieht auch Schuster wohl leider weiterhin sein Hauptbetätigungsfeld in der Bekämpfung der Freien Sachsen.

Als am 4. September 2015 die Grenzen geöffnet wurden, gab es kein Halten mehr. Die Bundeskanzlerin hatte mit ihrer einsamen Entscheidung dafür gesorgt, daß eine wahre Asyl-Flut über uns hereinbrach und auch ganz Europa in den Sog gezogen wurde. Ähnliches könnte jetzt wieder bevorstehen. ...<<

05.12.2022

BRD: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 5. Dezember 2022 (x1.184/...):

>>Bayern muß Corona-Strafgelder zurückzahlen

MÜNCHEN - Bayerns Justizminister Georg Eisenreich hat am Mittwoch auf der von ihm initiierten Pressekonferenz offensichtlich auf das jüngste Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) reagiert und angekündigt, daß die zwischen dem 1. und 19. April 2020, verhängten Bußgelder zurückbezahlt werden.

Was im ersten Moment wie tätige Reue aussieht, entpuppt sich bei näherer Betrachtung jedoch als zwangsläufige Folge der Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes (VGH). Das wollten die straffreudigen Corona-Hardliner ursprünglich nicht akzeptieren und waren gegen dieses erstinstanzliche Urteil in Revision gegangen, um jetzt der höchstrichterliche Entscheidung BVerwG Folge leisten zu müssen.

Nachdem es bekanntlich in der Regel nicht leicht ist, als Geschädigter seinen Verlust ersetzt zu bekommen, hat die Wiedergutmachung, man könnte auch Amnestie sagen, einen Haken: Die Rückzahlung wird nicht automatisch erfolgen, sondern muß erst beim zuständige Ordnungsamt bzw. der Stelle, die das Bußgeld ausgesprochen hat, beantragt werden. Zahlen die nicht, bleibt der Klageweg offen. Viele werden sich das sicher nicht antun.

Darüber hinaus betrifft die Regelung nur die Bußgeldbescheide zwischen dem 1. und 19. April 2020, aber das wird sich sichern noch ändern. Nämlich dann, wenn die Verantwortlichen nach dem weiteren Auffliegen des Jahrhundertverbrechens alles daran setzen werden

ihren Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Zu Bayern analoge Bestrebungen zur Schadenswidergutmachen sind gerade für ganz Deutschland in Vorbereitung. Mittelfristig stehen die Chancen nicht schlecht, daß die anständigen und betrogenen Bürger komplett entschädigt werden, denn der Tag ist nicht fern, daß seitens der Obrigkeit "eh jeder immer schon dagegen gewesen wäre" und daß man sich "leider auf das Urteil der Experten und Expertinnen" verlassen habe und alles daran setzen werden "Gräben zuzuschütten" und "Brücken zu bauen". Kurz gesagt, es wird so sein, wie der längst verstorbene Großvater dem Verfassers dieser Zeilen einst sagte, daß ab Mai 1945 keiner zuvor ein Nazi gewesen war und daß man halt irgendwie mitmachen mußte.<<

Niederlande: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 5. Dezember 2022 (x1.181/...): >>Niederlande im "Great Reset-Modus": Zwangsenteignung von 3.000 Farmen, um "Klimaziele" zu erreichen

Die Niederlande dürften in den Plänen des "Great Reset" sowie den von der UNO vorgegebenen "Social Development Goals 2030" eine gewichtige Rolle spielen. Denn die Regierung unter Ministerpräsident Mark Rutte setzt wie kaum eine andere europäische Zwangsmaßnahmen ohne Wenn und Aber um - man erinnere sich an die größten Bauernproteste seit hundert Jahren, die keinerlei Abweichen von einer völlig destruktiven Politik bewirken konnten. Farmer, Bauern und Landwirte gelten überhaupt als erklärtes Ziel der Globalisten, will man doch die "umweltschädlichen" Nahrungsmittelproduzenten und ihre Betriebe im Sinne von globalen Gentechnik-Industrien ausmerzen.

3.000 geschlossene Bauernhöfe für die Klimaziele

Nun ist man in den Niederlanden bereits einen Schritt weiter. Die ohnehin bis zum Existenzminimum dezimierten Bauern werden dabei erneut ins Visier genommen. Bis zu 3.000 landwirtschaftliche Betriebe, die von der Regierung als "Spitzenverschmutzer" gebrandmarkt wurden, sollen bald zwangsenteignet und verkauft werden. Noch bietet man an, die Höfe aufzukaufen, um die nach EU-Recht (!) illegalen Ammoniak- und Stickoxidemissionen zu reduzieren.

Die für Stickstoff zuständige Ministerin Christianne van der Wal erklärte, den Landwirten würden mehr als 100 % des Wertes ihrer Betriebe angeboten, wenn sie aufgeben. Zum ersten Mal hat die Regierung erklärt, daß im nächsten Jahr Zwangsaufkäufe folgen werden, wenn die freiwilligen Maßnahmen scheitern.

Regierung drängt Landwirte zur Aufgabe

Die Landwirte werden nun vor die Wahl gestellt, im Sinne der Technologisierung und des "Great Reset": Innovation zur drastischen Verringerung der Emissionen, Umstellung auf eine neue Art von Unternehmen, Erweiterung in einer Weise, die ihre Auswirkungen verringert, Umsiedlung oder "freiwilliger Ausstieg".

"Für landwirtschaftliche Unternehmer wird es ein möglichst attraktives Ausstiegsprogramm geben", sagte Van der Wal in einer Reihe von parlamentarischen Briefings. "Für industrielle Spitzenverschmutzer werden wir mit einem maßgeschneiderten Ansatz und einer Verschärfung der Genehmigungen an die Arbeit gehen. Nach einem Jahr werden wir sehen, ob wir damit genug erreicht haben". Zwar betreffen die Maßnahmen auch multinationale Konzerne und ihre Dependancen, wie Shell und BP, jedoch werden die einfachen Landwirte die Hauptleidtragenden sein.

Auch eine 30-prozentige (!) Verringerung des Viehbestandes will die niederländische Regierung bis zum Jahr 2030 anstreben. Denn: Der Agrarsektor ist für 45 % der "bösen" Treibhausgase verantwortlich.

Bauern wütend - Klimafanatiker jubeln

"Die Reduzierung wird kommen", sagte Tjeerd de Groot, der agrarpolitische Sprecher der Partei D66, der glaubt, daß das Land die Zahl der Schweine und Hühner um 50 % reduzieren und

die Kühe auf Gras weiden lassen muß. "Ich bin jetzt sehr hoffnungsvoll, denn es ist nicht mehr nur freiwillig. Die ganze Wirtschaft ist wegen dieser Stickstofffrage zum Stillstand gekommen.

"Das macht den politischen Druck, auch in konservativen, bäuerlich orientierten Gesellschaften, groß. Ein relativ kleiner Teil der Wirtschaft blockiert den Rest der Gesellschaft, ganz abgesehen von den Problemen mit der biologischen Vielfalt und der Degradation. Jetzt wird es passieren, weil wir mit dem Rücken zur Wand stehen.

Trotz früherer freiwilliger Aufkaufprogramme haben nach Angaben der Volkskrant nur etwa 30 Landwirte aufgehört. Neue Zahlen zeigen, daß die Zahl der Tiere in den letzten zehn Jahren mehr oder weniger gleich geblieben ist, wobei in den Niederlanden mehr als fünfmal so viele Nutztiere gehalten werden wie 17,8 Millionen Menschen leben.

Die Landwirte sind wütend. Die BoerBurgerBeweging (Bauern-Bürger-Bewegung) erklärte, sie sei "erstaunt, daß die Landwirte und ihre Familien noch ein weiteres Jahr in Ungewißheit leben müssen".

Umweltschützer sind vorsichtig optimistisch. Natasja Oerlemans, Leiterin des Lebensmittelteams beim WWF Niederlande, sagte, die Landwirte seien zwar nicht schuld daran, daß sie sich an das System hielten, aber eine Reform sei schon seit Jahren notwendig.

"Alles in allem glauben wir, daß dies zu einem vielversprechenden Weg für die dringend benötigte Agrarwende in den Niederlanden führen könnte", sagte sie, fügte aber hinzu, daß es noch ungewiß sei, wie die Regierung die Abschaltungen durchsetzen würde, wenn ihr freiwilliger Ansatz scheitert. ...<<

07.12.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Dezember 2022: >>Die BRD ist der Schütze Arsch in der NATO

Deutsche Politiker vergangener Jahrzehnte haben stets gewußt, daß Deutschland ein Vasall der USA ist. Dabei will Amerika unser Land seit über 100 Jahren klein halten, zur Schachfigur eigener Interessen degradieren. COMPACT-Spezial "USA gegen Deutschland" bringt zahlreiche Beispiele aus Historie und Gegenwart für diese Abhängigkeit.

Kostproben gefällig? - Voilà:

"Seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmen die Amis bei uns über Krieg und Frieden ... Die Militärbasen der USA in Deutschland schützen uns nicht, sondern sie gefährden uns." (Oskar Lafontaine)

"Die BRD ist der Schütze Arsch in der NATO, mit uns kann man alles machen, das war von Anfang an so." (Jürgen Elsässer)

"Wir sind keine Mandanten des deutschen Volkes, wir haben den Auftrag von den Alliierten." (Konrad Adenauer)

"Wir haben gar keine Bundesregierung - Frau Merkel ist Geschäftsführerin einer neuen Nichtregierungsorganisation in Deutschland." (Sigmar Gabriel)

"Also ich muß Ihnen mal ganz ernsthaft sagen, daß das Besatzungsstatut immer noch gilt. Wir haben nicht das Jahr 1945. Wir haben das Jahr 2013. Könnte man das nicht mal aufheben und die Besatzung Deutschlands beenden?" (Gregor Gysi)

"Der Deutsche ist ein hydraköpfiges Ungeheuer und sollte in der ganzen Welt vernichtet werden." (New York Times, 1918)

"Nur durch eine Niederwerfung Deutschlands ... würde Amerika wirtschaftlich die Nummer eins in der Welt sein." (Mansur Khan)

"Weit über 60 Millionen Menschen wurden (1946) mit voller Absicht an den Rand des Todes durch Verhungern getrieben." (James Bacque)

"Wir sind doch faktisch ein Protektorat der Vereinigten Staaten." (Ex-Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, CDU, Spiegel, 21.5.1958)

"Tatsache ist: Einige alliierte Kontrollratsgesetze und Bestimmungen bestehen bis heute, wurden 1968 durch die sogenannten Notstandsgesetze und durch den Zwei-plus-vier-Vertrag von 1990 lediglich modifiziert." (aus dem Artikel "Immer noch ein besetztes Land")

"Kein Geheimvertrag hat irgendeine völkerrechtliche Verbindlichkeit. Aber dennoch können Geheimverträge geschlossen werden, sind immer geschlossen worden, und es ist die Praxis, daß Regierungen sich nach den Geheimverträgen zu richten pflegen. Es wird eben viel Politik gemacht, die nicht öffentlich gemacht wird, entgegen dem Grundgesetz, entgegen dem demokratischen Prinzip." (Karl-Albrecht Schachtschneider)

"Die von der US-Armee besetzten Grundstücke werden von Deutschland unentgeltlich zur Verfügung gestellt. 2011 betraf dies, einschließlich Wohn-, Wirtschafts- und Freizeiteinrichtungen, immerhin 53.870 Hektar Land und 24.226 Wohnungen und andere Gebäude." (aus dem Artikel "Unter der eisernen Ferse")

"Im beschaulichen Büchel, das nur rund 1.200 Einwohner zählt, lagern die USA schätzungsweise 20 Atombomben." (Business Insider)

"Ich tue alles, um eine Eskalation zu verhindern, die zu einem Dritten Weltkrieg führt." (Olaf Scholz)

"Deutschland wurde als Plattform genutzt, um diese Drohnentechnologie anzuwenden." (Thomas Drake)

"US bombing in Libya was linked to Berlin truck attack." (CNN)

"Zur Zeit der Sprengungen (Nord Stream Pipeline) flog ein nicht identifiziertes Flugobjekt über Bornholm." (Thüringens Ex-Verfassungsschutz-Chef Helmut Roewer) ...<<

Polen: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Dezember 2022:

>>**Kaczynski: "Deutsche wurden zu weich behandelt"**

Von *Sven Reuth*

Polens starker Mann, der PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski, hat nun mit wirklich ungeheuerlichen Äußerungen auf sich aufmerksam gemacht, die vor Deutschenhaß und Chauvinismus nur so triefen. Wie Warschau schon in der Vergangenheit die Lunte ans Pulverfaß gelegt hat, lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld" -

Offensichtlich will man in Deutschland gar nicht wahrnehmen, welch ungeheuerlicher und tiefer Deutschenhaß zumindest in Teilen der polnischen Regierungspartei PiS herrscht. Nun machte der Journalist Thomas Röper in einem Artikel für den Anti-Spiegel auf Äußerungen von Jaroslaw Kaczynski aufmerksam, die einem regelrecht den Atem stocken lassen.

Deutschland "zu weich behandelt"

Demnach äußerte Kaczynski im schlesischen Liegnitz im Gespräch mit Bürgern erst folgendes:

"Sie haben den Krieg angefangen, unglaubliche Verbrechen begangen, sogar die Polen, die überlebt haben, auf schreckliche Weise gedemütigt, sie benutzt. Sie haben es als ganzes Volk getan, denn sehr oft wurden Polen, die beispielsweise zur Zwangsarbeit auf Bauernhöfen getrieben wurden, gedemütigt und schlechter als Tiere behandelt."

In seinen folgenden Äußerungen vergriff sich der PiS-Chef dann komplett im Ton. Er sagte nämlich - so berichtet es die russische Nachrichtenagentur TASS - daß man Deutschland nach dem Krieg "zu weich" behandelt habe. Hätte man anders gehandelt, wäre Deutschland, wie der polnische Politiker betonte, "ein sehr, sehr armes Land mit viel weniger Bevölkerung"(!).

"Sie müssen zahlen"

Die Bundesregierung wäre nun in der Pflicht zu ermitteln, ob diese Äußerung wirklich so gefallen ist. Wenn ja, dann müßte man so langsam über deutliche Sanktionen auf diplomatischer Ebene nachdenken. Keine andere Regierung der Welt würde sich wohl unwidersprochen derartige Entgleisungen unwidersprochen gefallen lassen.

Weiter sagte Kaczynski:

"Sie wurden äußerst freundlich behandelt. Sie sollen Gott danken, daß das ... so war. Sie schulden uns etwas, sie müssen zahlen."

Diese "freundliche Behandlung" bestand darin - man kann es mittlerweile gar nicht oft genug wiederholen - daß Polen nach dem Zweiten Weltkrieg Schlesien, Pommern, Ost-Brandenburg und das südliche Ostpreußen annektiert hat und fast 100.000 Quadratkilometer früheres deutsches Staatsgebiet in Besitz nahm.

KZ-Terror gegen Deutsche

Es ist heute kaum mehr bekannt, daß auch die Institutionen des neuen polnischen Staates unter der von der frischgebackenen sowjetischen Besatzungsmacht eingesetzten "Lubliner Regierung" schwere Verbrechen begingen. In seinem Buch "Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland" berichtet beispielsweise der Historiker Hubertus Knabe davon, daß sowohl deutsche KZ's (darunter auch Auschwitz) wie auch Lager des NKWD von den gerade erst geschaffenen polnischen Organen weitergeführt wurden - nur daß diese "jetzt nicht mehr polnische Zwangsarbeiter, sondern Deutsche faßten".

Weiter betonte Knabe:

"Die brutale Ausbeutung der Gefangenen bei unzureichender Verpflegung, fehlender Hygiene und mangelhafter Bekleidung führte dazu, daß sie bald völlig entkräftet waren und regelrecht dahinsiechten."

Vor dem Hintergrund dieser nicht zu leugnenden historischen Wahrheit muten die Kaczynski-Äußerungen an wie ekelhaftester Zynismus!

Kriegstreiber: Wie Polen schon vor dem Ersten Weltkrieg gezündelt hat und danach Millionen von Deutschen vertrieben, in Lager gesperrt, gefoltert und ermordet hat, lesen Sie in COMPACT-Geschichte "Polens verschwiegene Schuld". Die passende Antwort auf die unver-schämten Reparationsforderungen aus Warschau. ...<<

Frankreich: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 7. Dezember 2022: >> Houellebecq: "Der große Austausch ist Tatsache"

Der renommierte französische Schriftsteller Michel Houellebecq sprach mit dem nonkonformistischen Philosophen Michel Onfray über die heißen Debatten unserer Zeit. ...

_ Von Barnabas Leimeiszter

Der nonkonformistische Philosoph Michel Onfray veröffentlichte sein Gespräch mit dem französischen Schriftsteller Michel Houellebecq (in einer Sonderausgabe seiner Zeitschrift Front Populaire). In dem Gespräch geht es auch um Transhumanismus, "Great Swapping", Amerikanisierung, europäische Bürokratie und den Verlust des Christentums.

Houellebecq stellt in dem Gespräch ganz deutlich fest:

"Ich möchte den Westen schützen, aber er muß es auch wert sein, verteidigt zu werden".

Trauer um die Harkis

Houellebecq und Onfray gelten als "Reaktionäre", da beide scharfe Analytiker der zeitgenössischen Dekadenz sind. Allerdings repräsentieren sie jedoch unterschiedliche Temperamente: Onfray spricht in einem kriegerischen, energischen, empörten Ton, während Houellebecq phlegmatischer, resignierter ist - sein Pessimismus neigt fast zur Frömmigkeit.

Houellebecq, der einen Teil seiner Kindheit in Algerien verbrachte, meinte: General De Gaulle habe es verdient, an eine Wand gestellt zu werden, weil er Muslime im Stich gelassen habe, die den Franzosen treu ergeben waren, als Algerien unabhängig wurde - nämlich die Harkis, die nach dem Abzug der Franzosen massakriert wurden, oft auf bestialische Art und Weise. Schätzungen gehen von mindestens 30.000 Opfern (Wikipedia) aus, die Zahl könnte aber auch 150.000 erreichen.

"Großer Austausch ist real"

In Bezug auf den "großen Austausch" (die Wortschöpfung geht auf Renaud Camus zurück), sagte Houellebecq: Es erstaunt ihn, daß der Bevölkerungsaustausch als "Theorie" bezeichnet

wird. Der bekannte Autor äußerte:

"Das ist keine Theorie, das ist eine Tatsache".

"Die Zahlen sind objektiv rückgängig", fügte Onfray hinzu. Des weiteren glaubt er, daß der Hauptfaktor für den Niedergang des Westens die demographische Krise ist. Houellebecq äußert zur Situation seines eigenen Landes:

"Frankreich geht zwar nicht stärker zurück als andere europäische Länder, aber es erlebt seinen eigenen Rückgang sehr stark."

Der Islamismus

Die Bedeutung des Islamismus wird unterschiedlich eingeschätzt: Der Philosoph Onfray sieht ihn nicht als definierendes Phänomen, sondern als Reaktion auf den amerikanischen Großmachtschub. Zudem glaubt er, daß sich westliche Muslime irgendwann an die materialistisch-konsumorientierte Kultur anpassen werden. Houellebecq sieht die Lage ernster. Er äußert:

"Ganze Viertel stehen unter der Kontrolle der Islamisten. Ich denke, diejenigen, die sich ihnen widersetzen, werden auch aktiv werden. Es wird Attentate geben, Schießereien in Moscheen."

Houellebecq sagt "umgekehrte Bataclans" voraus, worauf Onfray antwortet:

"Sie denken, wir werden einen Bürgerkrieg haben. Ich hingegen denke, dieser ist leise, aber es passiert bereits."

Es wurde auch darüber debattiert, wo sich beide ideologisch einordnen. Onfray bezeichnet sich selbst als "Populist" und qualifiziert Houellebecq in gleicher Weise. Der antwortet:

"Das ist der Beiname, den ich nehme. Ich habe meine Zweifel, ob ich rechts bin, aber Populismus ist okay."

Ohne Religion geht es nicht

Auch der Atheist Onfray und der Agnostiker Houellebecq tauschen sich über den heutigen Stand der Religion aus. Beide stimmen mit dem Positivisten Auguste Comte überein, daß Religion für das Überleben einer Zivilisation unerlässlich ist.

Seit 2015: Offene Grenzen treiben die Islamisierung voran. Auch der bekannte französische Autor Michel Houellebecq ist der Auffassung, daß der "Große Austausch" keine rechte Paranoia, sondern Realität ist.

Onfray äußert:

"Nur Religion kann eine Zivilisation vereinen und ihr ein transzendentes Ziel setzen."

Houellebecq sieht die Rolle der Religion vor allem darin, Menschen zu verbinden. In der heiligen Messe lieben sich die Menschen, "das ist großartig", sagte er. Onfray fügte hinzu: Daß Religion mehr sei als nur eine Verbindung zwischen Menschen, denn sie verbindet das Unten und das Oben, es ist eine vertikale Beziehung. Houellebecq erwähnte auch Joseph de Maistre, einen der Väter des konterrevolutionären, ultrakonservativen Denkens, und meinte, daß es schön gewesen wäre, wenn er während des Zweiten Vatikanischen Konzils bei uns gewesen wäre.

Ist das Böse erblich?

Das Gespräch endet mit Gedanken über die Erbsünde: "Glaubst du, daß ein Mensch von Natur aus schuldig ist?" fragte der Philosoph den Schriftsteller. Houellebecq antwortet als "fundamentalistischer" Schopenhauer-Gläubiger mit "Ja".

Und zu seinem Menschenbild äußert Houellebecq weiter:

"Man muß erzogen werden. Er wird böse geboren, aber es ist möglich, ihn zu erziehen. Wie wir so oft bei Rousseau sehen, ist das Gegenteil der Fall von dem, was er behauptet, wahr."

Freiheit statt Diktatur: In Zeiten von Corona-Regime und Impfzwang wird die Dystopie 1984 von George Orwell auf erschreckende Art und Weise aktuell. Der berühmte französische Philosoph und Nonkonformist Michel Onfray bekämpft diese Entwicklung in seinem Werk Theorie der Diktatur mit offenem Visier und fragt: Wie wird in Westeuropas Gesellschaften eine neue Art der autoritären Herrschaft etabliert?

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von "Unser Mitteleuropa" übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt. ...<<

USA: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 7. Dezember 2022 (x1.249/...):

>>Kultregisseur Oliver Stone - USA tragen die Schuld am Ukraine-Konflikt

Der US-amerikanische Kult-Regisseur, Drehbuchautor und dreifache Oscar-Gewinner Oliver Stone rechnet in einem Interview mit der Regierung in Washington ab.

Er beschuldigt die USA, den Konflikt in der Ukraine anzuheizen, und bedauert, für Biden gestimmt zu haben.

US-Filmikone als "Ankläger"

In einem Interview in der serbischen Zeitschrift Politika anlässlich des RSIFF-Filmfestivals (International Red Sea Film Festival), diesjährig im Saudi-arabischen Jeddah abgehalten, erklärte der amerikanische Regisseur und Drehbuchautor Oliver Stone, daß Washington für das Schüren des Konflikts in der Ukraine verantwortlich sei.

Er merkte dabei an, "was ist seit dem Jahr 2014 im Donbass passiert, und wie viele Menschen sind von dort weggegangen, weil die USA die ukrainische Armee massiv unterstützt haben? Seit dem Jahr 2014 war die Ukraine nicht mehr neutral, sondern wandte sich gegen Rußland, und das hat das Gleichgewicht gestört, deshalb kam es zum Konflikt."

Er warf in diesem Zusammenhang, der US-Regierung Heuchelei vor und betonte, daß Amerika "alle Regeln bricht, wenn es das will", aber andere Länder dafür verurteile.

Stone erklärte gegenüber den serbischen Journalisten auch, daß er von der Regierung Biden enttäuscht sei und es zu tiefst bereue, ihn seinerzeit gewählt zu haben. "Die Regierung ist dabei, rasch unterzugehen. Es war falsch von mir, diesen Mann zu wählen", sagte er.

Dann legt er "noch einen drauf" und erklärt, daß sich Biden nach seiner Ansicht als unfähige Führungsfigur erwiesen hätte. Seine Politik gegenüber dem Kreml sei gefährlich, so Stone weiter.

Regisseur von "US-Propaganda-Filmen" nun als "Nestbeschmutzer"?

Der Regisseur, der für seine Filme "Geboren am 4. Juli", "Platoon" und "Midnight Express" mit dem Oscar ausgezeichnet wurde, hat die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bereits mehrfach kritisiert.

Ebenso verurteilte er die Unterstützung der USA für die, von lateinamerikanischen Geheimdiensten durchgeführte Operation Condor, bei der im Interesse rechter Diktaturen Dissidenten gefoltert und ermordet wurden. Er sprach sich für Julian Assange aus und kritisierte die Politik von Barack Obama, der, seiner Meinung nach, "den größten globalen Überwachungsstaat geschaffen hat, den es je gab - weit über die Stasi in Ostdeutschland hinaus".

Dennoch hatte er sich offenbar von der Biden-Politik zu Anfang täuschen lassen, die Erkenntnis kam dann spät aber doch.<<

08.12.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 8. Dezember 2022:

>>Geheim: Neue US-Atomwaffen sind schon in der BRD

Von *Jürgen Elsässer*

Mitte März 2022 beschloß die Bundesregierung überfallartig die Anschaffung von mindestens 35 F-35 Kampffjets des US-Herstellers Lockheed Martin - die erste Investition aus dem von Kanzler Scholz am 27. Februar durchgedrückten 100-Milliarden-Euro-Topf für die Aufrüstung. Das Kampfflugzeug kann mit Atomwaffen aus dem US-Stützpunkt Büchel/Rheinland-Pfalz bestückt werden.

Schwerwiegende Vorwürfe eines ARD-Experten (allerdings durfte er die nicht in der ARD äußern). Grüne und SPD haben ihre Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen aufgegeben. Die BRD wird immer mehr zur Militärkolonie der Yankees. Mehr Infos in unserer Sonderaus-

gabe "USA gegen Deutschland".

Was auf den US-Stützpunkten in Deutschland passiert, passiert de facto außerhalb der deutschen Rechtsordnung. Auf eine Kleine Anfrage der Linksfraction im Bundestag vom 24. März 2011, ob die alliierten Truppen in Deutschland nur unter der Voraussetzung von NATO-Beschlüssen, die demnach auch von Deutschland getragen wären, handeln dürften, antwortete die Bundesregierung: "Ein Aufenthalt in 'NATO-Mission' oder ein Tätigwerden auf der Grundlage eines 'NATO-Beschlusses' gehört nicht zu den Voraussetzungen."

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit

Besonders brisant: In Büchel (Rheinland-Pfalz) sind derzeit 20 US-Atomwaffen gelagert. Bis Ende 2021 waren SPD und Grüne für deren Abzug. Doch jetzt sind beide Regierungsparteien dafür, da sie voll im Angriffsmodus gegen Rußland sind. Und natürlich informieren uns diese Politiker nicht darüber, was in Büchel läuft. ...

"Sind neue Atombomben schon in Büchel? ... Der Fliegerhorst Büchel (Kreis Cochem-Zell) soll nicht nur mit neuen Tarnkappenjets, sondern auch mit neuen US-Kernwaffen ausgestattet werden. Ein Experte überrascht nun mit der Auskunft, die Bomben seien schon vor Ort. 'Eier' nennen Bücheler die rund 20 US-Kernwaffen, die auf dem Fliegerhorst in der Eifel stationiert sein sollen. Ein Name, der vielleicht zu alten Bomben paßt, die dort seit dem Kalten Krieg liegen. Er paßt aber nicht zu den neuen lenkbaren Präzisionssystemen, die die atomare Abschreckung auch in Zukunft garantieren sollen.

Der langjährige ARD-Korrespondent Werner Sonne, der auch für ein Buch intensiv zu Atomwaffen in Deutschland recherchiert hat, sagte hingegen dem "Trierischen Volksfreund", die neuen Waffen seien infolge der Ukraine-Krise bereits im Herbst 2021 in Büchel angekommen. Dies hätten ihm 'hochrangige Quellen aus der Bundespolitik und der Luftwaffe' bestätigt." ("Rhein-Zeitung", 2.9.2022) ...<<

China: Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtet am 8. Dezember 2022 (x1.187/...):
>>**Chinas Medien erklären Notwendigkeit der Zerschlagung von "US-Weltherrschaft"**

Global Times erklärt baldiges Ende der US-Hegemonie

Washingtons Einmischung in den Konflikt in der Ukraine und sein Bestreben, den größtmöglichen Profit daraus zu schlagen, zeige die Notwendigkeit, die amerikanische Hegemonie zu besiegen, schreiben chinesische Medien.

Zerschlagung der US-Vorherrschaft essentiell für Weltfrieden

Die chinesische Zeitung Global Times faßt die vorläufigen Ergebnisse der Ukraine-Krise zusammen und kommentiert die Aussagen von Pentagon-Chef Lloyd Austin, der von einer "notwendigen Eindämmung Chinas" sprach. Dabei kommt Global Times zu dem Schluß, daß "die Zerschlagung der brutalen Hegemonie Washingtons" für den Weltfrieden notwendig sei.

In einer Rede auf dem Reagan National Defense Forum erklärte US-Verteidigungsminister Lloyd Austin, sein Land werde nicht zulassen, daß China "seine Region und die internationale Ordnung" umgestalte. Er fügte hinzu, daß das nächste Jahrzehnt entscheidend sei, für die Sicherheit Europas und der Welt.

Die Autoren der Global Times weisen jedoch darauf hin: Die Verleumdung Chinas durch die Vereinigten Staaten zeige den Wunsch der US-Politiker, "die Hegemonie der USA aufrechtzuerhalten".

"Die Kritik von US-Politikern an Chinas "wachsendem Willen und Macht, seine Region und die internationale Ordnung neu zu gestalten", ist jedoch nur ein Vorwand, um Washingtons Versuche zu rechtfertigen, seine Dominanz in der Welt aufrechtzuerhalten. Die "Ordnung", von der die USA sprechen, ist in Wirklichkeit ihre Hegemonie".

"In seiner Logik glaubt Washington, daß ein Land immer nach Hegemonie strebt, sobald es stärker wird. Es projiziert diese (eigene) Logik genau auf China, ein friedliches Land, und ist der Ansicht, daß ein selbstbewußteres China seine dominante Stellung in der Welt bedrohen

wird. Gleichzeitig haben die USA versucht, ihre Verbündeten einzubinden, manchmal sogar mit Zwang."

Immer mehr Länder beginnen jedoch zu erkennen, daß die sogenannte "globale Ordnung" lediglich ein Produkt der globalen Dominanz der USA zur Wahrung ihrer ureigensten Interessen sei, so die Global Times. Die Zeitung betont: Je weniger die US-Verbündeten bereit seien, "den USA blindlings zu folgen", desto schwieriger werde es, Washingtons Wunschdenken zu verwirklichen.

Europa von USA in Falle gelockt

Die Zeitung führt die aktive Beteiligung Washingtons am Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine an und die Falle, in die die USA Europa gelockt haben. Washington dränge die EU ständig dazu, "Rußland zu unterdrücken, während es auf der anderen Seite einen bösartigen Wettbewerb zur Zerstörung der europäischen Wirtschaft entfacht".

"In Folge dessen sinkt die Glaubwürdigkeit der USA bei ihren Verbündeten und der internationalen Gemeinschaft immer weiter, und damit auch ihre Hegemonie, die sich als "regelbasierte internationale Ordnung" tarnt", so die Global Times.

Zusammenfassend heißt es dann, "wenn das kommende Jahrzehnt für irgend etwas entscheidend sein sollte, dann für die Zerschlagung der brutalen Hegemonie Washingtons und die Schaffung einer wirklich gleichberechtigten und gerechten Welt.

Eine wirkliche internationale Ordnung sollte die UN-Charta in den Mittelpunkt stellen und das Ziel verfolgen, eine menschliche Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft aufzubauen, und nicht diejenige, die auf dem langen Arm der Gerichtsbarkeit Washingtons beruht."<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.01.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x026/79) = Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Seite 79.

x024	Kuhn, Ekkehard: <u>Nicht Rache, nicht Vergeltung</u> . Die deutschen Vertriebenen. Frankfurt/Main; Berlin 1989.
x025	Nawratil, Heinz: <u>Vertreibungs-Verbrechen an Deutschen</u> . Tatbestand, Motive, Bewältigung. 4. überarbeitete Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1987
x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x028	Zayas, Alfred Maurice de: <u>Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen</u> . Vorgeschichte, Verlauf, Folgen. 7. Auflage. Frankfurt/Main; Berlin 1988.
x034	Overesch, Manfred, und Friedrich Wilhelm Saal: <u>Die Weimarer Republik</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x044	Zentner, Christian: Große Geschichte des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges - Zusammenbruch. München/Köln 1989.
x051	Zentner, Christian, und Friedemann Bedürftig (Hg.): Das große Lexikon des Dritten Reiches. München 1985.
x063	Löwenstein, Hubertus Prinz zu: Deutsche Geschichte. Erweiterte Auflage. Bindlach 1990.
x068	Deschner, Karlheinz: <u>Der Moloch</u> . Eine kritische Geschichte der USA. 3. Auflage. München 1996.
x101	Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR; Chronik, Dokumente, Bilder. München 1990.
x111	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1945-1947</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft - Kultur. Augsburg 1992.
x112	Overesch, Manfred, und Jork Artelt: <u>Das besetzte Deutschland 1948-1949</u> . Eine Tageschronik der Politik - Wirtschaft Kultur. Augsburg 1992.

x114	Trees, Wolfgang u.a.: <u>Stunde Null in Deutschland</u> . Die westlichen Besatzungszonen 1945-1948. Bindlach 1989.
x131	Bacque, James: <u>Der geplante Tod</u> . Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945-1946. Erweiterte Ausgabe. Berlin/Frankfurt am Main 1993.
x145	Lasius, Rolf, und Hubert Recker: <u>Geschichte</u> . Band 2. Das Zeitalter der großen Mächte. 3.-5. Auflage. Weinheim 1964.
x150	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 15. Bonn 1996.
x151	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 16. Bonn 1996.
x154	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen (Hg.): Forum für Kultur und Politik. Heft 14. Bonn 1996.
x156	Kosthorst, Erich, und Karl Teppe: <u>Die Teilung Deutschlands und die Entstehung zweier deutscher Staaten</u> . Materialheft Geschichte/Politik. Paderborn 1978.
x243	Schmid, Heinz Dieter (Hg.): <u>Fragen an die Geschichte</u> . Band 4. Die Welt im 20. Jahrhundert. Geschichtliches Arbeitsbuch für Sekundarstufe I. Frankfurt/Main 1984.
x268	Nawratil, Heinz: <u>Der Kult mit der Schuld</u> . Geschichte im Unterbewußtsein. 2. Auflage. München 2004.
x287	Berbig, Hans Joachim: Kleine Geschichte der deutschen Nation. Düsseldorf 1985.
x317	Schuster-Haslinger, Gabriele: <u>Verraten - verkauft - verloren</u> . Der Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Fichtenau 2016.
x321	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Versailler Vertrag</u> . Der Pakt der Hitler an die Macht brachte. COMPACT-Geschichte Nr. 5. Werder (Havel) 2018.
x340	Jung, Thomas und Friedrich Georg: <u>1918 - Die Tore zur Hölle</u> . Die verheimlichte Wahrheit über den Untergang des deutschen Kaiserreiches. 1. Auflage. Rottenburg 2019.
x346	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Tiefer Staat</u> . Geheimdienste und Verfassungsschutz gegen die Demokratie. COMPACT-Spezial Nr. 24. Werder (Havel) 2019.
x347	Schulte, Thorsten: <u>FREMDBESTIMMT</u> . 120 Jahre Lügen und Täuschung. 3. Auflage. Bautzen 2019.
x353	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 2. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 29. November 2019. Oberwil/Schweiz.
x354	Barmettler, André (Hg.): <u>100 Jahre Krieg gegen Deutschland</u> . 3. Teil. ExpressZeitung. Ausgabe 30. Dezember 2019. Oberwil/Schweiz.
x357	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Ami go home!</u> Wie uns NSA, CIA und Army besetzt halten. COMPACT-Spezial Nr. 6. Werder (Havel) 2016.

Internet

x859	http://www.verfassungen.de/de/gg/grundgesetz-vergleiche-i.htm - Oktober 2015.
x870	http://www.sozialpakt.info/selbstbestimmungsrecht-der-voelker-3181/ - Juli 2016.
x877	http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html - September 2016.
x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x966	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2013/05/17/fassade-demokratie/ - November 2019

x977	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2017/10/24/der-heilige-stuhl-und-der-kreisssaal-der-eu/#more-4262 - September 2020
x1.165	https://www.kla.tv - September 2022
x1.169	https://apolut.net/verrat-an-der-nation/12 - September 2022
x1.170	https://apolut.net/wenn-demokraten-volksabstimmungen-delegitimieren-von-peter-haisenko/ - September 2022
x1.171	https://apolut.net/kampfansage-von-aussenminister-lawrow-an-den-westen-in-der-uno-vollversammlung-von-thomas-roeper/ - September 2022
x1.172	https://www.rubikon.news/artikel/die-lammer-zum-schweigen-bringen - September 2022
x1.176	https://www.rubikon.news/artikel/die-abschaffung-des-menschen - September 2022
x1.177	https://www.anti-spiegel.ru/2022/nord-stream-gesprengt-die-wohl-duemmste-propaganda-aller-zeiten/ - September 2022
x1.178	https://www.kla.tv - November 2022
x1.179	https://schillerinstitute.com/de/blog/2022/09/22/offener-brief-an-die-vereinten-nationen-nr-2-des-schiller-instituts-und-der-foundation-to-battle-injustice/ - November 2022
x1.180	https://www.kla.tv – Dezember 2022
x1.181	https://unser-mittleuropa.com/niederlande-im-great-reset-modus-zwangseinteilung-von-3-000-farmen-um-klimaziele-zu-erreichen/ – Dezember 2022
x1.183	https://unser-mittleuropa.com/valdai-forum-teil-ii-praesident-putin-antwortet-auf-brennende-fragen-der-zeit/ – Dezember 2022
x1.184	https://unser-mittleuropa.com/jahrhundertverbrechen-fliegt-gerade-auf-teil-22-bayern-muss-corona-strafgelder-zurueckzahlen/ – Dezember 2022
x1.186	https://unser-mittleuropa.com/selbsterstoererische-eu-politik-gegen-russland-treibt-europa-in-den-untergang-usa-als-profiteur/ – Dezember 2022
x1.187	https://unser-mittleuropa.com/chinas-medien-erklaren-notwendigkeit-der-zerschlagung-von-us-weltherrschaft/ – Dezember 2022
x1.188	https://unser-mittleuropa.com/eltern-fordern-bluttransfusionen-von-ungeimpften-fuer-operation-an-kind-behoerden-pruefen-nun-kindesabnahme/ – Dezember 2022
x1.189	https://unser-mittleuropa.com/polizeistaat-deutschland-hausdurchsuchungen-mit-spezialeinheit-und-blendgranaten-wegen-hassrede-im-internet/ – Dezember 2022
x1.190	https://unser-mittleuropa.com/exklusiv-interview-mit-hans-georg-maassen-raus-aus-der-defensive/ – Dezember 2022
x1.191	https://unser-mittleuropa.com/zentrale-medienaufsichtsbehoerde-als-grosser-bruder-so-plant-die-eu-die-pressefreiheit-abschaffung/ – Dezember 2022
x1.193	https://unser-mittleuropa.com/jahrhundertverbrechen-fliegt-gerade-auf-teil-21-100-zwang-immunisierte-soldaten-erkranken-haeufiger-an-covid-als-uebrige-bevoelkerung/ – Dezember 2022
x1.194	https://unser-mittleuropa.com/selbst-spanische-urlaubsinseln-mit-knapp-400-prozent-uebersterblichkeit/ – Dezember 2022
x1.195	https://unser-mittleuropa.com/demnaechst-auch-milliarden-fuer-zahlreiche-staaten-warum-deutschland-klima-reparationen-zahlen-soll/ – Dezember 2022
x1.196	https://unser-mittleuropa.com/england-wales-uebersterblichkeit-explodiert-plus-1-600-todesfaelle-in-nur-einer-woche/ – Dezember 2022
x1.197	https://unser-mittleuropa.com/jahrhundertverbrechen-fliegt-gerade-auf-teil-13-bund-laesst-800-millionen-masken-verbrennen/ – Dezember 2022

x1.198	https://unser-mittleuropa.com/jahrhundertverbrechen-fliegt-gerade-auf-teil-11-das-sterben-geht-los-dramatische-uebersterblichkeit-in-impflaendern/ – Dezember 2022
x1.200	https://unser-mittleuropa.com/medienspsychologie-am-beispiel-der-us-polit-eliten-der-eu-und-nazi-deutschland/ – Dezember 2022
x1.201	https://unser-mittleuropa.com/was-die-verbuendeten-amerikas-am-ende-erwartet/ – Dezember 2022
x1.202	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/12/02/auch-die-einschränkenden-impfempfehlungen-der-ständigen-impfkommision-fur-kinder-sind-verantwortungslos/#more-10628 – Dezember 2022
x1.203	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/28/dr-med-ronald-weikl-auch-im-berufungsprozess-wegen-masken-attesten-verurteilt/#more-10597 – Dezember 2022
x1.204	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/30/mediziner-und-wissenschaftler-killt-keine-kinder/#more-10611 – Dezember 2022
x1.205	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/25/ukraine-nur-aufwarmen-fur-einen-sehr-langen-kampf-mit-russland-und-china/#more-10576 – Dezember 2022
x1.206	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/21/krieg-der-usa-gegen-russland-von-langer-hand-geplant/#more-10563 – Dezember 2022
x1.207	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/18/die-lebenden-toten-yuval-hararis-vision-physischer-unsterblichkeit/#more-10545 – Dezember 2022
x1.208	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/14/planung-und-orchestrierung-der-massenmigration-durch-die-un/#more-10531 – Dezember 2022
x1.209	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/08/zahlen-der-impfschaden-und-impf-toten-explodieren-aber-es-wird-vertuscht-dass-sich-die-balken-biegen/#more-10427 – Dezember 2022
x1.210	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/11/04/babys-im-fadenkreuz-der-impfung/#more-10483 – Dezember 2022
x1.211	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/10/25/53-schwere-erkrankungen-werden-von-160-studien-als-covid-19-impfschaden-nachgewiesen/#more-10399 – Dezember 2022
x1.212	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/10/07/fdp-rustungs-lobbyistin-die-lauteste-kriegstrommel-in-berlin/#more-10288 – Dezember 2022
x1.213	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/09/18/wef-berater-die-meisten-menschen-bald-nutzlos-und-nicht-mehr-zu-brauchen/#more-10170 – Dezember 2022
x1.214	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/09/14/wie-alte-eugenik-programme-uber-die-uno-in-neuen-gentherapie-technologien-wieder-auferstehen/#more-10111 – Dezember 2022
x1.216	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/10/04/arzte-fur-aufklarung-fordern-sofortiges-impf-moratorium/#more-10273 – Dezember 2022
x1.222	https://www.rubikon.news/artikel/das-brandzeichen-des-totalitarismus – Dezember 2022
x1.224	https://www.rubikon.news/artikel/die-schaumfabrik – Dezember 2022
x1.227	https://www.rubikon.news/artikel/mit-vorsatz – Dezember 2022
x1.229	https://www.rubikon.news/artikel/geplanter-kontrollverlust – Dezember 2022
x1.230	https://www.rubikon.news/artikel/angriff-auf-den-mittelstand – Dezember 2022
x1.231	https://www.rubikon.news/artikel/verbrecher-seid-ihr – Dezember 2022
x1.232	https://www.rubikon.news/artikel/fehlgeleiteter-vordenker – Dezember 2022
x1.234	https://www.rubikon.news/artikel/nord-stream-und-die-zeitenwende – Dezember 2022

x1.238	https://www.rubikon.news/artikel/des-einen-leid – Dezember 2022
x1.240	https://www.rubikon.news/artikel/der-sklavenstaat – Dezember 2022
x1.243	https://www.rubikon.news/artikel/inszenierter-weltuntergang – Dezember 2022
x1.244	https://www.rubikon.news/artikel/die-nebenkriegsschauplatze – Dezember 2022
x1.249	https://unser-mittleuropa.com/kultregisseur-oliver-stone-usa-tragen-die-schuld-am-ukraine-konflikt/ – Dezember 2022

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014